

Michael Leszczensky  
Dominic Orr  
Astrid Schwarzenberger  
Birgitta Weitz

## Staatliche Hochschulsteuerung durch Budgetierung und Qualitätssicherung: Ausgewählte OECD-Länder im Vergleich

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



HIS



Hochschulplanung · Band 167

Herausgegeben von der  
HIS Hochschul-Informationssystem GmbH

Michael Leszczensky  
Dominic Orr  
Astrid Schwarzenberger  
Birgitta Weitz

**Staatliche Hochschulsteuerung durch  
Budgetierung und Qualitätssicherung:**  
Ausgewählte OECD-Länder im Vergleich

HIS GmbH Hannover 2004

Dieser Bericht wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstellt  
(Förderungskennzeichen: M159000).  
Die HIS Hochschul-Informationen-System GmbH trägt die Verantwortung für den Inhalt.

#### Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 by HIS GmbH, Gosseriede 9, 30159 Hannover  
Printed in the Federal Republic of Germany  
Druck: Poppdruck, Langenhagen  
ISBN 3-930447-58-4

---

## Vorwort

Als Elemente des Neuen Steuerungsmodells sind Verfahren der Finanzierung und Qualitätssicherung Gegenstand der aktuellen hochschulpolitischen Diskussion in Deutschland. Zwar sind in den letzten Jahren in zahlreichen Bundesländern neue Modelle der leistungsbezogenen Mittelverteilung eingeführt und Verfahren externer Qualitätssicherung etabliert worden; diese Entwicklungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Für die weitere Diskussion kann ein Blick über die nationalen Grenzen hinaus von Interesse sein.

Mit der vorliegenden Studie beleuchtet HIS das Verhältnis von Finanzausweisungs- und Qualitätssicherungsverfahren im Hochschulbereich in 14 OECD-Ländern. Es wird deutlich, dass bei den Themenbereichen auch in anderen Ländern große Bedeutung beigemessen wird und dass es auf diesen Gebieten in allen untersuchten Ländern Reformen gibt. Sowohl bei den Finanzausweisungs- als auch bei den Qualitätssicherungsverfahren können sehr verschiedene Ansätze aufgezeigt werden. Zudem zeigt sich, dass sich die jeweils eingesetzten Verfahren in unterschiedlicher Weise kombinieren lassen.

Bezüglich der Hochschulfinanzierung finden sich in diesem Bericht Beispiele für die Verwendung von Nachfrage- und Erfolgsgrößen sowie von Zielvereinbarungen. In einigen der untersuchten Länder werden außerdem Studiengebühren erhoben und auch für die getrennte Finanzierung von Forschung und Lehre gibt es Beispiele. Was Qualitätssicherungssysteme betrifft, sind in den untersuchten Ländern sowohl Modelle studiengangsbezogener wie institutioneller Akkreditierung und Qualitätsbewertung als auch Quality Audits feststellbar. Welche Modelle bzw. Modellkomponenten eingesetzt werden, hängt mit dem Umfang der institutionellen Autonomie zusammen. Auf hochschulpolitischer Ebene muss entschieden werden, auf welche Weise der Staat einen direkten Einfluss auf das Hochschulsystem ausüben bzw. inwieweit er zulassen soll, dass sich ein Markt im Hochschulbereich entfaltet.

Mit seiner breiten Informationsgrundlage über die Verhältnisse in anderen Ländern bietet der vorliegende Bericht vielfältige Vergleichsmöglichkeiten und Anregungen für die derzeitigen hochschulpolitischen Reformanstrengungen in Deutschland an.

Dr. Jürgen Ederleh

Geschäftsführer HIS Hochschul-Informationssystem GmbH Hannover





---

## Dank für Unterstützung

Bei den Recherchen für diese Arbeit waren wir auf Informationen aus den untersuchten Ländern angewiesen. Dabei haben wir vielfältige Unterstützung erfahren, insbesondere durch die folgenden Personen, denen wir hiermit unseren Dank aussprechen.

Australien:	Herr Dobson (Monash University)
Belgien:	Frau Chantal Kaufmann (CFWB), Herr Parmentier (Flämische Gemeinschaft, Herr Van de Velde (VLHORA)
Dänemark:	Herr Burmeister (Rektorkollegiet)
England:	Herr Ferelli (HEFCE)
Finnland:	Herr Lindqvist (FINHEEC), Frau Salminen (FINHEEC)
Frankreich:	Herr Gabriel (Universität Henri Poincaré in Nancy), Herr Heusch (CNRS), Frau Inizan (CNER), Herr Saltel (CNE)
Irland:	Herr Costello (HEA), Herr Ryan (HETAC)
Japan:	Herr Kaneko (University of Tokyo), Herr Sakano (NIER), Frau Yoshikawa (NIAD)
Niederlande:	Frau Bos (NAO), Herrn Dijkstra (OCW), Frau Jonas (NAO), Herr Maessen (NWO), Herr van der Meer (OCW), Frau de Wijn (NWO)
Norwegen:	Frau Grønnevet (Bildungs- und Forschungsministerium)
Schweden:	Herr Tengner (Högskoleverk)
Spanien:	Herr Mora-Ruíz (Universität Valencia)
Tschechische Republik:	Herr Beneš, (MSMT), Herr Roth (CSVs), Frau Šebková (CSVs)
Ungarn:	Herr Illis (Universität Debrecen)



# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>1</b>
1.1	Fragestellung .....	1
1.2	Abgrenzung der Untersuchung .....	2
1.3	Aufbau der Studie .....	3
<b>2</b>	<b>Neue Instrumente der Hochschulfinanzierung .....</b>	<b>5</b>
2.1	Diskretionär-inkrementalistische Finanzierung .....	6
2.1.1	Diskretionäre Finanzierung .....	6
2.1.2	Inkrementalistische Finanzierung .....	6
2.2	Kontraktfinanzierung .....	6
2.3	Vergabe zweckgebundener Projektmittel .....	7
2.4	Formelgebundene Finanzierung .....	8
2.4.1	Leistungsunabhängige formelgebundene Finanzierung .....	8
2.4.2	Leistungsabhängige formelgebundene Finanzierung .....	8
2.5	Exkurs: Studienförderung .....	13
<b>3</b>	<b>Verfahren der Qualitätssicherung .....</b>	<b>15</b>
3.1	Begriffe in der internationalen Diskussion .....	15
3.2	Verfahrenstypen .....	15
3.2.1	Akkreditierung .....	16
3.2.2	Qualitätsbewertung .....	17
3.2.3	Quality Audit .....	17
<b>4</b>	<b>Australien .....</b>	<b>19</b>
4.1	Hochschulsystem .....	19
4.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld .....	19
4.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	19
4.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	20
4.2	Finanzierungsmethoden .....	20
4.2.1	Finanzierung der Lehre .....	20
4.2.2	Finanzierung der Forschung .....	21
4.2.3	Studiengebühren und Studienförderung .....	21
4.3	Verfahren der Qualitätssicherung .....	23
4.3.1	Quality-Audit-Verfahren .....	24
4.3.2	Flankierende Maßnahmen .....	26
4.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	26
<b>5</b>	<b>Belgien .....</b>	<b>29</b>
5.1	Hochschulsystem .....	29
5.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld .....	29
5.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	29
5.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	31
5.2	Finanzierungsmethoden .....	32
5.2.1	Finanzierung der Hochschulen in der Flämischen Gemeinschaft .....	32
5.2.2	Finanzierung der Hochschulen in der Französischen Gemeinschaft .....	37
5.3	Verfahren der Qualitätssicherung .....	40
5.3.1	Qualitätssicherung in der Flämischen Gemeinschaft .....	40
5.3.2	Qualitätssicherung in der Französischen Gemeinschaft .....	44

5.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	45
5.4.1	Flämische Gemeinschaft.....	45
5.4.2	Französische Gemeinschaft.....	45
<b>6</b>	<b>Dänemark .....</b>	<b>47</b>
6.1	Hochschulsystem .....	47
6.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld .....	47
6.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	47
6.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	48
6.2	Finanzierungsmethoden .....	49
6.2.1	Finanzierung der Lehre .....	50
6.2.2	Finanzierung der Forschung .....	51
6.2.3	Studienförderung und Studiengebühren .....	51
6.3	Verfahren der Qualitätssicherung .....	52
6.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	54
<b>7</b>	<b>England.....</b>	<b>55</b>
7.1	Hochschulsystem .....	55
7.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld .....	55
7.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	56
7.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	57
7.2	Finanzierung.....	58
7.2.1	Finanzierung der Lehre über das HEFCE.....	59
7.2.2	Finanzzuweisung durch die Grafschaften.....	59
7.2.3	Studiengebühren .....	59
7.2.4	Finanzierung der Forschung durch das HEFCE .....	60
7.2.5	Forschungsaufträge .....	61
7.3	Verfahren der Qualitätssicherung .....	62
7.3.1	Quality Audit.....	63
7.3.2	Bewertung der Forschungsleistung der Hochschulen .....	66
7.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	67
<b>8</b>	<b>Finnland.....</b>	<b>69</b>
8.1	Hochschulsystem .....	69
8.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld .....	69
8.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	69
8.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	70
8.2	Finanzierungsmethoden .....	71
8.2.1	Finanzierung der Universitäten .....	71
8.2.2	Finanzierung der Amattikorkeakoulu .....	73
8.2.3	Studiengebühren und Studienförderung .....	73
8.3	Verfahren der Qualitätssicherung .....	73
8.3.1	Quality Audit.....	73
8.3.2	Akkreditierung .....	74
8.3.3	Qualitätsbewertung .....	75
8.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	77
<b>9</b>	<b>Frankreich .....</b>	<b>79</b>
9.1	Hochschulsystem .....	79
9.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld .....	79
9.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	80
9.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	81

9.2	Finanzierungsmethoden.....	81
9.2.1	Finanzierung der Lehre .....	82
9.2.2	Finanzierung der Forschung .....	85
9.3	Verfahren der Qualitätssicherung.....	85
9.3.1	Akkreditierung.....	85
9.3.2	Qualitätsbewertung.....	86
9.3.3	Meta-Evaluation.....	90
9.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	90
<b>10</b>	<b>Irland .....</b>	<b>91</b>
10.1	Hochschulsystem .....	91
10.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld .....	91
10.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	91
10.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	92
10.2	Finanzierungsmethoden.....	92
10.2.1	Basisfinanzierung von Lehre und Forschung im Universitätssektor .....	93
10.2.2	Sonderfinanzierung der Forschung im Universitätssektor .....	94
10.2.3	Institutionelle Finanzierung der <i>Institutes of Technology</i> .....	95
10.3	Verfahren der Qualitätssicherung.....	95
10.3.1	Universitäten.....	95
10.3.2	<i>Institutes of Technology</i> .....	97
10.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	99
<b>11</b>	<b>Japan.....</b>	<b>101</b>
11.1	Hochschulsystem .....	101
11.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld .....	101
11.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	102
11.1.3	Zulassungssystem und Studienstrukturen .....	103
11.2	Finanzierungsmethoden.....	104
11.2.1	Studiengebühren und Studienförderung .....	104
11.2.2	Basisfinanzierung von Lehre und Forschung.....	105
11.2.3	Zusatzfinanzierung für Forschung.....	106
11.3	Verfahren der Qualitätssicherung.....	107
11.3.1	Akkreditierung.....	107
11.3.2	Qualitätsbewertung.....	109
11.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	112
<b>12</b>	<b>Niederlande .....</b>	<b>113</b>
12.1	Hochschulsystem .....	113
12.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld .....	113
12.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	113
12.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	114
12.2	Finanzierungsmethoden.....	115
12.2.1	Studiengebühren und Studienförderung .....	116
12.2.2	Finanzierung der Universitäten .....	117
12.2.3	Finanzierung der Hogescholen .....	120
12.2.4	Mögliche Entwicklungen.....	123
12.3	Verfahren der Qualitätssicherung.....	123
12.3.1	Akkreditierung.....	124
12.3.2	Qualitätsbewertung der Forschung .....	130
12.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	133

<b>13</b>	<b>Norwegen .....</b>	<b>135</b>
13.1	Hochschulsystem .....	135
13.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld.....	135
13.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	136
13.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	137
13.2	Finanzierungsmethoden .....	138
13.2.1	Finanzierung von Lehre und Forschung.....	138
13.2.2	Studienförderung .....	138
13.3	Verfahren der Qualitätssicherung.....	139
13.3.1	Akkreditierung auf institutioneller und Programmebene .....	139
13.3.2	Quality-Audit .....	141
13.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	142
<b>14</b>	<b>Schweden.....</b>	<b>143</b>
14.1	Hochschulsystem .....	143
14.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld.....	143
14.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	144
14.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	145
14.2	Finanzierungsmethoden .....	146
14.2.1	Finanzierung der Lehre .....	146
14.2.2	Finanzierung der Forschung.....	147
14.2.3	Studienförderung .....	148
14.3	Verfahren der Qualitätssicherung.....	149
14.3.1	Akkreditierung.....	149
14.3.2	Qualitätsbewertung.....	150
14.3.3	Quality Audit .....	151
14.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	152
<b>15</b>	<b>Spanien.....</b>	<b>153</b>
15.1	Hochschulsystem .....	153
15.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld.....	153
15.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	154
15.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	155
15.2	Finanzierungsmethoden .....	157
15.2.1	Studiengebühren und Studienförderung .....	157
15.2.2	Finanzierung aus gesamtstaatlichen Mitteln .....	158
15.2.3	Finanzierung durch die Autonomen Gemeinschaften .....	159
15.3	Verfahren der Qualitätssicherung.....	161
15.3.1	Qualitätssicherungsverfahren auf gesamtstaatlicher Ebene .....	161
15.3.2	Qualitätssicherungsverfahren auf Ebene der Autonomen Gemeinschaften .....	164
15.3.3	Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den Autonomen Gemeinschaften .....	166
15.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	166
<b>16</b>	<b>Tschechische Republik.....</b>	<b>167</b>
16.1	Hochschulsystem .....	167
16.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld.....	167
16.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems .....	168
16.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	168
16.2	Finanzierungsmethoden .....	169
16.2.1	Finanzierung der Lehre .....	169
16.2.2	Finanzierung der Forschung.....	170
16.2.3	Studiengebühren und Studienförderung .....	171

16.3	Verfahren der Qualitätssicherung.....	171
16.3.1	Akkreditierung von Studiengängen .....	172
16.3.2	Interne Qualitätssicherung auf institutioneller Ebene.....	173
16.3.3	Externe Qualitätssicherung auf Fachbereichsebene .....	174
16.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	175
<b>17</b>	<b>Ungarn .....</b>	<b>177</b>
17.1	Hochschulsystem .....	177
17.1.1	Hochschulpolitisches Umfeld .....	177
17.1.2	Umfang und Struktur des Hochschulsystems.....	178
17.1.3	Zulassungssystem und Studienstruktur .....	178
17.2	Finanzierungsmethoden.....	179
17.2.1	Institutionelle staatliche Finanzierung .....	179
17.2.2	Studiengebühren und Studienförderung .....	180
17.3	Verfahren der Qualitätssicherung.....	181
17.3.1	Akkreditierung von Studiengängen .....	181
17.3.2	Institutionelle Akkreditierung .....	182
17.4	Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung .....	184
<b>18</b>	<b>Synopse der Verfahren der Hochschulsteuerung durch leistungsorientierte Finanzzuweisung und Qualitätssicherung .....</b>	<b>187</b>
18.1	Synopse und vergleichende Analyse der Finanzzuweisungsverfahren..	187
18.1.1	Art und Umfang der leistungsbezogenen indikatorbasierten Finanzierung .....	189
18.1.2	Zahl der verwendeten Indikatoren.....	196
18.2	Synopse und vergleichende Analyse der Qualitätssicherungsverfahren	197
18.2.1	Art der verwendeten Verfahren .....	197
18.2.2	Einsatz verschiedener Verfahren im Zeitablauf .....	201
18.3	Zusammenwirken von Finanzierungs- und Qualitätssicherungsverfahren ...	202
18.3.1	Auswirkungen von Qualitätssicherungs- auf Finanzierungsverfahren .....	202
18.3.2	Auswirkungen von Finanzierungs- auf Qualitätssicherungsverfahren .....	202
18.3.3	Tendenzielle Offenheit im Verhältnis von Finanzzuweisungs- und Qualitätssicherungsverfahren .....	203
	<b>Anhang .....</b>	<b>207</b>
	<b>Quellenverzeichnis.....</b>	<b>207</b>
	<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>223</b>
	<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>225</b>





# 1 Einleitung

## 1.1 Fragestellung

Ausgaben für den Bildungssektor, insbesondere auch für die Hochschulen, werden in modernen Wissensgesellschaften als elementar wichtige Investition in die Zukunft eines Landes betrachtet. Mit Blick auf den nachhaltigen Einfluss dieser Investitionen auf die ökonomische, technologische und kulturelle Leistungsfähigkeit von Gesellschaften ist allerdings nicht nur ihre Größenordnung von Belang, sondern v.a. auch die Effizienz in der Umsetzung der zur Verfügung gestellten Ressourcen in Lehr- und Forschungsleistung.

Im Vergleich zu den USA, aber auch zu einigen kleineren OECD-Ländern wie Finnland, Schweden, den Niederlanden etc. wird in Deutschland im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, noch zuwenig in die Hochschulen investiert; im Vergleich zu anderen in etwa gleich großen OECD-Ländern wie Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan können sich die finanziellen Bemühungen um die Hochschulen in Deutschland dagegen durchaus sehen lassen.<sup>1</sup>

Im Folgenden geht es aber nicht um solche monetären Größenordnungen, sondern eher um die Frage, auf welche Weise Wissensgesellschaften danach streben, mit den eingesetzten Mitteln einen möglichst hohen Wirkungsgrad zu erzielen bzw. die Effizienz der Mittelverwendung zu steigern. Dies geschieht zum einen ganz maßgeblich durch die Etablierung von Verfahren der Qualitätssicherung. Zum anderen sind in den hier betrachteten OECD-Ländern fast überall leistungsorientierte Finanzzuweisungsverfahren eingeführt worden, mit denen Anreize zu Leistungssteigerungen und damit zu effizienterem Umgang mit den verfügbaren Ressourcen gesetzt werden.

Beide Komponenten, sowohl die Qualitätssicherungsverfahren als auch die neuen Budgetierungsverfahren, deren beider Entwicklung im internationalen Rahmen einen z.T. deutlichen Vorsprung gegenüber dem deutschen Status quo aufweist, sind aus deutscher Sicht für sich genommen schon von großem Interesse. So findet derzeit in den Ländern der Bundesrepublik ein sehr dynamischer Prozess im Hinblick auf die Entwicklung und Weiterentwicklung von Verfahren indikatorgestützter Mittelverteilung statt, bei dem sich viele wichtige Richtungsentscheidungen noch nicht auf Erfahrung gründen können. Die genauere Kenntnis in anderen OECD-Staaten schon teilweise langjährig erprobter Verfahren dürfte dabei sehr hilfreich sein.

Ziel dieser Studie ist es aber auch, die Wechselwirkungen zwischen den leistungsbezogenen Finanzierungsinstrumenten des Staates und den im Hochschulbereich eingesetzten Qualitätssicherungssystemen exemplarisch an Hand von ausgewählten OECD-Ländern zu untersuchen. Wichtige Fragen sind dabei u.a., ob anreizverträgliche Finanzierungsinstrumente nur im Zusammenhang mit Qualitätssicherungssystemen optimal funktionieren können und ob Qualitätssicherungssysteme nur im Zusammenhang mit potentiellen finanziellen Konsequenzen – und seien diese noch so indirekt – Verhaltensänderungen seitens der Hochschule bewirken können.

Das Zusammenspiel oder auch die parallele Nutzung von finanzieller Steuerung und evaluativer Kontrolle ist erst durch die zunehmende Autonomie der Hochschulen so bedeutsam geworden, weil trotz des tendenziellen Rückzugs aus der Detailsteuerung die politisch verantwortete Steuerung eine zentrale Aufgabe des Staates bleibt.<sup>2</sup> Letzteres ist einerseits durch eine strategische Steuerung über Ziele zu erreichen. Die Indikatoren in den formelgebundenen Budgetierungsverfahren bilden in diesem Sinnes die quantifizierten Zieldimensionen ab und wirken als Anreize (Abbildung 1.1). Andererseits kann leistungsorientierte Steuerung nicht nur auf quantitative

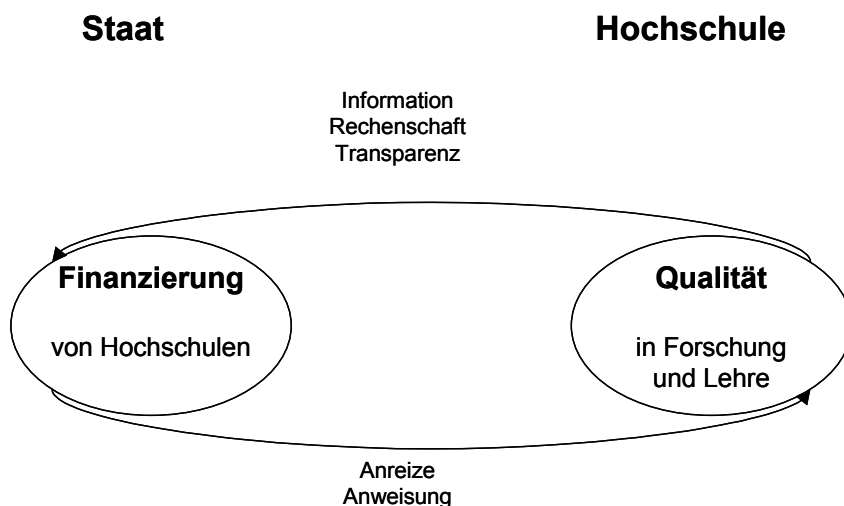
---

<sup>1</sup> HIS / ZEW 2003

<sup>2</sup> Leszczensky (2003): S. 9 f.

Anreize setzen. Erst durch zusätzliche qualitätssichernde Maßnahmen kann der Staat sicherstellen, dass die Umsetzung seiner hochschulpolitischen Ziele gewährleistet ist und die angestrebten Leistungs- und Qualitätsstandards erfüllt werden. Evaluation schafft in diesem Sinne die nötige Transparenz und hat überdies die Funktion einer Rechenschaftslegung.

**Abbildung 1.1: Beziehungsgeflecht zwischen Staat und Hochschulen**



Konkret wird im Rahmen dieser Untersuchung analysiert, welche hochschulbezogenen Finanzierungsinstrumente in ausgewählten OECD-Ländern verwendet werden und zu welchen Anreizen sie führen. Außerdem wird untersucht, welche Formen von Qualitätssicherung eingesetzt werden und ob staatliche Anreiz- und Kontrollsysteme eher nebeneinander existieren oder ob sie sich gegenseitig sinnvoll ergänzen.

## 1.2 Abgrenzung der Untersuchung

Im Hinblick auf die Fragestellung bot sich als Untersuchungsrahmen eine Auswahl von OECD-Ländern an. Dabei fand eine Konzentration auf europäische Staaten statt, da hier in jüngerer Zeit vielfach Hochschulreformen durch die Bologna-Deklaration ausgelöst wurden.<sup>3</sup> Bei der Auswahl der Länder wurde weiterhin darauf geachtet, sowohl Länder zu berücksichtigen, die schon früh mit den Reformprozessen begonnen haben, als auch jene, die sich erst später dazu entschlossen und die bei der Gestaltung ihrer Hochschulreformen gegebenenfalls von den Erfolgen und Schwierigkeiten der frühen Reformländer profitierten. Zu den frühesten europäischen Reformländern gehören England und die Niederlande, zu den jüngeren z.B. Norwegen. Als weitere europäische Länder wurden Belgien<sup>4</sup>, Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Schweden, Spanien, die Tschechische Republik und Ungarn ausgewählt. Aus dem außereuropäischen Raum kommen Australien als frühes Reformland und Japan als Spätreformer hinzu.

Die Konzentration auf staatliche Mechanismen der Finanzallokation und Qualitätssicherung bringt es mit sich, dass sich die Studie auf das Verhältnis des Staates zu den in öffentlicher Trägerschaft befindlichen Hochschulen beschränkt. Des Weiteren werden nur Bildungseinrichtungen der OECD-Klassifikation ISCED 5A und 6 in die Untersuchung einbezogen, Bildungseinrichtungen also, an denen sowohl Lehre als auch – zumindest ansatzweise – Forschung

<sup>3</sup> Ziel der Bologna-Deklaration, die 1999 von 29 europäischen Nationen unterzeichnet wurde, ist die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes, vgl. [www.bologna-berlin2003.de](http://www.bologna-berlin2003.de)

<sup>4</sup> In der Länderstudie zu Belgien wird sowohl der flämische als auch der wallonische Hochschulsektor berücksichtigt.

betrieben wird.<sup>5</sup> Diese Abgrenzung garantiert eine hinreichende Vergleichbarkeit der teilweise sehr unterschiedlichen und häufig länderspezifischen Bildungsinstitutionen.

### 1.3 Aufbau der Studie

Im ersten Teil der Studie werden die theoretischen Grundlagen erörtert, auf denen die Länderstudien basieren (Kapitel 2 und 3). In diesem Rahmen werden auch die in dieser Studie benutzten Begriffe erläutert und eingegrenzt. Zunächst werden die dem Staat zur Verfügung stehenden Finanzierungsinstrumente analysiert (Kapitel 2). Es werden dabei insbesondere die Anreize erörtert, die die jeweiligen Finanzierungsinstrumente auf die Hochschulen ausüben. Anschließend werden die unterschiedlichen Qualitätssicherungssysteme vorgestellt (Kapitel 3). Da in der Literatur keine einheitlichen Definitionen der unterschiedlichen Verfahren der Qualitätssicherung verwendet werden, ist in diesem Zusammenhang eine begriffliche Eingrenzung besonders wichtig. Auch soll an dieser Stelle bereits aufgezeigt werden, welche potentiellen Wechselbeziehungen zwischen Finanzierungsinstrumenten und Qualitätssicherungssystemen existieren können.

Im zweiten Teil der Studie folgen dann die einzelnen Länderstudien (Kapitel 4-17). Ihnen allen liegt ein einheitlicher Aufbau zu Grunde. Zunächst werden in kurzer Form allgemeine Informationen zum Hochschulsystem und zu Grundzügen der Hochschulpolitik vorangestellt. Dazu gehören auch Informationen zu unterschiedlichen Hochschularten und ihrer relativen Größe sowie zu den Hochschulzugangsbedingungen und Studienstrukturen. Auf diesen Hintergrundinformationen basiert die Analyse der Finanzierungs- und Qualitätssicherungssysteme. Der zweite Abschnitt jeder Länderstudie enthält Angaben zur Finanzierung der staatlichen Hochschulen. Je nach Land wird dabei nach Hochschularten oder nach Forschung und Lehre differenziert. Neben den öffentlichen Finanzierungsquellen werden auch weitere Finanzierungsquellen der Hochschulen und ihr relatives Ausmaß angesprochen, insbesondere auch die Frage, ob Studiengebühren erhoben. In diesem Zusammenhang wird z.T. auch auf die staatliche Studienförderung eingegangen. Der dritte Abschnitt der jeweiligen Länderstudien dokumentiert die Qualitätssicherungssysteme, die in einem Land existieren. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Absicht gelegt, die ein Land mit der Implementierung von Qualitätssicherungsverfahren an Hochschulen verfolgt. Diese drückt sich durch die Wahl der konkreten Verfahren und ihre inhaltliche Gestaltung aus: Was wird evaluiert und wie wird vorgegangen? Abschließend fasst jeder Länderbericht seine zentralen Schlussfolgerungen unter dem Aspekt einer möglichen Wechselbeziehung zwischen finanzieller Steuerung und Verfahren der Qualitätssicherung zusammen.

Im Anschluss an die einzelnen Länderberichte folgt im dritten Teil der Studie ein abschließendes Kapitel mit der Zusammenfassung und Analyse der Ergebnisse (Kapitel 18). Besonderes Augenmerk soll dabei den in den verschiedenen Ländern existierenden Wechselbeziehungen von Finanzierungsinstrumenten und evaluativen Kontrollmechanismen gelten. Abschließend wird die Frage aufgeworfen, inwieweit die deutschen Bundesländer im Hinblick auf ihre gegenwärtigen Reformbemühungen von den Erfahrungen der Hochschulreformen in den analysierten OECD-Ländern profitieren können.

---

<sup>5</sup> Zu einer genauen Abgrenzung der ISCED Klassifikationen vgl. OECD (1999).

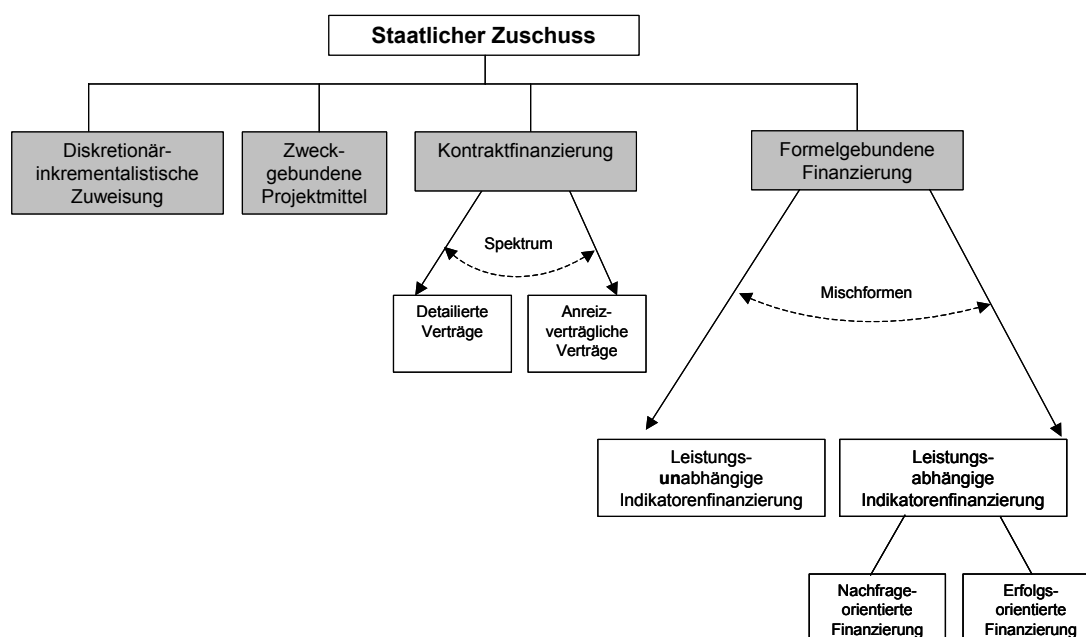


## 2 Neue Instrumente der Hochschulfinanzierung

Viele OECD-Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten ihren Hochschulsektor mit dem Ziel reformiert, mehr Entscheidungsbefugnisse vom Staat auf die Hochschulen zu verlagern. Solange die Hochschulen weiterhin überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, muss der Staat jedoch sicherstellen, dass die Hochschulen trotz zunehmender Autonomie seine hochschulpolitischen Ziele umsetzen. In diesem Zusammenhang spielen insbesondere die Finanzierungsinstrumente, die dem Staat zur Verfügung stehen, eine wichtige Rolle.

Zu den zentralen hochschulpolitischen Zielen des Staates gehört, dass der Hochschulsektor die benötigte Menge an hoch qualifizierten Akademikern ausbildet. Ein zweites zentrales Ziel ist, dass der Hochschulsektor Forschungsleistungen bereitstellt, die Lebensstandard und Lebensqualität – auch im internationalen Vergleich – gewährleisten und verbessern. Die dem Staat zur Verfügung stehenden hochschulpolitischen Finanzierungsinstrumente können je nach Kontext unterschiedlich systematisiert werden.<sup>6</sup> Im Rahmen einer Analyse des strategischen Verhaltens, das staatliche Finanzierungsinstrumente bei Hochschulen hervorrufen, bietet es sich an, die staatlichen Finanzierungsinstrumente in folgende vier Gruppen zu unterteilen: diskretionär-inkrementalistische Finanzierung, Kontraktfinanzierung, Vergabe zweckgebundener Projektmittel und formelgebundene Finanzierung (vgl. Abbildung 2.1).

**Abbildung 2.1: Systematik der staatlichen Hochschulfinanzierung**



Die verschiedenen Finanzierungsinstrumente setzen jeweils ein unterschiedliches Ausmaß an Hochschulautonomie voraus. Je autonomer eine Hochschule, desto strategischer kann sie sich verhalten und desto anreizverträglicher sollten die Instrumente sein, mit denen der Staat das Verhalten der Hochschulen zu steuern versucht. Im Folgenden werden die Anreize untersucht, die unterschiedliche staatliche Finanzierungsinstrumente auf die Hochschulen ausüben. Im Interesse der Übersichtlichkeit werden die einzelnen Finanzierungsinstrumente getrennt analysiert; in der Realität sind jedoch Mischformen die Regel.

<sup>6</sup> Vgl. Ziegele (2000).

## **2.1 Diskretionär-inkrementalistische Finanzierung**

Bei dieser Form der Finanzierung legt der Staat die Höhe der Budgets fest, die sich nicht als kalkulierbare Folge der Leistungsentwicklung einer Hochschule verändert. Dieses Finanzierungsinstrument gibt also vergleichsweise wenig anreizverträgliche Impulse zur Steigerung von Hochschulleistungen. Während der Staat bei der rein diskretionären Finanzierung als Instrument der Detailsteuerung auch Einfluss auf innere Abläufe einer Hochschule nimmt, wird bei der inkrementalistischen Fortschreibung ein zuvor festgelegter Betrag von Jahr zu Jahr überrollt. In der Praxis sind beide Verfahren i.d.R. als Mischform anzutreffen; im Folgenden werden sie zu analytischen Zwecken getrennt dargestellt.

### **2.1.1 Diskretionäre Finanzierung**

Die rein diskretionäre Finanzierung ist das typische Instrument der staatlichen Detailsteuerung, bei der der Staat maßgeblich Einfluss auf die Verwendung der Mittel nimmt. Die Hochschulen haben nur geringe Möglichkeiten, strategisch zu agieren: Sie sind weder in der Lage, Rücklagen zu bilden, noch haben sie einen Anreiz, Kosten zu minimieren. Ihr Rechnungswesen ist weitgehend auf den Nachweis ordnungsgemäßer Mittelverwendung ausgerichtet.

### **2.1.2 Inkrementalistische Finanzierung**

Bei der Finanzierung mittels inkrementalistischer Fortschreibung überweist der Staat ein historisch begründetes Budget an die einzelne Hochschule; dieser Betrag wird jährlich "überrollt", d.h. um einen gewissen Prozentsatz, orientiert z.B. an der jährlichen Inflationsrate, erhöht. Somit gewährt die inkrementalistische Fortschreibung den Hochschulen ein hohes Maß an Planungssicherheit bei geringem Risiko.

Eine inkrementalistische Finanzierung ist ebenso unter traditionell kameralistischen Bedingungen wie unter denen von Globalhaushalten möglich. Haben die Hochschulen Globalhaushalte und können sie insofern frei über ihre Mittel verfügen, können sie – bei gegebenen Einnahmen – ihre Kosten minimieren. Eventuelle "Einsparungen" bzw. Rücklagen kann die Hochschule dann nutzen, um eigene hochschulpolitische Ziele umzusetzen (z.B. Werbemaßnahmen für bestimmte Studierendengruppen oder verstärkte Profilbildung und Schwerpunktsetzung in bestimmten Forschungsbereichen).

Das Ausmaß der Hochschulautonomie hängt u.a. von dem Grad ab, in dem die Hochschulen selbstständig über die Verwendung ihrer Mittel entscheiden können. Bei der für die rein inkrementalistische Finanzierung typischen Kombination von Hochschuleinnahmen, die unabhängig von der erbrachten Leistung ist, und einer freien Hand bei den Hochschuleausgaben kann der Staat unter Umständen nur noch bedingt seine hochschulpolitischen Ziele umsetzen. Damit gewinnen andere Formen der staatlichen Kontrolle einerseits und der Rechenschaftslegung seitens der Hochschulen andererseits bei diesem Finanzierungsinstrument an Bedeutung.

## **2.2 Kontraktfinanzierung**

Die Kontraktfinanzierung basiert auf i.d.R. mehrjährigen Verträgen, die zwischen der einzelnen Hochschule und dem Staat geschlossen werden und in denen die Aufgaben und Pflichten der beiden Vertragspartner festgehalten werden. Solchen Verträgen können recht spezifische quantitative und qualitative Aufgabenformulierungen zu Grunde liegen; im Extremfall können Verträge derart detailliert sein, dass sie faktisch einer Detailsteuerung entsprechen. Sie können jedoch auch anreizverträglich gestaltet sein, so dass die Hochschulen frei sind in der Wahl der Mittel, wie sie die hochschulpolitischen Ziele des Staates umsetzen. Im Voraus festgelegte

Formeln stellen eine Möglichkeit dar, Verträge anreizverträglich zu gestalten.<sup>7</sup> Das Ausmaß, in dem die Hochschulen in einem Vertrag an konkrete Regelungen gebunden werden, kann als Gradmesser ihrer Autonomie gewertet werden: Je allgemeiner solch ein Vertrag ist, desto mehr Gestaltungsmöglichkeiten besitzen die Hochschulen.

Die bilateralen Verhandlungen zwischen dem Staat und der einzelnen Hochschule implizieren, dass die Hochschulen nicht direkt miteinander um finanzielle Mittel konkurrieren. Die Kontraktfinanzierung erfordert spezielle Fähigkeiten (z.B. strategisches Verhandlungsgeschick) seitens des Hochschulmanagements, die in diesem Ausmaß bei keinem anderen Finanzierungsinstrument notwendig sind. Der Staat als Finanzier bezahlt eine Hochschule für die Erbringung vertraglich vereinbarter Leistungen. Wie sie ihren Vertragsverpflichtungen nachkommt, bleibt der einzelnen Hochschule mehr oder weniger überlassen. Daher muss die Hochschule bei der Kontraktfinanzierung möglichst frei über ihre Mittel verfügen können. Folglich werden Hochschulen ihre Kosten in Relation zu den jeweils vertraglich zugesicherten Einnahmen zu minimieren versuchen.

Ein wichtiger Aspekt bei der Kontraktfinanzierung ist, wie die Hochschule Rechenschaft darüber ablegen muss, ob sie die Vertragsbedingungen erfüllt hat. Außerdem stellt sich die Frage, ob es Sanktionsmechanismen im Falle der Nichterfüllung vertraglicher Vereinbarungen gibt.

### **2.3 Vergabe zweckgebundener Projektmittel**

Als Alternative oder Ergänzung zur Durchsetzung von hochschulpolitischen Zielen über Kontrakte zwischen Staat und einzelnen Hochschulen besteht die Möglichkeit der Einrichtung eines Pools, aus dem zweckgebunden spezifische Projekte finanziert werden. Dabei kann der Staat oder eine dafür eingesetzte Gutachterkommission über die Förderungswürdigkeit einzelner Hochschulen entscheiden.

Für den Staat bietet diese Finanzierungsvariante insbesondere eine bessere Möglichkeit zur Durchsetzung hochschulpolitischer Ziele, indem er gezielt Fördermittel als Incentives einsetzt und damit einen Wettbewerb der Ideen zwischen den Hochschulen entfacht.

Die Hochschulen konkurrieren um die verfügbaren Projektmittel per Antragsverfahren in ähnlicher Weise, wie dies bei Drittmitteln teilweise der Fall ist. Für die vorliegende Studie muss die Vergabe zweckgebundener Projektmittel aber streng von der Drittmittelvergabe von Forschungsgemeinschaften (z.B. DFG, Research Councils usw.) abgegrenzt werden. Im Unterschied zur Art und Absicht dieser Art der Drittmittelfinanzierung bestimmt der Staat im erstgenannten Fall im Vorhinein das Ziel des Projekts. Außerdem sind die entsprechenden Projekte häufig nicht wissenschaftlicher, sondern eher allgemein hochschulpolitischer Natur. Beispiele sind Initiativen zur Öffnung der Hochschulen für bildungsferne Schichten, zur Einführung von E-Learning oder zur pädagogischen Fortbildung des wissenschaftlichen Personals.

<sup>7</sup> Im Unterschied zur formelgebundenen Finanzierung hat in diesem Fall die Formel keinen allgemeingültigen Charakter. Es können also auch hochschulspezifische Formeln verwendet werden, mit denen der Staat leichter seine hochschulpolitischen Ziele umsetzen kann. Nutzt der Staat z.B. die Hochschulpolitik zur Regionalförderung, ist es bei dieser Finanzierungsform möglich, unterschiedliche Beträge pro Student/in an Hochschulen verschiedener Regionen zu überweisen. In dem Fall könnten Hochschulen, die auf Grund ihrer Lage weniger attraktiv für Studierende sind, höhere Beträge pro Student/in bekommen, um so ihren geographischen Nachteil durch ein interessanteres Lehrangebot wettzumachen.

## 2.4 Formelgebundene Finanzierung

### 2.4.1 Leistungsunabhängige formelgebundene Finanzierung

Für den Fall, dass die Hochschulfinanzierung von historischen "Schieflagen" bereinigt werden soll, die Struktur des Hochschulsystems aber stabilisierender Elemente im Rahmen einer formelgebundenen Finanzierung bedarf, wird auf die Möglichkeit einer leistungsunabhängigen formelgebundenen Finanzierung zurückgegriffen. Diese Art der Finanzierung ist angebotsorientiert, d.h. der Staat zahlt für die bloße Bereitstellung von Lehr- und Forschungskapazitäten. Damit hängt die Finanzierung von angebotsbezogenen *Inputs* ab und nicht vom Erfolg der Hochschule in Lehre oder Forschung.

Diese Art der Finanzierung mag auf den ersten Blick kryptisch erscheinen, da der Sinn einer formelgebundenen Finanzierung i.d.R. darin gesehen wird, das strategische Verhalten von Hochschulen zu beeinflussen. Dies lässt sich aber nur realisieren, wenn die tatsächlichen Leistungen der Hochschulen finanziell gewürdigt werden. Eine Finanzierung nach angebotsbezogenen *Inputs* wie der Zahl der Wissenschaftlerstellen oder der Zahl der personalbezogenen Studienplätze, die kurz- bis mittelfristig nicht variabel sind, könnte sich nicht von Periode zu Periode ändern und würde daher kaum strategische Anreize bei einer Hochschule auslösen. Die Verwendung entsprechender Finanzierungselemente in indikatorgestützten Verfahren kann insofern nur darauf zurückgeführt werden, dass eine entsprechende angebotsorientierte Finanzierung stabilisierend wirkt und solche stabilisierenden Elemente vor zu starken Budgetverlusten schützen sollen. Häufig bedient man sich zum gleichen Zweck aber alternativer Mechanismen wie Kappungsgrenzen und Dimensionierung von Budgetanteilen, die leistungsorientiert vergeben werden sollen.<sup>8</sup>

### 2.4.2 Leistungsabhängige formelgebundene Finanzierung

Hierbei hängt die Höhe der staatlichen Finanzierung von den Leistungen ab, die eine Hochschule erbringt: Der Staat "kauft" die Dienstleistungen bzw. Produkte ein, welche die Hochschule erbringt bzw. herstellt. Die Hochschule entscheidet idealerweise mehr oder weniger autonom über die Art und Weise der Leistungserbringung.

Die für ein gutes finanzielles Auskommen erforderliche Leistungspositionierung erfordert ein ausgeprägtes strategisches Verhalten seitens der Hochschulen. Auf der einen Seite besteht der Anreiz, auf der Basis der vom Staat festgelegten Formel die erwarteten Einnahmen durch optimale Performance zu steigern. Auf der anderen Seite sind die Hochschulen gut beraten, ihre Kosten für die erstellten Leistungen zu minimieren.<sup>9</sup> Soweit es die finanzielle Lage zulässt, kann die Hochschule potentielle "Gewinne" dafür einsetzen, ihre strategischen Ziele wie z.B. Profil- und Schwerpunktbildung weiter zu verfolgen.

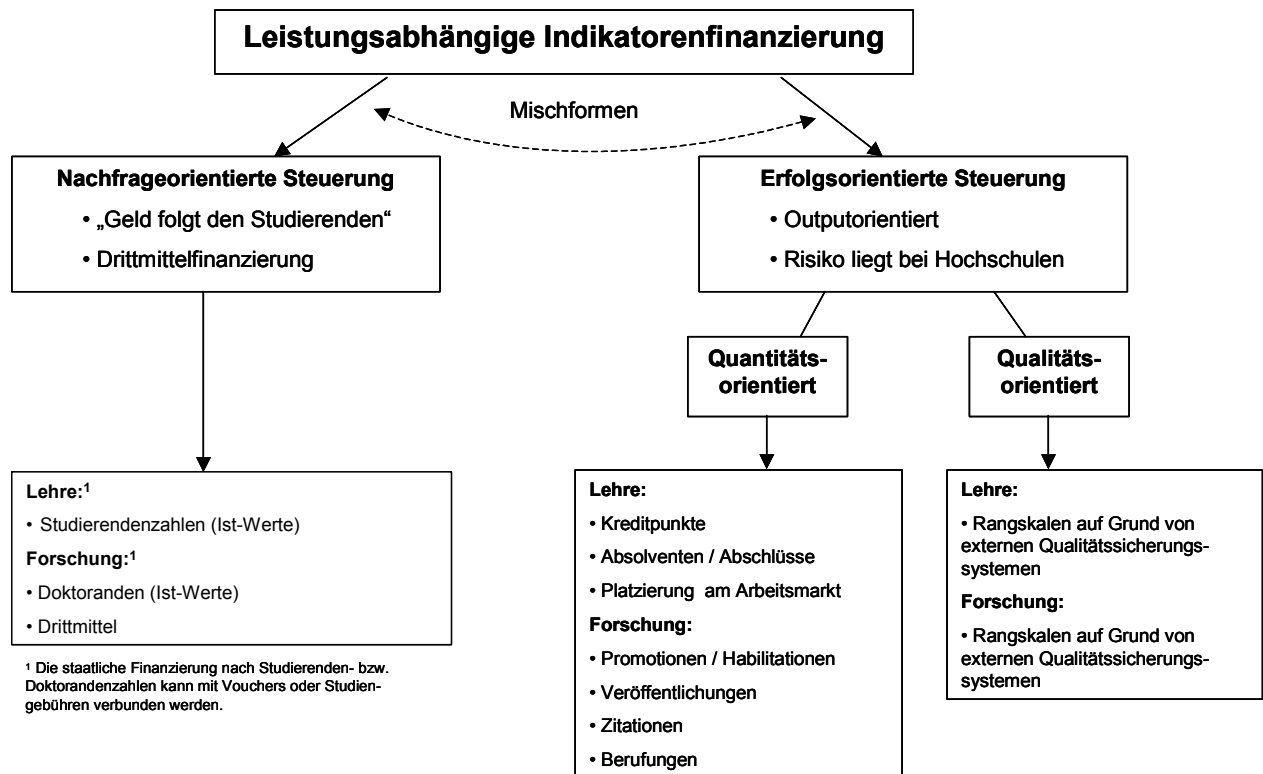
Nach Art der verwendeten Indikatoren lassen sich *nachfrage- und outputorientierte Steuerungskomponenten* unterscheiden. Für diese Unterscheidung ist die Prozessperspektive entscheidend. Im laufenden Prozess steht im Vordergrund, in welchem Umfang Leistungen nachgefragt werden. Am Ende des Prozesses steht der Erfolg bzw. der Output (vgl. Abbildung 2.2).

---

<sup>8</sup> Leszczensky / Orr (2004).

<sup>9</sup> Die Hochschulen werden sich also nur dann derart strategisch verhalten, wenn sie frei über ihre Mittel verfügen können – ist das nicht der Fall, hätten sie keinen Anreiz, ihre Einnahmen zu maximieren. Bei weitgehend autonomen Hochschulen sollte eine unabhängige Ausgabenpolitik der Hochschulen allerdings vorausgesetzt werden können.



**Abbildung 2.2: Instrumente der leistungsabhängigen Steuerung**

### 2.4.2.1 Nachfrageorientierte Finanzierung

Zu den auf Lehre bezogenen nachfrageorientierten Finanzierungsinstrumenten gehören in erster Linie Studiengebühren.<sup>10</sup> Die Position des Lehre nachfragenden Kunden ist am stärksten, wenn er für die Leistungen selbst bezahlt. Aber auch *Vouchers* bzw. Bildungsgutscheine, deren Finanzierung der Staat übernimmt, können eine über die Nachfrager vermittelte steuernde Wirkung haben. Der Wert eines Studiengangs wird damit bewusster gemacht, sodass auch die Auswahl des Angebots interessengesteuerter erfolgen dürfte. Nachfrage nach Lehre lässt sich darüber hinaus aber auch schlicht durch die Zahl der Studierenden ausdrücken, die sich für eine Hochschule entscheiden.

Bei der nachfrageorientierten Finanzierung für Lehre folgt das Geld in jedem Fall den Studierenden. Je mehr Studierende eine Hochschule aufnimmt und je länger sie diese halten kann (innerhalb des Zeitraumes, in dem sie für ihre Lehrleistung entlohnt wird), desto mehr Geld erhält sie, entweder in Form von direkten Studiengebühren, eingelösten Bildungsgutscheinen oder nachfrageabhängigem staatlichem Zuschuss.

Die Hochschulwahl der Studienberechtigten wird, je nachdem, wie wettbewerbsfähig ein Hochschulsystem organisiert ist, mehr oder weniger stark durch ihre Einschätzung der Qualität der Lehre an der jeweiligen Hochschule geprägt.<sup>11</sup> Je größer die Niveauunterschiede sind, die in einem Hochschulsystem vorhanden sind bzw. zugelassen werden, desto stärker ist das Interesse der Studienbewerber an jenen Hochschulen, deren Ausbildung (Lehre) die bestmögliche Investition für ihren späteren Lebensweg darstellt. Damit Studierende durch die bewusste Wahl ihrer Hochschule effektiv "mit den Füßen abstimmen" können, benötigen sie jedoch umfassen-

<sup>10</sup> Kaiser u.a. (2001)

<sup>11</sup> Für deutsche Verhältnisse siehe dazu Lewin et al. (2001): S. 132 ff.

de, vergleichbare und verständliche Information über die Studienangebote der Hochschulen. Insofern sind aussagefähige Rankings häufig im Gesamtrepertoire nachfrageorientierter Steuerung wiederzufinden.

Nachfrageorientierte Forschungsfinanzierung stützt sich insbesondere auf den Indikator "Höhe der Drittmittel"; von einer solchen kann gesprochen werden, wenn sich eine indikatorgestützte Verteilung des staatlichen Zuschusses für Forschung - auch für Grundlagenforschung – an der Nachfrage nach Drittmittelforschung orientiert.

Drittmittel können nach Geberinstitutionen unterschieden werden. Zum einen sind es staatliche Mittel, die von quasi-staatlichen Institutionen vergeben werden wie von nationalen Forschungsgemeinschaften oder staatlichen Einrichtungen, die nicht unmittelbar für die Hochschulen zuständig sind. Diese Art der Drittmittel stellen – wie Vouchers – eine indirekte staatliche Finanzierung der Hochschulen dar. Darüber hinaus werden zahlreiche Projekte an Hochschulen durch private Drittmittel gefördert. Kennzeichnend für Drittmittel ist in jedem Fall, dass sie zweckgebunden bzw. projektgebunden vergeben werden. Die gesellschaftliche Nachfrage nach Forschungsleistung hat insbesondere über die Drittmittelfinanzierung Einfluss auf die Ausrichtung der Forschung in den Hochschulen.

Darüber hinaus lässt sich auch die Zahl der Nachwuchswissenschaftler (Graduierte, Doktoranden und Habilitanden) für eine nachfrageorientierte Steuerung von Forschungsmitteln verwenden.

#### **2.4.2.2 Erfolgsorientierte Finanzierung**

Bei der erfolgsorientierten Finanzierung richtet sich der staatliche Zuschuss für die Hochschulen nach ihren Erfolgen. Erfolge können quantitativ gemessen werden, z.B. als Anzahl der Absolventen oder Promotionen, oder qualitativ als Ergebnis einer Bewertung von Experten. Obwohl die *output*-orientierte Finanzierung nach quantitativen Erfolgen sowohl in der Lehre als auch in der Forschung möglich ist, wird sie eher für die Finanzierung der Lehre angewandt. Dagegen kommt der Forschung ein höherer Stellenwert bei einer *output*-orientierten Finanzierung nach qualitativen Kriterien zu.

##### **Quantitative Kriterien**

Kennzeichnendes Element der *output*-orientierten Finanzierung nach quantitativen Kriterien ist, dass die Höhe des staatlichen Zuschusses von messbaren Outputs der Hochschulen in Lehre und Forschung abhängt. Damit tragen die Hochschulen auch einen Teil des Risikos für etwaige Misserfolge ihrer Tätigkeit. Da sie den Misserfolg minimieren müssen, um ihre Einnahmen zu optimieren, stellt die *output*-orientierte Finanzierung nach quantitativen Kriterien ein aus gesellschaftlicher Sicht effizientes und effektives Hochschulfinanzierungsinstrument dar.

##### **Lehre**

Quantitative Erfolge in der Hochschullehre werden i.d.R. in Form von Absolventenzahlen oder erworbenen Kreditpunkten gemessen. Eine Finanzierung nach Kreditpunkten ist allerdings nur in Hochschulsystemen mit modularisierten Studiengängen möglich. Sie ist wie die nachfrageorientierte Finanzierung in gewisser Weise auch von den Studierendenzahlen abhängig. Nur reicht es bei einer erfolgsorientierten Finanzierung nicht, dass Studierende eingeschrieben sind oder an Examina teilnehmen; sie müssen letztere auch bestehen. Bei einer Finanzierung nach Teilerfolgen (credits) trägt die Hochschule im Vergleich zu anderen erfolgsorientierten Finanzierungsinstrumenten ein relativ geringeres Risiko. Größer ist das Risiko für die Hochschulen bei

einer Finanzierung nach Absolventenzahlen. In diesem Fall haben Hochschulen auch eher einen Anreiz, Qualitätsstandards zu senken, um ihren Output zu erhöhen.

Ein weiteres Kriterium, nach dem quantitative Erfolge der Hochschullehre gemessen werden können, ist die Platzierung der Hochschulabsolventen am Arbeitsmarkt.<sup>12</sup> Dieses Kriterium ist einerseits am ehesten dazu geeignet, den – aus gesellschaftlicher Sicht – erwünschten Erfolg einer Hochschulausbildung abzubilden, da dabei von Bedeutung ist, ob die entsprechenden Bildungsinvestitionen eine Rendite abwerfen. Andererseits sprechen mangelnder Aktualitätsbezug, Einflüsse regionaler Arbeitsmärkte und Erhebungsaufwand eher gegen diesen Indikator.

Da Studierende, die ohne Kreditpunkte oder Abschluss eine Hochschule verlassen, Ressourcen der Hochschule in Anspruch nehmen, ohne zu den Einnahmen beizutragen, konkurrieren Hochschulen um die besten Studienbewerber, da bei ihnen die Studienerfolgsaussichten besonders hoch sind. Daher werden Hochschulen unter den Bedingungen der Outputfinanzierung einerseits intensiv in Marketingmaßnahmen investieren, andererseits einen großen Aufwand bei der Auswahl der Studienbewerber betreiben.

Die Reputation einer Hochschule kann bei diesem Finanzierungsinstrument sehr wichtig sein. Je besser die Reputation, desto eher zieht eine Hochschule Studienbewerber mit einer hohen Erfolgswahrscheinlichkeit an. Es ist möglich, dass es auf Grund unterschiedlicher Reputationen von Hochschulen zu einem sich selbst verstärkenden Differenzierungsprozess kommt, weil mangelnde Reputation die besseren Studienbewerber tendenziell abschreckt und der erwartungsgemäß höhere Schwund zu geringeren Einnahmen führt, die wiederum die Möglichkeiten, die hochschulischen Entwicklungsperspektiven zu verbessern, weiter verschlechtern.

### **Forschung**

Eine Möglichkeit, die quantitativen Erfolge der Hochschulforschung zu messen, besteht darin, die Anzahl erfolgreicher Nachwuchswissenschaftler (Graduierte, Promovierte, evtl. Habilitierte) zu ermitteln. Im Rahmen eines Graduiertenstudium können auch Teilerfolge in Form von Kreditpunkten gemessen werden. Die damit in Finanzzuweisungsverfahren gesetzten Anreize wirken ähnlich wie die für den Bereich der Lehre beschriebenen.

Weitere Indikatoren zur quantitativen Messung der Erfolge der Hochschulforschung sind Anzahl oder Umfang von Veröffentlichungen, Zitationen und Anzahl der Berufungen. Bei einer Finanzierung nach quantitativen Erfolgen führt die Nutzung dieser Indikatoren allerdings häufig zu unerwünschten Nebeneffekten. So verführt eine Finanzierung nach der Anzahl der Veröffentlichungen dazu, den kleinsten Wissenszuwachs zu publizieren, statt ein aussagekräftiges Ergebnis abzuwarten. Eine Finanzierung nach Umfang der Veröffentlichungen kann weitschweifige Darstellungen zur Folge haben. Hängt die Finanzierung davon ab, wie häufig eine Publikation zitiert wurde, haben Wissenschaftler einen großen Anreiz, sich gegenseitig zu zitieren. Auch eine Finanzierung nach Anzahl der Berufungen kann solch kartellartiges Verhalten bei Hochschulen bzw. Professoren bewirken, das vermehrt in gegenseitigen Berufungen, die nicht angenommen werden, resultiert.

Das Ausmaß der unerwünschten Nebeneffekte veranschaulicht, wie schwierig es ist, Wissenszuwachs vergleichend zu quantifizieren. Erschwerend ist zudem die schlechte fächerübergreifende Vergleichbarkeit solcher Erfolgsmessungen. All dies mag erklären, warum diese Kriterien trotz des geringen Aufwandes, mit denen sie umgesetzt werden können, selten als Indikatoren innerhalb von Finanzzuweisungsverfahren anzutreffen sind.

---

<sup>12</sup> Es gibt mehrere Möglichkeiten, dies zu messen. So kann es z.B. zum Einen darum gehen, überhaupt einen Arbeitsplatz innerhalb eines gewissen Zeitraumes nach dem Examen gefunden zu haben, zum Anderen darum, einen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz erhalten zu haben.

## Qualitative Kriterien

Bei einer *output*-orientierten Finanzierung nach qualitativen Kriterien belohnt der Staat die Hochschulen für gute Qualität ihrer Lehre und Forschung. Dabei wird die Zuweisungsentscheidung nicht auf quantitative Indikatoren, sondern auf Expertenurteile gestützt. Da es keine allgemein verbindliche Auffassung von "Qualität in Lehre und Forschung" gibt, ist bei einer Finanzierung nach diesen Kriterien wichtig, wer darüber urteilt, was Qualität ist: der Staat, die Hochschule oder eine unabhängige dritte Einrichtung.

### Lehre

Bei einer *output*-orientierten Finanzierung der Hochschullehre nach qualitativen Kriterien müssten die finanziellen Mittel an Hochschulen entweder in Abhängigkeit von Ergebnissen von Lehr-evaluationen oder von der Beurteilung ihrer Qualitätssicherungsverfahren verteilt werden. Dies ist in der Praxis aufgrund eines Mangels an eindeutigen Kriterien kaum anzutreffen. Hinzu kommt, dass der Arbeitsmarkt mit seiner Nachfrage nach Hochschulabsolventen bereits über den relativen Wert der Ausbildungsleistung einer Hochschule entscheidet. Je besser den Studienbewerbern der relative Erfolg von Absolventen verschiedener Hochschulen am Arbeitsmarkt bekannt ist, umso eher können letztere über ihr Nachfrageverhalten nach Studienplätzen Hochschulen für ihre Ausbildungsleistung belohnen oder bestrafen. Ein derartiges Verfahren ist aus gesellschaftlicher Sicht effizienter als eine *output*-orientierte Finanzierung der Hochschullehre nach Qualitätskriterien, da die eigentlichen Marktteilnehmer festlegen, was die gewünschte Qualität der Lehre sein sollte.

### Forschung

Da es sich bei den Ergebnissen von Hochschulforschung weitestgehend um öffentliche Güter handelt,<sup>13</sup> existiert kein Markt, der die Qualität der Forschungserfolge verschiedener Hochschulen einschätzt und finanziell honoriert. Der Staat muss deshalb die Bereitstellung dieses Gutes garantieren und darüber hinaus versuchen, die Qualität der Forschung zu steigern.

Traditionell wird die Forschung in den meisten Ländern zu einem Teil über einen Pauschalbetrag des jeweiligen Wissenschaftsministeriums und zu einem anderen Teil über die Vergabe von zweckgebundenen Projektmitteln, auch über nationale Forschungsgemeinschaften (*research councils*), staatlich finanziert. Da der Pauschalbetrag i.d.R. von Jahr zu Jahr überrollt wird (inkrementalistische Fortschreibung), übt er keinen anreizverträglichen Effekt auf das strategische Verhalten der Hochschule aus. Eine Ausnahme stellt die staatliche Drittmittelfinanzierung über Forschungsgemeinschaften dar, da sie auch von der erwarteten Erfolgswahrscheinlichkeit des Forschungsprojektes und den vergangenen Forschungserfolgen der beteiligten Forscher abhängt.

Die *output*-orientierte Finanzierung der Hochschulforschung nach qualitativen Kriterien stellt den Versuch dar, vermehrt Wettbewerb um die finanziellen Mittel des Staates auch in die Grundlagenforschung einzuführen. Um dies zu erreichen, muss die Forschungsleistung an Hochschulen evaluiert werden, z.B. durch entsprechende Expertengruppen. Dabei wird v.a. die Qualität der Forschung beurteilt, z.B. in Form von Publikationen; das qualitative Urteil muss anschließend in eine Notenskala transformiert werden, um darüber die Finanzierungshöhe festlegen zu können. Dieses Qualitätsurteil ist gegen die negativen Anreize eher resistent, die eine Finanzierung ausschließlich nach quantitativen Maßstäben wie Menge und Umfang von Publikationen auslöst.

---

<sup>13</sup> Bei einem öffentlichen Gut können Dritte nicht an der Nutzung des Gutes gehindert werden (mangelndes Ausschlussprinzip), was den Preis des Gutes auf Null drückt. Daher wird kein privater Unternehmer dieses Gut bereitstellen, obwohl das aus gesellschaftlicher Sicht wünschenswert wäre.

Bei einer Finanzierung der Forschung über qualitative Erfolge definiert i.d.R. eine Experten-Gruppe, was unter Qualität der Forschung zu verstehen ist. Will eine Hochschule ihre finanzielle Situation verbessern, muss sie Erwartungen darüber bilden, wie zum Zeitpunkt der Evaluation "gute Qualität" definiert wird. Forscher und Forschungsanliegen, die diesen Erwartungen von Qualität entsprechen, werden bevorzugt eingestellt oder hochschulintern gefördert. Daher besteht bei einer Finanzierung der Hochschulforschung nach qualitativen Kriterien tendenziell die Gefahr, dass es zu verstärkter *mainstream*-Forschung auf Kosten innovativer Ideen kommt.

## 2.5 Exkurs: Studienförderung

Eine Sonderform der indirekten staatlichen Hochschulfinanzierung stellt die Studienförderung dar, da sie die Kosten des Studiums für den einzelnen Studierwilligen senkt und so die Anzahl der Studierenden – und damit im Falle einer nachfrageorientierten Finanzierung auch die Einnahmen der Hochschulen – erhöht. Dabei ist die Studienförderung besonders wichtig, wenn Studiengebühren erhoben werden. Die Bereitschaft zur Studienaufnahme von Kindern einkommensschwächerer Familien kann sich durch die Etablierung von nennenswerten Studiengebühren verringern. Hier müssen entsprechende Fördersysteme gegenwirken, wenn die für notwendig erachtete Akademisierung erreicht werden soll.

Die Notwendigkeit der staatlichen Studienförderung – v.a. unter der Bedingung hoher Studiengebühren – ergibt sich auch aus dem Kapitalmarktversagen im (tertiären) Bildungssektor. Dieses Kapitalmarktversagen beschreibt das Phänomen, dass der einzelne Studierende nicht in der Lage ist, sein erwartetes künftiges Einkommen als Sicherheit für ein Ausbildungsdarlehen auf dem Kapitalmarkt einzusetzen. Mit anderen Worten, der Kapitalmarkt ist nicht in der Lage, zu akzeptablen Zinssätzen das Risiko des individuellen Konkurses zu tragen. Daher muss der Staat die Finanzierung einer akademischen Ausbildung absichern, um eine gesellschaftlich optimale Menge an Akademikern sicherzustellen. Dabei sind zwei Aspekte von Bedeutung:

- Einerseits kann es im Interesse des Staates liegen, die Studienfinanzierung nur im Bedarfsfall, d.h. abhängig von der Einkommenssituation der Eltern, zu ermöglichen;
- andererseits kann der Staat auch ein Interesse an einer einkommensunabhängigen Förderung haben, um Bildungsinvestitionen insgesamt zu fördern.

Neben Stipendien stehen dem Staat dafür zwei darlehensgestützte Finanzierungsmethoden zur Verfügung. Zum einen kann er die Rückzahlungsgarantie für ein Bankdarlehen übernehmen, zum anderen kann der Staat selbst dem Studierenden ein Darlehen gewähren. Stipendien- und Darlehenssysteme werden in vielen Ländern auch kombiniert.



### 3 Verfahren der Qualitätssicherung

#### 3.1 Begriffe in der internationalen Diskussion

Qualitätssicherung ist ein geflügeltes Wort in heutigen Debatten um Hochschulentwicklung. Einige Autoren haben die 1990er als Jahrzehnt der Qualität bezeichnet, weil sich viele Hochschulsysteme in dieser Zeit der Entwicklung von Maßnahmen der Qualitätssicherung widmeten.<sup>14</sup> Die internationale Praxis zeigt sich noch derart im Fluss, dass eine eindeutige und einheitliche Abgrenzung zwischen Verfahrenstypen selten anzutreffen ist,<sup>15</sup> überdies werden Begriffe z.T. unterschiedlich verwendet. Ein Grund dafür liegt sicherlich v.a. in der landesspezifischen Entwicklung der Diskussion um Qualität.

Als Oberbegriff für alle Verfahrensvarianten, die die qualitativen Aspekte der Hochschulleistung überprüfen und ihr Niveau sichern sollen, hat sich im deutschsprachigen Raum der Begriff *Qualitätssicherung* etabliert.<sup>16</sup> Dieser Terminus stellt auch eine Übersetzung des im englischsprachigen Raum verwendeten Oberbegriffs *Quality Assurance* dar.

Bislang wurde die deutsche Debatte um Qualitätssicherung von den Begriffen interne und externe Evaluation sowie – spätestens seit Beginn des Bologna-Prozesses – Akkreditierung dominiert.<sup>17</sup> Durchaus gebräuchlich ist auch der Begriff der Qualitätsbewertung, der jedoch häufig ohne klare Differenzierung als eine Hälfte eines Begriffspaares verwendet wird: So z.B. Qualitätsbewertung und -verbesserung<sup>18</sup> oder Qualitätsbewertung und -entwicklung.<sup>19</sup> Wie der Begriff Evaluation, der aus der Sozialforschung entliehen ist, betont Qualitätsbewertung das Abgeben eines Werturteils über ein Objekt. Der Begriff Akkreditierung hingegen betont die Konsequenz des Urteils über ein Objekt: Im positiven Fall wird das Objekt – i.d.R. ein Studiengang – (staatlich) anerkannt. Für die folgende Studie werden die Begriffe **Qualitätsbewertung** und **Akkreditierung** in diesem Sinne verwendet. Als dritten zu unterscheidenden Verfahrenstyp ist **Quality Audit** zu benennen, ein Verfahren, das in der internationalen Praxis immer häufiger anzutreffen ist. Dieser Verfahrenstypus hat seinen Ursprung in England, wo *Academic Audits* zwischen 1988 und 1992 durchgeführt wurden.<sup>20</sup> Nach dem dieses Verfahren, das sich mehr an den Zielen und Strukturen der individuellen Hochschulen orientierte, in England abgeschafft worden war, wurde es in etwas abgewandelter Form in einigen anderen Ländern um die Jahrhundertwende wieder eingeführt (so z.B. in Australien, Finnland und England). Eine entsprechende Übersetzung dieses Begriffs im deutschsprachigen Raum gibt es bislang nicht.

#### 3.2 Verfahrenstypen

Die internationale Praxis zeigt, dass sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Wesentlichen die drei o.g. Verfahrenstypen der Qualitätssicherung etabliert haben: Akkreditierung, Qualitätsbewertung und *Quality Audit* auf der Basis von Qualitätsmanagement.<sup>21</sup> Eine erste Charakteri-

<sup>14</sup> Harvey / Askling (2003): S.69.

<sup>15</sup> Vgl. Teichler (2003)

<sup>16</sup> Vgl. für dessen Verwendung u.a. Hochschulrektorenkonferenz "Projekt Qualitätssicherung" (seit 2001); Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der schweizerischen Hochschulen (OAQ) – (seit 2001); für Österreich: Lassnigg et al. (2003).

<sup>17</sup> Vgl. Reissert / Carstensen (1998) und Kultusministerkonferenz (2002). Einige Autoren stufen den Stand der deutschen Praxis als zurückhaltend ein: Harvey / Askling (2003): S.71.

<sup>18</sup> Kultusministerkonferenz (2000).

<sup>19</sup> Hochschulrektorenkonferenz (2000).

<sup>20</sup> Dill (2000). Eine Beschreibung des Verfahrens befindet sich bei Orr (2001): S.166f.

<sup>21</sup> Diese Unterscheidung wird u.a. in einer Studie des Danish Evaluation Institute getroffen. Diese Studie nennt als vierte Kategorie das "Benchmarking", dass sich als eigenständiges Verfahren allerdings bislang kaum etabliert hat. Vgl. Danish Evaluation Institute (2003): S.18f.

sierung der Verfahren lässt sich anhand ihrer jeweiligen Leitfrage vornehmen, wie in Abbildung 3.1 dargestellt.<sup>22</sup> Die genannten Verfahren lassen sich hinsichtlich sieben weiterer typischer Merkmale unterscheiden.

**Abbildung 3.1: Verfahren der Qualitätssicherung: Grundcharakteristika**

Verfahren/ Dimensionen	Akkreditierung	Qualitätsbewertung	Quality Audit
<b>Leitfrage</b>	Ist die Leistung bzw. das Angebot gut genug?	Wie gut ist die Leistung?	Erreicht die Institution ihre eigenen Ziele?
<b>Fokus</b>	Kontrolle über Mindeststandards	Information	Verbesserung
<b>Qualitätsdimension</b>	Inputqualität (und Outputqualität)	Outputqualität	Prozessqualität
<b>Gegenstand</b>	Studiengänge (und in Einzelfällen Institutionen)	Lehre, Forschung, Studiengänge, Fachbereiche, Institutionen	institutionelle Prozesse der internen Qualitätssicherung
<b>Motivation</b>	Genehmigung bzw. Qualitätssiegel	Transparente und vergleichbare Darstellung von Leistungen	Förderung interner Initiativen zur Qualitätssicherung
<b>Form</b>	Standardisiert	Standardisiert	Individuell
<b>Ergebnis</b>	Ja/Nein-Urteil	Stärken-Schwächen-Analyse; vergleichende Bewertung (Wort- oder Zahlurteil, Rangliste)	Empfehlungen zu Inputs, Prozesse und Outputs von internen Verfahren
<b>Häufigkeit</b>	einmalig (z.T. periodisch)	periodisch	periodisch

### 3.2.1 Akkreditierung

Akkreditierungsverfahren fokussieren auf die Kontrolle von Mindeststandards. So wird überprüft, ob die Leistung bzw. das Angebot einer Hochschule gut genug ist. Der Gegenstand einer Akkreditierung ist i.d.R. ein Studiengang. Wenn von einer Akkreditierung von Institutionen gesprochen wird, handelt es sich häufig um eine Vorstufe zur eigentlichen Akkreditierung von Studiengängen. Der Institution wird attestiert, dass sie überhaupt in der Lage ist, akademische Leistungen anzubieten. Nach dieser institutionellen Akkreditierung kann eine Einrichtung Studiengänge anbieten, die allerdings auch einzeln akkreditiert werden müssen. Die folgende Studie konzentriert sich deshalb auf die Akkreditierung von Studiengängen.

Die Ausgestaltung des jeweils eingesetzten Verfahrens ist unterschiedlich. Ressourcenbezogene Aspekte wie Zahl und Qualifikation des wissenschaftlichen Personals, räumliche Ausstattung, finanzielle Stabilität der Institution und Zahl der aufzunehmenden Studierenden werden jedoch immer berücksichtigt. Verfahren, die allein diese Inputfaktoren berücksichtigen und einmalig durchgeführt werden, sind dem Prozess der ministeriellen Genehmigung von neuen Studiengängen sehr ähnlich. Andere Verfahrensvarianten haben eine größere Reichweite und sehen eine periodische Re-Akkreditierung vor. Dabei werden auch Leistungsergebnisse (z.B. Abschlussnoten) und ggf. Selbstevaluationsberichte von den Hochschulen verlangt. In solchen Fällen ist der Unterschied zwischen Akkreditierung und Qualitätsbewertung nicht mehr so trennscharf zu erkennen.<sup>23</sup> Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal liegt jedoch im binären Ja/Nein-Urteil am Ende des Verfahrens. Ein positives Urteil ist i.d.R. Grundvoraussetzung für staatliche Finanzierung.

<sup>22</sup> Skilbeck (2001): S.108.

<sup>23</sup> Hämäläinen / Haakstad (2001): S.8f.



In manchen Ländern existieren auch Akkreditierungsverfahren, die von Fachverbänden durchgeführt werden. Ein positives Ergebnis aus diesen Verfahren fungiert nicht als Genehmigung oder als Grundvoraussetzung für staatliche Finanzierung, sondern als Qualitätssiegel.

### 3.2.2 Qualitätsbewertung

Bei Verfahren der Qualitätsbewertung (in Deutschland: externer Evaluation) geht es v.a. um die Frage, wie gut die Leistung einer Hochschule im Vergleich zu anderen ist. Über Aspekte der Leistung wird in komprimierter Form berichtet. Wie Abbildung 3.1 zu entnehmen ist, gibt es eine Vielzahl von möglichen Gegenständen für dieses Verfahren: z.B. Lehre, Forschung, Studiengänge, Fachbereiche, Institutionen. Die konkreten Gegenstände der Untersuchung werden extern bestimmt und nach standardisierten Kriterien bewertet. Der Qualität von Outputs – z.B. Absolventen, Publikationen – kommt eine wesentliche Bedeutung zu. Häufig werden darauf basierend Stärke-Schwäche-Analysen einer Einrichtung erstellt. Falls ein Verfahren flächendeckend oder zumindest hochschulübergreifend durchgeführt wird, kann eine vergleichbare Bewertung von Leistungsniveaus Bestandteil der Evaluation sein. Weil sich Leistungen im Laufe der Zeit verändern, wird dieses Verfahren in regelmäßigen Abständen wiederholt.

Häufig wurden die ersten Verfahren als Anreiz zur Verbesserung von hochschulischen Leistungen eingesetzt. Ein Problem wurde jedoch in der standardisierten Form des Verfahrens gesehen. Sie bringt eine Ausrichtung nach außen mit sich, die u.U. dazu führt, dass intern zu verfolgende Ziele sowie individuelle Probleme in der Leistungsbewertung ausgeblendet werden. Mit dieser Begründung haben einige Länder das Verfahren des Quality Audit eingeführt.

### 3.2.3 Quality Audit

"Quality Audit" bedeutet ins Deutsche übertragen etwa Qualitätsanhörung. Externe Gutachter hinterfragen, ob die Institution ihre eigenen Ziele erreicht sowie ihren eigenen Standards entspricht. Das Quality Audit setzt bei den hochschulinternen Zielen an und überprüft, ob interne Prozesse so organisiert sind, dass diese Ziele erreichbar sind. Fokus des Verfahrens ist die Verbesserung der Wirksamkeit dieser internen Prozesse (Prozessqualität).<sup>24</sup>

Quality Audit kann als Meta-Verfahren begriffen werden, denn es ist ein externes Verfahren, das auf internen Qualitätssicherungssystemen (Qualitätsmanagement) aufbaut. So wird vorausgesetzt, dass die betroffenen Hochschulen ihre eigenen internen Maßnahmen und Verfahren zur Qualitätssicherung einsetzen. Thematisiert werden u.a. Zulassungsbedingungen, Prüfungsverfahren, Berufungs- bzw. Einstellungsverfahren, Studienstruktur, studentische Leistung, Umgang mit studentischer Kritik, und v.a. Umgang mit Ergebnissen aus internen Verfahren der Qualitätssicherung.

Das Verfahren basiert primär auf einem Selbstevaluationsbericht, der von externen Peers begutachtet wird. Bei einer Vor-Ort-Begehung werden Aussagen des Selbstevaluationsberichts stichprobenartig an der organisatorischen Realität überprüft. Hochschulen werden ermutigt, selbstkritisch mit ihrer Leistung umzugehen. Am Ende des Verfahrens werden Empfehlungen abgegeben und in manchen Fällen wird *good practice* im Bereich der Qualitätssicherung ausgezeichnet.

<sup>24</sup> Zum Begriff Prozessqualität siehe: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2001): S.13f.



## 4 Australien

### 4.1 Hochschulsystem

Das ehemalige binäre Hochschulsystem, bestehend aus Universitäten und *Colleges of Advanced Education* wurde 1988 durch das sog. *Unified National System* abgelöst, in dem alle Hochschulen Universitätsstatus erhielten. Gleichzeitig wurden viele Hochschulen zu größeren Einheiten zusammengeschlossen. Der Staat machte zur Bedingung für öffentliche Hochschulfinanzierung, dass die Hochschulen eine Mindestgröße haben und entfachte dadurch eine Fusionswelle im Hochschulsektor.<sup>25</sup> Die Universitäten im System sollten größere Autonomie bei der Verfolgung eigener Ziele genießen und gleichzeitig einem freieren Wettbewerb untereinander ausgesetzt werden. Die Koordinierung und Kontrolle dieser Entwicklungen im neuen Hochschulsystem sollte durch eine Qualitätssicherungsagentur ergänzt werden.<sup>26</sup>

Der öffentlich finanzierte Anteil der Hochschulbudgets ist in den letzten Jahren real gesunken.<sup>27</sup> Heute spielen Studiengebühren eine große Rolle bei der Finanzierung von Hochschulen im australischen System.

Im Jahr 2002 begann ein Prozess der kritischen Überprüfung der durch die Reformen des australischen Hochschulsystems ausgelösten Entwicklungen mit dem Arbeitstitel "Hochschulbildung am Scheideweg" (*Higher Education at the Crossroads*).<sup>28</sup> Ein Gesetzesentwurf wird seit Mai 2003 diskutiert, aber eine Balance zwischen Hochschulautonomie und legitimer staatlichen Intervention wurde zumindest nach Meinung der australischen Hochschulrektorenkonferenz noch nicht gefunden.<sup>29</sup>

#### 4.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

Australien ist ein föderales System mit sechs Staaten und zwei Territorien, die Bildungshoheit genießen. Hochschulen werden per Landesgesetz etabliert. Seit 1974 werden die Hochschulen allerdings von der bundesstaatlichen Ebene, dem *Commonwealth*, finanziert. Den damit verbundenen indirekten Einfluss verwendete der *Commonwealth* nach Auflösung der binären Trennung im Hochschulsektor Anfang der 1990er, um die Hochschulen in ein nationales Hochschulsystem unter seinem direkten Einfluss zu integrieren. Die Universitäten werden auf nationaler Ebene durch das *Australian Vice-Chancellors' Committee* (AVCC) vertreten.

#### 4.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

Der Hochschulsektor in Australien umfasste im Jahr 2001 42 Universitäten und zählte nach OECD-Daten 640 Tsd. Studierende (VZÄ).<sup>30</sup> Zwischen 1995 und 2001 erfuhr die Studierendenzahl einen Zuwachs von 11% und lag damit deutlich hinter dem OECD-Durchschnittswachstum für diese Periode, das bei 31% lag. Australien hat jedoch noch eine im OECD-Vergleich überdurchschnittliche Studieranfängerquote von 65%.<sup>31</sup> Der Anteil der Studierenden, die ihr Studium zum erfolgreichen Abschluss bringen, liegt mit 69% knapp unter dem Durchschnitt. Die jähr-

<sup>25</sup> Harman (2000): insbes. S.352.

<sup>26</sup> Meek / Wood (1997).

<sup>27</sup> AVCC (2003a). S.7.

<sup>28</sup> DEST (2002).

<sup>29</sup> AVCC (2003b).

<sup>30</sup> OECD (2003).

<sup>31</sup> OECD/ISCED-Klassifikation 5A. Für 5B liegen keine Angaben vor.

lichen Ausgaben je Studierendem in Australien sind mit US\$12.854 pro Student/in (2000) im OECD-Vergleich überdurchschnittlich (Durchschnittswert für OECD-Länder: US\$ 9.571).<sup>32</sup>

#### 4.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Hochschulen haben in Australien das Recht, ihre Studienanfänger selbst auszusuchen bzw. die Kriterien für die Aufnahme selbst festzulegen. Es gibt sieben regionale Studienplatzkoordinierungsstellen. Sie kalkulieren Rangplätze für die Bewerber um Studienplätze in ihrer jeweiligen Region. Die Rangplätze ergeben sich aus den gewichteten Noten der Abschlussprüfungen am Ende der Sekundarstufe II.<sup>33</sup> Entsprechend Angebot und Nachfrage legen einzelne Universitäten die Zulassungsbeschränkungen für die Aufnahme in bestimmte Studiengänge fest. Alternative Zugangsmöglichkeiten können eröffnet werden.<sup>34</sup>

Das australische Hochschulstudium ist ähnlich wie das britische (insbesondere das schottische) organisiert: Es wird im *undergraduate* Bereich ein dreijähriger Bachelor oder ein vierjähriger *Honours* Bachelor angeboten. Postgraduiertenstudiengänge bauen darauf auf: Zunächst ein ein- bis zweijähriger Master, gefolgt von einem mehrjährigen Doktorandenstudium. Im *undergraduate* Bereich (und teilweise im Master-Studium) ist das Studium modularisiert und werden Prüfungen studiumsbegleitend abgenommen (*credit points*).

## 4.2 Finanzierungsmethoden

Im Jahr 2001 erwarben die Universitäten im Durchschnitt 45% ihrer Einnahmen als staatlichen Zuschuss vom nationalen Wissenschaftsministerium (DEST). Der Zuschuss gliedert sich in ein Grundbudget (31%) und ein Budget zur Forschungsfinanzierung (14%). Im australischen Hochschulsystem finanziert der Staat Studiengebühren vor, die Studierenden nach Einstieg in das Berufsleben zurückzahlen müssen. Diese Komponente trägt im Durchschnitt zu 17% zum Gesamthaushalt einer Universität bei. Unter Berücksichtigung dieser Einnahmen ergibt sich für den staatlichen Zuschuss ein durchschnittlicher Anteil der öffentlichen Finanzierung am Gesamthaushalt einer Universität von 62%.<sup>35</sup>

Studiengebühren von ausländischen Studierenden spielen eine bedeutende Rolle bei der Hochschulfinanzierung in Australien. Sie machen insgesamt 11% der Einkünfte aus. Zusätzliche Gebühren von australischen postgraduierten Studierenden tragen 2% zum Haushalt bei. Des Weiteren werden etwa 22% der Hochschuleinkünfte als Finanzmittel aus anderen Quellen und 3% als Stiftungsgelder oder Zinsgewinne verbucht.

### 4.2.1 Finanzierung der Lehre

Mit dem *Grundbudget* wird maßgeblich die Lehre finanziert; der Staat geht jedoch davon aus, dass auch Grundmittel für Forschungstätigkeit auf diesem Wege zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung erfolgt nachfrageorientiert. So ergibt sich die Höhe der staatlichen Zuweisung aus der Zahl der eingeschriebenen Studierenden.

Jedes Jahr wird eine Vereinbarung (*Funding Agreement*) zwischen DEST und den einzelnen Universitäten getroffen über die Zahl der Studierenden und die Zusammensetzung der Fächer. Das Modell differenziert zwischen 12 Fächerclustern. Hochschulen müssen das vereinbarte

---

<sup>32</sup> OECD (2003).

<sup>33</sup> Handbuch der Studienplatzkoordinierungsstelle für New South Wales: UAC (2003).

<sup>34</sup> Australian Qualifications Framework – <http://www.aqf.edu.au>

<sup>35</sup> DEST (2002): S.45 und 52.

"Belastungsziel" um  $\pm 2\%$  treffen. Falls eine Hochschule das Ziel zwei Jahre in Folge um mehr als 2% unterschreitet, wird das "Belastungsziel" nach unten korrigiert. Seit 1988 erhalten Hochschulen, die ihr Kontingent überschreiten, für diese Studierende vom DEST den Betrag, der für die günstigsten Studiengänge berechnet wird.<sup>36</sup> Diese Regelung gilt noch bis 2007, ab dann bekommt eine Hochschule für die überschießende Zahl der Studierenden kein Geld mehr vom Staat.

Seit Anfang der 1990er werden von allen Studierenden im australischen Hochschulwesen *Studiengebühren* verlangt. Die Mehrheit der Studierenden bezahlt jedoch nicht während des Studiums. Die Studiengebühren sind prinzipiell nachgelagert; jeder Studierende hat die Möglichkeit, sie erst nach Einstieg in das Berufsleben zurückzuzahlen. Studierende haben jedoch die Option, die Gebühren sofort zu entrichten und erhalten dafür einen Teil erlassen.

Die Studiengebühren dienen prinzipiell der Finanzierung der Lehraufgaben der Universitäten. Der Staat finanziert vor, so dass die Gebühren den Hochschulen zur Verfügung stehen.

#### 4.2.2 Finanzierung der Forschung

Grundlagenforschung kann grundsätzlich aus dem Grundbudget bestritten werden (s.o.). Darüber hinaus enthält die *Forschungsfinanzierung*<sup>37</sup> (insges. 14%; s.o.) folgende vier Komponenten (hier im Verhältnis zu 100%):<sup>38</sup>

- Institutionelle Finanzierung (*Institutional Grants Scheme*) 21%: Die Mittel werden nach folgenden Leistungskriterien vergeben: Drittmittel 60%, Zahl der Doktoranden 30% und Veröffentlichungen 10%. Dieses Programm ersetzt das sog. *Research Quantum*, das qualitative Kriterien berücksichtigte, aber stark umstritten war.<sup>39</sup>
- Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses (*Research Training Scheme*) 41%: Die Leistungskriterien für diese Komponente sind: Zahl der Promotionen 50%, Drittmittel 40% und Veröffentlichungen 10%.
- Zusätzlich wird ein Teil der Mittel (27%) vom australischen Forschungsrat (*Australian Research Council*; ARC) verwaltet. Der ARC vergibt Forschungsmittel für Forschungsvorhaben nach einem Peer-Review-Verfahren.
- Ein weiteres Programm (*Research Infrastructure Block Grants*) verteilt zusätzliche Mittel (11%), um Ausstattungskosten zu decken, die sich aus den vom ARC vergebenen Projekten ergeben.

#### 4.2.3 Studiengebühren und Studienförderung

Das australische Hochschulsystem kennt drei Arten von Studiengebühren:

- Staatlich vorfinanzierte Studiengebühren (HECS-Programm)
- Studiengebühren für ausländische Studierende
- Studiengebühren für einheimische Studierende

<sup>36</sup> [http://www.avcc.edu.au/policies\\_activities/education\\_review/CGS&HECS-HELP\\_May2003.pdf](http://www.avcc.edu.au/policies_activities/education_review/CGS&HECS-HELP_May2003.pdf)

<sup>37</sup> DEST (2002): S.95f.

<sup>38</sup> Diese Anteile ergeben sich aus den Ausgaben für Forschung im Jahr 2003, die den Hochschulen direkt zugewiesen worden sind: Institutionelle Finanzierung (IGS) 277,6 Mio. AUS\$; Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses (RTS) 527,4 Mio. AUS\$; Forschungsinfrastruktur (RIBG) 136,7 Mi. AUS\$; Australischer Forschungsrat (ARC) 356 Mio. AUS\$.

<sup>39</sup> Taylor (2001): S.42-61.

#### 4.2.3.1 Staatlich vorfinanzierte Studiengebühren (HECS-Programm)

Studiengebühren wurden im Jahr 1974 abgeschafft, als der *Commonwealth* die öffentliche Hochschulfinanzierung übernahm und zentralisierte. Es setzte sich das Argument durch, Studiengebühren hielten Kinder einkommensschwacher Eltern vom Studium ab; allerdings zahlten seinerzeit nur noch 25% der Studierenden Gebühren.<sup>40</sup> 1986 wurden Verwaltungsgebühren eingeführt und im Jahr 1989 wieder Studiengebühren. Die damalige Regierung versuchte damit, einer Lösung des Problems näher zu kommen, dass die Studienplatznachfrage bei zunehmender Knappheit öffentlicher Mittel anstieg.<sup>41</sup>

Die neu eingeführten Studiengebühren sollten den Steuerzahler entlasten, und gleichzeitig keine abschreckende Wirkung für Kinder aus einkommensschwachen Familien ausüben. Das Programm für Studiengebühren, das diese Ansprüche erfüllen soll, nennt sich *Higher Education Contribution Scheme* (HECS). Wie sein Name andeutet, werden nicht die vollen Kosten des Studiums durch diese Gebühren gedeckt, vielmehr leistet der Studierende einen Beitrag dazu. Die Höhe der HECS-Gebühren werden jährlich vom DEST festgelegt. Es gibt zurzeit drei Gebührensätze, deren Höhe sowohl die tatsächlichen Kosten des Angebots als auch das zu erwartende Gehaltsniveau auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt. So gilt für die Fächer Jura und Medizin der höchste Gebührensatz, für die Krankenschwesternausbildung und Fächer der Geisteswissenschaften dagegen der niedrigste.<sup>42</sup>

Die Höhe der Gebühren wird jährlich vom DEST festgelegt. Ab 2005 haben die Hochschulen jedoch die Möglichkeit, die einzelnen Gebührensätze zwischen einem Minimal- und Maximalsatz zu variieren. DEST wird weiterhin einen Gebührensatz für jedes der drei Fächercluster vorschreiben und die Hochschulen können diesen um bis zu 25% anheben oder auf Null absenken.<sup>43</sup>

Studierende, die die Gebühren während des Studiums direkt bezahlen, bekommen dafür einen 25%-igen Nachlass. Etwa Dreiviertel aller Studierenden verschieben die Zahlung aber auf die Zeit nach dem Studium. Nach Abschluss des Studiums müssen sie ihr Darlehen (genannt: HECS-HELP) erst tilgen, so bald ihr Gehalt einen bestimmten Grenzwert erreicht. Das Darlehen bleibt zinsfrei, so dass Studierende, die im Anschluss an ihr Studium keine Arbeitsstelle finden oder ein geringes Einkommen erzielen, keinen Nachteil gegenüber anderen, die ihr Darlehen früher zurückzahlen, haben; im Gegenteil, erstere Gruppe wird vom Staat stärker subventioniert.<sup>44</sup> Die Darlehenszurückzahlung wird als zusätzliche Einkommenssteuer so lange erhoben, bis die in Anspruch genommenen Mittel abbezahlt sind.

Eine Analyse der Wirkungen dieses Verfahrens aus dem Jahr 2003 sieht vorerst keinen Beweis für eine verminderte Studienbeteiligung von bildungsfernen Schichten.<sup>45</sup>

#### 4.2.3.2 Studiengebühren für ausländische Studierende

Von ausländischen Studierenden werden hohe Studiengebühren verlangt, deren Höhe von den Hochschulen frei bestimmt werden kann. Sie müssen jedoch mindestens so hoch sein wie die Kosten für einen Studienplatz für Einheimische (HECS plus Direktüberweisung von DEST). Trotz der hohen Studiengebühren ist der Anteil ausländischer Studierender insbesondere aus

<sup>40</sup> Dobson (2003).

<sup>41</sup> Chapman (1997). S.1. und Chapman / Ryan (2003).

<sup>42</sup> DEST (2003): S.4.

<sup>43</sup> AVCC (2003c).

<sup>44</sup> Chapman / Ryan (2003): S.15.

<sup>45</sup> Chapman / Ryan (2003).

dem ost- und südostasiatischen Raum in den letzten 10 Jahren rapide angestiegen. Studiengebühren ausländischer Studierender machten im Jahr 2001 etwa 11% der Einnahmen australischer Universitäten aus.<sup>46</sup>

#### 4.2.3.3 Studiengebühren für einheimische Studierende

Seit 1998 dürfen australische Hochschulen auch eine begrenzte Anzahl einheimischer Studierender zu denselben Bedingungen wie ausländische Studierende zulassen. Ein Vorteil wird darin gesehen, dass Studienplätze angeboten werden können, die über die Vereinbarung zwischen Wissenschaftsministerium und einzelner Universität hinausgehen, wofür es aber eindeutige Nachfrage gibt.<sup>47</sup> Ein Hinweis auf eine solche Nachfrage ist die Überschreitung der Vereinbarungen zwischen DEST und den einzelnen Universitäten im Jahr 2002 um fast 40.000 Studierende.<sup>48</sup> Universitäten sehen diese Regelung als Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Hochschuletats. Zwischen den Jahren 1999 und 2002 stieg die Zahl der gebührenzahlenden Studierenden aus dem In- und Ausland um über 60% auf knapp 9.000 an.<sup>49</sup> Um zu verhindern, dass Hochschulen zu Lasten der staatlich finanzierten Plätze Kapazitäten für diese Studierende freihalten, wird der Anteil der gebührenzahlenden Studierenden in einem Studiengang auf maximal 35% begrenzt; und zwar nachdem die Hochschule die mit DEST vereinbarte Studierendenzahl erreicht hat.

Auch für die erhöhten Studiengebühren bietet der Staat ein Darlehensprogramm namens FEE-HELP an, das eine Vorfinanzierung dieser Gebühren übernimmt. Die Studierenden bekommen das Geld zinsfrei, müssen aber eine Verwaltungsgebühr von 20% im Voraus bezahlen.<sup>50</sup>

Die Regelungen für den postgraduierten Bereich sind für ausländische und einheimische Studierenden gleich: Hochschulen können Studiengebühren nach marktüblichen Bedingungen frei festlegen. Einheimische Studierende können die Gebühren über das FEE-HELP-Programm vorfinanzieren lassen.

#### 4.2.3.4 Studienförderungsprogramme

Studienförderung in Australien ist vom Einkommen der Eltern abhängig. Studierende zwischen 16 und 24 und Arbeitslose unter 20 Jahren werden über das gleiche Programm gefördert: das *Youth Allowance*. Das Programm wird kritisiert, weil nur wenige Studierende die Kriterien für Finanzhilfe erfüllen. Ein Ausweg bietet sich an für Studierende, die vor Beginn des Studiums 18 Monate lang arbeiten. Sie werden als unabhängig von ihren Eltern eingestuft und verbessern damit ihre Chancen auf Studienförderung.<sup>51</sup>

### 4.3 Verfahren der Qualitätssicherung

Wie in Großbritannien und Irland, haben Universitäten in Australien das Recht, neue Studiengänge einzuführen, ohne externe Akkreditierung. Diesem Anrecht entsprechend werden sie in australischen Gesetzestexten als "selbstakkreditierende Institutionen" bezeichnet.

<sup>46</sup> Dobson (2003): S.2.

<sup>47</sup> Kommentar des aktuellen Wissenschaftsministers Nelson in der Tageszeitung "The Australian", 17.12.2003, "Nelson: Catering for all students".

<sup>48</sup> Dobson (2003): S.2. Ein Grund für diese Überschreitung ist die Schwierigkeit seitens der Hochschulen, die genaue ihr vorgeschriebenen Studierendenzahl in jedem Fach zu treffen.

<sup>49</sup> Dobson (2003): S.4.

<sup>50</sup> AVCC (2003b).

<sup>51</sup> Dobson (2003): S.5.

Der Titel "Universität" ist rechtlich geschützt in Australien. Die sechs australischen Staaten und zwei Territorien haben das Recht, neue Universitäten zu gründen oder Institutionen als Universitäten anzuerkennen. Hierfür gibt es seit 2000 ein nationales Protokoll, das eine gemeinsame Vereinbarung der Kriterien für die Gründung bzw. Anerkennung einer Universität vorschreibt.<sup>52</sup>

Seit Inkrafttreten des nationalen Hochschulgesetzes von 1988 werden Universitäten dazu verpflichtet, die Qualität ihrer Arbeit durch interne Qualitätssicherungsverfahren zu kontrollieren und zu verbessern. Im neuen Gesetzesentwurf von 2003 werden Universitäten außerdem mindestens alle fünf Jahre zur Teilnahme am nationalen Quality-Audit-Verfahren verpflichtet.<sup>53</sup>

So basiert das australische Qualitätssicherungssystem auf internen Maßnahmen zur Qualitätssicherung, die periodisch extern begutachtet werden.

#### 4.3.1 Quality-Audit-Verfahren

Ein Verfahren des Quality-Audit wurde schon im Jahr 1993 eingeführt. Die drei bisher durchgeführten Runden dieses Programms waren sogar mit Zusatzfinanzierung für Hochschulen, die bei der Bewertung gut abschnitten, verknüpft. Das Verfahren befasst sich mit der jeweiligen Gesamtinstitution und nicht allein mit Fächerevaluationen und war von daher ein Novum für Australien. Ab 1998 wurden Fragen der internen Qualitätssicherung als Element der jährlichen Einzelverhandlungen zwischen DEST und Universitäten über Finanzen und Studierendenzahl thematisiert.<sup>54</sup>

Infolge dessen etablierte der damalige Wissenschaftsminister im Jahr 1999 eine nationale Agentur für Qualitätssicherung.<sup>55</sup> Sie nennt sich die "*Australian Universities Quality Agency*" (AUQA) und hat eine privatwirtschaftliche Rechtsform. Bund und Länder sowie der Hochschulsektor sind in Vorstand und Mitgliedschaft der Agentur vertreten und tragen die Organisation finanziell. Die AUQA verfolgt zwei allgemeine Ziele. Sie will<sup>56</sup>

- die Qualität der australischen Universitäten sichern,
- den Institutionen bei der Verbesserung ihrer akademischen Qualität helfen.

Daneben ist die AUQA für die Überprüfung von regional-staatlichen Verfahren zur Anerkennung neuer Universitäten sowie für Analysen von Leistungsentwicklungen im gesamten australischen Hochschulsektor zuständig.

#### Ziele

Konkretes Ziel des Quality-Audit-Verfahrens<sup>57</sup> ist es, Robustheit und Effizienz hochschuleigener Qualitätssicherung periodisch zu kontrollieren. Dabei sieht die AUQA den Ausgangspunkt einer solchen Evaluation in den Zielen und Werten der betrachteten Hochschule selbst. Das Konzept des Quality Audit wird auch in Neuseeland geteilt: Es besteht darin, im Rahmen "einer systematischen und abhängigen Evaluation zu bestimmen, ob Aktivitäten und resultierende Ergebnisse den [hochschuleigenen] Zielen entsprechen, ob diese Maßnahmen wirkungsvoll eingesetzt werden und ob sie geeignet sind, die Ziele zu erreichen."<sup>58</sup>

---

<sup>52</sup> National Protocols for Higher Education Approval Processes – siehe: [http://www.detya.gov.au/highered/mceetya\\_cop.htm](http://www.detya.gov.au/highered/mceetya_cop.htm)

<sup>53</sup> Higher Education Support Bill 2003, Sektion 19-27.

<sup>54</sup> DEST (2000): S.2.

<sup>55</sup> AUQA (2002): S.9f.

<sup>56</sup> Ebd., S.12-13.

<sup>57</sup> Für diesen und folgende Abschnitte vgl. AUQA (2002).

<sup>58</sup> AUQA (2002): S.17.



## Gegenstand und Kriterien

Gegenstand des Verfahrens ist nicht allein Lehre, Forschung oder Verwaltung, sondern die Gesamtinstitution. Hochschulen müssen der AUQA ein etwa 100-seitiges Dokument einreichen, das eine Selbstevaluation beinhaltet. Dieses Dokument ist der Hauptgegenstand des Verfahrens. Die externe Analyse orientiert sich an Informationen aus den Selbstevaluationsberichten. Das sog. "*Performance Portfolio*" stellt Hintergrundinformationen zu Struktur, Strategien, Stärken und Schwächen der Organisation dar sowie eine Erläuterung der internen Qualitätssicherungsprozesse. Die Universitäten sind angehalten, das Dokument mit selbstkritischen Empfehlungen für die Zukunft abzuschließen.<sup>59</sup>

Während die AUQA einige Empfehlungen zu Komponenten eines funktionierenden internen Qualitätssicherungssystems macht, legt sie absichtlich keine konkreten Kriterien für die Bewertung eines solchen Systems fest.<sup>60</sup>

## Organisation und Gestaltung

Universitäten werden alle fünf Jahre extern evaluiert. Das Quality Audit wird von externen *Peers* durchgeführt, die sich für eine solche Gutachtertätigkeit bei der AUQA gemeldet haben oder von Dritten empfohlen wurden. Gutachter kommen entweder aus australischen Hochschulen, aus der Industrie oder aus Universitäten im Ausland. Sie müssen bestimmte Kriterien erfüllen und einen kurzen Lehrgang bei der AUQA absolvieren, bevor sie in die Liste der Gutachter aufgenommen werden.

Am Anfang des Verfahrens werden die zunächst selektierten Gutachter bekannt gegeben. Die zu evaluierende Hochschule sowie das Gutachtergremium selbst haben das Recht, die endgültige Zusammensetzung der Gutachtergruppe zu beeinflussen. Eine Gutachterkommission besteht i.d.R. aus zwei Mitgliedern anderer australischen Universitäten, einem Gutachter aus der Industrie und einem Wissenschaftler aus dem Ausland. Begleitet und koordiniert wird sie durch einen Angestellten der AUQA.<sup>61</sup>

Die Gutachter bewerten den Selbstevaluationsbericht insgesamt und werten die Aussagen der Institution über sich selbst in einer ersten Phase aus. Sie können zu diesem Zweck zusätzliche Dokumentationen von der Institution einfordern.

Die nächste Phase ist die Vor-Ort-Begehung. Von der Gutachterkommission wird erwartet, dass sie bei der Überprüfung der Aktivitäten einer Hochschule vorort insbesondere drei Methoden anwendet:

- Stichprobenartige Überprüfung (*sampling*): Die Kommission muss auf Basis des Selbstevaluationsberichts Bereiche aussuchen, die entweder im positiven oder negativen Sinne auffällig sind. Bei der Vor-Ort-Begehung kann dann eine gezielte Nachforschung betrieben werden.
- Verfolgung gesamter Prozesse (*tracking*): Manche Prozesse durchlaufen mehrere Ebenen einer Hochschule und berühren mehrere Arbeitsbereiche. Die Kommission sollte diese Methode anwenden, um Themen wie z.B. Kursakkreditierung oder Chancengleichheit im Personalbereich vollständig zu erfassen.
- Abgleich unterschiedlicher Informationen (*triangulation*): Bevor die Kommission ein endgültiges Urteil fällt, ist sie angehalten, Informationen von mehreren Quellen oder Interessengruppen abzugleichen.

<sup>59</sup> AUQA (2002): S.47-49.

<sup>60</sup> Ebd., S.87-93; insbes. S.90.

<sup>61</sup> Ebd., S.47.

Im Bericht der Gutachter werden Empfehlungen für zukünftige Verbesserungen gegeben sowie auf beispielhafte Praxen in der Universität aufmerksam gemacht. Wie Universitäten auf die Empfehlungen der Gutachter reagieren, bleibt in der Verantwortung des jeweiligen Hochschulrats (*governing body*). Allerdings muss die betreffende Hochschule einen Aktionsplan innerhalb von vier Monaten nach Veröffentlichung des Gutachterberichts erstellen und der AUQA einreichen. Ein Bericht über den Stand der Prozessoptimierungen wird etwa zwei Jahre nach Abschluss des Verfahrens erwartet. Die Möglichkeit von finanziellen Sanktionen im Falle des Ausbleibens von positiven Entwicklungen bzw. Optimierungen ist prinzipiell gegeben.

*Good practice* wird in einer zentralen Datenbank dokumentiert, die über Internet zugänglich ist. Damit will die AUQA ihre Wahrnehmung der Aufgabe zur Unterstützung von Hochschulinitiativen verstärken.<sup>62</sup>

#### 4.3.2 Flankierende Maßnahmen

##### Absolventenbefragung und Befragungen zur Studienerfahrung

Seit Anfang der 1970er Jahre führt der *Graduate Careers Council of Australia* eine Befragung von Hochschulabsolventen vier Monate nach Hochschulabschluss durch. Diese Studie wird vom Commonwealth finanziert und bietet den Hochschulen wichtige Informationen über die Erfolge ihrer Studierenden auf dem Arbeitsmarkt an, die sie teilweise dann als Marketinginformation für das Anwerben neuer Studierende verwenden. Andererseits bieten die Ergebnisse dieser Befragung auch allgemeine Informationen für potentielle Studierende, die sie bei Fach- und Hochschulwahl verwenden können.<sup>63</sup>

Auch die jährliche Befragung der Studierenden zu ihren Studienerfahrungen wird vom *Graduate Careers Council* durchgeführt. Zukünftig ist geplant, die Erhebung auszuweiten sowie den elektronischen Zugang zu den Ergebnissen zu verbessern.<sup>64</sup>

##### Zugangs- und Abgangstest zu Soft Skills

Zur Zeit wird mit dem Einsatz von Zugangs- und Abgangstests für Studierende experimentiert. Sie testen generische Fähigkeiten (*soft skills*) wie Problemlösungsfähigkeit, kommunikative und soziale Fähigkeiten. Beabsichtigt ist die Verwendung der Ergebnisse dieser Instrumente als Nachweis von Zusatzqualifikation am Arbeitsmarkt sowie als qualitatives Messinstrument zur Beurteilung des Wissenszuwachses (*value-added*) bis zum Abschluss des Studiums.

#### 4.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung

Die Nachfrageorientierung im australischen Hochschulsystem ist auf den ersten Blick sehr hoch, v.a. im Lehrbereich. Universitäten werden maßgeblich nach der Zahl der aufgenommenen Studierenden finanziert. Kritisiert wird von den Universitäten jedoch, dass die Vereinbarungen zwischen Ministerium und einzelnen Universitäten über die Zahl der aufzunehmenden Studierenden fachspezifisch sind. Damit beeinflusst der Staat das Angebot.

Diese Regelung ist aus Sicht des Staates verständlich, denn er "kauft" diese Studierenden nach vorhersehbaren Bedarfen des Arbeitsmarktes. Die Universität stellt sie jedoch vor eine große Herausforderung: Sie muss versuchen, diese Zielgrößen zu treffen, unabhängig von der aktuellen Nachfrage. Falls sie die vereinbarte Zahl pro Fach unterschreitet, wird die Zielzahl ggf. im nächsten Jahr nach unten korrigiert. Falls sie sie überschreitet, bekommt sie nur beschränkte

---

<sup>62</sup> Vgl. <http://www.auqa.edu.au/gp/search/index.php>

<sup>63</sup> Vgl. <http://www.gradsonline.edu.au/gradsonline/>

<sup>64</sup> Vgl. [http://www.backingaustraliasfuture.gov.au/fact\\_sheets/14.htm#2](http://www.backingaustraliasfuture.gov.au/fact_sheets/14.htm#2)

Mittel für diese zusätzlichen Studierenden und muss diese ggf. quersubventionieren. Das zusätzliche Angebot teurer Studienplätze, die außerhalb der Kontrolle des Staates liegen, erlaubt den Hochschulen jedoch, der Nachfrage stärker entgegenzukommen. Die Universitäten befürchten jedoch, dass der Staat diese Initiative nützen wird, um sich zunehmend aus der öffentlichen Hochschulfinanzierung zu verabschieden.

Die staatliche Kontrolle, die über das externe Qualitätssicherungssystem ausgeübt wird, ist in Australien sehr eingeschränkt wirksam, da die Universitäten ihre Studiengänge selbst akkreditieren bzw. durch Fachverbände akkreditieren lassen können. Der Schwerpunkt des praktizierten Systems des Quality Audit von AUQA liegt in der Hilfe zur Selbsthilfe. Aus der Perspektive der Nachfrageorientierung sind die flankierenden Maßnahmen von besonderem Interesse – die Absolventenbefragung und die jährliche Befragung von Studierenden zu ihren Studienerfahrungen. Beide Maßnahmen werden vom *Commonwealth* finanziert. Auch die Initiative zur Etablierung von Eingangs- und Abgangstests wird interessante Markinformationen zur Verfügung stellen.



## 5 Belgien

### 5.1 Hochschulsystem

Man kann nicht von einem belgischen Hochschulsystem sprechen – vielmehr sind die jeweiligen Systeme der drei Gemeinschaften Belgiens zu unterscheiden. Die beiden großen Systeme – das der Flämischen und das der Französischen Gemeinschaft – sollen hier vorgestellt werden.

#### 5.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

In Belgien haben die drei sog. Gemeinschaften<sup>65</sup>, d.h. die Flämische, Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft, gemäß der Verfassung umfassende Autorität für verschiedene Bereiche, die (vereinfacht ausgedrückt) mit Sprache und Kultur im weiteren Sinne zu tun haben. Einer dieser Bereiche ist der Bildungsbereich (inklusive Hochschulbildung).<sup>66</sup> In diesem Bereich ist die föderale Regierung nur noch für grundsätzliche nationale Vorgaben zuständig wie z.B. das Festlegen von Minimalkriterien zum Erreichen eines Hochschulabschlusses.<sup>67</sup>

Im Folgenden soll in jedem Abschnitt zunächst das Bildungssystem der Flämischen, dann das der Französischen Gemeinschaft vorgestellt werden. Das System der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das nur von geringem Umfang ist, wird hier aus Gründen der Übersichtlichkeit vernachlässigt.<sup>68</sup> Auch die Königliche Militärakademie Belgiens, die keiner der Gemeinschaften allein zuzuordnen ist, soll in dieser Untersuchung außen vor gelassen werden.

Für Hochschulbildung zuständig ist in der Flämischen Gemeinschaft das *Departement Onderwijs* des *Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap*; in der Französischen Gemeinschaft ist es das *Ministère de la Communauté française*, wo es einen eigenen Arbeitsbereich für Bildungswesen und wissenschaftliche Forschung gibt.

#### 5.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

Damit die folgenden Angaben besser eingeordnet werden können, sei erwähnt, dass Belgien rund 10,3 Mio. Einwohner hat, wovon 5.9 Mio. in Flandern, 3.4 Mio. in Wallonien und knapp 1 Mio. in Brüssel leben.<sup>69</sup> Das BIP für ganz Belgien beträgt rund 264,7 Mrd. € (Stand 2002).<sup>70</sup>

##### 5.1.2.1 Flämische Gemeinschaft

In der Flämischen Gemeinschaft wird unterschieden zwischen Universitäten und *Hogescholen* (etwa Fachhochschulen); es gibt dort 22 *Hogescholen* und 6 Universitäten. Im Zuge der Reformen durch den Bologna-Prozess wird allerdings eine engere Kooperation zwischen *Hogescholen* und Universitäten angestrebt. Einige *Hogescholen* und Universitäten haben bereits entspre-

<sup>65</sup> Die Gemeinschaften, die sich nach Bevölkerungsgruppen voneinander unterscheiden (Flämische, Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft), sind nicht gänzlich mit den Regionen (Flandern, Wallonien und die Hauptstadtregion Brüssel) identisch.

<sup>66</sup> Art. 127 bis 133 der Verfassung, online unter: [http://www.senate.be/doc/const\\_de.html](http://www.senate.be/doc/const_de.html).

<sup>67</sup> Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs (2001): S. 4.

<sup>68</sup> In der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht lediglich ein nicht-universitäres Hochschulwesen für den pflegerischen und den pädagogischen Bereich. Alle anderen Hochschulstudien müssen an Hochschulen der anderen Gemeinschaften oder im Ausland absolviert werden. Vgl. <http://www.eurydice.org/Eurybase/Application/frameset.asp?country=BD&language=VO>.

<sup>69</sup> Vgl. <http://www.belgium.be/eportal/application?origin=navigationBanner.jsp&event=bea.portal.framework.internal.refresh&pageid=indexPage&navId=6182>.

<sup>70</sup> Vgl. [http://www.auswaertigesamt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=2&land\\_id=19](http://www.auswaertigesamt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=2&land_id=19).

chende Abkommen geschlossen.<sup>71</sup> Die *Hogescholen* können noch weiter danach unterschieden werden, in wessen Trägerschaft sie sind bzw. früher waren; für ihre Finanzierung und Qualitätssicherung ist das aber nicht weiter von Belang.<sup>72</sup> Die Universitäten sind im Flämischen Universitätsrat VLIR (*Vlaamse Interuniversitaire Raad*) organisiert, während die *Hogescholen* im Flämischen Hochschulrat VLHORA (*Vlaamse Hogescholenraad*) zusammengeschlossen sind.<sup>73</sup>

Wichtige gesetzliche Regelungen zum Hochschulbereich finden sich v.a. im Gesetz vom 07.07.1970 zur allgemeinen Struktur der Hochschulbildung, im Dekret vom 12.06.1991 zu den Universitäten in der Flämischen Gemeinschaft, im Dekret vom 13.07.1994 zu den *Hogescholen* in der Flämischen Gemeinschaft und in entsprechenden ergänzenden oder verändernden Dekreten.<sup>74</sup> All diese Regelungen werden in einzelnen Punkten durch ein Dekret ergänzt oder verändert werden, dessen Entwurf am 02.04.2003 von der Plenarversammlung des Flämischen Parlaments angenommen wurde und nun noch durch die Flämische Regierung "bekräftigt" und "verkündet" werden muss.<sup>75</sup>

In der Flämischen Gemeinschaft gab es 2002/2003 101.312 Studierende an *Hogescholen* und 56.586 an Universitäten.<sup>76</sup>

In 2000 wurden vom Bildungsbudget der Flämischen Gemeinschaft (von insgesamt 6,51 Mrd. €) 8,9% für Universitäten und 7,9% für *Hogescholen* ausgegeben – das entspricht 579 bzw. 514 Mio. €.<sup>77</sup>

### 5.1.2.2 Französische Gemeinschaft

Entsprechend wird innerhalb der Französischen Gemeinschaft zwischen Universitäten und *Hautes Ecoles* (etwa Fachhochschulen) unterschieden; es gibt 30 *Hautes Ecoles* und 9 Universitäten. Ferner gibt es noch 4 Musik-, 4 Architektur- und 12 Kunsthochschulen, die hier aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht weiter berücksichtigt werden sollen.

*Hautes Ecoles* wurden erst 1995 im Rahmen einer umfassenden Reform des Hochschulsystems eingeführt.<sup>78</sup> Sie können noch nach drei verschiedenen Trägerformen unterteilt werden; dies hat aber keine Auswirkungen auf die Finanzierung bzw. die Verfahren der Qualitätssicherung.<sup>79</sup>

<sup>71</sup> Decreet 2003, Art. 4 und 5 sowie Eurydice (2002 a), Kapitel 6.3 und Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs / VLHORA / VLIR 2002. Diese Abkommen beinhalten, dass eine Universität und mindestens eine Hogeschool sog. *associatie* (Vereinigung) gründen; sie können im Prinzip alle Aufgaben in Verbindung mit der Organisation der Lehre an diese *associatie* übertragen. Zu genaueren Angaben vgl. Decreet 2003, Art. 96 ff.

<sup>72</sup> Information per E-mail von Herrn Van de Velde (VLHORA) am 20.08.2003 und Herrn Parmentier (Flämische Gemeinschaft) am 09.09.2003. Es können drei Formen unterschieden werden: *Vlaamse autonome hogescholen*, *gesubsidiëerde officiële hogescholen* und *gesubsidiëerde vrije hogescholen*.

<sup>73</sup> Vgl. <http://www.vlir.be> und <http://www.vlhora.be>.

<sup>74</sup> Eurydice (2002 a), Kapitel 6.2.

<sup>75</sup> Bis zum Redaktionsschluss gab es keinen Hinweis darauf, dass dies bereits geschehen sei. Da aber bereits im Vorfeld die Möglichkeit bestand, Änderungen zu diesem Dekret zu machen, ist nicht damit zu rechnen, dass diese Formalität irgendwelche Schwierigkeiten mit sich bringen könnte. In dieser Arbeit wird daher bereits auf die Bestimmungen aus diesem Dekret (in der Textfassung, die am 02.04.2003 angenommen wurde) verwiesen ("Decreet 2003"). Zu Einzelheiten der Gesetzgebung in der Flämischen Gemeinschaft vgl. <http://jsp.vlaamsparlement.be/docs/biblio/Brochures/deutsch.pdf>.

<sup>76</sup> Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs (2002): S. 3. Dabei ist zu beachten, dass an den Universitäten nur die Studierenden in grundständigen wissenschaftlichen Studiengängen gezählt werden; die tatsächliche Zahl der Studierenden an Universitäten liegt also entsprechend höher. Ebd., S. 2.

<sup>77</sup> Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs (2001): S. 9.

<sup>78</sup> Eurydice (2002 b), Kapitel 6.2.1.

<sup>79</sup> Vgl. <http://www.cfwb.be/portail/default.asp?catid=93> und CFWB 2002 (a) und CFWB 2002 (b).

Die Universitäten der Französischen Gemeinschaft sind im CIUF (*Conseil Interuniversitaire de la Communauté française de Belgique*) organisiert, die *Hautes Ecoles* im CGHE (*Conseil Général des Hautes Ecoles*).<sup>80</sup>

Wichtige gesetzliche Regelungen zum Hochschulsystem finden sich in einem Gesetz vom 07.07.1970 zur allgemeinen Struktur der Hochschulbildung. Die besonderen Regelungen für *Hautes Ecoles* finden sich im Dekret zur Gründung der *Hautes Ecoles* vom 05.08.1995; ihre Finanzierung wird in einem Dekret vom 09.09.1996 geregelt. Ein Dekret vom 27.07.1971 (mit mehrfachen Änderungen) ist die Grundlage für die Finanzierung und "Überwachung" von Universitäten.<sup>81</sup>

In der Französischen Gemeinschaft waren 2000/2001 rund 60.000 Studierende an den Universitäten eingeschrieben und 67.000 an den *Hautes Ecoles*.<sup>82</sup>

Die geplanten Ausgaben der Französischen Gemeinschaft betrugen in 2003 insgesamt 7.106,5 Mio. €. Dem Bildungsbereich kommen mit rund 4.949 Mio. € gut 70% davon zu. Von dieser Summe waren für 2003 gut 484 Mio. € für die Universitäten und gut 330 Mio. € für die *Hautes Ecoles* und nichtuniversitäre tertiäre Bildungseinrichtungen vorgesehen.<sup>83</sup>

### 5.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Auch hinsichtlich der Systeme zur Hochschulzulassung und der Studienstruktur gibt es gewisse Unterschiede zwischen den beiden Gemeinschaften.

#### 5.1.3.1 Flämische Gemeinschaft

Die allgemeine Zugangsberechtigung zu Hochschulen ist das Abschlusszeugnis der Sekundarstufe. Dies wird im Rahmen des Bologna-Prozesses angepasst: Für Bachelor-Studiengänge ist dann weiterhin das Abschlusszeugnis der Sekundarstufe, für Master-Studiengänge ein Bachelor-Abschluss die allgemeine Zugangsberechtigung.<sup>84</sup> Einen Numerus clausus gibt es nicht; bei einzelnen Studiengängen (Ingenieurwesen / Architektur, (Zahn)Medizin, Kunst, Nautik) sind jedoch Aufnahmeprüfungen zu absolvieren.<sup>85</sup> Die Studierenden können sich ihre Hochschule frei auswählen.<sup>86</sup>

Die "traditionellen" Studiengänge an den Universitäten dauern je nach Abschlussart (von der "Kandidatuur" über eine "Licentie" bis zum "Doktoraat") vier bis acht Jahre; Studiengänge an *Hogescholen* drei, vier oder fünf Jahre, die längeren *Hogeschool*-Studiengänge haben dabei ein stärker wissenschaftliches Niveau. Im Rahmen des Bologna-Prozesses gibt es jedoch entsprechende Reformen.<sup>87</sup> Ab dem Studienjahr 2004/2005 sollen in der Flämischen Gemeinschaft

<sup>80</sup> Vgl. <http://www.cfwb.be/ciuf/index.htm>.

<sup>81</sup> Eurydice (2002 b), Kapitel 6.2.

<sup>82</sup> Vgl. [http://www.cref.be/Stat\\_base.htm](http://www.cref.be/Stat_base.htm), CFWB 2002 (a): S. 1 und CFWB 2002 (b): S. 1.

<sup>83</sup> Vgl. <http://www.budget.cfwb.be/pag04.asp#43>.

<sup>84</sup> Decreet 2003, Art. 65 f.

<sup>85</sup> Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs / VLHORA / VLIR 2001, S. 6 ff. Auch dies könnte sich im Rahmen der Einführung von Bachelor-/Master-Studiengängen ändern; dann werden dem Dekret zufolge nur noch für (zahn)medizinische und künstlerische Studiengänge besondere Aufnahmeprüfungen üblich sein. Decreet 2003, Art. 68.

<sup>86</sup> Decreet 2003, Art. 70.

<sup>87</sup> Zu sämtlichen Bestimmungen zur Einführung der neuen Struktur, zu Übergangsregelungen bezüglich der verschiedenen akademischen Grade und zur Aufhebung der "alten" Studiengänge vgl. Decreet 2003, Art. 123 ff.

Bachelor- und Master-Abschlüsse vergeben werden.<sup>88</sup> Ein Bachelor-Studium soll mindestens drei Jahre dauern, ein Master-Studium mindestens ein weiteres Jahr; für einen Bachelor-Abschluss müssen mindestens 180, für einen Master-Abschluss mindestens 60 ECTS-Punkte erreicht werden. Insbesondere bei den Bachelor-Abschlüssen wird dann unterschieden zwischen berufsorientierten und wissenschaftlich orientierten. Erstere werden an den *Hogescholen* vergeben, letztere an den Universitäten und an solchen *Hogescholen*, die mit Universitäten kooperieren und somit auch wissenschaftlich orientierte Ausbildungen anbieten können. Master-Studiengänge haben grundsätzlich wissenschaftliches Niveau, können darüber hinaus aber auch berufsorientiert sein. Sie werden an Universitäten angeboten sowie an *Hogescholen*, die auch wissenschaftliche Ausbildungen anbieten.<sup>89</sup>

### 5.1.3.2 Französische Gemeinschaft

Der erfolgreiche Abschluss der Sekundarstufe, der unterschiedliche Schwerpunktsetzungen ermöglicht, ist die allgemeine Zugangsberechtigung zu Hochschulen. Einen Numerus clausus gibt es nur in medizinischen Studiengängen.<sup>90</sup>

Ab dem Studienjahr 2004/05 sollen die Studienabschlüsse auf Bachelor- und Master-Abschlüsse umgestellt werden; bis 2008/09 sollen sämtliche Studiengänge zu diesen Abschlüssen führen. Es soll auch Übergangsregelungen geben, nach denen Studierende, die vorher ihr Studium begonnen haben, auch schon die neuen akademischen Grade erhalten können. Ein Bachelor-Abschluss (180 ECTS-Punkte) soll nach drei Jahren erreicht werden. Es wird unterschiedliche Master-Abschlüsse geben, für die entweder weitere 60 oder 120 ECTS-Punkte erforderlich sind.<sup>91</sup> Für den Wechsel von Universitäten zu *Hautes Ecoles* und umgekehrt wurden gesonderte Regelungen getroffen, die vermutlich auch im Bachelor- / Master-System angewandt werden können.<sup>92</sup>

## 5.2 Finanzierungsmethoden

Die Verteilung des nationalen Budgets für das Bildungswesen auf die Gemeinschaften erfolgt nach deren Anteil an der gesamten Schulbevölkerung. Die Gemeinschaften bestimmen dann jeweils selbst, wie diese Mittel weiterverwendet werden. Sie sind nicht gezwungen, die ihnen für den Bildungsbereich zugeteilten Summen tatsächlich für diesen Bereich auszugeben; sie können die ihnen zugeteilten Mittel nach Bedarf für verschiedene Zwecke umwidmen.<sup>93</sup>

### 5.2.1 Finanzierung der Hochschulen in der Flämischen Gemeinschaft

#### 5.2.1.1 Studiengebühren und Studienförderung

Studiengebühren sind sowohl an Universitäten als auch an *Hogescholen* üblich. Für sie wird jedes Jahr vom Flämischen Parlament nach Empfehlung des Flämischen Universitätsrates (*Vlaamse Interuniversitaire Raad*, VLIR) ein Minimal- und Maximalbetrag festgelegt; gleiches

<sup>88</sup> Dafür mussten der Flämischen Regierung bis spätestens Ende September 2003 alle entsprechenden Studiengänge gemeldet werden. Im Februar 2004 wurde dann von der Regierung eine Liste mit allen entsprechenden Studiengängen veröffentlicht. Decreet 2003, Art. 123.

<sup>89</sup> Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs / VLHORA / VLIR 2002 und Decreet 2003, Art. 18 und 19.

<sup>90</sup> Vgl. <http://www.cfwb.be/equival/fram001.htm>.

<sup>91</sup> Pressemitteilung der Französischen Gemeinschaft vom 08.11.2002 unter <http://www.cfwb.be/gouver/frame003.htm>.

<sup>92</sup> Vgl. <http://www.cfwb.be/ciuf/information/passerelles.htm>.

<sup>93</sup> Eurydice (2002 a), Kapitel 2.14.



gilt für Prüfungsgebühren. Die Empfehlungen für 2003/2004 lauten wie folgt: 488 € für Studierende, die kein Stipendium erhalten, 257 € für jene, die "beinahe" dafür qualifiziert wären und 80 € für Stipendiaten. Für Teilzeitstudierende und für Zusatzstudien (*bijkomende inschrijving*) sind die Gebühren entsprechend niedriger.<sup>94</sup>

Was öffentliche Studienbeihilfen betrifft, ist zu unterscheiden zwischen Stipendien der Flämischen Gemeinschaft (*studietoelage*) und finanzieller Unterstützung (*financiële tegemoetkomingen*) durch die jeweilige Hochschule.

Die Stipendien werden von der Flämischen Gemeinschaft nach sozialen Kriterien für jeweils ein Jahr vergeben. Sie werden i.d.R. nur an belgische Studierende vergeben, die regulär an einer belgischen Hochschule eingeschrieben sind und das jeweils vorangegangene Schul- bzw. Studienjahr erfolgreich absolviert haben. Teilzeitstudierende können nur jedes zweite Jahr ein Stipendium bekommen.<sup>95</sup> Je nach Anzahl der Personen, die finanziell vom Familieneinkommen abhängig sind, gibt es unterschiedlich hohe Maximaleinkommen, bei denen ein Stipendium bezahlt wird; dieses kann wiederum je nach Einkommensniveau unterschiedlich hoch ausfallen. I.d.R. werden pro Jahr maximal 2.811 € an Studierende gezahlt, die eine eigene Wohnung haben, bzw. 1.737 € an Studierende, die noch zu Hause wohnen. Für besonders bedürftige Studierende (etwa aus Familien, die von Sozialhilfe leben) können es bis zu 4.024 € bzw. 2.603 € werden (Stand: Studienjahr 2002/03).<sup>96</sup>

Was Unterstützungsleistungen durch die Hochschulen betrifft, sind diese unterschiedlich gestaltet. Die Hochschulen können z.B. zusätzliche Zahlungen in Form von Stipendien leisten oder Darlehen vergeben.<sup>97</sup>

### 5.2.1.2 Finanzierung der Universitäten<sup>98</sup>

Das Finanzierungssystem der Universitäten der Flämischen Gemeinschaft wird derzeit umgestellt. Es wird bezweckt, dass in Zukunft die Forschungskomponente stärkeres Gewicht bekommen soll; das Finanzierungssystem soll nicht mehr so stark wie bisher von der Anzahl der Studierenden abhängig sein.

Die Flämische Regierung hatte eine Übergangszeit von 2001 bis 2004 bestimmt, in der die Finanzierung unabhängig von der Zahl der Studierenden ist. Im Dezember 2001 wurde ein temporäres Finanzierungssystem beschlossen, nach dem sich die Finanzierung der laufenden Kosten der Universitäten durch die Flämische Gemeinschaft wie folgt zusammensetzt.<sup>99</sup>

- ein Fixbetrag (je nach Universität zwischen 4,8 und 192 Mio. €),
- eine Zusatzzahlung als Ergänzung dieses Fixbetrags (je nach Universität zwischen 0,1 und 15 Mio. €),
- eine Summe für Postgraduierten-Studiengänge (entfällt ab 2003)

<sup>94</sup> Vgl. <http://www.vlir.be/vlir/beheer/personeel/inschrijving0001.htm>.

<sup>95</sup> Vgl. <http://www.vvs.ac/documentatie/studiefinanciering/documenten/centen%20voor%20studenten.pdf>.

<sup>96</sup> Decreet van 16 februari 2001 houdende regeling van de studietoelagen voor het hoger onderwijs in de Vlaamse Gemeenschap, z.B. wiedergegeben unter <http://www.vvs.ac/documentatie/studiefinanciering/documenten/decreet%20stufi.pdf> und <http://www.vvs.ac/documentatie/studiefinanciering/documenten/centen%20voor%20studenten.pdf>.

<sup>97</sup> Vgl. <http://www.kulak.ac.be/nl/ToekomstigeStudenten/Studentenvoorzieningen/Studiefinanciering>.

<sup>98</sup> Zu allen Angaben zu diesem Abschnitt vgl. Decreet 2003, Art. 159 ff., Eurydice (2002 a), Kapitel 2.14. und Decreet 12/06/91 Universiteiten Vlaamse Gemeenschap 1991 mit den Änderungen vom 9.4.2002, Art. 127 ff.

<sup>99</sup> Zu den genauen Werten für die jeweiligen Posten vgl. Decreet 12/06/91 Universiteiten Vlaamse Gemeenschap mit den Änderungen vom 9.4.2002, Art. 130, §2-5.

- und zusätzliche Beträge aufgrund von Verträgen zwischen der jeweiligen Universität und der Flämischen Regierung (dafür sind insgesamt 9,4 Mio. € in 2003 und 14,1 Mio. € in 2004 vorgesehen).

Durch das Dekret von 2003 wird jedoch auch dies wieder geändert. Die wesentliche Komponente der Fixbeträge bleibt bestehen und ändert sich auch in ihrer Höhe nicht wesentlich; auch die Zusatzzahlungen bleiben erhalten. Die Finanzierungskomponente aufgrund von Verträgen wird jedoch ersetzt durch eine Komponente von Zusatzzahlungen, die sich nach der Anzahl sog. "Lehrbelastungseinheiten" jeder Universität bemessen, die sich aus der jeweiligen Anzahl der Studierenden ergeben.<sup>100</sup> Diese Beträge sind bis 2006 festgelegt. Zusätzlich wird es künftig Ausgleichszahlungen in Zusammenhang mit der Einführung des Bachelor-/Master-Systems geben.<sup>101</sup>

Hinzu kommen die Studiengebühren (s.o.), die die Universitäten von ihren Studierenden erhalten.

Die Universitäten sind weitgehend frei in ihrer Entscheidung, wie sie die ihnen zugeteilten Mittel verwenden. Bis 1999 gab es noch strenge Regeln, was die Einstellung und Beförderung von Universitätspersonal betrifft; seitdem sind diese Regelungen etwas flexibler geworden. Die Universitäten haben eigene interne Regeln, wie die Mittel zwischen der Verwaltung und den Fachbereichen (bzw. innerhalb dieser Einheiten) verteilt werden.

Zusätzlich zu den direkt von der Flämischen Regierung bezogenen Mitteln können Universitäten noch weitere Mittel von nationalen oder flämischen Forschungsvereinigungen erhalten, z.B. vom Flämischen Fonds für wissenschaftliche Forschung (*Fonds voor Wetenschappelijk Onderzoek – Vlaanderen*, FWO-V) oder vom Institut für Innovationsförderung durch Wissenschaft und Technologie in Flandern, (*Innovatie door Wetenschap en Technologie in Vlaanderen*, IWT).<sup>102</sup>

### 5.2.1.3 Finanzierung der Hogescholen

Die 24 *Hogescholen* in der Flämischen Gemeinschaft werden durch die Gemeinschaft finanziert.<sup>103</sup> Ihre Finanzierung wird durch ein Dekret von 1994 geregelt, das durch das Dekret von 2003 geändert wird.

Für 2002 waren als Budget für die *Hogescholen* gut 502,6 Mio. € eingeplant - von 2002 an ist diese Summe jedes Jahr an die Veränderungen der Indizes für Lohnkosten und Konsumentenpreise anzupassen.<sup>104</sup>

Die Verteilung des Gesamtbudgets für *Hogescholen* auf die einzelnen *Hogescholen* hängt z.T. von der Anzahl der Studierenden und weiteren Daten ab, die die einzelnen *Hogescholen* der Regierung in elektronischer Form verfügbar machen müssen. Erfolgt die Bereitstellung dieser Daten nicht fristgerecht, kann die Regierung bis zu 5% der Mittel, auf die die *Hogeschool* Anspruch hätte, einbehalten.<sup>105</sup>

Bei der Finanzierung werden ab Studienjahr 2004/05 nur noch Bachelor- und Masterstudiengänge sowie auslaufende "alte" Studiengänge berücksichtigt.<sup>106</sup>

---

<sup>100</sup> Dabei sind allerdings noch besondere Korrekturfaktoren zu berücksichtigen; vgl. dazu Decreet 2003, Art. 162.

<sup>101</sup> Zu den neuen Finanzierungsbestimmungen vgl. ausführlich Decreet 2003, Art. 159 ff.

<sup>102</sup> Kaiser et al. (2001): S. 53.

<sup>103</sup> Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs / VLHORA / VLIR (2001): S. 6.

<sup>104</sup> Hogescholendecreet 1994, Art. 178 §1 und Art. 184 §1.

<sup>105</sup> Ebd., Art. 185.

<sup>106</sup> Decreet 2003, Art. 141.

Das Budget der *Hogescholen* setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen, die im Folgenden genauer erläutert werden:<sup>107</sup>

- ein "historisch" begründeter Fixbetrag,
- ein Betrag entsprechend der Anzahl der Studierenden,
- ein Betrag entsprechend der durch die Studierenden entstehenden "Lehrbelastung",
- ein zusätzlicher Betrag für die "Akademisierung" von *Hogeschool*-Studiengängen,
- ein zusätzlicher Betrag für die Umstellung auf die Bachelor- / Master-Struktur,
- ggf. ein Zuschlag für Forschungsprojekte und
- ein Betrag für die Finanzierung von Investitionen.

Zunächst also erhält jede *Hogeschool* einen Fixbetrag, der ein Fünftel ihres Budgets von 1995 beträgt und jedes Jahr entsprechend den Veränderungen des Lohnkosten- und des Konsumentenpreisindexes angepasst wird.<sup>108</sup>

Der Betrag, der sich nach der Anzahl der Studierenden an der jeweiligen *Hogeschool* bemisst, ergibt sich bis einschließlich 2006 aus der Anzahl der Studierenden (Mittelwert der Jahre 1996 - 2000) multipliziert mit dem sog. Betrag pro "finanzierbarem" Student.<sup>109</sup> Der Betrag pro finanzierbarem Student wiederum errechnet sich aus einem Fünftel des um die Fixbeträge verminderten Gesamtbudgets, das durch die Summe der durchschnittlichen Anzahl von Studierenden pro *Hogeschool* in den Jahren 1996 bis 2000 geteilt wird.<sup>110</sup>

Die weitere Finanzierung der einzelnen *Hogescholen* berechnet sich nach den sog. Lehrbelastungseinheiten. Dabei wird die Anzahl der Studierenden pro Fächergruppe (s.u.) mit der entsprechenden Gewichtung für diese Fächergruppe multipliziert. Die Summe dieser Produkte ergibt die Anzahl der Lehrbelastungseinheiten. Das Budget für alle *Hogescholen* (abzüglich der Fixbeträge und der Beträge nach Anzahl der Studierenden) wird dann durch die Summe aller Lehrbelastungseinheiten geteilt; auf diese Weise ergeben sich der Betrag pro Lehrbelastungseinheit – und somit auch die Mittel, die den einzelnen *Hogescholen* für diesen Posten erhalten.<sup>111</sup>

Es wird nach den folgenden Fächergruppen mit dem entsprechenden Faktor für die Finanzierung unterschieden:<sup>112</sup>

Gruppe A - Faktor 1: Wirtschaftswissenschaften, Musik, zweistufige Kunst-Studiengänge

Gruppe B - Faktor 1,2: Sprachwissenschaften, einstufige technologische Studiengänge

Gruppe C - Faktor 1,4: Architektur, Biotechnologie und Sozialarbeit, zweistufige technologische Studiengänge, einstufige Kunst-Studiengänge

Gruppe D - Faktor 1,6: Produktentwicklung, Lehre und Gesundheitswesen

<sup>107</sup> Dies sind die wichtigsten Finanzierungskomponenten; für einige Sonderfälle wird zusätzliche Finanzierung gewährt. Vgl. dazu Hogescholendecreet 1994, Art. 178 ff. und Decreet 2003, Art. 143 ff.

<sup>108</sup> Decreet 2002, Art. 155 (für Art. 194 des Hogescholendecreets).

<sup>109</sup> Es kann vorkommen, dass nicht jeder Student "finanzierbar" ist; vgl. dazu Hogescholendecreet 1994, Art. 177. So gibt es z.B. eine Begrenzung ab einer bestimmten Anzahl von Studienjahren.

<sup>110</sup> Decreet 2003, Art. 156 (für Art. 195 des Hogescholendecreets). Es wurde keine Bestimmung aufgenommen, dass für die Mittelwerte der Studierendenanzahl später andere Basiszahlen genommen werden sollen.

<sup>111</sup> Zu diesem und dem folgenden Absatz vgl. Hogescholendecreet 1994, Art. 188 ff.

<sup>112</sup> Hier wird noch die alte Struktur berücksichtigt, die bereits einstufige und zweistufige Studiengänge kannte; voraussichtlich werden einstufige Studiengänge später Bachelorstudiengängen gleichzusetzen sein, während zweistufige Studiengänge dann Bachelor- und Masterstudium umfassen. Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs / VLHORA / VLIR (2001): S. 9.

Für Kunst- und Musikhochschulen werden zudem zusätzliche Lehrbelastungseinheiten als Pauschalbetrag bis zu einer bestimmten Anzahl von Studierenden angerechnet.<sup>113</sup>

Die 3 o.g. Komponenten (Fixbetrag, Betrag nach Anzahl der Studierenden, Betrag nach Anzahl der Lehrbelastungseinheiten) sind die wichtigsten für die Finanzierung der *Hogescholen*. Sie können aber auch noch um einige Zulagen ergänzt werden.

So ist durch das Dekret 2003 eine Zulage eingeführt worden, die für die Zeit von 2002 bis 2006 zusätzliche Mittel für die "Akademisierung" der zweistufigen *Hogeschool*-Studiengänge vorsieht. Diese bislang zweistufigen Studiengänge (künftig: Bachelor- und Masterstudiengänge an *Hogescholen*) sollen stärker wissenschaftliches Niveau bekommen, was durch diese Zulage gefördert wird. Für 2002 sind 0,75 Mio. €, für 2003 5 Mio. €, für 2004 8 Mio. €, für 2005 10,9 Mio. € und für 2006 12,9 Mio. € vorgesehen. Diese sollen in Form von "Akademisierungseinheiten" analog zu den Lehrbelastungseinheiten unterschiedlich auf die Fächergruppen verteilt werden; für Gruppe A gibt es dabei 0,3 Punkte; für Gruppe B 0,1 Punkte, für Gruppe C 0,2 Punkte und für Gruppe D 0,05 Punkte. Diese Zusatzfinanzierung bedarf allerdings einer entsprechenden Vereinbarung der betreffenden *Hogeschool* mit der Flämischen Regierung, in der Näheres zur "Akademisierung" festgelegt wird.<sup>114</sup>

Zusätzliche Mittel gibt es außerdem im Übergangszeitraum von 2003 bis 2006 für die Umstellung auf die Bachelor- / Master-Struktur. In 2003 sind 1,9 Mio. € dafür vorgesehen, in 2004 3,8 Mio. €, in 2005 5,6 Mio. € und in 2006 7,4 Mio. €. Diese Mittel werden analog zu den Lehrbelastungseinheiten verteilt werden. Grundvoraussetzung für den Erhalt dieser Zusatzmittel ist, dass die *Hogescholen* der Flämischen Regierung entsprechende Entwicklungspläne vorgelegt haben.<sup>115</sup>

Weitere Zusatzmittel (3 Mio. € in 2003, 7 Mio. € in 2004, 7,5 Mio. € in 2005 und 9 Mio. € ab 2006) können für Projektforschung vergeben werden. Dafür muss ein entsprechender Antrag mit Angaben zu dem geplanten Projekt eingereicht werden; über den Antrag wird von einer besonderen, von der Flämischen Regierung zusammengestellten Kommission entschieden.<sup>116</sup>

Die Beträge für die Finanzierung von Investitionen fallen je nach Trägerschaft der *Hogeschool* unterschiedlich hoch aus. Diese Mittel sind im Gegensatz zu den anderen Budgetbestandteilen zweckgebunden; sie dürfen ausschließlich für Investitionen in Gebäude und entsprechende Grundstücke, für die Ausstattung der Gebäude, für didaktische und wissenschaftliche Ausrüstung sowie für Zinszahlungen aus Darlehen für Investitionen verwendet werden.<sup>117</sup>

Ob bzw. wie sich diese Finanzierungsbestandteile unter dem Bachelor-/Master-System ändern (z.B. bzgl. einer unterschiedlichen Gewichtung von Bachelor- und Master-Studiengängen), ist noch unklar.

In ihrer Entscheidung über die Verwendung der ihnen zugeteilten Mittel sind die *Hogescholen* autonom; sie erhalten diese Mittel als Globalbudget. Damit haben sie Personalausgaben und laufende Kosten für Lehre, projektbezogene Forschung, Verwaltung, Investitionen und die Rückzahlung von Darlehen zu bestreiten.<sup>118</sup>

---

<sup>113</sup> Hogescholendecreet 1994, Art. 190 §2.

<sup>114</sup> Decreet 2003, Art. 152 (zu Art. 190 §3 des Hogescholendecreets 1994).

<sup>115</sup> Decreet 2003, Art. 148 (als Art. 183bis des Hogescholendecreets 1994).

<sup>116</sup> Decreet 2003, Art. 153 (als Art. 190bis des Hogescholendecreets).

<sup>117</sup> Hogescholendecreet 1994, Art. 196 ff.

<sup>118</sup> Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs 2001, S. 13 und Hogescholendecreet 1994, Art. 173.

## 5.2.2 Finanzierung der Hochschulen in der Französischen Gemeinschaft

### 5.2.2.1 Studiengebühren und Studienförderung<sup>119</sup>

An Universitäten betragen die Studiengebühren (*minerval*) i.d.R. rund 700 € pro Jahr (Stand Studienjahr 2001/02), die einzelnen Universitäten können aber auch andere Gebührensätze verlangen. Für Studenten mit geringem elterlichen Einkommen betragen die Gebühren i.d.R. knapp 270 €, für Stipendiaten nur gut 95 €. Hinzu kommen Prüfungsgebühren von 28,51 € (für Stipendiaten 8,68 €).

An den *Hautes Ecoles* gibt es drei Typen von Studiengebühren (Stand Studienjahr 2001/02):

- Reguläre Studiengebühren (*minerval*), die an die Französische Gemeinschaft gezahlt werden: Je nach Länge des Studiengangs betragen sie 150 € oder 300 €; im Abschlussjahr sind die Gebühren rund 50 € bzw. 100 € höher. Stipendiaten haben nur 30 € bzw. 44 € zu zahlen.
- Zusätzliche Einschreibgebühren (*droits d'inscription*), die direkt an die *Haute Ecole* gezahlt werden: Dafür gibt es keine gesetzliche Grundlage; sie werden v.a. von privaten Hochschulen verlangt, seltener im staatlich finanzierten Hochschulsektor.
- Außergewöhnliche Einschreibgebühren (*droits d'inscription*), die von solchen Studierenden verlangt werden, für die der Staat den Hochschulen keine öffentlichen Mittel zur Verfügung stellt.<sup>120</sup> Auch für ausländische Studierende (v.a. aus Nicht-EU-Staaten) werden besondere Gebühren verlangt - je nach Art des Studiengangs zwischen 1.000 € und 2.000 €.

Vollzeitstudierenden, die bei der Bewerbung maximal 35 Jahre alt sein dürfen und i.d.R. die belgische Staatsbürgerschaft haben müssen, können bei sozialer Bedürftigkeit Stipendien (*allocations d'études*) gewährt werden, die normalerweise nicht zurück gezahlt werden müssen. Eine weitere Bedingung ist i.d.R., dass die Studierenden kein Studienjahr wiederholen / wiederholt haben. Die soziale Bedürftigkeit bestimmt sich nach dem Einkommen – meist dem der Eltern – und der Zahl der Personen, die von diesem Einkommen leben.<sup>121</sup> Die Höhe des Stipendiums ist v.a. abhängig vom Ausmaß der Bedürftigkeit. Für Studierende, die mehr als 20 km entfernt von ihrem Studienort leben, und für Studierende im letzten Studienjahr gibt es bestimmte Zuschläge. Zudem spielt bei der Höhe des Stipendiums eine Rolle, ob die Studierenden noch bei den Eltern wohnen oder nicht und ob sie Sozialhilfe beziehen.<sup>122</sup> In 2001/02 betrug ein Stipendium im Schnitt 822 €; es standen insgesamt 19,4 Mio. € für 23.600 Stipendiaten zur Verfügung.<sup>123</sup>

Außerdem können sich Vollzeitstudierende aus Familien mit mindestens drei finanziell von den Eltern abhängigen Kindern um Darlehen bewerben. Dafür gelten die gleichen Voraussetzungen wie bei Stipendien. Auch die Darlehen werden nur bei sozialer Bedürftigkeit vergeben; es werden hier jedoch höhere Schwellenwerte zugrunde gelegt. Die Familie kann wählen, ob das Darlehen 740 € oder 1.240 € pro Jahr betragen soll – dieses Darlehen wird dann der Familie des /

<sup>119</sup> Zu diesem Abschnitt vgl. [http://dossiers.lesoir.be/enseignement/sinformer/A\\_028D6D.asp](http://dossiers.lesoir.be/enseignement/sinformer/A_028D6D.asp) sowie <http://users.skynet.be/infor-jeunes/enseignement/minervals.htm> und <http://www.cfwb.be/ciuf/information/minerval.htm>.

<sup>120</sup> Das sind solche Studierenden, die mindestens zum dritten Mal das gleiche Studienjahr wiederholen müssen. Vgl. <http://users.skynet.be/infor-jeunes/enseignement/minervals.htm>.

<sup>121</sup> Zu den jeweiligen Schwellenwerten je nach Anzahl der abhängigen Personen vgl. Ministère de la Communauté française (2003): S. 16.

<sup>122</sup> Vgl. <http://www.cfwb.be/allocations-etudes/Pg003.htm#C-3> und Ministère de la Communauté française (2003): S. 17.

<sup>123</sup> Ministère de la Communauté française o.J., S. 13. Die durchschnittliche Höhe des Stipendiums nimmt seit einigen Jahren ab.

der Studierenden ausgezahlt. Die Darlehen müssen nach Studienabschluss innerhalb von 5 Jahren in 10 Raten zurückgezahlt werden; der Zinssatz liegt derzeit bei 4% pro Jahr.<sup>124</sup>

### 5.2.2.2 Finanzierung der Universitäten <sup>125</sup>

Die Finanzierung der neun Universitäten in der Französischen Gemeinschaft ist durch ein Gesetz von 1971 geregelt, das 1998 durch ein Dekret reformiert wurde.

Die Mittel, die den Universitäten jährlich zur Verfügung gestellt werden, sind zur Deckung der Lehre, der Forschung und der Verwaltung bestimmt. Da Wachstum des Budgets für die Universitäten der Gemeinschaft entspricht dem des *indice santé* <sup>126</sup>, jedoch maximal dem Anstieg des BIP.

Die Verteilung dieses Budgets auf die Universitäten ist grundsätzlich abhängig von der Anzahl der Studierenden, in manchen Fällen auch der Absolventen der jeweiligen Universität im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studierenden; dabei werden jeweils die Durchschnittswerte der dem Berechnungsjahr vorangegangenen vier Jahre berücksichtigt. Für die Ermittlung der Anzahl der Studierenden wird der 1. Dezember als Stichtag verwendet. Bei weiterführenden Studiengängen (Spezialisierungen) wird die Anzahl der Absolventen innerhalb des im Verhältnis zum Berechnungsjahr vorletzten akademischen Jahres als Grundlage verwendet.

Bei der Zählung der Studierenden werden je nach Studiengang unterschiedliche Koeffizienten verwendet (von der CFWB gerundete Werte):<sup>127</sup>

- Faktor 1 für Geisteswissenschaften;
- Faktor 2 für die ersten Studienjahre in den Naturwissenschaften, in medizinischen Studiengängen und in Agrarwissenschaften;
- Faktor 3 für die folgenden Studienjahre in naturwissenschaftlichen und medizinischen Fächern;
- Faktor 2,5 für die folgenden Studienjahre in Agrarwissenschaften;
- Faktor 0,5 für Lehramtsprüfungen für den höheren Sekundarunterricht.

Ab einer jeweils festgelegten Grenze werden diese Koeffizienten verringert, weil davon ausgegangen wird, dass die Universitäten von da ab sinkende Grenzkosten haben.

Außerdem gibt es weitere Faktoren, mittels derer bestimmte Ziele gefördert werden sollen:

- Faktor 1,1 für Studierende, die im Erststudium für ihren ersten Abschluss eingeschrieben sind (→ Konzentration der Mittel auf diese Studierenden; Verringerung von Studienabbruch);
- Faktor 2 für Studierende, die ihre Doktorarbeit erfolgreich abgeschlossen haben (→ Doktorandenförderung)
- Faktor 1,5 für Studierende, die ihren Abschluss im Rahmen einer interuniversitären Zusammenarbeit erreicht haben (→ Förderung interuniversitärer Kooperationen)

---

<sup>124</sup> Vgl. <http://www.cfwb.be/allocations-etudes/Pg004.htm> und Ministère de la Communauté française (2003): S. 21 ff.

<sup>125</sup> Zu diesem gesamten Abschnitt vgl. CFWB (2002 a).

<sup>126</sup> "Gesundheitsindex" – der Index für die Preisentwicklung von Tabak, Alkohol, Benzin und Diesel; ein in Belgien gebräuchlicher Index der wirtschaftlichen Entwicklung. Er wird u.a. dazu verwendet, Indizes für die Entwicklung von Gehältern, staatlichen sozialen Beihilfen und Mieten zu berechnen. Vgl. <http://www.plan.be/fr/projects/ind-prix/indprix.htm>.

<sup>127</sup> Für Medizin gibt es eine gesonderte Berechnung.

Die Universitäten verwalten die ihnen zugewiesenen Mittel selbst und bezahlen daraus auch ihre Mitarbeiter. Die Personalkosten dürfen dabei jedoch nicht 80% der ihnen zugeteilten Mittel überschreiten.

Für die Erhaltung der für Lehre, Forschung und Verwaltung notwendigen Gebäude werden den Universitäten in vergleichbarer Weise aus einem Globalbudget entsprechende Anteile übertragen, die von den tatsächlich vorhandenen Flächen der entsprechenden Gebäude abhängen.

### 5.2.2.3 Finanzierung der Hautes Ecoles

Die Finanzierung der *Hautes Ecoles* wurde 1996 reformiert.<sup>128</sup> Die 30 *Hautes Ecoles* in der Französischen Gemeinschaft werden seitdem durch ein festgelegtes Budget finanziert, das jedes Jahr um einen von der Regierung bestimmten Prozentsatz angepasst wird; dieser Prozentsatz bewegt sich zwischen dem Wachstum des *indice santé* als Minimalwert und dem Wachstum des BIP als Maximalwert.

Mit den ihnen übertragenen Mitteln sollen die *Hautes Ecoles* ihre Kosten für Lehre, Forschung, Verwaltung und Dienste für die Allgemeinheit decken.

Die an jede Hochschule vergebenen Mittel setzen sich aus vier Komponenten zusammen:

1. Eine **"historische" Komponente**, die die Auswirkungen des Übergangs zum neuen Finanzierungssystem abmildern soll. Sie gründet sich auf den 1997 verteilten Mitteln und wurde von Jahr zu Jahr reduziert; ab 2002 beträgt sie nicht mehr als 5% der gesamten Allokation. Sie soll dann dem *indice santé* angepasst werden.
2. Eine **pauschale Komponente**, die v.a. dafür bestimmt ist, die Zusammenlegung von Hochschulen zu belohnen. Sie hängt z.B. davon ab, ob die *Haute Ecole* multidisziplinär ist oder nicht und ob sie verschiedene Typen von Studiengängen (kürzere und längere) anbietet. Diese Komponente setzt sich zusammen aus einer Pauschale für jede *Haute Ecole*, einer Pauschale für jede Disziplin, die die Hochschule anbietet, einer Pauschale für den Fall, dass die Hochschule verschiedene Typen von Studiengängen anbietet und einer Pauschale, wenn sie innerhalb festgelegter Zonen die einzige ihrer Art (d.h. die des gleichen Trägers) ist. Die entsprechenden Summen werden an die Entwicklung des *indice santé* angepasst.
3. Eine **variable Komponente**: Sämtliche Mittel, die in dem Globalbudget für alle *Hautes Ecoles* nach Abzug der Mittel für die anderen drei Komponenten noch verbleiben, werden in Abhängigkeit der Studierendenzahlen jeder *Haute Ecole* im Verhältnis zu der Zahl der Studierenden an allen *Hautes Ecoles* verteilt. Dabei wird der Durchschnitt der Studierendenzahlen in den drei Jahren vor dem Berechnungsjahr berücksichtigt; als Stichtag wird der 1. Februar vor dem jeweiligen Berechnungsjahr verwendet.

Bei der Berechnung werden unterschiedliche Koeffizienten herangezogen, die sich nach Studienfach bestimmen:

1 für kurze Studiengänge der Wirtschaftswissenschaften

1,1 für lange wirtschaftswissenschaftliche und kurze technische Studiengänge

1,15 für kurze agrarwissenschaftliche und für sozialwissenschaftliche Studiengänge

1,2 für künstlerische Studiengänge

1,45 für Studien in Übersetzung und Dolmetschen

<sup>128</sup> Zu diesem gesamten Abschnitt vgl. CFWB (2002 b).

1,5 für paramedizinische Studiengänge

1,65 für pädagogische und für lange technische und agrarwissenschaftliche Studiengänge

0,5 Lehramtsprüfungen für Sekundarstufe

4. Ggf. ein **Anteil am Solidarfonds**: Dieser dient einem partiellen Ausgleich der Verluste jener *Hautes Ecoles*, deren Zuteilungen gemäß des neuen Finanzierungssystems niedriger sind als ein bestimmter Grundbetrag. Die *Hautes Ecoles*, die durch das System mindestens 8% mehr als diesen Grundbetrag zugeteilt bekommen, müssen die entsprechenden Überschüsse an den Sozialfonds abführen. Dabei bezieht sich der Sozialfonds nur auf die im jeweiligen Netzwerk in gleicher Trägerschaft vertretenen *Hautes Ecoles*.

Von diesen Allokationen werden jedoch jeweils die Studiengebühren abgezogen, die die *Hautes Ecoles* von ihren Studierenden erhalten.

Aus den Mitteln, die die *Hautes Ecoles* nach diesem System zugeteilt bekommen, müssen sie die Personal- und die laufenden Kosten bestreiten; die Personalkosten werden jedoch nicht direkt von den *Hautes Ecoles* beglichen, sondern das Ministerium übernimmt dies. Daher sind die den *Hautes Ecoles* tatsächlich ausgezahlten Beträge wesentlich geringer; mit den tatsächlich ausbezahlten Beträgen sind die laufenden Kosten zu decken.

### 5.3 Verfahren der Qualitätssicherung

Auch hinsichtlich der genutzten Qualitätssicherungsverfahren gibt es Unterschiede zwischen den beiden Gemeinschaften.

#### 5.3.1 Qualitätssicherung in der Flämischen Gemeinschaft

##### 5.3.1.1 Akkreditierung<sup>129</sup>

Die Akkreditierung von Studiengängen wird in der Flämischen Gemeinschaft aufgrund des Dekrets vom 02.04.2003 gerade eingeführt. In diesem Dekret ist bestimmt worden, dass ein Akkreditierungsorgan zu gründen ist, das bestehende und neue Studiengänge akkreditiert. Im September 2003 unterzeichnete die Flämische Gemeinschaft einen Vertrag mit den Niederlanden, nach dem die Akkreditierung durch ein gemeinsames Organ vorgenommen werden soll. Das nun für Akkreditierung zuständige Organ ist die *Nederlands-Vlaamse Accreditatieorganisatie* (Niederländisch-Flämische Akkreditierungsorganisation) NVAO, die aus der bereits bestehenden Niederländischen Akkreditierungsorganisation NAO hervorgegangen ist.<sup>130</sup>

#### Ziel

Ziel der Akkreditierung ist es, zu garantieren, dass alle Studiengänge bestimmten Minimalanforderungen an ihre Qualität genügen. Auf diese Weise soll auch gewährleistet werden, dass die Absolventen der betreffenden Studiengänge je nach Art und Niveau ihres Studiengangs bestimmte Kompetenzen erreicht haben.<sup>131</sup>

---

<sup>129</sup> Zu diesem Abschnitt vgl. Decreet 2003, Art. 57 ff.

<sup>130</sup> Vgl. dazu <http://www.ond.vlaanderen.be/bolognaproces/vlaanderen/doc/verdrag-project.htm> und <http://www.vew.be/tekst.asp?ID=1065&Rel>.

<sup>131</sup> Vgl. dazu umfassend Decreet 2003, Art. 58 §2.



## Gegenstand und Kriterien

Gegenstand der Akkreditierungsprüfung sind die Studiengänge; dabei wird nach Bachelor- und Master-Studiengängen unterschieden.

Die folgenden Kriterien werden als sog. "Qualitätsgarantien" betrachtet und sind daher Gegenstand einer externen Beurteilung für die Akkreditierung:

- Inhalt des Studiengangs: Art und Niveau des Studiengangs, klarer Zusammenhang von Zielen und Inhalten der Ausbildung, "Studienbelastung" für die Studierenden, Zusammenhang zwischen einzelnen Bestandteilen der Ausbildung
- Ausbildungsprozess: Abstimmung von Unterrichtsform und -inhalten, ausreichende Studienbegleitung und Beurteilung / Prüfung des Unterrichts
- Ergebnis der Lehre: erreichte Qualifikationen der Absolventen, gesamtgesellschaftlicher "Ertrag" der Lehre
- Materielle Ausstattung: Qualität des Personals, der Organisation und der internen Qualitätssicherung
- Bei der Selbstbewertung verwendete Methoden: wichtig für die Vergleichbarkeit mit anderen Studiengängen (national und international)

## Organisation und Gestaltung

Die Akkreditierung wird verliehen, wenn das Akkreditierungsorgan den Eindruck gewinnt, dass die erforderlichen "Qualitätsgarantien" (s.o.) gegeben sind. Dies geschieht aufgrund einer externen Beurteilung, die dieses Akkreditierungsorgan nicht selbst durchführt.

Die Hochschulen müssen die Akkreditierung ihrer Studiengänge selbst beantragen; dies muss spätestens 9 Monate vor Ablauf der bestehenden Akkreditierung geschehen.<sup>132</sup> Neue Studiengänge können frühestens ab dem Studienjahr 2006/07 akkreditiert werden.<sup>133</sup>

Das Akkreditierungsorgan gibt Form und Inhalt des Dossiers vor, das für eine Akkreditierung eingereicht werden muss. Es muss in jedem Fall eine veröffentlichte externe Qualitätsbeurteilung enthalten. Diese kann von VLIR oder VLHORA erstellt werden oder von einer anderen Organisation, die vom Akkreditierungsorgan entsprechend anerkannt ist. Alternativ kann auch die Akkreditierung einer ausländischen Akkreditierungsorganisation anerkannt werden.

Innerhalb von vier Monaten nach Empfang des Akkreditierungsantrages fällt das Akkreditierungsorgan seine Entscheidung. Einen Monat vor der eigentlichen Entscheidung gibt das Akkreditierungsorgan der jeweiligen Hochschule die Möglichkeit, in den Entwurf des Akkreditierungsberichts Einsicht zu nehmen und ggf. Stellung dazu zu beziehen. Die Akkreditierungsentscheidung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft; bei Verlängerungen am Tag des Ablaufs der vorherigen Akkreditierung. Die Akkreditierungsentscheidung und der Akkreditierungsbericht werden veröffentlicht.

Neue Studiengänge werden zunächst nur für 4 Jahre akkreditiert, bereits bestehende Studiengänge für 8 Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit muss die Akkreditierung erneut erfolgen.

<sup>132</sup> Vermutlich gilt dies auch für alle bislang bestehenden Studiengänge. In einem früheren Entwurf des Dekrets (Voorontwerp 2002, Art. 98) hieß es noch, alle bestehenden Studiengänge sollten automatisch bis maximal 2010 als übergangsweise akkreditiert gelten; im Dekret selbst wird dies aber nicht mehr mit aufgeführt.

<sup>133</sup> Die Akkreditierung von neuen Studiengängen verläuft nach einer ähnlichen Prüfung, so dass hier der Einfachheit halber keine weitere Differenzierung eingeführt wird. Freilich kann bei neuen Bachelor- und Master-Studiengängen nur berücksichtigt werden, was die Hochschule dafür zu tun *beabsichtigt*. Zu Details zur Akkreditierungsprüfung für neue Studiengänge vgl. Decreet 2003, Art. 61.

Bei nicht erteilter Akkreditierung kann die jeweilige Hochschule innerhalb eines Monats bei der Flämischen Regierung einen Antrag auf vorübergehende Anerkennung stellen. Dafür muss ein "Verbesserungsplan" eingereicht werden, der auf überprüfbare Weise angibt, wie die Qualität verbessert werden soll. Innerhalb von drei Monaten nach Empfang des Antrags fällt die Flämische Regierung ihre Entscheidung über die vorübergehende Anerkennung. Diese kann zwischen einem und maximal drei Jahren betragen.

Wenn für einen Studiengang endgültig keine Akkreditierung oder zumindest eine vorübergehende Anerkennung erteilt wird, wird der Studiengang aus dem zentralen Register für Hochschulstudiengänge<sup>134</sup> gestrichen. Dies geschieht in dem nach Ablauf der bisherigen Akkreditierung beginnenden Studienjahr. Die betreffende Hochschule kann diesen Studiengang nach Ablauf von drei Jahren allerdings wieder als "neuen" Studiengang anmelden – dafür ist allerdings wieder eine neue Akkreditierungsprüfung erforderlich.

Es ist zu erwarten, dass ein aus dem Register gestrichener Studiengang (vorbehaltlich einer Neuanschreibung und Anerkennung des Studiengangs nach drei oder mehr Jahren) nicht mehr von der betreffenden Hochschule angeboten werden darf. Dementsprechend könnte sie für einen solchen Studiengang auch keine öffentliche Finanzierung mehr erhalten.

Für die Studierenden, die wegen Schließung des Studiengangs ihr Studium nicht abschließen können, muss die jeweilige Hochschule Wege finden, die Studierenden an anderen Hochschulen unterzubringen.

### **5.3.1.2 Qualitätsbewertung**

Sowohl an *Hogescholen* als auch an Universitäten finden interne und externe Qualitätsbeurteilungen der Lehr- und Forschungsaktivitäten statt. Die Hochschulen sind selbst verantwortlich für die internen wie externen Qualitätsbewertungen, auch wenn die externen Beurteilungen der Lehre von ihren Verbänden koordiniert werden.<sup>135</sup>

#### **Qualitätsbewertung der Forschung**

Jede Hochschule trägt permanent Sorge für die Qualität ihrer Forschung. Möglichst in Zusammenarbeit mit anderen, auch ausländischen Hochschulen müssen die Hochschulen zudem mindestens alle 8 Jahre die Qualität ihrer Forschung evaluieren. Die Ergebnisse dieser Beurteilung werden veröffentlicht und müssen von der Hochschulleitung berücksichtigt werden.<sup>136</sup>

#### **Qualitätsbewertung der Lehre**

Während die Hochschulen dafür verantwortlich sind, permanent für interne Qualitätssicherung zu sorgen, sollen externe Beurteilungen von Bachelor- wie Masterstudiengängen spätestens alle 8 Jahre stattfinden.<sup>137</sup>

Wie die Hochschulen das interne System der Qualitätskontrolle gestalten, ist ihnen überlassen. Für ihre Selbstbewertungen nutzen viele *Hogescholen* z.B. das Modell der EFQM (*European Foundation for Quality Management*). An den Universitäten werden für die Selbstbewertung auch die Richtlinien des Flämischen Universitätsrats (*Vlaamse Interuniversitaire Raad*, VLIR) für die externe Bewertung zugrunde gelegt. Über die Ergebnisse der internen Qualitätsbeurteilun-

---

<sup>134</sup> Dieses Register wird aufgrund dieses Dekrets hin angelegt. Es wird jährlich veröffentlicht und listet sämtliche Studiengänge auf (nebst entsprechenden Detailinformationen), die akkreditiert wurden. Daneben gibt es eine Liste der Studiengänge, die vorübergehend anerkannt sind.

<sup>135</sup> Decreet 2003, Art. 92 f.

<sup>136</sup> Decreet 2003, Art. 92.

<sup>137</sup> Decreet 2003, Art. 93 und Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs 2001, S. 21.

gen haben beide Hochschularten in ihren Jahresberichten Auskunft zu erteilen.<sup>138</sup> Laut Dekret sind Studierende, Alumni und externe Experten aus dem jeweiligen Berufsfeld bei der internen Qualitätsbewertung mit einzubeziehen.<sup>139</sup>

Externe Qualitätsbeurteilungen werden als Fächerevaluationen durchgeführt; dabei untersucht eine Kommission innerhalb von 2 Jahren alle Hochschulen, die das jeweilige Fach anbieten. Diese Kommission muss mindestens ein studentisches Mitglied haben.<sup>140</sup>

Der VLHORA koordiniert die externe Qualitätsbeurteilung der berufsorientierten Bachelor-Studiengänge im *Hogeschool*-Bereich, während der VLIR die Qualitätsbeurteilung der wissenschaftlich orientierten Studiengänge an den Universitäten koordiniert. Bei *Hogeschool*-Studiengängen auf wissenschaftlichem Niveau treten VLHORA und VLIR gemeinsam als Koordinatoren auf. Die jeweilige koordinierende Institution entwickelt ein Protokoll, das die Kommissionen bei ihren Besuchen der jeweiligen Hochschule zu befolgen haben.<sup>141</sup>

*Externe Qualitätsbeurteilungen an Universitäten* werden also durch den VLIR koordiniert. Der VLIR stellt eine meist fünfköpfige Kommission von unabhängigen Experten für das jeweilige Fach zusammen, die auch Vertreter aus Berufsorganisationen, der Wirtschaft etc. umfassen kann. Mindestens einer der Experten muss aus dem Ausland kommen.<sup>142</sup>

Die externe Bewertung basiert auf einer internen Selbstanalyse, für die innerhalb eines Jahres eine umfangreiche Fragenliste auszufüllen ist. Dies mündet in einen Bericht über die Selbstbewertung, in dem Angaben gemacht werden zu Zielsetzungen und Programm des jeweiligen Studiengangs, Studierenden- und Absolventenzahlen, Studienberatung, Studiendauer, Internationalisierung, Gebäuden und Infrastruktur, Personal, interner Qualitätssicherung etc. Basierend auf dieser Selbstbewertung und nach den Eindrücken von zweieinhalbtägigen Vor-Ort-Besuchen beurteilt die Expertenkommission die Lehre (auch im Sinne der Qualität der Absolventen) sowie die Qualität des Lehrprozesses und die Organisation der Lehre. Das Urteil der Kommission – nebst entsprechenden Empfehlungen – wird in einem Bericht veröffentlicht. Der Bericht besteht aus einer Reihe von Teilberichten und einem vergleichenden Teil. In den Teilberichten werden die Befunde, Schlüsse und Empfehlungen pro Studiengang wiedergegeben; im vergleichenden Teil werden themenspezifisch die wichtigsten Schlussfolgerungen und Empfehlungen in vergleichender Form präsentiert. Seit 2002 läuft die zweite Runde der externen Qualitätsbeurteilungen.

*Externe Qualitätsbeurteilungen an Hogescholen* werden durch den VLHORA organisiert. Zunächst wird eine Kommission von Experten für das jeweilige Fach zusammengestellt; die *Hogescholen* dürfen dem VLHORA dabei auch Vorschläge für Kommissionsmitglieder machen, aber es darf keine zu engen Verbindungen zwischen den Kommissionsmitgliedern und den untersuchten *Hogescholen* geben. Eine Kommission umfasst mindestens fünf Mitglieder und soll in ihrer Zusammensetzung einige Diversität aufweisen; eines der Mitglieder erhält den Vorsitz über die Kommission. Die Mitglieder werden vom VLHORA für ihre Gutachtertätigkeit bezahlt, alle anderen Kosten tragen die Hochschulen selbst.<sup>143</sup>

Die externe Beurteilung basiert auf einer Selbstbeurteilung der jeweiligen Hochschule, die sie innerhalb von 5 Monaten zu erstellen hat. Die darin zu berücksichtigenden Themen sind: Leitung und Qualitätssicherung des Studiengangs / Fachs, Personal, materielle und finanzielle

<sup>138</sup> International Bureau of Education (2001): S. 50.

<sup>139</sup> Decreet 2003, Art. 93.

<sup>140</sup> Ebd.

<sup>141</sup> Ebd.

<sup>142</sup> Zu diesem und dem folgenden Absatz vgl. <http://www.vlir.be/vlir/onderwijs/kwz.htm>

<sup>143</sup> Zu diesem und dem folgenden Absatz vgl. <http://www.vlhora.be/vlhora/kwaliteitszorg.htm>.

Ausstattung, Zielsetzungen der Lehre, Programm des Studiengangs, Abschlussarbeit und Arbeitserfahrung, internationale Dimension, Lehrsituation (Lehrformen und Lehrmittel), Qualitätsbewertung, Studienberatung, Studierbarkeit, Absolventen, gesellschaftliche Dienstleistung, Forschung und ggf. Ausübung und Entwicklung der Künste. Die Beurteilung durch die Kommission wird der Hochschule übergeben, damit eventuelle Fehler oder Missverständnisse behoben werden können. Den endgültigen Bericht übergibt die Kommission dem VLHORA, der ihn wiederum der / den betreffenden Hochschule(n) zugänglich macht.

Sowohl für Universitäten als auch für *Hogescholen* gilt, dass die Kommissionen die Ergebnisse ihrer Untersuchungen veröffentlichen; die Hochschulen sind gehalten, diese Ergebnisse im Rahmen ihrer Politik und Entwicklungsplanung zu berücksichtigen.<sup>144</sup>

Wenn die Flämische Regierung aufgrund des entsprechenden Evaluationsberichts den Eindruck gewinnt, dass die Qualität der Lehre und / oder Forschung einer Hochschule Anlass zur Sorge gibt, muss die Leitung der Hochschule innerhalb von 6 Monaten nach diesem "Urteil" einen Plan einreichen, wie die Qualität verbessert werden kann. Jedes Jahr muss die betreffende Hochschule dann detailliert über die Umsetzung des Plans und die Auswirkungen Auskunft geben. Nach vier Jahren hat die Hochschule dann dafür zu sorgen, dass eine neuerliche externe Bewertung stattfindet, deren Ergebnisse veröffentlicht werden. Wenn die Qualität dann wiederum als nicht ausreichend betrachtet wird, kann die Flämische Regierung entscheiden, dass dieser Kurs oder die Studierenden in diesem Kurs nicht mehr finanziert werden und / oder dass die Hochschule den Absolventen kein staatlich anerkanntes Zeugnis mehr ausstellen kann. Für Universitäten wurde jedoch explizit festgelegt, dass die Studierenden nicht die Leidtragenden sein dürfen; sie müssen die Möglichkeit haben, ihr Studium fortzusetzen und einen akademischen Abschluss zu erreichen.<sup>145</sup>

### Meta-Evaluation

Das System der Qualitätsbewertungen des VLIR wird in regelmäßigen Abständen evaluiert; die dabei gewonnenen Informationen bezüglich der Erfahrungen der Betroffenen können Änderungen des Systems zur Folge haben.<sup>146</sup>

### 5.3.2 Qualitätssicherung in der Französischen Gemeinschaft<sup>147</sup>

Bislang sind die Hochschulen der Französischen Gemeinschaft nicht dazu verpflichtet, sich evaluieren zu lassen. Sie können aus eigener Initiative Selbstevaluationen durchführen und sich von internationalen Organisationen wie der European University Association oder der OECD evaluieren lassen. Auch Akkreditierung ist bislang nicht vorgeschrieben. Allerdings müssen die Hochschulen bestimmte gesetzliche Vorschriften erfüllen, um überhaupt staatlich anerkannt zu werden und öffentliche Mittel erhalten zu können.

Es soll zwar eine zentrale Agentur für Qualitätsbewertungen gegründet werden; es wird jedoch noch einige Zeit dauern, bis sie ihre Arbeit aufnimmt. Sobald dies geschieht, wird die Qualitätsbewertung für Universitäten und *Hautes Ecoles* verpflichtend. Die Bewertungen werden dann nach einer einheitlichen Prozedur durchgeführt. Akkreditierung oder die Ermittlung von Ran-

<sup>144</sup> Decreet 2003, Art. 93.

<sup>145</sup> International Bureau of Education (2001): S. 51.

<sup>146</sup> Vgl. <http://www.vlir.be/vlir/onderwijs/kwz.htm>.

<sup>147</sup> Zu diesem Abschnitt vgl. [http://www.cfwb.be/gouver/comm\\_press/doc/cp\\_du\\_2002\\_10\\_10.doc](http://www.cfwb.be/gouver/comm_press/doc/cp_du_2002_10_10.doc) und Thune (2000), Abschnitt "Belgium – French-speaking community"; außerdem Informationen aus einer Email vom 14.10.2002 von Frau Chantal Kaufmann, die in der Regierung der Französischen Gemeinschaft (Wallonie-Bruxelles) tätig ist. Nach allen verfügbaren Informationen ist bis zum Redaktionsschluss Anfang 2004 noch keine Qualitätssicherungsorganisation gegründet bzw. ein entsprechendes Verfahren etabliert worden.

kings soll erklärtermaßen kein Ziel der zu gründenden Agentur sein; vielmehr soll sie der Qualitätsverbesserung dienen. Die einzelnen Hochschulen sollen zunächst Selbstbewertungen anfertigen, auf Basis derer dann externe Bewertungen stattfinden.

## **5.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung**

### **5.4.1 Flämische Gemeinschaft**

Akkreditierungen von Studiengängen werden in der Flämischen Gemeinschaft Belgiens derzeit eingeführt; es steht zu erwarten, dass die Akkreditierung die Grundvoraussetzung für staatliche Finanzierung darstellen wird.

Ansonsten gibt es nur eine mittelbare Verknüpfung von Qualitätsbewertung und Finanzierung: Die Hochschulen, für die der Bericht zur Qualitätsbewertung Anlass zur Sorge gibt, müssen innerhalb eines halben Jahres einen Plan zu Verbesserungsmaßnahmen einführen. Entsprechende Überprüfungen gibt es dann in jährlichen Abständen. Nur wenn nach vier Jahren die Qualität wiederum als schlecht beurteilt wird, kann die Regierung die Finanzierung für diesen Studiengang einstellen.

### **5.4.2 Französische Gemeinschaft**

Da es in der Französischen Gemeinschaft Belgiens bislang noch keine verpflichtenden Verfahren zur Beurteilung der Qualität von Forschung und Lehre gibt, ist natürlich auch keine Verknüpfung mit Finanzierungsmethoden möglich. Es scheint bislang auch keine dementsprechenden Pläne zu geben.



## 6 Dänemark

### 6.1 Hochschulsystem

#### 6.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

In Dänemark ist das Bildungsministerium (*undervisningsministeriet*) für die Hochschulen verantwortlich.<sup>148</sup> Dem Bildungsministerium sind drei Behörden unterstellt. Die Bildungsbehörde (*Uddannelsesstyrelsen*) beschäftigt sich mit den inhaltlichen Bildungsangeboten sämtlicher Bildungsanbieter, während die Behörde für Bildungseinrichtungen (*Institutionsstyrelsen*) für die Finanzierung dieser Einrichtungen verantwortlich ist. Die staatliche Ausbildungsförderungsbehörde (*SU styrelsen*) ist für die Verteilung öffentlicher Mittel an Studierende im tertiären Sektor zuständig.<sup>149</sup>

Das Ministerium wird von den fünf Beratungsausschüssen für Geisteswissenschaften, Sozialwissenschaften, Naturwissenschaften, Gesundheitswissenschaften und Ingenieurwissenschaften unterstützt. Jeder Ausschuss setzt sich aus zehn Mitgliedern zusammen, die vom zuständigen Minister auf Grund ihrer Kenntnisse in Bildungs- und Arbeitsmarktfragen ernannt werden. Die Ausschüsse beraten den Minister zu allgemeinen Fragen der Bildungspolitik und der Ausbildungsorganisation innerhalb ihres jeweiligen Gebietes.<sup>150</sup>

Mit dem Hochschulerlass von 1993 (*Bekendtgørelse nr. 573 om studiestrukturer for uddannelser ved universiteter*) wurde das tertiäre Bildungssystem von Grund auf erneuert. Die bis dahin praktizierte Detailsteuerung wurde durch Ziel- und Rahmenvereinbarungen ersetzt. Im tertiären Bildungssektor legt das Bildungsministerium Zulassungsvoraussetzungen und das Mindestkursangebot, das zu einem Abschluss führen kann, fest. Des Weiteren stellt es allgemeine Regeln zur Qualitätskontrolle, zu baulichen Angelegenheiten, zur Vergabe von Promotionen und zur Anstellung von Professoren und des weiteren Lehrkörpers auf. Entscheidungen hinsichtlich der Umsetzung dieser Rahmenbedingungen treffen die einzelnen Hochschulen.<sup>151</sup> Stellt das Ministerium fest, dass eine Hochschule ihrem Lehrauftrag nicht mit der nötigen Qualität nachkommt, kann es die Zulassung zu einem Studiengang einschränken oder den betreffenden Studiengang schließen.<sup>152</sup>

#### 6.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

Das tertiäre Bildungssystem besteht aus zwei Arten von Bildungseinrichtungen, die alle staatlich sind:<sup>153</sup>

- Universitäten: Es gibt 11 Volluniversitäten und weitere 9 mit fachspezifischer Ausrichtung. Sie bieten BA-MA-Kurse und Promotionsstudiengänge an. Etwa 54% der Studierenden in Dänemark besuchen eine Universität.
- Nicht-universitäre Hochschulen, die berufsbezogene Studiengänge anbieten bis zum Bachelor-Niveau. Die 141 z.T. sehr kleinen Einrichtungen werden von 35% der Studierenden genutzt.

<sup>148</sup> 1996 wurden die Universitäten dem Wissenschaftsministerium unterstellt, die Hochschulausbildung verblieb jedoch in der Verantwortung des Bildungsministeriums. Dies erwies sich als eine unglückliche Trennung, die 2000 rückgängig gemacht wurde. (Thune 2001)

<sup>149</sup> Eurydice (2002) und Undervisningsministeriet (2002a).

<sup>150</sup> Eurydice (2002) und Undervisningsministeriet (1999).

<sup>151</sup> Eurydice (2002).

<sup>152</sup> Undervisningsministeriet (1997).

<sup>153</sup> Eurydice (2002): Kapitel 6.5.4. Daten aus dem Jahr 1999.

Nicht-universitäre Wirtschaftskollegs, die spezielle wirtschaftsbezogene Studiengänge (*erhvervsakademiuddannelse*) mit einem berufspraktischen Schwerpunkt anbieten. Etwa 11% der Studierenden besuchen eines der 32 Wirtschaftskollegs.

Es gibt Bestrebungen, die nicht-universitären Hochschulen zusammenzuführen, um sie zu größeren fächer- und institutionsübergreifenden Einheiten (sog. Zentren Höherer Bildung – *CVU*) zusammenzufassen. So soll ein interdisziplinäres und sich verstärkt an Forschungsergebnissen orientierendes Ausbildungsangebot eingeführt werden. Die Qualität der Studiengänge und Weiterbildungsprogramme soll durch die Einrichtung von *CVUs* verbessert und der Übergang zu den Universitäten erleichtert werden. Ziel ist, es diesen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen, mit ihrem Ausbildungsangebot schneller auf veränderte Bedingungen am Arbeitsmarkt reagieren zu können.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen, wo Studiengänge mit staatlichen Prüfungen abschließen, kann das Bildungsministerium lediglich allgemeine Rahmenbedingungen hinsichtlich Ziel, Dauer, Struktur, Hauptinhalt und Prüfungen für einzelne Studiengänge festlegen. Konkrete Festlegungen zu Aufbau und Inhalt treffen die Universitäten selbst.

Im Jahr 2000 betrugen die öffentlichen Ausgaben für den tertiären Sektor 2,6 Milliarden €. <sup>154</sup> Für das gleiche Jahr betrug der staatliche Zuschuss rund 1 Mrd. €. Im Jahr 2001 waren an den 184 Einrichtungen des tertiären Sektors 191.000 Studierende (VZÄ) eingeschrieben. Die Studienanfängerquote war mit 44% leicht unterdurchschnittlich (OECD-Durchschnitt 47%). <sup>155</sup> Im OECD-Vergleich lagen die Ausgaben pro Student/in überdurchschnittlich hoch bei 11.981 US\$ im Vergleich zum Durchschnittswert von 9.571 US\$.

### 6.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Mit der Universitätsreform hat Dänemark das angelsächsische Modell der konsekutiven Abschlüsse eingeführt. Ein Universitätsstudium besteht aus einem dreijährigen Bachelor-Studium, gefolgt von einem zweijährigen Master-Studium (*Candidatus* als Abschluss). Teil des Bachelor-Abschlusses kann ein zusätzliches sechsmonatiges Praktikum sein. In einigen Geisteswissenschaften wird zudem noch ein sechsjähriger Studiengang mit Abschluss *mag. art.* angeboten. Die Mehrzahl der dänischen Studierenden schließt ihr Studium mit einem Master (*candidatus*) und nicht mit einem Bachelor ab. <sup>156</sup>

Ein dreijähriges, intensiv betreutes Promotionsstudium kann sich an den Master anschließen. Es ist jedoch auch möglich, nach dem Master-Abschluss einen traditionellen dänischen Dokortitel zu erwerben. <sup>157</sup> Der traditionelle dänische Dokortitel wird als höherwertig eingeschätzt als der *Ph.D.*, allerdings ist die Nachfrage nach *Ph.D.s* in der Arbeitswelt größer. <sup>158</sup>

Studienberechtigt sowohl für ein Universitätsstudium als auch für ein Studium an einer *CVU* ist, wer eine der folgenden vier Abschlüsse der Sekundarstufe II erworben hat: <sup>159</sup>

- *Studentereksamen* – allgemeine Studierbefähigungsprüfung
- *Højere Forberedelseseksamen (HF)* – die Höhere Vorbereitungsprüfung

---

<sup>154</sup> Vossensteyn (2003): S.45.

<sup>155</sup> OECD/ISCED-Klassifikation 5A. Für 5B liegt die Studienanfängerquote bei 9%.

<sup>156</sup> Undervisningsministeriet (2000a).

<sup>157</sup> Bestimmungen hinsichtlich des *Ph.D.*-Abschlusses wurden mittels einer Verordnung 1992 festgelegt, jene hinsichtlich der dänischen Doktorwürde in einer Verordnung von 1996.

<sup>158</sup> Eurydice (2002) und Bonne et al. (2002).

<sup>159</sup> Undervisningsministeriet (1999).



- *Højere Handelseksamen (HHX)* – die Höhere Handelsprüfung
- *Højere Teknisk Eksamen (HTX)* – die Höhere Technische Prüfung

Erklärtes politisches Ziel ist es, dass 90% - 95% einer Alterskohorte erfolgreich die Sekundarstufe II abschließen und somit eine formale Studienberechtigung erhalten. 1998 lag dieser Anteil bei 80% der relevanten Alterskohorte.<sup>160</sup>

Die Zulassung der Studierenden durch die Hochschulen erfolgt über zwei Quoten. In der ersten Quote werden Studierende auf wettbewerblicher Basis gemäß ihrer Durchschnittsnote in der Sek-II-Abschlussprüfung ausgewählt. Darüber hinaus haben einige Hochschulen eigene Eignungstests. Es steht den Hochschulen frei, für bestimmte Studiengänge Zusatzanforderungen zu stellen wie besonders gute Noten in bestimmten Fächern oder Arbeitserfahrung.<sup>161</sup> Über die zweite Quote werden Studienplätze auf der Basis institutioneller Einschätzung vergeben. Über diese Quote werden auch Bewerber mit anerkannter ausländischer Hochschulreife zugelassen. Für einige, besonders kostspielige Studiengänge, wie z.B. Medizin, schränkt das Bildungsministerium die Gesamtzahl der Studienplätze ein.<sup>162</sup>

## 6.2 Finanzierungsmethoden

In Dänemark werden Mittel für Forschung und Lehre unabhängig von einander an die Hochschulen verteilt. Da bis zur Einführung der CVUs nur an Universitäten anerkanntermaßen geforscht wurde, kommen sämtliche öffentlichen Forschungsmittel im tertiären Bildungsbereich den Universitäten zu Gute. Mit der Etablierung der CVUs kann es in den kommenden Jahren möglicherweise zu einer gewissen Verschiebung zu ihren Gunsten kommen.

Das Mittelverteilungsmodell für den Lehrbereich ist stark leistungsabhängig. Der Forschungsbereich wird über einen diskretionären Grundbetrag und zweckgebundene Projektmittel finanziert. Im Sinne eines Schutzes der institutionellen und finanziellen Stabilität werden außerdem Grund-, Ausstattungs- und Mietkosten extra bezuschusst. Im Jahr 2004 werden die staatlichen Mittel folgendermaßen verteilt:<sup>163</sup>

- Grundfinanzierung der Lehre: 26%
- Grundfinanzierung der Forschung: 28%
- Projektbezogene Mittel im Forschungsbereich 17%
- Grund-, Ausstattungs- und Mietkosten sowie Sondertatbestände<sup>164</sup> : 29%

Seit 1994 werden die öffentlichen Mittel an die Hochschulen als Globalhaushalt (*block grant*) überwiesen.<sup>165</sup> Wie diese Mittel innerhalb der Hochschulen verteilt werden, bleibt ihnen überlas-

<sup>160</sup> Undervisningsministeriet (2000c).

<sup>161</sup> Undervisningsministeriet (1997).

<sup>162</sup> Bonne et al. (2002).

<sup>163</sup> Datenbasis: Persönliche Korrespondenz mit Nikolaj Borg Burmeister, Dänische Hochschulrektorenkonferenz, Feb. 2004.

<sup>164</sup> Kapitalausgaben decken Zinsen, Darlehen, den Unterhalt (staatlicher) Gebäude sowie die Miete für zusätzliche Gebäude. Staatliche Gebäude werden den Hochschulen kostenlos zur Verfügung gestellt. In Zukunft sollen die Bildungseinrichtungen des tertiären Sektors ihre Zuschüsse für Kapitalausgaben gemäß eines "Gebäudetaximeters" erhalten, der von der Anzahl "studentischer Vollzeitäquivalenzen" (s.u.) abhängt. Darüber hinaus erhält jede Hochschule unabhängig von ihrer Größe einen Grundbetrag von von etwa 148-175 T€ für Kapitalausgaben (Bonne, H. et al., 2002, und Eurydice, 2002; Umrechnungskurs 1 DKK = 0,1346 €). Da größere Institutionen auf Grund von Kostendegressionen geringere Kapitalausgaben pro Student/in haben, stellt dieser einheitliche Grundbetrag implizit einen Ausgleich für kleinere Institutionen dar.

<sup>165</sup> Kaiser et al. (2001) und Canton / van der Meer (2001).

sen. So können z.B. Mittel, die eine Hochschule für erbrachte Lehrleistungen erhalten hat, teilweise auch zu Forschungszwecken eingesetzt werden.<sup>166</sup>

### 6.2.1 Finanzierung der Lehre

Die Grundfinanzierung der Lehre erfolgt durch das sog. Taximetersystem, das erfolgsorientiert ist. Von 1981 bis zur Einführung des Taximetersystems im tertiären Sektor (1994) wurden die Universitäten nach Anzahl der prognostizierten erfolgreich abgelegten Prüfungen finanziert. Da im Nachhinein die überwiesenen Beträge nicht um die Differenz zwischen den erwarteten und den tatsächlich bestandenen Prüfungen korrigiert wurden, bestand ein möglicher Anreiz, eine unrealistisch hohe Anzahl bestandener Prüfungen zu prognostizieren.

Mit der Hochschulreform von 1993 wurde insbesondere das Finanzierungssystem des Hochschulsektors reformiert. Ziele der Reform waren:

- Förderung der Effizienz an den Hochschulen durch eine Orientierung der Finanzierung an Resultaten. Des Weiteren sollten die Hochschulen mehr Wert auf die Bedürfnisse der Studierenden legen.
- Einführung eines simplen, fairen, transparenten und automatischen Finanzierungssystems.
- Vermeidung der Erosion von Qualitätsstandards.
- Förderung des Qualitätswettbewerbs unter den Hochschulen.<sup>167</sup>

Grundlage des neuen Finanzierungssystems ist eine über vier Jahre laufende Zielvereinbarung zwischen dem Ministerium und der einzelnen Hochschule. Darin wird die maximale Anzahl von Studienplätzen insgesamt festgelegt (Kapazitätsbeschränkung).<sup>168</sup> Die Universitäten können selbst entscheiden, wieviel Studienplätze sie in welchen Studiengängen anbieten wollen. Diese Flexibilität soll ihre Reaktionsfähigkeit auf veränderte Nachfragesituationen erhöhen und somit zu einer besseren Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage an Studienplätzen führen. Übersteigt die Nachfrage nach Studienplätzen in einem bestimmten Studiengang an einer gewissen Hochschule das Angebot, wählt die Hochschule ihre Studierenden selbst aus. Nur in sehr teuren Studiengängen, wie z.B. Medizin oder Zahnmedizin, gibt es eine auf nationaler Ebene begrenzte Anzahl von Studienplätzen.

Das Taximetermodell stellt eine direkte Verbindung von der Finanzierung der Hochschulen zur Anzahl der Studierenden, die ihre Prüfungen bestehen, her. Es handelt sich somit um eine erfolgsorientierte Finanzierung der Lehre.<sup>169</sup> Es gibt keine Vergütung für durchgefallene Examen.<sup>170</sup> Die Einnahmen der Hochschule hängen von der Anzahl erfolgreicher vollzeitäquivalenter Studierender ab. Diese "studentischen Vollzeitäquivalenzen" werden mit einem Tarif für den jeweiligen Studiengang multipliziert.<sup>171</sup>

---

<sup>166</sup> Eurydice (2002) und Skjødt (1996).

<sup>167</sup> Kaiser et al. (2001) und Canton / van der Meer (2001).

<sup>168</sup> Mit diesen Kapazitätsbeschränkungen erhalten auch die Zahlungen des Ministeriums ein oberes Limit, obwohl sie großen jährlichen Schwankungen unterworfen sind (Kaiser et al., 2001, und Canton / van der Meer 2001).

<sup>169</sup> Das Taximetersystem wird auch in den anderen dänischen Bildungssektoren eingesetzt. Dort wird jedoch nach Nachfrage und nicht nach Erfolg finanziert.

<sup>170</sup> Kaiser et al. (2001) und Canton / van der Meer (2001).

<sup>171</sup> Eurydice (2002).

Der Tarif bzw. die Vergütung der studentischen Vollzeitäquivalenzen hängt vom Studiengang ab. Insgesamt gibt es 12 verschiedene Taximeter für 20 Fächercluster. Die Höhe der Taximeter wird jährlich neu festgelegt.<sup>172</sup> Die Berechnung der Tarife berücksichtigt folgende Aspekte:<sup>173</sup>

- Direkte Kosten der Ausbildung und der darin nötigen Ausstattung,
- indirekte Kosten (z.B. für zentrale Verwaltung und Gebäude),
- unter Umständen Kosten der Praxisausbildung (Praktika).

Die Einführung des Taximetermodells erfolgte unter der Bedingung, dass das neue Finanzierungssystem im ersten Jahr kostenneutral für die einzelnen Hochschulen sein sollte. Die Taximeter werden auf der Basis der Erhebung von Durchschnittskosten berechnet.<sup>174</sup>

## 6.2.2 Finanzierung der Forschung

Mittel für Forschung erhalten die Universitäten vom Ministerium für Forschung und Informationstechnologie. Der Grundbetrag für Forschung macht etwa 28% des staatlichen Zuschusses aus. Er ist historisch festgelegt; Änderungen im Grundbetrag treten nur schrittweise ein. In der Vergangenheit wurde dieser Betrag um einige leistungsbezogene Indikatoren ergänzt. So wurde ein nicht genau zu spezifizierender Anteil des Forschungsbudgets abgetrennt und zwischen den Hochschulen anhand von drei Kriterien neu verteilt:

- 50% nach dem anteiligen Lehrvolumen einer Hochschule (10% der Studierenden = 10%-Anteil des Budgets)
- 40% nach anteiligen Drittmiteinnahmen
- 10% nach anteiliger Zahl der abgeschlossenen Promotionen.

Obwohl dieses System einige Male bereits zur Anwendung kam, hat es sich noch nicht als fester Bestandteil des Finanzierungsmodells etablieren können.<sup>175</sup>

Darüber hinaus haben die Hochschulen die Möglichkeit, Projektmittel für besondere Forschungszwecke einzuwerben. Diese Komponente macht immerhin 17% des staatlichen Zuschusses aus und gibt dem Ministerium einen wichtigen Hebel für die Realisierung von nationalen Forschungsplänen.

## 6.2.3 Studienförderung und Studiengebühren

Studiengebühren werden für das Erststudium in Dänemark nicht erhoben. Seit 1950 gibt es staatliche Ausbildungsförderungsprogramme. Das gegenwärtige System besteht seit 1988 und kombiniert Stipendien und Darlehen in einem Verhältnis von 2/3 zu 1/3. Mit Erwerb der Studienberechtigung erhält jeder dänische Staatsbürger Anspruch auf bis zu 70 *Vouchers*, die jeweils einem Monat Zuschuss entsprechen. Die tatsächliche Anzahl der monatlichen Zuschüsse hängt vom jeweiligen Studiengang ab und entspricht der Regelstudienzeit plus 12 Monaten. Das Förderungssystem erlaubt es den Studierenden, ihr Studium auch in finanzieller Hinsicht

<sup>172</sup> Im Jahr 2000 betrugen die Taximeter eines Abschlusses in ausgewählten Studiengängen: Lehrerausbildung (CVU): 50.551 €, Journalismus (CVU): 26.912 €, Sozialarbeiter (CVU): 36.357 €, Geisteswissenschaften (Universität): 51.906 €, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (Universität): 53.248 €, Medizin (Universität): 87.969 €, Naturwissenschaften (Universität): 74.512 €, Ingenieurwissenschaften (Universität): 80.617 €. Eurydice (2002; Umrechnungskurs 2000 1 € = 7,4538 DKK).

<sup>173</sup> Kaiser et al. (2001) und Canton / van der Meer (2001).

<sup>174</sup> Kaiser et al. (2001) und Canton / van der Meer (2001).

<sup>175</sup> Persönliche Korrespondenz mit Nikolaj Borg Burmeister, Dänische Hochschulrektorenkonferenz, Feb. 2004. Siehe auch: Jongbloed (2001).

selbst zu organisieren, da die Studienförderung als eine Art Studienkonto verwaltet wird. So können Studierende zu Beginn des Studiums *Vouchers* "einsparen" und gegen Ende des Studiums monatlich zwei *Vouchers* einlösen. Das ist v.a. für jene Studierenden eine interessante Möglichkeit, die neben dem Studium erwerbstätig sind und mehr als den maximalen Freibetrag dazu verdienen. Gegen Ende des Studiums können sie sich dann ohne Einkommenseinbußen ganz auf ihren Abschluss konzentrieren.<sup>176</sup>

Falls Studierende den Darlehensteil in Anspruch genommen haben, müssen sie ein Jahr nach Abschluss des Studiums mit der Rückzahlung beginnen, die maximal 15 Jahre in Anspruch nehmen kann. Während des Studiums werden Zinsen von 4% auf das Darlehen erhoben, nach Abschluss des Studiums erhöhen sich die Zinsen auf den Leitzins der dänischen Zentralbank plus 1%.

Doktoranden- und Ph.D.-Programme sind studiengebührenpflichtig. In der Regel legen die Fakultäten einen festen Betrag ihrer Einnahmen fest, der für ihre postgraduierten Programme zur Verfügung steht. Forschungsräte (*research councils*) und andere öffentliche Einrichtungen sowie private Stiftungen schreiben Stipendien öffentlich aus, die zur Bezahlung der Studiengebühren sowie zur Bestreitung des Lebensunterhalts während des Studiums beitragen.

### 6.3 Verfahren der Qualitätssicherung

Die Dänische Evaluationsagentur (EVA), ein vom Bildungsministerium unabhängiges Institut, ist für die Evaluation sämtlicher Bildungseinrichtungen, vom Kindergarten bis zur Universität, verantwortlich.<sup>177</sup> Dieser umfassende Aufgabenbereich ermöglicht es der EVA, auch den Übergang von einer Bildungseinrichtung in die nächste zu untersuchen.

Mit der Hochschulreform von 1993 wurde das Vorgängerinstitut der EVA, das Dänische Zentrum für Qualitätssicherung und Evaluation der tertiären Bildung, gegründet. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass die neu gewonnene Autonomie der Hochschulen nicht zu verminderter Lehrqualität führt. Aufgabe dieses Instituts war die Programmevaluation sämtlicher Studiengänge des tertiären Bildungssektors zwischen 1993 und 1999. Anschließend musste sich das Evaluationszentrum selbst einer Metaevaluation unterziehen. Der positive Ausgang dieser Metaevaluation veranlasste die Regierung, das Evaluationszentrum in der neu eingerichteten Evaluationsagentur EVA mit ihrem sehr viel größeren Aufgabenbereich aufgehen zu lassen.<sup>178</sup>

Hauptsächlich führt die EVA Programmevaluationen durch. Akkreditierungen spielen in Dänemark nur eine untergeordnete Rolle. Tatsächlich werden nur einige Studiengänge privater Anbieter im nicht-universitären tertiären Sektors akkreditiert. Auch Quality Audits spielen im dänischen Evaluationssystem keine Rolle, obwohl es ein Ziel der Evaluationsverfahren ist, die Hochschulen zu Qualitätssicherung und -entwicklung anzuregen. Dieses Ziel wird jedoch nur im Rahmen von Qualitätsbewertungen verfolgt.

Eine Besonderheit des dänischen Qualitätssicherungssystems ist die Rolle externer Prüfer.<sup>179</sup> In allen Bildungseinrichtungen werden bei einem Großteil der schriftlichen und mündlichen Examen Prüfer von außerhalb der Institution hinzugezogen. Derzeit bestehen Bestrebungen im Ministerium, diese vergleichsweise kostspielige Form der Qualitätssicherung etwas einzudämmen. Insbesondere die Hochschulen wehren sich jedoch dagegen. Da die jeweilige Bildungseinrichtung diese auswärtigen Prüfer aus ihrem Budget finanzieren muss, scheint sich diese Art der Qualitätssicherung aus Sicht der Hochschulen positiv auszuwirken.

---

<sup>176</sup> Eurydice (2002): Kapitel 2.15.1.

<sup>177</sup> Thune (2002) und van Damme (2000).

<sup>178</sup> Eurydice (2002) und Thune (2001).

<sup>179</sup> Auch in den englischen und irischen Hochschulsystemen werden externe Prüfer eingesetzt.

Die Leistungen in der Forschung unterliegen keinen offiziellen Evaluationsverfahren. Allerdings wird die Forschung von Akademikern, die Drittmittel beantragen, regelmäßig durch *peers* begutachtet.

Der erste Zyklus von Programmevaluationen wurde vom Evaluationszentrum zwischen 1992 und 1999 durchgeführt.<sup>180</sup> Derzeit organisiert die EVA die zweite Runde von Evaluationen für 2004.<sup>181</sup> Über die Reihenfolge der Fächerevaluationen entscheidet die EVA. Die Teilnahme an den Evaluationen ist für alle Hochschulen Pflicht.<sup>182</sup> Zukünftig will die EVA auch institutionelle Qualitätsbewertungen durchführen.

## Ziele

Ziel einer Qualitätsbewertung ist einerseits zu kontrollieren, inwieweit die Hochschulen ihrem Lehrauftrag gerecht werden; andererseits sollen die Qualitätsurteile auch Maßnahmen der hochschulinternen Qualitätssicherung und –entwicklung fördern. Die EVA ist sich durchaus des feinen Balanceaktes zwischen diesen beiden Zielen bewusst.<sup>183</sup> Der Schwerpunkt liegt dennoch bei der Qualitätskontrolle. Für jeden Studienbereich gibt es eine staatliche Verordnung, die Grundstruktur und Inhalt von Studiengängen in diesem Bereich vorschreibt. Ziel der Programmevaluation ist es, die Übereinstimmung zwischen Verordnung und Realität zu überprüfen. Die Verordnung ist allerdings relativ allgemein formuliert, so dass eine nähere Bestimmung der Evaluationskriterien der jeweiligen Gutachtergruppe zukommt. Darüber hinaus sollen die Qualitätsbewertungen Studierenden bei der Wahl ihrer Hochschule behilflich sein.

## Gegenstand

In der Regel ist ein Studiengang oder ein Fach Gegenstand der von der EVA durchgeführten Qualitätsbewertungen. Alle Hochschulen, die den Studiengang bzw. das Fach anbieten, werden gleichzeitig evaluiert.

## Organisation und Gestaltung

Jede Qualitätsbewertung wird von der EVA entlang der folgenden sechs Kriterien organisiert:<sup>184</sup>

- Vorstudie durch die EVA: Zusammen mit den zu evaluierenden Institutionen legt die EVA die Aspekte und Kriterien fest, auf denen die Qualitätsbewertung aufbauen soll.
- Selbstevaluation der Institution: Die Selbstevaluation basiert auf den in der Vorstudie ausgearbeiteten Richtlinien.
- Umfrage unter Nutzern des Studienganges: In einer umfangreichen Erhebung werden die Nutzer des Studienganges, also die Studierenden, die Absolventen und deren spätere Arbeitgeber zu ihrem Eindruck von dem betreffenden Studiengang befragt.
- Vor-Ort-Besuch der Gutachtergruppe: Die Gutachtergruppe setzt sich aus Experten des Faches sowie aus den betroffenen Nutzern des Studienganges zusammen. Während letztere auf den beruflichen Aspekt der Ausbildung achten, beurteilen die Experten eher inhaltliche Aspekte. Zur Expertengruppe gehört i.d.R. ein Mitglied aus einem anderen nordischen oder europäischen Land. Das soll die Unvoreingenommenheit der Expertengruppe sicherstellen, da die Wahrscheinlichkeit, in einem kleinen Land wie Dänemark

<sup>180</sup> Vgl. für diesen Abschnitt insbes.: Selbstauskunft der EVA auf der INQAAHE-Homepage (<http://www.inqaahe.org>).

<sup>181</sup> EVA (2004).

<sup>182</sup> Smeby / Stensaker (1999).

<sup>183</sup> Thune (2001).

<sup>184</sup> Ebd.

mehrere unabhängige Experten für eine Fächerevaluation zu gewinnen, nicht sehr hoch ist.<sup>185</sup>

- Öffentlicher Bericht: Die Ergebnisse der Qualitätsbewertung werden in einem Bericht veröffentlicht. Es wird Wert darauf gelegt, dass Empfehlungen für spätere Qualitätssicherungsmaßnahmen umsetzbar sind und gemäß ihrer Bedeutung priorisiert werden.
- Abschließende Konferenz: Auf einer abschließenden Konferenz wird Mitgliedern der *peer*-Gruppe und der evaluierten Institutionen die Möglichkeit gegeben, die Ergebnisse der Qualitätsbewertung zu diskutieren und Mißverständnisse auszuräumen.
- Formelle Konsequenzen der Qualitätsbewertung bestehen nicht. Es wird erwartet, dass die Hochschulen die Empfehlungen der Gutachter bei Reformbestrebungen berücksichtigen.

#### 6.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung

Die dänische Hochschulreform der 90er Jahre verknüpfte ein hohes Ausmaß an Hochschulautonomie mit einem ausdifferenzierten, erfolgsorientierten Finanzierungssystem für die Lehre. Die Finanzierung der Forschung bleibt weiterhin überwiegend diskretionär-inkrementalistisch, ergänzt um gezielte projektbezogene Förderung. Um sicherzustellen, dass die erfolgsorientierte Finanzierung der Lehre nicht zu verminderten Lehrstandards führt, werden von der EVA Programmevaluationen durchgeführt.

Sinn dieser Programmevaluationen ist es, den Institutionen Anregungen zu qualitätssichernden Maßnahmen zu geben. Ein Ranking der evaluierten Programme ist ausdrücklich nicht erwünscht. Ebenso wenig ist es beabsichtigt, Finanzierungsentscheidungen vom Ausgang einer Evaluation abhängig zu machen.<sup>186</sup> So gibt es an dänischen Hochschulen keine direkte Verknüpfung zwischen Hochschulfinanzierung und Ergebnisse der Evaluation.

Da die finanziellen Mittel einer Hochschule zu einem großen Teil vom Erfolg ihrer Studierenden abhängen, ist eine Hochschule bestrebt, die besten Studienbewerber für sich zu gewinnen. Die Evaluationsberichte sind durchaus dazu gedacht, Studienbewerber und -bewerberinnen bei der Auswahl ihrer Hochschule zu unterstützen. Nicht zuletzt die nutzerorientierte Zusammensetzung der Gutachterkommissionen soll garantieren, dass die Interessen der Studierenden mit berücksichtigt werden. Wie Erhebungen zeigen, orientieren sich Studienbewerber und -bewerberinnen bisher jedoch nicht an den Evaluationsergebnissen.<sup>187</sup>

---

<sup>185</sup> Smeby / Stensaker (1999).

<sup>186</sup> Thune, C. (2001).

<sup>187</sup> Canton / van der Meer (2001).

## 7 England

### 7.1 Hochschulsystem

Die Reform der englischen Hochschulen – wie die der britischen insgesamt<sup>188</sup> – begann in den 1980er Jahren mit Budgetbeschränkungen und Debatten um die Effizienz der Hochschulen. Die Reformbestrebungen fanden vor dem Hintergrund einer hohen Autonomie der Universitäten gegenüber dem Staat und dem Bildungsministerium statt.<sup>189</sup> Heute muss sich das englische Hochschulwesen der Herausforderung stellen, eine effektive staatliche Steuerung zu bewirken, ohne die Handlungsmöglichkeiten der Hochschulen übermäßig zu hemmen. Dabei geht es um einen sehr heterogenen Hochschulsektor mit über 100 Hochschulen, die alle den Titel "Universität" tragen.

Im Jahr 1997 setzte sich die regierende Labour-Partei das hochschulpolitische Ziel, bis 2010 eine Studienanfängerquote von 50% zu erreichen. Da die Nachfrage und das aktuelle Wachstum im Hochschulsektor die Erreichung dieses Ziels vor 2010 in Aussicht stellen, wird die Frage nach deren Finanzierung eher noch dringlicher. Die Einführung von kurzen Studiengängen unterhalb des Bachelor-Niveaus sowie von höheren Studiengebühren für Vollzeitstudierende werden von der Regierung als Auswege angesehen, bleiben jedoch kontrovers.<sup>190</sup>

#### 7.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

Staatliche Kontrolle über öffentliche Hochschulen in England wird vom Bildungsministerium (*Department for Education and Skills*) ausgeübt. Die öffentlichen Hochschulen werden zum überwiegenden Teil vom Staat finanziert, haben jedoch eine körperschaftliche Rechtsform, die den Hochschulen eine hohe Autonomie gegenüber dem Staat gewährt. Ähnlich wie in anderen europäischen Hochschulsystemen stellt der Staat spätestens seit Ende der 1960er Jahren den größten Teil der Mittel für die Hochschulfinanzierung zur Verfügung. Der Anteil der staatlichen Zuweisungen fällt seit den 1980er Jahren jedoch stetig: Von bis zu 90% auf aktuell etwa 43% im Durchschnitt.

Das geltende Hochschulgesetz stammt von 1992.<sup>191</sup> Die wesentlichen Änderungen, die das Gesetz herbeiführte, waren:

- Die Auflösung des *Polytechnic*-Sektors und damit der binären Trennung zwischen zwei Hochschularten. Alle *Polytechnics* bekamen das Recht, die Führung des Titels "Universität" zu beantragen, von dem sämtliche Polytechnics Gebrauch machten.
- Die Etablierung der nationalen Finanzierungsgremien (*Higher Education Funding Councils*), die für die Mittelvergabe zuständig sind und darüber hinaus verpflichtet werden zu sichern, dass die Qualität der Leistungen der Hochschulen bewertet wird.<sup>192</sup>

Ein weiteres Hochschulgesetz aus dem Jahr 1998, das v.a. der Lehrerbildung gewidmet war, eröffnete den Hochschulen die Chance zur Erhebung von Studiengebühren bis zu einer maximalen Höhe, die vom Staat bestimmt wird.<sup>193</sup>

<sup>188</sup> Zwecks Vermeidung von Überkomplexität beschränkt sich dieser Bericht im Wesentlichen auf das englische Hochschulwesen. Die Reformentwicklungen und die Systeme der Mittelvergabe sowie der Qualitätssicherung sind in Wales, Schottland und Nordirland sehr ähnlich, wobei Differenzen durchaus bestehen.

<sup>189</sup> Shattock (1994) und Orr (2002): insbes. Kapitel 1.4.

<sup>190</sup> THES, 20.06.2003.

<sup>191</sup> Further and Higher Education Act 1992.

<sup>192</sup> Ebd.: 70(1).

<sup>193</sup> Teaching and Higher Education Act 1998: 26(1).

Das englische Finanzierungsgremium, der *Higher Education Funding Council for England* (HEFCE), wurde also 1992 unter der damaligen *Conservative*-Regierung mit der Steuerung und Kontrolle des Hochschulsystems beauftragt.<sup>194</sup> Seine Hauptaufgabe besteht in der Verteilung staatlicher Finanzmittel, wovon auch seine Aufsichtspflicht bei der Qualitätssicherung abgeleitet wird. Darüber hinaus initiiert der HEFCE die finanzierungsrelevante Forschungsevaluation. Zuständig für die Sicherung der Qualität der wissenschaftlichen Leistung auf Hochschulebene ist die 1997 eingerichtete Qualitätssicherungsagentur (*Quality Assurance Agency*).

In den letzten zehn Jahren hat das englische Hochschulwesen ein hochentwickeltes Finanzierungs- und Qualitätssicherungssystem entwickelt. Diese Entwicklungen werden allerdings von der kritischen Fragestellung begleitet, ob das System nicht mittlerweile übersteuert wird und dabei zu bürokratisch geworden ist.<sup>195</sup>

### 7.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

Das Hochschulsystem war zwischen 1966 und 1992 binär gegliedert: Für die akademische, wissenschaftliche Ausbildung waren die Universitäten, für die berufsbezogene Ausbildung im Wesentlichen die *Polytechnics* zuständig. Auch die Trägerschaft stellte einen wesentlichen Unterschied zwischen den Hochschularten dar: Bis in die späten 80er Jahre wurden die *Polytechnics* direkt von den lokalen Bildungsbehörden der Grafschaften (*Local Education Authorities*) getragen, die sie aus Steuern und einem System des finanziellen Ausgleiches zwischen den Regionen finanzierten. 1988 wurden die *Polytechnics* in die juristische Form der privaten Körperschaft überführt und ab 1992 konnten sie eine Umbenennung in "Universität" beim "Königlichen Rat" (*Privy Council*) beantragen.

Das heutige Hochschulsystem in Großbritannien besteht aus 171 Hochschulen, davon sind 90 Universitäten, 25 Spezialinstitutionen und 56 sog. *Colleges of Higher Education*, die neben anderen berufsnäheren Abschlüssen einige Hochschulabschlüsse anbieten.<sup>196</sup> Alle Universitäten und einige *Colleges* haben das Recht, ihre eigenen Abschlüsse zu verleihen. Dieses Recht besteht nach Genehmigung des *Privy Council*.<sup>197</sup> Für sonstige Hochschuleinrichtungen ohne dieses Recht wird die Verleihung von Abschlüssen von etablierten Hochschulen, insbesondere der *Open University* und der *London University*, im Auftrag durchgeführt.

Von den 171 Hochschulen im britischen Hochschulsystem haben 73 der 90 Universitäten und 134 aller Hochschulen ihren Sitz in England. Spezialinstitutionen sind i.d.R. Monofakultäts-einrichtungen, die eine hohe Spezialisierung in einem engen Fachgebiet bieten. In vielen Fällen handelt es sich dabei um ehemalige Fakultäten der Londoner Universität, z.B. die *London School of Economics and Political Science* und das *Institute of Education*. *Colleges of Higher Education* sind i.d.R. kleine, regionale Einrichtungen, die v.a. Studierende ohne Hochschulreife oder ältere Studierende<sup>198</sup> zu ihrer Hauptklientel zählen.

<sup>194</sup> Das Finanzierungsgremium hat drei Schwesteragenturen in den anderen Teilen Großbritanniens: Schottland, Wales und Nordirland haben ähnliche Verfahren wie das englische Finanzierungsgremium entwickelt, jedoch mit jeweils spezifischen Besonderheiten, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

<sup>195</sup> Die im Jahr 1997 eingesetzte Qualitätssicherungsagentur (QAA) hat die Entbürokratisierung ihrer Anforderungen an die Hochschulen zum Grundprinzip erhoben – Vgl. Pressemitteilung der QAA (2002a), und Kapitel 7.3.1.

<sup>196</sup> UUK (2002).

<sup>197</sup> Vgl. Homepage des Bildungsministeriums zu diesem Thema: <http://www.dfes.gov.uk/recognisedukdegrees/wcoukd.shtml>

<sup>198</sup> In England werden Studierende, die älter als 21 Jahre sind, u.U. als "mature students" bezeichnet. Da englische Studierende ihr Studium üblicherweise früher beginnen, wird dabei angenommen, dass diese "mature students" eine besondere Bildungsbiographie haben – z.B. aus Minderheitsgruppen oder bildungsfernen Schichten stammen. Siehe auch: <http://www.ucas.ac.uk/ucc/access/ewni/questions.html>



Die Studierendenzahl in Großbritannien ist zwischen 1995 und 2001 trotz negativer demografischer Entwicklungen um 14% auf 1,5 Mio. Studierende angewachsen (VZÄ).<sup>199</sup> Die Studienanfängerquote ist im OECD-Vergleich mit 45% leicht unterdurchschnittlich (OECD-Durchschnitt 47%).<sup>200</sup> Von allen europäischen Staaten bringt das britische Hochschulsystem den höchsten Anteil an Studierenden erfolgreich zu einem Hochschulabschluss - 83% im Vergleich zum OECD-Durchschnitt von 70%. Die jährlichen Ausgaben je Studierendem in Großbritannien sind mit 9.657 US\$ (2000) im OECD-Vergleich nahezu durchschnittlich (Durchschnittswert für ein OECD-Land von 9.571 US\$).<sup>201</sup> Etwa 80% aller Studierenden in Großbritannien besuchen eine Hochschule mit Sitz in England.

### 7.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Die Zulassung zu einem Studium im englischen Hochschulsystem wird i.d.R. über den erfolgreichen Abschluss der Sekundarstufe II geregelt. Im Normalfall gilt das Bestehen von drei *A-Level*-Qualifikationen als Voraussetzung für ein Studium. Die Bewerbungen um einen Studienplatz werden über das *Universities and College Admission Service* (UCAS) zentral koordiniert. Die allgemeine Qualifikationsstruktur in England bringt es mit sich, dass auch alternative, v.a. berufsnahe Abschlüsse als Zulassungsvoraussetzungen anerkannt werden können. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, vorhandene Teilqualifikationen oder gar berufliche Erfahrung anerkennen zu lassen. Dieses Verfahren heißt *Accreditation of Prior Learning* (etwa: Anerkennung vorhandenes Wissen) und wird auf Hochschulebene, also nicht zentral, eingesetzt.<sup>202</sup>

Die Entscheidung über die genauen Kriterien zur Zulassung bleibt letztlich in den Händen der einzelnen Hochschulen, die je nach Angebot und Nachfrage die Kriterien hochschrauben oder niedriger ansetzen können. Der Staat verwendet Finanzierungsinitiativen als Hebel zur Beeinflussung der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft an den einzelnen Hochschulen. Ziel ist dabei eine breite Ausschöpfung von Begabungspotentialen.

Die Hochschulen in England bieten zweistufige Studiengänge an, wobei die Mehrheit der Studierenden ihr Studium mit einem Bachelor-Abschluss absolviert. Fast alle Kurse sind in Module gegliedert, für die die Studierenden Kreditpunkte sammeln. Unterhalb des Bachelor-Niveaus wurden im Jahr 2001 die sog. *Foundation Degrees* eingeführt, die etwa zwei Jahre dauern, berufsbezogen, aber an Bachelor-Studiengänge anschlussfähig sind.<sup>203</sup>

Das aktuelle System der Studienförderung ist im Kontext der seit 1998 erhobenen Studiengebühren zu sehen (siehe 7.2.3). Mehr als 80% der Studierenden erhalten ein Studiendarlehen von der Regierung, das einkommensabhängig nach Abschluss des Studiums zurückbezahlt wird. Die Höhe des Darlehens hängt vom Einkommen der Eltern bzw. des Ehepartners ab. Grundsätzlich werden von allen Studierenden Studiengebühren erhoben, gleichwohl gibt es Ausnahmeregelungen: Studierende aus einkommensschwachen Verhältnissen bezahlen nur einen Anteil der Gebühren, und für einige Studierende werden sie gänzlich vom Staat übernommen.<sup>204</sup>

<sup>199</sup> OECD (2003).

<sup>200</sup> OECD/ISCED-Klassifikation 5A. Für 5B liegt die Studienanfängerquote bei 29%.

<sup>201</sup> OECD (2003).

<sup>202</sup> Eurydice (2001): Kapitel 6.3.2.1.

<sup>203</sup> DFES (2003a): Insbes. S.7.

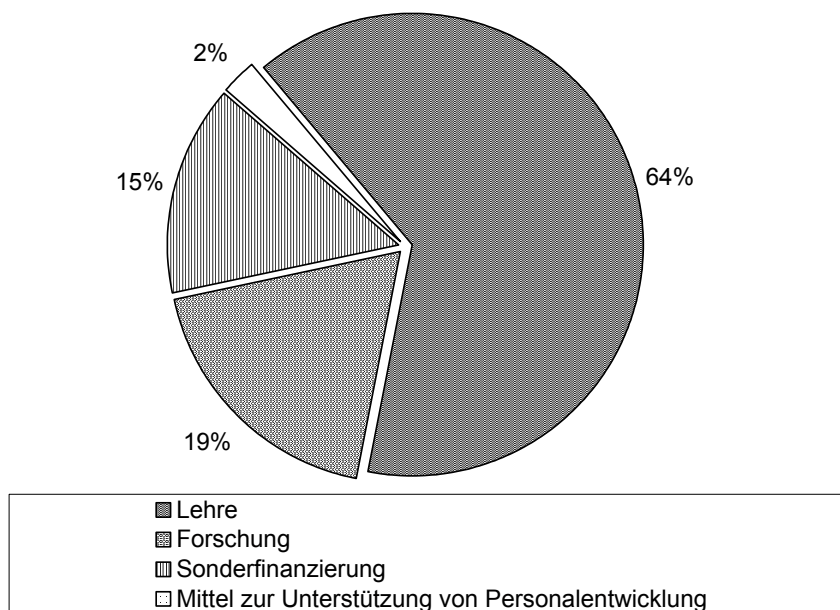
<sup>204</sup> Für mehr Information siehe: <http://www.dfes.gov.uk/studentssupport/>

## 7.2 Finanzierung

Seit 1987 finanziert der Staat die öffentlichen Hochschulen über getrennte Etats für Forschung und Lehre. Die Kosten der Unterhaltung von Universitätsgebäuden werden seit 1997 nicht mehr direkt bezuschusst, sie sind in den Forschungs- und Lehretats mitenthalten. Sowohl die Universitäten als auch andere Bildungseinrichtungen, die Hochschulbildung im Rahmen staatlich anerkannter Studiengänge anbieten, werden vom Finanzierungsgremium für Hochschulbildung in England (HEFCE) finanziert. Im Durchschnitt liegt der Anteil des Zuschusses durch das HEFCE an der Finanzierung einer englischen Hochschule bei ca. 40%. Dazu gibt es Zuschüsse durch die Grafschaften für das erste Studium (3%) und vom Wissenschaftsministerium für selektierte Studierende im Promotionsstudium (2%). Studiengebühren spielen eine bedeutende Rolle bei der Hochschulfinanzierung in England. Sie machen insgesamt 18% der Einkünfte aus. Forschungsaufträge, die sowohl aus öffentlichen wie aus privaten Quellen finanziert werden, tragen zusätzlich 16% zum Haushalt bei. Des Weiteren werden etwa 19% der Hochschuleinkünfte als Finanzmittel aus anderen Quellen und 2% als Stiftungsgelder oder Zinsgewinne verbucht.<sup>205</sup> Diese Quellen werden im Folgenden dargestellt.

Der Etat des HEFCE macht 40% des Haushalts einer durchschnittlichen Hochschule aus und gliedert sich zu 64% in Lehr- und zu 19% in Forschungsausgaben (s. Abbildung 7.1).<sup>206</sup>

**Abbildung 7.1: HEFCE-Finanzierung nach Aufgaben bzw. Initiativen 2002/03**



Beide Bereiche werden über Formeln finanziert. Die restlichen 17% sind Sonderfinanzierungsmittel für besondere, von der Regierung ins Leben gerufene Initiativen, z.B. zur Öffnung der Hochschulen für bildungsferne Schichten, zur Einführung von E-Learning oder zur pädagogischen Fortbildung des Personals (in Abbildung 7.1 extra ausgewiesen). Sie stellen diskretionär verteilte Projektmittel dar, um die sich die Hochschulen bewerben müssen. Im englischen Hochschulsektor gibt es weder eine inkrementalistisch fortgeführte Budgetierung noch Sockelbeträge. Alle Komponenten des gesamten Zuweisungsmodells im englischen Hochschulwesen werden vom Staat nach Leistung zur Verfügung gestellt.

<sup>205</sup> HESA (2003).

<sup>206</sup> HEFCE (2002): S.5.

### 7.2.1 Finanzierung der Lehre über das HEFCE

Die für die englischen Hochschulen bereitgestellten Mittel für die Lehre werden per Formel berechnet.<sup>207</sup> Die vom HEFCE angewendete Kalkulation stützt sich auf die aktuelle Zahl der Studierenden in einem Studiengang aus einem akademischen Jahr. Diese Zahl wird zwischen einer Universität und dem HEFCE im Voraus vereinbart und in einer Art Vertrag, im *Financial Memorandum*, festgeschrieben. Darin verpflichtet sich die Universität, die festgelegte Zahl  $\pm 2\%$  zu treffen. Wenn diese Abmachung nicht gehalten wird und die Zahl der Studierenden niedriger ausfällt, muss die Hochschule den entsprechenden Finanzierungsanteil zurückzahlen. Bei Überschuss bekommt sie keine zusätzlichen Mittel.

Die Formel verwendet aktuelle Daten zu Studierendenzahl, Studierendentyp, Studienmodus und Institutionstyp. Bei der Studierendenzahl werden nur sog. aktive Studierende gezählt, das sind Studierende, die sich für Klausuren oder Abschlussarbeiten am Ende eines Moduls bzw. Jahrs angemeldet haben.

Um extreme Veränderungen in den jährlichen Lehretats der Hochschulen zu vermeiden, wird die Standardkalkulation, die auf normativen Kosten pro Student/in in vier Preisklustern beruht, mit dem Etat der jeweiligen Hochschule aus dem vergangenen Jahr verglichen und um Schwankungen von  $\pm 5\%$  gedeckelt.

Prinzipiell sollen durch diese Vorgehensweise die Kosten pro Studierenden an allen Universitäten in England homogenisiert werden. Die Förderhöhe wurde dabei – bislang – nicht mit dem Studienergebnis (d.h. Zahl der Absolventen) gekoppelt. Das heißt, der Hauptanteil des Zuweisungsverfahrens erfolgt nachfrageorientiert.

### 7.2.2 Finanzzuweisung durch die Grafschaften

Die lokalen Bildungsbehörden der Grafschaften in England bezuschussen die Hochschulen, die ihre Einwohner aufnehmen, mit einer sog. "Studiengebühr", die aber eigentlich nichts anders als ein staatlicher Zuschuss von Seiten der Kommunen ist.<sup>208</sup> Dieser Finanzierungsweg enthält zwei Steuerungselemente: Einerseits bietet er ein System des Finanzausgleichs zwischen den Grafschaften, andererseits werden die Hochschulen entsprechend der Zahl der aufgenommenen Studierenden vergütet; somit fungiert dieses Element ähnlich wie ein Voucher-System oder wie das vom HEFCE mit Blick auf die Lehrmittel durchgeführte Verfahren. Seit der Einführung "echter" Studiengebühren macht es nur ca. 3% des gesamten Haushalts einer Hochschule aus.

### 7.2.3 Studiengebühren

Es gibt zwei Formen von Studiengebühren im englischen Hochschulsektor, die insgesamt fast 18% der Einnahmen einer durchschnittlichen Hochschule ausmachen.<sup>209</sup>

1. Staatlich geregelte Studiengebühren von normalen Studierenden machen etwa ein Viertel (23%) dieser Einnahmequelle aus.
2. Über Studiengebühren von privaten Kursteilnehmern, ausländischen, postgradualen und Teilzeit-Studierenden werden etwas drei Viertel (77%) und damit der Löwenanteil der Einnahmen eingeworben.

<sup>207</sup> Für diesen Abschnitt vgl. HEFCE (2002).

<sup>208</sup> Die Bezeichnung dieser Zuweisungsform als "Studiengebühr" geht darauf zurück, dass die Mehrheit der Studierenden diese Gebühren früher selbst entrichten musste. Erst in den 60er Jahren wurden die Gebühren von den Grafschaften übernommen.

<sup>209</sup> HESA (2003) und persönliche Korrespondenz mit M. Ferelli (HEFCE).

Zu 1: Zwischen dem Wintersemester 1998/99 und dem Sommersemester 2003 bezahlte etwa ein Drittel aller Studierenden Studiengebühren um 1.500 € pro akademisches Jahr für ihr Studium, unabhängig vom Studienstandort. Ab dem akademischen Jahr 2006 wird dieser Betrag voraussichtlich um das Dreifache angehoben, wobei es den Hochschulen freigestellt sein wird, den genauen Betrag innerhalb einer Spanne zwischen minimaler und maximaler Studiengebühr selbst festzulegen.<sup>210</sup> Auswirkungen auf die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft werden zukünftig vom HEFCE überwacht.<sup>211</sup>

Zu 2: Für ausländische Studierende, mit Ausnahme von EU-Bürgern, Teilzeit-, postgradualen Studierenden und privaten Kursteilnehmern gilt, dass weder ihre Zahl noch die Höhe der Gebühren einer staatlichen Regelung unterliegen.<sup>212</sup> Damit sind sie eine wichtige und flexible Einnahmequelle für die Hochschulen.

#### 7.2.4 Finanzierung der Forschung durch das HEFCE

Das HEFCE verwendet eine Finanzierungsmethode im Forschungsbereich, die sich sowohl auf quantitative als auch qualitative Indikatoren stützt, aber dennoch formelbasiert ist.<sup>213</sup> Diese Methode ist ein Unikat in Europa, wurde aber in einigen Ländern der Welt nachgeahmt (z.B. in Hongkong). Die über das HEFCE zur Verfügung gestellten Mittel sind Teil eines sog. "Dualen Systems" der Forschungsförderung. Die Finanzierungsgremien stellen Mittel ohne Zweckbindung zur Verfügung, um damit Grundlagenforschung zu betreiben, aber auch die Voraussetzungen für den Erwerb von Drittmitteln zu schaffen.

Um den Zuschuss für Forschung zu berechnen, wird in der "Finanzierungsformel" ein Wert, der die *Qualität* eines Forschungsbereichs in einer Universität ausdrückt und über ein Bewertungsverfahren – das Research Assessment Exercise – ermittelt wird (s. Kap. 7.3.2), mit dem Leistungsvolumen eines Forschungsbereichs unter Berücksichtigung der Ausstattungs- und Betriebskosten für unterschiedliche Forschungsaktivitäten multipliziert. Die Höhe der Finanzzuweisung orientiert sich auch an den Fachgruppen, von denen es im RAE-Verfahren 68 gibt. Sie wird anschließend fachgruppenübergreifend für die einzelnen Hochschulen berechnet. Die interne Verteilung der Mittel obliegt der jeweiligen Hochschule.

Die Forschungsbewertung, das *Research Assessment Exercise* (RAE), wird etwa alle fünf Jahre durchgeführt. Es basiert auf der Bewertung von Veröffentlichungen einzelner Wissenschaftler (*Peer Review*). Das Verfahren bewertet die Leistung eines Forschungsstandorts mit einer Note auf einer 7-stufigen Skala. Die Bewertung bildet die Basis für die Finanzzuweisung bis zur nächsten Runde des Verfahrens.

Unterschiede in der Einstufung der Forschungsleistung haben unmittelbar Konsequenzen für die Höhe der Finanzzuweisung. Für die Umsetzung von Noten in Mittelzuweisungen werden die Noten mit einem Gewicht versehen, wobei jede Einheit dieses Gewichts einem bestimmten Geldbetrag entspricht. Die Gewichtung bewirkt, dass Hochschulen mit einer Note von 5\*, der höchsten Note, etwa neunmal so viel Forschungsmittel wie Hochschulen mit der letzten noch "finanzierungsfähigen" Note (2001: 3a, s. Abbildung 7.2) erhalten.<sup>214</sup>

<sup>210</sup> Labour Party (2004). Die Regierung sieht eine Spannbreite zwischen Null und ca. € 4.500 vor.

<sup>211</sup> Diese Informationen beruhen auf dem Inhalt eines Gesetzesentwurfs, der noch nicht gesetzlich verankert wurde. DFES (2003b).

<sup>212</sup> Für das Jahr 2002/03 lagen die Gebühren für einen postgradualen Studiengang in den Naturwissenschaften zwischen 8.200 £ Sterling (ca. 12.000 €) und 14.900 £ (ca. 22.000 €) im *britischen* Hochschulsektor – siehe: Reddin, M., [www.lse.u-net.com](http://www.lse.u-net.com)

<sup>213</sup> Orr (2003).

<sup>214</sup> HEFCE (2002) und HEFCE (2001).

**Abbildung 7.2: RAE-Benotungsskala für 1996 und 2001**

Note	1996		2001	
	finanzielles Gewicht	Steigerung	finanzielles Gewicht	Steigerung
1	0	..	0	..
2	0	..	0	..
3b	1	..	0	..
3a	1,5	1,50	0,305	..
4	2,25	1,50	1	3,28
5	3,35	1,49	1,89	1,89
5*	4,05	1,21	2,707	1,43

In der letzten Runde des RAE-Verfahrens im Jahr 2001 bekamen nur diejenigen Hochschulen öffentliche Forschungsmittel vom HEFCE, deren Forscher sich in der oberen Hälfte der Skala befanden. Demnach besteht die Konsequenz einer unzureichenden Forschungsleistung im Sinne des RAE-Verfahrens im Ausbleiben der staatlichen Forschungsfinanzierung. Dies kann zur Folge haben, dass die Forschungstätigkeit des akademischen Personals und die Betreuung von Doktoranden von einer betroffenen Hochschule kaum noch unterstützt werden kann. Die Chancen auf einen "Wiederaufstieg" in die Liga der Forschungsuniversitäten sind damit äußerst begrenzt. Aktuell wird über eine Reform des Verfahrens diskutiert.<sup>215</sup>

### 7.2.5 Forschungsaufträge

Wie aus Abbildung 7.3 zu entnehmen ist,<sup>216</sup> sind die zwei wichtigsten Quellen der Drittmittelfinanzierung die sog. *Research Councils* (Forschungsräte) und die *Charities* (Gemeinnützige Einrichtungen).<sup>217</sup>

**Abbildung 7.3: Forschungsaufträge englischer Hochschulen 2000/01, Tsd. €**

Finanzierungsquelle	Tsd. €	Anteil
Forschungsräte	933.780	34%
Gemeinnützige Einrichtungen	742.231	27%
Öffentliche Einrichtungen und Behörden	465.699	17%
Industrie und Privatwirtschaft	346.055	13%
EU	221.664	8%
<b>Gesamt</b>	<b>2.709.428</b>	<b>100%</b>

Die Fördermittel gebenden *Research Councils* sind auf unterschiedliche Disziplinen spezialisiert.<sup>218</sup> Sowohl bei den *Research Councils* als auch bei den *Charities* reichen Wissenschaftler

<sup>215</sup> Vgl. Online: <http://www.ra-review.ac.uk> und THES, 15.08.2003.

<sup>216</sup> Umrechnungskurs 2001: 1 £ = 1,6081 €

<sup>217</sup> HESA (2002).

<sup>218</sup> Biowissenschaften (Biotechnology & Biological Sciences Research Council – BBSRC), Ingenieur- und Naturwissenschaften (Engineering and Physical Sciences Research Council – EPSRC), Medizin (Medical Research Council – MRC), Wirtschaft- und Sozialwissenschaften (Economic and Social Sciences Research Council – ESRC), Umwelt- und Klimaforschung (Natural Environment Research Council – NERC) sowie Teilchenphysik und Astronomie (Particle Physics and Astronomy Research Council – PPARC). Der *Council for the Central*

Projektanträge bei entsprechenden Stellen ein und werden im Falle einer erfolgreichen Bewerbung für die Projektkosten ihres Vorhabens entschädigt. Bei der Auswahl der erfolgreichen Bewerbungen werden Urteile aus dem RAE-Verfahren zunehmend als Richtwerte berücksichtigt.

### 7.3 Verfahren der Qualitätssicherung

Es gibt im englischen Hochschulsystem zwei wesentliche Verfahren der Qualitätssicherung:

- Quality Audit als integrative Institutions- und Lehrevaluation
- Qualitätsbewertung im Forschungsbereich

Das aktuelle System der externen Qualitätssicherung in Großbritannien befindet sich im Wesentlichen in den Händen der 1997 eingerichteten *Quality Assurance Agency* (QAA). Eine Ausnahme bildet dabei die Forschungsbewertung, die direkt von den Finanzierungsgremien (England: HEFCE) durchgeführt wird.

Vor 1992 wurde die Stellung der Universitäten in Großbritannien so ausgelegt, dass sie die alleinige Verantwortung für die Sicherung der Qualität ihrer Leistung innehatten. Alle Universitäten hatten das Recht zur Verleihung von staatlich anerkannten Studienabschlüssen. Die Akkreditierung von Studiengängen wurde von professionellen Fachverbänden durchgeführt. Des Weiteren gab es das besondere System der externen Prüfer, bei dem Hochschullehrer die Studiengänge und die Benotung von Abschlüssen an anderen Hochschulen gegenseitig kontrollierten.<sup>219</sup> Die *Polytechnics* hingegen mussten ihre Kurse von einer zentralen Koordinierungs- und Akkreditierungsstelle, dem *Council for National Academic Awards* (CNAA), akkreditieren lassen.<sup>220</sup> Der CNAA wurde nach Abschaffung des binären Systems und damit der *Polytechnics* im Jahr 1992 aufgelöst.

Mit der Einführung der neuen Finanzierungsgremien im Jahr 1992 wurde die Stellung der Hochschulen insofern verändert, als die Finanzierungsgremien indirekt für die Qualitätssicherung der von ihnen finanzierten Hochschulen verantwortlich gemacht wurden.

Die Qualitätsagentur QAA übernahm bei ihrer Einrichtung 1997 die Aufgaben zweier Qualitätsbewertungs- bzw. Qualitätssicherungsgremien, die im Jahr 1992 nach der Novellierung des damaligen Hochschulgesetzes eingeführt worden waren. Das eine Gremium war eine Unterabteilung des Finanzierungsgremiums für England (HEFCE). Es hatte die Kontrolle der Qualität von Lehrangeboten sowie deren Rahmenbedingungen zur Aufgabe: Damit nahm der HEFCE seine rechtliche Verpflichtung wahr. Das andere Gremium wurde von der britischen Hochschulkonferenz getragen und sah seine wesentliche Aufgabe in der Etablierung eines Systems des Austausches von *Best Practice* in Bezug auf qualitätsverbessernde Initiativen auf Hochschulebene. Die Teilnahme war nicht verpflichtend, und formell wurden die externen Gutachter von den Hochschulen "eingeladen".<sup>221</sup>

Die QAA richtete vorerst ein System der Qualitätsbewertung und -sicherung ein, dass die Aufgaben beider Agenturen übernahm. Ihre Arbeit wird auch heute folgerichtig mit Mitteln der einzelnen Hochschulen und der Finanzierungsgremien getragen.

---

*Laboratory of the Research Councils* (CCLRC) betreibt Großgeräte, die von allen Wissenschaftlern genutzt werden können. Derzeit gibt es Überlegungen, das 1998 gegründete *Arts & Humanities Research Board* (AHRB) in einen für Geisteswissenschaften und Kunst zuständiges *Research Council* zu überführen.

<sup>219</sup> Für mehr Information vgl.: QAA (2000): Kapitel 4.

<sup>220</sup> Pratt (1997).

<sup>221</sup> Webb (1995).

Nach einer Übergangsphase, in der die zwei Verfahren parallel weiterliefen, hat die QAA nun im Jahr 2002 ein neues Gesamtsystem der Qualitätssicherung eingeführt, das nachfolgend beschrieben wird. Die allgemeine Zielvorgabe der QAA ist,

"der Öffentlichkeit zu versichern, dass die Qualität der Arbeit der Hochschulen sowie die Standards der Studienabschlüsse gesichert und verbessert werden."<sup>222</sup>

Im Wesentlichen soll das Evaluationsverfahren der QAA diese Zielvorgabe erfüllen, obwohl die QAA auch einige flankierende Maßnahmen ergriffen hat, die am Ende dieser Ausführung erwähnt werden.

### 7.3.1 Quality Audit

#### Ziele

Das neue Evaluationsverfahren nennt sich *Institutional Audit*.<sup>223</sup> Ziel dieses Verfahrens ist, die Robustheit hochschuleigener Systeme der Qualitätsbewertung zu kontrollieren. Anstatt also ein Produkt (Output) zu bewerten, wie im Falle der Forschungsbewertung durch das *Research Assessment Exercise* (s. Kapitel 7.3.2), werden Prozesse begutachtet. Die QAA hat diese Verfahrensweise die Politik der "leichten Berührung" genannt. Damit ist es für die QAA möglich, externe Qualitätsbewertung mit einer minimalen Störung des Alltagsbetriebs an den Hochschulen durchzuführen.

#### Gegenstand und Kriterien

Das Evaluationssystem untersucht und bewertet eine Hochschule auf drei Ebenen:

1. der Institution
2. der Studienprogramme und
3. der Disziplin- bzw. Fachbereiche

Auf institutioneller Ebene werden zentrale Prozesse und Vorgehensweisen im Rahmen eines Systems der internen Qualitätssicherung auf den Prüfstand gestellt. Der Schwerpunkt des Bewertungsverfahrens liegt vorerst auf dieser Ebene. Die Programmebene bezieht sich auf Lehrangebote (Studiengänge, Module etc.), die Bewertung von Studierenden und die studentische Betreuung, die zusammen den Weg zu einem erfolgreichen Studienabschluss ausmachen. Die Fachbereichsebene ist gewissermaßen die Brücke zwischen Hochschulleitung, Wissenschaftlern und Studierenden. Auf dieser Ebene werden Studienprogramme entwickelt, die Leistung der Studierenden bewertet, Lernressourcen bereitgestellt und das Hochschulpersonal betreut und fortgebildet.

#### Organisation und Gestaltung

Untersucht wird die Koordination zwischen institutionellen Verfahren und Handlungsweisen auf der Fachbereichs- und Programmebene sowie der Beitrag dieser Verfahren zur hochschulinternen Qualitätssicherung. Das Verfahren sieht eine Oberflächenanalyse auf institutioneller Ebene sowie je eine Tiefenanalyse auf Disziplinebene und in Bezug auf ausgewählte Themenbereiche vor.

Die Hochschulen werden zunächst gebeten, einen Selbstevaluationsbericht für die gesamte Institution zu erstellen und eine Stellungnahme der studentischen Vertretung an der Hochschule

<sup>222</sup> QAA (2002b): S.1. [Originalzitat: "The mission of the Agency is to promote public confidence that the quality of provision and standards of awards in higher education are being safeguarded and enhanced."]

<sup>223</sup> Für diesen Abschnitt vgl. QAA (2002b).

einzuholen. Der institutionelle Selbstevaluationsbericht muss den Richtlinien der QAA folgen. Demnach soll die Hochschule:

- sich kurz darstellen,
- Entwicklungen seit der letzten Evaluationsrunde beschreiben und analysieren,
- Stellung zu den Ergebnissen von anderen Evaluations- und Akkreditierungsrunden nehmen, die seit der letzten QAA-Evaluation durchgeführt wurden,
- die hochschulinternen Verfahren zur Kontrolle von Programmqualität, von studentischen Betreuungsmaßnahmen sowie zur Sicherung wissenschaftlicher Standards in Lehre und Forschung beschreiben,
- darlegen, wie nationale fachspezifische Standards bei der Entwicklung und Überprüfung von Studiengängen berücksichtigt werden,
- eine Stärke-Schwäche-Analyse für interne Qualitätssysteme erarbeiten,
- die institutionelle Strategie für die nächsten drei Jahre beschreiben und begründen, und
- Fach- und Themenbereiche benennen, die beispielhaft sind für die Arbeit der Hochschule.

Auf der Basis dieses Selbstevaluationsberichts wählen die externen Gutachter Fach- und Themenbereiche aus, bei denen sie entweder eine beispielhafte oder aber eine bedenkliche Praxis erwarten.

Die QAA erwartet nicht, dass die Hochschule einen Selbstevaluationsbericht für ausgewählte Fachbereiche extra erarbeitet. Solche Berichte müssen ohnehin für das hochschulinterne System der Qualitätssicherung erstellt werden und können dann für diesen Zweck wieder verwendet werden.

Ein integraler Bestandteil des neuen Systems ist die formale Stellungnahme der Studierenden zum hochschulinternen System der Qualitätsbewertung. Diese wird zeitgleich mit dem institutionellen Selbstevaluationsbericht eingereicht.

Das Verfahren wird alle sechs Jahren durchgeführt, wobei, unabhängig vom Urteil der Gutachter, ein kurzer Besuch der Hochschule von der QAA nach drei Jahren vorgesehen ist. Das Verfahren wird in folgenden Schritten durchgeführt:

- Der Verlauf des Verfahrens beginnt mit einem Vor-Ort-Besuch des stellvertretenden Direktors der QAA 36 Wochen vor der Vor-Ort-Begehung und der endgültigen Bewertung.
- 18 Wochen vor der Begehung wird der Gutachterkommission ein institutioneller Selbstevaluationsbericht sowie eine Stellungnahme der Studierenden eingereicht.
- Auf der Basis der eingereichten Berichte wird der Hochschule vier Wochen später mitgeteilt, welche Fachbereiche ausgewählt wurden. Der Selbstevaluationsbericht muss sieben Wochen vor der Begehung eingereicht werden. In der Regel werden vier bis sechs Programme aus jedem Fachbereich evaluiert.
- Fünf Wochen vor der Begehung wird ein zweites vorbereitendes Gespräch an der Hochschule geführt. Bei diesem Treffen teilen die Gutachter die Vorgehensweise für die kommende externe Bewertung sowie die ausgewählten Themenbereiche für die themenbezogene Tiefenanalyse mit. Dabei geht es um funktions- und zuständigkeitsübergreifende Themen wie die Einstellung von Personal oder den Einsatz von E-Learning-Technologien.



- Die endgültige Vor-Ort-Begehung der Gutachter dauert fünf Tage.
- 23 Wochen nach der Vor-Ort-Begehung wird der Gutachterbericht nach Abstimmung mit der Hochschule veröffentlicht. Die Selbstevaluationsberichte bleiben unveröffentlicht.

Eine Gutachterkommission besteht aus vier bis sieben Wissenschaftlern und einem Sekretär, der im Bereich der Hochschulverwaltung tätig ist. Die Mitglieder einer Kommission werden von der QAA auf der Basis von Empfehlungen von Fachverbänden / Behörden oder Eigenbewerbungen von Wissenschaftlern ernannt. Sie müssen an einem kurzen Lehrgang der QAA teilnehmen, bei dem sie die Vorgehensweise des Verfahrens kennen lernen. Jedes Verfahren wird zusätzlich von einem stellvertretenden Direktor der QAA begleitet und koordiniert. Die Gutachter verpflichten sich zu drei Bewertungsgängen innerhalb von zwei Jahren – danach läuft ihre Amtszeit ab bzw. muss sie erneuert werden.

Der Gutachterbericht äußert sich zu zwei Sachverhalten in der Hochschule:

1. Zum Vertrauen in die Robustheit des systematischen Managements der Programmqualität sowie zur Einhaltung wissenschaftlicher Standards.

Die Gutachterkommission kann der Hochschule diesbezüglich eines von drei Prädikaten erteilen:

- allgemeines Vertrauen
- begrenztes Vertrauen
- kein Vertrauen

2. Zur Zuverlässigkeit der hochschuleigenen Informationen über die Programmqualität und über die Standards ihrer Abschlüsse.

Bei der Bewertung der Hochschulen in Bezug auf den zweiten Punkt geht die QAA von der Erfüllung zweier Bedingungen aus, ohne die das Prädikat "allgemeines Vertrauen" nicht ausgesprochen werden kann:

1. Die Hochschule verwendet "externe Prüfer" (s.o.) zur Sicherung der Standards ihrer summativen Bewertungsverfahren im Studium, und
2. die Hochschule beteiligt Externe an der regelmäßigen Überprüfung und Weiterentwicklung ihrer Studiengänge bzw. Programme.

Die Konsequenz einer Bewertung mit dem Prädikat "begrenztes Vertrauen" besteht in der Forderung an die Hochschule, einen Aktionsplan binnen drei Monaten nach Veröffentlichung des Gutachterberichts zu erstellen, in dem angezeigt wird, wie die Situation verbessert werden soll. Nach spätestens 18 Monaten müssen die angezeigten Probleme beseitigt worden sein.

Falls die Gutachter mit den Leistungen eines Fachbereichs nicht zufrieden sind, können sie eine "volle" Evaluation des Fachbereichs anordnen. Dieses Verfahren greift viel tiefer in das Lehr- und Lernangebot ein und eine negative Beurteilung kann Folgen für die Finanzierung nach sich ziehen.

### **Flankierende Maßnahmen**

*Subject benchmark standards:* Zur Sicherung der Vergleichbarkeit von Studiengängen an verschiedenen Hochschulstandorten hat die QAA Fachgruppen aktiver Wissenschaftler ins Leben gerufen, die Rahmencurricula für bislang 47 Fachbereiche ausgearbeitet haben. Diese Curricula sind nicht verpflichtend, ihre Verwendung als allgemeinen Rahmen für die Über-

prüfung bzw. Weiterentwicklung von Studiengängen wird jedoch im obigen Evaluationsverfahren geprüft.<sup>224</sup>

*Studentenbefragung:* Die QAA legt Wert auf die Mitwirkung der Studierenden bei der Evaluation von Hochschulleistungen. Sie arbeitet zurzeit zusammen mit dem HEFCE, der Hochschulkonferenz (*Universities UK*) und der Konferenz der Rektoren (*Standing Conference of Principals*) an einer Studentenbefragung als weiteres Element eines nationalen Systems der Qualitätssicherung.<sup>225</sup>

*Leistungsindikatoren:* Das HEFCE berichtet jährlich über die Leistungen der Hochschulen entlang einer Reihe von Parametern zur Beteiligung von bildungsfernen Schichten im Hochschulwesen, zu Abbrecherquoten sowie zum Erfolg der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. Die Hochschulen werden mit anderen Hochschulen mit ähnlichen Rahmenbedingungen verglichen.<sup>226</sup>

### 7.3.2 Bewertung der Forschungsleistung der Hochschulen

#### Ziele

Diese Bewertung<sup>227</sup> bestimmt die staatliche Zuweisung für Forschungsaktivität an englischen Hochschulen. Ziel des Verfahrens ist es, Forschungsleistung an den Hochschulen transparent zu machen und selektiv nach qualitativen Kriterien zu belohnen. Damit soll Exzellenz in der Forschung gefördert werden; Forschungsmittel fließen nur dahin, wo Exzellenz nachgewiesen wird.

#### Gegenstand und Kriterien

Im Bewertungsverfahren werden von den Hochschulen ausgewählte Publikationen aktiver Forscher von fachbezogenen Gutachtergruppen evaluiert. Die Teilnahme an der Bewertung ist nicht verpflichtend. Die Hochschulen müssen vielmehr strategische Entscheidungen mit ihren Fachbereichen über die Teilnahme im Allgemeinen und v.a. über die Teilnahme bestimmter Wissenschaftler, die nach Verfahrensdefinition nunmehr als "forschungsaktive Wissenschaftler" eingestuft werden, treffen. Die Höhe der errechneten Forschungsmittel ergibt sich aus dem Verhältnis von Volumen und Qualität, so dass das Einsenden von Publikationen vieler Wissenschaftler das Volumen an Aktivität im Sinne des Verfahrens steigert, jedoch das Risiko des Absenkens der Qualität in sich birgt.

Die Leistung eines forschungsaktiven Wissenschaftlers wird anhand von vier eingereichten Publikationen bewertet. Voraussetzung für die Einreichung einer Publikation ist, dass sie innerhalb der letzten vier (für Geisteswissenschaften sechs) zurückliegenden Jahre in einem rezensierten wissenschaftlichen Journal oder als Monographie veröffentlicht wurde. Bei der letzten Runde des RAE im Jahr 2001 wurden auch vertrauliche Berichte mit Forschungsergebnissen, die nicht publiziert werden durften,<sup>228</sup> berücksichtigt.

---

<sup>224</sup> Vgl. online: <http://www.qaa.ac.uk/crntwork/benchmark/index.htm>

<sup>225</sup> Vgl. <http://www.hefce.ac.uk/learning/quality/detail.htm>

<sup>226</sup> Vgl. <http://www.hefce.ac.uk/learning/perfind/default.asp>

<sup>227</sup> Für diesen Abschnitt vgl. Orr (2003) und [http://www.hero.ac.uk/research/research\\_assessment\\_exercise\\_2485.cfm](http://www.hero.ac.uk/research/research_assessment_exercise_2485.cfm).

<sup>228</sup> Zum Beispiel aus dem Bereich der pharmazeutischen Forschung oder aus Forschungsbereichen, die nationale Sicherheitsinteressen berühren.

## Organisation und Gestaltung

Die Hochschulen werden gebeten, ihre forschungsaktiven Wissenschaftler zu nominieren. Jede Hochschule muss je nach Tätigkeitsfeld sog. fachbezogene "Bewertungseinheiten" bilden. Das Verfahren differenziert zwischen 68 Fachbereichen; zu jedem Fachbereich gibt es i.d.R. eine nationale Gutachterkommission (im Jahr 2001 gab es 60 Kommissionen). Vor Beginn des Verfahrens müssen die Gutachterkommissionen die Bewertungskriterien veröffentlichen, die sie zur Benotung der Forschungsleistung verwenden werden. Die sieben Noten der RAE-Skala differenzieren zwischen Forschungsleistungen, die auf internationalem Niveau als hervorragend eingestuft werden können, und solchen, die zwar nationalen Qualitätsstandards entsprechen, jedoch keine international bahnbrechenden Arbeiten sind.

Die Gutachter sind Fachexperten v.a. aus Universitäten und Forschungseinrichtungen in Großbritannien. Der Vorsitzende einer Fachkommission wird von den Mitgliedern der entsprechenden Gutachtergruppe aus der letzten Runde vorgeschlagen und vom Finanzierungsgremium (HEFCE) eingesetzt. Die restliche Gutachtergruppe besteht aus neun bis 18 Mitgliedern, die von Organisationen vorgeschlagen werden, die ein besonderes Interesse an der Entwicklung der Forschungsaktivität in Großbritannien haben (Fachverbände, wissenschaftliche Gesellschaften, Berufsverbände, Nutzer der Forschungsergebnisse).

Der Bewertungsprozess wird nicht von allen Fachkommissionen in der gleichen Weise organisiert, fachkulturelle Differenzen sind zu erkennen. In der 2001-Runde hat die Gutachtergruppe für Geschichte z.B. 50% der eingereichten Arbeiten gelesen, während die Gutachtergruppe für Informatik lediglich 10% der Texte durchlas.

Aus der qualitativen Bewertung im RAE ergeben sich unmittelbare finanzielle Konsequenzen. Eine Benotung unter 3a bedeutet derzeit, dass bis zur nächsten Runde keine Finanzmittel für Forschungsaktivitäten fließen.

## 7.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung

Zuständig für die Mittelvergabe im englischen System ist nicht das Bildungsministerium, sondern ein eigens dafür eingerichtetes Finanzierungsgremium. Der Hauptanteil des staatlichen Zuschusses wird über die Zahl der "aktiven" Studierenden verteilt. Diese Inputgröße macht es für die im Wettbewerb stehenden Hochschulen attraktiv, möglichst viele Studierende aufzunehmen. Sie haben jedoch auch ein Interesse daran, diese aufgenommenen Studierenden während des Studiums zu unterstützen, damit sie "aktiv" bleiben. Die Zahl der Studierenden, die maximal finanziert werden, wird zwischen dem Finanzierungsgremium und einzelnen Hochschulen ausgehandelt. Nicht betroffen von dieser Regelung sind ausländische, Teilzeit- und postgraduierte Studierende. Hier haben die Hochschulen besonders viel Spielraum, um ihre Einnahmen ergänzend zum staatlichen Zuschuss zu erhöhen. Studiengebühren können von den genannten Gruppen ohne Einschränkung erhoben werden. Bei den normalen Studierenden hingegen müssen die Hochschulen eine maximale Höhe der Gebühren beachten.

Das Qualitätssicherungssystem kennt einerseits weder die Verpflichtung, neue Studiengänge staatlich genehmigen zu lassen, noch die staatlich kontrollierte Akkreditierung. Intern initiierte Prozesse der Qualitätssicherung und Akkreditierung von Studiengängen durch Fachverbände erfüllen die Aufgabe, die Qualität der Leistungen zu sichern. Das *Quality-Audit*-Verfahren wiederum hat die Aufgabe zu prüfen, ob diese intern initiierten Prozesse funktionieren. So ist das abschließende Urteil der Gutachtergruppen der QAA bezüglich deren "Vertrauen" in diese Prozesse zu verstehen.

Andererseits erarbeitet die Qualitätssicherungsagentur (QAA) in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern Leitfäden für interne Qualitätssicherung und gibt Richtwerte i.S.v. fachbezogenen Benchmarks vor, die die Autonomie der Hochschulen wieder eingrenzen.

Die Gutachterberichte werden von der QAA, die Leistungsindikatoren vom HEFCE veröffentlicht, so dass die Studierenden eine relativ gute Informationsbasis haben, um Entscheidungen zwischen Hochschulstandorten zu treffen.

Die Ergebnisse der Bewertung von Forschungsleistungen an den Hochschulen werden unmittelbar für die staatliche Mittelvergabe verwendet. Darüber hinaus bieten sich die Ergebnisse des Bewertungsverfahrens als Richtwerte für weitere Mittel- und Auftraggeber an. Damit sind die Urteile der Gutachter für die Hochschulen sehr folgenscher.

Insgesamt zeigt sich das englische Hochschulwesen als ein System, das Finanzierungsmethoden und Qualitätssicherungsmaßnahmen konsequent als Hebel des staatlichen Einflusses verwendet. Dies geschieht in einem historisch bedingten Kontext eines hohen Grads an Hochschulautonomie. Der Staat strebt ein Koordinierungssystem an, dessen Anreize im Lehrbereich von der Nachfrage und im Forschungsbereich aus einer Kombination von Nachfrage (Drittmittleinkünfte) und Output (RAE) ausgehen. Durch die Verwendung von Qualitätssicherungsverfahren im Lehr- und Forschungsbereich sowie durch flankierende Maßnahmen im Lehrbereich werden die Aktivitäten der Hochschulen zunehmend kontrolliert.

## 8 Finnland

### 8.1 Hochschulsystem

#### 8.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

In Finnland ist das Wissenschaftsministerium<sup>229</sup> (*Opetusministeriö*) für Hochschulen und Forschung verantwortlich. Es berichtet dem Parlament und dem Rechnungshof über die Umsetzung hochschulpolitischer Ziele.

In den letzten 15 Jahren hat es mehrere Hochschulreformen gegeben, die zu maßgeblichen Änderungen des finnischen Hochschulsystems führten. Das Gesetz zur Hochschulentwicklung von 1986 schuf die Grundlage für eine weitgehende interne Reform der Hochschulen, die eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Hochschulfinanzierung von einer Detailsteuerung zu einer ergebnisorientierten Steuerung war. Gleichzeitig wurde den Hochschulen eine erhebliche jährliche Anhebung ihres Etats für die folgenden fünf Jahre zugesagt. Des Weiteren wurden Mitte der 90er Jahre eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die sich auf einzelne Hochschularten beziehen.

Zu den Institutionen, die das Ministerium unterstützen, gehört das 1995 eingerichtete *Korkeakoulujen arviointineuvosto* (*Finnish Higher Education Council – FINHEEC*). FINHEEC hat den Auftrag, Evaluationen des Hochschulsektors durchzuführen und das Ministerium und die Hochschulen in allen diesbezüglichen Angelegenheiten zu beraten. Des Weiteren pflegt FINHEEC eine nationale Datenbank mit Grunddaten und Indikatoren über das Hochschulwesen (KOTA).

#### 8.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

In Finnland gibt es 20 Universitäten und 29 *Amattikorkeakoulu / Yrkehögskola*, den deutschen Fachhochschulen vergleichbare Einrichtungen. Während Universitäten forschungsorientiert arbeiten und eine auf theoretischen Grundlagen basierende Ausbildung anbieten, konzentrieren sich *Amattikorkeakoulu / Yrkehögskola* auf das Angebot berufsorientierter höherer Ausbildungsgänge (Lehrerbildung, medizinische Pflegeberufe, technische Berufe, Verwaltungsausbildung, Sozialarbeit).<sup>230</sup>

Im Jahr 2001 haben 280.000 Studierende (VZÄ)<sup>231</sup> eine Hochschule in Finnland besucht; damit gab es 20% mehr Studierende als im Jahr 1995. Somit lag der Zuwachs unter dem OECD-Durchschnitt für diese Periode (31%). Die Studienanfängerquote liegt mit 72% jedoch weit über dem OECD-Durchschnitt von 47%.<sup>232</sup> Die finnischen Studierenden haben im OECD-Vergleich eine überdurchschnittliche Chance auf einen Studienabschluss, da 75% ihr Studium erfolgreich absolvieren (OECD-Durchschnitt: 70%). Die jährlichen Ausgaben je Student/in in Finnland sind nach OECD-Angaben allerdings unterdurchschnittlich: Die Ausgaben von 8.244 US\$ pro Student/in sind deutlich niedriger als der OECD-Durchschnitt von 9.571 US\$.<sup>233</sup>

<sup>229</sup> Innerhalb des Ministeriums ist die Abteilung für Bildungs- und Forschungspolitik (*Koulutus-ja tiedepolitiikan osasto*) für die Gesamtaufsicht und -entwicklung der Lehre und Forschung im Universitätssektor zuständig.

<sup>230</sup> Ministry of Education Finland (2003).

<sup>231</sup> OECD (2003).

<sup>232</sup> OECD/ISCED-Klassifikation 5A. Für 5B liegen keine Angaben vor.

<sup>233</sup> OECD (2003).

## Universitäten

Alle finnischen Universitäten sind in staatlicher Trägerschaft. Der Universitätssektor setzt sich aus 10 allgemeinen/traditionellen Universitäten, 3 Technischen Universitäten, 3 Wirtschaftsuniversitäten und 4 Kunsthochschulen zusammen. Jede Universität besitzt das Promotionsrecht. Universitäten genießen innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen einen hohen Grad an Autonomie.

Das Universitätsgesetz von 1997 und die Universitätsverordnung von 1998 dokumentieren den gesellschaftlichen Auftrag der Universitäten sowie die Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Universitäten ihrem Auftrag nachgehen können.<sup>234</sup>

Jede Universität schließt einen Leistungsvertrag mit dem Ministerium ab. Der Leistungsvertrag legt die Ausbildungsziele sowie spezifische Leistungsziele der betreffenden Universität fest. Dazu gehören z.B. quantitative Zielgrößen für Abschlüsse in Master- und Postgraduierten-Studiengängen. Auf der Basis dieser Zielvereinbarungen entscheidet die Universität, wie viele Studierende sie in welche Studiengänge aufnimmt. In jüngerer Zeit gehört zu den Zielgrößen auch der Anteil der Absolventen, der innerhalb einer festgelegten Zeit nach dem Studium einen Arbeitsplatz findet. Dadurch haben die Universitäten ihre Kontakte zur Arbeitswelt intensiviert.

Universitäten werden von einem Rektor und einem Hochschulrat geleitet. Der Hochschulrat entscheidet über den organisatorischen Aufbau der Universität (Fakultäten oder andere Einheiten). Der Hochschulrat ist für die Umsetzung des mit dem Ministerium geschlossenen Leistungsvertrages verantwortlich.

## Amattikorkeakoulu / Yrkehögskola

*Amattikorkeakoulu* sind multidisziplinäre Einrichtungen, die als nicht-universitäre Einrichtungen den Hochschulsektor erweitern und die tertiäre Bildung aufwerten sollen.<sup>235</sup> 1992 wurden die ersten 22 *Amattikorkeakoulu* aus Zusammenschlüssen von 85 beruflichen Ausbildungsstätten gegründet. Ihre Betriebsgenehmigung war zunächst zeitlich begrenzt. 1995 wurden die ersten 9 *Amattikorkeakoulu* auf unbestimmte Zeit akkreditiert. Inzwischen sind alle 29 *Amattikorkeakoulu* als dauerhafte Einrichtungen etabliert.

*Amattikorkeakoulu* sind in kommunaler oder in privater Trägerschaft. Das Gesetz und die Verordnung zu den *Amattikorkeakoulu* (beide von 1995) legen die Anforderungen an die Abschlüsse der *Amattikorkeakoulu* fest. Die Betriebsgenehmigung regelt den Auftrag einer *Amattikorkeakoulu*, einschließlich ihres Lehrgebiets, der maximalen Anzahl an Studierenden und der Unterrichtssprache. Die *Amattikorkeakoulu* gestalten ihre Lehrpläne und Ausbildungsprogramme innerhalb dieser Vorgaben selbstständig. In Vereinbarungen über Ziele und Umsetzung zwischen Staat und *Amattikorkeakoulu* wird die jährlich aufzunehmende, fächerspezifische Anzahl von Studierenden festgelegt. *Amattikorkeakoulu* werden von einem Rektor und einem Hochschulrat verwaltet.

### 8.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Finnische Hochschulen bieten seit Anfang der 1990er Jahre zwei Abschlussarten im Erststudium an: einen dreijährigen *kandidaatin tutkinto* (Bachelor) und einen fünfjährigen *maisterin tutkinto* (Master). 73% der Studienabschlüsse werden auf Master-Niveau gemacht.<sup>236</sup>

---

<sup>234</sup> Eurydice (2002): Kapitel 6.2.

<sup>235</sup> Aufgrund der Zweisprachigkeit in Finnland tragen diese Hochschulen zwei Namen: *Amattikorkeakoulu* / *Yrkehögskola*. Im Folgenden wird nur der finnische Name *Amattikorkeakoulu* verwendet.

<sup>236</sup> Persönliche Korrespondenz: Jan. 2004, Fr. Salminen, FINHEEC.

Der Unterricht findet in Kursen mit einem Kreditpunktesystem statt.<sup>237</sup> Alle Studierende müssen Kurse in beiden offiziellen Landessprachen (Finnisch und Schwedisch) sowie in ein oder zwei Fremdsprachen belegen. Fortgeschrittene Studierende sowie Mitglieder des Lehrkörpers erteilen studienbegleitende Beratung. Des Weiteren engagieren sich die Universitäten zunehmend in der Berufsberatung und –vermittlung ihrer Absolventen.

Studienberechtigt an Universitäten oder Fachhochschulen ist,<sup>238</sup> wer entweder die Abschlussprüfung der Sekundarstufe II (*Ylioppilastutkinto*) oder eine abgeschlossene Berufsausbildung hat. Für den Zugang zu einer Fachhochschule reicht auch die Fachhochschulreife (*Ammattikorkeututkinto*). Ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium gilt auch als Zulassungsqualifikation für ein Studium an der Universität. In der Praxis bedeutet dies, dass ein Großteil einer Alterskohorte formal studienberechtigt ist. Es findet somit eine vergleichsweise geringe Vorauswahl der potentiellen Studierenden außerhalb des Hochschulsektors statt. Dafür ist die Konkurrenz um die Studienplätze um so größer.

Universitäten und Fachhochschulen wählen ihre Studenten selbst aus. Unabhängig von den allgemeinen Anforderungen an die Studienberechtigung können sie zusätzliche Leistungs- oder Eignungstests durchführen.

Das Postgraduiertenstudium besteht aus einem zweijährigen Studium mit anschließendem *licentiatexamen* und einem mindestens vier Jahre dauernden Promotionsstudium. Jeder Doktorand und jede Doktorandin hat die Möglichkeit, nach zwei Jahren des Promotionsstudiums das *licentiatexamen* abzulegen. Ergänzend zur traditionellen Doktorandenausbildung wurden 1995 108 neue Graduiertenschulen eingerichtet, die jährlich 1000 zusätzliche Doktoranden und Doktorandinnen ausbilden. Die meisten Graduiertenschulen sind Kooperationsprojekte mehrerer Universitäten.

Seit dem 01.08.2001 können die Fachhochschulen probenhalber bis zum Jahr 2005 einen neuartigen postgraduierten Studiengang anbieten. Er richtet sich an Absolventen der *Amattikorkeakoulu*, die mindestens drei Jahre Berufserfahrung auf dem Gebiet ihres ersten Abschlusses vorweisen können. Bisher haben 20 *Amattikorkeakoulu* die Genehmigung erhalten, solche postgraduierten Studiengänge anzubieten, die aus 140-160 Kreditpunkten bestehen, davon 20 Kreditpunkte für Praktika.

## 8.2 Finanzierungsmethoden<sup>239</sup>

Die Reform der Hochschulfinanzierung begann in Finnland im Universitätsbereich im Jahr 1994 mit einer Flexibilisierung der Haushaltsvorschriften, die nach Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes 1998 in Globalhaushalte mündete. Das neue Gesetz führte zudem das Prinzip der leistungsbezogenen Finanzierung ein, das in den jeweiligen Hochschulsektoren zu einem unterschiedlichen Grad realisiert worden ist.

### 8.2.1 Finanzierung der Universitäten

Staatliche Finanzierung wird im finnischen Hochschulsystem im Wesentlichen über eine Leistungsvereinbarung geregelt, die einen Schwerpunkt auf Erfolgsorientierung in der Lehre setzt. In der Leistungsvereinbarung werden die Parameter für die Basisfinanzierung festgelegt. Diese

<sup>237</sup> Bis zu einem Drittel der benötigten Kreditpunkte für ein Erststudium (*undergraduate* Abschluss) können über ein Fernstudium erworben werden. Anschließend kann sich der Studierende an der betreffenden Hochschule um Aufnahme in den Studiengang bewerben. Für die Teilnahme an einem Fernstudium gibt es keine formalen Aufnahmebedingungen.

<sup>238</sup> Eurydice (2002). Kapitel 6.3.2.2. und 6.3.1.2.

<sup>239</sup> Ministry of Education Finland (2003).

Basisfinanzierung macht fast 90% des gesamten staatlichen Zuschusses aus und beinhaltet folgende Komponenten:

1. Sockelbetrag
2. Sondertatbestände, Ausstattung
3. Zahl der Erstsemester
4. Absolventenzahl mit Master-Abschluss
5. Graduiertenkollegs
6. Zahl der abgeschlossenen Promotionen
7. gesellschaftliche Aufgaben, die näher vereinbart werden müssen

Die ersten drei Komponenten sollen der Belastung einer Universität Rechnung tragen und machen zusammen 17% des gesamten Zuschusses aus. Mit der Absolventenzahl in Master-Studiengängen wird die Lehrleistung bemessen. Sie trägt 40% zum Zuschuss bei. Als Forschungsleistungen werden Graduiertenkollegs und die Zahl der abgeschlossenen Promotionen berücksichtigt, mit einem Schwerpunkt auf Letzterem. Dies macht insgesamt 26% des Zuschusses aus. Die spezifischen gesellschaftlichen Aufgaben, für deren Erfüllung eine Hochschule Mittel erhält (5%), werden zwischen Universität und Staat ausgehandelt.

Im Falle der Absolventen mit Master- oder Dokortiteln werden Zielzahlen verabredet. Die Zuweisung berücksichtigt jeweils zu einem Drittel die erbrachte Ist-Zahl und zu zwei Dritteln die neue Zielzahl. Diese zwei Posten machen insgesamt ca. 63% des gesamten staatlichen Zuschusses aus. Somit liegt der Schwerpunkt dieses Modells auf der Erfolgsorientierung.

Neben der Basisfinanzierung gibt es vier zentrale Finanztöpfe, um die die Universitäten konkurrieren müssen und die insgesamt ca. 10% des staatlichen Zuschusses umfassen:

- *Nationale Programme* (4,7%): Das Wissenschaftsministerium gibt in seinem Entwicklungsplan spezifische Ziele vor, die über entsprechende Förderprogramme erreicht werden sollen. Für die Periode 2004-06 umfassen sie: Studienstruktur, virtuelle Universität, Ausbildung der Lehrer, Biotechnologie und Förderung von regionaler Entwicklung.
- *Nationale Aufgaben* (1,5%): Aus diesem Topf werden v.a. Sondertatbestände und kulturelle Aufgaben wie die Pflege regionaler Kultur finanziert.
- *Projektmittel* (1,9%): Im Unterschied zur o.g. Kategorie werden hiermit hochschuleigene Initiativen unterstützt, die allerdings mit nationalen Prioritäten korrespondieren müssen. Hochschulen schlagen also selbst entsprechende Initiativen vor und müssen einen Anteil der Kosten selbst tragen.
- *Leistungsorientiertes Bonusprogramm* (2,4%): Der Staat verfolgt mit diesem Programm die Absicht, hervorragende Leistungen mit einem finanziellen Bonus zu belohnen und dadurch spezifische Anreize zu setzen. Für die Periode 2004-06 sind folgende drei Kriterienbereiche maßgeblich:
  - Qualität der Forschung und künstlerische Aktivitäten
  - Qualität, Effizienz und Effektivität in der Lehre
  - Institutionelle Organisationsformen und Verfahren
- Zehn Kriterienbereiche wurden für dieses Programm insgesamt festgelegt, die teils von quantitativen Leistungsindikatoren und teils von qualitativen Entscheidungen des Evaluationsrats FINHEEC abhängig sind.



## 8.2.2 Finanzierung der Amattikorkeakoulu

*Amattikorkeakoulu* werden zu 57% vom Staat und zu 43% von der jeweiligen Kummune finanziert. Die Finanzierung hängt von der Anzahl der Studierenden in den einzelnen Studiengängen ab; einen Betrag pro Studierenden legt das Ministerium fest. Dieser Anteil macht etwa 78% des gesamten Zuschusses aus. Darüber hinaus kann es zusätzliche Mittel vom Staat für bestimmte Projekte oder als Anerkennung einer hervorragenden Ausbildungsleistung geben.

Diese Hochschulen werden voraussichtlich erst ab 2004 Globalhaushalte einrichten können.<sup>240</sup> Eine weitere Reform der Hochschulfinanzierung für diesen Sektor steht noch an. Der Staat beabsichtigt ein Modell einzuführen, dass die Vielfalt der Leistungen in diesem Hochschulsektor besser abbildet.<sup>241</sup>

## 8.2.3 Studiengebühren und Studienförderung

Studiengebühren werden in Finnland nicht erhoben.<sup>242</sup> Alle Vollzeitstudenten, die in einem Studiengang eingeschrieben sind, der zu einem Abschluss führt, haben einen Anspruch auf Studienförderung, auch wenn sie im Ausland studieren. Die Studienförderung setzt sich aus einem Stipendium und einem Darlehen zusammen. Die Höhe des Stipendiums hängt vom Alter, der Familiensituation und der örtlichen Wohnungssituation ab. Das Darlehen ist ein vom Staat gesichertes Bankdarlehen; über die Konditionen und Rückzahlungsmodalitäten verhandelt der Studierende direkt mit der Bank.

## 8.3 Verfahren der Qualitätssicherung

In Finnland werden verschiedene Verfahren der Qualitätssicherung von FINHEEC durchgeführt. Im Hochschulgesetz von 1998 werden die Universitäten und Fachhochschulen verpflichtet, sich selbst zu evaluieren, sowie an externen Verfahren der Qualitätssicherung teilzunehmen.<sup>243</sup> Die hier vorgestellten Verfahren gelten für Universitäten und Fachhochschulen.

### 8.3.1 Quality Audit

*Quality Audits* wurden das erste Mal 1992 in zwei Pilotprojekten vom zuständigen Ministerium durchgeführt.<sup>244</sup> 1996 wurde die zwischenzeitlich gegründete FINHEEC beauftragt, bis 2000 alle Hochschulen einmal zu untersuchen. *Quality Audits* werden sowohl im Universitäts- als auch im *Amattikorkeakoulu*-Sektor verwendet; sie haben jedoch etwas unterschiedliche Zielsetzungen: So konzentriert sich das Verfahren im Universitätssektor auf Managementqualität und das Verfahren im *Amattikorkeakoulu*-Sektor auf akademische Qualität.

### Ziele

Wesentliches Ziel des externen Verfahrens ist, die Implementierung und Entwicklung von Qualitätssicherung auf Institutionsebene zu fördern. Somit sollen sie zur Entwicklung einer Evaluationskultur beitragen, die darauf ausgerichtet ist, die Qualität der universitären Dienstleistungen ständig zu verbessern. Es werden keine nationalen Standards festgelegt; vielmehr wird nach nachahmenswerten Beispielen aus der Praxis gesucht. Das Verfahren wird als Initiator eines

<sup>240</sup> Välimaa (2003).

<sup>241</sup> Ministry of Education Finland (2003).

<sup>242</sup> Ebd.

<sup>243</sup> Hämäläinen et al. (2001a): S.12.

<sup>244</sup> Für diesen Abschnitt siehe: FINHEEC (o.J.) und Hämäläinen et al. (2001a): S.12f.

Prozesses des Austausches von Ansichten und Erfahrungen gesehen, der der aktiven Unterstützung der zu evaluierenden Institutionen bedarf.

### **Gegenstand**

Die Hochschulen können Inhalt und Form des Verfahrens beeinflussen. Die externen Gutachter legen die endgültigen Bewertungskriterien fest. Der Gegenstand der Untersuchung ist die Institution, so wie sie sich in einem Selbstevaluationsbericht darstellt. Die Hochschule entscheidet selbst über die Schwerpunkte des Quality Audit in ihrer Selbstevaluation. Bis jetzt gibt es auch keine Leitlinien vom FINHEEC, aber sie wurden für die Zukunft bereits angekündigt.

In der Vergangenheit haben Hochschulen ihre Selbstevaluationsberichte mit zusätzlichen Informationen versehen, so beispielsweise mit:

- Befragungen der Universitätsmitglieder (Lehrkörper, Angestellte, Studierende)
- Untersuchungen zur Bedeutung der Universität für die Region
- Selbstevaluationen der Fachbereiche mittels Fragebögen und Checklisten
- Beurteilungen der Veröffentlichungen durch Journalisten

### **Organisation und Gestaltung**

Die Selbstevaluation sowie die in der nationalen Datenbank KOTA enthaltenen Statistiken über die zu evaluierende Hochschulen sind Grundlage eines *peer reviews*. Bei Audits im Universitätssektor setzt sich die Gutachterkommission i.d.R. aus Wissenschaftlern zusammen; v.a. im *Amattikorkeakoulu*-Sektor werden auch Studierende beteiligt.

Eine Besonderheit finnischer Quality Audits ist ihre internationale Ausrichtung, weshalb i.d.R. alle Teile des Quality Audits auf Englisch stattfinden. Nur knapp ein Drittel aller Gutachter stammt aus Finnland. In Anbetracht der Bedeutung von Quality Audits in Schweden und dem Vereinigten Königreich ist es nicht verwunderlich, dass fast die Hälfte der ausländischen Gutachter aus diesen beiden Ländern kommt.

Die Gruppe der Gutachter verbringt drei bis fünf Tage in der jeweiligen Hochschule, wo sie der Universitätsleitung, dem Lehrkörper, den Forschern und Studierenden sowie weiteren Betroffenen z.B. aus der Region Fragen zur Selbstevaluation stellt.

Das Verfahren endet mit Empfehlungen an die Hochschule. Den Universitäten wird es ermöglicht, eine Folgeevaluation zu beantragen, um *feedback* für den Erfolg ihrer Umsetzung der Verbesserungsvorschläge der Gutachterkommission zu erhalten.

### **8.3.2 Akkreditierung**

Der Pflicht zur Akkreditierung von Studiengängen unterliegen nur die Fachhochschulen.<sup>245</sup> FINHEEC hat 1995 die Akkreditierung der *Amattikorkeakoulu* vom Wissenschaftsministerium übernommen. *Amattikorkeakoulu* müssen sich akkreditieren lassen, um das Recht zu erhalten, staatlich anerkannte Abschlüsse verleihen zu können. In der Regel erfolgt eine einmalige Akkreditierung, wann immer sich der Status einer *Amattikorkeakoulu* ändert. So müssen sich die *Amattikorkeakoulu* akkreditieren lassen, wenn sie eine permanente Anerkennung erhalten wollen,<sup>246</sup> wenn sich ihre inhaltliche Ausrichtung ändert oder wenn sich eine weitere Institution des tertiären Bildungssektors einer bereits bestehenden *Amattikorkeakoulu* anschließt. Die

---

<sup>245</sup> Hämäläinen et al. (2001b).

<sup>246</sup> Seit 2000 haben alle *Amattikorkeakoulu* diesen Status.

Gründung einer *Amattikorkeakoulu* aus dem Zusammenschluss mehrerer Institutionen des tertiären Bildungssektors kann jedoch nur vom Ministerium selbst genehmigt werden.<sup>247</sup>

## Gegenstand

Gegenstand einer Akkreditierung sind die Studiengänge einer *Amattikorkeakoulu*. Folgende Kriterien sollen den Mindeststandard des Lehrangebots einer *Amattikorkeakoulu* gewährleisten:

- Auftrag, Vorstellung, Ziele und Absicht des Studienganges
- Lehrplan (Breite des Kursangebots, Aktualität)
- Verwaltung
- Studentische Auslastung
- Unterrichtsgestaltung
- Bibliothek und Informationsdienste
- Kooperation mit der Wirtschaft
- Kooperation mit anderen Hochschulen
- Internationale Kooperation
- Regionale Ausrichtung
- Qualitätssicherungsmethoden

## Organisation und Gestaltung

Alle Anträge seitens einer *Amattikorkeakoulu* auf Akkreditierung werden von einem Unterausschuss der FINHEEC begutachtet. Dieser Unterausschuss besteht aus Vertretern der *Amattikorkeakoulu*, sowohl des Lehrkörpers als auch der Studierenden, und der Wirtschaft.

Mit Hilfe der Selbstevaluation nimmt die *Amattikorkeakoulu* Einfluss auf das Verfahren, indem sie darin ihr besonderes Profil durch eine aus Hochschulsicht angemessene Gewichtung der o.g. Kriterien herausgestellt. Durch diesen Ansatz wird die Vielfalt bzw. Profilbildung unter den *Amattikorkeakoulu* gefördert.

Seit 1997 ist ein Vor-Ort-Besuch Teil des Akkreditierungsverfahrens. Anschließend verfasst die Gutachtergruppe ihren Abschlussbericht, der seit 1998 veröffentlicht wird. Hat eine *Amattikorkeakoulu* einen Antrag auf langfristige / permanente Anerkennung gestellt, ist es durchaus möglich, dass sie nur mit Auflagen akkreditiert wird. In diesem Fall findet i.d.R. zwei Jahre nach der ursprünglichen Akkreditierung ein Folgebesuch (*follow-up*) bei der *Amattikorkeakoulu* statt.

### 8.3.3 Qualitätsbewertung

Programmevaluationen auf nationaler Ebene werden bisher nur selektiv für einige Fachbereiche durchgeführt und nur einmal wurden sowohl Lehre als auch Forschung untersucht.<sup>248</sup> Die ersten Durchläufe begannen im Jahr 1994. Wenn möglich, werden Universitäten und *Amattikorkeakoulu* im gleichen Durchlauf bewertet.

<sup>247</sup> Neben den *Amattikorkeakoulu* akkreditiert ein weiterer Ausschuss der FINHEEC, bestehend aus 12 Mitgliedern aus dem Hochschulbereich (Universitäten und *Amattikorkeakoulu*), der Wirtschaft und der Studentenschaft die von Hochschulen angebotenen professionellen Kurse. Diese Kurse führen nicht zu einem Abschluss. Somit stellt die Akkreditierung nur ein Gütesiegel dar, das die betroffenen Hochschulen für Marketingzwecke nutzen können. Bis 2001 wurden aufgrund von 49 Anträgen 33 professionelle Kurse akkreditiert.

<sup>248</sup> FINHEEC (o.J.) und ENQA (1998).

## **Ziel**

Ziel der Qualitätsbewertung ist es, die Qualität der Lehre durch die Verwendung von Standardkriterien und einen Leistungsvergleich transparent zu machen und Inhaltspunkte für Verbesserungen zu finden.

## **Gegenstand**

Gegenstand der Fächer- oder Programmevaluationen sind Studiengänge, die

- besonders relevant für die Bildungs- und Sozialpolitik sind,
- besonders starke Zuwachsraten haben und die
- strukturelle Probleme aufweisen.

Es ist nicht vorgesehen, alle Studiengänge regelmäßig zu evaluieren oder ein einheitliches Evaluationsmodell für unterschiedliche Studiengänge zu entwickeln.

In einer Programmevaluation wird auf folgende Aspekte besonders geachtet:

- Ziel und Gegenstand des Studienganges
- Inhalt der Lehrpläne
- Mittel, die für Bibliotheken, Labore, Informationstechnologie u.ä. verwandt werden
- Lehrmethoden
- Qualifikation und Erfahrung des Lehrkörpers
- Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
- Forschungstätigkeit des Lehrkörpers
- Mentoren-, Tutoren- und Beratungsprogramme für Studierende
- Interaktion mit den verschiedenen Interessengruppen
- Anteil der Absolventen in Beschäftigungsverhältnissen
- Beurteilung des Lernerfolges
- Qualitätssicherungs- und -entwicklungsmethoden.

## **Organisation und Gestaltung**

Jede Programmevaluation enthält folgende Elemente:

- Lenkungsgruppe: Eine von FINHEEC ins Leben gerufene Lenkungsgruppe begleitet die gesamte Programmevaluation. Die Lenkungsgruppe besteht aus vier bis fünf Mitgliedern; der oder die Vorsitzende ist MitarbeiterIn bei FINHEEC und spezialisiert in dem bestimmten Fach. Die anderen Mitglieder sind Experten, die verschiedene Aspekte des Faches vertreten.
- Selbstevaluation: Die Selbstevaluation stellt nicht nur eine Informationsquelle für die externen Evaluatoren dar; sie dient auch der jeweiligen Institution als Lernprozess.
- Vor-Ort-Besuch der Gutachtergruppe: Die externen Evaluatoren sind Experten (Professoren) in dem jeweiligen Fach. Mindestens einer von ihnen muss Finne sein. Bei ihrem Vor-Ort-Besuch überprüfen sie die Richtigkeit der Selbstevaluation und anderer im Voraus erhaltener Dokumente. Am Ende des Besuches werden in Gesprächen die ersten Eindrücke der Experten der zu evaluierenden Institution übermittelt.

- Bericht über die Untersuchungsergebnisse: Die Ergebnisse der Programmevaluation werden in einem Bericht veröffentlicht. Vorher können die verschiedenen Fachbereiche Stellung zu den Aussagen nehmen. Das Urteil der Gutachter ist bindend für den veröffentlichten Bericht.

#### **8.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung**

Angesichts der starken Orientierung der Finanzzuweisung für Universitäten auf Abschlüsse (sie machen ca. 63% der staatlichen Zuweisung aus) überrascht die Tatsache, dass Finnland weder ein Akkreditierungsverfahren noch Qualitätsbewertungen flächendeckend durchführt. So kann eine eventuelle Tendenz zu sinkenden Standards mangels Input- oder Outputkontrolle nicht systematisch abgefangen werden. Allerdings wird ein weiteres Kontrollinstrument eingesetzt, das möglichen Fehlentwicklungen entgegen wirkt: Der Leistungsvertrag zwischen Ministerium und Universität. Des Weiteren werden quantitative Informationen über die Aktivitäten der Hochschulen durch den Einsatz einer zentralen Datenbank systematisch aufbereitet, die in die Leistungsverträge als Grundlageninformationen einfließen. Für Studiengänge, die zu bestimmten Zeiten auffällig werden – wg. schnelles Wachstums, steigender bildungspolitischer Relevanz oder besonderer Probleme – wird aber auch ein Verfahren der Qualitätsbewertung eingesetzt.

Im Bereich der Qualitätssicherung wird ein Schwerpunkt auf die Unterstützung und periodische Überwachung von internen Verfahren der Qualitätssicherung durch Quality Audits gelegt. Dies zeigt, dass man in Finnland v.a. auf die Selbststeuerung der Hochschulen setzt.



## 9 Frankreich

### 9.1 Hochschulsystem

#### 9.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

Frankreich ist traditionell ein stark zentralisiertes Land; auch im Hochschulwesen ist dies feststellbar. Es gibt jedoch auch Dezentralisierungsbestrebungen – im Hochschulsektor schlägt sich das etwa darin nieder, dass man sich von zentralen Planungen für alle Hochschulen wegbewegt und Verträge mit einzelnen Hochschulen eingeführt hat, die jeweils individuell mit dem Staat abgeschlossen werden.

Für Hochschulpolitik ist der Staat zuständig.<sup>249</sup> An erster Stelle steht dabei das *Ministère de la jeunesse, de l'éducation nationale et de la recherche*<sup>250</sup> (Ministerium für Jugend, nationale Bildung und Forschung; im Folgenden kurz: Bildungsministerium). Es ist für den größten Anteil aller öffentlichen (Hoch)Schulen zuständig; nur einige Bildungsbereiche (etwa der Bereich berufliche Bildung) bzw. Hochschulen auf besonderen Gebieten (z.B. der Landwirtschaft) sind anderen Ministerien zugeordnet. Innerhalb des Bildungsministeriums gibt es verschiedene Abteilungen für die jeweiligen Bildungsbereiche. In ihrem Bereich sind die Abteilungen jeweils zuständig für Gestaltung, vorausschauende Planung und Regulierung. Es gibt keine Struktur, durch die die Politik der einzelnen Abteilungen koordiniert würde.

Seit 1968 wird den Hochschulen Autonomie in Bezug auf Lehre, akademische Inhalte, Verwaltung und Finanzen eingeräumt. 1984 ist diese Autonomie jedoch im Rahmen des "Savary-Gesetzes" neu definiert worden und unterliegt nun nationalen Regelungen einerseits und Hochschulverträgen mit dem Staat (siehe unten) andererseits.<sup>251</sup> Der Staat ist verantwortlich für die Erstellung von Curricula, die Anerkennung staatlicher Abschlüsse, die Allokation von Stellen für Lehre und Forschung, die Evaluation von Forschungsprogrammen und die Koordination der Hochschulbildung.<sup>252</sup>

Bis 1989 wurden den Hochschulen jährlich neu von zentraler Stelle Mittel und Lehrgenehmigungen zugewiesen. Seitdem wurde dieses System ersetzt durch eine Politik, nach der die Hochschulen mit dem Staat (d.h. mit dem Bildungsministerium) Verträge über eine Laufzeit von vier Jahren abschließen.<sup>253</sup> Ziel dieser Verträge ist es, den Hochschulen mehr Autonomie zu gewähren und gleichzeitig dem Staat die Möglichkeit zu geben, die Aktivitäten im Hochschulbereich zu koordinieren und zu fördern. Jede Hochschule erstellt dafür einen Entwicklungsplan, der sämtliche Aktivitäten der Hochschule umfasst und sowohl nationale Ziele als auch lokale Ausbildungserfordernisse berücksichtigt. Er wird der jeweiligen Abteilung im Bildungsministerium zugeleitet; dann wird mit diesem darüber verhandelt. Mit der Unterzeichnung des Vertrags ist der Staat verpflichtet, über die nächsten vier Jahre die festgesetzten Stellen, die vereinbarte Anzahl von Unterrichtsstunden und die entsprechenden Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen. Diese Verträge werden in dreifacher Hinsicht als vorteilhaft angesehen: Der Vertrag

<sup>249</sup> Auch die sog. *académies*, 28 bildungshistorisch entstandene (nicht mit anderen Verwaltungseinheiten identische) Gebiete innerhalb Frankreichs, spielen noch eine gewisse Rolle. Da die Bereiche Qualitätsbewertung und Finanzierung davon aber nicht bzw. nur marginal berührt werden, wird dies in diesem Bericht vernachlässigt. Eurydice (2000), Kapitel 2.5.2.2. Unter <http://www.cnous.fr/cnous/reseau/cartedesecours.htm> findet sich eine Karte Frankreichs, aufgeteilt in *académies*.

<sup>250</sup> Das Ministerium hat in den letzten Jahren verschiedentlich den Namen geändert, daher werden in einigen Dokumenten auch noch andere Bezeichnungen gebraucht.

<sup>251</sup> Eurydice (2000), Kapitel 2.5.1. Im Prinzip können auch noch andere (private und öffentliche) Partner an den Verträgen beteiligt sein. Vgl. <http://www.cnrs.fr/DRES/Contractualisation/Contractualisation.htm>.

<sup>252</sup> Eurydice (2000), Kapitel 2.5.1.2.

<sup>253</sup> Für den Bereich der Forschung gab es diese Verträge auch schon seit 1983; erst 1989 wurde ihre Anwendung auf den gesamten Hochschulbereich ausgeweitet. CNE (1999): S. 8.

stellt einen wichtigen Faktor in der übergreifenden Politik des Staates zur Entwicklung des Hochschulsektors dar, er bietet eine einzigartige Möglichkeit zum Dialog von Staat und Hochschulen und er ist als Management-Instrument zu verstehen, durch das die geplanten Mittel (v.a. Betriebsmittel) verteilt werden. Die Globalsumme, die der Staat dabei jeder Hochschule zur Verfügung stellt, ermöglicht es, dass die Politik den sich im Laufe der vier Jahre ändernden Rahmenbedingungen angepasst werden kann.<sup>254</sup>

### 9.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

In Frankreich ist zwischen zwei Arten von Hochschulen zu unterscheiden: zwischen Universitäten einerseits und *Grandes Ecoles* und anderen speziellen Hochschulen andererseits.

Universitäten decken sowohl Lehre als auch Forschung ab; sie bieten wissenschaftliche, kulturelle und berufliche Bildung an und haben multidisziplinären Charakter. In der Regel nehmen sie eine hohe Zahl von Studierenden auf. Mit zum Universitätsbereich gehören die *Instituts nationaux polytechniques* (INP). Nachdem in den letzten zehn Jahren ein paar neue Universitäten gegründet wurden, gibt es nunmehr 83 Universitäten und 3 INP.<sup>255</sup> Außerdem sind diesem Bereich vielfältige Institute zuzurechnen, die alle auf bestimmte berufliche Richtungen festgelegt sind,<sup>256</sup> ihre Zahl beläuft sich insgesamt auf rund 350.<sup>257</sup> Die Universitäten sind in der CPU (*Conférence des Présidents d'Université*) organisiert.<sup>258</sup>

*Grandes Ecoles* und andere spezielle Hochschulen zeichnen sich v.a. durch ihre strengen Auswahlverfahren aus. Sie bieten vielfach eine stärker berufs- bzw. praxisbezogene Hochschulbildung; bei manchen steht aber auch die Forschung durchaus im Vordergrund. Je nach Schwerpunkt sind sie unterschiedlichen Ministerien zugeordnet.<sup>259</sup> Unter diesen Hochschulen gibt es auch viele private (v.a. wirtschaftswissenschaftliche) Hochschulen, die in diesem Bericht aber nicht weiter berücksichtigt werden sollen. Die *Grandes Ecoles* sind in der CGE (*Conférence des Grandes Ecoles*) zusammengeschlossen.<sup>260</sup>

Im Studienjahr 2000/2001 waren annähernd 1,9 Mio. Studierende an staatlichen Hochschulen eingeschrieben, rund 1,75 Mio. Studierende davon im Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums.<sup>261</sup>

Für 2002 hatte das Bildungsministerium rund 10 Mrd. € für sämtliche Ausgaben im Hochschulbereich (Personal, Betriebskosten, Gebäude, Stipendien etc.) eingeplant; hinzu kommen ca. 300 Mio. € aus anderen Ministerien.<sup>262</sup> Diese geplanten Ausgaben entsprechen ca. 0,66% des BIP von 2002 von 1.521 Mrd. € (bzw. 0,68% bei Hinzurechnung der Ausgaben der anderen

<sup>254</sup> Eurydice (2000), Kapitel 2.5.1.2. und Kapitel 2.5.4.3.

<sup>255</sup> Vgl. <http://www.education.gouv.fr/sup/univ.htm> und Eurydice (2000), Kapitel 6.3.1.1. Dabei sind die zwei Universitäten in den überseeischen Territorien (TOM) nicht mitgezählt.

<sup>256</sup> Dies sind die *Instituts Universitaires de Technologie* (IUT), die *Instituts Universitaires de Formation de Maîtres* (IUFM) und die *Instituts Universitaires Professionnalisés* (IUP).

<sup>257</sup> UNESCO (2000) und Eurydice (2000), Kapitel 6.3.1.1.

<sup>258</sup> Vgl. <http://www.cpu.fr/Cpu/Presentation.asp>.

<sup>259</sup> UNESCO (2000) und Eurydice (2000), Kapitel 6.3.1.2. Zu einer Liste der *Grandes Ecoles* vgl. <http://www.education.gouv.fr/sup/grdecole.htm>.

<sup>260</sup> Vgl. <http://www.cge.asso.fr/>.

<sup>261</sup> Vgl. <http://www.education.gouv.fr/sup/bces2002/donquan2.htm#1>. Mit eingeschlossen sind hier etwa 340.000 Studierende in Vorbereitungskursen für *Grandes Ecoles* und in ähnlichen verschulten Einrichtungen. Zählt man auch die Studierenden von privaten Hochschulen hinzu, sind insgesamt fast 2,1 Mio. Studierende zu berücksichtigen (470.000 davon in Vorbereitungskursen u.ä.). Vgl. ebd.

<sup>262</sup> Vgl. <http://www.education.gouv.fr/sup/bces2002/donquan4.htm#bm3312>. Davon sind rund 8,3 Mrd. € dem rein hochschulischen Bereich zuzurechnen, 1,75 Mrd. € den Vorbereitungskursen etc.



Ministerien).<sup>263</sup> Forschungsausgaben sind dabei noch nicht berücksichtigt; sie kommen noch hinzu.<sup>264</sup>

### 9.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Hochschulzugangsberechtigt ist, wer das *baccalauréat* (etwa dem Abitur vergleichbar) vorweisen kann.<sup>265</sup> Für die besonderen Institute an den Universitäten (Siehe Fußnote 256) gibt es allerdings vielfach noch zusätzliche Aufnahmebedingungen; dort werden die Studierenden etwa nach Noten oder per Auswahlgespräch ausgewählt.<sup>266</sup>

An *Grandes Ecoles* und anderen speziellen Hochschulen sind zusätzlich besondere Aufnahmeprüfungen üblich; nur die jeweils Besten eines Prüfungsjahrgangs werden aufgenommen. Für diese Prüfungen gibt es Vorbereitungskurse von ein oder zwei Jahren Dauer, für die u.U. auch schon strenge Auswahlkriterien angewandt werden.

Im Rahmen des Bologna-Prozesses kann seit 1999 der akademische Grad "Master" an solche Studenten verliehen werden, die nach dem *baccalauréat* mindestens 5 Jahre studiert haben; die jeweils bisher üblichen Abschlüsse werden dadurch aber bislang nicht ersetzt, sondern bleiben bestehen. Es gibt in Frankreich eine Vielzahl akademischer Abschlüsse; die Einführung des Master-Abschlusses soll dies etwas vereinheitlichen und zudem die Internationalisierung vorantreiben.<sup>267</sup> Bachelor-Abschlüsse sind in Frankreich – vermutlich aufgrund der sprachlichen Nähe zum Sekundarschulabschluss *baccalauréat* – bislang nicht üblich; es gibt auch keine Hinweise darauf, dass sie eingeführt werden sollen. An ihrer Stelle werden die traditionell gebrauchten Bezeichnungen für Studienabschlüsse verwendet. Bis 2006 sollen alle Abschlüsse nach dem "LMD-Prinzip" (*licence* – Master – *doctorat*) strukturiert sein: Für den ersten Abschluss *licence* sind (in 3 Jahren) 180 ECTS-Punkte zu erbringen, für den Master (in 2 weiteren Jahren) insgesamt 300 ECTS-Punkte und für die Promotion insgesamt 480 ECTS-Punkte.<sup>268</sup> Dadurch dürfte sich die Vielzahl der bislang gebräuchlichen Abschlüsse deutlich reduzieren.

## 9.2 Finanzierungsmethoden

Hauptsächlich ist der Staat verantwortlich für die Finanzierung von (Hoch)Schulen, auch wenn seit den Dezentralisierungsgesetzen der 80er Jahre lokale Verwaltungseinheiten an der Finanzierung beteiligt werden. 1997 finanzierte das Bildungsministerium fast 61%, lokale Behörden knapp 22%, private Haushalte (mittels Studiengebühren) knapp 11% und die Wirtschaft<sup>269</sup> rund 6% der Bildungsausgaben; andere Regierungseinrichtungen finanzierten weniger als 1%.<sup>270</sup> Das staatliche Budget für Hochschulbildung wird jedes Jahr auf Vorschlag der Regierung neu vom Parlament festgesetzt; dieses umfasst jedoch noch nicht alle Ausgaben für Forschung, die z.T. gesondert bestimmt werden.<sup>271</sup>

<sup>263</sup> Vgl. [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=2&land\\_id=46](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=2&land_id=46).

<sup>264</sup> Zu Angaben zur Forschungsfinanzierung (jedoch nicht nur im hochschulischen Bereich) vgl. <http://www.recherche.gouv.fr/discours/2000/budget/dpbcrd2.htm>.

<sup>265</sup> Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, die aber in diesem Bericht vernachlässigt werden können.

<sup>266</sup> Zu diesem und dem folgenden Absatz vgl. Eurydice (2000), Kapitel 6.3.2.

<sup>267</sup> Eurydice (2000), Kapitel 6.3.3.2.1.

<sup>268</sup> Vgl. [http://www.cpu.fr/Telecharger/Circulaire\\_LMD\\_141102.pdf](http://www.cpu.fr/Telecharger/Circulaire_LMD_141102.pdf).

<sup>269</sup> Unternehmen müssen eine besondere Bildungssteuer zahlen, die sog. *Taxe d'apprentissage*. Diese wird über die Industrie- und Handelskammern eingezogen und verteilt. Die Unternehmen können davon ausgenommen werden, wenn sie eine entsprechende Summe direkt an eine Hochschule zahlen. Davon profitieren v.a. private *Grandes Ecoles*, die eine betriebswirtschaftliche Ausbildung anbieten. Vgl. Maassen (2000): S. 24 f.

<sup>270</sup> Eurydice (2000), Kapitel 2.16.2.

<sup>271</sup> Maassen (2000): S. 24.

1997 betrugen die Ausgaben für den Hochschulsektor 16,7% des gesamten Bildungsbudgets.<sup>272</sup>

Ein Teil der Lehre und Forschung wird gemeinsam finanziert; daneben gibt es gesonderte Mittel, die ausschließlich für die Forschung bestimmt sind. Das wird auch schon in den Verträgen berücksichtigt, die mit dem Staat abgeschlossen werden (vgl. Kapitel 9.1.1). Der Vertrag, den eine Hochschule mit dem Staat abschließt, umfasst einen Sonderteil über Forschung, der vom CNRS (*Centre National de la Recherche Scientifique*) mitunterzeichnet wird.<sup>273</sup>

Der Staat ist dafür zuständig, für ausreichendes Lehrpersonal an den Hochschulen zu sorgen. Als Arbeitgeber fast des gesamten Hochschulpersonals teilt er den Institutionen Stellen zu, sorgt für deren Besetzung, benennt die entsprechenden Mitarbeiter und bezahlt diese auch direkt.<sup>274</sup> Jedoch beschäftigen viele Hochschulen darüber hinaus noch Personal, das sie selbst einstellen und aus eigenen Mitteln bezahlen (s.u.). Außerdem finanziert der Staat die Gebäude, die Ausbauten und die Einrichtung der Universitäten; seit 1989 allerdings sind auch die regionalen Verwaltungseinheiten daran beteiligt.<sup>275</sup> Es wird darüber nachgedacht, die Gebäude in den Besitz der Hochschulen zu übertragen.<sup>276</sup> Bei allen folgenden Angaben zur Finanzierung der Hochschulen sind also "nur noch" laufende Kosten zu berücksichtigen.

### 9.2.1 Finanzierung der Lehre

Die französischen Hochschulen werden vom Staat durch verschiedene Geldströme finanziert: zum einen durch die bereits erwähnten Verträge, zum anderen durch ein Formelmodell zur Deckung des Lehrbedarfs. Auch wenn hier ein Bezug zur Lehre genannt wird, ist grundsätzlich auch die Forschung mitfinanziert; es gibt jedoch noch zusätzliche Mittel speziell für Forschung, auf die im danach folgenden Abschnitt eingegangen wird.

#### 9.2.1.1 Formelmodell SAN REMO

Hochschulen erhalten eine Art Basisfinanzierung nach festen Kriterien durch das SAN REMO-Modell (*Système d'analyse et de répartition des moyens aux établissements d'enseignement supérieur*).<sup>277</sup> Dieses System dient dazu, formelgestützt den Personalbedarf der Hochschulen sowie deren Finanzbedarf für laufende Kosten festzustellen.<sup>278</sup>

1. SAN REMO ermittelt den theoretischen **Bedarf an Lehrpersonal**.<sup>279</sup> Als Grundlage werden zum einen die Studierendenzahlen verwendet, zum anderen die je nach

<sup>272</sup> Eurydice (2000), Kapitel 2.16.2.

<sup>273</sup> Vgl. <http://www.cnrs.fr/DRES/Contractualisation/Contractualisation.htm>.

<sup>274</sup> Maassen (2000): S. 25.

<sup>275</sup> Eurydice (2000), Kapitel 2.14.3.

<sup>276</sup> Maassen (2000): S. 25.

<sup>277</sup> Das SAN REMO-Modell hat das Vorläufermodell GARACES abgelöst, das bis 1990 bestand. SAN REMO ist 1991/92 im Zuge der Etablierung von Vertragsverhältnissen zwischen Hochschulen und Staat eingeführt worden; seit 1998 wurde es immer wieder überarbeitet. Laugénie schlägt in seinem Bericht an den Bildungsminister (2001) erneut umfangreiche Änderungen vor, die zu einer Vereinfachung des Systems und zu mehr Transparenz führen sollen.

<sup>278</sup> Die folgende Darstellung ist leicht vereinfacht. Zu sämtlichen Angaben vgl. o.V. (2002): S. 2 ff. sowie Laugénie 2001, S. 5 f. und Nicolle 2000, S. 10 f. Alle angegebenen Summen waren ursprünglich in FRF angegeben, was die ungewöhnlichen Euro-Summen erklärt. Es wird darüber nachgedacht, die Summen künftig ab- bzw. aufzurunden.

<sup>279</sup> Das bedeutet nicht, dass den Hochschulen die nach dieser Rechnung "benötigten" Lehrkräfte auch zur Verfügung gestellt werden.

Studiengang unterschiedlich hoch veranschlagten Unterrichtsstunden pro Student/in.<sup>280</sup> Je nach Anzahl der Unterrichtsstunden – d.h. je nach Größe der Hochschule – werden noch zusätzliche Stunden hinzugerechnet.<sup>281</sup> Der so errechnete Referenzwert wird mit dem tatsächlichen Personalbestand der Hochschule verglichen, wobei für jede Vollzeitlehrkraft 192 Unterrichtsstunden angerechnet werden. Bei Unterbesetzung (d.h. wenn die Hochschule nach obiger Rechnung mit ihren Lehrkräften weniger Stunden anbieten kann, als sie der Studierendenzahl nach anbieten müsste) wird eine **Ausgleichszahlung für Lehrpersonal** gewährt, die es den Hochschulen erlaubt, zusätzliche Lehrkräfte für die "fehlenden" Stunden einzustellen. Dafür wird eine Unterrichtsstunde mit einer Pauschale von 15,24 € veranschlagt.

2. Für den regulären **Lehrbetrieb** werden die **Unterrichtsstunden** des tatsächlich vorhandenen Personals (nach der Berechnung wie oben erläutert) je nach Fach<sup>282</sup> mit 12,20 bzw. 21,34 € veranschlagt; hinzu kommt abermals ein gewisser Prozentsatz für zusätzliche Stunden.
3. SAN REMO bezieht auch die von den Hochschulen genutzten **Flächen** ein; für Hochschulgebäude werden 15,24 € / m<sup>2</sup>, für überdachte Parkplätze 3,81 € / m<sup>2</sup> gezahlt.
4. Ferner wird der **Bedarf an sonstigem Personal** ermittelt; dabei wird das gesamte Personal außer dem Lehrpersonal berücksichtigt. Bei der Berechnung wird v.a. die Anzahl der Studierenden zugrundegelegt. Es werden 9 Bereiche berücksichtigt: Studierendenverwaltung (*scolarité*), Hilfskräfte für Lehre, Hilfskräfte für Forschung, Administration, Finanzwesen, Personalwesen, Gebäudeverwaltung, studentisches Leben und Dokumentation. Wenn der so errechnete Personalbedarf über dem tatsächlichen liegt, erhält die Hochschule pro fehlender Stelle 11.433,68 €; liegt er darunter, werden der Hochschule 4.573,47 € pro "überflüssiger" Stelle abgezogen.

Von den nach diesen Berechnungen theoretisch zu leistenden Zahlungen werden allerdings die Studiengebühren abgezogen, die die Hochschule von ihren Studierenden erhält.

Die nach diesem System errechneten, der Hochschule theoretisch zustehenden Mittel werden mit dem verglichen, was die Hochschule tatsächlich erhalten hat: Hat eine Hochschule demnach zu wenig bekommen, müsste der Staat die Anzahl der Stellen sowie die Mittel für diese Hochschule erhöhen, soweit es ihm möglich ist.<sup>283</sup> Sollte sie mehr bekommen haben, als ihr nach den Berechnungen zusteht, können ihr Stellen und Mittel gestrichen werden. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass das SAN REMO-System nur indikativ ist, d.h. letztendlich trifft das Ministerium die Entscheidung über die Höhe der Finanzierung.<sup>284</sup>

Die Mittel, die die Hochschulen nach dem SAN REMO-System erhalten, werden ihnen als Globalsumme zur Verfügung gestellt; sie sind nicht verpflichtet, diese für bestimmte Zwecke zu verwenden.<sup>285</sup>

<sup>280</sup> Diese Stunden pro Student/in sind für die verschiedenen Studiengänge (bzw. unterschiedliche Abschlüsse im gleichen Fach) national festgelegt; sie werden hin und wieder überprüft und angepasst. Dabei gibt es Studiengänge etwa im Bereich Wirtschaftswissenschaften / Jura, für die nur 6 - 7 Stunden berechnet werden, und andere z.B. im Bereich Ingenieurwissenschaften, die mit über 30 Stunden veranschlagt werden. Vgl. o.V. (2002): S. 1 f.

<sup>281</sup> Dabei sind bestimmte Schwellen- und Höchstwerte zu berücksichtigen.

<sup>282</sup> Zum einen werden hier die "teuren" Fächer aus Naturwissenschaften und Gesundheitswesen zusammengefasst, zum anderen die rechts-, wirtschafts-, sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächer.

<sup>283</sup> Allerdings werden die Stellen, die einer Hochschule nach dem SAN REMO-Verteilungssystem zustehen, nicht unbedingt auch eingerichtet. Vgl. [http://marelle.isty-info.uvsq.fr/~journal/sapristy.php3?id\\_article=97&action=close](http://marelle.isty-info.uvsq.fr/~journal/sapristy.php3?id_article=97&action=close).

<sup>284</sup> Information von Mr. Gabriel, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Universität Henri Poincaré, Nancy, 4.11.02.

<sup>285</sup> Maassen (2000): S. 25. Davon ausgenommen sind die IUT, für die es jedoch ein eigenes Budget gibt und die quasi als eigenständige Hochschulen gesehen werden können. Ebd.

Neben diesem System, durch das i.d.R. etwa 90% der Mittel verteilt werden, besteht auch noch das der Verträge, die das Ministerium mit den Hochschulen schließt. Dadurch erhalten die Hochschulen rund 10% ihres Etats.<sup>286</sup> Die Mittel, die den Hochschulen durch die Verträge zuerkannt werden, sind an spezifische Projekte gebunden, die im Vertrag entsprechend angeführt werden.<sup>287</sup> Die entsprechenden Projektmittel können dann für alle betroffenen Bereiche genutzt werden, so auch für die Forschung.<sup>288</sup>

### 9.2.1.2 Studiengebühren und Studienförderung

Die Studiengebühren – eigentlich: Einschreibgebühren (*droits d'inscription*) – liegen an Universitäten zwischen 137 € und 894 € pro Studienjahr (für Studien, die zu einem staatlich anerkannten Abschluss führen). An den *Grandes Ecoles* ist tatsächlich von Studiengebühren zu sprechen, die i.d.R. zwischen 3.050 € und 7.000 € liegen, aber auch bis zu 22.000 € betragen können.<sup>289</sup>

Für sozial bedürftige Vollzeitstudierende gibt es verschiedene Stipendien (*bourses*), die über das CNOUS (*Centre National des Œuvres Universitaires et Scolaires*) bzw. eines der 28 CROUS (*Centres Regionaux des Œuvres Universitaires et Scolaires*) ausgezahlt werden. Die wichtigsten dieser Stipendien sind:<sup>290</sup>

- Stipendien nach sozialen Kriterien (*bourses sur critères sociaux*)  
Diese werden i.d.R. nur an Studierende mit französischer Staatsbürgerschaft gezahlt. Weitere Voraussetzungen sind, dass die Studierenden bei Antrag höchstens 26 Jahre alt sind und sich in der Erstausbildung in einem "stipendienfähigen" Studiengang befinden. Für diese Studierenden gibt es ein System, das ihre Bedürftigkeit in Punkten misst: Diese Punkte werden z.B. nach Anzahl der Geschwister, nach der Entfernung zwischen Elternhaus und Hochschule, nach der Zahl eigener Kinder der Studierenden und für Behinderungen vergeben. Je nach Punktzahl (max. 17) werden unterschiedlich hohe Einkommen (i.d.R. der Eltern) zugrunde gelegt, bei denen man von Bedürftigkeit der Studierenden sprechen kann. Je nach Einkommen gibt es 6 verschiedene Förderungsstufen. Die geringste Förderung besteht aus der Übernahme der Studiengebühren und der studentischen Sozialversicherung; in den weiteren Stufen werden darüber hinaus bis zu 3.500 € pro Studienjahr (Stand Studienjahr 2002/03) in monatlichen Raten an die Studierenden ausbezahlt. Das Stipendium wird i.d.R. nur für die reguläre Dauer des gewählten Studiengangs gewährt.
- Stipendien für besonders leistungsstarke Studierende (*bourses de mérite*)  
Seit 1998 gibt es jährlich 800 Stipendien für besonders leistungsfähige Studierende; auch diese werden aber nur an bedürftige Studierende vergeben (Voraussetzungen wie oben). Wer in diese Kategorie fällt, besonders gute (hoch)schulische Leistungen vorweisen kann und sich erfolgreich vor einer entsprechenden Kommission präsentiert hat, kann für das Studium an bestimmten *Grandes Ecoles* bzw. für ein Medizinstudium ein Stipendium von 6.100 € im Jahr (Stand Studienjahr 2002/03) bekommen. Dieses Stipendium wird nur für jeweils ein Jahr vergeben und muss dann ggf. verlängert werden.

<sup>286</sup> Die meisten Hochschulen erhalten 5 bis 15% ihres Budgets über die Verträge; in besonderen Fällen (neue Hochschulen oder Hochschulen in den überseeischen Territorien) können es auch bis zu 50 % sein. Auskunft von Mr. Saltel vom CNE, 5.12.02.

<sup>287</sup> Nicolle (2000): S. 5 ff.

<sup>288</sup> Auskunft von Mr. Saltel vom CNE, 5.12.02.

<sup>289</sup> Vgl. <http://cnous1.cnous.fr/etrangers/financement/cout.htm>.

<sup>290</sup> Zur folgenden Darstellung vgl. ausführlich <http://www.cnous.fr/vieetud/bourses.htm>. Zu sonstigen Stipendienarten vgl. ebd.

Die verschiedenen Stipendien können nicht miteinander kombiniert werden. Studierende, die gemäß den o.g. genannten Kriterien kein Stipendium bekommen können, aber ein Studium an einer dem Bildungsministerium unterstellten Hochschule absolvieren, können sich um ein Darlehen (*prêt d'honneur*) bewerben. Die Anzahl und die Höhe aller Darlehen hängen von der Zahl der Bewerber und den Mitteln ab, die dafür insgesamt zur Verfügung stehen. Ein Darlehen wird in einer Summe überwiesen; es müssen keine Zinsen dafür gezahlt werden.

## 9.2.2 Finanzierung der Forschung

Hochschulforschung wird in Frankreich auf verschiedenen Wegen finanziert: Zunächst einmal erhalten die Hochschulen durch das oben beschriebene SAN REMO-System eine Basisfinanzierung, die somit auch zur Forschungsfinanzierung genutzt werden kann. Außerdem kann mittels der Verträge je nach Art des darüber finanzierten Projekts auch Forschung an den Hochschulen gefördert werden. Auch gibt es für bestimmte Aktivitäten (Kolloquien, Publikationen etc.) Mittel vom Bildungsministerium.<sup>291</sup>

Darüber hinaus können die Universitäten von nationalen Forschungsorganisationen wie dem CNRS (*Centre National de la Recherche Scientifique*)<sup>292</sup> Mittel für spezifische Projekte, ggf. in Zusammenarbeit mit dem CNRS, erhalten.<sup>293</sup> Dies macht den größeren Anteil der Forschungsmittel aus. Auch diese Institutionen basieren ihre Allokationen auf Qualitätsbewertungen; als Kriterien werden dabei etwa die Qualität des Forschungsplanes, die Umsetzung früherer Pläne, die Anzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen und wissenschaftlicher Leistungen herangezogen; das CNRS setzt peer reviews dafür ein.<sup>294</sup>

Ferner können Universitäten Forschungsmittel von der EU oder von regionalen Verwaltungseinrichtungen erhalten, die ihre eigenen Budgets für Forschung und Entwicklung haben. In zunehmendem Maße finanzieren sich Forschungsinstitute jedoch auch über Einnahmen aus dem Verkauf von Patenten bzw. durch Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen.<sup>295</sup>

## 9.3 Verfahren der Qualitätssicherung

### 9.3.1 Akkreditierung

Es gibt in Frankreich bislang keine Akkreditierung im engeren Sinn, mit dem System staatlicher Anerkennung wird jedoch etwas Ähnliches erreicht. Alle privaten Hochschulen können sich beim Staat um staatliche Anerkennung bewerben (Staatliche Hochschulen sind mit ihrer Gründung quasi automatisch vom Staat anerkannt.). Die staatliche Anerkennung ermöglicht es der Hochschule, finanzielle Unterstützung vom Staat zu bekommen, und sie ist die Voraussetzung für ihre Studierenden, staatliche Fördergelder oder Stipendien zu bekommen. Um auch staatlich anerkannte Abschlüsse verleihen zu dürfen, muss eine Hochschule seit mindestens fünf Jahren die staatliche Anerkennung haben; ansonsten werden die gleichen Kriterien wie bei der Prüfung

<sup>291</sup> Auskunft von Mr. Saltel vom CNE, 5.12.02.

<sup>292</sup> Dabei handelt es sich um unabhängige öffentliche Organisationen. Diese erhalten ihre Mittel selbst vom Staat; auf das CNRS entfielen 2002 mit gut 2,2 Mio. € fast 1/4 aller Ausgaben des Staates für Forschung (militärische Forschung ausgenommen). Vgl. <http://www.sg.cnrs.fr/dfi/donnees/budget2002/bcrd.htm>.

<sup>293</sup> Zu einer Liste sonstiger Forschungseinrichtungen vgl. <http://www.cnrs.fr/cw/en/band/autr/orgfren.html>.

<sup>294</sup> Maassen (2000): S. 27.

<sup>295</sup> Auskunft von Mr. Saltel vom CNE, 5.12.02.

auf staatliche Anerkennung angewandt (jedoch mit strengerem Maßstab, was Niveau und Qualität der Lehre betrifft).<sup>296</sup>

Ansonsten gibt es für Hochschulen die Möglichkeit, sich freiwillig bei nationalen und internationalen Organisationen akkreditieren zu lassen, um sich damit z.B. in einem bestimmten Bereich eine Art Gütesiegel zu verschaffen.

### 9.3.2 Qualitätsbewertung

Derzeit gibt es in Frankreich unterschiedliche Organisationen, die für Qualitätsbewertungen zuständig sind. Einige davon bewerten nur die Qualität der Hochschullehre, andere die Qualität außeruniversitärer und universitärer Forschung. Was den Hochschulsektor betrifft, ist das CNE (*Comité National d'Evaluation*) die wichtigste Organisation, deren Bewertungsverfahren daher im Folgenden dargestellt wird. Insbesondere im Forschungsbereich gibt es aufgrund der Vielzahl von Forschungsorganisationen auch eine relativ hohe Anzahl an Organisationen, die auch für die Evaluation der Forschung zuständig sind. Ein Beispiel dafür ist die Forschungsorganisation CNRS (*Centre National de la Recherche Scientifique*), die größte französische öffentliche Einrichtung für Grundlagenforschung. Diese bewertet auch hochschulische Forschungsinstitute und soll daher kurz vorgestellt werden.

#### 9.3.2.1 Bewertung durch das CNE (*Comité national d'évaluation*)

Die wichtigste Organisation für Evaluationen ist das *Comité national d'évaluation des établissements publics à caractère scientifique, culturel et professionnel* (kurz: *Comité national d'évaluation*, CNE).<sup>297</sup> Es wurde 1984 gegründet; seit 1989 ist es administrativ unabhängig. Es untersteht direkt dem Staatspräsidenten, ist also nicht dem Bildungsministerium untergeordnet. Das CNE wird direkt durch den Staat finanziert.

Das CNE umfasst 25 Mitglieder, die durch den Ministerrat bestimmt werden und deren Amtszeit 4 Jahre beträgt (nicht erneuerbar). Im Zweijahresrhythmus wird die Hälfte aller Mitglieder ausgetauscht. Die Mitglieder des CNE bestimmen aus ihrer Mitte einen Präsidenten des Komitees.<sup>298</sup> Vier Dekrete legen die Aufgaben des CNE fest und regeln seine Arbeitsweise.<sup>299</sup> Ansonsten organisiert das CNE seine Arbeit selbst (z.B. was Zeitpläne betrifft).

#### Ziele

Die Bewertungen durch das CNE wurden eingeführt, um die Qualität der Hochschulen zu verbessern und um ihnen höhere Legitimität zu geben – die Evaluationen sollten eine Art Gegengewicht zur Autonomie der Hochschulen bilden.

Ferner dienen die Bewertungsberichte des CNE dazu, Informationen für den Staat, andere Geldgeber und die breite Öffentlichkeit bereitzustellen. Die Empfehlungen, die in den Berichten an die Hochschulen ausgesprochen werden, dienen diesen außerdem als Instrument zur strategischen Planung, insbesondere was die Verbesserung der Qualität von Lehre, Forschung und

---

<sup>296</sup> Eurydice (2000), Kapitel 2.6.2.

<sup>297</sup> Zu diesen und folgenden Absätzen vgl.: <http://www.cne-evaluation.fr>.

<sup>298</sup> Elf der Mitglieder kommen aus übergeordneten Organisationen im wissenschaftlichen / akademischen Bereich, vier werden vom Bildungsministerium vorgeschlagen, drei kommen aus der *Conférence des présidents d'universités* (Konferenz der Universitätspräsidenten), drei aus der hochschulfernen Lehre und Forschung, und je ein Mitglied stammt aus der Schulkonferenz, einer weiteren Hochschulorganisation, dem *Conseil d'Etat* (Staatsrat) und dem Finanzhof. Die 19 Mitglieder, die dem wissenschaftlich-akademischen Bereich zugehören, müssen nicht Franzosen sein.

<sup>299</sup> Dies sind die Dekrete vom 21. Februar 1985, 7. Dezember 1988, 23. September 1992 und 5. September 2002.

Management betrifft.<sup>300</sup> Dies wird dadurch noch weiter gefördert, dass jede Einrichtung vom CNE dazu angehalten wird, regelmäßig bzw. kontinuierlich Daten über sich selbst zu sammeln – dies kann sich die Einrichtung für ihre interne Planung zunutze machen.

### Gegenstand und Kriterien

Die Bewertungen, die das CNE durchführt, sind unterschiedlicher Natur:

- Bewertungen von Institutionen: Bislang sind alle Universitäten sowie rund dreißig weitere Hochschulen bewertet worden; eine zweite Runde läuft derzeit.<sup>301</sup>
- Bewertungen von Standorten: Dabei werden die Interaktionen berücksichtigt, die es zwischen mehreren Hochschulen einer jeweils fest definierten Region gibt.
- Analysen zu speziellen Themen, die auf den Hochschulbereich bezogen sind (z.B. sportliche Aktivitäten der Studierenden)
- Bewertungen, die auf ein bestimmtes Fach / eine bestimmte Disziplin oder auf eine bestimmte Hochschulausbildung (Medizin, Pharmazie) bezogen sind<sup>302</sup>

Die institutionellen Bewertungen sind dabei die wichtigsten. Bewertet werden die gesamten Institutionen; dabei werden Forschung und Lehre sowie das Management der Institutionen und ihre Stellung aus regionaler, nationaler und internationaler Sicht mit einbezogen.

Das CNE hat alle Hochschulen zu bewerten, die im Verantwortungsbereich des Bildungsministeriums liegen. Es *kann* zudem auch Hochschulen bewerten, die anderen Ministerien zugeordnet sind. Nicht zuständig ist das CNE für die Bewertung von Personen, für die Genehmigung von Studiengängen oder für die Verteilung staatlicher Mittel.<sup>303</sup> Es hat auch (außerhalb der eigenen Institution) keine Reglementierungs- oder Verwaltungsbefugnisse.

Bei den Bewertungen wird geachtet auf:<sup>304</sup>

- das Management der Hochschule: interne Organisation, Instanzen, Leitung, Projekte, Vertrag mit dem Ministerium, interne Evaluation, Beziehungen zu anderen Organisationen, interne und externe Kommunikation etc.
- ihre Personalressourcen: Führung von / Umgang mit Lehr- und sonstigem Personal
- ihre materiellen Ressourcen: Finanzverwaltung, Liegenschaftsmanagement etc.
- Studierende: Statistiken über Studierende, Politik der Hochschule, was das studentische Leben betrifft, Beteiligung Studierender an hochschulpolitischen Entscheidungen etc.

<sup>300</sup> Was die Bewertung der Forschung betrifft, kooperiert das CNE mit dem CNER (*Comité National d'Evaluation de la Recherche*), einer unabhängigen Organisation, die im Auftrag Dritter oder aus eigenem Entschluss verschiedene Arten von Bewertungen für unterschiedliche Forschungseinrichtungen durchführen kann. Auskunft von Frau Inizan vom CNER im März 2004.

<sup>301</sup> Die erste Bewertung fand 1986 statt; die letzte der ersten Runde 1996 (in dieser Zeit waren aber ein paar Hochschulen bereits ein zweites Mal bewertet worden).

<sup>302</sup> So hat es z.B. schon Querschnittsevaluationen zu den Fächern Geographie, Informations- und Kommunikationswissenschaften und Zahnmedizin gegeben. Erst seit 1995 wird bei Bewertungen durch das CNE darauf geachtet, die Hochschulen nach geographischen Regionen, nach der Art der Einrichtung oder nach Disziplin zusammenzufassen. CNE (1999): S. 5.

<sup>303</sup> Für diese Aufgaben in Zusammenhang mit Qualitätsbewertungen sind andere Organisationen zuständig. Dies sind der *Conseil National des Universités* und der *Haut Conseil de l'évaluation de l'école* (für die Bewertung von Lehrpersonal), das *Comité National d'Evaluation de la Recherche* (für die Bewertung von Forschern und Forschungslaboren), das Bildungsministerium (für Akkreditierung von Hochschulen und für die Anerkennung von Hochschulgraden) und die *Inspection Générale de l'Administration de l'Education Nationale* (für die Bewertung des leitenden Personals der Hochschulen).

<sup>304</sup> Zur folgenden Aufzählung vgl. CNE (2001): S. 11 ff.

- Studiengänge
- Forschung, Wissenstransfer und Einbindung in den lokalen / regionalen Kontext

### Organisation und Gestaltung

Die Bewertung besteht aus einer internen Bewertung (Selbstbewertung) und einer externen Bewertung. Die Kriterien und Indikatoren, anhand derer die Bewertungen stattfinden, sind vom CNE gemeinsam mit der Konferenz der Universitätspräsidenten bereits 1986 aufgestellt und 1994 überarbeitet worden.

Entscheidungen über die Bewertung von Hochschulen werden bei der CNE im Plenum auf Anregung des CNE-Präsidenten getroffen. Für jede Bewertung sind dann zwei oder drei Mitglieder des CNE hauptverantwortlich (ggf. noch unterstützt durch einen Berater).

Beim ersten Treffen zwischen den Verantwortlichen sowie dem Generalsekretariat des CNE und dem Präsidenten der jeweiligen Hochschule wird das Prinzip festgelegt, nach dem die Bewertung erfolgt, und der Leitfaden zur Bewertung wird der Hochschule übergeben. Das Generalsekretariat sammelt sogleich alle erhältlichen Informationen über die jeweilige Hochschule: statistische Angaben, Ziele und Mission der Hochschule, Inhalt des Vertrags mit dem Staat (siehe Kapitel 9.1) etc. Diese Angaben gehen sämtlich in die Bewertung mit ein.<sup>305</sup>

Bei einem ersten Besuch vor Ort erläutert eine Delegation des CNE allen Hochschulangehörigen (Hochschulleitung; Vertreter von Professoren, Hochschulverwaltung und Studenten), wie die Bewertung abläuft. Die Hochschule hat dann zwei bis drei Monate Zeit, alle Angaben für die Selbstbewertung zu erheben. Der Selbstbewertungsbericht, den sie daraufhin mit Hilfe der Fragebögen<sup>306</sup> des CNE erstellt und an das CNE übergibt, soll eine Analyse ihrer Stärken, Schwächen und Perspektiven umfassen.

Nach Prüfung der Selbstbewertung stellen die Verantwortlichen beim CNE die Themen auf, die besonders geprüft werden sollen, und wählen die Experten für die externe Bewertung aus, die dann vom CNE-Präsidenten ernannt werden.<sup>307</sup> Nachdem sie erste schriftliche Informationen bekommen haben, werden die Experten zu einem Treffen eingeladen, bei dem die Vor-Ort-Besuche bei den entsprechenden Hochschulen vorbereitet werden. Die jeweiligen Verantwortlichen des CNE erläutern dabei, was genau die Erwartungen des CNE sind und diskutieren gemeinsam mit den Experten, welche Problematik bei welchem Thema zu beachten ist.

Die Expertenbesuche, die durch das CNE organisiert werden, dauern i.d.R. drei Tage. Die Experten unterhalten sich dabei mit Leitern der Hochschule, Lehrenden, Forschern, Verwaltungskräften, Studenten und externen Partnern. Innerhalb des folgenden Monats nach einem Besuch schickt jeder einzelne Experte seinen vertraulichen Bericht an das CNE. Alle Experten treffen sich dann noch ein zweites Mal, um ihre Standpunkte zu vertreten und ihre Analysen mit denen der anderen abzugleichen, um schließlich die Spezifika der jeweiligen Hochschule herauszuarbeiten. So wird ein Bewertungsbericht zu dieser Hochschule erstellt, der dem CNE übergeben wird.

---

<sup>305</sup> Wenngleich statistische Daten eine wichtige Grundlage für Bewertungen sind, sieht das CNE den Schwerpunkt bei Bewertungen auf der qualitativen Ebene. Es ist daher der Auffassung, dass man nicht nur auf Leistungsindikatoren achten darf; man muss auch die spezifische Situation der jeweiligen Hochschule, den Kontext, ihre Entwicklung und ihre Ziele beachten.

<sup>306</sup> Es gibt einen Fragebogen für die allgemeine Darstellung der Einrichtung und gesonderte Fragebögen für Teilbereiche und Dienststellen.

<sup>307</sup> Dies sind Experten aus dem Hochschulen, leitende Angestellte aus dem administrativen und technischen Bereich der Hochschulwesens und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft; sie können aus Frankreich oder aus dem Ausland kommen.



Sobald der Bericht vom CNE gebilligt wurde, wird er als vorläufiger Bericht (noch ohne Schlussfolgerungen und Empfehlungen) dem Hochschulpräsidenten zugeleitet, der den Bericht bestätigen muss. Im Rahmen eines Besuches nimmt das CNE alle Bemerkungen der Hochschulleitung entgegen, die es zu diesem Bericht geben mag; diese werden dann ggf. im endgültigen Bericht berücksichtigt. Wenn dieser endgültige Bericht vom CNE im Plenum verabschiedet wurde, wird er – nun mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen versehen – an den jeweiligen Hochschulpräsidenten geschickt mit der Einladung, eine Antwort darauf zu verfassen.

Der Bericht wird dann mit der Antwort des Universitätspräsidenten veröffentlicht (Auflage 500 bis 1000 Exemplare). Die Berichte werden umgehend an den Staatspräsidenten und den Minister, in dessen Aufgabenbereich die betreffende Einrichtung fällt, sowie an die Verantwortlichen der Einrichtung gesandt. Anschließend sorgt das CNE für die weitere Verbreitung in der wissenschaftlichen und akademischen Welt, in Verwaltungsbehörden, unter Personen aus der Politik und Repräsentanten aus Gesellschafts- und der Wirtschaftskreisen, Auslandskorrespondenten, Medien. Eine vierseitige Zusammenfassung, Profil genannt, stellt die Hochschule, die Hauptaussagen der Bewertung und die wichtigsten Empfehlungen an die Hochschule vor.<sup>308</sup>

Die Bewertung durch das CNE führt zu Schlussfolgerungen und Empfehlungen, die für die betreffenden Einrichtungen jedoch keinen imperativen Charakter haben. Vom CNE wird jedoch 12 bis 18 Monate nach Erscheinen des Bewertungsberichts festgestellt, inwieweit die Empfehlungen beachtet / umgesetzt wurden.

### 9.3.2.2 Qualitätsbewertung der Forschung durch das CNRS (*Centre National de la Recherche Scientifique*)

Von der Vielzahl französischer Forschungsgesellschaften, die es in Frankreich gibt, ist das CNRS (*Centre National de la Recherche Scientifique*) die größte. Rund 1.200 Forschungsgruppen (Labore u.ä.) gehören mit dazu. Viele davon sind hochschulische Forschungsinstitute. Die Forschungsleistungen aller Mitglieder des CNRS werden durch ein gesondertes Komitee bewertet, das es bereits seit 1945 gibt: das *Comité National de la recherche scientifique* (kurz CN). Seine Mitglieder werden alle vier Jahre neu gewählt. Für die Bewertung der Leistungen der Mitglieder des CNRS unterscheidet das CN die Wissenschaften in 40 Gebiete<sup>309</sup>; für jedes davon gibt es beim CN eine eigene Sektion mit je 21 Mitgliedern. Jede Sektion bewertet die Aktivitäten der Forschenden und der Forschungslabore – nicht die Forschungsprogramme. Die Forschungsinstitute von Hochschulen, die durch das CNRS anerkannt sind, unterliegen damit der Evaluation durch das CN. Dieses kann alle vier Jahre darüber entscheiden, ob die Institute fortbestehen sollen oder nicht.<sup>310</sup> Qualitätsbewertungen finden alle zwei Jahre statt. Während dabei sehr darauf geachtet wird, allen Besonderheiten jeder Forschungseinrichtung gerecht zu werden, gibt es doch einige Kriterien, die in allen Fällen die gleichen sind: Veröffentlichungen, Beteiligung an internationalen Kongressen, internationale Zusammenarbeit und Lehrtätigkeiten werden immer einbezogen. Hinzu kommen spezifische Kriterien für jede Sektion.<sup>311</sup>

<sup>308</sup> Beide Dokumententypen sind auf der Website des CNE einsehbar (<http://www.cne-evaluation.fr>).

<sup>309</sup> Diese Zahl wird den Entwicklungen immer wieder angepasst; ursprünglich waren es nur 11 Sektionen. Hinzu kommt eine interdisziplinäre Sektion.

<sup>310</sup> Vgl. <http://www.cnrs.fr/sgcn/accueil.html>.

<sup>311</sup> Vgl. <http://www.cnrs.fr>.

### 9.3.3 Meta-Evaluation

#### Bewertung durch den HCéé (Haut Conseil de l'évaluation de l'école)

Der *Haut Conseil de l'évaluation de l'école* (HCéé), der Ende 2000 gegründet wurde und dem auch der Präsident des CNE angehört, ist mit der Beurteilung durchgeführter Bewertungen (als eine von drei Aufgaben) betraut. Gemäß dem Gründungsdekret ist der HCéé für die Überprüfung aller Evaluationen im Bildungsbereich Frankreichs (auch im Hochschulbereich) zuständig; dabei äußert er sich auch zu den Methoden, die bei den Bewertungen genutzt werden. Dafür wird auch die Hilfe ausländischer Experten in Anspruch genommen. Auf diesem Wege sollen die Stärken und Schwächen des gesamten französischen Bildungssystems herausgearbeitet werden. Im Wesentlichen richtet sich die Arbeit des HCéé auf die Bewertung von Lehrenden und Lernenden; die Meta-Evaluation ist nur ein eher kleines Arbeitsgebiet.<sup>312</sup> Seitens des HCéé wird betont, dass keine Verbindung seiner Arbeit mit der Finanzierung von Hochschulen besteht.<sup>313</sup>

### 9.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung

In Frankreich wird für die Finanzierung der Hochschulen ein formelgebundenes Verfahren mit Verträgen kombiniert; die Finanzierung funktioniert für beide Hochschularten nach dem gleichen Schema. Nach der formelbasierten Finanzierung wird auf Basis der Anzahl der Studierenden und der je nach Studiengang vorgesehenen Stundenzahlen ermittelt, wie hoch die Personal- und Betriebskosten für die jeweilige Hochschule auszufallen haben. Zugleich ist dabei ein Vertrag einzuhalten, der zwischen Staat und Hochschule für eine Laufzeit von vier Jahren geschlossen wurde; in diesem Vertrag wird festgelegt, wie sich die Hochschule entwickeln soll. Die Mittel werden den Hochschulen als Globalsumme zur Verfügung gestellt.

Zur Qualitätssicherung wird in Frankreich v.a. ein Verfahren eingesetzt: das der Qualitätsbewertung. Qualitätsbewertungen werden vom *Comité national d'évaluation*, CNE, durchgeführt; Gegenstand dieser Bewertungen ist die gesamte Hochschule.

Bislang gibt es keine unmittelbaren finanziellen Konsequenzen, die aus diesen Qualitätsbewertungen gezogen werden. Allerdings spielen die Bewertungsergebnisse einer Hochschule sowie die Überprüfung, inwieweit die Empfehlungen dort berücksichtigt werden, eine Rolle bei den Verhandlungen über die Verträge mit dem Ministerium. Die Bewertungsberichte werden nach Möglichkeit bewusst so veröffentlicht, dass sie bei den Vertragsverhandlungen vorliegen. Insofern ist davon auszugehen, dass der indirekte Einfluss der Qualitätsbewertungen erheblich sein kann – allerdings wäre er vermutlich noch größer, wenn die Qualitätsbewertungen häufiger durchgeführt würden. Bisher gibt es noch keinen festen Rhythmus; derzeit läuft erst der zweite Zyklus.

---

<sup>312</sup> Vgl. <http://cisad.adc.education.fr/hcee>.

<sup>313</sup> E-Mail-Auskunft des HCéé vom 06. November 2002.

## 10 Irland

### 10.1 Hochschulsystem

#### 10.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

Verantwortlich für die staatlichen Hochschulen ist das Ministerium für Bildung und Wissenschaft (*Department of Education and Science*). Sein Einfluss auf die nicht-universitären Hochschulen ist größer als auf die Universitäten, die eine hohe Handlungsautonomie gegenüber dem Staat genießen. Die nicht-universitären Hochschulen werden direkt vom Bildungsministerium finanziert. Zwischen den Universitäten und dem Staat steht eine Pufferinstitution namens *Higher Education Authority*. Diese Institution wurde 1968 gegründet, doch ihr genauer Aufgabenbereich wurde erst durch ein Gesetz im Jahr 1971 formell niedergeschrieben (*Higher Education Authority Act*). Neben der Finanzierung der sieben Universitäten im Lande wurde der Institution eine Beratungsfunktion zu allgemeinen Hochschulfragen übertragen. Seit 1997 ist die HEA auch für die externe Qualitätssicherung im irischen Universitätssektor zuständig. In Entstehung und Funktion ist die *Higher Education Authority* dem ehemaligen britischen *University Grants Committee* (1919-1988) sowie seinen Nachfolgeorganen, den *Funding Councils for Higher Education*, verwandt (s. Länderstudie England). Ihr Pendant im nicht-universitären Hochschulsektor, der *Higher Education and Training Awards Council* (Rat für Hochschul- und berufsbezogene Abschlüsse; HETAC), wurde im Jahr 1999 eingerichtet.

Der irische Hochschulsektor erfuhr in den 90er Jahren große strukturelle Reformen und eine drastische Steigerung der Studierendenzahlen.<sup>314</sup> Um dem Rechnung zu tragen, wurde 1997 ein neues Hochschulgesetz (*Universities Act*) verabschiedet, das u.a. Maßnahmen der Qualitätssicherung festlegt, die Einrichtung von neuen Universitäten vorsieht und die allgemeinen Bedingungen dafür bestimmt. Finanzierungsmodalitäten wurden darin nicht behandelt.

Zur Unterstützung der Reformbestrebungen hat die Regierung unlängst die OECD um ein Gutachten zur Lage des irischen Hochschulwesens gebeten. Die Ergebnisse des OECD-Gutachtens werden mit großer Spannung erwartet. Laut offizieller Bekanntgabe vom 18.08.2003 sollen die Gutachter zu sechs Themenbereichen Stellung nehmen:<sup>315</sup>

1. Pädagogische, wissenschaftspolitische und gesellschaftliche Rolle des Hochschulsystems
2. Strategisches Management und Struktur des gesamten Hochschulsystems
3. Effektivität und Verbesserung von Lehren und Lernen
4. Unterstützung und Ausbau von Forschung und Entwicklung
5. Finanzierung des Hochschulsystems sowie der einzelnen Institutionen
6. Internationale Wettbewerbsfähigkeit

#### 10.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

In Irland gibt es 30 öffentliche Institutionen, die Hochschulbildung anbieten. Sie lassen sich in fünf Gruppen unterteilen: Universitäten, *Institutes of Technology* (≈ Fachhochschulen), Pädagogische Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen sowie Privatkollegs. 55% der Studierenden

<sup>314</sup> Skilbeck (2001) und Clancy (1996).

<sup>315</sup> Siehe Homepage des Bildungsministeriums – [http://www.education.ie/servlet/blobervlet/OECD\\_review\\_higher\\_ed\\_irl.doc](http://www.education.ie/servlet/blobervlet/OECD_review_higher_ed_irl.doc)

besuchen eine öffentliche Universität und 38% ein Institute of Technology. Die restlichen 7% sind hauptsächlich bei Hochschuleinrichtungen in privater Trägerschaft eingeschrieben.<sup>316</sup>

Die Universitäten bieten hauptsächlich Bachelor- und Master-Abschlüsse mit wissenschaftlicher Ausrichtung sowie Promotionen an, während die *Institutes of Technology* eher berufsnahe Abschlüsse (*diplomas* und *certificates*) in kürzeren Studiengängen anbieten. Postgraduierte Studien finden i.d.R. in den Universitäten statt, aber in jüngster Zeit bieten *Institutes of Technology* zunehmend auch forschungsorientierte höhere Abschlüsse (Master/Doctor) an.

Ob die binäre Trennung aufrecht erhalten wird, wird vermutlich auch im o.g. OECD-Gutachten behandelt. Hinsichtlich der Entwicklung der Hochschulsektoren ist sowohl eine Tendenz zur Verwissenschaftlichung ("*academic drift*") beim Angebot der *Institutes of Technology*, die nicht mehr allein berufsnahe Kurse anbieten, als auch ein verändertes Selbstverständnis ("*mission drift*") bei den Universitäten zu beobachten, die sich nicht allein auf akademische Kurse spezialisieren. Das Dublin Institute of Technology – eine Fachhochschule – ist zudem die größte Hochschule Irlands mit 20.000 Studierenden.<sup>317</sup>

Das irische Hochschulsystem zählt 150.000 Studierende (VZÄ) und ist damit das kleinste in diesem Ländervergleich. Zwischen 1995 und 2001 erfuhr die Studierendenzahl einen Zuwachs von 30% und lag damit im OECD-Trend (OECD-Durchschnittswachstum für diese Periode 31%). Die Studienanfängerquote ist dabei noch unterdurchschnittlich bei 38% (OECD-Durchschnitt 47%).<sup>318</sup> Neben Japan und Großbritannien hat Irland mit 15% eine der niedrigsten Abbruchquoten (durchschnittlich 30% in OECD-Ländern).

Im OECD-Vergleich sind die Ausgaben pro Student/in (2000) in Irland mit US\$11.083 überdurchschnittlich (OECD-Durchschnitt US\$9.571).

### 10.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Zulassungsvoraussetzung für ein Studium im irischen Hochschulwesen ist das Abschlusszertifikat aus der Sekundarstufe (*Leaving Certificate*). Schulabgänger mit Abschlusszertifikat haben jedoch nicht automatisch das Recht auf einen Studienplatz, sondern werden aufgrund der Abschlussnoten von den Hochschulen ausgewählt. Auswahlgespräche an den Hochschulen sind selten. Bewerbungen um Studienplätze werden von einer zentralen Einrichtung (*Central Applications Office*) koordiniert.

Die Studienstruktur folgt dem angelsächsischen Modell mit dem Bachelorgrad als Regelabschluss des Hochschulstudiums. Studierende können sich für Master-Studiengänge nach Absolvierung eines Bachelor-Studiengangs bewerben. Studiengänge sind i.d.R. modularisiert und Prüfungen werden studienbegleitend abgenommen (Credit Points). Das Studium für Vollzeitstudierende ist nicht gebührenpflichtig (s. S.94) und etwa 40% aller Studierenden bekommen ein einkommensabhängiges staatliches Darlehen zur Studienförderung.<sup>319</sup>

## 10.2 Finanzierungsmethoden

Zuständig für die Finanzierung der Universitäten in Irland ist die *Higher Education Authority* (HEA). Die HEA steht als Pufferinstitution zwischen Bildungsministerium und Universitäten. Eine solche Institution gibt es für die *Institutes of Technology* nicht, die dem Bildungsministerium

<sup>316</sup> Government of Ireland (2002).

<sup>317</sup> Duff (2003).

<sup>318</sup> OECD/ISCED-Klassifikation 5A. Für 5B liegt die Studienanfängerquote bei 18%.

<sup>319</sup> HIS (Hrsg.; 2002).

direkt unterstehen. Universitäten und *Institutes of Technology* werden unterschiedlich finanziert. Im Universitätssektor wird i.W. ein an Studierendenzahlen orientiertes Bemessungsmodell verwendet; dieses Verfahren wird ergänzt durch Vouchers, die eine zusätzliche Nachfrageorientierung bewirken. Im IT-Sektor ist das Verfahren diskretionär-inkrementalistisch.

### 10.2.1 Basisfinanzierung von Lehre und Forschung im Universitätssektor

Im Jahr 2001/02 erhielten die Universitäten 86% ihrer Einnahmen von der HEA als staatlichen Zuschuss und 14% aus Studiengebühren für postgraduierte Studiengänge, Nutzungsgebühren, Zinsgewinnen, Stiftungsgeldern und Sonstigem.<sup>320</sup>

Der staatliche Zuschuss, der von der HEA verwaltet und verteilt wird, besteht aus zwei Komponenten – einer globalen und einer zweckgebundenen Zuweisung (s. Abbildung 10.1).<sup>321</sup>

**Abbildung 10.1: Anteilige Aufteilung des staatlichen Zuschusses über die HEA und durchschnittliche Anteile an den Einnahmen einer Universität (2001)**

HEA-Zuschuss nach Zuweisungsform	Anteile am staatlichen Zuschuss	Durchschnittliche Anteile an den Einnahmen einer Universität
<b>Globale Zuweisung</b>	<b>93%</b>	<b>80%</b>
Grundbudget	63%	54%
Erstattung für Studiengebühren	30%	26%
<b>Zweckgebundene Zuweisung</b>	<b>7%</b>	<b>6%</b>
Sonderinitiativen	2%	1,7%
fachbereichbezog. Finanzierung	4%	3,4%
Qualitätssicherung und pädagogische Weiterbildung von Hochschulpersonal	1%	0,9%
<b>Insgesamt</b>	<b>100%</b>	<b>86%</b>

Die Universitäten erhalten die **globale Zuweisung** aus zwei Töpfen: einem Grundbudget und einem Fond für die Erstattung von nicht mehr von den Studierenden selbst zu entrichtenden Studiengebühren.

- **Grundbudget (63%):** Das Grundbudget wird nach der Studierendenzahl verteilt. Universitäten erhalten einen individuellen Betrag, der sich an den Kosten pro Student/in orientiert. Diese Kosten werden jedes Jahr neu berechnet. Die HEA erwartet von den Universitäten einen jährlichen Bericht aus der Kostenrechnung. Auf der Basis dieser Daten werden Durchschnittskosten pro Student, differenziert nach Fächern, berechnet. Die Ergebnisse der vergleichend aufgebauten Kostenrechnung werden für Finanzierungsentscheidungen für das Folgejahr verwendet. Zum Beispiel: Wenn ein Fachbereich an einer Universität als relativ teuer im Vergleich mit den anderen Anbietern eingestuft wird, geht die HEA davon aus, dass ein Einsparpotential vorliegt. Infolgedessen erhält die Hochschule weniger Mittel für das Folgejahr. Der Zusammenhang zwischen errechneten Durchschnittskosten und dem Betrag, den eine Hochschule erhält, ist jedoch indirekt.

<sup>320</sup> CHIU (2003a): S.15.

<sup>321</sup> HEA (2002).

Offiziell "informieren" die Durchschnittskosten die endgültige Finanzzuweisung. Die gesamte Verteilungssumme ist gedeckelt.

- **Erstattung für Studiengebühren (30%):** Die Handhabung entspricht im Wesentlichen der des englischen Hochschulsystems (vgl. Kapitel 7.2.2). Bis 1996 zahlten die Studierenden diese Gebühren prinzipiell selbst. Ihre Höhe wurde von den einzelnen Universitäten festgelegt. Die Mehrheit der Studierenden erhielt jedoch eine einkommensabhängige Befreiung von den Studiengebühren, die in diesem Fall vom Staat übernommen wurden. Die Einführung der Gebührenfreiheit wurde mit der Begründung gerechtfertigt, ein "wichtiges finanzielles und psychologisches Hemmnis zur Teilnahme an Hochschulbildung abzuschaffen".<sup>322</sup> Die Hochschulen bekommen einen Pro-Kopf-Betrag; somit lässt sich diese Form der staatlichen Finanzierung als eine Art Voucher bezeichnen.
- Anzumerken ist allerdings, dass die Befreiung von Studiengebühren nur für das erste Studium gilt. Für ein Zweitstudium oder ein verlängertes Studium, das sich aufgrund von wiederholten Fachsemestern ergibt, werden Gebühren erhoben. Wegen Budgetbeschränkungen im irischen Hochschulwesen wird die Wiedereinführung der Gebühren für das Erststudium erwogen.<sup>323</sup>
- **Zweckbezogene Zuweisung (7%):** Zusätzlich zur globalen Zuweisung hat die HEA in den letzten Jahren angefangen, eine kleine Summe – etwa 7% des gesamten Zuschusses – für besondere Initiativen gesondert zu verteilen. Bei Sonderinitiativen, z.B. zur Öffnung der Universitäten für bildungsferne Schichten oder zur Verringerung der Abbruchquote, müssen sich die Universitäten um diese zusätzlichen Mittel bewerben. Bei fachbereichsbezogener Finanzierung von Studiengängen in bestimmten Fachbereichen, z.B. in der Informatik oder im Gesundheitsbereich, hängt die Höhe der Finanzierung von der ausgehandelten Studierendenzahl ab. Auch für Initiativen zur Verbesserung der hochschulinternen Qualitätssicherung oder pädagogischen Weiterbildung von Hochschulpersonal können die Hochschulen Zusatzmittel erwerben. Die Fördermittel werden anhand von Expertenurteilen vergeben. Die Einrichtung des letztgenannten Fonds geht auf eine Initiative der Universitäten zurück und folgt der Einsicht, dass Qualitätssicherung Geld kostet.<sup>324</sup>

### 10.2.2 Sonderfinanzierung der Forschung im Universitätssektor

Der staatliche Zuschuss enthält keine Mittel, die speziell für Forschungstätigkeit ausgewiesen sind. Es gibt jedoch eine Reihe von Einrichtungen und Initiativen, die Forschungsaktivitäten finanziell unterstützen. Sie sind fast alle innerhalb der letzten fünf bis zehn Jahre entstanden und werden aus einem Zentralfonds im Rahmen des Nationalen Entwicklungsplans finanziert. In diesem Plan wird aktuell die Verteilung von 52 Mio. € zwischen 2000 und 2006 geregelt. Diese Summe besteht aus öffentlichen, privaten und EU-Mitteln und berührt fast alle Lebensbereiche in Irland. Für die Verteilung der Mittel im Wissenschaftssektor wurden zwei Forschungsräte (*Research Councils*) eingerichtet, einer für Geistes- und Sozialwissenschaften und einer für Natur- und Ingenieurwissenschaften. Diese Forschungsräte weisen das Geld u.a. für Forschungsvorhaben, Qualifikationsmaßnahmen (Doktoranden-/Postdoktoranden-Stipendien) und den Austausch von Wissenschaftlern zu. Sie agieren ähnlich wie die Forschungsräte in Großbritannien. Die Königliche Irische Akademie (*Royal Irish Academy*), die 1785 gegründet

<sup>322</sup> Clancy (1996): S.367.

<sup>323</sup> CHIU (2003b).

<sup>324</sup> CHIU (2000): Kapitel 3.11.

wurde, bleibt bestehen. Ihre Aufgabe der Pflege und des Ausbaus der wissenschaftlichen Struktur wird durch die anderen Forschungsräte ergänzt.

Zusätzlich dazu wurde eine Initiative gestartet, die Forschung und Entwicklung speziell für den Fortschritt der Wirtschaft unterstützt (*Enterprise Ireland*), und eine andere, die Biotechnologie fördert (*Science Foundation Ireland*). Die entsprechenden Finanzmittel werden über ein Bewerbungsverfahren vergeben. Sie werden nicht direkt und nicht allein vom Staat finanziert.

Im Jahr 1999 wurde von der Regierung eine Initiative gestartet, die den Hochschulen eine zusätzliche zeitlich begrenzte Finanzierung für Forschungsprojekte nach einer positiven Bewertung sowohl von erbrachter Forschungsleistung als auch von Forschungsstrategien zuweist. Seit 1999 wurden auf diesem Wege 605 Mio. € verteilt. Das Verfahren durchlief bisher drei Zyklen, und die aktuellen finanziellen Zusagen gelten bis 2006. Dieses Verfahren gilt gleichermaßen für Universitäten wie für *Institutes of Technology*. Das Finanzierungsprogramm, das geeignet ist, für neue Forschungsprojekte eine Anschubfinanzierung zu geben, wurde jedoch kritisiert, weil die Finanzierung keine Mittel für die laufenden Betriebskosten für die Zeit danach zusichert. Wegen Budgetbeschränkungen wurde das Programm im Jahr 2003 vorübergehend außer Kraft gesetzt.

### 10.2.3 Institutionelle Finanzierung der *Institutes of Technology*

Die Finanzierung der *Institutes of Technology* basiert auf einer jährlichen Verhandlung mit dem Bildungsministerium. Die Methode ist als diskretionär-inkrementalistisch zu charakterisieren. Das Ministerium bewilligt kein neues Lehrprogramm, ohne dass es vorher akkreditiert wurde (s. 10.3.2.1). Erst dann kann eine Hochschule ein höheres Budget aufgrund des neuen Programms einfordern.

## 10.3 Verfahren der Qualitätssicherung

Wie aus Abschnitt 10.1.2 hervorgeht, gibt es im Wesentlichen zwei Hochschularten: die Universitäten, die über die HEA finanziert werden und umfassende institutionelle Autonomie genießen, und die *Institutes of Technology* (IT), die direkt vom Staat finanziert werden und über weniger institutionelle Autonomie verfügen. Beide Teile des Hochschulsystems kennen unterschiedliche Verfahren zur Bewertung und Sicherung von Qualität auf institutioneller Ebene sowie zur Akkreditierung von Studiengängen.

### 10.3.1 Universitäten

#### 10.3.1.1 Verfahren zur Akkreditierung von Studiengängen

Universitäten, die vor dem Hochschulgesetz von 1997 ihren Status erhielten, haben das Recht, neue Studiengänge in eigener Regie einzuführen. Sie sind zur Teilnahme an externen Akkreditierungsmaßnahmen nicht verpflichtet.<sup>325</sup> Universitäten, die nach dem Erlass des Hochschulgesetzes ihren Status erhielten, müssen sich dem unten beschriebenen System für die *Institutes of Technology* anschließen (bisher gibt es keine neuen Universitäten).

<sup>325</sup> Diese rechtliche Auslegung gründet eher auf Tradition als auf dem Gesetzestext von 1999, in dem eine eindeutige Unterscheidung zwischen Universitäten und anderen Hochschulen nicht formuliert wurde.

### 10.3.1.2 Quality Audit

#### Ziele

Schon im Jahr 1995 richtete die Hochschulrektorenkonferenz in Irland (*Conference of Heads of Irish Universities*) eine Arbeitsgruppe zum Thema "Qualitätssteuerung" ein (*Inter University Quality Steering Committee*).<sup>326</sup> In dieser Zeit wurden sowohl seitens der Universitäten als auch seitens des Staates Ideen über die möglichen Formen und Aufgaben von qualitätssichernden Maßnahmen formuliert. Die Regierung betonte v.a. die Bedeutung von qualitätssichernden Maßnahmen für die Rechenschaftslegung. Gleichzeitig jedoch erkannte sie die rechtlich autonome Stellung der Universitäten an, die ein Konfliktpotential zwischen externer Rechenschaftslegung und Handlungsautonomie entstehen ließ. Eine Lösung sah die Regierung in der Gestaltung eines Quality-Audit- Verfahrens, das zweistufig war und bei internen Verfahren der Qualitätssicherung und -bewertung ansetzte. Diese Strategie wurde auch von der Hochschulkommission zur Zukunft des Hochschulwesens (*Steering Committee on the Future Development of Higher Education*), die im gleichen Jahr einen Bericht veröffentlichte, geteilt. Im Hochschulgesetz von 1997 wurde das Vorhaben schließlich gesetzlich verankert.<sup>327</sup>

Die Teilnahme am Verfahren ist Pflicht. Die Universität muss laut Gesetz wenigstens alle zehn Jahre eine Bewertung der Qualität ihrer Gesamtleistung intern durchführen und extern prüfen lassen. An den Universitäten in Cork und Galway beispielsweise findet dieser Vorgang alle sechs Jahre statt.

#### Gegenstand und Kriterien

Das Verfahren basiert auf einer internen Qualitätsbewertung. Dabei werden Lehre, Forschung und zusätzliche Dienstleistungen der Universität untersucht. Die Hochschule legt selbst die Kriterien fest, nach denen sie bewertet.<sup>328</sup> Die Gutachter müssen laut Gesetz die Meinung aller Nutzer der universitären Leistungen – Studierende eingeschlossen – als Evaluationskriterien berücksichtigen.

#### Organisation und Gestaltung

Es handelt sich um ein zweistufiges intern gesteuertes Verfahren, das einer periodischen Bewertung von außen unterzogen wird. Die Hochschule bewertet sich zunächst selbst. In der zweiten Stufe des Verfahrens wird diese Selbstbewertung von einer Gutachterkommission überprüft. Diese Kommission besteht aus Mitgliedern der eigenen Hochschule sowie aus externen Prüfern, sog. "Peers", die in der Lage sind, die Leistung der Universität mit nationalen und internationalen Standards zu vergleichen. Diese zweistufige Bewertung muss mindestens alle zehn Jahre durchgeführt werden.

Zwei Beispiele seien hier angeführt: An der Universität Cork besteht die Kommission aus drei Mitgliedern und einem Vorsitzenden. Der Vorsitzende und ein Mitglied der Kommission kommen aus der eigenen Universität, das zweite Mitglied aus dem irischen Universitätssektor und das dritte aus dem Ausland. An der Universität Galway besteht die Kommission versuchsweise aus fünf Mitgliedern. Anstelle eines Vorsitzenden gibt es einen Berichterstatter, der dem hochschulinternen Qualitätskomitee angehört. Ein Mitglied kommt aus dem zu bewertenden Fachbereich der eigenen Universität. Zwei Mitglieder – aus dem irischen Universitätssektor respektive aus dem Ausland – sind externe Prüfer. Das fünfte Mitglied kommt aus der Wirtschaft oder einer Organisation, die einen potentiellen Abnehmer für Hochschulabsolventen darstellt.

---

<sup>326</sup> Dieser Abschnitt stützt sich auf: Duff et al. sowie auf den Gesetzestext zum Hochschulgesetz 1997.

<sup>327</sup> Universities Act, 1997, §35, Kapitel 1 u. 2. u. passim.

<sup>328</sup> Nach ersten Erfahrungen hat die irische Hochschulrektorenkonferenz einen Rahmenplan für die interne Qualitätssicherung verfasst. CHIU (2003c).



Mindestens alle 15 Jahre muss der jeweilige Hochschulrat (*Governing Body*) einer Universität die *Higher Education Authority* einladen, um die Effektivität der hochschulinternen Verfahren zur Qualitätsbewertung überprüfen zu lassen.

Die genaue Form und die Konsequenzen der Bewertung werden im Gesetz nicht vorgeschrieben. Festgelegt ist jedoch, dass der Hochschulrat einer Universität den Gutachterbericht veröffentlichen muss. Des Weiteren hat der Hochschulrat dafür Sorge zu tragen, dass die jeweilige Universität die Empfehlungen aus dem Bericht in die Tat umsetzt. Die externe Qualitätssicherung soll die Effektivität der internen Systeme gewährleisten.

### 10.3.2 Institutes of Technology

#### 10.3.2.1 Verfahren zur Akkreditierung von Studiengängen

Die *Institutes of Technology* (ITs) werden vom Bildungsministerium finanziert und stehen in keinem Verhältnis zur *Higher Education Authority*. Sie haben auch kein autonomes Recht, Studiengänge zu genehmigen und Absolventen einen eigenen Abschluss zu verleihen. Das Organ, das die Akkreditierung von Studiengängen sowie die Bewertung von qualitätssichernden Maßnahmen auf institutioneller Ebene durchführt, wurde durch ein Gesetz von 1999 etabliert (*Qualifications (Education and Training) Act, 1999*).<sup>329</sup> Es trägt die Bezeichnung *Higher Education and Training Awards Council* (Rat für Hochschul- und berufsbezogene Abschlüsse; HETAC). Der Rat hat die Hauptaufgabe, sämtliche Studiengänge, die von den Institutes angeboten werden, zu akkreditieren, seien es Bachelor-Programme oder kürzere berufsbezogene Studiengänge (alle dem ISCED-Niveau 5 zuzuordnen). Programme, die einen höheren Schulabschluss nicht voraussetzen und i.d.R. als Berufsausbildung oder Erwachsenenbildung gekennzeichnet sind (d.h. ISCED-Niveau 4 entsprechen), werden von einer anderen Institution, dem *Further Education and Training Awards Council*, akkreditiert.

Zur Sicherung einer geeigneten Lernumgebung für das Bildungsangebot an den ITs wurde dem Akkreditierungsverfahren eine institutionelle Qualitätsevaluation hinzugefügt, die dem Verfahren im Universitätssektor sehr ähnlich ist.

#### Ziele

Die Zielsetzung des *Higher Education and Training Awards Council* (HETAC) lautet: Hochschulabschlüsse sollen entsprechend den höchsten internationalen Qualitätsstandards entwickelt und unterstützt werden. Im Wesentlichen erreicht der HETAC diese Zielsetzung über das Akkreditierungsverfahren. Die Akkreditierung selbst hat folgende Ziele:

- Die Bestimmung von Standards für das Wissen, die Fertigkeiten und Kompetenzen, die sich Studierende während eines Programms aneignen sollen.
- Die Absicherung, dass neue Programme einem Niveau entsprechen, das mit dem Niveau gleichnamiger Programme im Universitätssektor vergleichbar ist.
- Die Sicherstellung, dass das Niveau die Erwartungen der Studierenden, Arbeitgeber, Berufsverbände, anderer Hochschulinstitutionen und zuständiger Agenturen in Irland und im Ausland erfüllt.

Die Teilnahme am Akkreditierungsverfahren ist gesetzliche Pflicht für alle Institutionen, die Hochschulbildung anbieten außer für die Universitäten.

<sup>329</sup> Vgl. für diesen Abschnitt: Higher Education and Training Awards Council [HETAC] (o.J.).

## **Gegenstand und Kriterien**

Der Gegenstand der Akkreditierung ist der Studiengang. Dieser wird anhand von Kriterien sowohl zur Struktur des Studiengangs als auch zur Lernumgebung, in der er angeboten wird, bewertet. Drei Aspekte der Lernumgebung werden untersucht:

1. die sog. wissenschaftliche Umgebung
2. die physische Umgebung
3. Personal und Personalentwicklung

Unter "wissenschaftlicher Umgebung" versteht der HETAC eine geeignete Organisationsstruktur mit Komitees oder einen "akademischen Rat" (ähnlich dem universitären Senat), der die Qualität von Studienprogrammen überwacht. Ferner erwartet der Rat, dass ein internes System des Qualitätsmanagements existiert, um Standards zu erhalten und zu verbessern.

Unter "physischer Umgebung" fasst der Rat Ressourcen wie Unterrichtsräume, eine Bibliothek und Zugang zu Computern zusammen.

Das Personal, das ein Programm anbietet, muss eine geeignete Qualifikation vorweisen. Die Möglichkeit des Forschens und der Beratertätigkeit soll dem Personal eingeräumt werden, ferner müssen Initiativen zur Weiterbildung bestehen.

Beim eigentlichen Studiengang werden fünf Aspekte berücksichtigt. Allgemein geht es hierbei um die Spezifikation und Einhaltung von Standards in folgenden Bereichen:

1. Ziele des Programms
2. Lehr-/Lernstrategien
3. Zeitlicher Studienaufwand
4. Zulassungsbedingungen
5. Prüfungs-/Bewertungsverfahren der studentischen Leistung

Der Rat wünscht die Anwendung von verschiedenen Prüfungs- und Bewertungsverfahren zur Benotung der studentischen Leistung. Insbesondere äußert der Rat die Empfehlung, dass die Bewertung von studentischer Leistung nicht allein auf einem Endexamen basieren soll, sondern in Phasen aufgeteilt wird. Zur Sicherung von Mindeststandards und relativer Vergleichbarkeit zwischen Hochschulen muss die Institution externe Prüfer zur jährlichen Kontrolle einladen. Hier knüpft der Rat an eine Form der Qualitätssicherung an, die im angelsächsischen Hochschulwesen eine lange Tradition hat. Die externen Prüfer (*external examiners*) vollziehen im Grunde eine Metaevaluation der angewandten Verfahren. Sie besuchen eine Institution mindestens einmal im Jahr und nehmen dort an Sitzungen der Prüfungsausschüsse teil, um die Endnote zu bestätigen oder Kritik und Empfehlungen mitzuteilen. Externe Prüfer müssen im HETAC-Prüferpool angemeldet sein.

## **Organisation und Gestaltung**

Das Verfahren stellt ein klassisches zweistufiges, einmaliges Akkreditierungsverfahren dar. Eine Hochschule erarbeitet einen Bericht, der sowohl die Struktur des zur Akkreditierung eingereichten Programms als auch die Lernumgebung darstellt. Dieser Bericht wird im Auftrag des HETAC von Gutachtern gesichtet. Ein Vor-Ort-Besuch bei der Hochschule folgt, dieser schließt mit der Akkreditierungsentscheidung ab.

Die Gutachtergruppe besteht zur Hälfte aus Wissenschaftlern von anderen Hochschulen und aus Personen aus der Wirtschaft. Das Verfahren sieht vor, dass wenigstens ein Wissenschaftler aus dem Ausland in die Gutachtergruppe aufgenommen wird. HETAC-Personal nimmt am Vor-

Ort-Besuch nicht teil. Den Gutachtern wird in Vorbereitung auf ihre Gutachtertätigkeit ein Training angeboten.

Am Ende des Verfahrens erhalten die Antragsteller entweder eine positive Akkreditierung ihres Studiengangs und damit die Erlaubnis, diesen Studiengang anzubieten, oder eine Ablehnung. Der Rat erteilt in manchen Fällen eine bedingte Zusage, die an die Erfüllung von besonderen Auflagen geknüpft ist. Falls die Bedingungen nicht erfüllt werden, kann der Institution jederzeit die Akkreditierung aberkannt werden.

### 10.3.2.2 Quality Audit

Mit der Verabschiedung des Qualifikationsgesetzes im Jahr 1999 wurde die Abnahme und regelmäßige Sicherung der Effektivität von internen Qualitätssicherungsmaßnahmen in allen nicht-universitären Hochschulen vorgeschrieben.

Die Verfahrensweise ähnelt der bei den Universitäten. Die Hochschulen müssen einen Evaluationsbericht erarbeiten, den sie dann dem HETAC zusenden. Dieser Evaluationsbericht wird von einer externen Gutachtergruppe bewertet, die aus irischen und ausländischen Wissenschaftlern und Personen aus der Wirtschaft besteht. Nach Abfassung der externen Bewertung wird diese an HETAC weitergereicht, bevor der Rat der Hochschule anhand beider Berichte Empfehlungen gibt, die umgesetzt werden müssen.

Der Hauptunterschied zwischen den Verfahren im Universitäts- und *IT*-Sektor liegt im zeitlichen Abstand, in dem sie durchgeführt werden müssen. *Institutes of Technology* müssen eine interne Bewertung ihres Systems der Qualitätssicherung mithilfe einer von ihnen gebildeten Gutachtergruppe alle drei bis fünf Jahre vornehmen (im Universitätssektor: alle zehn Jahre). Alle fünf Jahre wird das System der internen Qualitätssicherung dann vom HETAC extern bewertet und kontrolliert (im Universitätssektor: alle 15 Jahre).

Eine Hochschule mit einem durch das Quality Audit bestätigtem internen Qualitätssicherungssystem und akkreditierten Studiengängen hat die Möglichkeit, das Recht auf die Vergabe eigener Hochschulabschlüsse zu erwerben. Danach entfällt die Notwendigkeit der externen Akkreditierung neuer Studiengänge.<sup>330</sup>

Der HETAC begründet diese Möglichkeit mit seinem Aufgabenverständnis, hauptsächlich eine Aufsichtsfunktion auszuüben. Der Rat erkenne an, "dass Selbstregulierung und Selbstakkreditierung für etablierte Hochschulen und Ausbildungsstätten, wie z.B. die *Institutes of Technology*, der vorbildlichen Entwicklung im internationalen Hochschulwesen entsprechen."<sup>331</sup>

Eine Hochschule kann dieses Recht für eine bestimmte Abschlussart, z.B. *National Diploma*, und i.d.R. für einen bestimmten Fachbereich erwerben.

## 10.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung

Das irische Hochschulsystem teilt sich i.W. in Universitäten und *Institutes of Technology*. Beide Systeme werden über ähnliche Instrumente koordiniert. Der Hauptunterschied besteht in der größeren Handlungsautonomie der Universitäten.

Im Universitätssektor wird die Budgethöhe an den empirischen Durchschnittskosten von Fachbereichen orientiert. Diese Finanzierungsmethode hat tendenziell zur Folge, dass die Hochschulen versuchen, die Durchschnittskosten zu erreichen. Sie müssen dazu bestrebt sein, eine

<sup>330</sup> HETAC (2002).

<sup>331</sup> HETAC (2002): Kapitel 2.3.

optimale Studierendenzahl zu erreichen. Eine negative Auswirkung könnte es auf die Fächerstrukturen in den Universitäten haben, wenn sie versuchen, eine optimale Mischung aus Fachbereichen mit hohen Kosten (und weniger Studierenden) und Fachbereichen mit niedrigen Kosten (und höherer Studierendenzahl) zu erreichen. Dies könnte zu einer Standardisierung der Fächerstrukturen führen. Diese Bestrebungen stehen einer Profilbildung und Diversifizierung zwischen den Hochschulen vermutlich im Wege.

Diskretionäre Zuweisungen, die an hochschulpolitische Ziele gebunden sind, bieten eine weitere Möglichkeit für den Staat, einen steuernden Einfluss auf das Angebot der Hochschulen auszuüben. In Irland wurde diese Komponente vor einigen Jahren dem Finanzierungsverfahren hinzugefügt. Sie trägt zur Zeit in einer Größenordnung von 7% zum staatlichen Zuschuss für die Universitäten bei.

Der Anteil von staatlich finanzierten Studiengebühren (*Vouchers*) an den durchschnittlichen Einnahmen einer Universität ist mit 26% sehr hoch. Dieses Instrument bewirkt – ähnlich wie die Studiengebühren, die es ersetzt – eine starke Nachfragesteuerung, denn hier ist die Höhe der Finanzzuweisung direkt von der Zahl der aufgenommenen Studierenden abhängig.

Die unterschiedlichen Verfahren der Qualitätssicherung im irischen System haben die Hauptaufgabe, die Qualität der Hochschulleistung zu kontrollieren, während strukturelle und größendimensionelle Änderungen auf das Hochschulsystem einwirken. Im Vergleich zu den zwei osteuropäischen Ländern (s. Länderstudien Ungarn und Tschechische Republik) wird dabei das "Kontrollieren" flexibler gehandhabt. Interne Entwicklungschancen der Hochschulen bekommen im irischen Hochschulsystem mehr Raum zugestanden. Dabei zeigen sich die Hochschulen sehr aktiv bei der Entwicklung von vergleichbaren internen Qualitätssicherungsverfahren.

Der Hauptunterschied zwischen den Qualitätssicherungssystemen in beiden Hochschulektoren besteht in der Verpflichtung der *Institutes of Technology*, ihre Programme akkreditieren zu lassen, während die Universitäten nicht dazu verpflichtet sind. Durchaus innovativ im Sinne der britischen Tradition ist die Möglichkeit für die *Institutes of Technology*, eine Befreiung vom Akkreditierungszwang zu erwirken.

## 11 Japan

### 11.1 Hochschulsystem

#### 11.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

Japan besteht aus 47 Präfekturen (administrativen Einheiten); Entscheidungen über (Hochschul-)Bildung werden jedoch auf nationaler Ebene getroffen.<sup>332</sup>

Das zuständige Ministerium ist das *Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology*, kurz MEXT genannt (auf japanisch *Monbukagakusho*, vor Namensänderung *Monbusho*); dort befasst sich das *Higher Education Bureau* mit Hochschulfragen.

Die derzeit aktuellen hochschulpolitischen Themen sind Deregulierung, Qualitätsbewertung bzw. -sicherung und die Gründung von "Exzellenzzentren" in jedem Studiengebiet. Außerdem ist ein Wandel der Rechtsform der Universitäten geplant, der weitere Veränderungen mit sich bringen wird.

Bereits seit 1999 gibt es Überlegungen der Regierung, die staatlichen Hochschulen von "Regierungs-Institutionen" in unabhängige öffentliche Körperschaften umzuwandeln. Der Bericht eines vom MEXT eingesetzten Expertenkomitees von 2002 schlägt dementsprechend die Umformung der staatlichen Universitäten in *National University Corporations* vor. Im Rahmen dieser Reform werden laut diesem Bericht drei Ziele angestrebt:

- größerer Wettbewerb in Forschung und Lehre
- größerer Druck zur Rechenschaftslegung in Zusammenhang mit dem Wettbewerb
- strategisches, "funktionelles" Management der Universitäten<sup>333</sup>.

Das Verhältnis von Staat und staatlichen Hochschulen soll sich dahingehend ändern, dass die Universitäten mehr Autonomie in ihrem Management erhalten; die Regierung würde mehr auf die Rechenschaftslegung der Hochschulen für ihre Ergebnisse achten als Managementprozesse kontrollieren. Der Schwerpunkt verschiebt sich also von einer ex-ante-Steuerung hin zu Ergebniskontrollen.<sup>334</sup> Das Ministerium erwartet, dass die Universitäten dann zunehmend vom Markt beeinflusst würden; es würde mehr Wettbewerb entstehen.<sup>335</sup> Was die Veränderungen auf Ebene der Hochschulen betrifft, sollen Management-Techniken aus dem privatwirtschaftlichen Bereich in den Universitäten eingeführt werden, um das Hochschulmanagement strategischer und dynamischer zu gestalten. Das Zusammenspiel dieser Veränderungen auf System- und auf institutioneller Ebene soll nach Erwartungen des Ministeriums dazu führen, dass die staatlichen Hochschulen ihre Organisations- und Managementstrukturen "revitalisieren" und die Qualität ihrer Lehre und Forschung verbessern.<sup>336</sup>

Eine Umsetzung der Reformpläne soll - trotz Kritik an der Reform und obwohl viele Punkte noch der Klärung bedürfen - im Frühjahr 2004 beginnen; dafür sind neue Gesetze bzw. Änderungen der bestehenden Gesetze erforderlich.<sup>337</sup>

<sup>332</sup> Yonezawa (1998).

<sup>333</sup> Um dafür wichtige Voraussetzungen zu schaffen, würden im Rahmen dieser Reform die staatlichen Universitäten ihre Flächen und Gebäude – bislang noch Eigentum des Staates – selbst als Eigentum bekommen. Außerdem wären Hochschulmitarbeiter dann keine Beamten mehr. Kaneko et al. (2003): S. 7. Außerdem würden die von den Universitäten generierten Einnahmen ihnen auch direkt zur Verfügung stehen (siehe Kapitel 11.2).

<sup>334</sup> Kaneko et al. (2003): S. 17 f.

<sup>335</sup> Vgl. <http://www.mext.go.jp/english/org/formal/05i.htm>, Fassung vom 22.08.2002.

<sup>336</sup> Kaneko et al. (2003): S. 18.

<sup>337</sup> Kaneko et al. (2003): S. 5 und 18.

Kritisiert wird von Seiten der Universitäten, dass sie vom Reformprozess im Wesentlichen ausgeschlossen waren. Viele von ihnen befürchten, dass das MEXT nach der Reform (d.h. nach einer entsprechenden Gesetzesnovelle) fast die volle Kontrolle über Personalangelegenheiten, Mittelverwendung und über die Planung von Forschung und Lehre haben wird und dass auch sonst die Kontrollmöglichkeiten durch das MEXT zunehmen würden. Zudem wird vielfach fest davon ausgegangen, dass die staatlichen Mittel für die Hochschulen in möglicherweise drastischem Ausmaß reduziert werden, so dass die Hochschulen auf andere Finanzierungsquellen angewiesen sein werden (vermutlich werden dann auch die Studiengebühren stark ansteigen). Es wird befürchtet, dass Hochschulen werden schließen müssen und dass die Qualität ihrer Leistungen leidet. Auch gilt als möglich, dass die staatlichen Universitäten langfristig privatisiert werden.<sup>338</sup>

### 11.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

Im ISCED 5A-Bereich und höher gibt es in Japan nur Universitäten (*Daigaku*) mit jeweils verschiedener inhaltlicher Schwerpunktsetzung.<sup>339</sup> Dabei sind die Universitäten nach ihrer Trägerschaft zu unterscheiden: Es gibt nationale, d.h. staatliche öffentliche Universitäten, lokale öffentliche und private Universitäten. Die Gründung neuer Hochschulen bedarf der Genehmigung des Ministeriums.<sup>340</sup>

2001 gab es in Japan insgesamt 669 Universitäten; 99 davon werden national (staatlich), 74 lokal (öffentlich) und 496 privat getragen; die privaten Universitäten stellen also gut 74% der Universitäten. Der Wachstumstrend bei Universitätsgründungen ist noch ungebrochen (2001 gab es 18 Universitäten mehr als im Vorjahr; auch in 2002 ist die Anzahl der privaten Universitäten gestiegen<sup>341</sup>). Die Zahl der Schulabgänger wird jedoch aufgrund niedrigerer Geburtenraten in den nächsten Jahren geringer als bisher sein, so dass entsprechend geringere Studierendenzahlen erwartet werden und bei den privaten Universitäten künftig auch Bankrotte und Schließungen für möglich gehalten werden.<sup>342</sup> Aber auch staatliche Universitäten bleiben von dieser Entwicklung nicht verschont: Derzeit übt das MEXT einigen Druck auf die staatlichen Universitäten aus, miteinander zu fusionieren, um im zunehmenden Wettbewerb weiterhin bestehen zu können.<sup>343</sup> Während die privaten Universitäten im Bereich der grundständigen Studiengänge eine wichtige Rolle spielen, haben die nationalen Universitäten eine große Bedeutung auf den Gebieten der Forschung, der Förderung von Nachwuchs-Wissenschaftlern und der Postgraduierten-Studien.

Insgesamt gab es in 2001 rund 2,8 Mio. Studenten an Universitäten (bei einer Gesamtbevölkerung von 127 Mio. Menschen). An staatlichen Universitäten studierten gut 623.000 Studierende, d.h. fast 23% aller Studierenden; an privaten dagegen über 73% (Rest: lokale öffentliche Universitäten).<sup>344</sup> Die Regierung hat die Studierendenzahlen bislang vorgegeben; dies soll aber nicht fortgesetzt werden, so dass die Universitäten selbst besser auf wissenschaftliche bzw. gesellschaftliche Anforderungen reagieren können. Allerdings soll die Regierung weiterhin das

<sup>338</sup> Zur Kritik an der geplanten Reform vgl. ausführlich Murasawa (2002). Eine Privatisierung der staatlichen Universitäten wurde in Regierungskreisen bereits vor einigen Jahren diskutiert. Vgl. Yonezawa (1998).

<sup>339</sup> OECD (1999): S. 95.

<sup>340</sup> Vgl. <http://www.unesco.org/iau/cd-data/jp.rtf>

<sup>341</sup> Kaneko et al. (2003): S. 6.

<sup>342</sup> MEXT (2002 a): S. 79 und Foreign Press Center (2001): S. 17.

<sup>343</sup> Brender (2003): S. A34.

<sup>344</sup> MEXT (2002 a): S. 79 f.

Recht haben, die jeweiligen Studierendenzahlen zu genehmigen, um auf diesem Wege die Qualität der Ausbildung zu sichern.<sup>345</sup>

2000 wurden vom MEXT ca. 2.246 Mrd. Yen (damals rund 22,6 Mrd. €) für staatliche Universitäten ausgegeben (inkl. Ausgaben für Forschungseinrichtungen und Universitätskliniken; davon entfielen rund 1.818 Mrd. Yen – etwa 18 Mrd. € – auf laufende Kosten inkl. Personalkosten); dies entsprach 93% der Ausgaben für sämtliche staatlichen Bildungseinrichtungen aller Niveaus.<sup>346</sup>

Im Jahr 2002 betrug das Budget des MEXT rund 6.580 Mrd. Yen (damals rund 55,8 Mrd. €), was 8,1% des Staatshaushalts entspricht. Davon waren knapp 5% (320 Mrd. Yen, d.h. 2,7 Mrd. €) für die laufenden Kosten privater Universitäten vorgesehen; gut 23% (1.543 Mrd. Yen, also rund 13 Mrd. €) waren für staatliche Bildungseinrichtungen (*Special Account Budget for National Educational Institutions*) vorgesehen. Insgesamt erhielten die staatlichen Bildungseinrichtungen aller Niveaus rund 2.783 Mrd. Yen (damals 23,6 Mrd. €) an staatlichen Mitteln (Differenz aus *General Account Budget*).<sup>347</sup> Das BIP betrug in 2002 496,2 Bio. Yen (damals etwa 4,2 Bio. €).<sup>348</sup>

Der weitaus größte Anteil der staatlichen Mittel für die Hochschulbildung geht an die staatlichen Universitäten.<sup>349</sup> Aus diesem Grunde sollen sie im Mittelpunkt der weiteren Betrachtungen stehen.

### 11.1.3 Zulassungssystem und Studienstrukturen

Die Grundvoraussetzung für den Zugang zu Universitäten ist ein Abschluss der höheren Sekundarstufe.<sup>350</sup> Darüber hinaus ist aber ein gutes Abschneiden bei Zulassungstests erforderlich. Jedes Jahr findet im Januar eine national organisierte, standardisierte Prüfung statt, die sog. NCUEE: *National Center for University Entrance Examination*. Etwa einen Monat später beginnen die Universitäten mit zusätzlichen eigenen Tests. Jede Universität kann ihre eigenen Kriterien für die Auswahl von Studierenden aufstellen und dafür Schulzeugnisse, schriftliche Tests, Interviews, Aufsätze, praktische Prüfungen etc. nach eigenen Präferenzen kombinieren. Auch die NCUEE-Prüfung nutzen die Universitäten als Teil ihrer Zulassungsprüfung (sie können auch nur einzelne Teile des nationalen Tests nutzen).<sup>351</sup>

Die japanischen Studiengänge sind so aufgebaut, dass auf den ersten Abschluss (meist nach vier Jahren) ein zweiter folgen kann (i.d.R. nach weiteren zwei Jahren); die japanischen Abschlüsse werden auch entsprechend mit Bachelor bzw. Master übersetzt. Darauf aufbauend kann ein Doktorandenstudium folgen.<sup>352</sup>

<sup>345</sup> Kaneko et al. (2003): S. 7.

<sup>346</sup> MEXT (2002 a): S. 190 f.

<sup>347</sup> MEXT (2002 b): S. 6.

<sup>348</sup> Vgl. [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=24&land\\_id=69](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=24&land_id=69).

<sup>349</sup> Zusätzlich zu den obigen Angaben vgl. Asonuma (2002): S. 109 f.

<sup>350</sup> Wer diese Qualifikation nicht mitbringt, kann in einer gesonderten Prüfung über die Qualifizierung für den Universitätszugang zeigen, ob er über ein akademisches Niveau verfügt, das dem von Absolventen der Sekundarstufe entspricht. Wer diese Prüfung besteht, erhält Zugang zum Studium an Universitäten.

<sup>351</sup> MEXT (2001): S. 7.

<sup>352</sup> OECD (1999): S. 57 ff. und MEXT (2001): S. 1 und 4.

## 11.2 Finanzierungsmethoden

Im Rahmen der geplanten Gesetzesänderungen und der neuen Rechtsform für Universitäten wird auch die Finanzierung der Universitäten geändert. Da diese Reform aber noch nicht umgesetzt wurde,<sup>353</sup> soll hier auch noch erläutert werden, wie das derzeitige System funktioniert.

Die nationale Regierung finanziert die Hochschulen über das MEXT auf verschiedenen Wegen. Zunächst gibt es Zahlungen an Institutionen: Staatliche Universitäten werden über das *National Schools Special Account* finanziert (mehr dazu im Unterkapitel 11.2.2); die anderen öffentlichen Hochschulen werden v.a. durch die jeweiligen lokalen Behörden finanziert; der Staat leistet nur einen relativ geringen Zuschuss. Auch an private Hochschulen zahlt der Staat Zuschüsse, die ca. ein Achtel von deren Kosten decken.<sup>354</sup>

Daneben gibt es auf staatlicher Seite ein Programm zur Forschungsförderung (siehe Kapitel 11.2.3) sowie eine Stiftung, die Studierenden Kredite zur Finanzierung ihres Studiums zur Verfügung stellt.

### 11.2.1 Studiengebühren und Studienförderung

Für tertiäre Bildung müssen in Japan Studiengebühren bezahlt werden. Ihre Höhe wird für staatliche Universitäten bislang noch von der Regierung festgesetzt.<sup>355</sup> Im Rahmen der Reformbewegungen soll es den Universitäten aber künftig freistehen, die Höhe von Studiengebühren selbst festzusetzen.<sup>356</sup> Bislang sind die Studiengebühren an den staatlichen Universitäten noch gleich hoch. Sie fallen i.d.R. deutlich niedriger aus als an privaten Universitäten - im Durchschnitt verlangen private Universitäten etwa doppelt so hohe Gebühren; die Unterschiede innerhalb privater Universitäten sind jedoch beträchtlich.<sup>357</sup> Ende der 90er Jahre waren an staatlichen Universitäten pro Jahr rund 560.000 Yen zu zahlen, was rund 3.850 € entsprachen hätte.<sup>358</sup>

Für leistungsfähige Studenten, die finanzielle Schwierigkeiten haben, ihr Studium fortzusetzen, gibt es von der *Japan Scholarship Foundation* zinsfreie und nicht zinsfreie Kredite. Ihre Höhe beträgt je nachdem, welches Niveau der Studiengang hat (grundständig, Master-Kurs oder Doktorandenstudium) und ob die Studierenden zuhause wohnen oder nicht, 504.000 bis 1.560.000 Yen pro Jahr (Werte von 2001) – das entspricht etwa 4.600 bis 14.300 €. <sup>359</sup> Neben den Krediten gibt es auch noch staatliche Stipendien, die aber nur sehr wenigen, ausgesuchten Studierenden gezahlt werden.<sup>360</sup>

Außer von der *Japan Scholarship Foundation* werden ähnliche Programme auch noch von den Präfektur-Regierungen, Non-Profit-Organisationen und Hochschulen angeboten.<sup>361</sup>

---

<sup>353</sup> Stand Februar 2004.

<sup>354</sup> Zu diesem und dem folgenden Absatz vgl. Kaneko et al. (2003): S. 9.

<sup>355</sup> Asonuma (2002): S. 113.

<sup>356</sup> DUZ (2002): S. 25.

<sup>357</sup> Tachi / Yonezawa (2003): S. 1 und MEXT (2001): S. 6.

<sup>358</sup> MEXT (2001): S. 6.

<sup>359</sup> Ebd.

<sup>360</sup> Vgl. [http://www.mext.go.jp/a\\_menu/koutou/ryugaku/03072201/005.htm](http://www.mext.go.jp/a_menu/koutou/ryugaku/03072201/005.htm).

<sup>361</sup> MEXT (2001): S. 6.



### 11.2.2 Basisfinanzierung von Lehre und Forschung

Das Management der Finanzen aller staatlichen Hochschulen erfolgt mit Hilfe des sog. *National Schools Special Account* (NSSA). Das NSSA ist ein Teil des staatlichen Haushalts, innerhalb dessen die Finanzen sämtlicher staatlicher Hochschulen gemeinsam verwaltet werden.

Nach dem bisherigen System wird jedes Jahr ermittelt, wie hoch die Ausgaben sämtlicher staatlicher Universitäten sein werden. Von dieser Summe wird der Wert subtrahiert, der den erwarteten Einnahmen aller staatlichen Universitäten entspricht. Die verbleibende Summe wird aus dem allgemeinen Haushalt des MEXT auf das NSSA transferiert.<sup>362</sup>

Die Einnahmen einer Universität – etwa aus Studiengebühren oder aus Krankenhäusern – kann die Universität also nicht direkt verwenden; vielmehr werden diese Einnahmen dem NSSA zugeführt.<sup>363</sup>

Was die Zusammensetzung des NSSA in 2002 betrifft, machten die Zahlungen des MEXT 55,5% des NSSA aus; hinzu kamen Einkünfte aus Universitätskliniken (21,1%), Studiengebühren u.ä. (12,5%) und Einkünfte aus Auftragsforschung (3,9%).<sup>364</sup> Der Anteil staatlicher Mittel am Budget der Universitäten hat seit den 70er Jahren immer weiter abgenommen; aller Voraussicht nach wird dieser Trend anhalten.<sup>365</sup>

Die Verwendung der Mittel stellt sich ein wenig anders dar: Von den Mitteln, die in 2002 im NSSA aggregiert waren – 2.783 Mrd. Yen (was in jenem Jahr 23,6 Mrd. € entsprach) – wurden 56,4% für die staatlichen Hochschulen, 22,4% für Universitätskliniken, 6,8% für den Hochschulen angegliederte Forschungsinstitute und der Rest für sonstige Posten ausgegeben (Die Angaben beziehen sich jeweils auf Personal-, Betriebs-, Kapital- und andere Kosten).<sup>366</sup>

Jeder Universität stellt der Staat auf Basis der geschätzten Ausgaben Mittel zur Verfügung. Dabei werden für verschiedene Zwecke bestimmte Beträge zuerkannt; die Universitäten müssen für jeden dieser Zwecke den betreffenden Mittelrahmen einhalten.<sup>367</sup>

Bislang wurden die Mittel für staatliche Universitäten (außer den Kosten für Personal und Gebäude / Einrichtungen) anhand eines Formelmodells verteilt. Hier sind v.a. der "formelbasierte Fakultätsfonds" und der "formelbasierte Fonds für Studenten" zu nennen. Dabei wurden normierte Kosten – differenziert nach Art der Aktivität (klinisch, experimentell, nicht-experimentell) und nach Bildungsniveau (grundständiges, Master- oder Doktoranden-Studium) – mit der Anzahl der Fakultätsmitglieder bzw. der Anzahl der Studierenden multipliziert. Ein Drittel bis zu einer Hälfte des Fakultätsfonds wurde automatisch an die Dekane und Fakultätsmitglieder verteilt. Er war damit nicht nur die wichtigste Quelle für die Finanzierung der gesamten Institution, sondern auch die wichtigste Finanzquelle für Forschung und Lehre – und die "sicherste" dazu, denn diese Mittel wurden unabhängig von Forschungs- bzw. Lehrqualität verteilt.<sup>368</sup>

Im Jahr 2000 wurde die Methode der Berechnung und Verteilung dieser Basisbudgets geändert. Zwar haben sich dadurch die Summen, die den Universitäten insgesamt zugeteilt werden, nicht wesentlich geändert; aber die Budgetanteile, die über die Formelfinanzierungs-Modelle zugeteilt wurden, betragen seitdem nur noch etwa 30% der Basisfinanzierung. Außerdem sind die normierten Kosten stärker vereinheitlicht worden. Die übrigen 70% werden nun nicht mehr

<sup>362</sup> Kaneko et al. (2003): S. 11.

<sup>363</sup> Ebd.

<sup>364</sup> Die verbleibenden 7% setzen sich aus anderen Quellen zusammen. Kaneko et al. (2003): S. 38.

<sup>365</sup> Asonuma (2002): S. 113 f.

<sup>366</sup> Kaneko et al. (2003): S. 11.

<sup>367</sup> Ebd.

<sup>368</sup> Asonuma (2002): S. 112.

wie zuvor automatisch an einzelne Fakultätsmitglieder verteilt, sondern werden der Universität als Globalsumme zur Verfügung gestellt.<sup>369</sup>

Die Verteilung der Mittel innerhalb der Hochschulen ist diesen selbst überlassen. Bislang fehlen den Universitäten vielfach noch Kriterien, anhand derer die interne Verteilung vorgenommen werden könnte. Es gibt an den Universitäten Befürchtungen, dass die Mittel gekürzt werden könnten, wenn sie keinen Weg finden, die Mittel effizient zu verteilen. Daher haben einige Universitäten nun die Verteilung der Mittel von Forschungsleistungen und der Höhe der eingeworbenen Drittmittel abhängig gemacht.<sup>370</sup>

Im Rahmen dieser Entwicklung ist die Entscheidungsgewalt bezüglich der Verwendung der Finanzmittel immer stärker von den Fakultäten auf die Universitätsleitung übergegangen. Aber auch die Kontrolle der Regierung gilt noch immer als hoch; das Bildungsministerium hat weitreichende administrative und finanzielle Macht. Es kann bestimmen, welche akademischen Bereiche bzw. Organisationen ausgebaut oder verkleinert werden sollen, wie viele Studierende zugelassen und wie viele Fakultätsmitglieder eingestellt werden. Zudem entscheidet die Regierung über die Gehälter der Professoren und über die Höhe der Studiengebühren.<sup>371</sup> Im Rahmen der geplanten Reformen soll sich dies jedoch ändern.

Nach der geplanten Reform würde der "Umweg" über das NSSA entfallen. Der Staat würde weiterhin den größten Anteil an der Finanzierung der Universitäten übernehmen; dann würden jedoch die Einkünfte jeder Universität *direkt* für die Finanzierung dieser (und nur dieser) Universität berücksichtigt. Spenden und ähnliche durch besondere Anstrengungen der Universität erzielte Einnahmen würden dabei nicht berücksichtigt, während Studiengebühren mit den staatlichen Zuschüssen verrechnet werden. Die staatlichen Zuschüsse für Personal- und laufende Kosten, die den Universitäten nach ihren vom MEXT anerkannten mittelfristigen Entwicklungsplänen gewährt werden, werden dann unterteilt in reguläre Zuschüsse (basierend auf der Zahl der Studierenden) und Sonderzuschüsse (etwa für Fachbereiche oder Projekte, für die die Verwendung von Studierendenzahlen schwierig ist). Bei der Vergabe staatlicher Mittel soll künftig auch das Abschneiden bei Evaluationen eine Rolle spielen. Die staatlichen Mittel würden den Universitäten als Globalsumme zur Verfügung gestellt, d.h. die Universitäten könnten selbst entscheiden, wofür und in welcher Höhe die Mittel eingesetzt werden. Außerdem soll es dann möglich sein, die Mittel auch auf das Folgejahr zu übertragen. Neben diesen Globalsummen für Personal- und laufende Kosten wird es gesonderte "Kapitalentwicklungs-Fonds" für Einrichtungen der Universitäten geben, um diese besser fördern zu können. Den Universitäten soll im Umgang mit ihren Gebäuden etc. größere Autonomie zugestanden werden, es soll ihnen dann z.B. auch gestattet sein, Darlehen aufzunehmen und Grundstücke zu verkaufen. Schließlich würde für Studiengebühren nur noch ein Standardwert angegeben sowie eine gewisse Spanne, innerhalb derer die Universitäten dann selbst ihre jeweiligen Studiengebühren festsetzen könnten.<sup>372</sup>

### 11.2.3 Zusatzfinanzierung für Forschung

Die oben skizzierte Basisfinanzierung umfasst grundsätzlich auch die Finanzierung der Forschung. Es gibt allerdings noch zusätzliche Mittel, die für Forschung zur Verfügung gestellt werden. Sie werden nicht aufgrund von Einheitskosten ausbezahlt und i.d.R. auch nicht an die gesamte Institution vergeben, vielmehr wählt das Ministerium spezifische Projekte aus, für die

<sup>369</sup> Asonuma (2002): S. 123.

<sup>370</sup> Ebd.

<sup>371</sup> Ebd., S. 113 und S. 123.

<sup>372</sup> Zum gesamten Absatz vgl. Kaneko et al. (2003): S. 11 und S. 22.

die Mittel bereit gestellt werden. Die Universitäten bzw. ihre Forscher stehen zueinander in Konkurrenz um diese Mittel. Für diese Forschungsmittel müssen die betreffenden Forscher zunächst einen Antrag schreiben, dann erfolgt ein *peer review* des Akademischen Forschungsrates, anhand dessen die Mittel an einzelne Forscher bzw. Projekte vergeben werden.<sup>373</sup> Die Forschungsbeihilfen stehen prinzipiell sowohl staatlichen als auch privaten Universitäten zur Verfügung; 1999 wurden jedoch etwa 80% der insgesamt 131,4 Mrd. Yen (rund 1.080 Mio. €) für Forschungsbeihilfen an staatliche Universitäten ausgezahlt.<sup>374</sup> Mittlerweile werden an den staatlichen Universitäten mehr als die Hälfte aller Forschungsmittel nach dem Wettbewerbsprinzip auf einzelne Projekte verteilt. Im Laufe der Zeit sind dabei die Unterschiede zwischen den staatlichen Universitäten größer geworden.<sup>375</sup>

Auch wenn es noch keine entsprechende offizielle Bekanntmachung gibt (jedenfalls nicht in anderen Sprachen als in japanisch), wird mittlerweile davon ausgegangen, dass die Verteilung der meisten staatlichen Mittel künftig vom Abschneiden der einzelnen Universitäten bei Qualitätsbewertungen durch externe Organisationen abhängen wird.<sup>376</sup> Es wird erwartet, dass die Universitäten wegen der Existenz externer Bewertungsagenturen ihre Leistungen verbessern werden.<sup>377</sup>

Es wird erwartet, dass der Umwandlungsprozess der staatlichen Universitäten in öffentliche Unternehmen zu deutlichen Veränderungen in der Verteilung (weniger der Summe) der staatlichen Mittel für diese Universitäten führt.<sup>378</sup>

### 11.3 Verfahren der Qualitätssicherung

Aufgrund einer Empfehlung des Zentralen Bildungsrates von 2002 wurde im gleichen Jahr die Gesetzgebung so geändert, dass bis 2004 ein System der Akkreditierung und Qualitätsbewertung vollständig und flächendeckend etabliert sein soll. Dafür werden im Wesentlichen die *Japanese University Accreditation Association* (JUAA) und die *National Institution for Academic Degrees and University Evaluation* (NIAD-UE) zuständig sein. Private Universitäten wollen zudem eine weitere Organisation gründen.<sup>379</sup>

#### 11.3.1 Akkreditierung

##### Ziele

In jedem Fall wird durch die Akkreditierung die Sicherung gewisser Minimalstandards bezweckt. Zusätzliche, freiwillige Akkreditierungen dienen dazu, größeres Ansehen zu bekommen, besondere spartenspezifische Standards zu sichern und / oder die internationale Anerkennung der Abschlüsse der jeweiligen Hochschule zu erhöhen.<sup>380</sup>

##### Gegenstand

Gegenstand des Verfahrens sind die Institutionen mit den von ihnen angebotenen Programmen.

<sup>373</sup> Asonuma (2002): S. 114 ff. Auf diese Weise wurde die finanzielle Kontrolle der Fakultäten eingeschränkt.

<sup>374</sup> Asonuma (2002): S. 110.

<sup>375</sup> Yonezawa (2002 a): S. 137.

<sup>376</sup> Kaneko et al. (2003): S. 21 ff. Erste entsprechende Pläne hatte das Bildungsministerium bereits 1999 aufgestellt; einen offiziellen Beschluss dazu gibt es bislang jedoch nicht. Vgl. Asonuma (2002): S. 124.

<sup>377</sup> Asonuma (2002): S. 124.

<sup>378</sup> Ebd., S. 124.

<sup>379</sup> Tachi / Yonezawa (2003): S. 5.

<sup>380</sup> Tachi (2001): S. 5 f.

## Organisation und Gestaltung

Die erste Stufe der Qualitätssicherung ist die staatliche Anerkennung einer neu zu gründenden Universität. Die Gründung von Hochschulen (gleich, unter welcher Trägerschaft) bedarf der Genehmigung durch die nationale Regierung, i.d.R. durch das MEXT, bei Hochschulen für bestimmte Berufssparten (z.B. Medizin) durch das jeweils zuständige Ministerium. Die Erteilung der Genehmigung ist abhängig von der Einhaltung gesetzlich festgeschriebener nationaler Standards für Universitäten. Damit soll die Qualität neuer Institutionen wie Programme gesichert werden. Bei der Gründung von staatlichen Universitäten, für die das MEXT selbst zuständig ist, ist ein eigener Rat innerhalb des MEXT für deren Genehmigung zuständig. Das MEXT supervisiert die Hochschulen in den ersten Jahren nach ihrer Gründung; danach wird die Verantwortung für Qualität den Hochschulen (als autonomen Einrichtungen mit akademischer Freiheit) übertragen. Aber auch dann gibt es gelegentlich noch Besuche durch Inspektoren des MEXT.<sup>381</sup>

Die Genehmigung der Hochschulgründung stellt also eine Form obligatorischer Akkreditierung dar; darüber hinaus gibt es aber noch Formen freiwilliger Akkreditierung. Diese kann z.B. durch die *Japanese University Accreditation Association* JUAA durchgeführt werden; durch erfolgreiche Akkreditierung werden die Universitäten zu Mitgliedern der JUAA.<sup>382</sup> Auch wenn die Akkreditierung einer Universität durch die JUAA keine Auswirkungen z.B. in Hinblick auf ein Anrecht der dortigen Studierenden auf Studienfinanzierung oder auf Zugang zu dieser Universität hat, so wird die Akkreditierung durch die JUAA als ehrenvoll angesehen, da die JUAA etwas strengere Kriterien als das MEXT hat (zu den Prozeduren s.u.). Etwa ein Drittel sämtlicher Universitäten in Japan wurden bis einschließlich 2001 durch die JUAA akkreditiert; von den 99 staatlichen Universitäten sind es 38. Einige der Universitäten haben sich bereits ein zweites Mal akkreditieren lassen.<sup>383</sup> Daneben gibt es auch noch andere Organisationen, die Hochschulen akkreditieren, z.B. nur für bestimmte Berufssparten (etwa im Ingenieurwesen).<sup>384</sup>

Für die Akkreditierung durch die JUAA gilt: Es können nur solche Einrichtungen akkreditiert werden, die schon mindestens vier Jahre bestehen. Und es werden nur solche Universitäten akkreditiert, die Studiengänge von vierjähriger Dauer anbieten; Hochschulen auf nicht-universitärem Niveau können also keine Mitgliedschaft erwerben. Eine weitere Voraussetzung für die Akkreditierung durch die JUAA ist, dass die Universität bereits eigene Mechanismen zur Selbstevaluation etabliert hat. Das Ergebnis solcher Selbststudien ist bei der Bewerbung um die Akkreditierung einzureichen, ergänzt um entsprechende quantitative Grunddaten. Das jeweils zuständige Komitee<sup>385</sup> bei der JUAA überprüft dann diese Selbstbewertung; es werden dabei auch die Anstrengungen berücksichtigt, die eine Universität unternimmt, um Verbesserungen zu erreichen und sich zu reformieren. Auf dieser Basis entscheidet das Komitee, ob die Akkreditierung erteilt wird; ggf. werden noch einige Reform- bzw. Verbesserungsvorschläge an die Universität gerichtet. Universitäten, die bereits durch die JUAA akkreditiert wurden, werden zunächst nach fünf Jahren, später alle sieben Jahre nach dem gleichen Verfahren von ihr reakkreditiert. Nur die Namen akkreditierter Universitäten werden veröffentlicht. Die Universitäten können dann mit ihrer JUAA-Akkreditierung als einer Art Gütesiegel für sich werben.<sup>386</sup>

<sup>381</sup> Tachi (2001): S. 5 f.

<sup>382</sup> Diese Organisation gibt es schon seit etwa 50 Jahren; aber erst in letzter Zeit sind Anstrengungen, sich freiwillig akkreditieren zu lassen, wieder üblicher geworden. Tachi (2001): S. 6.

<sup>383</sup> Vgl. <http://juaa.or.jp/english>.

<sup>384</sup> Tachi (2001): S. 6.

<sup>385</sup> Innerhalb der JUAA gibt es gesonderte Komitees und Subkomitees, die entweder für die Bewertung der gesamten Institution zuständig sind oder die sich mit den Leistungen der Universität auf dem Gebiet der Lehre bzw. Forschung befassen.

<sup>386</sup> Vgl. <http://www.juaa.or.jp/english> und Yonezawa (2002 b): S. 24 f.

Die Elemente, die von den Universitäten in ihrer Selbststudie berücksichtigt werden müssen, sind: Mission und Ziele der Universität, die Einrichtungen für Lehre und Forschung, die Aufnahme von Studenten, das Curriculum, die Forschungsaktivitäten, die Organisation der Lehre, Einrichtungen und Ausstattung, Lernmittel, Berücksichtigung des studentischen Lebens, Leitung und Administration sowie Organisationen und Systeme des Selbststudiums.<sup>387</sup>

### 11.3.2 Qualitätsbewertung

Bereits seit 1991 sind die Universitäten dazu verpflichtet, sich um die Selbstevaluation der Qualität ihrer Lehre und Forschung zu bemühen. Der Universitätsrat befürwortete die Gründung einer neuen zentralisierten Organisation, die für die Qualitätsbewertung zuständig und dabei unabhängig von Regierung und Hochschulen ist. Hintergrund dieser Forderung sind immer wieder geäußerte (wenngleich nicht durch Untersuchungen belegte) Zweifel, ob nationale Universitäten, da sie weniger dem Druck des Marktes ausgesetzt sind, genauso gute Qualität in Forschung und Lehre hervorbringen wie private Universitäten.<sup>388</sup> Eine Umfrage 1998 ergab, dass zwar fast 84% der Universitäten Systeme für Selbstbeobachtung und Selbstbewertung nutzten, aber nur etwa 15% auch eine Form externer Beurteilung eingeführt hatten.<sup>389</sup>

Ende der 90er Jahre wurde (u.a. auf Empfehlung des Universitätsrates 1998) auch die systematische externe Qualitätsbewertung durch *eine* zentrale Organisation eingeführt: Externe Qualitätsbewertungen werden nun von der *National Institution for Academic Degrees and University Evaluation* (NIAD-UE) übernommen.<sup>390</sup>

#### Ziele

Die Qualitätsbewertung an Universitäten soll einen doppelten Zweck erfüllen:<sup>391</sup>

Sie soll den jeweiligen Universitäten Feedback geben, das diesen hilft, ihre Aktivitäten in Lehre und Forschung zu verbessern. Das soll auch dazu führen, dass die Hochschulen ein deutlicheres eigenes Profil entwickeln.

Durch die Veröffentlichung der Bewertungsberichte soll erreicht werden, dass die Universitäten breiteres Verständnis und Unterstützung in der Öffentlichkeit dafür finden, wie sie verwaltet werden.

#### Gegenstand

Bewertet werden staatliche und lokale Universitäten sowie interuniversitäre Forschungsinstitute.<sup>392</sup> In der ersten Zeit sollen Qualitätsbewertungen im Wesentlichen auf öffentliche Universitäten beschränkt werden, da diese ja durch öffentliche Mittel finanziert werden und somit eine

<sup>387</sup> Vgl. <http://www.juaa.or.jp/english>.

<sup>388</sup> Yonezawa (1998). Aus diesem Grunde wurde in den letzten Jahren auch stark diskutiert, ob die nationalen Universitäten nicht privatisiert werden sollten. Vgl. ebd. Allerdings gilt auch zu bedenken, dass die staatlichen Universitäten von Tokio und Kyoto z.B. im "Academic Ranking of World Universities" zu den besten 50 Universitäten der Welt gezählt werden, während keine private japanische Hochschule diesen Status erreicht hat. Vgl. <http://ed.sjtu.edu.cn/rank/rank-2003.mht>.

<sup>389</sup> Yonezawa (1998).

<sup>390</sup> Tachi / Yonezawa (2003): S. 2 und Yonezawa (2002 a): S. 131. Bis Frühjahr 2003 hieß die Organisation noch NIAD *National Institution for Academic Degrees*; im Mai 2003 ist indessen der Name geändert worden, um das Feld der Qualitätsbewertung explizit mit einzubeziehen. Etliche der in dieser Arbeit angeführten Dokumente stammen allerdings noch vom NIAD unter dem alten Namen.

<sup>391</sup> NIAD (2000): S. 4.

<sup>392</sup> NIAD (2000): S. 4. Die interdisziplinären Forschungsinstitute – es gibt 15 davon – befinden sich ebenfalls unter staatlicher öffentlicher Trägerschaft. Tachi (2001): S. 3.

gewisse Rechenschaftslegung durch die Qualitätsbewertungen gegeben ist.<sup>393</sup> Die Teilnahme an einer Evaluation war bislang freiwillig; die jeweilige Institution konnte selbst entscheiden, ob sie sich einer externen Qualitätsbewertung unterzieht. Es wurde allerdings als eine gewisse soziale Verpflichtung betrachtet, dass Universitäten sich evaluieren lassen; diese wurde auch sehr ernst genommen.<sup>394</sup> Künftig ist die Teilnahme an externen Qualitätsbewertungen jedoch verpflichtend.<sup>395</sup>

Erst 2001 wurde mit systematischen externen Qualitätsbewertungen durch eine nationale Organisation begonnen; die Zeit von 2000 bis 2002 galt als Einführungsphase.<sup>396</sup> Die folgenden Ausführungen beziehen sich daher auf die derzeit angewandten Verfahren; diese können sich im Laufe der Zeit noch ändern. Bis 2004 sollen Qualitätsbewertungen jedoch flächendeckend eingeführt worden sein.<sup>397</sup>

Gegenstand von Bewertungen sind gesamte Institutionen sowie Lehre und Forschung.<sup>398</sup>

- Gesamte Institution ("Themen-Evaluationen"): Jedes Jahr wird an *allen* Universitäten eine Qualitätsbewertung zu einigen Sonderthemen durchgeführt; diese Bewertung findet auf der Ebene der gesamten Institution statt. So hat es bereits Evaluationen zu den Themen "Studium generale" (in Japan die ersten beiden Jahre an der Universität) und "Kooperation mit der Gesellschaft bei Forschungsaktivitäten" gegeben.<sup>399</sup>
- Lehre: Alle fünf Jahre werden auf Ebene der Fakultäten Qualitätsbewertungen der Lehre vorgenommen, dies geschieht jeweils disziplinspezifisch. Die Teilnahme ist freiwillig.
- Forschung: Ebenfalls alle fünf Jahre gibt es Qualitätsbewertungen der Forschung, die auf der Ebene der Fakultäten bzw. der Forschungsinstitute stattfinden; auch hier wird immer innerhalb der gleichen Disziplin verglichen. Hier gilt ebenfalls, dass nur einzelne Universitäten auf freiwilliger Basis in die Bewertung einbezogen werden.

## Organisation und Gestaltung

Zuständig für die Qualitätsbewertungen ist seit 2000 die *National Institution for Academic Degrees and University Evaluation* (NIAD-UE).<sup>400</sup> Sie wurde 1991 im Zuge eines Gesetzes zur Bildung neuer (Hoch)Schulen gegründet und wurde 2000 so umorganisiert, dass sie nun das Aufgabengebiet der Qualitätsbewertung mit übernimmt. Somit ist sie neben der Verleihung von akademischen Graden auch zuständig für die Qualitätsbewertung von Universitäten und inter-universitären Forschungsinstituten, für Forschung auf dem Gebiet der Qualitätssicherung und für die Sammlung, Analyse und Verbreitung von Informationen zu Qualitätsbewertungen.<sup>401</sup>

Die NIAD-UE wird von der Regierung finanziert und wird direkt vom MEXT beaufsichtigt. Sie arbeitet mit einem festen Komitee, das für die Qualitätsbewertungen zuständig ist. Es besteht aus Angehörigen von Universitäten (staatlichen wie privaten) sowie Fachleuten von außerhalb der Hochschulen. Das Bewertungskomitee verfügt über verschiedene Unterkomitees, die je-

<sup>393</sup> Tachi (2001): S. 10.

<sup>394</sup> Ebd.

<sup>395</sup> Vgl. <http://www.jsps-bonn.de/pages/Rundschreiben/rs2003-3.htm>.

<sup>396</sup> Tachi (2001): S. 12 ff. Es hat aber bereits vorher externe Bewertungen gegeben; 1996 hat etwa die JUAA ein Programm für freiwillige externe Evaluationen eingeführt. 1998 ergab eine Umfrage, dass etwa 15% aller Universitäten externe Bewertungen durchführen ließen. Yonezawa (1998).

<sup>397</sup> Mündliche Auskunft von Herrn Dr. Shinji Sakano, Senior Researcher beim NIER, am 12.06.2002.

<sup>398</sup> Hierzu und zu der folgenden Aufzählung vgl. NIAD (2002): S. 4.

<sup>399</sup> Vgl. <http://www.jsps-bonn.de/pages/Rundschreiben/rs2003-3.htm>.

<sup>400</sup> Die Alternative zur externen Qualitätsbewertung durch die NIAD wäre die Bewertung direkt durch das Büro des Premierministers gewesen. Yonezawa (2002 a): S. 136.

<sup>401</sup> NIAD-UE (2003): S. 3.

weils auf bestimmte Disziplinen spezialisiert sind. Diese können nötigenfalls eigene Arbeitsgruppen bilden. Die Unterkomitees können durch "assoziierte Mitglieder" (Spezialisten auf den jeweiligen Gebieten) unterstützt werden. Das Komitee legt auch die Prozeduren fest, nach denen Bewertungen vorgenommen werden.<sup>402</sup>

Die Qualitätsbewertungen durch die NIAD-UE basieren auf Selbstbewertungen durch die Universitäten.<sup>403</sup> Zu diesen sind die Hochschulen seit 1991 verpflichtet.<sup>404</sup> Sie können selbst entscheiden, wie oft sie Selbstbewertungen durchführen, müssen aber selbst die Kosten dafür tragen.<sup>405</sup> Seit der Einführung von externen Bewertungen durch die NIAD-UE folgen die Selbstberichte einem von der NIAD-UE vorgegebenen Schema.<sup>406</sup> Die Subkomitees nehmen die Selbstbewertung der jeweiligen Universität als Grundlage, wenn sie diese Universität besuchen und dort Interviews durchführen. Ferner sammelt die NIAD-UE unabhängig von der Hochschule eigene Materialien.<sup>407</sup> Das System, nach dem die Qualitätsbewertungen vorgenommen werden, wird je nach Fachbereich / Disziplin angepasst. Außerdem werden die individuellen Besonderheiten der Universitäten in Hinblick auf Lehre, Forschung und "soziales Engagement" bei der Qualitätsbewertung berücksichtigt.<sup>408</sup>

Die Ergebnisse der Qualitätsbewertung werden den folgenden vier Kategorien zugeordnet:<sup>409</sup>

- Die Ziele wurden erfolgreich erreicht
- Die meisten Ziele wurden erreicht; es gibt noch ein paar Verbesserungsmöglichkeiten
- Zielerreichung zu einem gewissen Grad; es gibt deutliche Verbesserungsmöglichkeiten
- Nicht ausreichender Beitrag zur Zielerreichung; drastische Verbesserungen sind nötig

Punktwertungen und Rankings werden von der NIAD-UE abgelehnt, weil sie die Autonomie der Hochschulen gefährden und deren jeweiligen Besonderheiten nicht gerecht werden.<sup>410</sup>

Man ist in Japan der Auffassung, dass Qualitätsbewertungen dazu führen müssen, dass sich die Qualität der zu bewertenden Universitäten tatsächlich verbessert. Damit dies erreicht werden kann, sollen die Ergebnisse der Qualitätsbewertungen den Universitäten mitgeteilt und der Öffentlichkeit (in vereinfachter Form) zugänglich gemacht werden. Es wird davon ausgegangen, dass dies großen Einfluss auf die Bestrebungen der Universitäten nach Qualitätsverbesserung hat. Bevor ein Bewertungsbericht veröffentlicht wird, hat die betreffende Universität Gelegenheit, ihre Meinung zu dem vorläufigen Bericht zu äußern. Das Komitee kann dann noch entsprechende Änderungen im Bericht vornehmen. Der Bewertungsbericht wird schließlich zusammen mit der Meinung der jeweiligen Universität dazu veröffentlicht.<sup>411</sup>

<sup>402</sup> Tachi (2001): S. 10.

<sup>403</sup> NIAD (2001): S. 3.

<sup>404</sup> Yonezawa (1998).

<sup>405</sup> Mündliche Auskunft von Herrn Dr. Sakano vom NIER am 12.06.2002.

<sup>406</sup> Bereits 1992 hatte die JUAA Richtlinien veröffentlicht, anhand derer Selbstbeobachtungen / Selbstbewertungen vorgenommen werden sollten. Die meisten Universitäten haben es jedoch bevorzugt, eigene Ansätze aufzustellen, statt sich an den Richtlinien der JUAA zu orientieren. Yonezawa 1998.

<sup>407</sup> Tachi (2001): S. 10.

<sup>408</sup> Tachi (2001) und NIAD (2000): S. 2 ff.

<sup>409</sup> Kimura / Tachi / Yonezawa (2003): S. 4 f. Gemäß <http://www.jsps-bonn.de/pages/Rundschreiben/rs2003-3.htm> hat es dagegen bei bereits stattgefundenen Bewertungen 5 Kategorien gegeben: 1. Umfassende Reformen erforderlich; 2. Reformen erforderlich; 3. Umfassende Leistungen vorhanden (die Leistungen haben sich verbessert), aber Reformen erforderlich; 4. In fast allen Gebieten hervorragende Leistungen vorhanden (die Leistungen haben sich verbessert), aber Reformen möglich; 5. Hervorragende Leistungen vorhanden (die Leistungen haben sich verbessert).

<sup>410</sup> Kimura / Tachi / Yonezawa (2003): S. 7.

<sup>411</sup> NIAD (2000): S. 4 und Tachi (2001): S. 10.

Da die Ergebnisse der Qualitätsbewertungen (in vereinfachter Form) veröffentlicht werden, wird davon ausgegangen, dass die Öffentlichkeit bzw. besondere Interessengruppen diese zu verschiedenen jeweils eigenen Zwecken heranziehen. So könnten Schulabgänger sie zur Hochschulwahl nutzen, Personalverantwortliche bei der Einstellung von Absolventen, Unternehmen bei der Wahl von Kooperationspartnern für Forschungsprojekte, Forscher bei der Wahl einer für sie geeigneten Hochschule etc. Dies wird vom Staat als positiver Nebeneffekt betrachtet; er geht davon aus, dass Entscheidungen auf dieser Grundlage effektiver sind.<sup>412</sup>

Es muss noch einmal betont werden, dass die Aufgabe der externen Qualitätsbewertung, die der NIAD-UE erst 2000 anvertraut wurde, noch etwas Neues ist.<sup>413</sup> Es wird Wert darauf gelegt, dass die Verfahren der NIAD-UE zur Qualitätsbewertung (auch mittels eigener Forschungen zum diesem Thema) kontinuierlich verbessert werden.<sup>414</sup>

#### 11.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung

Der Staat geht fest davon aus, dass die Veröffentlichung der Ergebnisse der Qualitätsbewertungen zu mehr Konkurrenz der Universitäten untereinander führt, und strebt genau dies auch an.<sup>415</sup> Auf diese Weise soll auch die Wettbewerbsposition japanischer Universitäten im Vergleich zu Universitäten anderer Länder gestärkt werden.

Die Ergebnisse der Qualitätsbewertungen sollen auch Auswirkungen auf die Finanzierung der Universitäten haben.<sup>416</sup> Es gibt seit 2001 Überlegungen des MEXT, in jeder Sparte die jeweils 30 besten Universitäten mit umfangreicheren Mitteln auszustatten. Da die gesamten Mittel aber nicht um die gleiche Summe aufgestockt werden, stünde den "schlechteren" Universitäten auf diese Weise weniger Geld zur Verfügung. Dies würde vermutlich zu einer Polarisierung führen; vom MEXT wird bewusst in Kauf genommen, dass zwei Klassen von Universitäten entstehen – von den Hochschulen werden diese Pläne jedoch stark kritisiert. Auch ist – da einige Universitäten bereits fast bankrott sind – anzunehmen, dass es in Zukunft insgesamt weniger Universitäten gibt – die verbleibenden Universitäten sollten dann aber ein klareres Profil haben.<sup>417</sup>

In der NIAD-UE wird zudem davon ausgegangen, dass die veröffentlichten Ergebnisse der Qualitätsbewertungen künftig auch bei der Vergabe von Drittmitteln eine Rolle spielen werden – das ist ebenfalls durchaus so gewollt; es wird davon ausgegangen, dass die Mittel somit angemessener und effektiver verteilt werden.<sup>418</sup>

<sup>412</sup> NIAD (2000): S. 2 ff. und Tachi (2001): S. 11.

<sup>413</sup> Allerdings sind erste Projekte schon abgeschlossen. Bereits im März 2002 wurden die vorläufigen Ergebnisse einer Fächerbewertung für Lehr- und Forschungsaktivitäten in einzelnen Fächern und einer "Themenevaluation" veröffentlicht. Vgl. Kimura / Tachi / Yonezawa (2003): S. 3.

<sup>414</sup> NIAD (2000): S. 14 und 18.

<sup>415</sup> Vgl. <http://www.mext.go.jp/english/org/formal/05i.htm>, Fassung vom 22.08.2002. Im Untertitel des Berichts des University Councils von 1998, in dem die Einrichtung einer nationalen Organisation für die Qualitätsbewertung von Universitäten gefordert wurde, heißt es, dass jede Universität künftig als "*distinctive university in a competitive environment*" betrachtet werden soll – dies zeigt also, dass in Zukunft mehr Konkurrenz im Hochschulbereich entstehen wird.

<sup>416</sup> Kaneko et al. (2003): S. 21 ff.

<sup>417</sup> Yonezawa (2002 b): S. 31; außerdem mündliche Auskunft von Herrn Dr. Sakano vom NIER am 12.06.2002.

<sup>418</sup> NIAD (2000): S. 14.



## 12 Niederlande

### 12.1 Hochschulsystem

Die Niederlande haben so manchen Ländern als Vorbild gedient, was das System der Qualitätssicherung im Hochschulsektor betrifft. Es wurden kontinuierlich Verbesserungen umgesetzt – die jüngste Änderung betrifft die Integration der bisherigen Verfahren für Qualitätsbewertungen in das neu gegründete Akkreditierungssystem.

#### 12.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

Die Niederlande sind ein aus 12 Provinzen bestehender dezentraler Einheitsstaat. Entscheidungen über Bildungspolitik werden auf nationaler Ebene getroffen.<sup>419</sup> Zuständig für das Hochschulwesen ist das Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftsministerium (*Ministerie van Onderwijs, Cultuur en Wetenschap*, OCW<sup>420</sup>), hier kurz: Bildungsministerium.<sup>421</sup> Dieses veröffentlicht im *Hoger onderwijs en onderzoeksplan* (Hoop – Plan für Hochschulbildung und Forschung) seine Vorhaben und politischen Leitlinien für den Hochschulsektor für jeweils vier Jahre.<sup>422</sup>

In den 80er Jahren wurden in den Niederlanden Reformen im Hochschulsystem eingeführt, die staatliche Detailsteuerung vermeiden und zu größerer Autonomie der Hochschulen führen sollten. Im Gegenzug mussten die Hochschulen beweisen, dass sie qualitativ hochwertige Bildung "liefern". Daher wurden bereits seit den 80er Jahren Systeme zur Qualitätssicherung eingeführt, die im Laufe der Zeit immer weiter verbessert wurden. Auch die Finanzierungssysteme für die beiden Hochschularten wurden umgestaltet.

Seit 1993 fallen beide Hochschularten unter das gleiche Gesetz, nämlich das Gesetz über Hochschulbildung und wissenschaftliche Forschung (*Wet op het Hoger onderwijs en Wetenschappelijk onderzoek* – WHW). Dieses umfasst sämtliche gesetzlichen Regelungen, die das Hochschulsystem betreffen.

#### 12.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

Es gibt zwei Hochschularten in den Niederlanden: Universitäten und *Hogescholen* (etwa vergleichbar den deutschen Fachhochschulen, aber mit umfassenderem Fächerkanon). In den Universitäten wird der Schwerpunkt auf wissenschaftliche Ausbildung gelegt, während die *Hogescholen* die berufs- und praxisbezogene Ausbildung in den Vordergrund stellen.

Es gibt 14 Universitäten in den Niederlanden; eine davon (die Wageningen Universität) bietet nur agrarwissenschaftliche Studiengänge an und untersteht dem Landwirtschaftsministerium. Eine andere ist als Sonderfall zu betrachten: die *Open Universiteit Nederland*, eine Fernuniversität, an der auch staatlich anerkannte Hochschulabschlüsse erreicht werden können. Die Universitäten sind in der VSNU (*Vereniging van Universiteiten*, Vereinigung der Universitäten in den Niederlanden) zusammengeschlossen.

<sup>419</sup> Vgl. <http://www.minbuza.nl/english/Content.asp?Key=408559&Pad=311185,257580,257629,258043>

<sup>420</sup> Bis zu seinem Umzug nach Den Haag im Oktober 2003 wurde das Bildungsministerium noch *Ministerie voor Onderwijs, Cultuur en Wetenschappen* genannt und als OCenW abgekürzt; daher auch diese Abkürzung in den zitierten Quellen.

<sup>421</sup> Eine Ausnahme von dieser Zuständigkeit: Für Hochschulen im Bereich Landwirtschaft ist die Direktion Wissenschaft und Wissenstransfer (*Wetenschap en Kennisoverdracht*) beim Landwirtschaftsministerium (*Ministerie van Landbouw, Natuurbeheer en Visserij*) zuständig. Dieses übernimmt dementsprechend auch die Finanzierung der landwirtschaftlichen Hochschulen.

<sup>422</sup> Vgl. [http://www.minocw.nl/onderwijs/download/onderwijssys\\_nl2001.pdf](http://www.minocw.nl/onderwijs/download/onderwijssys_nl2001.pdf), Abschnitt 6.2.

In den Niederlanden gab es im Jahr 2001 56 staatlich finanzierte, nicht-landwirtschaftliche *Hogescholen*; hinzu kommen 61 nicht vom Staat finanzierte *Hogescholen*. Mitte der 80er Jahre gab es noch fast 350 *Hogescholen*; der Prozess der Zusammenschlüsse oder Schließung von *Hogescholen* scheint noch nicht ganz abgeschlossen. Die vom Staat finanzierten *Hogescholen* sind im *HBO-raad* zusammengeschlossen.<sup>423</sup>

Insgesamt gab es 2002 in den Niederlanden rund 175.600 Studierende an Universitäten; hinzu kommen im Bereich Landwirtschaft 4.000 Studierende. An *Hogescholen* waren in 2002 314.000 Studierende eingeschrieben; hinzu kommen für den gleichen Zeitraum 8.400 Studierende im Bereich Landwirtschaft. Damit ergibt sich eine Gesamtzahl von 502.000 Studierenden (bei rund 16 Millionen Einwohnern). Dazu sind noch die 21.200 Studierenden der *Open Universiteit* (Angabe von 2001) zu zählen, die jedoch nicht alle einen Hochschulabschluss anstreben.<sup>424</sup>

Wegen ihrer vergleichsweise geringen Rolle und um die Übersichtlichkeit über die existierenden Verfahren zu wahren, sollen die *Open Universiteit* und die Hochschulen im landwirtschaftlichen Bereich nicht in die weitere Betrachtung einbezogen werden. Alle weiteren Angaben beziehen sich nur auf reguläre, nicht-landwirtschaftliche und staatlich finanzierte Universitäten und *Hogescholen*.

Die Ausgaben des Bildungsministeriums betrugen in 2002 gut 3 Mrd. € für Universitäten; die Ausgaben für *Hogescholen* betrugen 2002 gut 1,6 Mrd. € (zum Vergleich: BIP 2002: rund 444 Mrd. €).<sup>425</sup>

### 12.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Wer den erforderlichen Sekundarabschluss nachweisen kann, ist durch das Hochschulgesetz grundsätzlich dazu berechtigt, sich an einer Hochschule zu immatrikulieren.<sup>426</sup>

Je nach Hochschulart sind verschiedene Sekundarschulabschlüsse die übliche Voraussetzung für den Hochschulzugang. Für die berufsorientierten *Hogescholen* ist ein HAVO-, MBO- oder VWO-Abschluss Voraussetzung.<sup>427</sup> Wer diese Voraussetzung nicht mitbringt und mindestens 21 Jahre alt ist, kann auch eine mündliche Prüfung ablegen. Gegebenenfalls können die *Hogescholen* noch gesonderte, zusätzliche Aufnahmekriterien für einzelne Studiengänge festlegen.<sup>428</sup>

Für Universitäten ist ein VWO-Abschluss oder der Nachweis über ein erfolgreiches erstes Studienjahr ("*Propedeuse*" genannt) an einer *Hogeschool* die normale Zugangsvoraussetzung.<sup>429</sup> Je nach Studiengang können zudem einzelne (Schul-)Fächer bzw. Fächerkombinationen verpflichtend sein. Wer diese Voraussetzungen nicht erfüllt und mindestens 21 Jahre alt ist, kann eine mündliche Prüfung ablegen, um aufgenommen zu werden.<sup>430</sup>

<sup>423</sup> Vgl. [http://www.minocw.nl/onderwijs/download/onderwijssys\\_nl2001.pdf](http://www.minocw.nl/onderwijs/download/onderwijssys_nl2001.pdf), Abschnitt 6.3 und <http://www.hbo-raad.nl/hboraad/domeinen/index.cfm?fuseaction=frameStart&DomeinID=1&cfid=39756&cftoken=89253337>

<sup>424</sup> OCenW (2003): S. 91 und 103.

<sup>425</sup> Ebd., S. 87 und 99 und <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/wirtschaftsdatenblatt/niederlande-wi-blatt.pdf>.

<sup>426</sup> Bätzel (2003): S. 270.

<sup>427</sup> HAVO: *hoger algemeen voortgezet onderwijs* (Höhere allgemeine weiterführende Bildung); MBO: *middelbaar beroepsonderwijs* (Mittlere berufliche Bildung); VWO: *voorbereidend wetenschappelijk onderwijs* (Vorbereitende wissenschaftliche Bildung). Je nach Abschluss sind die Studienberechtigten dann mindestens 17 Jahre alt.

<sup>428</sup> Vgl. <http://www.eurydice.org/Eurydice/Application/frameset.asp?country=NL&language=EN>, Kapitel 6.3.1.2.

<sup>429</sup> Studienberechtigten mit VWO-Abschluss sind mindestens 18 Jahre alt; andere Studienberechtigten können entsprechend älter sein.

<sup>430</sup> Vgl. <http://www.eurydice.org/Eurydice/Application/frameset.asp?country=NL&language=EN>, Kapitel 6.3.2.2.

Sowohl für *Hogescholen* als auch für Universitäten gibt es ein zentrales Zulassungssystem für zulassungsbeschränkte Studiengänge. Bei zulassungsfreien Studiengängen bewerben sich die Studienberechtigten direkt bei der jeweiligen Hochschule.<sup>431</sup>

Das System der Hochschulbildung ist in den Niederlanden stark reformiert worden, ein entsprechender Gesetzesvorschlag war am 4. Juni 2002 angenommen worden. Auf dieser Basis ist es seit Beginn des Studienjahres 2002/2003 *allen* Studierenden möglich, nach dem Bachelor- / Master-System zu studieren, was bis dahin erst in einigen Studiengängen möglich war.<sup>432</sup> Die einzige Ausnahme stellen bislang noch die medizinischen Studiengänge dar, aber auch dort wird an einer Bachelor- / Master-Struktur gearbeitet.<sup>433</sup> Während ein Bachelor-Studium an Universitäten auf drei Jahre angelegt ist (180 ECTS-Punkte), ist es an *Hogescholen* auf vier Jahre angelegt (240 ECTS-Punkte). Es werden derzeit verschiedene Typen von Master-Studien entwickelt, die an Universitäten i.d.R. ein Jahr dauern werden, so dass dafür 60 ECTS-Punkte erbracht werden müssen. Es gibt jedoch auch Master-Studiengänge, die zwei Jahre dauern (120 ECTS-Punkte).<sup>434</sup> Den *Hogescholen* ist es selbst überlassen, die Dauer ihrer Master-Studiengänge festzulegen.<sup>435</sup> Das nach der alten Studienstruktur an beiden Hochschularten übliche erste Jahr (*Propedeuse*) wird beibehalten; die Hochschulen können selbst entscheiden, ob nach diesem Jahr eine Zwischenprüfung stattfindet.<sup>436</sup>

## 12.2 Finanzierungsmethoden

Grundsätzlich gibt es im niederländischen System vier Quellen der Hochschulfinanzierung:

- "erster Geldstrom": staatliche Zuwendungen, *rijksbijdrage* genannt (vom Bildungsministerium gezahlt),
- "zweiter Geldstrom": Forschungsmittel, die durch die Niederländische Organisation für wissenschaftliche Forschung (NWO; ein nationales Forschungsförderungsinstitut, das seine Mittel seinerseits vom Bildungsministerium erhält) vergeben werden,
- "dritter Geldstrom": weitere Drittmittel (nationalen und internationalen Ursprungs) und
- Studiengebühren.

Was die staatlichen Zuwendungen betrifft, hat das Bildungsministerium getrennte Budgets für Universitäten und *Hogescholen*; auch für andere hochschulbezogene Ausgaben wie z.B. für die Niederländische Organisation für wissenschaftliche Forschung (NWO) und für die Studienfinanzierung gibt es gesonderte Budgets. Bestimmt werden die Budgets für Universitäten und *Hogescholen* durch Verhandlungen des Bildungsministeriums mit dem Finanzministerium; die Anteile

<sup>431</sup> Vgl. <http://www.eurydice.org/Eurybase/Application/frameset.asp?country=NL&language=EN>, Kapitel 6.3.2.2.

<sup>432</sup> Für Studiengänge, die nach der alten Struktur begonnen wurden, gibt es ggf. Übergangsregelungen.

<sup>433</sup> Vgl. [http://www.onderwijsinspectie.nl/producten/onderwijsverslag\\_2001/HO.pdf](http://www.onderwijsinspectie.nl/producten/onderwijsverslag_2001/HO.pdf), Abschnitt 11.1.2. und mündliche Auskunft von Herrn Dijkstra vom OCW am 25.6.2003.

<sup>434</sup> Ob die Master-Studiengänge auf ein oder zwei Jahre angelegt sind, hängt wesentlich davon ab, ob die Studiengänge nach der alten Struktur auf vier oder fünf Jahre angelegt waren. Vgl. <http://www.nao-ho.nl/downloads/ProtocolVM20030423.pdf> und <http://www.minocw.nl/bachelor/bachmaster.html>.

<sup>435</sup> Vgl. <http://www.minocw.nl/bachelor/bachmaster.html>.

<sup>436</sup> Vgl. <http://www.minocw.nl/bachelor/bachmaster.html>. Aufgrund der Leistungen während der Propedeuse kann an den Universitäten eine Studienberatung stattfinden, deren Empfehlung bindend ist. Im Prinzip kann eine Hochschule damit ihre Studierenden "rauswerfen", dies geschieht aber nur sehr selten. Die Frage ist auch, ob an der betreffenden Hochschule überhaupt entsprechende Beratungsorgane bestehen – das ist den Hochschulen selbst überlassen. In jedem Fall müssen die Studierenden im voraus über die Entscheidungskriterien informiert sein. Vgl. <http://www.eurydice.org/Eurybase/Application/frameset.asp?country=NL&language=EN>, Kapitel 6.3.1.7 und 6.3.2.7 und mündliche Auskunft von Herrn Dijkstra am 25.6.2003.

von Universitäten und *Hogescholen* am Gesamtbudget sind dabei recht konstant. Erst seit 2000 werden höhere Studierendenzahlen bei der Bemessung des Gesamtbudgets berücksichtigt.<sup>437</sup>

Grundvoraussetzung für die staatliche Finanzierung von Studiengängen ist, dass sie im Zentralregister der Studiengänge (*Centraal Register Opleidingen Hoger Onderwijs*, CROHO) eingetragen sind.<sup>438</sup> Die Aufnahme in dieses Register entspricht der staatlichen Anerkennung.<sup>439</sup> Nur Studiengänge, die im CROHO gelistet sind, führen zu staatlich anerkannten Abschlüssen – und nur für diese Studiengänge können die Studierenden Studienfinanzierung erhalten.<sup>440</sup>

Weiterhin ist zu beachten, dass im Universitätsbereich sowohl Bachelor- als auch Master-Studiengänge vom Staat finanziert werden, während an den *Hogescholen* i.d.R. nur die Bachelor-Studiengänge vom Staat finanziert werden. Die *Hogescholen* dürfen zwar auch Master-Studiengänge anbieten, müssen diese dann aber über Studiengebühren finanzieren.<sup>441</sup>

### 12.2.1 Studiengebühren und Studienförderung

Die Höhe der Studiengebühren wird vom Bildungsministerium unabhängig von der Hochschulart und vom Studiengang festgelegt. Der Betrag wird der allgemeinen Preisentwicklung angepasst; für das Studienjahr 2003/2004 sind 1.445 € zu entrichten.<sup>442</sup> Von dieser Regelung befreit sind die Studiengänge, die nicht vom Staat finanziert werden – so können z.B. die *Hogescholen* frei festlegen, wie hoch die Studiengebühren für ihre Master-Studiengänge sein sollen. Auch von Studierenden, die ihre Regelstudienzeit überschritten haben, dürfen die Hochschulen höhere Studiengebühren nehmen – davon wird nach Auskunft des Bildungsministeriums allerdings nur wenig Gebrauch gemacht.<sup>443</sup> Es gibt zwar Überlegungen, es den Hochschulen bis zu einer staatlich festgelegten Maximalgrenze zu überlassen, die Studiengebühren für all ihre Studiengänge selbst zu bestimmen und dabei auch nach Fächern zu differenzieren; bislang wurde das aber noch nicht umgesetzt.<sup>444</sup> Die Studiengebühren werden von den Studierenden direkt an die jeweilige Hochschule gezahlt.

Als Ausgleich zu den Studiengebühren und zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts leistet der Staat an die Studierenden Zahlungen zur Studienfinanzierung. Dieses System aus Zuschüssen und Darlehen kommt allen Vollzeitstudierenden der im CROHO gelisteten Studiengänge zugute. Die Studienfinanzierung – durch das Gesetz WSF (*Wet op de studiefinanciering*) geregelt – kennt drei Komponenten:<sup>445</sup>

- Basisfinanzierung (*basisbeurs*): unabhängig vom Einkommen der Eltern vom Staat bezahlt; beträgt derzeit monatlich 211 € (69 € bei Studierenden, die noch bei ihren Eltern wohnen); wird der allgemeinen Preisentwicklung angepasst

<sup>437</sup> Mündliche Auskunft von Herrn Dijkstra am 25.06.2003 und von Herrn van der Meer (OCW) am 25.07.2003.

<sup>438</sup> Der Umkehrschluss, dass alle im CROHO gelisteten Studiengänge staatlich finanziert würden, ist indes falsch. Es gibt darin auch Studiengänge, für die die betreffenden Hochschulen keine staatliche Finanzierung erhalten.

<sup>439</sup> Diese kann vom Bildungsministerium nur verweigert werden, wenn grundsätzliche Qualitätsvorgaben nicht eingehalten werden oder wenn Informationen darüber vorliegen, dass das betreffende Studienangebot schon durch andere Hochschulen ausreichend abgedeckt wird. Vgl. Bätzel 2003, S. 269.

<sup>440</sup> Vgl. [http://www.minocw.nl/onderwijs/download/onderwijssys\\_nl2001.pdf](http://www.minocw.nl/onderwijs/download/onderwijssys_nl2001.pdf), Abschnitt 6.3.

<sup>441</sup> Vgl. <http://www.minocw.nl/bachelor/bachmaster.html>. Die Gebühren für Master-Studiengänge an Hogescholen können demnach zwischen 5.000 und 15.000 € betragen.

<sup>442</sup> Vgl. [http://cfi.kennisnet.nl/Images/2\\_12495.pdf](http://cfi.kennisnet.nl/Images/2_12495.pdf).

<sup>443</sup> Mündliche Auskunft von Herrn Dijkstra am 25.06.2003. Bislang war dies ab einer Überschreitung der üblichen Studiendauer von 4 Jahren möglich; vermutlich werden auch im Rahmen der Bachelor-/Master-Struktur entsprechend strenge Definitionen angewandt.

<sup>444</sup> Mündliche Auskunft von Herrn Dijkstra am 25.06.2003. Auch ein entsprechender Gesetzentwurf Anfang der 90er Jahre ist gescheitert. Bätzel (2003): S. 275.

<sup>445</sup> Vgl. <http://www.minocw.nl/studiefinanciering/brochure2/07.html>.

- Zusatzfinanzierung (*ouderbijdrage / aanvullende beurs*): abhängig vom Einkommen der Eltern – bei einkommensschwachen Eltern übernimmt der Staat auch die Zusatzfinanzierung teilweise bzw. in voller Höhe; sie beträgt derzeit monatlich max. 188 € (171 € bei Studierenden, die noch bei den Eltern wohnen)<sup>446</sup>
- Verzinsliches Darlehen (*studielening*): kann derzeit monatlich 234 € betragen (Zinssatz 2002 knapp über 4%) – ein Maximalbetrag, der nicht ausgeschöpft werden muss, wenn die Studierenden z.B. lieber durch Nebenjobs ihren Unterhalt verdienen

Auf diese Weise kommen die 633 € (bzw. 474 € für noch bei ihren Eltern wohnende Studierende) zusammen, die das Ministerium als notwendiges monatliches Budget für Studierende errechnet hat (Stand September 2002).<sup>447</sup>

Die ersten beiden Komponenten der Studienförderung – noch ergänzt um eine Freifahrkarte für die öffentlichen Verkehrsmittel – werden nur innerhalb der Regelstudienzeit gewährt; ein Darlehen kann dagegen auch noch für bis zu drei weitere Jahre in Anspruch genommen werden. Auch Basis- und Zusatzfinanzierung werden zunächst als eine Art Darlehen vergeben, werden aber bei Studienabschluss in aller Regel nachträglich in ein Stipendium umgewandelt.<sup>448</sup>

Von den Ausgaben des Bildungsministeriums für Studienfinanzierung entfielen im Jahr 2002 gut 853 Mio. € auf den *Hogeschool*-Bereich und 560 Mio. € auf den Universitätsbereich.<sup>449</sup>

### 12.2.2 Finanzierung der Universitäten

Die Verteilung des Gesamtbudgets des Bildungsministeriums für den universitären Sektor an die einzelnen Universitäten ist z.T. durchaus abhängig von Leistungsindikatoren - das Finanzierungsmodell heißt auch Leistungsfinanzierungsmodell (*Prestatie Bekostigings-Model*); es wird seit 2000 angewandt.<sup>450</sup>

Dabei wird die Verteilung an die einzelnen Universitäten für Forschung und Lehre separat voneinander vorgenommen. Für Forschung werden ungefähr 60%, für Lehre etwa 40% der Mittel vergeben.<sup>451</sup> Zudem erhalten die Universitäten vom Staat noch gesonderte Mittel für Lehramtsstudiengänge, Unikliniken und Investitionen.

Das für die **Lehre** vorgesehene Budget wird folgendermaßen aufgeteilt.<sup>452</sup>

- 37% werden als Grundbetrag ausbezahlt, d.h. jede Universität bekommt einen festen Betrag, der historisch begründet ist und je nach Universität verschieden hoch ausfällt.
- 50% werden auf Basis der Zahl der Studienabschlüsse vergeben. Dabei wird unterschieden nach Art des Studienganges; es gibt drei Finanzierungsniveaus: eines für Jura, Kunst, Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften, eines für naturwissenschaftliche und technische Fächer und eines für medizinische Fächer. Für Bachelor- und Masterabschlüsse in naturwissenschaftlichen Fächern gibt es 1,5 Mal so viel Geld wie für Abschlüsse in der ersten Fächergruppe. Die Gewichtungsfaktoren im Bereich Medizin betragen 2 für Bachelor- und gut 4 für Masterabschlüsse. So ergaben sich für 2003 – in

<sup>446</sup> Bei Studenten, die privat krankenversichert sind, beträgt die Zusatzfinanzierung 34 € mehr.

<sup>447</sup> Vgl. <http://www.minocw.nl/studiefinanciering/brochure2/07.html>.

<sup>448</sup> Vgl. ausführlicher <http://www.minocw.nl/studiefinanciering/brochure2/07.html>.

<sup>449</sup> OCenW (2003): S. 111; zu weiteren Angaben zur Studienfinanzierung vgl. ebd., S. 110 ff.

<sup>450</sup> Kaiser, F. / Vossensteyn, H. / Koelman, J. (2001): S. 90.

<sup>451</sup> OCenW (2003): S. 98 und Auskunft von Herrn van der Meer am 25.07.2003.

<sup>452</sup> Zu diesem und den folgenden Absätzen vgl. VSNU (o.J.): S. 1 ff. Da die Lehrmittel etwa 40% der gesamten Mittel ausmachen, entspricht der Betrag von 37% (50%; 13%) der Lehrmittel ungefähr 15% (20%; 5%) der Gesamtmittel.

Abhängigkeit vom entsprechenden Budget und den jeweiligen Abschlusszahlen – die folgenden Beträge:<sup>453</sup>

Abschlussart	Jura, Kunst, Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften	Naturwissenschaftliche und technische Fächer	Medizin
Bachelor	13.269 €	19.904 €	27.107 €
Master	10.663 €	15.994 €	44.689 €

- 13% werden nach der Anzahl der Erstjahrsstudenten verteilt.<sup>454</sup> Auch für diesen Betrag wurde eine Gewichtung für verschiedene Studiengänge eingeführt: Für Jura, Kunst, Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften steht der Faktor 1; der Faktor 1,5 dagegen für technische, naturwissenschaftliche und medizinische Studiengänge. So ergaben sich für 2003 die folgenden Beträge: 2.508 € für Erstjahrsstudierende in Jura, Kunst, Sozial-, Kultur und Geisteswissenschaften, 3.763 € für Erstjahrsstudierende in den anderen Fächern.<sup>455</sup>

Der *rijksbijdrage* für **Forschung** setzt sich ebenfalls aus mehreren Komponenten zusammen:<sup>456</sup>

- Basisbetrag – gut 14% der Forschungsmittel
- Betrag je nach Anzahl der Dissertationen u.ä. (mit besonderer Gewichtung; für eine Dissertation in den Naturwissenschaften, Medizin oder technischen Studiengängen gibt es doppelt so viel Geld wie für eine Dissertation in den anderen Fächern; für 2003 waren es 82.279 € gegenüber 41.139 €) – knapp 13% der Forschungsmittel.
- Betrag für Forschungsschulen: In den Niederlanden gibt es über 100 offiziell anerkannte sog. Forschungsschulen. Sie sind oft aus Angehörigen verschiedener Universitäten zusammengesetzt und sind als Konsortien von Forschungsgruppen über die Niederlande verteilt. Dafür werden ca. 3% der Forschungsmittel verwendet.
- Betrag für Top-Forschungsschulen: Aus den Forschungsschulen wurden 1998 sechs von der Niederländischen Organisation für wissenschaftliche Forschung (NWO) (zunächst versuchsweise) zu "Top"-Forschungsschulen ernannt. Dieser Titel geht einher mit zusätzlicher Finanzierung durch das Bildungsministerium, das in diesem Programm für alle Beteiligten insgesamt 100 Mio. Gulden (entspricht rund 45,4 Mio. €) für 10 Jahre zur Verfügung gestellt hat. Nach 5 Jahren, d.h. im November 2003, hat eine Überprüfung stattgefunden, ob die jeweiligen Forschungsschulen diesen "Top"-Status halten können oder nicht – und ob sie dementsprechend auch in den folgenden 5 Jahren diese Mittel erhalten oder nicht. Inwieweit die mit diesem Programm zur Forschungsförderung angestrebten Ziele erreicht wurden, wird sich allerdings erst nach Ende des Programms (2008) zeigen.<sup>457</sup> Da dieses Finanzierungsprogramm ursprünglich auf 10 Jahre angelegt war, ist bislang nicht geplant, es nach Ablauf dieser 10 Jahre fortzuführen – obwohl natürlich die Universitäten bzw. Forschungsschulen, die davon profitiert haben, eine Verlängerung wünschen. Diese Komponente macht ca. 3% der Forschungsmittel aus.

<sup>453</sup> Auskunft von Herrn Dijkstra am 25.06.2003.

<sup>454</sup> Zuvor wird noch ein Betrag für medizinische Fächer abgezogen, der je nach Anzahl der entsprechenden Studierenden angepasst werden kann.

<sup>455</sup> Auskunft von Herrn Dijkstra am 25.06.2003.

<sup>456</sup> VSNU (o.J.): S. 1 ff. Da die Forschungsmittel ungefähr 60% der Gesamtmittel ausmachen, entsprechen die Anteile an den Forschungsmitteln von 14%, 13%, 3% und 67% in etwa 8%, 8%, 2% und 40% der Gesamtmittel.

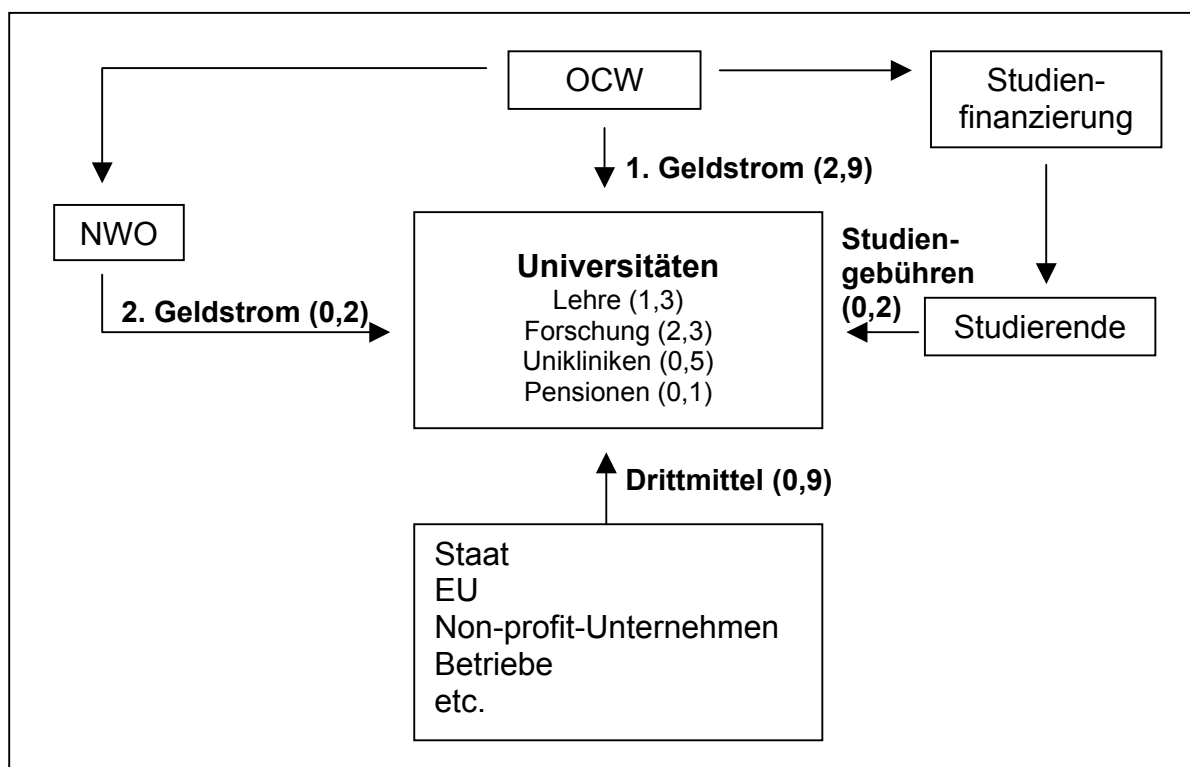
<sup>457</sup> Auskunft von Frau de Wijn am 08.08.2003. Zu weiteren Angaben über das Programm der Bonusfinanzierung für "Top"-Forschungsschulen sowie den Kriterien für die Auswahl als "Top"-Forschungsschule vgl. NWO (1997).

- Betrag für Strategische Überlegungen (z.B. Umstrukturierung der Hochschulangebote) – dieser Betrag macht etwa zwei Drittel des gesamten *rijksbijdrage* für Forschung aus; er wird aufgrund von "historischen" Gegebenheiten zugeteilt.<sup>458</sup>

Die Summen, die das Bildungsministerium als *rijksbijdrage* für Forschung zur Verfügung stellt, sind seit Jahren recht konstant; auch die Verteilung auf die Universitäten ist (aufgrund des Betrags für Strategische Überlegungen) relativ konstant. Die Universitäten bekommen verschieden hohe Summen zur Verfügung gestellt.<sup>459</sup>

Für 2002 setzten sich die gesamten Einkünfte der Universitäten so zusammen, wie in Abbildung 12.1 gezeigt.

**Abbildung 12.1: Einkünfte der Universitäten (Beträge in Mrd. €)**



Quelle: OCenW 2003, S. 98

Wie die Universitäten die ihnen zugeteilten Mittel verwenden, ist ihnen überlassen; sie können sie frei auf Lehre und Forschung aufteilen (obwohl bei der Berechnung ein entsprechender Unterschied gemacht wurde). Außerdem müssen sie im Rahmen dieses Budgets Mittel für Gebäude und Infrastruktur aufbringen. Die Universitäten erhalten also Globalhaushalte zu ihrer freien Verfügung.

<sup>458</sup> Jongbloed (2002): S. 4 f. sowie telefonische Auskunft von Herrn van der Meer am 25.07.2003.

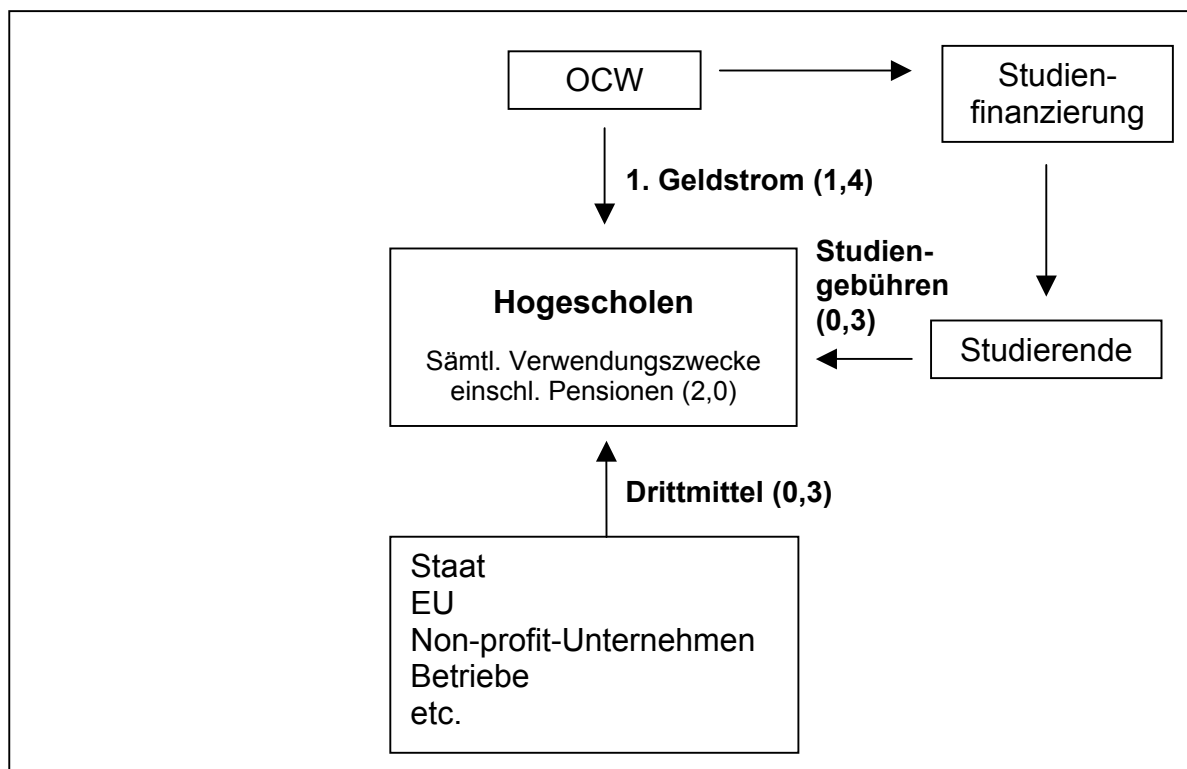
<sup>459</sup> Mündliche Auskunft von Herrn Dijkstra am 25.06.2003.

### 12.2.3 Finanzierung der Hogescholen

Eine Grundfinanzierung gibt es bei *Hogescholen* im Gegensatz zu Universitäten nicht.<sup>460</sup> Sondermittel für Forschung entfallen hier; es gibt aber ebenfalls die Möglichkeit der Drittmittel-einwerbung. Außerdem erheben auch die *Hogescholen* Studiengebühren. Die *Hogescholen* können über ihre Mittel ebenfalls weitestgehend selbst verfügen.<sup>461</sup>

Abbildung 12.2 zeigt, welche Einkünfte die *Hogescholen* in 2002 insgesamt erhalten haben.

**Abbildung 12.2: Einkünfte der Hogescholen (Beträge in Mrd. €)**



Quelle: OCenW 2003, S. 86

Das Finanzierungssystem der *Hogescholen* berücksichtigt sowohl Absolventen als auch "Schwund" (d.h. Hochschul-Wechsler sowie Studienabbrecher). Studierende, die an der betreffenden *Hogeschool* keinen Abschluss machen, werden mit 1,35 Studienjahren in der Finanzierung mitgezählt, Absolventen mit 4,5 Studienjahren.<sup>462</sup>

Die jährliche staatliche Finanzierung (*rijksbijdrage*) der *Hogescholen* kennt zwei Elemente:

<sup>460</sup> Von dieser Regel gibt es nur sehr wenige Ausnahmen, z.B. für die Lehrerausbildung an *Hogescholen*. Kaiser, F. / Vossensteyn, H. / Koelman, J. (2001): S. 91.

<sup>461</sup> OCenW (2001): S. 64.

<sup>462</sup> Kaiser, F. / Vossensteyn, H. / Koelman, J. (2001): S. 91. Bei diesem System ist zu berücksichtigen, dass die Hochschulen nach dem ersten Studienjahr (*propedeuse*) ihren Studierenden eine Empfehlung aussprechen können, ob sie ihr Studium fortsetzen oder lieber wechseln sollten. Diese Empfehlung kann bindenden Charakter haben, so dass die *Hogescholen* unter Umständen großen Einfluss darauf haben, wie hoch die Zahl der Abbrecher ist. Vgl. <http://www.eurydice.org/Eurydice/Application/frameset.asp?country=NL&language=EN>; Fassung vom 11.06.2002; Kapitel 6: Higher Education. An der Zahl von 4,5 Jahren wird sich durch die Einführung des Bachelor- / Master-Systems nichts ändern, da ja die Bachelor-Studiengänge an *Hogescholen* so wie die früheren Studiengänge auf 4 Jahre angelegt sind. Master-Studiengänge werden, wie erläutert, nicht vom Bildungsministerium finanziert. Auskunft von Herrn van der Meer am 25.07.2003. Zu diesem und allen folgenden Absätzen über die Finanzierung von *Hogescholen* vgl. v.a. HBO-raad (2002): Factsheet bekostiging HBO.



1. Vorfinanzierung der eingeschriebenen Studierenden (durchschnittlich 3.700€ pro eingeschriebene/m Student/in)
2. Abrechnung über die (mit oder ohne Abschluss) "abgehenden" Studierenden

Bei der Abrechnung über die Hochschulabgänger sind je nachdem, ob die Abgänger einen Abschluss erreicht haben oder nicht, unterschiedliche Beträge zu berücksichtigen.

### Abgang ohne Abschluss

Für Studierende, die die *Hogeschool* ohne Abschluss verlassen, erhält die *Hogeschool* im Durchschnitt 7.300€<sup>463</sup> abzüglich zweier Summen:

- gezahlte Studiengebühren (rund 1.400 € x Anzahl der Jahre, in denen die Gebühren bezahlt wurden)
- Vorfinanzierung (durchschnittlich 3.700 € x Anzahl der Jahre, die der / die Student/in eingeschrieben war)

Beispiele:

- Wenn ein/e Student/in nach einem Jahr ohne Abschluss abgeht, erhält die *Hogeschool* in dem Jahr, in dem er / sie eingeschrieben ist, 3.700€ Vorfinanzierung<sup>464</sup> und 1.400€ Studiengebühren. Nach seinem / ihrem Abgang erhält die *Hogeschool* noch  $7.300€ - 1.400€ - 3.700€ = 2.200€$ . Der gesamte *rijksbijdrage* für einen Studenten / eine Studentin, der / die nach einem Jahr ohne Abschluss weggeht, beträgt also  $7.300€ - 1.400€ = 5.900€$ .
- Wenn ein/e Student/in nach 2 Jahren ohne Abschluss abgeht, erhält die *Hogeschool* zweimal die Vorfinanzierung von 3.700€, also 7.400€. Nach seinem / ihrem Abgang muss die *Hogeschool* 2.900€ zurückbezahlen: der *rijksbijdrage* beträgt  $7.300€ - 2 \times 1.400€ - 2 \times 3.700€ = -2.900€$ . Der gesamte *rijksbijdrage* für diese/n Student/in ist dann  $7.300€ - 2 \times 1.400€ = 4.500€$ .
- Wenn ein/e Student/in nach 5 Jahren ohne Abschluss abgeht, ist der *rijksbijdrage* beinahe bei null, d.h., die *Hogeschool* muss alles, was sie bis dahin an *rijksbijdrage* für diesen Studenten / diese Studentin erhalten hat, zurückzahlen. Die einzigen Einkünfte für die *Hogeschool* sind dann die Studiengebühren. Nach sechs Jahren wird der *rijksbijdrage* sogar negativ.

### Abgang mit Abschluss

Für Studierende, die die *Hogeschool* mit Abschluss verlassen, erhält die *Hogeschool* im Durchschnitt 24.400€<sup>465</sup> abzüglich zweier Summen:

- gezahlte Studiengebühren (rund 1.400 € x Anzahl der Jahre, in denen die Gebühren bezahlt wurden)
- Vorfinanzierung (durchschnittlich 3.700 € x Anzahl der Jahre, die der Student eingeschrieben war)

<sup>463</sup> Diese Summe entspricht der durchschnittlichen Finanzierung von "Schwund" für 1,35 Jahre:  $1,35 \times$  der Normbetrag für das jeweilige Fach +  $1,35 \times$  die jährlichen Studiengebühren.

<sup>464</sup> Tatsächlich gibt es eine weitreichende Differenzierung je nach Studienfach; hier soll jedoch der Durchschnittswert von 3.700 € pro Student genügen.

<sup>465</sup> Dies entspricht der durchschnittlichen Finanzierung von Absolventen für 4,5 Jahre:  $4,5 \times$  der Normbetrag für das jeweilige Fach +  $4,5 \times$  die jährlichen Studiengebühren.

## Beispiele:

- Der gesamte *rijksbijdrage* für einen Studenten / eine Studentin, der / die nach vier Jahren mit Abschluss von der *Hogeschool* abgeht, beträgt  $24.400\text{€} - 4 \times 1.400\text{€} = 18.800\text{€}$ . Die *Hogeschool* erhält vier Jahre lang je  $3.700\text{€}$  (Vorfinanzierung); nach dem Abgang des Studenten erhält die *Hogeschool* dann noch  $4.100\text{€}$ .
- Wenn der / die Student/in 5 Jahre eingeschrieben ist, verringert sich der gesamte *rijksbijdrage* um  $1.400\text{€}$ , er liegt also bei  $17.500\text{€}$ . Die *Hogeschool* hat für diesen Studenten / diese Studentin 5 Jahre lang je  $3.700\text{€}$  Vorfinanzierung erhalten, also insgesamt  $18.600\text{€}$ . Nach dem Abgang des Studenten / der Studentin muss die *Hogeschool* also noch  $1.000\text{€}$  zurückzahlen (Kleine Abweichungen aufgrund von Rundungsfehlern auf  $100\text{€}$ ).

Die *Hogeschool* erhält die Finanzierung für den Abschluss nur, wenn der / die Student/in mindestens drei Jahre eingeschrieben war. Wenn ein/e Student/in innerhalb eines Jahres einen Abschluss macht, entspricht die Finanzierung der Finanzierung von Schwund (also insgesamt  $5.900\text{€}$ ).

Im Durchschnitt liegt der totale *rijksbijdrage* pro Student/in ohne Abschluss bei rund  $4.500\text{€}$ . Der durchschnittliche totale *rijksbijdrage* pro Absolvent beträgt rund  $18.500\text{€}$ .

Die Übersicht in Abbildung 12.3 verdeutlicht, welche Summen (staatliche Zuschüsse und Studiengebühren) eine *Hogeschool* im Durchschnitt für Studierende in einem 4-jährigen Studiengang erhalten.

**Abbildung 12.3: Übersicht über die Einkünfte einer *Hogeschool* aus *rijksbijdrage* und Studiengebühren (in €, gerundet auf  $100\text{€}$ )**

Bei einer "Einschreib- dauer" von	Abgang ohne Abschluss			Abgang mit Abschluss		
	rijksbijdrage	Studien- gebühren	gesamt	rijksbijdrage	Studien- gebühren	gesamt
1 Jahr	5.900	1.400	7.300	5.900	1.400	7.300
2 Jahren	4.500	2.800	7.300	7.400	2.800	10.200
3 Jahren	3.100	4.200	7.300	20.300	4.200	24.400
4 Jahren	1.800	5.600	7.400	18.900	5.600	24.400
5 Jahren	400	7.000	7.400	17.500	7.000	24.400
6 Jahren	- 1.000	8.400	7.400	16.100	8.400	24.500
...						

Quelle: HBO-raad 2002: Factsheet bekostiging HBO

Bei dem gegenwärtigen Prozentsatz von Absolventen und der gegenwärtigen Verbleibsdauer kann daraus berechnet werden, dass die *Hogescholen* im Durchschnitt einen *rijksbijdrage* von  $3.700\text{€}$  pro Student/in pro Jahr erhalten. Hierauf basiert der Betrag, den die *Hogescholen* jedes Jahr für eine/n eingeschriebene/n Studenten / Studentin als Vorfinanzierung erhalten.

So ergeben sich pro Student/in die in Abbildung 12.4 dargestellten Zahlungsströme zwischen Hochschule und Staat.

Die Konsequenz dieses Verfahrens ist, dass den *Hogescholen* daran gelegen ist, möglichst viele Erstjahrsstudenten zu bekommen, möglichst viele Studierende möglichst schnell zum

Abschluss zu führen und Abbrecher und Hochschulwechsler so schnell wie möglich "auszusortieren".<sup>466</sup>

**Abbildung 12.4: Zahlungsströme zwischen *Hogescholen* und Staat pro Student/in (Durchschnittsbeträge; auf 100 € gerundet)**

bei einer "Einschreib- dauer" von...	... erhält die <i>Hogeschool</i> in Jahr						... und nach Abgang	
	1	2	3	4	5	6	ohne Abschluss	mit Abschluss
1 Jahr	3.700						2.200	2.200
2 Jahren	3.700	3.700					- 2.900	-
3 Jahren	3.700	3.700	3.700				- 8.000	9.200
4 Jahren	3.700	3.700	3.700	3.700			- 13.000	4.100
5 Jahren	3.700	3.700	3.700	3.700	3.700		- 18.100	-1.000
6 Jahren	3.700	3.700	3.700	3.700	3.700	3.700	- 23.200	-6.100

Quelle: HBO-raad 2002: Factsheet bekostiging HBO

#### 12.2.4 Mögliche Entwicklungen

Seit einiger Zeit wird überlegt, das Finanzierungsmodell für *Hogescholen* zu ändern; es ist aber bisher weder ein konkretes System noch ein fester Termin dafür vorgesehen. Sollte ein solches neues System eingeführt werden, könnte es sich nach ECTS-Punkten richten oder als Voucher-System eingerichtet werden.<sup>467</sup>

Im Bildungsministerium wird auch noch über eine weitreichendere Reform nachgedacht: Es wird dort überlegt, die Lehre nach einem einheitlichen Modell sowohl für Universitäten als auch *Hogescholen* zu finanzieren (Forschung würde gesondert finanziert). Für Herbst 2003 war geplant, eine externe Kommission einzuberufen, die sich damit befassen soll. Mit einem Ergebnis ist aber nicht vor 2006 zu rechnen.<sup>468</sup>

### 12.3 Verfahren der Qualitätssicherung

In den Niederlanden ist das System der Qualitätssicherung 2003 reformiert worden. Bis dahin gab es keine Akkreditierung, aber ein sehr gut ausgebautes System der Qualitätssicherung. Im Rahmen des Bologna-Prozesses und der daraus entstehenden Notwendigkeit der internationalen Vergleichbarkeit von Studiengängen bzw. -abschlüssen ist 2003 jedoch die Akkreditierung eingeführt worden. Während das "alte" System der Qualitätsbewertung den Schwerpunkt auf Qualitätsverbesserung gelegt hatte, steht bei der Akkreditierung die Vergleichbarkeit und die Feststellung einer hochwertigen "Basisqualität" im Vordergrund.<sup>469</sup> Zudem stand bislang mehr die Prozessqualität im Vordergrund, während bei der Akkreditierung der Akzent auf die Ausbil-

<sup>466</sup> Es ist (trotz Gegensteuerung auf dem Gebiet der Qualitätsbewertung) nicht auszuschließen, dass dieses System den *Hogescholen* Anreize gibt, mehr Studierende aufzunehmen, als sie eigentlich können, und die Anforderungen in den Abschlussprüfungen zurückzuschrauben, um möglichst viele Absolventen zu generieren. Wie im Januar 2002 publik wurde, hat dieses System außerdem bei einzelnen *Hogescholen* dazu geführt, dass diese für Studierende "Kopfgeld" kassiert haben, die bei ihnen überhaupt keine Leistungen in Anspruch nahmen – seitdem wird über eine Reform des Systems nachgedacht.

<sup>467</sup> DUZ 13/2002, S.28.

<sup>468</sup> Mündliche Informationen von Herrn Dijkstra am 25.6.2003 und Herrn van der Meer am 25.7.2003.

<sup>469</sup> "Basisqualität" wird von der für Akkreditierung zuständigen Organisation als viel hochwertiger als nur "Minimalqualität" gesehen – wollte man hier Schulnoten vergeben, sollte das Erreichen der Basisqualität auf einer deutschen Notenskala etwa einer "2" entsprechen. Die Akkreditierung wird viel stärker als Qualitätssiegel denn als bloßer Mindeststandard gedacht. Mündliche Information von Frau Bos am 23.7.2003.

derungsergebnisse, d.h. das erreichte Niveau der Absolventen, und auf interne Systeme der Qualitätssicherung gelegt werden soll.

Im Folgenden soll zunächst die Akkreditierung behandelt werden, die sich auf die Qualität der Lehre bezieht, bevor die Qualitätsbewertung für den Bereich der Forschung vorgestellt wird.

### 12.3.1 Akkreditierung

Das Akkreditierungssystem basiert auf dem bewährten System der Qualitätsbewertung der Lehre. Daher soll hier, auch wenn es streng genommen schon nicht mehr gültig ist, zunächst das System der Qualitätsbewertung der Lehre skizziert werden, bevor das jetzt gültige Akkreditierungssystem selbst vorgestellt wird.

#### 12.3.1.1 Vorgeschichte: Qualitätsbewertung der Lehre durch VSNU und HBO-raad

Qualitätsbewertung der Lehre wurde in den Niederlanden bislang in Form von Fächerevaluationen betrieben. An Universitäten gab es seit 1988 eine Qualitätsbewertung der Lehre. Sie fand alle sechs Jahre nach einem vorab festgelegten Schema statt; 2000 hat man mit dem dritten Zyklus begonnen.<sup>470</sup> An *Hogescholen* wurden Qualitätsbewertungen der Lehre seit 1990 durchgeführt; auch hier gab es nach einigen Jahren entsprechende Wiederholungen.<sup>471</sup> Mit den Qualitätsbewertungen beauftragt waren die Hochschulkonferenzen VSNU (für Universitäten) und *HBO-raad* (für *Hogescholen*).

Es war üblich, die Qualitätsbewertung hochschulübergreifend durchzuführen; es wurden dabei immer die gleichen Studiengänge bzw. Fachbereiche / Disziplinen an allen entsprechenden Hochschulen (entweder Universitäten oder *Hogescholen*) untersucht; ggf. kam es vor, dass auch die flämischen Hochschulen Belgiens in die Untersuchungen mit einbezogen wurden. Die Untersuchungen wurden von der jeweils gleichen Kommission durchgeführt. Alle Studiengänge wurden evaluiert; es gab keine Ausnahmen.<sup>472</sup> Die Teilnahme an den Qualitätsbewertungen war gesetzlich verpflichtend; die Hochschulen mussten für die entsprechenden Kosten selbst aufkommen.<sup>473</sup>

Sowohl an Universitäten als auch an *Hogescholen* verfasste die jeweilige Hochschule zunächst eine Selbstbewertung, die als Basis für die externe Bewertung durch VSNU und *HBO-raad* diente. Die interne und die externe Bewertung fand anhand der gleichen Kriterien statt, die von der VSNU für Universitäten bzw. vom *HBO-raad* für *Hogescholen* vorgegeben wurden. Diese zwei Kataloge waren einander recht ähnlich, an den *Hogescholen* wurde allerdings mehr auf die Arbeitsmarktorientierung der Programme geachtet.<sup>474</sup> Bevor die Berichte mit den Ergebnissen der Evaluation veröffentlicht wurden, hatten die Hochschulen noch einmal Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen und etwaige Missverständnisse auszuräumen. Es wurden auch Hinweise gegeben, auf welchen Gebieten die Qualität der jeweiligen Hochschule verbessert werden müsste – im Fall der *Hogescholen* war dies Teil des veröffentlichten Abschlussberichts, im Fall der Universitäten geschah dies in einem gesonderten, unveröffentlichten Papier. Dazu kamen Ratschläge, wie diese Qualitätsverbesserung erreicht werden könnte. Diese waren zwar nicht bindend; die *Hogescholen* zumindest waren jedoch verpflichtet, als Reaktion auf den

---

<sup>470</sup> VSNU (1999) und <http://www.vsnu.nl/show?id=654&langid=246>

<sup>471</sup> HBO-raad (1999): S. 2.

<sup>472</sup> Vroeijenstijn (2000): S.57

<sup>473</sup> Vroeijenstijn (2000): S. 58, Inspectie van het onderwijs 1997, S. 22 und VSNU 1999, S. 17.

<sup>474</sup> Zu den Kriterienkatalogen von VSNU und HBO-raad vgl. VSNU (1999): S. 7 ff. und HBO-raad (2001).

Abschlussbericht schriftlich darzulegen, welche Aktivitäten sie zur Verbesserung der Qualität entfalten wollten.

Teil des Systems von Qualitätsbewertungen waren Meta-Evaluationen: Um sicherzugehen, dass die Verfahren der Qualitätsbeurteilung von VSNU und *HBO-raad* selbst wiederum von guter Qualität waren, wurden diese durch eine Meta-Evaluation überprüft. Diese Meta-Evaluationen wurden durch eine weitere Organisation, die sog. Inspektion (*inspectie van het onderwijs*)<sup>475</sup> durchgeführt. Nach jeder externen Qualitätsbewertung prüfte die Inspektion den Bericht und die befolgten Prozeduren; außerdem gab es einen Austausch mit dem Vorsitzenden der jeweiligen Kommission. Die Inspektion verwendete bei der Meta-Evaluation eine Reihe von Kriterien, die von der externen Qualitätsbewertung erfüllt werden mussten. Der Meta-Evaluations-Bericht wurde veröffentlicht, so dass nicht nur die Ergebnisse der eigentlichen Qualitätsbewertung, sondern auch die Meinung der Inspektion über diese Qualitätsbewertung bekannt wurden. Wenn eine Qualitätsbewertung die Kriterien der Inspektion nicht erfüllte, riet die Inspektion dem Bildungsministerium, das Ergebnis nicht zu akzeptieren und die VSNU (bzw. den HBO-raad) zu beauftragen, die Evaluation zu erneuern bzw. Teile daraus zu überarbeiten und zu wiederholen. Das ist auch durchaus hin und wieder vorgekommen.<sup>476</sup>

Schließlich wurde das System der Qualitätsbeurteilungen ergänzt durch eine Bewertung, ob die Verbesserungsvorschläge tatsächlich von den Hochschulen befolgt wurden bzw. welche Konsequenzen die Hochschulen sonst aus der Qualitätsbewertung zogen (*Evaluatie bestuurlijke hantering* - etwa: Bewertung der Handhabung durch die Hochschulleitung). Dieses Verfahren setzte nur ein, wenn die Ergebnisse der Qualitätsbewertung schlecht ausgefallen waren. Zwar war es den Hochschulen überlassen, welche Maßnahmen sie ergreifen, um die Qualität zu verbessern (auch Ratschläge von den Kommissionen waren nicht bindend), aber dass sie überhaupt im Sinne einer Qualitätsverbesserung reagierten, war Gegenstand einer Bewertung durch die Inspektion. Die Inspektion forderte Hochschulen mit schlechten Ergebnissen bei der Qualitätsbewertung ihrer Studiengänge dazu auf, entsprechende Konsequenzen zu ziehen und passende Maßnahmen zu ergreifen.<sup>477</sup> Über Studiengänge, die wiederholt mit schlechten Ergebnissen oder (selbst erstmalig) mit extrem schlechten Ergebnissen Anlass zur Sorge gaben, berichtete die Inspektion außerdem dem Bildungsministerium, welches dann eine öffentliche Verwarnung an die jeweilige Hochschule aussprechen konnte. Drei Monate später untersuchte die Inspektion, inwieweit die Hochschule geeignete Maßnahmen ergriffen hatte. Wenn bis dahin nicht mit Gegenmaßnahmen reagiert wurde, konnte das Bildungsministerium die Finanzierung des betreffenden Studienganges einstellen - was allerdings nie vorgekommen ist.<sup>478</sup>

### 12.3.1.2 Akkreditierung als neues System der Qualitätssicherung

Alle Bestandteile des skizzierten Systems der Qualitätsbeurteilung wurden bei der Erstellung des Akkreditierungssystems aufgegriffen; man ist allerdings noch einen Schritt weiter gegangen: Bei der Akkreditierung gibt es von unabhängiger Seite ein abschließendes Urteil über die Qualität eines Studiengangs.

<sup>475</sup> Die Inspektion ist zuständig für Beurteilung der Qualität der Bildung an Schulen, aber auch für die der Hochschulen, soweit dies nicht durch VSNU und HBO-raad übernommen wurde. Auch ist sie für die Berichterstattung gegenüber dem Ministerium (und damit mittelbar dem Parlament) zuständig. Die Inspektion ist unabhängig von den Universitäten und *Hogescholen*. Vgl. [http://www.onderwijsinspectie.nl/functie\\_en\\_taken/regeling.html#par5](http://www.onderwijsinspectie.nl/functie_en_taken/regeling.html#par5) und [http://www.onderwijsinspectie.nl/functie\\_en\\_taken/regeling.html#par6](http://www.onderwijsinspectie.nl/functie_en_taken/regeling.html#par6).

<sup>476</sup> Inspectie van het onderwijs (1997): S. 22 ff.

<sup>477</sup> Es konnte auch – wenn auch nur selten – vorkommen, dass ganze Disziplinen hochschulübergreifend Änderungen an ihren Curricula vornehmen mussten. Inspectie van het onderwijs (1997): S. 29.

<sup>478</sup> Vroeijenstijn (2000): S. 58 und HBO-raad (1999): S. 7.

Die Akkreditierung befindet sich derzeit noch im Stadium der Einführung.<sup>479</sup> Bis vor kurzem gab es in den Niederlanden keine Akkreditierung.<sup>480</sup> 2002 jedoch wurde die Niederländische Akkreditierungsorganisation (*Nederlandse Accreditatie Organisatie*, NAO) für die Akkreditierung von Studiengängen an Universitäten wie auch *Hogescholen* eingerichtet; im August 2002 trat eine entsprechende Änderung des Hochschulgesetzes WHW in Kraft. Anfang 2003 hat die Organisation ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist von Staat und Hochschulen unabhängig und ist niemandem direkt verantwortlich (wie durchaus kritisch von der VSNU angemerkt wird).<sup>481</sup> Im September 2003 ist die Organisation umgeformt bzw. erweitert worden: Es wurde ein Vertrag zwischen den Niederlanden und der Flämischen Gemeinschaft Belgiens geschlossen, der eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Qualitätssicherung anstrebt und in dem eine gemeinsame Akkreditierungsorganisation vereinbart wurde, die Niederländisch-Flämische Akkreditierungsorganisation (*Nederlands-Vlaamse Accreditatie Organisatie*, NVAO), die aus der NAO hervorgegangen ist.<sup>482</sup>

Zunächst gibt es noch Übergangsregelungen vom alten Qualitätsbewertungssystem zum Akkreditierungssystem. Demnach wird es vorübergehend auch noch möglich sein, Bachelor- und Masterstudiengänge nach den alten Kriterienkatalogen von VSNU bzw. *HBO-raad* zu beurteilen, ggf. ergänzt um zusätzliche Informationen.<sup>483</sup>

## Ziele

Durch die neu einzuführende Akkreditierung von Studiengängen sollen die verschiedenen Studienangebote vergleichbarer gemacht und die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden.

## Gegenstand und Kriterien

Die NVAO hat zur Aufgabe, Akkreditierungen zu verleihen und entsprechende Prüfungen für bestehende und neue Studiengänge durchzuführen. Die NVAO soll dabei ihre Beurteilungsmaßstäbe mit den europäischen Auffassungen von Niveau und Qualität dieser Abschlüsse abstimmen.

Im Rahmen einer Akkreditierungsprüfung werden die folgenden Themen mit den genannten Facetten untersucht, zu denen jeweils einige entsprechende Kriterien genannt werden:<sup>484</sup>

- Zielsetzung des Studiengangs: Fach- oder disziplinspezifische Anforderungen, Niveau (Master oder Bachelor), Ausrichtung (berufsbezogen oder wissenschaftlich): Im Rahmen eines "De-Institutionalisierungsprozesses" ist es in den Niederlanden Universitäten

<sup>479</sup> Zu diesem gesamten Abschnitt vgl. – soweit nicht gesonderte Quellenverweise gemacht werden – <http://www.nao-ho.nl> und NAO (2003 a) sowie NAO (2003 b). Zu diesem Absatz vgl. außerdem den Pressebericht des Bildungsministeriums Nr. 37 vom 10.06.2002.

<sup>480</sup> Allerdings waren Anfang des neuen Jahrtausends sog. "Probeakkreditierungen" im Bereich der *Hogescholen* eingeführt worden. Vgl. dazu ausführlich Goedegebuure et al. (2002).

<sup>481</sup> Vgl. <http://www.vsnul.nl/show?id=3577&langid=246>

<sup>482</sup> Bis auf Weiteres gilt die Organisation offiziell noch als "im Aufbau befindlich". Vgl. <http://www.nvaon.nl/content.php?a=s&id=6&PHPSESSID=68a106050d80a4324e0cc2a19befbcd1>. Wo Quellen zitiert werden, wird teilweise noch Bezug auf "alte" NAO-Quellen genommen.

<sup>483</sup> Vgl. <http://www.vsnul.nl/show?id=1143&langid=246>.

<sup>484</sup> Diese Liste von Themen und deren Facetten sind bewusst offen gehalten und nicht zu detailliert, um den Hochschulen Raum für Vielfalt zu lassen. Auch die entsprechenden Kriterien werden nur angedeutet. Gerade weil der Beurteilungsrahmen so allgemein gehalten ist, ist eine gute Auswahl der Experten / der Panels um so wichtiger. Dieser Bezugsrahmen wird in den nächsten Jahren entsprechend den damit gemachten Erfahrungen und internationalen Entwicklungen angepasst werden. Langfristig ist es sogar denkbar, dass Hochschulen, die erwiesenermaßen ein gutes internes Qualitätssicherungssystem haben, sich im Rahmen einer Re-Akkreditierung nur noch einer einfacheren, weniger umfassenden Prüfung unterziehen müssen. Vgl. <http://www.nao-ho.nl/pdf/uitgangsp030214.pdf>.

genau wie *Hogescholen* möglich, sowohl Studiengänge mit wissenschaftlicher als auch berufsbezogener Schwerpunktsetzung anzubieten.<sup>485</sup> Ferner kann jede Hochschule Bachelor- und Masterstudiengänge anbieten.<sup>486</sup> So muss eine Hochschule für jeden Studiengang, den sie akkreditieren lassen will, zunächst deutlich machen, welcher Art der betreffende Studiengang überhaupt ist.

- Programm des Studiengangs: z.B. Anforderungen je nach Ausrichtung (berufsbezogen oder wissenschaftlich), Verhältnis zwischen Zielsetzungen und Programminhalt, Dauer, Prüfungen
- Personaleinsatz: Anforderungen je nach Ausrichtung (berufsbezogen oder wissenschaftlich), Quantität und Qualität des Personals
- Einrichtung / Ausstattung: Materielle Ausstattung, Studienbegleitung (Information, Beratung)
- Interne Qualitätssicherung: Evaluationsergebnisse und Maßnahmen zur Verbesserung (bestehende Studiengänge) bzw. systematische Vorgehensweise (neue Studiengänge), Miteinbeziehen von MitarbeiterInnen, Studierenden, Alumni und Vertretern der Arbeitswelt
- Ergebnisse (nur bei bestehenden Studiengängen): Erreichtes Niveau, "Lehrertrag"
- Bedingungen für Kontinuität (nur bei neuen Studiengängen): Garantie, dass der Studiengang zu Ende geführt werden kann, Investitionen, finanzielle Ausstattung

### Organisation und Gestaltung

Die NVAO darf selbst nur maximal 14 Mitarbeiter haben, die alle Erfahrung auf dem Gebiet der Hochschulbildung bzw. der Qualitätssicherung haben müssen. Da die Niederlande auf diesem Gebiet mit der Flämischen Gemeinschaft Belgiens zusammenarbeitet, hat die NVAO zwei flämische Mitglieder. Die Mitglieder können für maximal 5 Jahre benannt werden.<sup>487</sup>

Die NVAO arbeitet mit sog. Besuchs- und Beurteilungsinstanzen (*Visiterende en Beoordelende Instanties*, VBI) zusammen, die die eigentliche Akkreditierungsarbeit in Form von Besuchen vor Ort und von Beurteilungen übernehmen (bzw. die dafür gesonderte Panels von Fachleuten einsetzen). Die VBI liefern der NVAO dann einen entsprechenden Bericht, aufgrund dessen die NVAO ihre Entscheidung fällt.

Die VBI formieren sich derzeit noch. Im Prinzip kann jede beliebige Organisation, die sich dazu berufen fühlt, zur VBI werden. Auf diese Weise können auch Berufsverbände in die Bewertungsverfahren einbezogen werden, wenn sie eine solche VBI bilden oder sich daran beteiligen.<sup>488</sup> Auch die VSNU und der HBO-raad werden nach Auskunft der NVAO die bislang für Qualitätsbewertung zuständigen Abteilungen auslagern und zu eigenständigen, unabhängigen VBI umformen.<sup>489</sup>

<sup>485</sup> Vgl. <http://www.nao-ho.nl/pdf/uitgangsp030214.pdf>.

<sup>486</sup> Bei den Studiengängen kann weiter nach ihrer Form differenziert werden, d.h. ob sie z.B. als Voll- oder Teilzeit- oder als "Dual"-Studium (eine Kombination aus Studium und Berufspraxis) angeboten werden. Offen bleiben bislang noch die Fragen, ob diese einzeln akkreditiert werden müssen oder ob nur eine gemeinsame Akkreditierung stattfindet - letzteres würde die NVAO befürworten. Allerdings ergibt sich dann die Frage, ob sich eine nicht bestandene Akkreditierung auch tatsächlich auf alle drei möglichen Formen bezieht. Vgl. <http://www.nao-ho.nl/downloads/nl/HBO-raadverslag.pdf>.

<sup>487</sup> Zur Auswahl und Ernennung der Mitglieder vgl. ausführlich WHW, Artikel 5a.3.

<sup>488</sup> Van den Brink (2002): S. 33.

<sup>489</sup> Mündliche Information von Frau Bos am 23.7.2003.

Jedes Jahr im September veröffentlicht die NVAO eine Liste von VBI.<sup>490</sup> Dabei handelt es sich nicht um eine Zertifizierung, sondern lediglich um die Feststellung, dass diese VBI das erforderliche Fachwissen und die entsprechende Qualität mitbringen und methodische Anforderungen erfüllen, die sich aus dem Prüfungsrahmen für die Akkreditierungen ergeben. In einem entsprechenden Protokoll wurden als Kriterien für die Platzierung auf der Liste ermittelt:<sup>491</sup>

- Unabhängigkeit der VBI
- Unabhängigkeit der Mitglieder der Besucher-Panels
- Zusammenstellung der Besucher-Panels (v.a. Expertise)
- Internes Qualitätssicherungssystem der VBI
- Beurteilungsprotokoll
- Referenzrahmen für fach(bereichs)spezifische Qualitätsmerkmale (inkl. Angaben zur Erstellung dieses Referenzrahmens)

Wenn die Berichte einer VBI auch bei Nachfragen nicht die Anforderungen erfüllen, die betreffende VBI also nicht gut funktioniert, wird sie von der Liste gestrichen.

Die Hochschulen können allerdings auch VBI beauftragen, die nicht auf dieser Liste stehen (auch ausländische); es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Hochschulen eher die VBI auf dieser Liste auswählen, weil diese schon gezeigt haben, dass sie selbst gewisse Qualitätskriterien erfüllen (auch wenn das nicht bedeutet, dass ihre Beurteilungen in jedem Fall ohne Weiteres anerkannt werden).

Die Prozeduren für die Akkreditierung bestehender und neuer Studiengänge sind wie folgt geregelt:<sup>492</sup> Hochschulen, die ihre Studiengänge akkreditieren lassen wollen, reichen entsprechende Anträge bei einer von ihnen ausgewählten VBI ein, ergänzt um grundsätzliche Informationen zum jeweiligen Studiengang – etwa zu seiner Ausrichtung (berufsbezogen oder wissenschaftlich) und seinem Niveau (Bachelor oder Master). Seit Juni 2003 können die Gesuche eingereicht werden. Bei bereits bestehenden Studiengängen führt die Hochschule zudem eine Selbstbeurteilung des jeweiligen Studiengangs durch. Auf dieser fußt die von der VBI durchgeführte externe Beurteilung.

Die Selbst- sowie die externe Beurteilung finden anhand der o.g. Themen statt, die in unterschiedliche Facetten mit entsprechenden Kriterien unterteilt sind. Die VBI können zudem weitere Themen in ihre Prüfungen mit einbeziehen. Auch können die Hochschulen im Sinne einer Profilierung die VBI um eine gesonderte Überprüfung sog. "besonderer Qualitätsmerkmale" bitten; das Abschneiden bei dieser Profilierungsprüfung hat jedoch keinen Einfluss auf die Akkreditierungsentscheidung.

Um die Studiengänge beurteilen zu können, führen die VBI entsprechende Besuche an den jeweiligen Hochschulen durch. Aufgrund dieser Besuche und der Selbstbewertungen der Hochschule fällt die VBI ihr Urteil, ob die Akkreditierung erteilt werden sollte oder nicht.

Damit die Akkreditierung erteilt werden kann, muss das Gesamturteil zu jedem der sechs Themen mindestens "ausreichend" sein (bei einer Skala von "hervorragend" über "gut" zu "ausreichend" und "nicht ausreichend"). Innerhalb eines Themas können die Facetten unterschiedlich gewichtet werden; unterschiedliche Urteile zu den Facetten können einander ausgleichen.<sup>493</sup>

---

<sup>490</sup> Zur derzeitigen Liste vgl. <http://www.nvao.nl/content.php?action=show&id=23>.

<sup>491</sup> Vgl. zur folgenden Aufzählung NAO (2003 c).

<sup>492</sup> Zur Übergangsregelung zur Einführung der Akkreditierung vgl. <http://www.vsnu.nl/show?id=35118&langid=246>.

<sup>493</sup> Vgl. <http://www.nao-ho.nl/downloads/nl/VSNUverslag.pdf>.



Die jeweilige VBI muss bei ihrem Qualitätsurteil angeben, wie sie zu diesem Urteil gekommen ist.

Den Bericht zu ihrer Bewertung übergibt die VBI der Hochschule. Die Hochschule reicht den Bericht der VBI mit einem Antrag auf Akkreditierung bei der NVAO ein; der Bericht darf dann maximal ein Jahr alt sein. Die Hochschule liefert der NVAO zudem wiederum die wesentlichen Informationen über die Art des Studiengangs und kann auch ihre Selbstbewertung mit beifügen.

Aufgrund des Bewertungsberichts der jeweiligen VBI fällt die NVAO ihre Entscheidung bzgl. der Akkreditierung (dabei wird auch die Qualität des Berichts selbst geprüft; ggf. kann die NVAO zusätzliche Informationen anfordern). Die Entscheidung wird der betreffenden Hochschule innerhalb von drei Monaten mitgeteilt; diese hat dann zwei Wochen Zeit zu reagieren (es bestehen gesetzliche Möglichkeiten der Beschwerde oder der Berufung). Danach wird die Entscheidung veröffentlicht.

Ein Ranking aufgrund der Akkreditierung soll bewusst nicht stattfinden; es ist allerdings denkbar, dass die Ergebnisse "best practices" sichtbar machen, die als Vorbild nutzbar wären.<sup>494</sup>

Wenn die Berichte einer VBI oder auch die Qualität eines Studiengangs fraglich scheinen, kann die NVAO eine zweite Meinung einholen und / oder zusätzliche Informationen bei der betreffenden Hochschule abfragen. Wenn eine zweite Meinung eingeholt wird, geschieht das über eine VBI oder ein externes Expertenpanel. Wenn sich die NVAO einer Entscheidung enthält, bleibt die alte Akkreditierung gültig, bis die NVAO sich geäußert hat.<sup>495</sup>

Eine Akkreditierung ist jeweils für sechs Jahre gültig, der Studiengang darf also für diese sechs Jahre angeboten werden (dafür muss noch eine Eintragung ins zentrale Register für Studiengänge erfolgen); danach finden Re-Akkreditierungen statt.

Bei einer negativen Akkreditierungsentscheidung – d.h. wenn die Akkreditierung nicht erteilt wird – muss die Hochschule innerhalb von zwei Wochen die Entscheidung treffen, ob der Studiengang nicht mehr weitergeführt wird oder ob er weiterhin angeboten werden soll. Im letzteren Fall sind entsprechende Verbesserungen einzuführen, die mit der NVAO abgesprochen werden müssen. In jedem Fall berichtet die NVAO dem Bildungsministerium über die Entscheidung. Sofern der Studiengang aufgegeben wird, stellt dieses die Finanzierung für den betreffenden Studiengang ein; auch für Studiengänge, die verbessert werden sollen, kann das Ministerium die Entscheidung treffen, die Finanzierung zumindest vorübergehend einzustellen.<sup>496</sup>

Wenn eine Hochschule beschließt, einen nicht akkreditierten Studiengang beizubehalten, werden 2 Jahre gewährt, innerhalb derer dieser Studiengang verbessert werden kann, bevor er neu getestet wird. Innerhalb dieser Zeit dürfen jedoch keine neuen Studierenden für diesen Studiengang aufgenommen werden. Bereits eingeschriebene Studierende müssen die Gelegenheit bekommen, ihr Studium abzuschließen (was an der betroffenen Hochschule nicht mehr besonders attraktiv sein dürfte).<sup>497</sup>

Wenn auch nach Ablauf der zwei Jahre keine entsprechenden Verbesserungen stattgefunden haben, berichtet die NVAO dem Ministerium darüber; der/die Bildungsminister/in beschließt dann, welche Konsequenzen dies mit sich bringt – i.d.R. dürfte dies die Einstellung der Finanzierung für den betreffenden Studiengang bedeuten.<sup>498</sup>

<sup>494</sup> Vgl. <http://www.nao-ho.nl/downloads/nl/VSNUverslag.pdf>.

<sup>495</sup> Vgl. <http://www.nao-ho.nl/downloads/nl/HBO-raadverslag.pdf>.

<sup>496</sup> Vgl. ebd. und mündliche Auskunft von Frau Jonas am 31.07.2003.

<sup>497</sup> Vgl. <http://www.nao-ho.nl/downloads/nl/HBO-raadverslag.pdf> und WHW, Art. 5a.12a i.V.m. Art. 5a.9 und 5a.12; außerdem Auskunft per E-mail von Frau Bos am 24.07.2003.

<sup>498</sup> Vgl. [http://www.nao-ho.nl/downloads/nl/goedk\\_nao\\_insp.pdf](http://www.nao-ho.nl/downloads/nl/goedk_nao_insp.pdf)

Die Hochschulen sind nicht verpflichtet, ihre Studiengänge akkreditieren zu lassen, es liegt aber in ihrem eigenen Interesse, dies zu tun. Die Konsequenzen einer fehlenden oder nicht neu erteilten Akkreditierung sind nämlich, dass die entsprechende Hochschule den Anspruch auf staatliche Finanzierung verliert, dass für die Examen kein staatlich anerkannter Grad erteilt wird und dass der Studiengang aus dem Zentralregister für Studiengänge gestrichen wird. Zudem haben die betreffenden Studierenden keinen Anspruch mehr auf Studienfinanzierung. Dies bedeutet in der Praxis das Aus für den betreffenden Studiengang, und die Hochschule ist dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die für diesen Studiengang eingeschriebenen Studenten ihr Studium an einer anderen Hochschule fortsetzen können.

Die Kosten für die Akkreditierung tragen die Hochschulen selbst. Mit Einverständnis des Bildungsministeriums wurden die Kosten für die Akkreditierung bestehender Studiengänge auf 2.500 € festgelegt, während die Akkreditierung neuer Studiengänge je nach Art und Umfang der Akkreditierungsprüfung 2.500 €, 5.000 €, 7.500 € oder 10.000 € kosten kann.<sup>499</sup>

Die bereits begonnenen Meta-Evaluationen (nach dem alten System) wird die Inspektion noch abschließen; ab September 2003 jedoch soll die NVAO die einzige Anlaufstelle für Hochschulen sein, was die Qualität von Studiengängen betrifft. Die Inspektion bleibt indes verantwortlich für die Kontrolle darüber, dass das Bildungssystem – die NVAO inbegriffen – funktioniert und dass alle entsprechenden Einrichtungen sich an die gesetzlichen Vorschriften halten.<sup>500</sup>

### 12.3.2 Qualitätsbewertung der Forschung

Die Akkreditierung hat das bislang bestehende System der Qualitätsbewertung der Lehre ersetzt. Die seit jeher separate Qualitätsbewertung der Forschung bleibt jedoch bestehen.

Qualitätsbewertung der Forschung gibt es an den Universitäten seit 1993; bis 2003 war die VSNU dafür zuständig.<sup>501</sup> Sie wurde bislang alle fünf Jahre durchgeführt; der zweite Zyklus lief seit 1998 und dauerte bis Ende 2002.<sup>502</sup> Die VSNU hatte dafür ein eigenes Protokoll (d.h. eine standardisierte Vorgehensweise), das sich von den Protokollen zweier großer nationaler Forschungsförderungsinstitute – NWO (*Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek*, Niederländische Organisation für Wissenschaftliche Forschung) und KNAW (*Koninklijke Nederlandse Akademie van Wetenschappen*, Königliche Niederländische Akademie der Wissenschaften) – unterschied.

Aufbauend auf den bisherigen Protokollen und den damit gesammelten Erfahrungen ist das System der Qualitätsbewertung der Forschung in 2003 verändert worden, um eine bessere Abstimmung mit den Prozeduren der Bewertungen von NWO und KNAW zu gewährleisten: Auf Grundlage eines entsprechenden Berichts haben VSNU, NWO und KNAW beschlossen, ein gemeinsames, einheitliches Bewertungssystem einzuführen. Fortan wird daher die Bewertung der Leistungen öffentlicher Forschungseinrichtungen von allen betreffenden Organisationen nach einem einheitlichen nationalen Protokoll vorgenommen. Durch die Einführung des einheitlichen Protokolls sollen die Belastung der Universitäten durch Bewertungen (doppelte Bewertung einer Einrichtung durch unterschiedliche Organisationen) verringert und Bürokratisierung vermieden werden.<sup>503</sup>

<sup>499</sup> Vgl. <http://www.nao-ho.nl>

<sup>500</sup> Vgl. [http://www.nao-ho.nl/downloads/nl/goedk\\_nao\\_insp.pdf](http://www.nao-ho.nl/downloads/nl/goedk_nao_insp.pdf)

<sup>501</sup> Im Grunde wurde bereits in den 1980ern damit begonnen; aber erst seit 1992 die VSNU damit beauftragt wurde, wurden die Bewertungen wirklich umfassend. VSNU (1998), Vorwort.

<sup>502</sup> Vgl. <http://www.vsnu.nl/show?id=654&langid=246>, aufgerufen am 11.06.2002.

<sup>503</sup> Vgl. <http://www.vsnu.nl/show?id=28046&langid=246>.

So finden Bewertungen durch die Universitäten nun nach den gleichen Maßstäben statt wie durch die NWO und die KNAW. Wie bereits angedeutet, sind es nun die Universitäten – d.h. die jeweiligen Universitätsleitungen (*College van Bestuur*) – selbst, die für die Beurteilung zuständig und verantwortlich sind; koordiniert werden die Beurteilungen jedoch weiterhin durch die VSNU.<sup>504</sup> Auch die Initiative für die Bewertungen liegt nun bei den Universitäten selbst.<sup>505</sup>

## Ziele

Die Qualitätsbewertung der Forschung verfolgt drei Ziele: So soll sowohl die Qualität der Forschung selbst verbessert als auch eine Verbesserung des Forschungsmanagements erzielt werden. Außerdem soll die jeweilige Forschungseinheit damit Rechenschaft über ihre Leistungen gegenüber den übergeordneten Stellen der eigenen Organisation, der finanzierenden Organisation, der Regierung und der Öffentlichkeit ablegen – schließlich geht es hier um die Bewertung von öffentlich finanzierter Forschung.<sup>506</sup>

## Gegenstand und Kriterien

Während im alten System disziplinspezifische Bewertungen stattfanden, wird das neue Bewertungssystem "zusammenhängende Forschungsfelder" zum Gegenstand haben.<sup>507</sup> Gegenstand der Bewertung sind also die jeweiligen Forschungseinheiten, die freilich sehr unterschiedlich ausfallen können. Die beteiligten Organisationen - NWO, KNAW und die Universitäten - können sie auch unterschiedlich definieren. Es kann sich um kleinere oder größere Einheiten handeln, die nur einer oder aber mehreren Disziplinen zuzuordnen sind. Sie können an nur einer Universität angesiedelt sein, als transuniversitäre Arbeitsgruppen organisiert sein oder auch zu unabhängigen Forschungseinrichtungen gehören.

Die Universitäten können also jeweils selbst entscheiden, welche Abteilungen, Forschungsinstitute oder Gruppen von Forschungsschulen der Definition des Protokolls von "Instituten" entsprechen. Es wird für den Bewertungsprozess davon ausgegangen, dass jedes "Institut" der Universitäten eine kohärente Forschungseinheit bildet, die eine eigene Leitung hat. Ein "Institut" kann dabei aus einer oder mehreren Forschungsgruppen bestehen.<sup>508</sup>

Die Unterschiede sollen bei der Bewertung gebührend berücksichtigt werden; trotzdem werden aufgrund des neuen einheitlichen Protokolls nunmehr für alle Einheiten grundsätzlich die gleichen Bewertungsmaßstäbe angewandt. Im Protokoll werden all diese Einheiten vereinfachend als "Institute" bezeichnet. Diese sind definiert als "Gruppe von Forschern mit einem gemeinsamen, klar formulierten Ziel, die unter dem gleichen Management arbeiten"; jedes Institut hat einen Direktor, einen Aufsichtsrat und / oder einen Forschungsleiter, bei dem die Verantwortung liegt. Da es Überschneidungen zwischen den Instituten geben kann, dürfen – um doppelte Arbeit zu vermeiden – Informationen über Gruppen, Programme oder Teile eines Instituts aus einer Bewertung auch in anderen Bewertungen genutzt werden.<sup>509</sup>

Es gibt vier Hauptkriterien, die zu berücksichtigen sind; diese sollen den Bewertungskomitees als Anhaltspunkte dienen, um nicht nur bisherige Leistungen, sondern auch künftiges Potenzial abzuschätzen. Freilich macht es einen Unterschied, ob ganze Forschungsinstitute oder einzelne Forschungsprogramme bewertet werden; auch sind je nach Disziplin manche Kriterien wich-

<sup>504</sup> VSNU / NWO / KNAW (2003): S. 5 ff.

<sup>505</sup> Vgl. <http://www.vsnu.nl/show?id=28046&langid=246>.

<sup>506</sup> VSNU / NWO / KNAW (2003): S. 5 ff.

<sup>507</sup> Vgl. <http://www.vsnu.nl/show?id=28046&langid=246>: Pressemitteilung des VSNU vom 29.01.2003.

<sup>508</sup> VSNU / NWO / KNAW (2003): S. 23 f. Grundsätzlich sollten die Einheiten aber eine gewisse Größe aufweisen; hier kann die durchschnittliche Größe der Forschungsschulen als Richtlinie gelten. VSNU / NWO / KNAW (2003): S. 13.

<sup>509</sup> VSNU / NWO / KNAW (2003): S. 13.

tiger als andere bzw. müssen anders gemessen werden. Daher ist die Ausgestaltung der Kriterien von den Bewertungskomitees entsprechend anzupassen. Dabei sind auch die jeweiligen Ziele der Institution zu berücksichtigen. Die vier Kriterien sind:<sup>510</sup>

- Qualität (internationale Anerkennung und innovatives Potenzial)
- Produktivität (wissenschaftlicher Output)
- Relevanz (wissenschaftlicher und sozio-ökonomischer Einfluss)
- Vitalität und Machbarkeit (Flexibilität, Management und Führungsqualität)

Die Bewertung dieser Kriterien erfolgt anhand einer fünfstufigen Skala: exzellent, sehr gut, gut, befriedigend und nicht ausreichend. Wenn die Urteile der Bewerter nicht einstimmig sind, sind unterschiedliche Ansichten der Mitglieder des Bewertungskomitees explizit darzulegen.<sup>511</sup>

### Organisation und Gestaltung

Alle 3 Jahre findet eine Selbstbewertung des jeweiligen Forschungsinstituts bzw. des Forschungsprogramms statt, alle 6 Jahre eine Bewertung durch externe Experten (internationaler *peer review*). Je nachdem dient die Selbstbewertung zur Vorbereitung auf die externe Beurteilung oder als interne Bewertung des Zwischenstands zur "Halbzeit". Selbstbewertung und externe Bewertung nutzen dabei die gleichen o.g. Kriterien; hinzu kommen quantitative Daten (wie z.B. die Anzahl der Forscher im jeweiligen Institut).<sup>512</sup>

Zur Prozedur einer externen Bewertung gehören die folgenden Schritte für die jeweils verantwortliche Organisation (NWO, KNAW oder Universitätsleitung):<sup>513</sup>

1. Planung und Zeitplan für alle Forschungsinstitute
2. Protokoll für die spezifische externe Bewertung: Entsteht auf Basis des einheitlichen nationalen Protokolls, ergänzt um eine Liste zusätzlicher Dokumente (wie z.B. die Schlussfolgerungen aus der letzten internen Bewertung oder bei Überschneidungen mit anderen Forschungsinstituten die Ergebnisse der relevanten Teile), um das Profil der Expertise des zu benennenden Bewertungskomitees und ggf. um zusätzliche Fragen. Dieses Protokoll wird zunächst als Entwurf erarbeitet, der dann mit dem betreffenden Institut besprochen und schließlich in endgültige Form gebracht wird.
3. Bestimmung des Vorsitzes und der Mitglieder des Bewertungskomitees: Das jeweilige Institut darf dafür entsprechende Vorschläge machen, die jedoch nicht berücksichtigt werden müssen. Unabhängigkeit der Mitglieder von den jeweils zu bewertenden Instituten ist selbstverständlich ein wichtiges Kriterium bei der Bestimmung der Komiteemitglieder. Je nach dem zu bewertenden Institut kann das erforderliche Profil der Komiteemitglieder sehr unterschiedlich sein. Es wird Wert auf eine internationale Besetzung der Komitees gelegt;<sup>514</sup> das Protokoll selbst ist in Englisch geschrieben.
4. Dokumentation der Selbstbewertung: Die Selbstbewertung bezieht sich auf das Institut sowie die Forschungsprogramme unter Führung des Instituts. Die entsprechende Dokumentation soll neben umfassendem Datenmaterial auch eine Analyse der Stärken und Schwächen des betreffenden Instituts umfassen.<sup>515</sup>

<sup>510</sup> VSNU / NWO / KNAW (2003): S. 9 ff.

<sup>511</sup> Ebd., S. 9. Zu einer inhaltlichen Erläuterung dieser Skalenwerte siehe Anhang 2 des Protokolls: ebd., S. 25.

<sup>512</sup> Ebd., S. 3 ff. Ein Muster für eine Selbstbewertung wird in Anhang 3 des Protokolls gegeben: ebd., S. 27 ff.

<sup>513</sup> Ebd., S. 13.

<sup>514</sup> Vgl. <http://www.vsnu.nl/show?id=28046&langid=246>.

<sup>515</sup> VSNU / NWO / KNAW (2003): S. 19.

5. Arbeitsprogramm des Bewertungskomitees: Dieses bezieht sich v.a. auf die durchzuführenden Vor-Ort-Besuche.
6. Bewertungsbericht: Dieser sollte sowohl über das gesamte Forschungsinstitut als auch über einzelne Forschungsprogramme Auskunft geben.
7. Schlussfolgerungen der zuständigen Organisation (Universitätsleitung bzw. NWO oder KNAW): Die Schlussfolgerungen bezüglich der Zukunft des betreffenden Instituts formen zusammen mit den Dokumenten über die Selbstevaluation und dem externen Bewertungsbericht die Ergebnisse der externen Bewertung.
8. Veröffentlichung der Bewertungsergebnisse
9. Beteiligung an Bewertungen und Meta-Evaluation: Die Universitätsleitungen, NWO und KNAW sind dafür verantwortlich, dass sich alle Forschungsinstitute aus ihrem Zuständigkeitsbereich an den Bewertungen beteiligen. KNAW, NWO und VSNU werden ein unabhängiges Komitee gründen, das für die Meta-Evaluation des Bewertungsprozesses und seiner Ergebnisse zuständig ist. Dieses Meta-Evaluationskomitee wird einen jährlichen Bericht schreiben, der veröffentlicht wird.

Die Bewertungen können auch finanzielle Konsequenzen für die Institute haben. So basiert z.B. die NWO ihre Finanzierungsentscheidungen auf den externen Qualitätsbewertungen, was bzgl. der Vergabe von Drittmitteln für die Universitäten von Belang ist.<sup>516</sup>

## 12.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung

Sowohl das Finanzierungssystem für Universitäten als auch das für *Hogescholen* setzt den Hochschulen Anreize, möglichst viele Studierende aufzunehmen und sie (an *Hogescholen* möglichst rasch) auch bis zum Abschluss zu führen. Um die dadurch denkbaren Qualitätsprobleme zu unterbinden, gibt es ein System, das die Qualität der Lehre sowie der Forschung zu wahren bzw. zu verbessern sucht.

### Konsequenzen aus der Akkreditierung

Nur für akkreditierte Studiengänge hat eine Hochschule Anspruch auf Finanzierung aus öffentlichen Mitteln. Außerdem dürfen nur für akkreditierte Studiengänge offizielle Hochschulabschlüsse (und entsprechende Titel) verliehen werden. Zudem ist die Akkreditierung Voraussetzung für die Registrierung im Zentralregister für Studiengänge. Nur Studierende in akkreditierten Studiengängen haben Anspruch auf Studienfinanzierung (studiefinanciering).<sup>517</sup> Bei einer nicht erreichten Akkreditierung greifen die Sanktionen jedoch nicht automatisch, sondern erst nach Einzelfallentscheidung des Bildungsministeriums; i.d.R. werden der Hochschule zwei Jahre Zeit gegeben, um den betreffenden Studiengang zu verbessern.

Insofern besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Akkreditierung und Finanzierung; er wirkt sich jedoch nur darauf aus, ob überhaupt staatliche Mittel für den entsprechenden Studiengang gezahlt werden - die Höhe dieser Mittel wird davon nicht berührt.

### Konsequenzen aus der Qualitätsbewertung

Auf dem Gebiet der Forschung gibt es eine Verknüpfung von Qualitätsbewertung und Finanzierung, die stärker im Sinne eines Anreizes als einer Strafe funktioniert: Die sog. "Top"-Forschungsschulen erhalten durch diesen Status, der von der NWO für hohe Forschungsqualität verliehen wird, zusätzliche Mittel vom Bildungsministerium. Dabei unterliegen diese For-

<sup>516</sup> Ebd., S. 23.

<sup>517</sup> Vgl. <http://www.nao-ho.nl> und NAO (2003 a) sowie NAO (2003 b).

schungsschulen einer Qualitätskontrolle: Solange sie ihren Status wahren können, erhalten sie diese Mittel, wenn sie aber bei einer Überprüfung als dieses Titels nicht mehr würdig befunden werden, können sie diese Mittel nicht länger bekommen. Dieses spezielle Programm der qualitätsabhängigen Finanzierung ist jedoch auf 10 Jahre begrenzt.

Ein weiterer Zusammenhang ist v.a. auf dem Gebiet der Forschung dadurch gegeben, dass die Vergabe von Drittmitteln für Forschung von NWO oder KNAW von Qualitätsurteilen abhängig gemacht werden kann.

## 13 Norwegen

### 13.1 Hochschulsystem

#### 13.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

Anfang der 90er Jahre bestand das norwegische Hochschulsystem noch aus einer Vielzahl von unterschiedlich großen Hochschuleinrichtungen unterschiedlicher Prägung. Eine virtuelle Zusammenführung wurde unter dem Begriff "Network Norway" versucht, schließlich wurden jedoch viele der kleineren Hochschulen fusioniert.<sup>518</sup> Das heute bestehende Hochschulsystem hat eine im Grunde binäre Struktur und trennt zwischen Universitäten und berufsbildenden Hochschulen. Allerdings wurde auch diese Struktur in den letzten Jahren zunehmend ausgehöhlt, da viele berufsbildende Hochschulen vermehrt mit Rechten und Aufgaben der Universitäten betraut wurden. Die Universitäten sind entweder Volluniversitäten oder fachlich spezialisiert.

Das Hochschulgesetz von 1996, das als erstes für alle Hochschularten gilt,<sup>519</sup> legt fest, dass jede Hochschule von einem Ausschuss und i.d.R. auch von einem Hochschulrat geleitet wird. Der jeweilige Ausschuss ist für die Gesamtentwicklung der Hochschule verantwortlich, insbesondere für die Richtlinien zur Verteilung der finanziellen Mittel innerhalb der Hochschule, für den jährlichen Antrag an das Bildungsministerium auf Zuweisung des Haushalts, für die Entwicklung neuer Studienprogramme sowie für größere organisatorische Veränderungen. Der Gesetzgeber legt darüber hinaus fest, dass es an jeder Hochschule ein Gremium für die Belange behinderter Studierender geben muss. Per Gesetz müssen zwei studentische Vertreter in jedem Gremium sein.<sup>520</sup>

Das Hochschulgesetz von 1996 bezieht sich lediglich auf staatliche Hochschulen, ein separates Gesetz regelt die Rechte und Pflichten der 26 privaten Hochschulen.<sup>521</sup> Langfristig ist geplant, beide Gesetze in einem einheitlichen Hochschulgesetz zusammenzufassen. Zunächst wurden jedoch beide Gesetze durch die Hochschulnovelle von 2002 erweitert. Diese setzt wesentliche Forderungen der *Mjøs*-Kommission um. Konkret geht es darum,

- die Studienstruktur gemäß der Bologna-Richtlinien zu verändern, also Bachelor- und Master-Studiengänge mit einem Kreditpunktesystem einzuführen,
- die institutionelle Autonomie der Hochschulen zu verstärken,
- ein System der formalen Akkreditierung aller Hochschulen einzuführen,
- ein nationales System der Qualitätssicherung aufzubauen,
- eine erfolgsorientierte Hochschulfinanzierung einzuführen und
- die Grundlage für eine vertragsähnliche Bindung zwischen Hochschulen und Studierenden zu schaffen.<sup>522</sup>

In Norwegen ist das Bildungs- und Forschungsministerium (*Utdannings- og forskningsdepartementet*)<sup>523</sup> und speziell seine Abteilungen für Hochschulen (*Universitets- og høyskoleavdeling*) und für Forschung (*Forskningsavdeling*) für den Hochschulsektor zuständig. Teil des Ministe-

<sup>518</sup> Für einen Überblick der Entwicklungen vgl. Eurydice (2000): S.83f.

<sup>519</sup> Eurydice (2002).

<sup>520</sup> Ebd.

<sup>521</sup> Ebd.

<sup>522</sup> NOKUT (2003b). Vgl. auch Bericht an das norwegische Unterhaus Nr.27 mit dem vielsagenden Titel "Do your duty – Demand your rights" (Report to the Storting No.27 2000-01).

<sup>523</sup> Bis zur Regierungsumbildung im Jahr 2002 war das Bildungsministerium auch für kirchliche Angelegenheiten zuständig und hieß *Utdannings-, forsknings- og kirkedepartementet*. Inzwischen sind kirchliche Angelegenheiten dem Kultusministerium zugeordnet.

riums war bis 2001 der *Norgesnettrådet* ("Norwegens Netzwerkrat" - NNR), der sich aus 13 Mitgliedern aus dem Hochschulsektor und der Gesellschaft zusammensetzte. Seine Aufgabe bestand darin, die Regierung in Angelegenheiten der langfristigen Hochschulplanung zu beraten. In diesem Zusammenhang führt der NNR Evaluationen von Studiengängen und Hochschulen durch. Des Weiteren hatte er die Transparenz und Durchlässigkeit des Hochschulsystems sicherzustellen, um den Wechsel zwischen Hochschulen und Hochschularten zu erleichtern. Im Zuge der jüngsten Hochschulreform wurde der NNR Ende 2001 formal aufgelöst, arbeitete jedoch bis Mitte 2002 kommissarisch weiter.<sup>524</sup> Bis dahin war Teil des NNR das Nationale Akademische Informationszentrum (*Informasjonssenter for international utdanning: National Academic Information Center* – NAIC), das für alle Aspekte des internationalen Austausches verantwortlich ist und insbesondere über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse befindet.<sup>525</sup> Einen Teil der Aufgaben des NNR hat zu Beginn des Jahres 2003 die Norwegische Agentur für Qualitätssicherung im Bildungsbereich (*Nasjonalt organ for kvalitet i utdanninga* – NOKUT) übernommen. Auch das NAIC ist im NOKUT aufgegangen. Das NOKUT ist eine vom Bildungsministerium unabhängige öffentliche Einrichtung mit weitreichenden Vollmachten, auf die das Ministerium keinen Einfluss hat.<sup>526</sup>

Der Norwegische Forschungsrat (*Norges forskningsråd*) wurde 1993 aus 5 Forschungsräten zusammengeschlossen, um die Regierung in Bezug auf Forschungsstrategien und -förderung zu beraten sowie die technologische Entwicklung und internationale Zusammenarbeit in der Forschung zu fördern. Teil des Norwegischen Forschungsrates ist das Norwegische Institut für Studien zu Forschung und Hochschulbildung (*Norsk institutt for studier av forskning og utdanning* – NIFU). Das NIFU erhebt Forschungs- und Ausstattungsdaten aller Forschungsinstitute und analysiert das Hochschulsystem und die Hochschulpolitik. In der Vergangenheit hat das NIFU auch die Hochschullehre evaluiert.<sup>527</sup>

### 13.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

Traditionell besteht das Hochschulsystem aus dem universitären und nicht-universitären Sektor. Der universitäre Sektor bietet forschungsnahe Lehre im gesamten akademischen Spektrum an. Ihm gehören die 4 Universitäten und 6 *vitenskapelige høyskoler* – wissenschaftliche Hochschulen – an.<sup>528</sup> Etwa 40% der Studierenden im staatlichen Sektor besuchen eine dieser Institutionen.<sup>529</sup> Die wissenschaftlichen Hochschulen bieten je nach Ausrichtung<sup>530</sup> eine spezialisierte Ausbildung auf höchstem Niveau an. Sie führen ihre Studierenden an den gegenwärtigen Stand der Forschung heran, auch wenn wissenschaftliche Nachwuchsförderung nicht zu ihren zentralen Aufgaben gehört.

Im Jahr 1994 wurden 98 staatliche nicht-universitäre Hochschulen zu 26 *statelige høyskoler* (staatlichen Hochschulen) zusammengelegt. Eine *statelige høyskole* spezialisiert sich in gewissen berufsorientierten Ausbildungsgängen (Bibliothekswesen, Ingenieurberufe, Lehramt außer Sek II, Journalismus, medizinische Pflegeberufe, Sozialarbeit, Verwaltung und Wirtschaft). Ähnlich wurden 1996 zwei Kunsthochschulen (*statelige kunsthøyskoler*) aus sieben kleineren Institutionen gebildet.

<sup>524</sup> Eurydice (2002), Utdannings-, forsknings- og kirkedepartementet (2000).

<sup>525</sup> Diese Aufgabe ist in einem Land sehr wichtig, in dem lange Zeit ein bedeutender Teil der Akademiker seinen Abschluss im Ausland erwarb. Birkeland / Olson (2000): S.8.

<sup>526</sup> NOKUT (2003a).

<sup>527</sup> Nyborg (2002c).

<sup>528</sup> Utdannings- og forskningsdepartementet (2003).

<sup>529</sup> Statistics Norway (2003): Table 189.

<sup>530</sup> Architektur, Landwirtschaft, Musik, Sport, Tiermedizin und Wirtschaftswissenschaften.



Der Unterschied zwischen universitären und nicht-universitären Hochschulen besteht in dem Recht, Nachwuchswissenschaftler auszubilden. Allerdings erhielten im Jahr 2000 drei *statelige høyskoler* das Promotionsrecht in bestimmten Fächern, so dass der Unterschied zwischen universitären und nicht-universitären Hochschulen zunehmend unschärfer wird.<sup>531</sup>

Vertreten werden die Interessen sämtlicher Hochschulen durch den *Universitets- og Høgskoleråd* (Universitäts- und Hochschulrat), zu dem sich im Mai 2000 der *Universitetsråd* (Universitätsrat) und der *Statelige Høgskoleråd* (Rat der Staatlichen Hochschulen) zusammen geschlossen haben.<sup>532</sup>

Norwegen hat das kleinste Hochschulsystem unter den skandinavischen Ländern mit 157.000 Studierenden (2001, VZÄ).<sup>533</sup> Wie Finnland und Schweden hat auch Norwegen eine überdurchschnittlich hohe Studienanfängerquote im OECD-Vergleich; sie liegt bei 62%.<sup>534</sup> Eine Studien-erfolgsquote für Norwegen wurde von der OECD in den letzten Jahren nicht veröffentlicht. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass sie im Lande als problematisch angesehen wird.<sup>535</sup> Nach einem sehr starken Zuwachs der Studierendenzahl bis Mitte der 90er Jahre verzeichnete die Studierendenzahl zwischen 1995 und 2001 eine moderate Steigerung von 5% (OECD-Durchschnitt für diese Periode: 31%). Die Ausgaben pro Student/in im norwegischen Hochschulsystem liegen bei 13.353 US\$ und damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 9.571 US\$.<sup>536</sup>

### 13.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Erfolgreiches Bestehen der Sekundarstufe II (Klasse 11-13) an einem allgemeinbildenden oder einem technischen bzw. berufsorientierten Gymnasium ist Voraussetzung für die Zulassung zum Studium.<sup>537</sup> Bei der Kurswahl in der Sek II ist eine Mindeststundenzahl in bestimmten Fächern (Norwegisch, Englisch, Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften, Mathematik, Naturwissenschaften) sowie auf verschiedenen Niveaus (Grundkurse, Fortgeschrittenenkurse) vorgeschrieben.

Wer das Mindestpflichtprogramm in der Sekundarstufe II absolviert hat, ohne jedoch einen Abschluss zu erhalten, hat mit 23 Jahren und mindestens fünfjähriger Berufserfahrung (einschließlich beruflicher Ausbildung) ebenfalls eine Studienberechtigung erworben. Des Weiteren können im Sinne des *life-long learning* ältere Menschen auf Grund ihrer Berufs- und Lebenserfahrung (*realkompetanse*) zum Studium zugelassen werden, wenn sie eine Prüfung in Norwegisch und Englisch – und für gewisse Studiengänge auch in Mathematik – bestehen.

Das Bildungsministerium legt die Aufnahmekapazität (maximale Studierendenzahl) für jede Hochschule fest. Die Zulassung zu einer bestimmten Hochschule geschieht auf wettbewerblicher Basis, da die Nachfrage nach Studienplätzen größer ist als das Angebot. Bis zu 10% der Studienplätze können behinderten Studierenden vorbehalten sein.

In Norwegen findet die Hochschullehre in modularisierten Kursen statt, für die Kreditpunkte vergeben werden, die in Norwegen als *vektall* bezeichnet werden. Pro Semester können maximal

<sup>531</sup> Hämäläinen et al. (2001).

<sup>532</sup> UHR (2002a).

<sup>533</sup> OECD (2003).

<sup>534</sup> OECD/ISCED-Klassifikation 5A. Für 5B liegt sie bei 6%.

<sup>535</sup> Aamodt (2003) – Dieses Problem, das auf Studienabbruch, aber auch auf einen Wechsel zwischen den Hochschulen und auf ein zu langes Studium zurück geführt wird, war auch Auslöser der Studienreform im Jahr 2002.

<sup>536</sup> OECD (2003).

<sup>537</sup> Eurydice (2002): Kapitel 6.4.

10 *vektall* erworben werden, was 30 ECTS-Punkten entspricht. Einige Universitäten haben ihr Kreditpunktesystem bereits auf ECTS umgestellt.

Als Abschluss eines grundständigen Studiums bieten Universitäten, *vitenskapelige høyskoler* und einige *statelige høyskoler* den *Candidata Magisterii* an, der nach dem Erwerb von 80 *vektall*, also nach einem vierjährigem Studium, verliehen wird. In den Naturwissenschaften wird dieser Abschluss bereits nach 3,5 Jahren (70 *vektall*) vergeben. Dieser Abschluss ist ein allgemeinbildender Abschluss, der aus einem Hauptfach mit mindestens 30 *vektall* und einem Nebenfach mit mindestens 20 *vektall* besteht. Mit der Implementierung der Hochschulnovelle von 2002 ist geplant, Konsekutivstudiengänge einzuführen. Postgraduierte Studiengänge werden von Universitäten, *vitenskapelige høyskoler* und seit 2000 auch von einigen *statelige høyskoler* angeboten.

## 13.2 Finanzierungsmethoden

### 13.2.1 Finanzierung von Lehre und Forschung

In Norwegen fand bis zum Sommer 2003 eine diskretionär-inkrementalistische Detailsteuerung der Hochschulen statt. Seitdem sind die Hochschulen dafür verantwortlich, die allgemeinen Zielvorstellungen des Ministeriums kurz- bis mittelfristig umzusetzen. Die o.g. Gesetzesnovelle von 2002 sieht vor, dass die Hochschulfinanzierung verstärkt von der Leistung der Hochschulen abhängig sein soll. Ab Sommer 2003 besteht das Mittelverteilungsmodell aus drei Komponenten und gilt für alle drei Hochschularten:<sup>538</sup>

- **Grundbetrag** (60%): Der Grundbetrag soll sicherstellen, dass langfristige Forschungsvorhaben und teure Disziplinen nicht benachteiligt werden und dass die volle Breite des akademischen Angebots auch in Zukunft gesichert ist. Dieser Betrag soll die Hochschulen auch vor kurzfristigen finanziellen Fluktuationen schützen und dient damit der Planungssicherheit. Seine Höhe orientiert sich am historischen Budget.
- **Betrag für Lehre** (25%): Dieser Betrag hängt von der Anzahl erworbener Kreditpunkte und der Anzahl internationaler Studierendenaustausche ab. Dafür gibt es ausstattungsbezogene Preise für sechs Fächergruppen. Für jeden Studierenden, der an einem Austauschprogramm teilnimmt, bekommt die Hochschule 5400 NOK (620 €).<sup>539</sup>
- **Betrag für Forschung** (15%): Dieser Betrag enthält zur Hälfte eine leistungsbezogene Komponente, die von der Zahl der Promotionen und der Höhe der Drittmiteinnahmen abhängt. Die andere Hälfte besteht aus einer strategischen Komponente für Sonderausstattung und die Einstellung von neuen Wissenschaftlern, die zwischen Ministerium und Hochschule ausgehandelt wird. Bei der Entscheidung werden die Forschungsleistung der Hochschule und nationale Prioritäten des Ministeriums berücksichtigt.

### 13.2.2 Studienförderung

Seit 1947 organisiert das staatliche Ausbildungsförderungsprogramm (*Statens Lånekasse for Utdanning*) die finanzielle Unterstützung für Studierende. Alle Studierende in anerkannten Studiengängen, also Studierende an staatlichen und anerkannten privaten Hochschulen, haben einen Anspruch auf Studienförderung, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.<sup>540</sup> Die Studien-

<sup>538</sup> Korrespondenz mit S. D. Grønnevet, Bildungs- und Forschungsministerium, Feb. 2004.

<sup>539</sup> Etwa der Durchschnittspreis aus den Fächerclustern.

<sup>540</sup> Norwegische Studierende in anerkannten ausländischen Studiengängen haben ebenfalls Anspruch auf Studienförderung.

förderung besteht aus einem Darlehen und / oder einem Stipendium. Darlehen sind während des Studiums zinsfrei, sie müssen innerhalb von 20 Jahren nach Abschluss des Studiums zurückgezahlt werden. Neue Reformen sehen vor, dass die gesamte Studienförderung auf etwa 9.000 € pro Jahr erhöht wird; davon sollen 40% als Stipendium vergeben werden.<sup>541</sup> Studiengebühren werden in Norwegen nicht erhoben.<sup>542</sup>

### 13.3 Verfahren der Qualitätssicherung

Der Gesetzgeber sieht vor, dass Hochschulen dafür verantwortlich sind, die Qualität von Lehre und Forschung sicherzustellen. Trotz der gesetzlich verankerten Verantwortung der Hochschulen für ihre jeweilige Lehrqualität entschied allein das Bildungsministerium bis zum Inkrafttreten des novellierten Hochschulgesetzes 2003 über die Anerkennung von Abschlüssen, Fächern und Studiengängen. Dabei basierte die Entscheidung des Ministeriums nicht ausschließlich auf der Qualität eines Studienganges; Budgetbetrachtungen und Bedarfsanalysen spielten auch eine Rolle, da die ministerielle Anerkennung automatisch die staatliche Finanzierung des Studienganges implizierte.<sup>543</sup> Bei seinen Entscheidungen über die Anerkennung akademischer Abschlüsse und Studiengänge wurde das Ministerium vom 1998 gegründeten NNR unterstützt. Das NNR beschränkte sich in seinem Urteil allerdings ausschließlich auf akademische Aspekte.

Gewisse Befugnisse hatte das Ministerium jedoch bereits vor 2003 an die Hochschulen abgetreten. So ist es jeder Hochschule überlassen, Leistungen, die an anderen in- oder ausländischen Hochschulen erbracht wurden, anzuerkennen. Des Weiteren bedürfen Studiengänge mit weniger als 30 *vektall* (90 ECTS) keiner ministeriellen Anerkennung, wenn der Studiengang innerhalb einer an der Hochschule etablierten Fächergruppe angeboten wird.

Seit Beginn des Jahres 2003 besteht das NOKUT, in dem das NNR aufgegangen ist. Zu den Aufgaben des NOKUT gehört es, im 6-Jahres-Rhythmus *quality audits* (ab 2004) und Akkreditierungen durchzuführen. Über die Ergebnisse seiner Arbeit als unabhängige Kontrollorganisation muss NOKUT die Öffentlichkeit regelmäßig informieren. Des Weiteren berät es die Hochschulen bei der Anerkennung und Wertung ausländischer Abschlüsse und Kreditpunkte.<sup>544</sup> Die externen Evaluationsverfahren werden vom NOKUT finanziert.

In einer nationalen Datenbank für den tertiären Bildungssektor (NSD) werden Informationen zu den Entwicklungen an den Hochschulen gesammelt.

#### 13.3.1 Akkreditierung auf institutioneller und Programmebene

Im Zuge des Bologna-Prozesses sieht das neue Hochschulgesetz vor, alle Studiengänge und Hochschulen akkreditieren zu lassen. Dabei wird in Norwegen eine Mischform von institutioneller und studiengangsbezogener Akkreditierung verfolgt. Mit der Einführung des neuen Gesetzes sind alle bestehenden staatlichen Hochschulen innerhalb ihrer Hochschulart automatisch akkreditiert. Auch können sie Studiengänge, die der jeweiligen Hochschulart entsprechen, ohne weitere externe Kontrollen einrichten (weiße Felder in Abbildung 13.1).<sup>545</sup> Wenn sie jedoch Studiengänge anbieten wollen, die einem höheren Niveau zuzuordnen sind, müssen sie diese Stu-

<sup>541</sup> Report to the Storting No.27.

<sup>542</sup> Allerdings können Hochschulen eine geringe Gebühr (175 - 500 Nkr für Leistungen des Studentenwerks erheben. Im Gegensatz zu öffentlichen Hochschulen verlangen private Hochschulen Studiengebühren, deren Höhe vom Ausmaß der staatlichen Subvention abhängt (Eurydice, 2002).

<sup>543</sup> Hämäläinen et al. (2001).

<sup>544</sup> NOKUT (2003b).

<sup>545</sup> Ebd.

diengänge akkreditieren lassen. Private Hochschulen müssen sich in jedem Fall akkreditieren lassen; auch sie müssen sich den drei genannten Hochschularten zuordnen lassen.

### Abbildung 13.1: Akkreditierungsverpflichtungen im norwegischen Hochschulwesen

Genehmigte Abschlüsse	Universität	Wissenschaftliche Hochschule	Akkreditierte berufliche Hochschule	Institution ohne Akkreditierung
Kurse mit 1,5 – 2-jähriger Dauer				
BA-Programme				
MA-Programme				
Promotionsstudiengänge				

☐ Keine Akkreditierungspflicht
 ☐ Akkreditierungspflicht

Eine Voraussetzung dafür, akkreditiert zu werden, ist ein bestehendes internes Qualitätssicherungssystem. Regelmäßig wiederholte Akkreditierungen sind nicht vorgesehen. Eine Abkennung der institutionellen Akkreditierung kann erfolgen, wenn grobe Mängel im internen Qualitätssicherungssystem festgestellt werden (siehe Kapitel 13.3.2).

#### Ziele

Ziel der institutionellen Akkreditierung ist, dass die Hochschulen ohne weitere Kontrollen Studiengänge entwickeln und anbieten können, die ihrem jeweiligen Niveau entsprechen. Ziel von Studiengangs-Akkreditierungen ist, auch solche Studiengänge anbieten zu können, die ein höheres Niveau als das der betreffenden Hochschule - im Hinblick auf die Zuordnung zu einer Hochschulart – haben.

#### Gegenstand und Kriterien

Die institutionelle Akkreditierung hängt von der Erfüllung vorgeschriebener Mindeststandards ab.<sup>546</sup> Die Vorschriften verlangen, dass die Hauptaktivitäten einer Hochschule, Lehre, Forschung und Wissenstransfer sind. Sie müssen über angemessene Räumlichkeiten sowie eine Bibliothek verfügen und nachweisen können, dass wissenschaftliches Personal und Lehre auf die Bedürfnisse der Studierenden abgestimmt sind und sowohl mit fachdisziplinären als auch mit gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt halten können. Die höchsten Anforderungen gelten für die Universitäten, die eine Anbindung an internationale Entwicklungen in Forschung und Lehre sowie nationale Kooperationen bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses nachweisen müssen. Betont wird außerdem die Forschungsaufgabe dieser Hochschulart. So müssen Universitäten eine geeignete Forschungsinfrastruktur sowie die Berücksichtigung der Forschung in der strategischen Entwicklungsplanung vorweisen können.

Wie bei der institutionellen Akkreditierung nehmen die Ansprüche an zu akkreditierende Studiengänge entsprechend dem Niveau des Abschlusses zu. Auf allen Niveaus muss die betreffende Institution zeigen können, wie die Qualität des Angebots verbessert wird, insbesondere durch die Einbeziehung von Urteilen teilnehmender Studierender. Darüber hinaus soll das Personal Forschung aktiv betreiben. Die Transparenz der Studienmaterialien sowie der Studienstrukturen wird ebenfalls auf allen Qualifikationsebenen verlangt.

<sup>546</sup> NOKUT (2003d).

## Organisation und Gestaltung

Die Akkreditierungsverfahren basieren auf einer dreistufigen Struktur mit internem Selbstevaluationsbericht, Gutachtergremium und Vor-Ort-Besuch. Das Gutachtergremium besteht aus drei bis fünf Personen, von denen sich jede auf mindestens einem der folgenden Gebiete ausweisen muss:

- Erfahrungen bei Qualitätsbewertung
- Erfahrungen bei *quality audits*
- Managementkompetenz
- Fachspezifische Kompetenz

Die Gutachtergruppe besucht die Hochschule und setzt sich mit den Angaben aus dem Selbstevaluationsbericht auseinander. Das Ergebnis des Gutachterverfahrens ist eine positive oder negative Akkreditierung.

### 13.3.2 Quality-Audit

Mit der Gesetzesnovelle von 2002 wurden die Hochschulen verpflichtet, einen jährlichen Selbstevaluationsbericht für ihren jeweiligen Hochschulrat zu erstellen. Die Selbstevaluierung ist Voraussetzung dafür, dass eine Hochschule ihre Akkreditierung behält. Bis zu Beginn des Jahres 2004 muss jede Hochschule ein internes System der Qualitätssicherung und -entwicklung implementiert haben. Die Kosten der Selbstevaluation trägt die Hochschule. Alle sechs Jahre wird die Effektivität des internen Systems zur Qualitätssicherung von NOKUT im Rahmen eines Quality Audit extern geprüft.

#### Ziel

Das Hauptziel dieses Verfahrens besteht in der Verbesserung der Leistungen nach internen Maßstäben. Das interne Verfahren der Qualitätssicherung, auf dem dieses externe Verfahren aufbaut, beinhaltet zudem eine Berichterstattung an den jeweiligen Hochschulrat. Damit sollen auch Rechenschaftslegung und Transparenz befördert werden.<sup>547</sup>

#### Gegenstand und Kriterien

Bei der externen Evaluation des internen Systems der Qualitätssicherung muss die Hochschule einen Selbstevaluationsbericht erstellen. Es wird erwartet, dass das interne System der Qualitätssicherung alle wichtigen Prozesse in der Lehre umfasst, u.a.:

- Regelungen zu Prüfungen und Studienabschlüssen
- Lernumfeld (Bibliothek, räumliche Ausstattung...)
- Verfahren zur Einführung von neuen Studiengängen
- Die Aufbereitung von Informationen über Studiengänge in Broschüren oder Publikationen für potentielle Studierende

Darüber hinaus muss eine Bewertung der Studierenden zu den Leistungen der Hochschule in der Lehre eingereicht werden.

<sup>547</sup> Vgl. für diesen Abschnitt: Selbstbericht der NOKUT bei INQAAHE (<http://www.inqaahe.org/index.cfm>) und NOKUT (2003b).

Zur Zeit gibt es keinen standardisierten Verfahrensablauf für die Bewertung der Leistungen; so wird die Ausgestaltung des Verfahrens maßgeblich zwischen Hochschulen und Gutachtergremium ausgehandelt. Die Setzung von nationalen Standards ist aber für die Zukunft zu erwarten.

### **Organisation und Gestaltung**

Das Quality-Audit-Verfahren hat die gleiche Struktur wie das Akkreditierungsverfahren (s.o.). Eine Gutachtergruppe bestehend aus bis zu fünf Personen bewertet zunächst einen Selbstevaluationsbericht der Institution. Die Gutachtergruppe besucht danach die Institution und überprüft die Angaben des Selbstevaluationsberichts vorort. In dem zu veröffentlichenden Gutachten macht sie Empfehlungen, auf die die evaluierte Hochschule verpflichtet ist zu reagieren. Falls gravierende Mängel gefunden werden, muss die Hochschule Verbesserungsinitiativen innerhalb von sechs Monaten nachweisen können. Eine zweite negative Bewertung kann u.U. zur Abkennung der institutionellen Akkreditierung und damit des Rechts zur Vergabe von Hochschulabschlüssen führen.

### **13.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung**

Norwegen hat nach Irland das zweitkleinste Hochschulsystem in diesem Ländervergleich. Die institutionelle Vielfalt wurde zunächst durch die Initiative "Network Norway" und danach durch institutionelle Fusionen etwas reduziert, trotzdem bestehen weiterhin drei Hochschularten im norwegischen Hochschulsystem. Ein hochschulartenübergreifender Wettbewerb besteht dennoch. Dieser wird einerseits durch das gemeinsame Mittelverteilungsverfahren und andererseits durch die innovative Handhabung der Akkreditierung befördert. So gibt es zwar für jede Hochschulart bestimmte Hochschulabschlüsse; die beruflichen (und privaten) Hochschulen können jedoch über eine Programmakkreditierung das punktuelle Recht zur Vergabe von Hochschulabschlüssen auf der nächsten Ebene (MA- oder Promotionsstudiengänge) erwerben.<sup>548</sup>

Das neue Finanzierungsmodell kombiniert Elemente einer leistungsbezogenen Finanzierung mit einer diskretionär-inkrementalistischen Zuweisung. 40% des staatlichen Budgets hängen von Erfolg und Nachfrage im Lehr- und Forschungsbereich ab, während 60% des staatlichen Zuschusses am historischen Budget orientiert ist und damit einer möglichen hochschulstandort- sowie hochschulartenspezifischen Kostenstruktur Rechnung tragen kann.

Das Qualitätssicherungssystem legt einen wesentlichen Schwerpunkt auf das Quality Audit und damit auf hochschuleigene Initiativen. So sind die Hochschulen v.a. dazu verpflichtet, sich einer jährlichen internen Überprüfung der Qualitätssicherungssysteme zu unterziehen.

Quality Audit wird zwar einerseits eingesetzt, um hochschuleigene Initiativen durch kritische Beobachtung zu verbessern. Andererseits führt ein schlechtes Abschneiden im Verfahren zum möglichen Entzug des Vergaberechts für die Verleihung von Hochschulabschlüssen. Da es keine flächendeckende Akkreditierung oder Qualitätsbewertung gibt, stellt diese Konstellation im internationalen Vergleich eine überraschend "weiche" staatliche Kontrollstruktur dar. Da das aktuelle Finanzierungsverfahren neu ist und noch keine Erfahrungen in Bezug auf seine Wirkungen vorliegen, könnte es sich zu einem späteren Zeitpunkt als notwendig erweisen, staatlicherseits etwas stärker steuernd einzugreifen.<sup>549</sup>

---

<sup>548</sup> Hier gibt es durchaus Ähnlichkeiten mit Irland: Siehe Kapitel 10.3.

<sup>549</sup> Siehe die Entwicklung in Schweden, Kapitel 14.3 und 14.4.

## 14 Schweden

### 14.1 Hochschulsystem

#### 14.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

In Schweden ist das Ministerium für Bildung und Wissenschaft (*Utbildnings departementet*)<sup>550</sup> für Hochschulen und Forschung verantwortlich.<sup>551</sup> In den letzten 25 Jahren hat es mehrere Hochschulreformen gegeben. So schuf die Hochschulreform von 1977 ein einheitliches und durchlässiges Hochschulsystem, in dem die berufsbildende Hochschulausbildung der universitären gleichgestellt wurde.<sup>552</sup> Die letzte Hochschulreform von 1993, ausgelöst durch die Wirtschaftskrise Anfang der 90er Jahre und die daraus resultierenden verminderten öffentlichen Einnahmen, ersetzte die bis dahin übliche ministerielle Detailsteuerung der öffentlichen Hochschulen durch weitgehende Autonomie innerhalb gewisser Rahmenbedingungen. Letztere wurden im Hochschulgesetz (*Högskolelagen*) und in der Hochschulverordnung (*Högskoleförfordningen*) festgelegt.<sup>553</sup> Ziel dieser Hochschulreform war die Steigerung der hochschulinternen Produktivität und Effizienz.<sup>554</sup> Die Deregulierung der Hochschulen betrifft Aspekte der Hochschulverwaltung, der Organisation des Studiums, der Art und des Inhalts der Kurse sowie die Berufung des Lehrkörpers. Außerdem wurde festgelegt, dass sich in jedem der 21 schwedischen Regierungsbezirke (*län*) mindestens eine Hochschule befinden muss.<sup>555</sup>

Im Zuge dieser Deregulierung wurde 1995 das *Högskoleverk*<sup>556</sup> eingerichtet um sicherzustellen, dass die Hochschulen ihren im Hochschulgesetz und der Hochschulverordnung festgelegten Auftrag (neben Lehre und Forschung auch Geschlechtergleichheit, Gleichstellung behinderter Menschen, Aufbau von Netzwerken in der Region) umsetzen. Zu den Aufgaben des *Högskoleverk* gehören die Förderung von Maßnahmen der Qualitätsverbesserung und -entwicklung an Hochschulen<sup>557</sup> sowie die Evaluation und Analyse der Hochschulleistungen.<sup>558</sup>

Seit Anfang der 1990er Jahre übt der Staat seinen Einfluss auf den Hochschulsektor durch die Definition und Finanzierung von strategischen Zielen aus (*management by objectives*). Die Ziele werden zwischen Ministerium und Parlament ausgehandelt und teils durch leistungsbezogene Finanzierung, teils durch Zielvereinbarungen realisiert. Während ein Bericht über den Stand der Reform im schwedischen Hochschulwesen dem Finanzierungssystem eine hohe Akzeptanz unter den Hochschulen attestierte, bleibt – dem Bericht nach – die Vereinfachung des Berichtswesens und der Rechenschaftslegungspflichten ein noch einzulösendes Ziel der Hochschulpolitik.<sup>559</sup>

<sup>550</sup> Innerhalb des Ministeriums sind die Universitäts- und Hochschulabteilung (*Universitets- och högskolenheten*), die Abteilung für Forschungspolitik (*Forskningspolitiska enheten*) und die Abteilung für Studienunterstützung und -zulassung (*Studiestöds- och tillträdesenheten*) für den Hochschulsektor zuständig.

<sup>551</sup> Für die Schwedische Landwirtschaftsuniversität (*Sveriges lantbruksuniversitet*) und die Königliche Forst- und Landwirtschaftsakademie (*Kungliga Skogs- och Lantbruksakademien*) ist das Landwirtschaftsministerium (*Jordbruks departementet*) zuständig.

<sup>552</sup> Askling / Almén (1997).

<sup>553</sup> Eurydice (2002) und Tengner (2003).

<sup>554</sup> Askling / Almén (1997).

<sup>555</sup> Eurydice (2002) und Tengner (2003).

<sup>556</sup> Die für das *Högskoleverk* verwendete englische Bezeichnung lautet *National Agency for Higher Education*, d.h. Nationale Agentur für Hochschulbildung.

<sup>557</sup> Hierbei wird das *Högskoleverk* vom Rat für höhere Bildung (*Rådet för högre utbildning*) unterstützt.

<sup>558</sup> Zu den zu evaluierenden Hochschulaktivitäten gehören auch die Anwendung nationaler Zulassungskriterien, Nutzung von IT-Technologien, Einbeziehung der Studierenden in die Selbstverwaltung und Anerkennung von im Ausland erbrachten Leistungen.

<sup>559</sup> Sarbäck (2003).

### 14.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

Die Expansion des Universitätssektors begann in den 1950er Jahren, als die Hochschulen in Stockholm und Göteborg Universitätsstatus erlangten. Heute gibt es 13 staatliche Universitäten, 7 Kunsthochschulen und 16 staatliche *högskola* in Schweden. Während Universitäten die ganze Fächerbreite anbieten, spezialisieren sich *högskola* auf berufsspezifische Ausbildungsgänge (Lehrerbildung, medizinische Pflegeberufe, technische Berufe). Die Ausbildung im Erststudium (*undergraduate*) findet in allen Hochschularten auf demselben Niveau statt. Im Gegensatz zu den *högskola* besitzen Universitäten jedoch grundsätzlich das Promotionsrecht und bieten somit Postgraduierten-Studiengänge in mindestens einem der vier Forschungsbereiche (Geistes- und Sozialwissenschaften, Medizin, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften) an. In Ausnahmefällen können auch *högskola* einen Antrag auf Promotionsrecht in einem der Forschungsbereiche stellen; ein entsprechender Graduiertenstudiengang muss vom *högskoleverk* akkreditiert werden.<sup>560</sup>

Die einzelnen Hochschulen in Schweden haben jeweils ein eigenständiges Profil und verfolgen unterschiedliche Ziele. Dies wird durch Zielvereinbarungen mit dem Staat unterstützt. So haben beispielsweise 4 von den 13 Universitäten eine starke Forschungsorientierung. Dies zeigt sich daran, dass sich diese Universitäten (Lund, Karolinska Institut, Uppsala, Göteborg) knapp 50% der gesamten Forschungsgelder von Staat und Industrie teilen.<sup>561</sup>

Per Hochschulgesetz und Hochschulverordnung hat jede Hochschule einen aus 15 Mitgliedern bestehenden Hochschulrat (*Konsistorium*), um die internen Angelegenheiten der Hochschule zu regeln. Der Vorsitzende, der nicht aus der Hochschule kommen darf, sowie sieben weitere Mitglieder aus Wirtschaft, Politik, der Region oder dem öffentlichen Leben werden vom Ministerium auf drei Jahre bestellt. Der Präsident sowie jeweils drei Repräsentanten des Lehrkörpers und der Studierenden vervollständigen den Hochschulrat.<sup>562</sup> Diese gesetzlich geregelte Zusammensetzung des Hochschulrates soll die gesellschaftliche und insbesondere die regionale Einbettung der Hochschule gewährleisten.

Im Jahr 2001 besuchten 268.000 Studierende (VZÄ) eine schwedische Hochschule.<sup>563</sup> Die Studienanfängerquote lag bei 69%<sup>564</sup> und war damit im Vergleich zu den anderen OECD-Ländern überdurchschnittlich hoch (OECD-Durchschnitt 47%). Die Zahl der Studierenden ist – trotz eines negativen Bevölkerungswachstums – zwischen 1995 und 2001 um 26% gestiegen und liegt damit im OECD-Trend (Durchschnittswachstum von 31%). Auffällig im internationalen Vergleich ist die niedrige Erfolgsquote in Schweden von ca. 48% (OECD-Durchschnitt: 70%), was bedeutet, dass 52% der Studierenden ihr Studium nicht zu einem ordentlichen Abschluss bringen. Dieses Verhalten hängt z.T. mit der Studienstruktur in Schweden zusammen. Die durchgängige modularisierte Struktur hat womöglich zu einem Bedeutungsverlust eines regulären Abschlusses beigetragen. So verlassen Studierende die Hochschule häufig sobald sie die für sie wichtigen Lerneinheiten (Module) erfolgreich abgeschlossen haben. Ferner besuchen auch Erwerbstätige eine Hochschule zu Weiterbildungszwecken im Sinne des *Life-long-learning*-Ansatzes.<sup>565</sup> Außerdem dürfte die geringe Vorselektion eine Rolle spielen (vgl. Kapitel 14.1.3).

<sup>560</sup> Neben den öffentlichen Hochschulen gibt es 3 private Universitäten mit Promotionsrecht und 20 private *högskola*. Das – in einem gesonderten Gesetz geregelte – Recht der privaten Hochschulen, staatlich anerkannte Abschlüsse zu verleihen, wird vom *Högskoleverk* durch Akkreditierung verliehen; in diesem Fall erhalten die privaten Hochschulen staatliche Förderung. Eurydice (2002).

<sup>561</sup> Sarbäck (2003).

<sup>562</sup> Eurydice (2002) und Tengner (2003).

<sup>563</sup> OECD (2003).

<sup>564</sup> OECD/ISCED-Klassifikation 5A. Für 5B lag sie bei 6%.

<sup>565</sup> Persönliche Korrespondenz mit Andreas Schleicher, OECD, Feb. 2004.



Die Bildungsausgaben im tertiären Bereich pro Student/in liegen bei jährlich 15.097 US\$ (2000)<sup>566</sup> und damit über dem Niveau der Mehrheit der meisten anderen OECD-Länder (nur die Schweiz, Kanada und die USA geben mehr aus; OECD-Durchschnitt 9.571 US\$).

### 14.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Schwedische Hochschulen bieten drei Abschlussarten im Erststudium an: das zweijährige *högskoleexamen* (*diploma*), das dreijährige *kandidatexamen* (Bachelor) und das vierjährige *magisterexamen* (Master). Letzteres unterteilt sich in einen grundständigen Master von vier Jahren und einen einjährigen, professionellen Master, der auf einem dreijährigen Bachelor-Studium aufbaut (Konsekutivstudium).<sup>567</sup> Seit 1993 findet sämtlicher Hochschulunterricht in Kursen mit einem Kreditpunktesystem statt.<sup>568</sup> Ein Kreditpunkt gleicht 1,5 ECTS und entspricht einer vollen Arbeitswoche; somit können pro Jahr maximal 40 Kreditpunkte erworben werden.<sup>569</sup> Für alle Kurse sind Tutoren vorgesehen. An größeren Hochschulen gibt es auf Universitäts- und Institutebene zudem Mentoren. Des Weiteren müssen alle Studierenden Zugang zu einer Berufsberatung haben.

Seit 1997 ist studienberechtigt, wer

- mindestens 90% der Kreditpunkte eines vollständigen Sekundarstufe-II-Programms erwirbt,
- den nationalen Eignungstest des *högskoleverk* besteht oder
- mindestens 25 Jahre alt ist und vier aufeinander folgende Jahre Berufserfahrung hat sowie Schwedisch und Englisch auf dem Oberstufenniveau beherrscht.<sup>570</sup>

In der Praxis bedeutet dies, dass über drei Viertel einer Alterskohorte formal studienberechtigt ist. Es findet somit eine vergleichsweise geringe Vorauswahl der potentiellen Studierenden außerhalb des tertiären Sektors statt.

Hochschulen entscheiden selbst über die Aufnahme ihrer Studierenden.<sup>571</sup> Neben den allgemeinen Anforderungen an Studienberechtigte können Hochschulen zusätzliche Leistungs- oder Eignungstests durchführen. Die Hochschulverordnung legt fest, dass etwa ein Drittel der Studienplätze auf Grund von Schulleistungen (Sek. II) und ein Drittel auf der Basis des nationalen Eignungstests vergeben werden. Das letzte Drittel wird auf Grund verschiedener Kombinationen der Studienberechtigungskriterien vergeben. Bei gleicher Eignung soll auf ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter geachtet werden. Laut einer Entscheidung des Parlaments vom Dezember 2001 sollen die Hochschulen bzw. ihre Institute oder Fachbereiche in Zukunft stärker um Studienanfänger für ihre Studiengänge werben. Für die dafür notwendige adminis-

<sup>566</sup> OECD (2003).

<sup>567</sup> Seit 2003 müssen alle Abschlüsse ein *Diploma Supplement* einschließen, das die genauen Inhalte der jeweiligen Qualifikation auflistet. Aktuell wird als Teil des Bologna-Prozesses über eine Reform und Vereinfachung der nationalen Studienstruktur diskutiert, um sie bzw. ihre qualifizierenden Abschlüsse leichter mit denen von anderen Hochschulsystemen in Europa vergleichen zu können. Ministry of Education and Science, Sweden (2003).

<sup>568</sup> Eurydice (2002), Tengner (2003).

<sup>569</sup> Seit dem 1.3.2000 ermöglicht die *Nätuniversitetet* (*Swedish Net University*) die Teilnahme an Kursen sämtlicher Hochschulen per Fernstudium. Bis zu einem Drittel der benötigten Kreditpunkte für einen *undergraduate*-Abschluss können so erworben werden.

<sup>570</sup> Des Weiteren haben Personen mit einer Studienberechtigung in Dänemark, Finnland, Island und Norwegen automatisch eine Studienberechtigung in Schweden. Sollte die Muttersprache nicht schwedisch, dänisch, färingisch, isländisch oder norwegisch sein, werden ausreichende Kenntnisse in Schwedisch als Studienbedingung vorausgesetzt. Eurydice (2002).

<sup>571</sup> Bei der Auswahl und Verteilung der Studienanfänger auf verschiedene Hochschulen werden die Hochschulen von der Zentralen Hochschul-Zulassungsbehörde (*Verket för högskoleservice* - VHS) unterstützt.

trative Umstellung werden den Hochschulen von 2002 bis 2004 zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Damit wird eine stärkere Profilbildung einzelner Hochschulen bzw. Studiengänge gefördert. Des Weiteren wird diskutiert, ob die Hochschulen bis zu 10% ihrer Studienanfänger unabhängig von den Kriterien der Hochschulverordnung aufnehmen sollen. Geplant ist darüber hinaus, dass Hochschulen auf der Basis von Einzelprüfungen auch Studierende ohne formale Studienberechtigung aufnehmen können.<sup>572</sup>

Das Graduiertenstudium besteht aus einem zweijährigen Studium mit anschließendem *licentiatexamen* und einem mindestens vier Jahre dauernden Promotionsstudium. Jeder Doktorand und jede Doktorandin hat die Möglichkeit, nach zwei Jahren des Promotionsstudiums das *licentiatexamen* abzulegen. Eine Spezialisierung im Graduiertenstudium erfolgt innerhalb eines der vier Forschungsbereiche.<sup>573</sup>

## 14.2 Finanzierungsmethoden

In Schweden wird die Hochschulfinanzierung seit der Hochschulreform der 70er Jahre nach Mitteln für Lehre und Forschung unterteilt. Dabei beziehen sich die Mittel für Lehre ausschließlich auf die Ausbildung im *undergraduate*-Bereich; die Kosten der Graduiertenausbildung müssen über den Forschungsetat gedeckt werden. Da die *högskola* überwiegend Bachelor- und Master-Studiengänge anbieten, kommen die Mittel für Lehre sowohl Universitäten, Kunsthochschulen als auch *högskola*, die Mittel für Forschung jedoch überwiegend den Universitäten und Kunsthochschulen zu Gute.

Insgesamt erwerben schwedische Hochschulen 87% ihrer Einnahmen aus öffentlichen Mitteln (2002) und 64% über den staatlichen Zuschuss (öffentliche Drittmittel ausgeschlossen).<sup>574</sup> Der staatliche Zuschuss lässt sich in zwei Komponenten untergliedern:

- Lehrbudget: 62% des staatlichen Zuschusses werden über lehrbezogene Indikatoren verteilt.
- Forschungsbudget: 38% des Zuschusses werden für Forschung auf Basis von Zielvereinbarungen zwischen Ministerium und einzelnen Hochschulen vergeben.

### 14.2.1 Finanzierung der Lehre

Die Finanzierung der Lehre hängt von den erbrachten Leistungen der Hochschulen ab. Die Höhe der Zuweisung wird zu 40% nach der Anzahl der vollzeitäquivalenten Studierenden (also nachfrageorientiert) und zu 60% nach ihren Jahresleistungen (Anzahl der erworbenen Kreditpunkte auf Jahresbasis; also erfolgsorientiert) bemessen.<sup>575</sup>

Die Zuweisung der Mittel ist fächerabhängig.<sup>576</sup> Aus diesen Mitteln muss die Hochschule neben der Lehre auch den Unterhalt der Gebäude, ihre Ausstattung und Einrichtung finanzieren.<sup>577</sup>

<sup>572</sup> Eurydice (2002).

<sup>573</sup> Tengner (2003).

<sup>574</sup> Korrespondenz mit O. Tengner, Högskoleverk, März 2004.

<sup>575</sup> Ursprünglich war noch als dritte Komponente eine "Qualitätsprämie" für herausragende Lehrleistung vorgesehen. Dies wurde jedoch nie umgesetzt. (Bauer / Henkel, 1997, Kaiser et al., 2001 und van Damme, 2000).

<sup>576</sup> Die geringste Vergütung erhielten Hochschulen 2002 für Vollzeitstudenten der Human-, Sozial- und Rechtswissenschaften sowie der Theologie (1.605 €) und ihre Jahresleistung (1.680 €). Für voll eingeschriebene Medizinstudenten gab es 5.122 € und 6.718 € für ihre Jahresleistungen. Am teuersten war die Medizinausbildung (25.167 € für Vollzeitstudenten und 21.409 € für ihre Jahresleistung) (Tengner, 2003). Der Umrechnungskurs für diesen Zeitraum betrug 1 SEK = 0,1092 €. Die Bildung von Fächerclustern und -preisen wurde mit Hilfe einer speziellen Untersuchung ermittelt, welche die Kosten der Grundausbildung in jedem Fach untersuchte. Auf den Gebieten der Rechts- und Geisteswissenschaften sowie einigen Sozialwissenschaften wurden zudem die Kosten des Unterrichts, der Dienstleistungen und der Gemeinkosten ermittelt. Kaiser et al. (2001).

Des Weiteren muss jede Hochschule 0,15% dieses Etats für Maßnahmen zur Förderung behinderter Studenten verwenden; überschreiten die tatsächlichen Ausgaben der Förderung den zurückgelegten Betrag, kann die Hochschule zusätzliche Mittel aus einem von der Universität Stockholm verwalteten Budget beantragen.<sup>578</sup> Ansonsten entscheidet jede Hochschule selbständig über die interne Mittelverteilung.

Um Mittel von der öffentlichen Hand zu erhalten, muss eine Hochschule einen Dreijahresvertrag mit dem Ministerium abschließen, in dem die Ziele und Rahmenbedingungen der Hochschulbildung festgelegt werden (Zielvereinbarung). Die Zielvereinbarungen umfassen folgende Aspekte:

- Angebot eines bestimmten Kontingents an Kursen, um zu gewährleisten, dass eine vereinbarte Mindestzahl an Abschlüssen innerhalb von vier Jahren erreicht werden kann;
- Plangrößen für den kommenden Vierjahreszeitraum;
- Zielgrößen für die Anzahl vollzeitäquivalenter Studierender;
- Zielgrößen für den Anteil der vollzeitäquivalenten Studierenden in den Natur- und Ingenieurwissenschaften;
- eine jährlich neu festgelegte maximale Vergütung, welche die Hochschule für die Ausbildung in Bachelor- und Master-Studiengängen erhalten kann;
- unter Umständen besondere Aufgaben, die zusätzliche Mittel erforderlich machen.<sup>579</sup>

Die Festlegung einer maximalen Vergütung bewirkt, dass die Hochschulen nicht zu viele Studierende aufnehmen. Es ist jedoch möglich, bis zu 10% der erbrachten Leistungen auf folgende Jahre anzurechnen.<sup>580</sup> Dies garantiert den Hochschulen eine gewisse Planungssicherheit, da in jeder Kohorte mit Schwund zu rechnen ist und dieser Schwund jährlichen Fluktuationen unterworfen ist.

Zu Beginn eines Haushaltjahres erhalten die Hochschulen einen finanziellen Vorschuss, welcher der maximalen Vergütung sowie etwaigen Sonderleistungen entspricht; dieser Vorschuss wird mit dem endgültig zu überweisenden Betrag verrechnet. Jede Hochschule muss jährlich einen Bericht verfassen, in dem dargelegt wird, inwieweit sie den Bildungsvertrag mit dem Ministerium einhält. Dieser Bericht muss neben den Ergebnissen und Erfolgen der Hochschule ihre finanzielle Situation analysieren (Gewinn-und-Verlust-Rechnung, Bilanz, Verteilung der Mittel innerhalb der Hochschule). Nicht verbrauchte Mittel können auf das Folgejahr übertragen werden, Fehlbeträge müssen aus den Überweisungen des Folgejahres gedeckt werden.

#### 14.2.2 Finanzierung der Forschung

Die Finanzierung der Forschung und Postgraduiertenausbildung erfolgt über Sonderzuweisungen des Ministeriums.<sup>581</sup> Seit 1999 werden die Mittel den vier Forschungsschwerpunkten (Geistes- und Sozialwissenschaften, Medizin, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften) zugeordnet. Bei der Allokation der Mittel auf diese Forschungsschwerpunkte kann die Regie-

<sup>577</sup> Seit 1995 schließt der "Studententarif" eine Pauschale für Kapitalkosten (einschl. der Miete für Universitätsgebäude) ein. Kaiser et al. (2001).

<sup>578</sup> Eurydice (2002), Jongbloed (2001) und Kaiser et al. (2001).

<sup>579</sup> Ebd.

<sup>580</sup> Kaiser et al. (2001).

<sup>581</sup> Anfang der 90er Jahre wurde eine Reihe von strategischen Forschungsräten eingesetzt. Gleichzeitig wurden die Gesamtmittel der staatlichen Förderung für Hochschulforschung erheblich erhöht, allerdings auf Kosten der Grundlagenforschung. Ein späterer Regierungswechsel machte diese Entwicklung rückgängig. Bauer / Henkel (1997).

zung Forschungsprioritäten setzen.<sup>582</sup> Auf der Grundlage von Verträgen werden die Forschungsgelder an die einzelnen Universitäten verteilt. Neben der Mittelzuweisung des Ministeriums für Forschungszwecke kommen zusätzliche Mittel aus den "Töpfen" von Forschungsräten sowie regionalen und internationalen Einrichtungen (*research councils, sectoral agencies, local authorities, county councils*).<sup>583</sup>

Im Vertrag zwischen dem Ministerium und der Universität wird ein Mindestbetrag für die Postgraduiertenausbildung festgelegt. Seit 1998 dürfen Doktoranden nur noch angenommen werden, wenn die Universität ihnen finanzielle Unterstützung gewähren kann. Das geschieht entweder durch eine Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter, eine andere Stelle im tertiären Bildungsbereich oder durch ein Stipendium. Während sich alle Mitglieder des Lehrkörpers an Universitäten an der Lehre im Bachelor- und Master-Studium beteiligen müssen, sollen sich die Postgraduierten auf ihren Forschungsauftrag konzentrieren können.<sup>584</sup> Seit 2001 richtet die Regierung an verschiedenen Hochschulen Graduiertenkollegs ein. Die schwedischen Graduiertenkollegs sollen die Kooperation zwischen verschiedenen Hochschul- und Forschungseinrichtungen fördern.<sup>585</sup>

### 14.2.3 Studienförderung

In 2001 trat ein reformiertes System der Studienförderung in Kraft. Alle Studierenden in staatlich anerkannten Hochschulprogrammen, die höchstens 50 Jahren alt und mindestens als Part-time-Studierende eingeschrieben sind, haben ein Recht auf finanzielle Unterstützung.<sup>586</sup> Die Studienförderung ist jedoch an ein erfolgreiches Absolvieren der Kurse eines akademischen Jahres gebunden. Des Weiteren ist sie i.d.R. auf 12 Semester beschränkt.<sup>587</sup> Die Studienförderung, die für neun Monate im Jahr ausgezahlt wird, besteht aus einem Stipendium und einem Darlehen.<sup>588</sup> Der Anteil des Stipendiums wurde 1998 von 27,8% auf 34,5% der Gesamtförderung erhöht, die 2001 bei maximal 62.700 SKr lag, d.h. bei rund 6.800 €. <sup>589</sup>

Die Rückzahlung des Darlehens beginnt 6 Monate nach Abschluss des Studiums und erstreckt sich über 25 Jahre bzw. maximal bis zum 60. Geburtstag. Die Rückzahlung ist vom Einkommen abhängig, i.d.R. beträgt sie 4% des Jahreseinkommens. Bei gleichbleibendem Zinssatz<sup>590</sup> erhöht sich der Rückzahlungsbetrag jedes Jahr um 2% (Inflationsbereinigung). Die Rückzahlung kann gestundet oder vermindert werden, wenn der Schuldner ansonsten Insolvenz anmelden müsste. Insgesamt machten 1999 die Kosten der Studienförderung 18,5% der gesamten staatlichen Hochschulförderung aus.<sup>591</sup>

Studiengebühren werden nicht erhoben.

<sup>582</sup> Jongbloed (2001) und Kaiser et al. (2001).

<sup>583</sup> Jongbloed (2001).

<sup>584</sup> Tengner (2003).

<sup>585</sup> Ebd.

<sup>586</sup> Im Ausland studierende Schweden können ebenfalls Studienförderung erhalten.

<sup>587</sup> Der Zentrale Ausschuss für Studienunterstützung (*Centrala studiestödsnämnden* – CSN) ist für die Vergabe von Fördermitteln an Studierende, deren Betrag von den Lebensunterhaltskosten im Einzelfall abhängt, sowie für die Rückforderung von Darlehen zuständig. Eurydice (2002).

<sup>588</sup> Es besteht auch die Möglichkeit, sich nur um ein Stipendium zu bewerben.

<sup>589</sup> Kaiser et al. (2002) und Tengner (2003).

<sup>590</sup> Der Zinssatz beträgt 70% des Zinssatzes auf Staatsanleihen.

<sup>591</sup> Eurydice (2002), Jongbloed (2001) und Kaiser et al. (2001).

### 14.3 Verfahren der Qualitätssicherung

Mit der Hochschulreform von 1993 wurden die Hochschulen gesetzlich verpflichtet, Qualitätssicherung und -entwicklung ihrer Lehre – und in eingeschränktem Maße auch ihrer Forschung – sicherzustellen.<sup>592</sup> Das 1995 eingerichtete *högskoleverk* soll die Hochschulen bei der Evaluation der Lehre sowie der Entwicklung von Evaluationsmethoden unterstützen und beraten.<sup>593</sup> Obwohl das *högskoleverk* seinen allgemeinen Auftrag sowie die Mittel zur Durchführung seiner Arbeit vom Ministerium erhält, ist es unabhängig von der Regierung bei der operativen Ausgestaltung dieser Aufgabe. Alle Evaluationen von Studiengängen oder Institutionen seitens des *högskoleverks* werden aus dessen Etat finanziert.<sup>594</sup>

Die nationale Hochschuldatenbank (*NU*), die aggregierte Daten zu jeder Hochschule enthält, ermöglicht einen statistischen Vergleich aller Hochschulen.

#### 14.3.1 Akkreditierung

##### Ziele

Jede Hochschule, die einen neuen Studiengang einrichten möchte, muss eine staatliche Akkreditierung durch das *högskoleverk* beantragen. Seit 1995 erhalten neu eingerichtete Studiengänge nur dann finanzielle Unterstützung vom Ministerium, wenn sie vom *högskoleverk* akkreditiert (und somit staatlich anerkannt) sind.<sup>595</sup> Dieser Vorgang ist einmalig. Eine Re-Akkreditierung findet im Zusammenhang mit der Qualitätsbewertung statt (vgl. Kapitel 14.3.2). Auch private Hochschulen können Akkreditierungen beantragen.

##### Gegenstand

Gegenstand von Akkreditierung an staatlichen wie privaten Hochschulen sind Studiengänge. Neben fachspezifischen Kriterien, die die Einhaltung von Mindeststandards gewährleisten sollen, werden auch folgende Aspekte untersucht:<sup>596</sup>

- Kompetenz des Lehrkörpers und Entwicklung der Lehrkompetenz
- Forschungsaktivität der Lehrkräfte
- Tiefe und Breite des Studiengangs
- Möglichkeit, anschließend Postgraduierten-Studiengänge zu besuchen
- Kursevaluationen und Qualitätssicherung
- Beteiligung der Studierenden
- Ausgewogenes Geschlechterverhältnis
- Internationalität
- Zugang zur Bibliothek und Qualität derselben
- Räumlichkeiten und Ausstattung

<sup>592</sup> Für diesen Abschnitt vgl.: Högskoleverk (2003).

<sup>593</sup> Von 1993 bis 1995 war die Vorläuferorganisation (*Office of the Chancellor*) für diese Aufgabe zuständig gewesen. Sie sollte einen langfristigen Plan für die Evaluationsarbeit entwickeln. Des Weiteren sollte sie den Erfahrungsaustausch zwischen Hochschulen fördern, die Hochschulen bei ihrer Evaluationsarbeit (Methodenentwicklung) beraten und den Evaluationsablauf koordinieren. Nitzler (2001) u. Smeby / Stensaker (1999).

<sup>594</sup> Kosten, die bei Selbstevaluationen entstehen, trägt die betreffende Hochschule.

<sup>595</sup> ENQA (2000) und Nitzler (2001).

<sup>596</sup> Ebd.

- Zugangsberechtigung und Zulassungsverfahren
- Finanzierung und Verwaltung
- Langfristige Stabilität des Fachbereichs
- Kritisches und kreatives Umfeld

### Organisation und Gestaltung

Alle Anträge seitens einer Hochschule auf Akkreditierung eines Studienganges, die eine Selbsteinschätzung enthalten müssen, werden von einer Gruppe von *peers* begutachtet. Nach einem Vor-Ort-Besuch empfehlen die *peers* auf der Basis der oben genannten Kriterien dem *högskoleverk*, den Studiengang zu akkreditieren oder den Antrag abzulehnen. Das Ergebnis der Akkreditierung wird detailliert in einem veröffentlichten Bericht dargelegt.<sup>597</sup>

#### 14.3.2 Qualitätsbewertung

##### Ziele

Das Parlament beschloss 1999, dass das *högskoleverk* in einem sechsjährigen Turnus ab 2001 alle Fächer und Studiengänge an Universitäten, Kunsthochschulen und *högskola* evaluieren soll.<sup>598</sup> Dadurch sollte eine eindeutigere Beziehung zwischen Qualität und staatlicher Anerkennung von Studiengängen hergestellt werden.<sup>599</sup> Im September 2000 kam ein offizieller Bericht der schwedischen Regierung zu dem Schluss, dass die erzielten Ergebnisse in der Lehre stärker bei Evaluationen zu berücksichtigen seien.<sup>600</sup> Im Gegensatz zu den Zielen des *quality audits* (vgl. Kapitel 14.3.3) sollen Qualitätsbewertungen den Kontrollaspekt von Evaluationen stärker in den Vordergrund rücken und eine bessere Vergleichbarkeit verschiedener Institutionen ermöglichen. Diese Entwicklung hin zu mehr Transparenz auf der Basis von auf Qualitätsvergleiche ausgerichteten Evaluationen geschah auf Anregung der Studierenden, der potentiellen Arbeitgeber, der Medien und nicht zuletzt der Hochschulen selbst.<sup>601</sup>

##### Gegenstand

Neben der Lehre im Erststudium soll auch die Forschung und damit auch die Postgraduierten-ausbildung evaluiert werden, allerdings in von einander getrennten Verfahren. In Bezug auf die Lehre wird dabei auch auf die Einhaltung von Mindeststandards geachtet. Dabei werden dieselben Kriterien wie bei der Akkreditierung (vgl. Kapitel 14.3.1) zugrunde gelegt. Diese Kriterien werden allerdings drei Kategorien zugeordnet, die bei der Evaluation gleich stark gewichtet werden sollen.<sup>602</sup> Die drei Kategorien sind:

- Voraussetzungen für den Studiengang (z.B. Qualifikation der Studienanfänger und des Lehrkörpers, Ausstattung der Hochschule);
- Durchführung des Studiengangs (z.B. Relation von Lehrenden und Studierenden, Arbeitssituation des Lehrkörpers, Programmstruktur) und

---

<sup>597</sup> ENQA (2000).

<sup>598</sup> Programmevaluationen hat es im Einzelfall bereits in den 90ern gegeben. In der Regel wurden sie von den Betroffenen (Studierende, Lehrkörper, Regierung) initiiert. Ziel war die Analyse der Gründe für Missstände oder für besonders gute Leistungen. ENQA (2000).

<sup>599</sup> Das impliziert eine Verknüpfung von Qualität in der Lehre und Finanzierung der Studiengänge.

<sup>600</sup> Es wurde vorgeschlagen, dem Finanzierungssystem einen Examensbonus hinzuzufügen oder die Finanzierung des Erststudiums (*undergraduate*-Bereich) zu Gunsten der *Output*-Seite neu zu gewichten. Kaiser et al. (2001).

<sup>601</sup> Nitzler (2001).

<sup>602</sup> Nilsson (2002) und Hämäläinen et al. (2001).

- Ergebnisse (z.B. Absolventenquote, Qualitätsmanagementmethoden).

Zusätzlich wird von der Evaluationsagentur eine Studentenbefragung durchgeführt.

Werden in einem Studiengang die geforderten Mindeststandards nicht eingehalten, kann der Hochschule das Recht, in diesem Studiengang Abschlüsse zu verleihen, genommen werden. Somit ist Akkreditierung Teil jeder Qualitätsbewertung. Re-Akkreditierung erfolgt also im Zusammenhang mit Qualitätsbewertung. Diese Bündelung der Evaluationsaktivitäten geschieht v.a. aus Kostengründen.<sup>603</sup>

### Organisation und Gestaltung

Die Durchführung von Qualitätsbewertungen beinhaltet vier Phasen: Selbstevaluation, Vor-Ort-Besuch der *peers*, Folgegespräch der *peers* mit der Hochschule und öffentlicher Bericht. Eine Gutachterkommission wird für alle Studiengänge desselben Fachs eingesetzt.<sup>604</sup>

Im Jahr 2002 wurden 11 Programme und Fachbereiche evaluiert und keine Hochschule verlor dadurch das Recht, Abschlüsse in den betroffenen Studienbereichen zu verleihen. Gleichwohl wurden in 39 Fällen Warnungen ausgesprochen, dass eine unmittelbare Verbesserung seitens der Hochschule erforderlich sei, wenn sie dieses Recht behalten wolle.<sup>605</sup>

#### 14.3.3 Quality Audit

*Quality audits* wurden mit der Hochschulreform von 1993 eingeführt und spielten bis zu ihrer Abschaffung im Jahr 2002 die herausragende Rolle unter den schwedischen Evaluationsverfahren. Sie sollten sicherstellen, dass die einzelnen Hochschulen ihrem gesetzlichen Auftrag der Qualitätssicherung und -entwicklung in der Lehre gerecht werden. Aspekte der Qualitätssicherung und -entwicklung in der Forschung spielten bei *quality audits* nur eine untergeordnete Rolle. Zwischen 1996 und 1999 wurden alle Hochschulen mit diesem Verfahren evaluiert. Von 1999 bis 2002 fand die zweite Runde der *quality audits* statt. Das Verfahren beinhaltete eine Selbstevaluation und eine Bewertung durch externe Gutachter, die mehrheitlich aus Schweden stammten, mit Vor-Ort-Besuchen und abschließendem Gutachten.<sup>606</sup>

Im Jahr 2001 fand jedoch ein Richtungswechsel in der Praxis der Qualitätssicherung im schwedischen Hochschulsektor statt. Das Verfahren des *quality audit* wurde durch eine Qualitätsbewertung auf Programmebene ersetzt. So finden seit 2002 im schwedischen Hochschulwesen keine *quality audits* mehr statt.<sup>607</sup>

Die Entscheidung für diesen Richtungswechsel wurde aufgrund einer Evaluation des Verfahrens getroffen. Mit dem Verfahren verfolgte der Staat das Ziel, die internen Prozesse der Qualitätssicherung extern zu untersuchen und dabei die Hochschulen bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Es wurde erwartet, dass die Hochschulen über einen gewissen Zeitverlauf vier Phasen in der Implementierung eines effektiven Systems der Qualitätssicherung durchlaufen würden: Von der Planungs- über die Implementierungsphase hin zu einer Phase der Selbstüberwachung und schließlich zu einer Phase, in der das interne Qualitätsmanagement effektiv wird und zu Verbesserungen führt. Am Ende der zweiten Runde war allerdings festzustellen, dass die Mehrheit der Hochschulen nicht über die Phase der Implementierung hinaus gekommen waren. Ihre internen Systeme der Qualitätssicherung waren also nach dem Urteil der Gut-

<sup>603</sup> Nitzler (2001).

<sup>604</sup> Hämäläinen et al. (2001).

<sup>605</sup> Tengner (2003): S.31.

<sup>606</sup> Hämäläinen / Pehu-Voima / Walhén (2001), Nitzler (2001) und Smeby / Stensaker (1999).

<sup>607</sup> Tengner (2003): S.30 und Högskoleverk (2003).

achter aus dem *quality audit* noch nicht wirksam. Im Ergebnis wurde ein Verfahren der Qualitätsbewertung auf Programmebene an die Stelle des *quality audit* gesetzt.

Bestandteil jedes Dreijahresvertrags, den die Hochschulen mit dem Ministerium schließen, bleibt allerdings ein Qualitätsentwicklungsplan, den die jeweilige Hochschule erstellen muss. Sie ist verpflichtet, jährlich über den Fortschritt ihrer qualitätssichernden bzw. -verbessernden Maßnahmen zu berichten. Dieser Plan und seine Umsetzung wird vom *högskoleverk* begutachtet.<sup>608</sup>

#### 14.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung

Die Deregulierung des Hochschulwesens in Schweden bedeutet nicht, dass der Staat den Hochschulen vollständige Freiheit bei der Gestaltung ihrer Aufgaben lässt. Vielmehr haben Verträge, mittels derer der Staat versucht, seine hochschul- und sozialpolitischen Ziele umzusetzen (z.B. Geschlechtergleichheit, soziale und ethnische Durchlässigkeit), die Detailsteuerung ersetzt. Die in den Verträgen vereinbarten qualitativen und quantitativen Leistungen der Hochschulen werden v.a. durch ein breit angelegtes Evaluationsverfahren kontrolliert.

Mit Hilfe finanzieller Anreize versucht der Staat darüber hinaus, die Hochschulen dazu zu bewegen, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Dabei wurde für die Lehre ein Mischsystem aus nachfrage- und erfolgsorientierter Finanzierung gewählt (zu 40% nach der Anzahl der Studierenden und zu 60% nach der Anzahl erworbener Kreditpunkte). Die Festlegung von Studienkontingenten für bestimmte Kurse gibt dem Staat die Chance, das Studienangebot zu beeinflussen und gleichzeitig eine Deckelung des gesamten staatlichen Haushalts zu realisieren.

Die regelmäßige Durchführung eines Verfahrens der Qualitätsbewertung kann Fehlentwicklungen, die durch das erfolgsorientierte Finanzzuweisungsverfahren entstehen können, abfangen oder zumindest transparent machen. Bemerkenswert am schwedischen Hochschulsystem ist, dass das Verfahren des *quality audit* durch ein Verfahren der Qualitätsbewertung ersetzt wurde. Begründet wurde dieser Richtungswechsel mit den mangelnden hochschulinternen Kompetenzen zur Sicherung der Qualität der Leistungen.

Im Forschungsbereich erfolgt die Finanzierung über Zielvereinbarungen, deren Inhalte zwischen Ministerium und Hochschule ausgehandelt werden. Die Verwendung von Zielvereinbarungen in diesem Bereich erscheint in Schweden besonders sinnvoll angesichts der hohen Konzentration von Forschungsaktivitäten in wenigen Hochschulen – vier Hochschulen teilen sich knapp 50% der gesamten Forschungsmittel.

---

<sup>608</sup> Eurydice (2002).



## 15 Spanien

### 15.1 Hochschulsystem

Spanien ist in 17 Autonome Gemeinschaften gegliedert;<sup>609</sup> sowohl die Zentralregierung als auch die 17 Autonomen Regierungen sind für den Bildungsbereich zuständig. Dabei wurden die Zuständigkeiten im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses der letzten Jahre stark in Richtung der Gemeinschaften verschoben; andererseits wurde die Rolle der gesamtstaatlichen Verwaltung in Bezug auf die Kohäsion des universitären Systems durch das Hochschulgesetz von 2001 (*Ley Orgánica de Universidades*, LOU) gestärkt.<sup>610</sup>

Die Verschiebung der Zuständigkeiten wurde aufgrund des Hochschulreformgesetzes (*Ley Orgánica de Reforma Universitaria*) LRU von 1983 möglich; hinsichtlich der tatsächlichen Übernahme der Verantwortung durch die Autonomen Gemeinschaften gab es jedoch große Unterschiede zwischen ihnen. Im Baskenland und in Katalonien übernahm die jeweilige Autonome Regierung bereits 1985 die Verantwortung für ihre Hochschulen, 1986 geschah das auch in Valencia und Andalusien; es folgten Galizien und die Kanarischen Inseln (1987) und Navarra (1989). Die Hochschulen in den zehn anderen Autonomen Gemeinschaften blieben noch länger unter der Kontrolle des Zentralstaates; erst Mitte der 90er Jahre haben auch diese Gemeinschaften die Verantwortung für das Hochschulwesen übernommen.<sup>611</sup>

Die Autonomen Gemeinschaften haben seitdem jeweils ihre eigenen Systeme, was Finanzierung und teilweise auch, was Qualitätssicherung betrifft. Wo es daher angebracht ist, auf Besonderheiten der einzelnen Gemeinschaften einzugehen, soll – um den Rahmen der Arbeit nicht zu sprengen – nur ein Beispiel herausgegriffen werden: Hier wird die Autonome Gemeinschaft Valencia untersucht, weil sie eine der ersten Gemeinschaften war, die für die Hochschulen auf ihrem Territorium zuständig wurden, weil sie bezüglich ihrer Bevölkerung und Bildungsausgaben eine der großen Autonomen Gemeinschaften in Spanien ist – und weil die Datenlage für diese Gemeinschaft vergleichsweise gut ist.

#### 15.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

Auf zentraler Ebene nimmt das *Ministerio de Educación, Cultura y Deporte* (Ministerium für Bildung, Kultur und Sport, hier kurz: Bildungsministerium) diejenigen Aufgaben wahr, die dazu dienen, die nationale Einheit und die Gleichheit aller Spanier im spanischen Erziehungssystem zu gewährleisten. Diese Aufgaben sind v.a. die Organisation des Bildungssystems, die Erstellung von Mindestanforderungen an Bildungseinrichtungen, die Formulierung eines nationalen Generalplans für Bildung und die Aufstellung von Mindeststandards für Abschlüsse. Auch die Zuständigkeit für die allgemeine Investitionsplanung für den Bildungsbereich, die Inspektion von Bildungseinrichtungen sowie die Kooperation in internationalen Bildungsangelegenheiten ist auf zentraler Ebene angesiedelt.<sup>612</sup>

Gemäß seiner Verantwortlichkeiten für die Bereiche Kultur, Bildung, Wissenschaft, Technologie und Sport ist das Ministerium entsprechend untergliedert. Für den Hochschulbereich ist das

<sup>609</sup> Hinzu kommen die Autonomen Städte Ceuta und Melilla, denen jedoch im Hochschulwesen keine weitere Bedeutung zukommt und die daher nicht in die Betrachtungen einbezogen werden.

<sup>610</sup> Eurydice (2002), Kapitel 6.1.

<sup>611</sup> Sánchez-Ferrer (1997): S. 175.

<sup>612</sup> Zu weiteren Aufgaben vgl. Eurydice (2002), Kapitel 2.5.1.1.

Staatssekretariat für Bildung und Hochschulen zuständig, innerhalb dessen die Generaldirektion für Hochschulen.<sup>613</sup>

Das Bildungsministerium ist auch für die Zusammenarbeit mit den Autonomen Gemeinschaften zuständig. Im Wesentlichen sind die Gemeinschaften mit Exekutiv-, Aufsichts- und Kontrollbefugnissen ausgestattet. Sie sind für die Implementierung der grundlegenden nationalen Standards und für die Verwaltung des Bildungssystems auf ihrem Territorium verantwortlich. Darüber hinaus sind die Gemeinschaften ermächtigt, öffentliche und private Bildungseinrichtungen auf ihrem Territorium zu errichten, zu genehmigen und zu betreiben.<sup>614</sup> Sie arbeiten die nationalen Vorgaben bzgl. Curricula und allgemeiner Standards (z.B. für staatlich anerkannte Abschlüsse) weiter aus, erstellen Forschungspläne und sind an der Aufstellung staatlicher Regelungen beteiligt. Dafür haben sie je nach ihren Statuten unterschiedliche Verwaltungseinrichtungen.<sup>615</sup> Zudem sind sie hauptverantwortlich für die Finanzierung ihrer Universitäten.

Die Aufteilung dieser Verantwortlichkeiten wird in der Verfassung sowie im Hochschulgesetz LOU von 2001 (in Kraft seit 2002) geregelt, das das Gesetz von 1983 zur Hochschulreform LRU aufhebt.<sup>616</sup>

Innerhalb der Autonomen Regierung Valencias ist die *Conselleria de cultura, educación y deporte* mit ihrer Generaldirektion für Universitäten und Forschung (*Dirección general de universidades e investigación*) für das Hochschulwesen zuständig.<sup>617</sup>

### 15.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

Der Hochschulsektor in Spanien besteht fast ausschließlich aus Universitäten,<sup>618</sup> wobei man vier verschiedene Typen von Universitäten unterscheiden kann.<sup>619</sup>

- öffentliche Universitäten,
- private Universitäten und Universitäten der katholischen Kirche
- internationale Universitäten
- und Fernuniversitäten.

Im Rahmen dieser Studie sollen nur die öffentlichen Universitäten untersucht werden; derzeit sind dies 48 der insgesamt 69 Universitäten des Landes.<sup>620</sup> Einige dieser 48 Universitäten sind polytechnische Universitäten, die in Spanien jedoch keinen Sonderstatus haben und für die die gleichen Regelungen gelten wie für die anderen Universitäten auch.<sup>621</sup> Alle Hochschulen und

---

<sup>613</sup> Eurydice (2002), Kapitel 2.5.1.2. Dort finden sich auch Angaben zur genauen Aufgabenverteilung innerhalb des Ministeriums.

<sup>614</sup> In diesem Fall sind sie für die Verwaltung des Personals, der Gebäude, der Ausstattung und der Reformen solcher Einrichtungen verantwortlich.

<sup>615</sup> Eurydice (2002), Kapitel 2.5.2.

<sup>616</sup> Ebd., Kapitel 2.1 und 2.2.2.

<sup>617</sup> Vgl. <http://www.gva.es/jsp/portalgv.jsp>.

<sup>618</sup> Daneben gibt es Hochschulen, die keinen Universitätsstatus haben, die aber Studiengänge anbieten, deren Abschlüsse Universitätsabschlüssen ebenbürtig sind; dies sind Studiengänge in den Bereichen Kunst und Militär. Um die Übersichtlichkeit zu wahren, sollen diese in den folgenden Ausführungen nicht weiter berücksichtigt werden.

<sup>619</sup> Vgl. <http://www.universia.es/contenidos/universidades/mapa/index.html>.

<sup>620</sup> Die spanische Hochschullandschaft ist recht dynamisch; in den letzten Jahren sind einige Universitäten neu gegründet worden; es lässt sich nicht sagen, ob dieser Prozess bereits abgeschlossen ist.

<sup>621</sup> Vgl. [http://www.universia.es/contenidos/universidades/datosbasicos/directorio/directorio\\_datos\\_basicos.htm](http://www.universia.es/contenidos/universidades/datosbasicos/directorio/directorio_datos_basicos.htm).

alle offiziell anerkannten Hochschulabschlüsse sind in entsprechenden nationalen Registern erfasst.<sup>622</sup>

Die Universitäten sind durch die Verfassung und das Hochschulgesetz LOU von 2001 mit rechtlicher, wirtschaftlicher, finanzieller, administrativer und akademischer Autonomie ausgestattet. Sie dürfen ihre eigenen Regelungen für Administration und Finanzmanagement aufstellen und sind frei, Gebäude zu errichten, Dienstleistungen zu erbringen, Güter zu kaufen und zu verwalten etc. Die ihnen zugeteilten Mittel können die Universitäten frei verwenden; sie stellen dafür ein mehrjähriges Programm für ihre Finanzplanung auf. In der Praxis wird eine interne Aufteilung des Globalhaushalts auf gesonderte Budgets für Forschung und Lehre vorgenommen.<sup>623</sup>

Die Universitäten sind gemeinsam mit dem Bildungsministerium und den Autonomen Gemeinschaften im *Consejo de Coordinación Universitaria* (etwa: Rat für Hochschulkoordination) vertreten.<sup>624</sup>

Insgesamt gab es 2002/2003 gut 1,5 Mio. Studierende in Spanien (bei rund 41 Mio. Einwohnern); die Zahl der Studierenden nimmt seit 1999/2000 allmählich wegen geburtenschwacher Jahrgänge ab.<sup>625</sup>

Insgesamt wurden 2001 in Spanien über 29 Mrd. € von der öffentlichen Hand für Bildung ausgegeben, was 4,5% des BIP jenen Jahres von 653 Mrd. € entspricht. Davon entfielen 6.030 Mio. € auf Hochschulbildung (0,9% des BIP), wovon der mit 5.991 Mio. € weitaus größte Teil durch die Autonomen Gemeinschaften finanziert wurde. Die Bildungsausgaben insgesamt und die Ausgaben für Hochschulen sind nominell in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen; der Anteil am BIP ist indessen konstant geblieben.<sup>626</sup>

### 15.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Zugangsberechtigt für Hochschulen ist, wer die Sekundarstufe mit dem *Título de Bachillerato* (ungefähr vergleichbar mit dem Abitur) abgeschlossen hat oder einen vergleichbare Qualifikation nachweisen kann; für manche Studiengänge ist eine bestimmte Fächerkombination im *Bachillerato* erforderlich. Zudem gibt es Eingangsprüfungen, die von den Universitäten gemeinsam organisiert werden. Diese sind zwar nicht verpflichtend, es werden jedoch die Kandidaten bevorzugt, die ein solches Examen absolviert haben, und i.d.R. ist die Zahl der Studienplätze begrenzt, so dass die Prüfung in der Praxis inzwischen ein "Muss" geworden ist. Die Prüfung darf bei Nichtbestehen maximal dreimal wiederholt werden. Wer bestanden hat, kann beliebig oft neu teilnehmen, um seine Note zu verbessern. Die Note errechnet sich aus der *Bachillerato*-Note und dem Testergebnis. Eine Universität kann Studienplatzbewerbungen nur dann ablehnen, wenn die Zahl der Bewerbungen die Zahl der Studienplätze übersteigt; die Studienplätze werden dann nach einer Reihe von Kriterien (Teilnahme an der Eingangsprüfung, Note, Quoten für bestimmte Gruppen etc.) vergeben. Ein Hochschulwechsel (anstelle einer Neueinschreibung) ist ebenfalls nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich.<sup>627</sup>

<sup>622</sup> LOU 2001, Disposición adicional vigésima.

<sup>623</sup> LOU 2001, <http://www.unesco.org/iau/cd-data/es.rtf> und Eurydice (2002), Kapitel 2.2.1.

<sup>624</sup> LOU 2001, Título IV.

<sup>625</sup> Eurydice (2002), Kapitel 1.5 und <http://wwwn.mec.es/educa/jsp/plantilla.jsp?id=E127&area=ccuniv&contenido=/ccuniv/html/estadistica/curso2002-2003/117.html>.

<sup>626</sup> MECD: Estadística del Gasto Público en Educación (<http://wwwn.mec.es/mecd/estadisticas/files/Gasto2001prov.pdf>, <http://wwwn.mec.es/mecd/estadisticas/files/SeriesGasto2001.pdf> und <http://wwwn.mec.es/mecd/estadisticas/files/Cifras2003-04.pdf>). Angaben für 2001 noch vorläufig.

<sup>627</sup> LOU 2001, Título VIII und ausführlich Eurydice (2002), Kapitel 6.3.1.2.

Bis vor kurzem galt ein System, nach dem die Studienanwärter sich ihre Hochschule nicht frei aussuchen konnten, sondern gehalten waren, an die Hochschule des Distriktes zu gehen, in dem sie die Sekundarschule besucht hatten (i.d.R. hat eine Autonome Gemeinschaft mehrere solcher Distrikte). Ausnahmen gab es nur für Studierende, die so nicht ihr Wunschfach hätten studieren können. Seit 1991 wurden 5% aller Plätze einer Universität für Studierende aus anderen Distrikten reserviert – die tatsächliche Zahl der Studierenden, die an eine andere Hochschule bzw. in einen anderen Distrikt (oder eine andere Gemeinschaft) ziehen wollten, war jedoch stets geringer. Kurz vor der Einführung des LOU von 2001 ist diese Beschränkung abgeschafft worden, so dass sich die Studierenden ihre Hochschule seitdem frei aussuchen können. Damit soll der Wettbewerb unter den Hochschulen gefördert werden. Ob dieses Ziel jedoch erreicht wird, ist angesichts der bislang sehr geringen Mobilität der Studierenden und der noch recht geringen Erkenntnisse über die Qualität der einzelnen Hochschulen fraglich.<sup>628</sup>

Die Anzahl der Studienplätze für jeden Studiengang der jeweiligen Universität wird dem *Consejo de Coordinación Universitaria* mitgeteilt, der die Daten zusammenfasst und im Amtsblatt veröffentlicht. Auch auf der Website des Bildungsministeriums sind diese Informationen einsehbar. Zudem kann die Regierung maximale Anzahlen von Studienplätzen für einen Studiengang festlegen (als Summe für alle Universitäten des Landes – auch private –, die diesen Studiengang anbieten), wenn dies im gesamtgesellschaftlichen Interesse ist.<sup>629</sup>

Es gibt unterschiedliche Arten der Hochschulausbildung mit jeweils verschiedenen Zielen. So ist bereits im bisherigen System zwischen Studiengängen zu unterscheiden, die nur eine erste Studienstufe anbieten, solchen, die sowohl eine erste als auch eine zweite Stufe umfassen und solchen, die nur die zweite Stufe anbieten. Innerhalb dieses Systems werden die Titel *Diplomado* (nach einer Stufe) und *Licenciado / Ingeniero / Arquitecto* (nach der zweiten Stufe) vergeben. Ferner gibt es als dritte Stufe Doktorandenstudien.<sup>630</sup>

Im Zuge des Bologna-Prozesses wird dies leicht modifiziert. Der Abschluss *Diplomado* entfällt; grundständige Studiengänge, die zu einem berufsbefähigenden Abschluss führen sollen, werden mit den Abschlüssen *Licenciado* (für nichttechnische Studiengänge) bzw. *Ingeniero* oder *Arquitecto* beendet. Der Begriff Bachelor wird nicht verwendet, vermutlich aufgrund seiner Nähe zum Sekundarschulabschluss *Bachillerato*. Voraussichtlich müssen 180 bis 240 ECTS-Punkte in einem grundständigen Studiengang erzielt werden, um einen dieser Titel zu erhalten. Für Postgraduierten-Abschlüsse wurde der Titel Master eingeführt; alternativ dazu können auch die Bezeichnungen Magister oder Master *Universitario* verwendet werden. Für diesen Abschluss müssen 60 bis 120 ECTS-Punkte erreicht werden. Es wird eine Übergangsfrist zur Umstellung auf die neuen Titel geben, die bis maximal 2010 dauern kann; bis dahin können sowohl alte als auch neue Titel verwendet werden. Auch die Möglichkeit eines Doktorstudiums ist weiterhin gegeben; bislang ist noch nicht festgelegt, ob es nur im Anschluss an ein Postgraduierten-Studium erfolgen kann oder ob es auch von Absolventen eines grundständigen Studiengangs aufgenommen werden kann.<sup>631</sup>

<sup>628</sup> Sánchez-Ferrer (1997): S. 176 und Auskunft per E-mail von Herrn José-Ginés Mora-Ruiz am 12.11.2003.

<sup>629</sup> LOU 2001, Título VIII, Artículo 43 f. und [http://wwwn.mec.es/educa/jsp/plantilla.jsp?area=ccuniv&id=3201&contenido=/ccuniv/html/oferta\\_de\\_plazas/index.html](http://wwwn.mec.es/educa/jsp/plantilla.jsp?area=ccuniv&id=3201&contenido=/ccuniv/html/oferta_de_plazas/index.html).

<sup>630</sup> Eurydice (2002), Kapitel 2.4.2.

<sup>631</sup> Ministerio de Educación, Cultura Y Deporte (2003): S. 7 ff.

## 15.2 Finanzierungsmethoden

Im ganzen Land erhalten die Universitäten ihre Mittel aus verschiedenen Quellen.<sup>632</sup>

- Mittel von der jeweiligen Autonomen Gemeinschaft und vom Staat
- Zuschüsse oder Spenden von öffentlichen und privaten Einrichtungen
- Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit
- Wissenschaftliche, technische oder künstlerische Auftragsarbeiten für private oder öffentliche Auftraggeber
- Studiengebühren, die von den Autonomen Gemeinschaften bestimmt werden (wobei es vom Rat für Hochschulkoordination gesetzte Grenzen gibt).

Für die öffentliche Finanzierung der Universitäten sind v.a. die Autonomen Gemeinschaften zuständig; der Zentralstaat übernimmt nur Stipendien (sowohl für Studierende als auch für Professoren) und die Finanzierung von spezifischen Forschungsprojekten einzelner Forschungsgruppen.<sup>633</sup> Die Einnahmen einer Universität setzen sich durchschnittlich zu 75% aus Mitteln der jeweiligen Autonomen Gemeinschaft, zu 10% aus Studiengebühren und zu 15% aus Drittmitteln u.ä. zusammen.<sup>634</sup>

Die Universitäten können die ihnen zugeteilten Mittel grundsätzlich frei verwenden; es gibt nur Einschränkungen bei Mitteln, die explizit für spezifische Zwecke vergeben werden. In der Regel erstellen die Universitäten intern getrennte Haushalte für Forschung und Lehre. Sie müssen dafür für jedes Jahr einen Haushaltsplan aufstellen, der universitätsintern genehmigt werden muss.<sup>635</sup>

### 15.2.1 Studiengebühren und Studienförderung

**Studiengebühren** (*derechos de matrícula*) werden von der jeweiligen Autonomen Gemeinschaft festgelegt. So kommt es, dass die spanischen Universitäten unterschiedlich hohe Studiengebühren verlangen, die je nach Universität, Studiengang (experimentell oder nicht) und Niveau des Studiengangs variieren; i.d.R. bewegen sie sich zwischen 480 und 850 € pro Jahr; an privaten Universitäten betragen sie zwischen 5.000 und 6.000 € pro Jahr.<sup>636</sup> Teilweise ist schon bei der Vor-Einschreibung ein Teil dieser Gebühr fällig; manche Universitäten haben zudem eigene Regelungen zur Ratenzahlung eingeführt.<sup>637</sup> An einigen Universitäten wurde inzwischen auch die Regelung eingeführt, dass für die erreichten Kreditpunkte bezahlt wird (wobei die jeweiligen Beträge wiederum variieren können); für Verwaltungsleistungen fallen dann weitere Gebühren an. Studierende aus kinderreichen Familien müssen oft nur einen Teil der Studiengebühren zahlen, Stipendiaten können ganz davon ausgenommen werden.<sup>638</sup>

Die wichtigste Quelle für **Stipendien** (*becas*) ist das nationale Bildungsministerium. Entsprechend der gesetzlichen Forderung, dass sozioökonomische Bildungshindernisse abzubauen sind, sind dort im Rahmen der Einführung des Hochschulgesetzes von 2001 Regelungen für

<sup>632</sup> Eurydice (2002), Kapitel 2.14.2.

<sup>633</sup> Auskunft per E-mail von Herrn José-Ginés Mora-Ruiz am 8.11.2003.

<sup>634</sup> Mora / Villareal (2003): S. 3.

<sup>635</sup> Eurydice (2002), Kapitel 2.5.4.2 und 2.14.1.

<sup>636</sup> Vgl. [http://www.ploteus.net/ploteus/portal/renderers/generalinfo\\_renderers.jsp?DocId=33793&SecMode=1?DocId=33793&SecMode=1](http://www.ploteus.net/ploteus/portal/renderers/generalinfo_renderers.jsp?DocId=33793&SecMode=1?DocId=33793&SecMode=1).

<sup>637</sup> Vgl. z.B. <http://www.mes-d.net/Mes-d/Mes-d38.html> und <http://www.ucm.es/info/econap4/master/derechos.html>.

<sup>638</sup> Vgl. z.B. [http://www.ii.uam.es/esp/alumnos/informacion/precios\\_publicos\\_eu.html](http://www.ii.uam.es/esp/alumnos/informacion/precios_publicos_eu.html) und [http://www.urjc.es/z\\_files/ae\\_estudi/ae01/TARIFAS\\_ACADEMICAS.doc](http://www.urjc.es/z_files/ae_estudi/ae01/TARIFAS_ACADEMICAS.doc).

allgemeine Stipendien, Mobilitätsstipendien (für Studierende, die außerhalb "ihrer" Autonomen Gemeinschaft studieren) sowie Stipendien für Studienanfänger eingeführt worden, um nur die wichtigsten zu nennen.<sup>639</sup> Sie werden nur auf Antrag vergeben und sind nur für Studierende gedacht, die finanziell bedürftig sind und im Erststudium einen staatlich anerkannten Abschluss anstreben. Außerdem müssen gewisse Mindestleistungen im Studium erbracht werden. Die finanzielle Bedürftigkeit bemisst sich danach, wie viele Mitglieder die jeweilige Familie hat und wie hoch ihr Einkommen ist. Für die Höhe des Stipendiums kann weiterhin ausschlaggebend sein, welches Niveau der betreffende Studiengang hat, ob der / die Studierende noch zu Hause wohnt, ob er / sie in einer anderen Autonomen Gemeinschaft lebt als er / sie studiert und wie weit die Entfernung vom Wohn- zum Studienort ist. Je nachdem bewegen sich die Stipendien für das Studienjahr 2003/04 zwischen gut 100 € (nur Büchergeld) und 5.600 € im Jahr.<sup>640</sup>

Im Studienjahr 2000/01 gab es rund 390.000 Studierende, die ein Stipendium vom nationalen Bildungsministerium erhielten (das entspricht 26% aller damaligen Studierenden). Für diese staatlichen Stipendien wurden insgesamt 474 Mio. € ausgegeben; das entspricht für dieses Jahr im Durchschnitt gut 1.200 € pro Stipendiat/in.<sup>641</sup>

Auch die Universitäten können Stipendien vergeben, wobei dann z.B. die Studiengebühren (oder ein Teil davon) erlassen werden und / oder Unterkunft gewährt bzw. finanziert wird.<sup>642</sup> Weiterhin gibt es Stipendien der Autonomen Gemeinschaften, Stiftungen, privatwirtschaftlichen Unternehmen etc., die unterschiedlich hoch ausfallen können.<sup>643</sup>

### 15.2.2 Finanzierung aus gesamtstaatlichen Mitteln

Seit der Übernahme der Zuständigkeit für die Hochschulen durch die Autonomen Gemeinschaften ist auch die Aufgabe der Finanzierung an die Gemeinschaften übergegangen. Seitdem ist das Bildungsministerium nicht mehr für die Hochschulfinanzierung zuständig.

Nur noch in wenigen Bereichen gibt es Verbindungen: Von zentraler Seite werden Stipendien für Studierende und Professoren gezahlt; außerdem werden Mittel für Forschungsprojekte vom Staat an Forschungsgruppen vergeben. Dies entspricht jedoch nicht der "normalen" Finanzierung der Forschung, sondern eher einer Art staatlicher Drittmittelfinanzierung (ähnlich den DFG-Mitteln). Entsprechende Mittel werden nicht vom Bildungsministerium, sondern vom Ministerium für Wissenschaft und Technologie (*Ministerio de Ciencia y Tecnología*) vergeben.<sup>644</sup> Einen gewissen Einfluss gibt es auch noch dahingehend, dass die Bezüge der Professoren auf nationaler Ebene festgelegt werden – Professoren sind nationale Beamte. Beahlt werden sie allerdings von den Universitäten.<sup>645</sup>

<sup>639</sup> Zu diesen und sonstigen Stipendien vgl. <http://becas.mec.es/index.html>.

<sup>640</sup> Zu genauen Angaben vgl. [http://becas.mec.es/inicioestuniv\\_convoca.pdf](http://becas.mec.es/inicioestuniv_convoca.pdf), [http://becas.mec.es/movilidad\\_convoca.pdf](http://becas.mec.es/movilidad_convoca.pdf) und [http://becas.mec.es/convgen\\_convoca.pdf](http://becas.mec.es/convgen_convoca.pdf).

<sup>641</sup> Vgl. <http://wwwn.mec.es/mecd/estadisticas/files/Becas2000-01.pdf>.

<sup>642</sup> Vgl. <http://www.uniaam.uia.es/cursos/2003/AprovechamientoBosques.pdf>

<sup>643</sup> Zu einer Liste von unterschiedlichen Stipendien vgl. <http://becas.universia.es/listado.jsp?perfil=2&vigente=1>. Zu Stipendien durch die Autonomen Gemeinschaften vgl. [http://www.mec.es/becas/textos/p\\_becascom.html](http://www.mec.es/becas/textos/p_becascom.html) und <http://wwwn.mec.es/mecd/estadisticas/files/Becas2000-01.pdf>.

<sup>644</sup> Vgl. dazu ausführlich [www.mcyt.es](http://www.mcyt.es), v.a. was die Ausführungen zum *Plan Nacional de Investigación Científica, Desarrollo e Innovación Tecnológica 2004 – 2007* betrifft.

<sup>645</sup> Auskunft per E-mail von Herrn José-Ginés Mora-Ruiz am 8.11.2003 und 12.11.2003.

### 15.2.3 Finanzierung durch die Autonomen Gemeinschaften

Wie bereits erwähnt wurde, gibt es in den Autonomen Gemeinschaften unterschiedliche Systeme der Hochschulfinanzierung, daher gibt es nur wenige allgemeine Aussagen zu allen Gemeinschaften. In einigen der Gemeinschaften wird die Finanzierung nach Preis-, in anderen nach Verteilungsmodellen geregelt. Gemeinsam ist den Modellen, dass der Großteil der Mittel nicht zweckgebunden zur Verfügung steht – schließlich soll die Autonomie der Universitäten gewahrt bleiben. Zumeist werden die Mittel als Globalsumme vergeben – im Durchschnitt werden damit 70% der Ausgaben der Hochschulen gedeckt. Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass es bei der Finanzierung bestimmte Anreize gibt: Je nach den Zielen der betreffenden Autonomen Gemeinschaft werden für bestimmte Leistungen zusätzliche Mittel vergeben (oder auch finanzielle "Strafen" verhängt), oder es wird ein bestimmter Anteil der Gesamtmittel reserviert, der nur bei Erreichen bestimmter Ziele tatsächlich vergeben wird. Außerdem beinhalten die verschiedenen Modelle zumeist auch Beiträge für unvorhersehbare Umstände. Für Infrastruktur und Ausstattung gibt es teilweise andere Finanzierungsmechanismen als für die laufenden Kosten.<sup>646</sup>

Wie das Finanzierungsverfahren einer Autonome Gemeinschaft tatsächlich ausfallen kann, soll im Folgenden beispielartig am Modell der Autonomen Gemeinschaft Valencia gezeigt werden.

Das valenzianische Hochschulwesen umfasst fünf öffentliche Universitäten und eine private.<sup>647</sup> Dafür hat die Autonome Gemeinschaft Valencia im Jahr 2001 rund 691 Mio. € ausgegeben – mehr als ursprünglich geplant.<sup>648</sup> Bei den für dieses Jahr erwarteten 133.200 Studierenden-Vollzeitäquivalenten<sup>649</sup> wären dies 5.186 € pro Vollzeit-Student/in.

Bereits 1994 wurde für die Finanzierung der valenzianischen Universitäten ein mehrjähriges Programm festgelegt, das auf Basis des Weißbuchs über die valenzianischen Universitäten von 1997 überarbeitet wurde und in seiner aktuellen Form für die Jahre 1999 bis 2003 gilt (*Programa Plurianual de Financiación del Sistema Público Universitario Valenciano 1999-2003*); Ende 2003 soll das Programm überarbeitet und für die nächsten 4 Jahre angepasst werden.<sup>650</sup> Durch dieses Programm soll v.a. erreicht werden, dass die Hochschulen einen verlässlichen finanziellen Rahmen für die Entwicklung ihrer akademischen wie finanziellen Autonomie haben, dass die Mittel für Hochschulbildung auf den europäischen Durchschnitt angehoben werden, dass die Prozentsätze, zu denen verschiedene Quellen an der Finanzierung beteiligt sind, festgeschrieben werden und dass die Qualität der Hochschulen gefördert wird.<sup>651</sup>

Nach diesem Programm setzt sich die Finanzierung der Hochschulen aus verschiedenen Komponenten zusammen, die im Folgenden erläutert werden:<sup>652</sup>

- **"Feste" Finanzierung (Sockelbetrag):** Jede Universität soll einen festen Betrag für den normalen Betrieb erhalten; damit werden quasi die Fixkosten kompensiert, die einer Universität allein durch ihre Existenz entstehen, unabhängig von ihrer Größe. Dieses Finanzierungselement soll 1,25% der Mittel für alle Universitäten ausmachen. 1998 belief sich dieser Betrag auf 200 Mio. Peseten pro Universität (entspricht etwa 1,2 Mio. €).

<sup>646</sup> Mora / Villareal (2003): S. 3 ff.

<sup>647</sup> Vgl. <http://www.gva.es/jsp/portalgv.jsp>.

<sup>648</sup> Vorläufige Angabe, vgl. <http://wwwn.mec.es/mecd/estadisticas/files/Gasto2001prov.pdf>.

<sup>649</sup> Dirección general (1999): S. 33 (Anhang). Bei den Vollzeitäquivalent-Angaben handelt es sich nur um eine rechnerische Größe; Teilzeitstudierende wurden mit entsprechenden Anteilen mitgerechnet. Siehe auch Fußnote 655.

<sup>650</sup> Dirección general (1999).

<sup>651</sup> Ebd., S. 2 ff.

<sup>652</sup> Zu den folgenden Ausführungen vgl. Dirección general (1999): S. 12 ff.

- **Basisfinanzierung:** 86,75% der Mittel werden für die Basisfinanzierung verwendet, d.h. für die Finanzierung der eigentlichen Aktivitäten der Universitäten.
- **Finanzierung von Kosten, die aufgrund externer Vorgaben entstehen:** 2% der gesamten Mittel werden zur Finanzierung von Kosten und Mindereinnahmen eingesetzt, die den Hochschulen aufgrund von Vorgaben des Staates bzw. der Autonomen Gemeinschaft entstehen, ohne dass die Hochschulen diesbezüglich selbst eine Entscheidung hätten treffen können. Dies sind z.B. die Kosten für vorgeschriebene Auswahlverfahren oder die den Hochschulen entgangenen Studiengebühren aufgrund staatlicher Regelungen für die Befreiung kinderreicher Familien von Studiengebühren.
- **An bestimmte Ziele geknüpfte Finanzierung:** 10% der Mittel werden je nach Erreichung zuvor von den einzelnen Universitäten festgelegter Ziele vergeben. Diese Ziele sollen zu einer Verbesserung der Qualität bei allen Aktivitäten der Hochschule führen.<sup>653</sup>

Die dabei genannten Prozentwerte sind nur indikativ, weil die Finanzierung nach einem Preismodell erfolgt und sich die tatsächliche Zusammensetzung ändern kann; es sind allerdings Werte, die so angestrebt werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Rahmenbedingungen stabil bleiben – in der Vergangenheit hat sich diese Hypothese auch bestätigt.

Bis auf die Basisfinanzierung werden diese Elemente voll durch den Haushalt der valenzianischen Regierung übernommen. Was die Basisfinanzierung betrifft, werden jedoch nicht die gesamten 86,75% unmittelbar durch die Gemeinschaft übernommen, sondern nur 68,75% (Näheres dazu siehe unten). Der Differenzbetrag setzt sich wie folgt zusammen: 15% werden durch Studiengebühren erzielt; die restlichen 3% kommen aus Eigenmitteln der Universität, die durch externe Dienstleistungen erbracht werden.<sup>654</sup>

Der mit 68,75% an den Gesamtmitteln größte Finanzierungsanteil wird auf Grundlage der Zahlen von Studierenden-Vollzeitäquivalenten<sup>655</sup> vergeben; dabei werden Unterscheidungen nach Fächergruppen und der Art des Studienganges im Sinne eines ein- oder zweistufigen Studiengangs (und der dadurch unterschiedlichen Anzahl von Studierenden pro Kurs) vorgenommen.<sup>656</sup> Für diese jeweiligen Gruppen werden die Durchschnittskosten pro Student/in ermittelt (Lehr- und Forschungspersonal, sonstiges Hochschulpersonal,<sup>657</sup> laufende Kosten für Waren und Dienstleistungen, Infrastruktur).<sup>658</sup> Je nach Gruppe von Studierenden bewegten sich die Durchschnittskosten pro Vollzeitstudent in 1998 zwischen rund 224.000 und gut 928.000 Peseten (was damals rund 1.350 bzw. 5.580 € entsprachen hätte). Jede Universität erhält für jede/n Vollzeitstudent/in den jeweiligen Durchschnittskostensatz.<sup>659</sup>

<sup>653</sup> Bislang war das Zustandekommen dieses Finanzierungsbestandteils wenig transparent; in Zukunft dürfte sich das aber ändern. Es soll ein Datenbank mit den Indikatorwerten aller Universitäten geben, so dass die Universitäten auch über das Abschneiden der jeweils anderen Universitäten informiert sind. Bisher werden die Mittel aus der an Ziele geknüpften Finanzierung für Investitionen in Gebäude verwendet. Auskunft per E-mail von Herrn José-Ginés Mora-Ruiz am 8.11.2003.

<sup>654</sup> Dirección general (1999): S. 12 ff. Das heißt, dass die Komponenten bezogen auf den Landeszuschuss (100%) andere Prozentzahlen aufweisen, nämlich 1,5% für den Sockelbetrag, 84% für Basisfinanzierung, 2,5% für Kosten aufgrund externer Vorgaben und 12% für die Finanzierung aufgrund von Zielvereinbarungen.

<sup>655</sup> Es werden nicht die tatsächlichen Zahlen der Studierenden zugrunde gelegt. Vielmehr wird eine rechnerische Größe ermittelt, die an der Zahl der Einschreibungen und der zu erwerbenden Anzahl jährlicher Kreditpunkte orientiert ist.

<sup>656</sup> Bislang gibt es noch keine Hinweise darauf, ob bzw. wie sich die Gruppenbildung im Zuge der Einführung von Bachelor-/Masterstudiengängen ändern könnte.

<sup>657</sup> Dabei ist ein Höchstbetrag für Personalkosten zu berücksichtigen. Vgl. Dirección general (1999): S. 26.

<sup>658</sup> Je nach Art des Studienganges (erste oder zweite Stufe oder beide zusammen) wird eine unterschiedlich hohe Anzahl von Studierenden pro Kurs zu Grunde gelegt.

<sup>659</sup> Dirección general (1999): S. 14 ff.



Diese Finanzierung wird also nach einem PreisclustermodeLL vergeben, das nach oben offen ist – es gibt keine Deckelung. Bislang hat sich das für die Autonome Gemeinschaft nicht als problematisch erwiesen, da die Zahl der Studierenden stabil bis leicht rückläufig ist; außerdem ist die Mobilität der Studierenden gering.<sup>660</sup>

Die nach dem obigen Modell errechneten Summen für die feste Finanzierung und die Basisfinanzierung werden den Universitäten monatlich in entsprechenden Teilsommen überwiesen. Die Beträge für zweckgebundene Finanzierung und für die Erstattung von Kosten aufgrund externer Vorgaben werden in einer Summe am Jahresende überwiesen.<sup>661</sup>

Insgesamt sollen die Mittel für Hochschulen der Autonomen Gemeinschaft Valencia 1% des BIP der Gemeinschaft betragen. Dementsprechend können die einzelnen Summen von Jahr zu Jahr unterschiedlich hoch ausfallen; sie sollen jeweils um den Prozentsatz des nominalen Wachstums des BIP wachsen.<sup>662</sup> Für die Jahre 1999 bis 2003 gelten teilweise noch Übergangsregelungen; ab dann soll das Finanzierungsmodell voll angewendet werden.<sup>663</sup>

### 15.3 Verfahren der Qualitätssicherung

Trotz der fast vollständigen Dezentralisierung im Bereich der Hochschulfinanzierung liegt die Qualität der Hochschulen bzw. ihrer Leistungen auch im nationalen Interesse. Daher sind im Bereich der Qualitätssicherung sowohl der Zentralstaat als auch die Autonomen Gemeinschaften tätig. Dabei werden die entsprechenden Aufgaben primär auf gesamtstaatlicher Ebene wahrgenommen; wo es aber in den Autonomen Gemeinschaften eigene Organisationen zur Qualitätssicherung gibt, können diese zumindest einen Teil davon übernehmen.

#### 15.3.1 Qualitätssicherungsverfahren auf gesamtstaatlicher Ebene

Der Staat ist für die Qualitätssicherung des gesamten Bildungssystems zuständig. Darunter fallen Aufgaben im Bereich der Akkreditierung und der Qualitätsbewertung.

Bereits Anfang der 90er Jahre hat es in Spanien Programme zur Qualitätsbewertung der Universitäten gegeben, die jedoch eher Pilotcharakter hatten. Dies waren das "Versuchsprogramm zur Bewertung der Qualität des Hochschulsystems" (*Programa Experimental de Evaluación de la Calidad del Sistema Universitario*) von 1992-1994, durch das eine auf ausländischen Erfahrungen basierte Methode institutioneller Bewertungen getestet werden sollte, und das Europäische Pilotprojekt (*Proyecto Piloto Europeo*) von 1994-1995, das die in den 17 teilnehmenden Ländern angewandten Methoden zur Bewertung der Hochschullehre vergleichbarer machte.<sup>664</sup>

Daran anknüpfend wurde von 1995-2000 der erste "Nationale Plan zur Bewertung der Qualität der Universitäten" (*Plan Nacional de Evaluación de la Calidad de las Universidades*), PNECU, durchgeführt. Dabei ging es darum, die Entwicklung der Qualitätsbewertung an Hochschulen voranzubringen und eine gemeinsame Methode zur Bewertung von Studiengängen, Fachbereichen und Serviceleistungen der Universitäten zu erarbeiten. Die Bewertungsmethodik beruhte auf drei Säulen: Selbstbewertung, Bewertung durch externe Experten und Veröffentlichung der Ergebnisse. Auch wurden Instrumente zur Datensammlung und Leitfäden für die Bewertungskomitees entwickelt. Das Hauptziel des PNECU, die Qualitätsbewertung zu fördern, kann als erfüllt gelten: 55 der Universitäten haben teilgenommen; der Großteil der Studiengänge wurde

<sup>660</sup> Auskunft per E-mail von Herrn José-Ginés Mora-Ruiz am 8.11.2003.

<sup>661</sup> Dirección general (1999): S. 25.

<sup>662</sup> Ebd., S. 13 ff.

<sup>663</sup> Ebd.

<sup>664</sup> Ministerio de Educación, Cultura Y Deporte (2001): S. 5 und Mora (1997): S. 59 ff.

bewertet; einige Autonome Gemeinschaften haben ihre eigenen Agenturen für Qualitätsbewertung gegründet.<sup>665</sup>

Ein zweiter Plan – der *II Plan de la Calidad de las Universidades*, PCU – wurde 2001 durch ein königliches Dekret eingesetzt. Er ist 6 Jahre gültig, wird aber jedes Jahr überarbeitet, was etwa Bedingungen und Erfordernisse betrifft. Mit diesem Plan werden die folgenden Ziele verfolgt:

- Fortsetzung der Qualitätsbewertung und Einführung von integralen Qualitätssystemen in den Universitäten, die der kontinuierlichen Qualitätsverbesserung dienen
- Förderung der Teilnahme der Autonomen Gemeinschaften am Qualitätsprozess, v.a. durch die Gründung eigener Organisationen; Gründung eines Netzes von Agenturen für Qualitätssicherung unter Koordination des Hochschulrats
- Entwicklung von Methoden, die in Einklang mit den bestehenden Methoden innerhalb der Europäischen Union sind
- Aufbau eines Informationssystems für Universitäten, die öffentliche Verwaltung und die Gesellschaft
- Etablierung eines Akkreditierungssystems für Studiengänge, Abschlüsse und Hochschulen

Mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben ist v.a. die *Agencia Nacional de Evaluación de la Calidad y Acreditación* (ANECA, Nationale Agentur für Qualitätsbewertung und Akkreditierung) betraut, die nach entsprechendem Beschluss im Hochschulgesetz LOU von 2001 im Oktober 2002 gegründet wurde. Die ANECA ist nun zuständig für 5 Programme:<sup>666</sup>

- Institutionelle Qualitätsbewertung
- Zertifizierung
- Akkreditierung
- Bewertung der Professoren
- Konvergenz zu einem europäischen Hochschulraum

Es ist dabei nicht beabsichtigt, aufgrund der Ergebnisse ein Ranking aufzustellen.<sup>667</sup>

Für die verschiedenen Arten von Verfahren werden sechs bis zwölf Monate zur Ausarbeitung von Bewertungskriterien und zur Festlegung von Indikatoren, mit denen die ANECA arbeiten soll, veranschlagt.<sup>668</sup> Mit den "Ausschreibungen" der Akkreditierung und Qualitätsbewertung wird in 2003 begonnen, in 2004/2005 wird voraussichtlich mit den Verfahren selbst begonnen.<sup>669</sup>

Auch wenn die ANECA in der Öffentlichkeit als unabhängige Organisation dargestellt wird, so stammt doch die Mehrheit ihrer Mitglieder aus Regierungsinstitutionen. Von den maximal 19 Mitgliedern, die die ANECA steuern sollen, kommen fünf aus dem Bildungsministerium; vier entstammen verschiedenen anderen Ämtern der Exekutive und sechs – so ist es im Entwurf vorgesehen – werden nach Konsultation mit dem Rat für Hochschulkoordination durch die Bildungsministerin ernannt. Die anderen vier Mitglieder sollen aus anderen Feldern im Bildungs-

---

<sup>665</sup> Ministerio de Educación, Cultura Y Deporte (2001): S. 5.

<sup>666</sup> Vgl. [http://www.universia.es/novedades/ley\\_universidades/agencia.jsp](http://www.universia.es/novedades/ley_universidades/agencia.jsp).

<sup>667</sup> Sproß (2002).

<sup>668</sup> Vgl. <http://expansionyempleoovd.recoletos.es/edicion/noticia/0,2458,154515,00.html>.

<sup>669</sup> Vgl. [http://www.stecyl.es/universidad/020520\\_indicadores\\_calidad\\_titulos.htm](http://www.stecyl.es/universidad/020520_indicadores_calidad_titulos.htm).

bereich kommen.<sup>670</sup> Dieses Übergewicht regierungsnaher Mitglieder und die Tatsache, dass ein Ehemaliger des Bildungsministeriums zum Direktor der ANECA ernannt wurde, hat einigen Unmut hervorgerufen.<sup>671</sup>

### 15.3.1.1 Akkreditierung

Die Akkreditierung ist ein neu eingeführtes Element des Qualitätsmanagements. Die ANECA ist die einzige Einrichtung, die befugt ist, die Akkreditierung aller von den Universitäten angebotenen Studiengänge vorzunehmen.<sup>672</sup> Während die anderen Bewertungen der ANECA von den Universitäten freiwillig wahrgenommen werden können, ist die Akkreditierung der Studiengänge verpflichtend. Zunächst legt dabei eine Expertengruppe das Vorgehen für alle Akkreditierungen fest; eine andere Gruppe stellt die Kriterien und Mindestanforderungen auf, die in jedem Fachgebiet zu beachten sind. Diese Vorgehensweisen, Kriterien und Mindestanforderungen machen dann das Akkreditierungsprotokoll für jedes einzelne Fachgebiet aus.

Die Studiengänge sollen alle 10 Jahre akkreditiert werden; dabei kann das Ergebnis unterschiedlich ausfallen: Ein Studiengang kann den Kriterien genügen und so direkt das Qualitätssiegel der Akkreditierung erhalten. Es ist auch möglich, dass erst eine Reihe von Verbesserungen umgesetzt werden muss, bevor die Akkreditierung erteilt wird – und es kann auch passieren, dass die Akkreditierung nicht erteilt wird.<sup>673</sup> Die Konsequenz einer nicht erteilten Akkreditierung für den betreffenden Studiengang ist, dass die öffentliche Finanzierung für diesen Studiengang gestrichen wird; außerdem ist der entsprechende Abschluss nicht länger offiziell anerkannt. Was mit den Studierenden solcher Studiengänge geschehen soll, ist noch nicht festgelegt worden.<sup>674</sup>

Die Kriterien, Indikatoren, Standards und die Nachweise ihrer Erfüllung werden derzeit noch festgelegt; in 2003/2004 soll es zunächst "Pilot-Akkreditierungen" in allen Fachgebieten geben.<sup>675</sup>

Neben dieser eigentlichen Akkreditierung steht zumindest bislang noch die Genehmigung neuer Studiengänge durch den Rat für Hochschulkoordination. Grundsätzlich ist es Sache der Universitäten, ihr Angebot an Studiengängen zu organisieren und ggf. neue Studiengänge zu konzipieren und einzuführen. Die Abschlüsse, die eine Universität vergeben will, müssen jedoch erst vom Rat für Hochschulkoordination anerkannt werden. Dieser gibt außerdem gewisse vom Staat anerkannte Direktiven vor, was z.B. die Organisation der Studiengänge, Materialien und den Umfang der Studiengänge betrifft, damit es innerhalb des Landes keine zu großen Unterschiede gibt. Der Rat für Hochschulkoordination kann alle 5 Jahre den Katalog der angebotenen Studiengänge neu überprüfen, wobei die Fortschritte auf dem jeweiligen Gebiet und die Bedeutung dieses Gebietes für die Gesellschaft berücksichtigt werden. Aufgrund dieser Überprüfung können Studienbereiche gestrichen bzw. neu aufgenommen werden.<sup>676</sup>

<sup>670</sup> Vgl. [http://www.stecyl.es/universidad/020520\\_indicadores\\_calidad\\_titulos.htm](http://www.stecyl.es/universidad/020520_indicadores_calidad_titulos.htm).

<sup>671</sup> Vgl. z.B. <http://www.terra.es/educacion/articulo/html/edu6045.htm>.

<sup>672</sup> Es sind damit ca. 2500 Studiengänge zu bewerten. Vgl. <http://expansionyempleovd.recoletos.es/edicion/noticia/0,2458,154515,00.html>.

<sup>673</sup> Vgl. <http://expansionyempleovd.recoletos.es/edicion/noticia/0,2458,154515,00.html>.

<sup>674</sup> Auskunft per E-mail von Herrn José-Ginés Mora-Ruiz am 8.11.2003.

<sup>675</sup> Vgl. [http://www.aneca.es/modal\\_eval/docs/pa\\_convocatoria.pdf](http://www.aneca.es/modal_eval/docs/pa_convocatoria.pdf).

<sup>676</sup> Eurydice (2002), Kapitel 6.3.1.5.

### 15.3.1.2 Qualitätsbewertung

Wie bereits erläutert ist v.a. die ANECA für die im PCU vereinbarte Qualitätssicherung zuständig. Daneben ist das Nationale Institut für Evaluation und Qualität des Bildungssystems (*Instituto Nacional de Evaluación y Calidad del Sistema Educativo*, INECSE) grundsätzlich dafür verantwortlich, die Qualität des gesamten Bildungssystems zu evaluieren und Methoden zu finden, wie die Qualität verbessert werden kann. Weil es jedoch nicht für spezifische Leistungen auf dem universitären Sektor zuständig ist, sondern seine Leistungen fast ausschließlich auf dem Gebiet der Primar- und Sekundarschulbildung erbringt, soll es hier nicht näher behandelt werden.<sup>677</sup>

Die Qualitätsbewertungen, die durch die ANECA vorgenommen werden, sind unterschiedlicher Natur:

- **Institutionelle Qualitätsbewertung:** Die externen Bewertungen beziehen sich auf die Studiengänge, die Dienstleistungen, die Programme und die Managementsysteme der Universitäten; es wird darin das notwendige Gegenstück zur Selbstbewertung der Hochschulen gesehen.<sup>678</sup> Es sollen die gleichen Kriterien wie bei der Akkreditierung verwendet werden; allerdings ist der Schwerpunkt hier auf Verbesserung der bislang erreichten Leistungen gelegt; so wird diese Bewertung auch "verbesserungsorientierte Bewertung" genannt. Damit soll die Etablierung einer regelrechten Qualitätskultur an den Universitäten ermöglicht werden.<sup>679</sup>
- **Zertifizierung:** Hierbei geht es um die Erfüllung zuvor festgelegter Anforderungen; auf diese Weise werden die Bemühungen um Qualität einer Hochschule von externer Stelle anerkannt. Die Zertifizierung gilt somit als eine Art Qualitätssiegel, das jedoch nur eine zeitlich begrenzte Gültigkeit hat. Objekte einer Zertifizierung können z.B. Studienprogramme, Service- und Verwaltungseinrichtungen (etwa Bibliotheken) und Abschlüsse sein. Anders als die Akkreditierung ist die Zertifizierung freiwillig.<sup>680</sup>
- **Bewertung der Professoren:** Diese Bewertung ist die Voraussetzung für die Einstellung an Universitäten (quasi eine Akkreditierung der Professoren); dabei gilt es, die Fähigkeiten des / der jeweiligen Professors / Professorin in Forschung, Lehre und Management festzustellen. Dafür gibt es fünf wissenschaftliche Komitees, die alle Fachgebiete umfassen. Diese Bewertung ist – im Gegensatz zu ähnlichen Prüfungsverfahren, die von den Autonomen Gemeinschaften durchgeführt werden – auf dem gesamten Staatsgebiet gültig. Mit den Bewertungen wurde bereits begonnen.<sup>681</sup>

### 15.3.2 Qualitätssicherungsverfahren auf Ebene der Autonomen Gemeinschaften

Die Autonomen Gemeinschaften setzen sich mehr oder weniger stark für Qualitätssicherung ein und arbeiten mehr oder weniger eng mit der ANECA zusammen.<sup>682</sup> Was eigene Organisationen der Autonomen Gemeinschaften zur Evaluation ihres Bildungssystems betrifft, gibt es verschiedene Strukturen: neugegründete Institutionen, die nur mit Evaluationen betraut werden, Integra-

<sup>677</sup> Puente Azcutia (2000); sowie Auskunft per Email von Herrn Puente Azcutia am 21.01.2003. Zu ausführlicheren Informationen siehe Puente Azcutia 2000 sowie die Website des INECSE: [www.ince.mec.es](http://www.ince.mec.es).

<sup>678</sup> Vgl. [http://www.mec.es/gabipren/notas/2002/octubre/edu\\_aneca.htm](http://www.mec.es/gabipren/notas/2002/octubre/edu_aneca.htm).

<sup>679</sup> Vgl. [http://www.aneca.es/docs\\_trabajo/docs/manual\\_pei.pdf](http://www.aneca.es/docs_trabajo/docs/manual_pei.pdf).

<sup>680</sup> Vgl. [http://www.mec.es/gabipren/notas/2002/octubre/edu\\_aneca.htm](http://www.mec.es/gabipren/notas/2002/octubre/edu_aneca.htm) und [http://www.aneca.es/modal\\_eval/certif.html](http://www.aneca.es/modal_eval/certif.html).

<sup>681</sup> Vgl. [http://www.aneca.es/modal\\_eval/eval\\_profes\\_1.html](http://www.aneca.es/modal_eval/eval_profes_1.html).

<sup>682</sup> Mora (2003): S. 1.

tion der Evaluationsaufgaben in die Verwaltung des Bildungswesens oder Übertragung der Evaluationsaufgaben auf Organisationen, die daneben auch noch andere Aufgaben wahrnehmen.

Die *Comisión Valenciana de Acreditación y Evaluación de la Calidad del Sistema Universitario Valenciano* (Valenzianische Kommission für Akkreditierung und Qualitätsbewertung des valenzianischen Hochschulsystems), CVAEC, ist ein Beispiel für eine neu geschaffene Einrichtung, die sich ausschließlich mit Evaluationen befasst.

Diese Kommission wurde 2002 gegründet;<sup>683</sup> sie ist ein unabhängiges Organ für externe Qualitätsbewertungen, das sich ausschließlich mit dem Hochschulsektor in der Autonomen Gemeinschaft Valencia befasst. Die Kommission setzt sich aus 18 Personen zusammen; 16 davon sind Doktoren valenzianischer Universitäten, die bereits viermal gut bei Personalbewertungen abgeschnitten haben; außerdem gehören der Vizepräsident des valenzianischen Hochschulrates<sup>684</sup> und ein technischer Koordinator dazu. Die Mitglieder haben ihr Mandat für sechs Jahre; alle drei Jahre wird die Hälfte der Mitglieder ausgewechselt.<sup>685</sup>

Die CVAEC übernimmt zunächst die Definition von Qualitätskriterien und die Festlegung von Indikatoren zur Überprüfung, in welchem Maße die Kriterien erfüllt wurden. Auch obliegt ihr die eigentliche Bewertung der Qualität; fast alles kann zum Gegenstand einer solchen Bewertung werden: Lehre, Forschung und Hochschulleitung, Personen in diesen Bereichen, Studiengänge etc. Auf Grundlage der Ergebnisse macht die Kommission entsprechende Vorschläge zur Qualitätsverbesserung. Die Ergebnisse aus der Bewertung einzelner Personen (z.B. in der Lehre) können auch für die Abschlüsse von Verträgen genutzt werden. Die Kommission hat sich darum zu bemühen, gemeinsam mit Schwesterorganisationen anderer Autonomen Gemeinschaften Übereinkünfte zur Harmonisierung der jeweiligen Evaluationen für Vertragsabschlüsse mit Lehr- und Forschungspersonal zu treffen.<sup>686</sup> Bislang sind noch keine Informationen zu Qualitätskriterien und Indikatoren veröffentlicht, die Sammlung von Daten zur Bewertung von Lehrpersonal hat jedoch begonnen.<sup>687</sup>

Die eigentlichen Bewertungen werden durch Bewertungskomitees geleistet. Die Mitglieder dieser Komitees werden durch die CVAEC benannt; sie müssen zu den Lehrkräften von Universitäten außerhalb Valencias gehören und bereits dreimal gut bei Personalevaluationen abgeschnitten haben. Dazu kann auch valenzianisches Lehrpersonal mit besonderem Fachwissen kommen, wenn die jeweilige Evaluation dies erfordert.<sup>688</sup> Das Komitee kann auch Evaluatoren aus der ANECA, aus Evaluationsorganen anderer Autonomen Gemeinschaften o.ä. umfassen.<sup>689</sup>

Die CVAEC legt dem Valenzianischen Universitätsrat jährlich einen Bericht über ihre Arbeit und ihre Verbesserungsvorschläge bezüglich der Qualität des Hochschulsystems vor.

Die für Hochschulbildung zuständige Behörde Valencias kann mit anderen Autonomen Gemeinschaften Abkommen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Akkreditierung und Evaluation schließen.

Die Kosten, die aus den Evaluationen entstehen, übernimmt die Autonome Gemeinschaft.<sup>690</sup>

<sup>683</sup> Es gibt allerdings schon eine Vorläuferorganisation, das Instituto Valenciano de Evaluación y Calidad Educativa. Vgl. Puente Azcutia (2000): S. 91.

<sup>684</sup> Dieser wurde ebenfalls erst 2002 gegründet. Vgl. Ley 5/2002, Disposiciones transitorias.

<sup>685</sup> Ley 5/2002, Art. 13-16.

<sup>686</sup> Ebd., Art. 12.

<sup>687</sup> Vgl. <http://www.cult.gva.es/dgeui/cvaec/default.htm>

<sup>688</sup> Ley 5/2002, Art. 17.

<sup>689</sup> Ebd., Disposición adicional.

<sup>690</sup> Ebd., Art. 18.

### 15.3.3 Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den Autonomen Gemeinschaften

Im Januar 2003 wurde die Kommission zur Koordination mit den Autonomen Gemeinschaften (*Comisión de Coordinación con las Comunidades Autónomas*) gegründet, die bei der ANECA angesiedelt ist. Sie soll den Dialog und die Koordination der Evaluationsorgane der Autonomen Gemeinschaften fördern. Ihr Ziel ist es letztendlich, ein "koordiniertes System" zu schaffen, nach dem sich die Evaluationen im Hochschulsektor vollziehen. Vor allem sollen die Evaluationskriterien von Einrichtungen auf gesamtstaatlicher Ebene bzw. auf der Ebene der Autonomen Gemeinschaften harmonisiert werden. Einige Autonome Gemeinschaften haben sich außerdem mit der ANECA auf die Gründung einer Datenbank zur Bewertung der Professoren geeinigt.<sup>691</sup>

### 15.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung

Die spanischen Hochschulen werden maßgeblich durch die Autonomen Gemeinschaften finanziert; jede der Autonomen Gemeinschaften kann dafür ein eigenes Verfahren nutzen. Die Autonome Gemeinschaft Valencia kombiniert z.B. ein Formelfinanzierungsverfahren mit einer Vorabzuweisung und mit Zielvereinbarungen.

Bis vor einiger Zeit war es im spanischen Hochschulsystem gar nicht möglich, Finanzierungsfragen mit Evaluationen zu verzahnen – einfach, weil es noch kaum entsprechende Evaluationen gab. Derzeit wird ein national einheitliches Akkreditierungsverfahren eingeführt, das die Qualitätsbewertungen der einzelnen Autonomen Gemeinschaften komplementiert.

Welche Konsequenzen es für einen nicht akkreditierten Studiengang geben soll, wurde jedoch noch nicht festgelegt. Mittlerweile wäre es zumindest *möglich*, für einen Studiengang, der bei der Akkreditierungsprüfung gescheitert ist, die Finanzierung einzustellen - es gibt jedoch noch keinen Hinweis darauf, dass dies tatsächlich geplant ist. Auch wäre es denkbar, dass die Evaluationen Einfluss nehmen auf die Höhe der mittels Zielvereinbarungen zugeteilten Mittel - im Falle der Autonomen Gemeinschaft Valencia machen diese immerhin 10% der Finanzierung aus. Fest intendiert scheinen diese Konsequenzen indes nicht.

---

<sup>691</sup> Vgl. <http://www.el-mundo.es/universidad/2003/01/17/actualidad/1042796141.html> und <http://www.aecb.es/portal/noticias/noticia.asp?canal=educacion&fecha=20030116&hora=163442>.

## 16 Tschechische Republik

### 16.1 Hochschulsystem

#### 16.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

Die Reform des Hochschulwesens in der ehemaligen Tschechoslowakischen Republik begann unmittelbar nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes. Diese Umbildung war geprägt von einer breiten Unterstützung der Bevölkerung, die der Reform einen symbolischen Wert für die Neugestaltung der tschechischen Gesellschaft beimaß.<sup>692</sup> Im Zuge der Reform wurde den Hochschulen eine sehr große Autonomie gegenüber dem Staat zugestanden. Die Herausforderung für die Hochschulpolitik der heutigen Tschechischen Republik besteht darin, die autonome Stellung der Hochschulen zu bewahren, während sie gleichzeitig eine Expansion und Umstrukturierung des Sektors unter den Bedingungen starker Budgetbeschränkungen zu bewältigen hat.

Zuständig für die Hochschulbildung und maßgeblich für deren Steuerung ist das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (*Ministerstvo školství, mládeže a tělovýchovy*). In Fragen der Wissenschafts- und v.a. der Forschungspolitik kooperiert das Ministerium mit dem Rat für Forschung und Entwicklung (*Rada vlády pro výzkum a vývoj*). Die Sektion für Hochschulbildung im Ministerium wird bei der Reform des Hochschulwesens vom 1991 gegründeten Zentrum für Hochschulstudien (*Centrum pro studium vysokého školství*) unterstützt. Die Hochschulen werden vom Rat der tschechischen Hochschulen (*Rada vysokých škol české republiky*) und einer ständigen Konferenz der Hochschulrektoren (*Česká konference rektorů*) vertreten.

Das Hochschulgesetz von 1990 löste das zuvor geltende zentral-dirigistische Hochschulgesetz von 1981 ab und verlieh den Hochschulen große akademische wie institutionelle Freiheiten. Eine Ausnahme bilden die drei Militäruniversitäten und eine Polizeihochschule. Unter anderem führte das Hochschulgesetz folgende Veränderungen herbei:

- den Wiedereinzug der Forschung in die Hochschulen
- die Wiedereinführung des akademischen Senats als Organ der akademischen Selbstverwaltung
- die Einführung einer demokratischen Vertretung der Hochschulen, des Rats der tschechischen Hochschulen
- die Etablierung einer neuen hochschulübergreifenden Kommission zur Akkreditierung von Hochschulen und deren Studienprogrammen
- die Gewährung eines globalen staatlichen Haushaltszuschusses
- die Einführung der zweistufigen Studienorganisation Bachelor/Master (schon zu diesem Zeitpunkt)

Im Jahr 1998 wurde ein neues Hochschulgesetz verabschiedet, das v.a. das Ziel verfolgte, Probleme der Hochschulbinnenstruktur, die aufgrund des liberalen Gesetzes von 1990 entstanden waren, zu beseitigen:

- Im Gesetz von 1990 wurde sowohl den Hochschulen als auch den Fakultäten der Status unabhängiger juristischer Personen zuerkannt. Dies führte zu Konflikten zwischen Hochschulleitung und Fakultäten. Das neue Gesetz von 1998 entzog den Fakultäten diesen Status, zeigte aber gleichwohl auf, in welchen Bereichen Stimmrechte ausgeübt werden können.

<sup>692</sup> Neave (2003): S.15-37 und Worgan (1995): S.246.

- Hochschulräte wurden mit dem Ziel einer 'Öffnung' der Hochschulen gegenüber gesellschaftlichen und kommerziellen Interessen eingeführt.
- Das Ministerium wurde beauftragt, eine langfristige strategische Planung für das Hochschulwesen zu betreiben. Auch die einzelnen Hochschulen wurden dazu verpflichtet, so dass ihre Entwicklungspläne als Grundlage für das Ministerium dienen können.

### 16.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

Seit dem Hochschulgesetz von 1998 lassen sich zwei Hochschularten in der Tschechischen Republik unterscheiden: Universitäten und nicht-universitäre Hochschulen.<sup>693</sup> Zudem gibt es Einrichtungen in privater und staatlicher Trägerschaft. Die Tschechische Republik hat 24 Universitäten (*vysokých škol*) in staatlicher Trägerschaft (ohne die drei Militäruniversitäten und eine Polizeihochschule). 2003 gab es 27 staatlich anerkannte private Hochschulen, dabei handelt es sich durchweg um nicht-universitäre Hochschulen.

Obwohl die Zahl der staatlich anerkannten Privathochschulen in den letzten Jahren stark angestiegen ist (1999: 9), bleibt der Anteil der Studierenden in diesem Sektor relativ klein bei 5%. Gleichwohl wird erwartet, dass dieser Bereich zukünftig an Größe und damit auch an Bedeutung für den tschechischen Hochschulsektor gewinnen wird.

Nicht-universitäre Hochschulen bieten Bachelor-Studiengänge und berufliche Ausbildungsgänge an. Bei 56% der Studiengänge in diesem Sektor liegt der Fokus auf dem Wirtschaftsbereich.

Unter den öffentlichen Universitäten gibt es 15 Volluniversitäten; die Karls-Universität in Prag ist die größte. Fast 40% der Studierenden besuchen eine Hochschule in der Hauptstadt (Tendenz leicht abnehmend).

Obwohl öffentliche Forschung mittlerweile wieder an den Hochschulen angesiedelt ist, spielt die Akademie der Wissenschaften – gewissermaßen ein Überbleibsel des sowjetischen Hochschulsystems – weiterhin eine bedeutende Rolle im Forschungsbereich. Sie verfügt über 60 Einrichtungen in der Tschechischen Republik.<sup>694</sup>

Die Studierendenzahl im tschechischen Hochschulsystem beträgt 245.000 (2001, VZÄ).<sup>695</sup> Trotz eines starken Anstiegs der Studierendenzahl zwischen 1995 und 2001 um 54% erreicht das Land nur eine im OECD-Vergleich unterdurchschnittliche Studienanfängerquote von 30%.<sup>696</sup> Im OECD-Ländervergleich liegen die Ausgaben pro Student/in mit 5.431 US\$ (2000, kaufkraftbereinigt) deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 9.571 US\$.<sup>697</sup>

### 16.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Zulassungsbedingung für ein Hochschulstudium ist das Zeugnis der Hochschulreife (*maturita vysvědčení*), das am Ende der Sekundarschule erworben wird. Die Mehrheit der Hochschulen regeln die Zahl der Studierenden aber durch Aufnahmeprüfungen, die eine Selektion der geeignetsten Kandidaten erlauben. Es gibt keine allgemeinen Zulassungsbeschränkungen. Die Zahl der staatlich finanzierten Studienplätze wird allerdings zwischen dem Staat und den einzelnen

---

<sup>693</sup> Beneš et al. (2003) und Ministry of Education, Youth and Sport (2001).

<sup>694</sup> Vgl. <http://www.cas.cz/>

<sup>695</sup> OECD (2003).

<sup>696</sup> OECD/ISCED-Klassifikation 5A. Für Studiengänge mit der Klassifikation 5B liegt die Studienanfängerquote bei 7%.

<sup>697</sup> OECD (2003).



Hochschulen ausgehandelt. Eine Überschreitung der festgelegten Studierendenzahl bedeutet folglich für die Hochschulen eine Senkung der Pro-Kopf-Finanzierung.

Die Nachfrage nach Studienplätzen ist sehr hoch. Nur etwa 50 Prozent aller Bewerber bekommen einen Platz.<sup>698</sup> Die Hochschulen haben zusätzlich die Möglichkeit, Studierende für kostenpflichtige Kurse im Bereich lebenslangen Lernens aufzunehmen. Prüfungen aus solchen Kursen können als Teilleistung für ein Hochschulstudium nachträglich anerkannt werden.

Das tschechische Hochschulwesen kennt seit 1990 die zweistufige Studienstruktur BA/MA. Mehr als zwei Drittel der Studierenden gehen in einen Masterstudiengang über (2001/02).<sup>699</sup> Die Regierung formulierte im Regierungsentwurf für das Hochschulwesen 2001 das Ziel, den Anteil der Hochschulabsolventen, der die Hochschule mit einem Bachelor-Abschluss verlässt, auf 50% zu steigern.<sup>700</sup>

## 16.2 Finanzierungsmethoden

Staatliche Hochschulen erhalten im Durchschnitt 75% ihres Haushalts über institutionelle Finanzierung der öffentlichen Hand.<sup>701</sup> Der Hauptanteil des gesamten staatlichen Zuschusses (58%) wird über eine formelgebundene Zuweisung verteilt, die v.a. an der Zahl der Studierenden orientiert ist (Abbildung 16.1).<sup>702</sup>

**Abbildung 16.1: Komponenten staatlicher Hochschulfinanzierung in der Tschechischen Republik 2002**

Aufgabenbereich		Mio. €	Anteil an der Zuweisung für laufende Mittel	Anteil am Gesamtzuschuss
Lehre	Formel	290	58%	51%
	zweckgebundene Projektmittel	80	16%	14%
	Formel	40	8%	7%
	zweckgebundene Projektmittel	46	9%	8%
Forschung	Forschungszentren	13	3%	2%
	Aufgabenspezifisch	34	7%	6%
Zwischensumme		504	100%	89%
Investition		64		11%
Insgesamt		568		100%

### 16.2.1 Finanzierung der Lehre

Seit Anfang der 1990er Jahre wird der größte Anteil des staatlichen Zuschusses über eine Formel verteilt, die die Zahl der Studierenden mit einer fachbereichsspezifischen Gewichtung multipliziert.<sup>703</sup> Die Gewichtung der Fachbereiche erkennt den jeweils unterschiedlichen Ausstattungsbedarf an. Es gibt sechs Preiskluster mit Gewichtungskoeffizienten zwischen 1 und 3,5. Studierende innerhalb der Regelstudienzeit werden voll gezählt und die jenseits der Regel-

<sup>698</sup> Eurydice (2002): Kapitel 6.3.

<sup>699</sup> Beneš et al. (2003): S.48.

<sup>700</sup> Ministry of Education, Youth and Sport (2001).

<sup>701</sup> Persönliches Gespräch: J. Beneš, Bildungsministerium, Prag, 14.07.2003.

<sup>702</sup> 1 CZK = 0,032 €

<sup>703</sup> Eurydice (2002): Kapitel 2.14.5.1.

studienzeit zur Hälfte. Etwa 51% des gesamten staatlichen Zuschusses werden über diese Methode verteilt (siehe Abbildung 16.1).<sup>704</sup>

Jährlich findet eine Verhandlung zwischen Ministerium und Hochschulen zur Festlegung der maximalen Zahl der staatlich finanzierten Studienplätze statt. Dieser Aushandlungsprozess wurde von den Hochschulen initiiert, die dadurch einer durch Wettbewerb verursachten unkontrollierten Steigerung der Studierendenzahlen entgegenwirken wollten. Vor der Einführung der Festlegung von Höchstzahlen konkurrierten die Hochschulen um ihren Anteil an den Finanzmitteln durch Steigerung ihrer Zulassungszahlen und verursachten damit die reale Absenkung der Finanzierung pro Student/in.

Ein weiterer Anteil des Budgets wird an die Durchführung von Projekten im Lehrbereich gebunden; er macht etwa 14% des gesamten staatlichen Zuschusses aus. Die Zuweisungen unterstützen:

- Sonderinitiativen in der Lehre, z.B. Förderung von BA-Studiengängen, die in Kooperation verschiedener Institutionen angeboten werden, Initiativen zur Steigerung der Doktorandenanzahl, Initiativen zum lebenslangen Lernen.
- Projekte, die vom sog. Hochschulentwicklungsfonds finanziert werden. Der Fonds wird in Zusammenarbeit zwischen Bildungsministerium und dem Rat der Hochschulen koordiniert und finanziert Projekte mit thematischen Schwerpunkten.

## 16.2.2 Finanzierung der Forschung

Forschung wurde unter dem sozialistischen System aus den Universitäten fast vollständig ausgegliedert und fand in der Akademie der Wissenschaften statt. Seit Anfang der 1990er Jahre verfolgt der Staat die Strategie, die Forschung in den Universitäten wieder auszubauen. Die Universitäten und die Institute der Akademie der Wissenschaften sollen bei Forschungsprojekten und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses kooperieren.

Die Universitäten bekommen einen Teil ihrer Mittel zur Finanzierung von studiengangsnahen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Die Verteilung der Mittel liegt in den Händen des Rats für Forschung und Entwicklung. Der Rat wendet eine Formel an, die Drittmitteleinkünfte, das Verhältnis der Professoren zur Gesamtzahl des wissenschaftlichen Personals und das Verhältnis der Absolventen von Master- und Promotionsstudiengängen zur Gesamtzahl der Studierenden an der Hochschule berücksichtigt. Diese Mittel machen etwa 7% des Gesamtzuschusses aus (s. Abbildung 16.1).

Seit 1998 können sich die Universitäten um zusätzliche Mittel für Forschungsvorhaben bewerben. Dabei gibt es keine vom Staat vorgegebenen Themenbereiche. Die vorgeschlagenen Forschungsvorhaben werden von Gutachtern beurteilt. Eine Gutachterkommission, die i.d.R. aus zwei tschechischen und zwei ausländischen Gutachtern besteht, entscheidet für oder wider die Finanzierung des Forschungsvorhabens. Der dem Hochschulsektor zur Verfügung stehende Gesamtfinanzierungstopf für solche Forschungsvorhaben beträgt etwa 8% des Gesamtzuschusses. Eine weitere Komponente der Forschungsförderung betrifft spezifische Programme, die im gemeinsamen Auftrag des Bildungsministeriums und des Rats für Forschung und Entwicklung durchgeführt werden. Diese Komponente verwendet ein Antragsverfahren und trägt 6% zum Gesamtzuschuss bei.

---

<sup>704</sup> Šebková / Beneš (2002).

Ende der 1990er Jahre wurde ein neuer Fonds eingeführt, um die Etablierung von Forschungszentren zu fördern, die die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und v.a. den Instituten der Akademie der Wissenschaften institutionalisieren. Sein Anteil am Gesamtzuschuss beträgt 2%.

Insgesamt betrachtet finanziert der Staat Forschungsleistung wie Lehrleistung im wesentlichen über Nachfragegrößen. Die angewendete Formel richtet sich im Falle der Lehre auf die Nachfrage der Studierenden und im Falle der Forschung auf Drittmittel von Industrie und dem Staat (begutachtete Forschungsvorhaben).

### 16.2.3 Studiengebühren und Studienförderung

Hochschulen dürfen von Studierenden, die einen staatlich finanzierten Studienplatz haben (s.o.), grundsätzlich keine Studiengebühren verlangen. Gleiches gilt für ausländische Studierende, die an Studiengängen in tschechischer Sprache teilnehmen. Langzeitstudierende oder ausländische Studierende von z.B. englischsprachigen Studiengängen sind dagegen ebenso gebührenpflichtig wie Studierende, die keinen staatlich finanzierten Studienplatz bekommen haben. Für letztere Gruppe gilt das gleiche wie für Studierende im privaten Hochschulsektor: Die Hochschulen können die Höhe der Gebühren selbst festlegen.

Langzeitstudiengebühren können von staatlichen Hochschulen verlangt werden, wenn Studierende ihr Studium nicht innerhalb der Regelstudienzeit absolvieren. Die Höhe dieser Gebühren wird vom Staat festgelegt.

Auch die staatlichen Hochschulen können Nutzungs- oder Dienstleistungsgebühren, z.B. für Aufnahmeprüfungen oder die Benutzung der Bibliothek, verlangen. Im Jahr 2002 kostete die Aufnahmeprüfung etwa 20 €.<sup>705</sup>

Bislang existiert kein Programm der Studienförderung. In besonderen Situationen haben Studierende jedoch die Möglichkeit, Stipendien über ihre Hochschulen zu erwerben.

## 16.3 Verfahren der Qualitätssicherung

Das System der Sicherung von Qualität im tschechischen Hochschulwesen besteht aus drei Verfahren. Es gilt für alle Hochschulen in gleicher Weise:

- externe Akkreditierung von Institutionen und Studiengängen
- interne Sicherung von Qualität auf institutioneller Ebene
- externe Bewertung von Qualität auf Fachbereichsebene

Hauptakteur bei der Qualitätssicherung ist die Akkreditierungskommission (*Akreditační komise*), die Anfang der 1990er Jahre auf staatliche Initiative hin eingerichtet wurde. Die Rolle der Kommission wurde im Hochschulgesetz von 1998 erweitert. So führt sie nicht nur die Akkreditierung von Institutionen und Studiengängen durch, sondern ist auch für die Bewertung der hochschulinternen Qualitätssicherungssysteme sowie für die Beratung des Ministeriums hinsichtlich allgemeinerer Themen zuständig.<sup>706</sup>

Als flankierende Maßnahme sind die Hochschulen seit 1998 verpflichtet, jährliche Tätigkeitsberichte zu veröffentlichen und Berichte zu langfristiger strategischer Planung zu erstellen, die vom Ministerium abgenommen werden.

<sup>705</sup> Eurydice (2002): Kapitel 2.14.5.1.

<sup>706</sup> Accreditation Commission (2002): Art. 1.

Das Bildungsministerium sieht die Aufgabe des Qualitätssicherungssystems in der Beseitigung von Schwächen und der Unterstützung von Initiativen zur Qualitätsverbesserung.<sup>707</sup> In diesem Kontext argumentiert das Ministerium gegen eine direkte Kopplung von Mittelzuweisungen an die Ergebnisse von Evaluationen.<sup>708</sup>

### 16.3.1 Akkreditierung von Studiengängen

Das Akkreditierungsverfahren<sup>709</sup> wird von der Akkreditierungskommission organisiert und koordiniert. Alle Hochschulen sind verpflichtet, ihre Studiengänge, Doktorandenprogramme, Habilitations- und Berufungsverfahren akkreditieren zu lassen. Die Kosten des Verfahrens werden vom Staat getragen.

Neue Bildungsinstitutionen, die eine staatliche Anerkennung als Universität oder nicht-universitäre Hochschule anstreben, müssen zunächst einzelne Programme akkreditieren lassen.

#### Ziele

Die Hochschulgesetze von 1990 und 1998 haben den Hochschulen eine seit 50 Jahren nicht mehr gekannte Autonomie verliehen. Damit es nicht zu einer Absenkung akademischer Standards kommt, wurde die externe Akkreditierung als staatlicher Kontrollmechanismus eingeführt.<sup>710</sup> Das Verfahren soll Mindeststandards für Studiengänge im Hochschulwesen unabhängig vom Studienort sichern. Die Akkreditierung ist Voraussetzung für das Anbieten eines Studiengangs, das Abnehmen von Prüfungen sowie das Verleihen von akademischen Titeln.<sup>711</sup> Eine Akkreditierung ist doppelt so lang gültig, wie der akkreditierte Studiengang dauert. Das heißt, dass nach ca. 8 bis 10 Jahren eine Re-Akkreditierung erforderlich ist.

Hochschulen können auch Anträge für die Akkreditierung von Studiengängen einreichen, die in Kooperation mit anderen nicht-hochschulischen Bildungsinstitutionen angeboten werden. Dadurch soll unter anderem erreicht werden, dass die Akademie der Wissenschaften, die traditionell nicht an Hochschulen angegliedert war, an Graduiertenprogrammen teilnimmt.

#### Gegenstand und Kriterien

Studiengänge und ihre institutionelle Einbettung sind die Gegenstände des Akkreditierungsverfahrens. Laut Hochschulgesetz müssen Studiengänge im Hinblick auf Ziele, Inhalt, Dauer und Abschlussqualifikation detailliert beschrieben werden.<sup>712</sup> Zudem müssen die personellen und technischen Ausstattungen sowie die notwendigen Ressourcen angegeben und die Zahl der zu erwartenden Studierenden geschätzt werden.<sup>713</sup> Ein vom Bildungsministerium regelmäßig erlassenes Dekret legt fest, was der Akkreditierungsantrag zu beinhalten hat. Aktuell werden folgende Informationen im Detail verlangt:<sup>714</sup>

- Die Bedingungen für die Zulassung zum Programm und die Methoden der Bewertung der Erfolge im Studium

---

<sup>707</sup> Ministry of Education, Youth and Sport (2001): S.16-17.

<sup>708</sup> Ebd.

<sup>709</sup> Für diesen und die folgenden Abschnitte: Vgl. Accreditation Commission (2003).

<sup>710</sup> Für manche Kommentatoren geht die externe Kontrolle nicht weit genug, da die Mitglieder der Akkreditierungskommission mehrheitlich einheimische Wissenschaftler sind. Tucker (2000): hier S.97.

<sup>711</sup> Hochschulgesetz 1998, §78.

<sup>712</sup> Ebd., §44(2).

<sup>713</sup> Ebd., §79(1).

<sup>714</sup> Ministry of Education, Youth and Sport (1999).

- Hintergrundinformationen über die Lehrkräfte: ihre Forschungsaktivitäten der letzten fünf Jahre, ihre wichtigsten akademischen Verdienste, Tätigkeiten im Ausland
- Die Kosten des Studienprogramms (private Hochschulen müssen zusätzlich angeben, wie hoch die Studiengebühren sein müssen, um diese Kosten zu decken)
- Die Übereinstimmung der Ziele des Studienprogramms mit den Zielen der Gesamteinstitution
- Eine Rechtfertigung für das Angebot des Programms im Hinblick auf gesellschaftliche und privatwirtschaftliche Nachfrage

### Organisation und Gestaltung

Die erfolgreiche Akkreditierung von Studiengängen hängt sowohl vom studiengangsspezifischen Antrag auf Akkreditierung als auch von der Selbstbewertung des internen Qualitätssicherungssystems (siehe Kapitel 16.3.2) ab. Eine positive Bewertung des internen Qualitätssicherungssystems ist die Vorbedingung für die positive Akkreditierung eines Studienprogramms.

Eine Hochschule reicht der Akkreditierungskommission ihren Antrag ein. Auf der Basis des Antrags empfiehlt die Akkreditierungskommission dem Bildungsministerium die Verleihung oder Ablehnung der Akkreditierung. Das Bildungsministerium ist gesetzlich verpflichtet, einen Antrag abzulehnen, wenn die Akkreditierungskommission ein negatives Urteil fällt. Ein positives Urteil der Akkreditierungskommission kann vom Ministerium nur dann ablehnt werden, wenn eine Verfahrensverletzung vorliegt.

Die Akkreditierungskommission besteht aus 21 Mitgliedern, die eine Amtszeit von jeweils sechs Jahren haben. Die derzeitigen Mitglieder der Kommission kommen mehrheitlich aus tschechischen Hochschulen (18), drei sind Wissenschaftler aus dem europäischen Ausland. Die Mitglieder sind sowohl für die Beurteilung von Akkreditierungsersuchen wie auch für die Bewertung der Fachbereiche im Parallelverfahren (siehe 16.3.3) verantwortlich. Für beide Vorgänge werden Arbeitsgruppen gebildet, die im ersten Fall permanent sind und im zweiten Fall nur für die Dauer der externen Bewertung bestehen.

Die Mitglieder der Akkreditierungskommission werden dem Bildungsministerium von den Hochschulektoren vorgeschlagen. Sie müssen anerkannte Experten in ihrem jeweiligen Fachgebiet sein. Tschechische Rektoren, Hochschulpräsidenten oder Hochschuldekane kommen für eine Mitgliedschaft nicht in Frage.

Falls ein Antrag auf Akkreditierung als mangelhaft beurteilt wird, ist eine Überarbeitung des Antrags zulässig. Wird ein Antrag endgültig abgelehnt, kann das Bildungsministerium die Aufnahme von Studierenden für diesen Studiengang verbieten. Im Falle einer vorübergehenden oder endgültigen Entziehung der Akkreditierung dürfen die Hochschulen in diesem Studiengang nicht länger unterrichten und sind verpflichtet, einen vergleichbaren Studiengang für die Studierenden zu finden.

### 16.3.2 Interne Qualitätssicherung auf institutioneller Ebene

Grundstein des Systems der Qualitätssicherung in der Tschechischen Republik ist die interne Evaluation, auf die sich auch die externe Akkreditierung von neuen Studienprogrammen stützt. Das Hochschulgesetz schreibt den Hochschulen eine regelmäßige Bewertung ihrer Aktivitäten vor, ohne jedoch festzulegen, wie dabei vorzugehen sei.<sup>715</sup>

<sup>715</sup> Hochschulgesetz 1998, §21(f).

Das aktuelle Hochschulgesetz verpflichtet die einzelnen Hochschulen, jährlich einen Tätigkeitsbericht auszuarbeiten, der dem Ministerium unterbreitet und schließlich in Druckform veröffentlicht werden muss. Dieser Bericht soll u.a. auch die Ergebnisse der Qualitätsbewertung der jeweiligen Hochschule beinhalten.<sup>716</sup>

### **16.3.3 Externe Qualitätssicherung auf Fachbereichsebene**

Im Hochschulgesetz 1998 wurde festgelegt, dass die Akkreditierungskommission für die externe Bewertung von Hochschulen verantwortlich ist.<sup>717</sup> Damit kann die Kommission eine Initiative weiterführen, die sie seit ihrem Bestehen ausgeübt hat. Seit 1990 sind etwa Dreiviertel aller Fachbereiche im tschechischen Hochschulsektor evaluiert worden.<sup>718</sup>

Die Teilnahme an den externen Bewertungsverfahren ist verpflichtend. Bisher hat sich kein regelmäßiger Turnus etabliert. Die Bewertungsrunden gehen auf Einzelinitiativen der Kommission zurück.

#### **Ziele**

Bei der externen Bewertung handelt es sich um ein verbesserungsorientiertes Verfahren, das die Aufgabe hat, Institutionen über ihre Stärken und Schwächen aufzuklären. Dabei soll ihnen genügend Zeit eingeräumt werden, um ihre Schwächen zu beseitigen, bevor eine Entscheidung über etwaige Sanktionen gefällt wird.<sup>719</sup> Die Ergebnisse der externen Bewertung werden im Jahresbericht der Akkreditierungskommission veröffentlicht.

Das Verfahren verfolgt fünf spezifische Ziele.<sup>720</sup>

1. Die Entwicklung eines Rahmens, innerhalb dessen ein Vergleich zwischen Fachbereichen an verschiedenen Standorten möglich ist.
2. Den Aufbau einer Datenbank über die Ziele und Aktivitäten verschiedener Fakultäten und einzelner Wissenschaftler im Hochschulbereich.
3. Eine Einsicht in die langfristigen Struktur- und Entwicklungspläne der Hochschulen.
4. Aufklärung der Hochschulen über Möglichkeiten zur Beseitigung von Schwächen sowie zum Aufbau von Stärken.
5. Die Verwendung der Ergebnisse aus dem Bewertungsverfahren, um Fakultäten anzuregen, ihre Aktivitäten – insbesondere in Lehre und Forschung – zu verbessern.

#### **Gegenstand und Kriterien**

Gegenstand des Verfahrens sind die Fachbereiche. Auf den gesamtinstitutionellen Kontext wird jedoch auch Bezug genommen. Die Hochschulen müssen einen Selbstbewertungsbericht erstellen, der mindestens die folgenden sechs Aspekte umfasst:

1. Die allgemeinen Charakteristika der Fakultät – Ziele und Strategien
2. Die organisatorische Struktur der Fakultät und ihrer Lehrkörper
3. Die bestehende Ausstattung der Räume usw.
4. Budget und Ausgaben für Stipendien, Studentenheime, Mensa u.a.

---

<sup>716</sup> Hochschulgesetz, 1998, §21, Abs.2, b.

<sup>717</sup> Ebd., §184(a).

<sup>718</sup> Beneš / Šebková (2001): S.36.

<sup>719</sup> Ebd.

<sup>720</sup> Ebd.

5. Studiengänge – Struktur, Inhalt, Zulassungsbedingungen und Personalressourcen
6. Forschungs- und Transferaktivitäten – internationale Zusammenarbeit, Veröffentlichungen, Drittmittelprojekte usw.

Die Kommission bildet für das Bewertungsverfahren fachspezifische Arbeitsgruppen.

### Organisation und Gestaltung

Das Verfahren wird immer fachbezogen durchgeführt. Es baut auf den Selbstbewertungen der einzelnen Hochschulen auf, die von einer Arbeitsgruppe der Akkreditierungskommission extern bewertet werden. Eine neue Bewertungsrunde beginnt immer auf Initiative der Kommission. Für jede fachspezifische Runde wird aus den Mitgliedern der Kommission eine Arbeitsgruppe gebildet. Die betroffenen Hochschulen werden über die bevorstehende Bewertung informiert und um einen Selbstbewertungsbericht gebeten. Im nächsten Schritt vergleicht die Gutachtergruppe den Bericht bei einer Vor-Ort-Begehung mit der Realität und erstellt daraufhin selbst einen Bericht. Dieser wird mit der untersuchten Hochschule diskutiert; Stellungnahmen der Hochschule werden in den Bericht aufgenommen. Im letzten Arbeitsschritt fasst die Gutachtergruppe einen umfassenden Bericht, der die Bewertung aller relevanten Fachbereiche enthält.

Bislang liegt die Entscheidung über Konsequenzen aus der Bewertung in den Händen der untersuchten Hochschulen, die dabei nicht, wie in manch anderen Hochschulsystemen üblich, zur späteren Berichterstattung verpflichtet sind. Der Ausgang der Bewertung spielt gleichwohl eine entscheidende Rolle beim Akkreditierungsverfahren.

## 16.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung

Im tschechischen Hochschulwesen werden die Hochschulen maßgeblich (ca. 50% des staatlichen Zuschusses) nach der Studierendenzahl (in der Regelstudienzeit) finanziert. Diese Methode wurde schon Anfang der 1990er Jahre als leistungsorientiertes Mittelverteilungsmodell eingeführt und machte damals einen noch größeren Anteil des Budgets aus. Gleichzeitig wurde den Hochschulen eine seit 50 Jahren unbekannte Autonomie verliehen. So wurde die Akkreditierungskommission eingesetzt, um Mindeststandards beim Lehrangebot der Hochschulen zu sichern. Ein Anreiz zur Aufnahme einer kapazitätssprengenden Anzahl von Studierenden ist im tschechischen Mittelverteilungsmodell prinzipiell angelegt, denn die Hochschulen konkurrierten um ein stark von der Studierendenzahl abhängiger Budget. Dieses Problem wurde dadurch abgemildert, dass der Staat und die einzelnen Hochschulen Vereinbarungen über die Zahl der aufzunehmenden Studierenden treffen.

Seitens der Hochschulpolitik wurde das starke Gewicht von Formelementen in der Hochschulfinanzierung bemängelt, da dadurch die Möglichkeiten der Durchsetzung einer aktiven Hochschulpolitik einschränkt werden. So wurde der Anteil des Budgets aufgestockt, über den Projektmittel verteilt werden.<sup>721</sup> Gleichzeitig wurden die Hochschulen verpflichtet, strategische Entwicklungspläne zu erstellen, die auch als Entscheidungsgrundlage für die projektbezogene Finanzierung dienen können. Die Ausweitung des Auftrags der Akkreditierungskommission, auch Qualitätsbewertung auf Fachbereichsebene durchzuführen, dient zugleich dem Bildungsministerium als Informationsgrundlage für die Erstellung eines nationalen Entwicklungsplans und der einzelnen Hochschule bei der Erstellung ihrer eigenen strategischen Entwicklungspläne. Die Qualitätsbewertung wird darüber hinaus auch als Bestandteil des Akkreditierungsverfahrens genutzt.<sup>722</sup>

<sup>721</sup> Šebková / Beneš (2002): S.6.

<sup>722</sup> In der Praxis werden die Verfahren der Qualitätssicherung für ihre Überbetonung der Kontrollfunktion kritisiert. Tomusk (2001).





## 17 Ungarn

### 17.1 Hochschulsystem

#### 17.1.1 Hochschulpolitisches Umfeld

Im Vergleich zu den anderen ehemals sozialistischen Ländern lässt sich das ungarische Hochschulsystem schon länger als liberal bezeichnen: Seit 1985 wurden die Studierenden an hochschulinternen Fragen beteiligt, und die akademische Selbstverwaltung musste nicht, wie in der Tschechischen Republik, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus neu eingeführt werden.<sup>723</sup> Hauptprobleme in der Wissenschaftspolitik im zurückliegenden Jahrzehnt waren u.a. die Vielzahl von kleinen Hochschulen auf Regionalebene, die niedrige Zahl der Erstsemester und die Knappheit der öffentlichen Kassen. Diese Probleme sind z.T. Hinterlassenschaften des sowjetischen Hochschulsystems.<sup>724</sup> Eine Neustrukturierung des Hochschulsystems wurde im Verbund mit einer vergrößerten Handlungsautonomie für die Hochschulen eingeleitet.

Für die staatlichen Hochschulen in Ungarn ist das Ministerium für Bildung (*Oktatási Minisztérium*) zuständig.<sup>725</sup> Die wichtigsten Akteure im ungarischen Hochschulwesen sind neben dem Bildungsministerium die 1993 gegründete Akkreditierungskommission (*Magyar Akkreditációs Bizottság*; HAC)<sup>726</sup> und der ebenfalls 1993 ins Leben gerufene Hochschulbildungs- und Forschungsrat (*Felsőoktatási és Tudományos Tanács*; FTT). Während sich die Akkreditierungskommission mit Fragen der Qualitätssicherung befasst, liegt der Fokus des Hochschulbildungsrats in erster Linie auf Fragen zur Entwicklung der Studierendenzahlen sowie der angemessenen Budgetierung der Hochschulen, zu denen er regelmäßig Stellung nehmen muss. Die Hochschulen werden gemeinsam durch die Konföderation der ungarischen Hochschulkonferenzen (*Magyar Felsőoktatási Konferenciák Szövetsége*; FKSZ) vertreten. Wie die Tschechische Republik hat auch Ungarn ein Forschungsinstitut für Bildungsfragen, das öffentlich getragen wird (*Oktatáskutató Intézet*; OI).

Das geltende Hochschulgesetz wurde im Jahr 1993 verabschiedet und bisher zweimal, 1996 und 2000, novelliert. Unter anderem führte das Gesetz von 1993 folgende Veränderungen herbei:

- Alle Hochschulen wurden dem Bildungsministerium unterstellt und nicht mehr den jeweiligen Staatsministerien zugeordnet.
- Die Hochschulen wurden gemäß der Definition im Gesetz in Universitäten und "Colleges" eingeteilt. Die Rechte der Hochschulen in privater oder kirchlicher Trägerschaft wurden definiert.
- Die Hochschulen wurden verpflichtet, sämtliche Studiengänge von der Akkreditierungskommission akkreditieren zu lassen.
- Eine leistungsorientierte Finanzierung auf der Basis von Studierendenzahlen wurde eingeführt.

Die zwei Novellierungen bezogen sich hauptsächlich auf Möglichkeiten und Rechtsformen der Fusion der vielen kleinen Hochschuleinrichtungen zu größeren Universitäten.

<sup>723</sup> De Boer / Goedegebuure (2003): S.220-21.

<sup>724</sup> Vgl. Bessenyei et al. und Tomusk (1998).

<sup>725</sup> Für diesen Abschnitt: Vgl. Ministry of Education (2002a) und Csepes et al. (2003).

<sup>726</sup> Die englische Übersetzung dieses Namens lautet "Higher Education Accreditation Committee" (HAC). Unter dieser Bezeichnung ist die Akkreditierungskommission international bekannt; auch die englischen Berichte dieses Gremiums tragen diesen Namen.

Im letzten Jahrzehnt haben sich die jeweiligen Regierungen in ihren Versuchen zur Neustrukturierung recht experimentierfreudig gezeigt. Im Jahr 1996 wurden aus Gründen der Finanzknappheit Studiengebühren eingeführt, die jedoch zwei Jahre später von der neuen Regierung wieder abgeschafft wurden. Ende der 90er Jahre wurde ein System der leistungsabhängigen Vergütung für das Hochschulpersonal eingeführt, zudem wurden Tausende von Hochschulangestellten entlassen.<sup>727</sup>

Bis zum Jahr 2002 bezog die ungarische Regierung ein Darlehen von der Weltbank zur Reform des Hochschulwesens.

### 17.1.2 Umfang und Struktur des Hochschulsystems

In Ungarn gibt es staatliche und nicht-staatliche Hochschulen, die entweder als Universitäten oder Colleges zu klassifizieren sind. Die Colleges haben einen berufsnahe Auftrag; sie bieten hauptsächlich Bachelor-Studiengänge an. An den Universitäten finden längere Studienprogramme statt, die i.d.R. mit einem Master-Abschluss enden. Die Colleges sind lehrzentriert, während bei den Universitäten die Forschungsorientierung gefördert werden soll. Anfang der 90er Jahre zeichnete sich der ungarische Hochschulsektor durch seine hohe Zahl an kleinen Hochschulen aus.<sup>728</sup> Seit 1997 wurden Initiativen ergriffen, um Fusionen zwischen Hochschulen voranzutreiben. Im Jahr 2003 gab es in Ungarn noch 65 Hochschulen,<sup>729</sup> davon 17 Universitäten in öffentlicher und fünf in kirchlicher Trägerschaft. Der Anteil der Studierenden in den neun staatlich anerkannten privaten Hochschulen beträgt 13%. Mehr als 50% der Studierenden besuchen eine Hochschule in der Hauptstadt Budapest.<sup>730</sup>

2001 gab es in Ungarn rund 330.000 Studierende.<sup>731</sup> Die Zahl der Studierenden hat sich seit 1989 etwa verdreifacht<sup>732</sup> und nach OECD-Zahlen zwischen 1995 und 2001 fast verdoppelt (+95%). Das Ergebnis dieses Wachstums kommt auch in der im OECD-Vergleich überdurchschnittlichen Studieranfängerquote von 56% zum Ausdruck (OECD-Länderdurchschnitt 47%). Bei der Betrachtung der Studierendenzahlen ist zu berücksichtigen, dass etwa die Hälfte der Studierenden an einem Fern- oder Teilzeitstudium teilnimmt.<sup>733</sup>

Im OECD-Ländervergleich liegen die Ausgaben pro Student/in mit 7.024 US\$ (2000, kaufkraftbereinigt) deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 9.571 US\$.

### 17.1.3 Zulassungssystem und Studienstruktur

Vorbedingung für die Aufnahme eines Studiums im ungarischen Hochschulsystem ist der erfolgreiche Abschluss der Sekundarstufe. Die Zulassung zum Hochschulstudium erfolgt in Ungarn v.a. über hochschulübergreifende fachbezogene Aufnahmeprüfungen. Die Hochschulen bestimmen jedoch individuell die Kriterien für die erfolgreiche Aufnahme in ihre Institution. Üblicherweise werden die Leistungen in der schulischen Abschlussprüfung mit dem Ergebnis der Aufnahmeprüfung zu einer individuellen Punktzahl zusammengerechnet. Die besten Studienbewerber erhalten die kostenfreien Studienplätze (vgl. Kapitel 17.2.2). Im Durchschnitt be-

---

<sup>727</sup> Vgl. Bessenyei (1995).

<sup>728</sup> Bokros / Dethier (1998, Hrsg.): Insbes. S.273.

<sup>729</sup> Csepes et al. (2003): S.62.

<sup>730</sup> Ebd.

<sup>731</sup> <http://www1.oecd.org/scripts/cde/DoQuery.asp>.

<sup>732</sup> Csepes et al. (2003): S.66.

<sup>733</sup> Ministry of Education (2002b): S.250.

wirbt sich ein Studienplatzanwärter bei 2,3 Hochschulen. Das Bildungsministerium will dieses System überarbeiten, weil es zu komplex und nicht transparent genug ist.<sup>734</sup>

Aufgrund der studierendenzahlabhängigen Finanzierung ist die Motivation seitens der Hochschulen groß, möglichst viele Studierende aufzunehmen. Dies hat zu einem Nachlassen bei der hohen Selektivität bei der Zulassung zum Studium geführt.<sup>735</sup>

Bei den privaten Hochschulen gibt es i.d.R. keine Aufnahmeprüfungen, jedoch eine stärkere Auslese während des Studiums.

Die Studienstruktur ist seit dem Gesetz von 1993 auf die Abschlüsse Bachelor und Master ausgerichtet. Die Mehrheit der Studierenden an Colleges erwirbt einen Bachelor-Abschluss und kann nur durch einen Wechsel an eine Universität einen Studiengang mit Master-Abschluss absolvieren. Die Mehrheit der Studierenden an Universitäten schließt ihr Studium mit einem Mastertitel ab.<sup>736</sup>

## 17.2 Finanzierungsmethoden

Die staatlich getragenen Universitäten erhalten im Durchschnitt 60% ihres Budgets über den staatlichen Zuschuss.<sup>737</sup> Die restliche Summe erwirtschaften sie über Studiengebühren und Drittmittel.

### 17.2.1 Institutionelle staatliche Finanzierung

Seit 1996 gibt es in Ungarn ein Modell der Hochschulfinanzierung,<sup>738</sup> das sich stark an der Zahl der Studierenden orientiert. Die Hälfte des staatlichen Zuschusses wird über diesen Leistungsindikator finanziert (vgl. Abbildung 17.1)<sup>739</sup>. Knapp die Hälfte des Zuschusses wird als Basisfinanzierung in Form einer diskretionären Zuweisung an die Hochschulen verteilt. Dafür müssen sich die Hochschulen bewerben. Reine Forschungsmittel machen derzeit explizit 5% des staatlichen Zuschusses aus, der Anteil soll künftig jedoch wachsen.

Die Reform der Finanzierung erfolgt als letzter Schritt in der Gesamtreform des Hochschulsektors. Neue Entwicklungen in diesem Bereich sind im Jahr 2004 zu erwarten, v.a. die Schwerpunktlegung auf die Zahl der Studierenden wird für forschungsorientierte Hochschulen um andere Indikatoren ergänzt.<sup>740</sup>

**Abbildung 17.1: Komponenten staatlicher Hochschulfinanzierung in Ungarn 2003**

Aufgabenbereich		Mio. €	Anteil am gesamten Zuschuss
Lehre	Formel (Zahl der Studierenden)	371	46%
	Formel (Qualitative Komponente)	27	3%
Forschung	Formel	7	1%
	zweckgebundene Projektmittel	31	4%
Basisfinanzierung		380	47%
Insgesamt		816	100%

<sup>734</sup> Ministry of Education (2002b): S.28-29.

<sup>735</sup> Eurydice (2002): Kapitel 2.12.2.

<sup>736</sup> Csepes / Kaiser / Varga (2003): S.61.

<sup>737</sup> Réffy (2003) und HAC (2000a): S.33

<sup>738</sup> Für diesen Abschnitt vgl: Réffy (2003).

<sup>739</sup> 1 Ungarischer Forint = 0,003831 €

<sup>740</sup> Bessenyei (2003).

## Finanzierung der Lehre nach der Zahl der Studierenden

Entsprechend der notwendigen Ausstattung eines Studiengangs in einem bestimmten Fachbereich werden normativ Preise für die Ausbildung eines Studierenden berechnet und die Hochschulen je nach Zahl der von ihnen aufgenommenen Studierenden vergütet. In Hinblick auf dieses Finanzierungsverfahrens wird der Staat vom Hochschulbildungs- und Forschungsrat (FTT) unterstützt. Es gibt vier Preiscluster, die nach Fachbereich und Hochschulart differenzieren:

- Medizin
- Agrar-, Natur- und Musikwissenschaften sowie technische Wissenschaften
- Geisteswissenschaften sowie Kurse an Colleges in den folgenden Fachbereichen: Agrar- und Naturwissenschaften sowie technische Wissenschaften
- Kurse an Colleges in den Wirtschafts- und Geisteswissenschaften sowie Krankenpflege-Ausbildung

Damit der Staat die öffentlichen Ausgaben kontrollieren kann, legt das Bildungsministerium v.a. anhand von Arbeitsmarktprognozen fest, wie viele Studierende an den jeweiligen Hochschulen mit staatlichen Mitteln finanziert werden.

Ein solches System könnte dazu führen, dass durch die Knappheit der öffentlichen Kassen das Wachstum der Bildungsbeteiligung an Hochschulen gehemmt wird. Daher wird den Hochschulen vom Ministerium freigestellt, zusätzliche Studierende aufzunehmen, die allerdings Studiengebühren für ihr Studium zahlen müssen (vgl. Kapitel 17.2.2).

Private Hochschulen haben die Möglichkeit, eine Vereinbarung mit dem Ministerium zu Studierendenzahlen zu schließen und so öffentliche Finanzmittel für einen Teil ihrer Studierenden zu bekommen.

### 17.2.2 Studiengebühren und Studienförderung

Das Erststudium ist für das Hauptkontingent der Studierenden kostenfrei. Studierende, die aufgrund ihrer Leistungen für das kostenfreie Kontingent nicht in Frage kommen, Langzeitstudierende oder Teilnehmer an einem Zweitstudium müssen Studiengebühren bezahlen. Die Höhe der Gebühren wird dem freien Markt überlassen. Einzige Bedingung ist, dass die Gebühren weder die Kosten des Studienangebots übersteigen noch während der Dauer eines Studienverlaufs angehoben werden dürfen.

Der Anteil an Zulassungen für gebührenfinanzierte Studienplätze an der Gesamtzahl der Studienplätze stieg zwischen 1997 und 2001 von 25% auf 48%.<sup>741</sup> Seit der Jahrhundertwende strebt der Staat jedoch die Erhöhung der Zahl der staatlich finanzierten Studienplätze an.<sup>742</sup>

Etwa 80% der Studierenden erhalten Stipendien von ihrer Hochschule, die mit staatlichen Mitteln finanziert werden. Der Wert der Stipendien variiert zwischen etwa 130 € und 650 €, in Abhängigkeit von Leistungsstand der Studierenden.

Im Jahr 2001 wurde zusätzlich ein Darlehensprogramm eingeführt, das alle Studierenden während ihres Studiums in der Regelstudienzeit in Anspruch nehmen können. Studierende können an zehn Monaten im Jahr maximal 21.000 HUF (ca. 90 €) pro Monat an Darlehen in Anspruch nehmen.

---

<sup>741</sup> Bessenyei (2003).

<sup>742</sup> Vossensteyn (2003).

### 17.3 Verfahren der Qualitätssicherung

Zentraler Akteur im ungarischen System der Qualitätssicherung ist das sog. Hochschulakkreditierungskomitee (HAC), das 1993 gegründet wurde.

Wie der Name andeutet, begann das HAC seine Arbeit mit dem Schwerpunkt auf Akkreditierung. Dieses Tätigkeitsfeld wurde jedoch über das letzte Jahrzehnt hinweg sukzessive ausgeweitet. Nach eigenen Angaben erfüllt das HAC aktuell drei Funktionen im ungarischen Hochschulsystem.<sup>743</sup>

- Es beaufsichtigt die Standards in Lehre und Forschung (seit 1993),
- es bewertet die Qualität im Hochschulbereich (seit 1993), und
- es unterstützt die Qualitätssicherung im Hochschulsystem (seit 1996).

Das HAC tritt formell als beratende Instanz auf, die dem Bildungsministerium Empfehlungen gibt. Mit der Verabschiedung des novellierten Hochschulgesetzes im Jahr 2000 wurde der Einfluss des HAC faktisch aber entschieden gestärkt. Das Ministerium darf seitdem nur gegen die Empfehlungen des HAC entscheiden, wenn es dem Komitee Verfahrensfehler nachweisen kann.

Das HAC führt im Wesentlichen zwei Verfahren durch:

- *Akkreditierung von Studiengängen:* Neue Studiengänge müssen vom HAC akkreditiert werden. Dies ist ein einmaliger Vorgang.
- *Institutionelle Akkreditierung:* Zur Sicherung der Qualität von Hochschulleistungen auf institutioneller Ebene müssen sich die Hochschulen mindestens alle acht Jahre extern bewerten lassen. Dieses Verfahren soll künftig stärker auf Empfehlungen zu Leistungsverbesserungen ausgerichtet sein, statt wie bisher den Schwerpunkt auf Kontrolle zu legen.

#### 17.3.1 Akkreditierung von Studiengängen

##### Ziele

Die Akkreditierung von Studiengängen dient v.a. dazu, die Standards in der Lehre einer Überprüfung zu unterziehen. Nach Angaben des Akkreditierungskomitees birgt die Pro-Kopf-Finanzierung im ungarischen Hochschulwesen (Geld folgt den Studierenden) das Risiko in sich, dass Qualitätsanforderungen aufgrund von finanziellen Interessen der Hochschulen unterlaufen werden.<sup>744</sup> Die Akkreditierung schützt das Hochschulsystem insofern vor Tendenzen zur Absenkung von akademischen Standards.

##### Gegenstand und Kriterien

Alle neuen Studiengänge, die eine staatliche Anerkennung anstreben, müssen vom Akkreditierungskomitee HAC einmalig geprüft werden. Bei der Bewertung wird über

- die Übereinstimmung zwischen Niveau des Studiengangs und der abschließenden Qualifikation,
- die Eignung des einzusetzenden Lehrkörpers für das Niveau des Studiengangs,
- die Arbeitsmarktrelevanz des Studiengangs sowie

<sup>743</sup> HAC (2000a): S.13.

<sup>744</sup> Ebd. S.33.

- die Lernumgebung beim Studium

befunden.<sup>745</sup>

### Organisation und Gestaltung

Eine Hochschule stellt einen Antrag auf Akkreditierung eines neuen Studiengangs nach vorgegebenem Muster. Der Antrag wird an das zuständige Fachkomitee im HAC weitergeleitet, das zwei Experten mit der Begutachtung des Antrags beauftragt. Diese Experten teilen dem Fachkomitee ihre Bewertung mit. Das Fachkomitee beschließt anschließend über die endgültige Bewertung und leitet diese an die oberste Entscheidungsinstanz des Akkreditierungskomitees, an das Plenum, weiter. Das Plenum stimmt über die Entscheidung ab und informiert das Bildungsministerium sowie die betroffene Hochschule über das Ergebnis der Akkreditierung.

Das HAC besteht aus 30 stimmberechtigten Mitgliedern, die sich aus 15 Vertretern von Hochschulen, zehn Vertretern von Forschungseinrichtungen und fünf Personen aus Berufsverbänden zusammensetzen. Zusätzlich gibt es sechs nicht stimmberechtigte Mitglieder: Fünf repräsentieren die Fachbereiche, die durch die stimmberechtigten Mitglieder nicht vertreten sind; hinzu kommt ein studentischer Vertreter. Neben dem sog. Plenum gibt es zwei weitere Entscheidungsebenen:

- Die zweite Ebene besteht aus drei Fachkomitees (sog. Fachkollegs), die den Fachbereichen Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften und Technologie sowie Sozialwissenschaften zugeordnet sind. Die Mitglieder der jeweiligen Kollegs sind Mitglieder des Plenums, die sich ihrem jeweiligen Fachbereich zuordnen lassen. Auf dieser Ebene gibt es zwei weitere Komitees: eines für die Akkreditierung von disziplinübergreifenden Studienprogrammen und ein weiteres für die institutionelle Akkreditierung (vgl. Kapitel 17.3.2).
- Für die Durchführung von Akkreditierungsverfahren auf Studiengangebene hat das HAC auf einer dritten Entscheidungsebene 30 Expertenteams einberufen, zu denen auch Mitglieder des HAC gehören. Zurzeit gibt es 328 beteiligte Experten auf dieser Ebene.

Seit 1993 wird das HAC von einem internationalen Rat unterstützt, der aus neun Experten aus den USA und Europa besteht. Diese treten einmal im Jahr zusammen.

Zu allen vier Aspekten der Evaluation von Studiengängen (s.o.) wird ein Urteil entlang einer vierstufigen Skala gefällt, bei dem die höchste Note "sehr gut" und die niedrigste "unzureichend" bedeutet. Mit einer ausführlichen Begründung empfiehlt das Akkreditierungskomitee dem Ministerium entweder die Anerkennung oder Ablehnung des Studiengangs. Nach einem negativen Urteil muss die Hochschule den Studiengang "überarbeiten", bevor sie für ihn erneut die Akkreditierung beantragen kann.

#### 17.3.2 Institutionelle Akkreditierung

Seit 2002 darf keine Hochschule im ungarischen Hochschulwesen ohne eine positive institutionelle Akkreditierung Leistungen anbieten.<sup>746</sup> Mindestens alle acht Jahre müssen sich die Hochschulen extern bewerten lassen. Auch in der Vergangenheit untersuchte das HAC bereits sowohl die Eignung von institutionellen Prozessen zur Sicherung wissenschaftlicher Qualität als auch einzelne Studiengänge in der jeweiligen Hochschule. Seit 2002 werden die beiden Verfahren aber stärker getrennt.<sup>747</sup> Dadurch lässt sich die institutionelle "Akkreditierung" viel stärker

---

<sup>745</sup> HAC (2000b).

<sup>746</sup> Für diesen Abschnitt vgl.: HAC (2002) und HAC (2000a).

<sup>747</sup> Zum Hintergrund dieser Entwicklung siehe: Szanto (2003).

auf eine Förderung von institutioneller Qualität ausrichten, während die Akkreditierung von Studiengängen (vgl. Kapitel 17.3.1) v.a. den Aspekt der Konformität mit minimalen Standards betont.

## **Ziele**

Die Ziele des Verfahrens sind folgende:

- Akkreditierung von Hochschulen als Voraussetzung für deren staatliche Anerkennung
- Die Bereitstellung von Informationen über qualitätsrelevante Aspekte der jeweiligen Hochschulen für Studienbewerber, Studierende und die allgemeine Öffentlichkeit. Diese Informationen sind auch Voraussetzung für die Schaffung von Wettbewerb.
- Rechenschaftslegung

## **Gegenstand und Kriterien**

Das neue Verfahren des HAC besteht aus den folgenden vier Komponenten:

1. Selbstevaluationsberichte mit Stärken-Schwächen-Analysen, einschließlich einer Analyse der Rahmenbedingungen,
2. Vor-Ort-Begehungen und externe Gutachterberichte,
3. Allgemeine und spezifische qualitätsbezogene Daten, die individuelle Hochschulen auf ihren jeweiligen Homepages der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen und
4. Nutzerbefragungen, die von den Hochschulen durchgeführt werden, um die Zufriedenheit der Nutzer zu ermitteln.

Die ersten zwei Komponenten sind konstitutiv für das Verfahren und werden von den anderen zwei erst 2002 neu hinzugekommenen Komponenten flankiert. Im Folgenden wird deshalb nur auf die Punkte 1 und 2 näher eingegangen.

Grundstein der institutionellen Akkreditierung ist der Selbstevaluationsbericht der untersuchten Hochschule. Das HAC schreibt die Evaluationsschwerpunkte und Leistungsindikatoren für den Bericht vor und veröffentlicht sie in einem Akkreditierungsleitfaden, der zurzeit überarbeitet wird. Bewertungskriterien sind u.a.:

- Leitideen und Ziele der Hochschule, der Fakultäten und der Studienprogramme
- Struktur der Studienprogramme
- Studierendenzahl und Erfolgsquote
- Abschlussnoten und Angebot von Praktika
- Prüfungsmethoden
- Zahl und Ausbildung der Hochschullehrer
- Ausstattung
- Forschungsaktivitäten
- Interne Maßnahmen zur Qualitätssicherung

Bislang wurden alle Studienprogramme einer Hochschule im Rahmen dieses Verfahrens erneut re-akkreditiert, und die Akkreditierungsergebnisse flossen in das Gesamturteil über die Hochschule ein. Im neuen Verfahren werden nicht alle Studiengänge untersucht, sondern nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtangebot. Welche Studiengänge untersucht werden, kann von mehreren Faktoren abhängen: Entweder macht die untersuchte Hochschule Vorschläge oder die

externen Gutachter entscheiden sich für einige Studiengänge. Das Urteil über die Studiengänge ist weiterhin relevant für das Gesamturteil der institutionellen Akkreditierung.

### **Organisation und Gestaltung**

Der Selbstevaluationsbericht wird von einem Expertenkomitee angenommen und nach einer dreitägigen Vor-Ort-Begehung anhand der Erkenntnisse aus der sich vor Ort darstellenden Realität bewertet. Die Experten für die externe Begutachtung rekrutieren sich wie bei der Akkreditierung von Studiengängen aus dem HAC-Gutachterpool (s.o.). Der endgültige Gutachterbericht enthält:

- eine Evaluation der Hochschule insgesamt,
- eine Diskussion des hochschulinternen Qualitätssicherungssystems,
- eine detaillierte Evaluation der ausgewählten Studiengänge und
- eine Analyse der Bewertung durch die Hochschulnutzer.

Die Hochschule kann zum Bericht Stellung nehmen, bevor er an das HAC-Plenum weitergeleitet wird. Spätestens 18 Monate nach Beginn des Verfahrens wird der Bericht vom HAC-Plenum verabschiedet und das Urteil dem Bildungsminister mitgeteilt.

Form und Konsequenzen der Bewertung im neuen institutionellen Akkreditierungsverfahren wurden bislang nicht präzisiert. Angenommen wird, dass im Rahmen des neuen Verfahrens verstärkt auch Empfehlungen für die untersuchten Hochschulen formuliert werden sollen. Die Ergebnisse der institutionellen Akkreditierung durch das HAC sind wie folgt zu verdichten:

- eine positive Akkreditierung der Hochschule und aller ihrer Studiengänge
- eine positive Akkreditierung der Hochschule, aber nicht aller ihrer Studiengänge
- eine zeitlich befristete Akkreditierung, während der die Hochschule Auflagen zu erfüllen hat
- eine negative Akkreditierung.

Studierende dürfen in kein Programm bzw. keine Hochschule aufgenommen werden, das/die keine positive Akkreditierung erworben hat.

## **17.4 Verhältnis von Finanzierung und Qualitätssicherung**

Ungarn hat, wie die Tschechische Republik, ein Hochschulsystem aufgebaut, das einerseits eine maßgebliche Finanzierung nach Studierendenzahlen und andererseits eine Akkreditierung sämtlicher Studiengänge und Anbieter beinhaltet.

Neben der staatlichen Finanzierung nach der Studierendenzahl spielen im ungarischen Hochschulsystem Studiengebühren eine große Rolle, da knapp die Hälfte aller Studierenden für ihren Studienplatz selbst aufkommen muss (Tendenz abnehmend). Dabei werden alle Studierenden durch Stipendien und das kürzlich eingeführte Darlehenssystem vom Staat finanziell unterstützt.

So lässt sich das ungarische Hochschulsystem als eines mit einer besonders starken Ausrichtung auf die Nachfrage im Lehrbereich charakterisieren. Das Problem der fehlenden Kapazitäten, das auf knappe öffentliche Finanzierung zurückzuführen ist, wird durch zusätzliche kostenpflichtige Studienplätze gelöst. In einem solchen System sind Informationen über die Leistungen der Hochschulen für die Studierenden von wesentlicher Bedeutung. Daraus erklärt sich vielleicht die aktuelle Dynamik im Qualitätssicherungssystem.



Die Hochschulen ihrerseits benötigen in diesem System bessere Informationen über potentielle Studierende, denn deren Fähigkeiten beeinflussen auch die Qualität der Leistungen einer Hochschule in der Lehre (z.B. die Zahl der erfolgreichen Absolventen). Die Kehrseite eines solchen Systems mit starkem Fokus auf dem Lehrbetrieb ist die potentielle Vernachlässigung der Forschungsaufgabe, die in den meisten Komponenten des Steuerungssystems nicht berücksichtigt wird.



## 18 Synopse der Verfahren der Hochschulsteuerung durch leistungsorientierte Finanzausweisung und Qualitätssicherung

In diesem Kapitel geht es darum, einige der im Rahmen der einzelnen Länderberichte getroffenen Feststellungen zu synthetisieren und schlaglichtartig zu diskutieren. Zunächst sollen die Finanzierungsverfahren genauer betrachtet werden; dabei wird besonderes Gewicht auf die leistungsbezogenen Anteile der Mittelzuweisungsmodelle gelegt. Im Anschluss daran folgen einige Anmerkungen zum Verhältnis von Finanzausweisungs- und Qualitätssicherungsverfahren.

### 18.1 Synopse und vergleichende Analyse der Finanzausweisungsverfahren

**Indikatorbasierte Finanzierungsmodelle** sind in allen untersuchten Ländern zu finden und bestimmen mehr oder weniger große Budgetanteile. Abbildung 18.1 verdeutlicht, dass der Anteil der indikatorbasierten Finanzierung in den meisten Ländern mehr als 50% der jeweiligen staatlichen Zuweisung beträgt. Bei diesen Verfahren wird eine deutliche Steuerungswirkung in Hinblick auf die von den Hochschulen zu erbringenden Leistungen unterstellt. Die möglichen Steuerungswirkungen sind unterschiedlich und mehr oder weniger komplex, je nach Auswahl der verwendeten Indikatoren. Der gegenwärtige Diskussionsstand zeigt, dass das Interesse an dieser Art der Finanzausweisung in Deutschland zur Zeit besonders groß ist, so dass eine etwas eingehendere Beschäftigung mit indikatorbasierten Finanzierungsmodellen auch aus dieser Perspektive lohnend ist. Dazu sollen in Kapitel 18.1.1 einige Betrachtungen angestellt werden.

Es gibt unter den untersuchten Ländern keines, in dem die Finanzierung sämtlicher Hochschulen ausschließlich "historisch gewachsen" wäre, d.h. in dem Hochschulhaushalte von Jahr zu Jahr "überrollt" würden. Allerdings gibt es in den Ländern, in denen indikatorgestützte oder Kontraktfinanzierung eingesetzt wird, vielfach noch "historische", also **diskretionär-inkrementalistische Finanzierungsbestandteile**. Diese dienen häufig als stabilisierender Faktor, d.h. sie fungieren in dem jeweiligen Hochschulsystem als Basisfinanzierung für die einzelnen Hochschulen. Da sich diese Finanzierungsbestandteile aber nicht zur Steuerung der Hochschulen nutzen lassen, soll im Folgenden nicht weiter darauf eingegangen werden.

Inwieweit **Kontraktfinanzierung** für Zwecke einer zielorientierten Steuerung der Hochschulen eingesetzt werden kann, hängt von der tatsächlichen Ausgestaltung der Verträge ab – daher lassen sich hier keine allgemeingültigen Aussagen treffen. Da bei Kontraktfinanzierung vielfach ein gewisser Spielraum für Entscheidungen der Vertragspartner besteht, ist die Steuerungswirkung eingeschränkt. Selbst wenn in Verträgen zwischen Staat und Hochschule Leistungen vereinbart werden, ist die Überprüfbarkeit der Leistungserreichung nicht immer gegeben. In der Praxis zeigt sich, dass Verträge auch nur in wenigen der untersuchten Länder als Instrument der Finanzausweisung eingesetzt werden. In Frankreich macht diese Art der Finanzierung ca. 10% und in Spanien (Autonome Gemeinschaft Valencia) 12% des staatlichen Zuschusses aus. Auffallend ist der hohe Anteil des staatlichen Zuschusses, der in Schweden über Verträge vergeben wird: 38% der Mittel – sämtliche Forschungsmittel – werden dort über Zielvereinbarungen mit einzelnen Universitäten verteilt. So setzt dieses Instrument in Schweden einen Abstimmungsprozess zwischen hochschuleigenen Forschungsprofilen und staatlichen Forschungsprioritäten als Zuweisungsbedingung voraus.

Eine konträre Entwicklung zur Kontrakt- und Formelfinanzierung, bei der der Staat nur über die Menge der zur Verfügung gestellten Ressourcen steuert und keine Zweckbindung bei der Mittelverwendung mehr besteht, ist in der zunehmend zu beobachtenden Vergabe von **zweckgebundenen staatlichen Projektmitteln** zu sehen. In Finnland, der Tschechischen Republik und England werden mit um die 20% die höchsten Finanzierungsanteile zweckgebundener staatlicher Mittel für spezifische Projekte erreicht. Staatliche Steuerungsinteressen lassen sich

hierdurch unmittelbar realisieren. Die Hochschulen haben allenfalls die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie sich an entsprechenden Projekten beteiligen wollen oder nicht. Die Steuerungswirkung ist so evident, dass hierzu keine weiteren Ausführungen erforderlich sind.

**Abbildung 18.1: Komponenten der Hochschulfinanzierung in 14 OECD-Ländern (Anteile in % am staatlichen Zuschuss)**

Land	Hochschulart	Diskr.-inkr. Finanzierung	Kontraktfinanzierung	zweckgebundene Projektmittel	Indikator-gestützte Finanzierung
<b>Australien</b> <sup>748</sup>	Universitäten	0%	0%	6%	94%
<b>Belgien – Französische Gemeinschaft</b>	Universitäten	0%	0%	0%	100%
	Hautes Ecoles	k.A.	0%	0%	k.A.
<b>Belgien – Flämische Gemeinschaft</b>	Universitäten <sup>749</sup>	um 93%	um 7%	0%	0%
	Hogescholen	um 20%	0%	um 4%	76%
<b>Dänemark</b>	Universitäten	57%	0%	17%	26%
<b>England</b>	Universitäten	0%	0%	17%	83%
<b>Finnland</b>	Universitäten	12%	0%	20%	68%
	Amattikorkeakoulu / Yrkehögskola	0%	0%	22% geringer Teil: leistungsorientiertes Bonusprogramm	78%
<b>Frankreich</b>	Universitäten und Grandes Ecoles	0%	10%	0%	90%
<b>Irland</b>	Universitäten	63%	0%	7%	30%
	Institutes of Technology	86%	0%	0%	14%
<b>Japan</b> (bisheriges Fin.-system)	Universitäten	70%	0%	0%	30%
<b>Niederlande</b>	Universitäten	63% (Lehre: 15%; Forschung: 48%)	0%	2% (Forschung)	35%
	Hogescholen	0%	0%	0%	100%
<b>Norwegen</b>	Universitäten und Høyskoler	60%	0%	7% (Forschung: strategische Komponente)	33%
<b>Schweden</b>	Universitäten und Högskola	0%	38% (Forschung)	0%	62%
<b>Spanien – Valencia</b>	Universitäten	4%	12%		84%
<b>Tschechische Republik</b>	Universitäten	12%	0%	30%	58%
<b>Ungarn</b>	Universitäten und Colleges	47%	0%	4% (Forschung)	50%

<sup>748</sup> Einnahmen aus staatlich vorfinanzierten Studiengebühren (HECS) werden dem staatlichen Zuschuss zugeordnet – siehe Kapitel 4.2.3.1.

<sup>749</sup> Das Mittelverteilungsmodell wird derzeit umgestellt; z.Zt. unabhängig von Indikatoren.

### 18.1.1 Art und Umfang der leistungsbezogenen indikatorbasierten Finanzierung

Abbildung 18.2 bietet eine Übersicht über die in den untersuchten Ländern eingesetzten Indikatoren. Aufgrund dieser Darstellung ist es möglich, hinsichtlich der Finanzierung von Lehre und Forschung die jeweils wichtigsten Indikatoren zu identifizieren.

**Abbildung 18.2: Indikatorgestützte Hochschulfinanzierung in 14 OECD-Ländern (Anteile in % am staatlichen Zuschuss)**

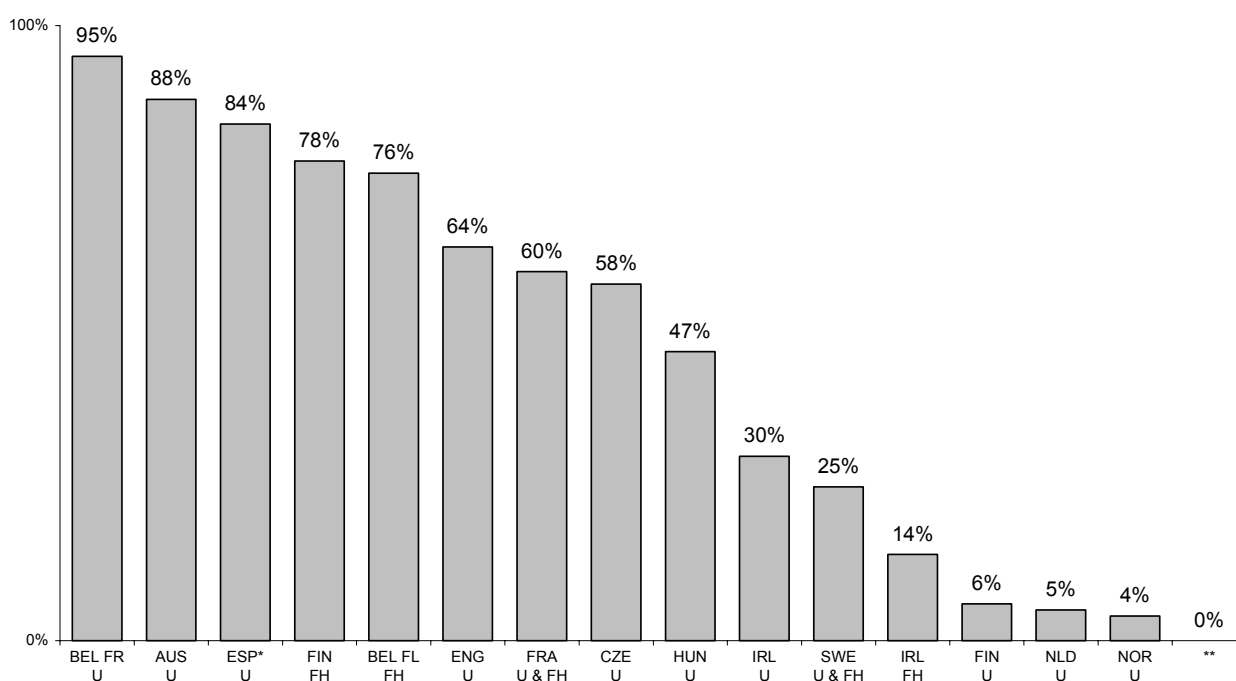
Land	Hochschulart	indikatorgestützt		
		leistungsunabhängig	leistungsabhängig	
			nachfrageorientiert	erfolgsorientiert
<b>Australien</b> <sup>748</sup>	Universitäten	0%	88% (77% Lehre: Anzahl der Studierenden; ca. 11% Forschung: Drittmittel; Anzahl der Doktoranden)	6% Forschung: Anzahl der Veröffentlichungen (ca. 1%); Anzahl der Promotionen (ca. 5%)
<b>Belgien – Frz. Gem.</b>	Universitäten	0%	95% (Schätzung): Anzahl der Studierenden	5% (Schätzung): nach Anzahl der Absolventen in einigen Studiengängen
	Hautes Ecoles	0%	variabler Anteil nach Anzahl der Studierenden	0%
<b>Belgien – Fläm. Gem.</b>	Universitäten <sup>749</sup>	0%	0%	0%
	Hogescholen	0%	um 76% nach Anzahl der Studierenden	0%
<b>Dänemark</b>	Universitäten	0%	0%	26% Anzahl bestandener Prüfungen
<b>England</b>	Universitäten	0%	64% Lehre: Anzahl der Studierenden	19% Forschung: Qualitätsbewertung RAE
<b>Finnland</b>	Universitäten	0%	6% Erstsemester	MA-Abschlüsse 40% Promotionen 23%
	Amattikorkeakoulu / Yrkehögskola	0%	78% Anzahl der Studierenden	0%
<b>Frankreich</b>	Universitäten und Grandes Ecoles	30% (Schätzung) nach Flächen	60% (Schätzung) nach Anzahl der Studierenden	0%
<b>Irland</b>	Universitäten	0%	30% (staatl. finanzierte Studiengebühren)	0%
	Institutes of Technology	0%	14% (staatl. finanzierte Studiengebühren)	0%
<b>Japan</b> (bisheriges Finanzierungssystem)	Universitäten	L + F: 30% teilweise leistungsunabhängig nach Anzahl der Fakultätsmitglieder; teilweise leistungsabhängig (nachfrageorientiert) nach Anzahl der Studierenden		0%
<b>Niederlande</b>	Universitäten	0%	5% (Lehre: Anzahl der Erstjahrsstudenten)	30% (Lehre: 20% nach Abschlüssen. Forschung: 8% nach Anzahl der Dissertationen; 2% für Top-Forschungsschulen)
	Hogescholen	0%	0%	100% nach Absolventen und nach Schwund
<b>Norwegen</b>	Universitäten und Høyskoler	0%	4% (Forschung): nach Höhe eingeworbener Drittmittel und anderen Indikatoren	25% (Lehre): i.W. nach Anzahl erworbener Kreditpunkte, Anzahl internationaler Studierendenaustausche. 4% (Forschung): Zahl der Promotionen
<b>Schweden</b>	Universitäten und Högskola	0%	Lehre: 25% nach Anzahl der Studierenden	Lehre: 37% nach Anzahl erworbener Kreditpunkte
<b>Spanien – Valencia</b>	Universitäten	0%	84% nach Anzahl der Studierenden	0%
<b>Tschechische Republik</b>	Universitäten	0%	58% (Lehre: Anzahl der Studierenden 51%, Forschung: quantitative Kriterien 7%)	0%
<b>Ungarn</b>	Universitäten und Colleges	0%	47% (Lehre: Anzahl der Studierenden 46%, Forschung: Bezug zum Drittmittelerwerb u.ä. 1%)	3% Lehre: qualitative Indikatoren

Die leistungsabhängigen Indikatoren lassen sich, wie in Kapitel 2 erläutert, in nachfrage- und erfolgsorientierte Indikatoren unterscheiden. Beide Gruppen von Indikatoren sind in den betrachteten Ländern im Einsatz. Im Folgenden soll erläutert werden, welche schwerpunktmäßig genutzt werden und welche spezifischen Anreizwirkungen sie für die Hochschulen haben.

### 18.1.1.1 Nachfrageindikatoren

Unter den untersuchten Ländern gibt es keines, in dem nicht für wenigstens eine Hochschulart zumindest ein Teil der Mittel über nachfrageorientierte Indikatoren vergeben würde<sup>750</sup> (siehe Abbildung 18.3<sup>751</sup>). Nachfrageindikatoren werden primär für die Finanzierung der Lehre bzw. die gemeinsame Finanzierung von Lehre und Forschung eingesetzt. Zentraler Nachfrageindikator ist die Zahl der Studierenden. Auch für die Finanzierung der Forschung werden Nachfrageindikatoren eingesetzt; die entsprechenden Finanzierungsanteile sind dabei allerdings deutlich geringer.<sup>752</sup> Am häufigsten wird hier die Summe der Drittmittel verwendet. In der Regel werden recht große Budgetanteile über nachfrageorientierte Indikatoren vergeben; sie können bis zu etwa 95% betragen. Dagegen beträgt der niedrigste Budgetanteil, der über nachfrageorientierte Indikatoren vergeben wird, nur 4% (norwegische Universitäten).

**Abbildung 18.3: Hochschulfinanzierung in 14 OECD-Ländern: nachfrageorientierter Anteil am staatlichen Zuschuss**



\* Valenzia

\*\* Einen Wert von 0% haben die Länder: BEL FL U, DNK U, NLD FH. Für die Länder BEL FR FH, JAP U liegen keine Werte vor.

<sup>750</sup> Nur an flämischen Universitäten (wegen Umstellung des Systems) und an niederländischen *Hogescholen* spielen Nachfrageindikatoren keine Rolle.

<sup>751</sup> Die hier verwendeten Abkürzungen erklären sich wie folgt: BEL FR: Belgien, Französische Gemeinschaft, AUS: Australien, ESP: Spanien, FIN: Finnland, BEL FL: Belgien, Flämische Gemeinschaft, ENG: England, FRA: Frankreich, CZE: Tschechische Republik, HUN: Ungarn, IRL: Irland, SWE: Schweden, NLD: Niederlande, NOR: Norwegen, U: Universitäten, FH: vereinfachend für alle sonstigen nicht-universitären Hochschulen.

<sup>752</sup> Nachfrageindikatoren im Forschungsbereich werden in Australien, Norwegen, der Tschechischen Republik und Ungarn verwendet.

In beinahe allen untersuchten Ländern (Ausnahmen: Irland<sup>753</sup> und Norwegen) wird die **Anzahl der Studierenden** als Indikator im Rahmen der Formelfinanzierung eingesetzt, um die Lehre – oder Lehre und Forschung gemeinsam – zu finanzieren. Oft werden über 50% des Budgets über diesen einen Indikator vergeben. Praktisch überall werden dabei Differenzierungen nach mindestens 3 Fächergruppen vorgenommen, so dass teurere Studiengänge durch eine entsprechende Gewichtung auch höher finanziert werden als vergleichsweise kostengünstige Studiengänge. Auch eine Modifikation dieses Indikators ist zu finden: So werden an niederländischen und finnischen Universitäten nur die Erstsemester bzw. Erstjahrsstudenten bei der Finanzierung berücksichtigt. In einzelnen Ländern werden auch Indikatoren eingesetzt, die sich nur mittelbar aus der Anzahl der Studierenden ergeben.<sup>754</sup> Letztlich ist die konkrete Abgrenzung der Zahl der Studierenden systemabhängig; in Deutschland, wo es massive Abweichungen zwischen Regelstudienzeit und tatsächlicher Studienzeit gibt, findet in den indikatorgestützten Mittelzuweisungsverfahren eine Orientierung an der Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit statt.<sup>755</sup> Damit wird versucht, der tatsächlichen Lehrbelastung der Hochschulen Rechnung zu tragen.

Die Anreizwirkungen einer an Studierendenzahlen orientierten Hochschulfinanzierung hängen u. a. von der genauen Abgrenzung des Indikators und den hochschulpolitischen Rahmenbedingungen ab. Im Folgenden werden exemplarisch einige Aspekte genannt:

- In einem Hochschulsystem, in dem die Hochschulen die Zahl der aufzunehmenden Studierenden selbst bestimmen können, würde die Verwendung dieses Indikators ceteris paribus eine deutliche Steigerung der Zahl der Studierenden bewirken, da die Hochschulen damit ihren Zuschuss erhöhen und ihre Wettbewerbsposition verbessern können. In etlichen Ländern werden den Hochschulen unter den genannten Systembedingungen allerdings dadurch Grenzen gesetzt, dass zwischen Staat und einzelnen Hochschulen Vereinbarungen über die jeweilige maximal aufzunehmende Anzahl der Studierenden geschlossen werden.
- Ist der Hochschulzugang staatlich kontrolliert, kann sich die Verwendung dieses Indikators nur gedämpft und zeitlich verzögert auswirken. Im Falle relativ gleichmäßiger Auslastung, z. B. unter der Bedingung flächendeckender Zulassungsbeschränkungen, würde allenfalls eine belastungsorientierte Budgetierung erreicht werden können. Unterauslastungen würden sanktioniert werden. Nur die Anpassungsfähigkeit der Hochschulen im Sinne einer möglichen nachfrageorientierten Umstrukturierung ihres Studienangebots kann die Situation mittel- bis langfristig verbessern.
- Daran, dass die Studierenden besonders schnell ihren Abschluss machen, haben die Hochschulen bei der Finanzierung über diesen Indikator kein Interesse – es sei denn, kurze Studienzeiten stellten einen Wettbewerbsvorteil dar. Entsprechend müssen Korrektive implementiert werden wie die Begrenzung auf Studierende in der Regelstudienzeit bzw. auf eine bestimmte Zahl von Semestern in Abhängigkeit vom Studiengang. Ebenso kann es sinnvoll sein, durch einen zusätzlichen erfolgsorientierten Indikator die Hochschulen zusätzlich zu motivieren, ihre Studierenden zügig zum Abschluss zu bringen.<sup>756</sup>

<sup>753</sup> In Irland wird an den Universitäten allerdings ein Verfahren mit staatlichen Bildungsgutscheinen angewandt, so dass die Anzahl der Studierenden auf diesem Weg Einfluss auf die Höhe des Hochschul-Etats hat.

<sup>754</sup> Solche finden sich z.B. in der Flämischen Gemeinschaft Belgiens (Hogeschole: Lehrbelastungseinheiten), in Frankreich (Bedarf an Lehrpersonal und Unterrichtsstunden) und in Spanien (Valencia: Durchschnittskosten pro Student). Siehe auch Fußnote 753.

<sup>755</sup> Vgl. Leszczensky / Orr 2004.

<sup>756</sup> Siehe dazu die Ausführungen zur Finanzierung nach Anzahl der Absolventen.

Inwieweit bei Verwendung dieses Indikators der Anreiz für die Hochschulen zum Tragen kommt, sich konsequent an der studentischen Nachfrage zu orientieren, ist von Rahmenbedingungen abhängig: Die Anzahl der Studierenden, deren Ausbildung der Staat zu finanzieren bereit ist, wird auch in nachfrageorientierten Systemen wie dem australischen vom Staat selbst festgelegt.

Grundgedanke dabei ist, dass der Staat einen gewissen Einfluss auf die Gesamtmenge der Studienplätze und auch auf die fachliche Struktur des Studienangebots behalten möchte. Werden die vom Staat gesetzten Zielgrößen nicht erreicht, ist das für die Hochschulen sowohl bei Unter- als auch Überschreitungen finanziell ungünstig. Insofern sind sie sehr bemüht, die vom Staat gesetzte Anzahl von Studierenden aufzunehmen. Die hier deutlich werdende Einschränkung eines marktlichen Mechanismus' von Nachfragesteuerung durch Festlegung von Maximalzahlen für potentielle Nachfrager (Studierende) hat einerseits eine gewisse Nähe zur direkten staatlichen Angebotssteuerung. Andererseits können sich die Universitäten z. B. in Australien und Ungarn unabhängig vom staatlichen Zuschuss dadurch am Markt orientieren, dass sie zusätzliche Kontingente von ausländischen und auch einheimischen Studierenden aufnehmen können, die Studiengebühren in von der jeweiligen Universität frei festzulegender Höhe zahlen müssen.

Nach einem ähnlichen, aber im Detail doch abweichenden Schema vollzieht sich die Finanzierung finnischer Universitäten: Auch dort gibt es Zielzahlen für Studierende; wenn diese überschritten werden, erhalten die Universitäten für die "überschüssigen" Studierenden weniger Mittel. Die Vorgaben des Ministeriums gehen hier jedoch noch weiter: Es wird auch festgelegt, wie viele Absolventen der Staat den Universitäten "abzukaufen" bereit ist. Damit sind die Anreizwirkungen, die prinzipiell von den beiden Indikatoren ausgehen, stark eingeschränkt; die Universitäten werden nur darauf achten, die Vorgaben des Ministeriums so genau wie möglich einzuhalten.

Diese Beispiele zeigen, dass auch in Systemen mit auf den ersten Blick anreizverträglichen Finanzzzuweisungsverfahren eben diese Anreizverträglichkeit durch ergänzende Rahmenbedingungen eingeschränkt werden kann. Je mehr und je genauere Vorgaben der Staat bzgl. der Anzahl der Studierenden macht (ggf. nach Fachbereichen differenziert), desto mehr Einfluss übt er insbesondere auf die mögliche Nachfrage aus und desto stärker wird die Autonomie der Hochschulen eingeschränkt. Australien und Ungarn mögen dabei als Sonderfälle gelten, da es hier nicht um eine "absolute" Festlegung von Höchstzahlen für Studierende geht, sondern nur um eine Begrenzung der Zahl der staatlich subventionierten Studienplätze.

Was die Forschungsfinanzierung betrifft, so wird in Australien, Norwegen, der Tschechischen Republik und Ungarn die **Höhe der eingeworbenen Drittmittel** als Indikator verwendet. Die Budgetanteile, die auf diesem Wege vergeben werden, sind jedoch deutlich geringer als die nach Studierendenzahlen vergebenen; der höchste Wert wird in Australien erreicht: Dort werden 40% der Forschungsfinanzierung nach der Höhe der eingeworbenen Drittmittel verteilt.<sup>757</sup>

Hochschulen erwerben zum einen Drittmittel, weil sie Forschungsvorhaben beantragt haben, die potentielle Mittelgeber oder Gutachter für förderungswürdig erachtet haben, und zum anderen, weil sie von Dritten mit einem Forschungsprojekt beauftragt werden. In beiden Fällen wird der Erfolg von Drittmittelinwerbungen durch die Nachfrage nach Forschungsleistung gesteuert.

Die Budgetierung nach diesem Indikator stellt einen Anreiz für die Hochschulen dar, die von Dritten finanzierte Forschungsleistung zu steigern und sich damit der gesellschaftlichen Nachfrage noch stärker zu öffnen. Da die Durchführung von Drittmittelprojekten häufig eine entspre-

---

<sup>757</sup> Da die Forschungsfinanzierung jedoch nur 23% der Gesamtmittel einer Universität ausmacht, reduziert sich dieser Wert auf 9,2% der Gesamtmittel.



chende Ausstattung und Infrastruktur voraussetzt, erscheint eine finanzielle Honorierung von Drittmittelprojekten von Seiten des Staates sinnvoll.

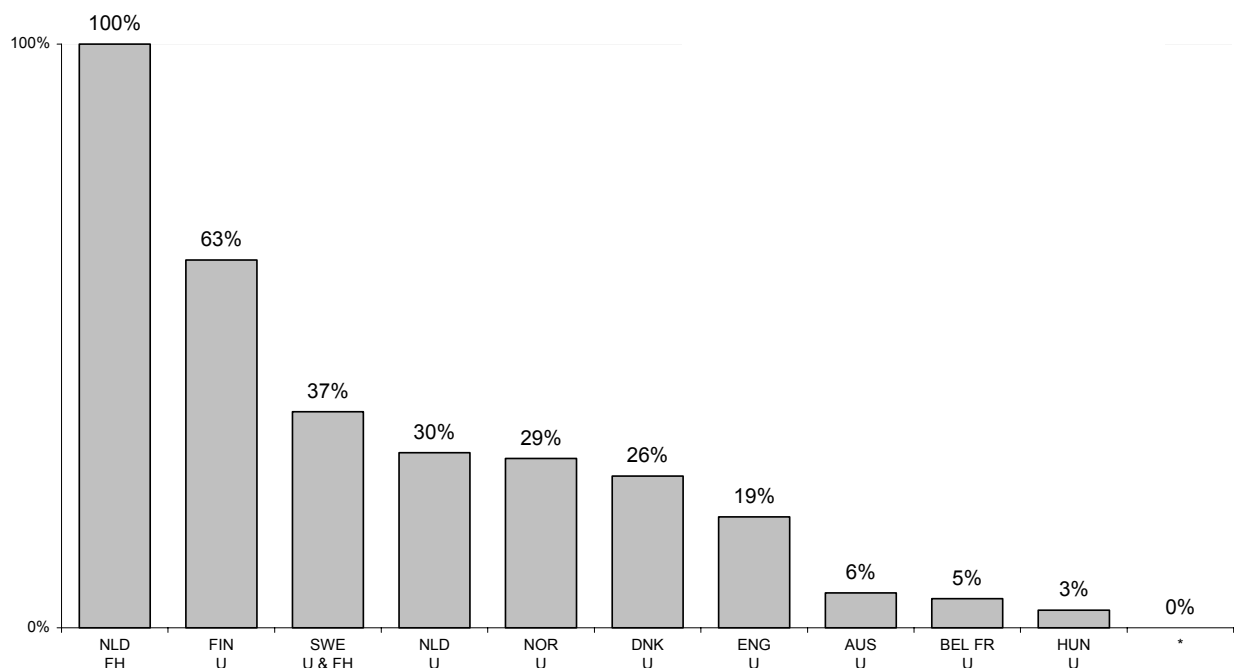
Dass Drittmittel i.d.R. aufgrund qualitativer Kriterien vergeben werden, ist als Vorteil zu betrachten, da auf diese Weise eine Sicherung von Qualitätsstandards im Forschungsbereich gewährleistet ist.

### 18.1.1.2 Erfolgsindikatoren

Vielfach werden neben nachfrageorientierten Indikatoren auch erfolgsorientierte Indikatoren zur Budgetbemessung eingesetzt; dies betrifft sowohl die Finanzierung der Lehre als auch die der Forschung. Im Forschungsbereich sind die Anteile allerdings geringer als im Bereich der Lehre (bzw. als bei der kombinierten Finanzierung von Lehre und Forschung).

Auch über erfolgsorientierte Indikatoren werden teilweise erhebliche Budgetbestandteile gesteuert – so werden bis zu 100% der Finanzierung dadurch bestimmt. Wie Abbildung 18.4 zeigt, nutzt eine Vielzahl der untersuchten Länder eine erfolgsorientierte Indikatorfinanzierung; allerdings fallen die entsprechenden Finanzierungsanteile sehr unterschiedlich hoch aus.

**Abbildung 18.4: Hochschulfinanzierung in 14 OECD-Ländern: erfolgsorientierter Anteil am staatlichen Zuschuss**



\* Einen Wert von 0% haben die Länder: BEL FL U, BEL FL FH, BEL FR FH, FIN FH, FRA U & FH, IRL U, IRL FH, JAP U, CZE U, ESP (Valenzia) U.

Wie in Kapitel 2 erläutert, lassen sich erfolgsbezogene Indikatoren noch weiter danach differenzieren, ob sie quantitäts- oder qualitätsbezogene Größen sind. Quantitative Indikatoren sind häufiger vorzufinden. Qualitative Indikatoren werden selten verwendet; in den untersuchten Ländern gab es nur drei Beispiele dafür. Im Folgenden sollen zunächst die quantitativen und anschließend die qualitativen Indikatoren näher betrachtet werden; im Anschluss daran folgen weiterführende Betrachtungen zu dieser Unterscheidung.

## Quantitative Indikatoren

In Belgien (Französische Gemeinschaft, Universitäten), Finnland und den Niederlanden (an Universitäten wie auch an Hogescholen) wird der Indikator **Anzahl der Absolventen** bzw. Anzahl der Abschlüsse verwendet.

Die Verwendung von Absolventenzahlen als Lehrindikator soll bewirken, dass die Hochschulen durch Verbesserungen in Lehre und Studienorganisation zu einer deutlichen Erhöhung ihrer Erfolgsquote kommen. Ein Problem liegt aber darin, dass solche Veränderungen nur mit großer zeitlicher Verzögerung erwartet werden können, kurzfristige Verhaltensanpassungen also nicht in finanziellen Erfolg der Hochschulen umgesetzt werden können. Dabei muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass der Einfluss der Hochschulen auf den Studienerfolg begrenzt ist und dass auch hochschulunabhängige Faktoren einen Studienabbruch begründen können – so z.B. Schwierigkeiten bei der Studienfinanzierung, negative Arbeitsmarktsignale, private Probleme, Krankheit oder auch generell Orientierungslosigkeit. Trotz dieser Bedenken erscheint die Annahme plausibel, dass die Hochschulen mittel- bis langfristig den Studienerfolg gestalten können. Wegen der genannten „Verzögerungswirkung“ ist jedoch eine zu starke Berücksichtigung dieses Lehrindikators nicht ganz unproblematisch.

Eine positive Anreizwirkung für die Hochschulen besteht bei Verwendung dieses Indikators darin, die Studienbewerber selbst auszusuchen, um möglichst leistungsstarke Studenten zu gewinnen und damit die Erfolgsquote zu erhöhen. Außerdem ist ein Anreiz für gute Betreuung gegeben. Ein negativer Anreiz, den dieser Indikator mit sich bringt, besteht allerdings in der Herabsenkung der Qualitätsstandards, um die Zahl derer, die ihren Abschluss nicht schaffen, zu verringern. Durch den Einsatz entsprechender Qualitätssicherungssysteme können diesen negativen Anreizwirkungen jedoch Grenzen gesetzt werden.

Der Anreiz, die Qualitätsstandards zu senken, ist möglicherweise etwas weniger ausgeprägt, wenn die Finanzierung nicht erst durch den Studienabschluss (Gesamtleistung) bestimmt ist, sondern schon vorher eine **Honorierung von Teilleistungen bzw. Kreditpunkten** stattfindet. So werden die Hochschulen in Schweden, Norwegen und Dänemark nicht anhand der Anzahl der Absolventen, sondern entsprechend der Leistungen der Studierenden z.B. in Form von erreichten Kreditpunkten oder bestandenen (Teil)Prüfungen im Laufe des Studiums finanziert.

Ein weiteres Problem der Finanzierung nach der Anzahl der Absolventen ist darin zu sehen, dass Absolventenzahlen nicht immer in vollem Umfang die Leistungen derjenigen Hochschule repräsentieren, bei der der Abschluss erreicht wird. Durch Hochschulwechsel werden die Teilleistungen derjenigen Hochschulen systematisch unterbewertet, aus denen mehr herausgewechselt wird. Auch in diesem Kontext hat eine Honorierung von Teilleistungen bzw. Kreditpunkten den positiven Nebeneffekt, dass die Finanzierung der Hochschulen gerechter im Sinne ihrer tatsächlichen Inanspruchnahme erfolgt.<sup>758</sup>

An *Hogescholen* in den Niederlanden werden die Finanzmittel nicht nur nach Absolventenzahlen, sondern auch nach **Schwund** vergeben, also nach Studienabbrechern bzw. Hochschulwechslern.<sup>759</sup> Diese werden für 1,35 Jahre mit staatlichen Mitteln finanziert; sind sie über diese

---

<sup>758</sup> Dies hängt allerdings auch von der genauen Ausgestaltung der Indikatorfinanzierung ab. An den niederländischen Universitäten gibt es z.B. die Regelung, dass es für einen Abschluss nur dann staatliche Mittel gibt, wenn der / die Studierende zumindest eine bestimmte Anzahl von Jahren an der betreffenden Universität war. So würde bei einem Hochschulwechsel ggf. gar keine Universität die Finanzierung für den Abschluss in Anspruch nehmen können.

<sup>759</sup> Dieser Indikator wurde hier als Erfolgsgröße eingestuft. Da diese Personen die Leistungen der betreffenden Hochschule ja gerade nicht mehr nachfragen, kann dieser Indikator wohl kaum als "nachfrageorientiert" bezeichnet werden. Zudem mag es – so zynisch dies klingt – tatsächlich einen gewissen Erfolg für die jeweilige Hochschule darstellen, wenn schlechte oder uninteressierte Studierende abgehen, ohne die Ressourcen der Hoch-

Zeit hinaus noch an der Hochschule, bekommt die Hochschule über die Studiengebühren hinaus keine Mittel für diese Studierenden mehr und "zahlt drauf". Daraus entsteht einerseits ein Anreiz für die *Hogescholen* zur Selektion (schlechte oder uninteressierte Studierende müssen so schnell wie möglich "rausgeprüft" oder in anderer Form zum Abbruch / Wechsel gebracht werden), andererseits aber auch zu einer guten Betreuung der Studierenden, damit diese auch ihren Abschluss machen. Tendenziell führt dieser quantitätsorientierte Indikator also zur Verkürzung der Studiendauer und zu guter Betreuung.

In Norwegen wird die **Anzahl internationaler Studierendenaustausche** als einer von mehreren Indikatoren eingesetzt.<sup>760</sup> Die Einbeziehung dieses quantitätsorientierten Indikators ist ein Beispiel dafür, dass auch noch ganz andere hochschulpolitische Ziele – wie z.B. Internationalisierung – mittels Indikatoren verfolgt werden können. Inwieweit diese jedoch tatsächlichen Steuerungseinfluss haben, wird maßgeblich davon abhängen, wie groß die Budgetanteile sind, die darüber vergeben werden, welche und wie viele Indikatoren es sonst noch gibt und in welchem Ausmaß die Hochschulen überhaupt die Möglichkeit haben, den jeweiligen Indikatorwert zu beeinflussen.

In Australien werden im Bereich der Forschungsfinanzierung ca. 6% der Mittel nach der **Anzahl der Veröffentlichungen** vergeben.<sup>761</sup> Früher wurde auch die Qualität etwa der betreffenden Publikationsorgane dabei berücksichtigt; heute wird nur noch die Zahl der Veröffentlichungen bewertet, was jedoch kritisch betrachtet wird. Immerhin ist dadurch grundsätzlich der Anreiz gegeben, so viele Veröffentlichungen wie nur möglich herauszugeben – ohne Rücksicht auf deren Qualität bzw. deren Gehalt an wirklich umfassenden neuen Informationen. Sofern es also keine entsprechenden Einschränkungen gibt, kann in Frage gestellt werden, ob dieser Indikator wirklich geeignet ist, Anreize zu verbesserter Forschungsleistung zu setzen.

Ferner werden in Australien gut 20% der Forschungsmittel<sup>762</sup>, im finnischen Universitätssektor sogar 23% der Gesamtmittel nach der **Anzahl der Promotionen** vergeben. Dies entspricht bezüglich der Steuerungswirkung dem quantitativen Indikator "Anzahl der Absolventen", nur dass es hier eben um Abschlüsse im Postgraduate-Bereich geht. In Australien ergänzt dieser Indikator zudem den Indikator "Anzahl der Doktoranden", der als Nachfragegröße bei der Forschungsfinanzierung berücksichtigt wird.

### Qualitätsorientierte Erfolgsindikatoren

In England werden Forschungsmittel nach den Ergebnissen des *Research Assessment Exercise* (RAE) verteilt. Beim RAE werden die **Veröffentlichungen** ausgewählter Wissenschaftler der jeweiligen Hochschulen in *peer reviews* nach ihrer Qualität beurteilt; das Qualitätsurteil wird in eine Note transformiert.<sup>763</sup> Es erhalten nur solche Universitäten Forschungsmittel, die eine bestimmte Note erreicht oder überschritten haben. Mit Abstand am meisten Forschungsmittel werden nur für die Bestnoten vergeben. Die Wirkung dieses Verfahrens ist einfach zu erläutern: "Gute" Forschung erhält mehr Geld und kann noch besser werden; diejenigen Hochschulen dagegen, die schlecht abgeschnitten und daher keine Mittel erhalten haben, haben (finanzielle) Schwierigkeiten, sich im Bereich der Forschung zu verbessern und geraten

---

schule weiter in Anspruch zu nehmen. Freilich bevorzugen es die Hochschulen aber, wenn die Studierenden ihren Abschluss machen.

<sup>760</sup> Auch in diesem Fall ist es Definitionssache, ob dies als nachfrage- oder erfolgsorientierter Indikator zu sehen ist. Wenn Internationalisierung eines der hochschulpolitischen Ziele ist, dann kann die Anzahl der Studierendenaustausche als Erfolgsgröße gewertet werden – dieser Ansatz wurde hier zugrundegelegt.

<sup>761</sup> Das entspricht 1,4% der Gesamtmittel.

<sup>762</sup> Dieser Posten macht 4,7% der Gesamtfinanzierung aus.

<sup>763</sup> Die alleinige Zahl der Veröffentlichungen (vgl. Australien) wird also nicht als ausreichendes Finanzierungskriterium angesehen.

leicht in eine "Abwärts-Spirale". Das Resultat einer entsprechend heterogenen Hochschullandschaft mit reinen Lehruniversitäten auf der einen und qualitativ hochrangigen Lehr- und Forschungsuniversitäten auf der anderen Seite ist in England offenbar politisch gewollt.

Derzeit gibt es das Problem, dass die Forschungsbudgets für die einzelnen Universitäten sehr stark schrumpfen, da sehr viele der am RAE teilnehmenden Hochschulen gut abschneiden. Eine Erweiterung der Notenskala nach oben ist für dieses Problem wohl kaum eine Dauerlösung. Das RAE ist ein klares Beispiel für eine Finanzierung nach qualitätsorientierten Erfolgsindikatoren; der entsprechende Finanzierungsbestandteil macht immerhin 19% des Gesamtbudgets der Hochschulen aus.

An den Universitäten der Niederlande gibt es im Bereich der Forschungsfinanzierung einen kleinen Finanzierungsbestandteil, der für sog. **Top-Forschungsschulen** vergeben wird. Das Erreichen dieses Status<sup>764</sup> ist ein Qualitätsmerkmal für ausnehmend gute Forschung, das nur 6 Forschungsschulen<sup>764</sup> erhalten haben. 5 Jahre nach Erreichen dieses Status<sup>764</sup> wird überprüft, ob die betreffende Forschungsschule seiner weiterhin würdig ist.

In Ungarn wird ein kleiner Teil der Finanzierung (3%) mittels qualitätsorientierter Indikatoren vergeben. Anders als in den beiden oben diskutierten Beispielen werden diese jedoch im Bereich Lehre erhoben.

### **Qualitäts- und quantitätsorientierte Erfolgsindikatoren in Forschung und Lehre**

Für den Bereich der Lehre werden v.a. quantitative Erfolgsfaktoren verwendet, während im Forschungsbereich qualitative Indikatoren eingesetzt werden. Es ist jedoch nicht unbedingt gesagt, dass nur diese Einsatzmöglichkeiten gegeben sind; so wird in Ungarn ein kleiner Teil der Lehrfinanzierung über qualitätsorientierte Erfolgsindikatoren vergeben. Umgekehrt wird in Australien ein Teil der Forschungsfinanzierung über quantitätsorientierte Erfolgsindikatoren vergeben. Dennoch ist im Bereich Forschung eine Bewertung der Qualität üblicher als in der Lehre, da sie bereits von vielen Forschungsförderungsorganisationen angewandt wird. Insofern werden qualitätsorientierte Faktoren voraussichtlich auch künftig v.a. für den Forschungsbereich eingesetzt werden. Der Einsatz von quantitativen Faktoren scheint in der Lehre insofern sinnvoller zu sein, als es dort einfacher ist, die Anzahl von "Output-Einheiten" (z.B. Absolventen) miteinander zu vergleichen. Hingegen wäre es sehr aufwendig, die Qualität dieser Einheiten (eben z.B. Absolventen) durch ein einheitliches Verfahren zu prüfen. Solange der Einsatz qualitätsorientierter Formelfinanzierung in der Lehre schwierig (oder unverhältnismäßig aufwendig) ist, werden quantitätsbasierte Indikatoren eine um so größere Rolle in diesem Bereich spielen.

#### **18.1.2 Zahl der verwendeten Indikatoren**

Die Übersicht zu den verwendeten Indikatoren und ihren Anteilen an der Finanzierung (Abbildung 18.2) zeigt, dass es relativ üblich ist, verschiedene Indikatoren zu kombinieren. Es fällt jedoch auf, dass zumeist nur eine geringe Zahl von Indikatoren eingesetzt wird – unabhängig davon, ob es neben der indikatorengestützten Finanzierung auch noch andere Finanzierungselemente gibt oder nicht.<sup>765</sup> Es ist sowohl im Lehr- als auch im Forschungsbereich nicht selten, dass die gesamte (bzw. die gesamte formelbasierte) Finanzierung des betreffenden Bereichs nur durch ein oder zwei Indikatoren geregelt wird; dass in einem Bereich drei oder mehr Indikatoren eingesetzt werden, kommt in den untersuchten Ländern fast nicht vor.

---

<sup>764</sup> Forschungsschulen können einer oder mehreren Universitäten zuzurechnen sein.

<sup>765</sup> Dies fällt besonders auf im Vergleich zu den in Deutschland verwendeten Indikatormodellen. 6 der 17 in einer HIS-Studie untersuchten Finanzzuweisungsverfahren (teilweise separat für Universitäten und Fachhochschulen) aus 11 Bundesländern verwenden mehr als 10 Indikatoren (wobei allerdings Indikatoren für Lehre und Forschung sowie für andere Ziele mit inbegriffen sind). Vgl. Leszczensky / Orr (2004).

Der Vorteil dieses auf relativ wenige Indikatoren begrenzten Ansatzes liegt in seiner Nachvollziehbarkeit und Transparenz – immerhin ist davon auszugehen, dass die Hochschulen nur dann ihr Verhalten gemäß den durch die Indikatoren vermittelten Anreizen ändern, wenn die Auswirkung der Indikatorwerte auf die Finanzierung verständlich und in gewissem Rahmen auch vorhersagbar ist. Wenn hingegen eine große Zahl von Indikatoren verwendet wird, die ggf. ganz unterschiedliche Anreize setzen und womöglich so fein untergliedert sind, dass eine Hochschule ihr Verhalten (fast) nicht mehr daran auszurichten vermag, kann von *Steuerungsmodellen* wohl kaum noch die Rede sein.

Dass die verschiedenen Indikatoren unterschiedliche – mitunter auch gegensätzliche – Anreize setzen, kann auch gezielt genutzt werden, um z.B. unerwünschte Anreizwirkungen einzuschränken. So ist auffällig, dass etliche Länder den Indikator "Anzahl der Studierenden" um den Indikator "Anzahl der Absolventen" ergänzt haben, so dass dem Anreiz, möglichst viele Studierende aufzunehmen, ohne sich besonders um deren hochschulischen Erfolg zu kümmern, entgegengewirkt wird (dies gilt analog für die Finanzierung nach Kreditpunkten). Die Finanzierung abhängig vom Abschneiden der Studierenden zu machen, gibt den Hochschulen allerdings einen Anreiz, den Studierenden den Erfolg leichter zu machen, indem Standards gesenkt werden. Um diesen unerwünschten Effekt zu verhindern, sind Qualitätssicherungssysteme ein nicht zu vernachlässigender Faktor.

## 18.2 Synopsis und vergleichende Analyse der Qualitätssicherungsverfahren

Unter den untersuchten Hochschulsystemen gibt es nur eines, in dem bislang noch gar kein Verfahren der Qualitätssicherung verpflichtend ist: Das gilt für das Hochschulsystem der Französischen Gemeinschaft Belgiens.<sup>766</sup> In allen anderen 14 Hochschulsystemen wird mindestens *ein* Qualitätssicherungsverfahren eingesetzt.

### 18.2.1 Art der verwendeten Verfahren

Jedes der in Kapitel 3 genannten Qualitätssicherungsverfahren – Akkreditierung, Qualitätsbewertung und Quality Audit – hat eine gewisse Verbreitung erfahren und wird jeweils von etlichen der untersuchten Länder angewandt. Eine Übersicht über die jeweiligen Verfahren in den untersuchten Ländern – Abbildung 18.5 – verdeutlicht dies.

Was aus dieser komprimierten Darstellungsform jedoch nicht deutlich hervorgeht, ist die Tatsache, dass die Verfahren nicht immer in identischer Form angewandt werden. Dies wird in den folgenden Abschnitten thematisiert.

<sup>766</sup> Die Einführung entsprechender verpflichtender Verfahren ist dort zwar seit einiger Zeit geplant, wurde aber noch nicht umgesetzt.

**Abbildung 18.5: Übersicht der in den untersuchten Ländern eingesetzten Qualitätssicherungsverfahren**

Land	Hochschulart	Akkreditierung	Qualitätsbewertung	Quality Audit
<b>Australien</b>	Universitäten	nur für private Hochschulen	-	ja
<b>Belgien – Frz. Gemeinschaft</b>	Universitäten und Hautes Ecoles	-	-	-
<b>Belgien – Fläm. Gemeinschaft</b>	Universitäten und Hogescholen	ja	ja	-
<b>Dänemark</b>	Universitäten	nur Kurse privater HS	ja	-
<b>England</b>	Universitäten	-	Forschung: ja Lehre: -	ja
<b>Finnland</b>	Universitäten	-	ja, selektiv, Schwerpunkt auf Lehre	ja
	Amattikorkeakoulu / Yrkehögskola	ja	ja, selektiv, Schwerpunkt auf Lehre	ja
<b>Frankreich</b>	Universitäten und Grandes Ecoles	-	ja	-
<b>Irland</b>	Universitäten	quasi nein (nur für nach 1997 gegründete Unis - die gibt es aber nicht)	-	ja
	Institutes of Technology	ja	-	ja
<b>Japan</b>	Universitäten	ja; bislang nicht verpflichtend	ja	-
<b>Niederlande</b>	Universitäten und Hogescholen	ja	- (seit Akkreditierung nicht mehr)	-
<b>Norwegen</b>	Universitäten	ja	-	ja
<b>Schweden</b>	Universitäten und Högskola	ja	ja	- (nicht mehr)
<b>Spanien</b>	Universitäten	ja	ja; bislang nicht verpflichtend	-
<b>Tschechische Republik</b>	Universitäten	ja	ja	-
<b>Ungarn</b>	Universitäten und Colleges	ja	-	-

### 18.2.1.1 Akkreditierung

Wie in Kapitel 3.2.1 erläutert, geht es bei Akkreditierungsverfahren darum zu prüfen, ob ein Mindeststandard eingehalten wird; durch ein binäres Urteil (ja/nein) wird die Akkreditierung erteilt oder nicht. Vielfach stellen Akkreditierungen die Grundvoraussetzung für staatliche Finanzierung dar, deren Zusage teilweise auch unter Beachtung von Auflagen erteilt wird. In der Theorie finden Akkreditierungen nur einmal statt; in der Praxis können sie in einigen Ländern allerdings auch überprüft bzw. nach einigen Jahren wiederholt werden.

Akkreditierungsverfahren sind in vielen europäischen Ländern erst in jüngster Zeit eingeführt worden, vielfach erst in Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess. Sie wirken oft genauso wie die staatliche Anerkennung – die in einigen Ländern auch noch die einzige entsprechende Kontrolle darstellt – und können sich genau wie diese sowohl auf ganze Institutionen als auch einzelne Studiengänge beziehen.

Verpflichtend sind Akkreditierungen von Studiengängen innerhalb der hier untersuchten Länder bislang in der Flämischen Gemeinschaft Belgiens, an finnischen *Amattikorkeakoulu*, an irischen *Institutes of Technology*, in den Niederlanden, in Schweden, Spanien, der Tschechischen Republik und in Ungarn. In Australien und Dänemark müssen nur private Hochschulen ihre Kurse akkreditieren lassen; nach 1997 gegründete irische Universitäten – derer gibt es bislang allerdings keine – würden, was Akkreditierung betrifft, den *Institutes of Technology* gleichgestellt. In Japan schließlich gibt es zwar institutionelle Akkreditierungen; diese sind jedoch nicht verpflichtend – nur etwa ein Drittel aller staatlichen Universitäten ist akkreditiert.

Anders liegt der Fall bei australischen, englischen und bereits bestehenden irischen Universitäten. Diese haben das Recht, ohne weitere hochschulexterne Kontrolle (d.h. ohne Akkreditierung) ihre eigenen Studiengänge zu entwickeln und zu etablieren. So werden die Universitäten in Australien auch *self-accrediting institutions* genannt.<sup>767</sup> Der Sonderstatus, den diese sich selbst akkreditierenden Universitäten haben, hängt mit der historischen Entwicklung des jeweiligen Hochschulwesens zusammen – so haben z.B. in England die Universitäten von jeher ein hohes Maß an Autonomie; ihnen war es stets möglich, selbst neue Studiengänge einzurichten, ohne dafür eine besondere Genehmigung beantragen zu müssen. Dieses Recht der Hochschulen wird auch heute nicht vom Staat in Frage gestellt. Allerdings wird von den Universitäten durchaus erwartet, dass sie ihre berufsbezogenen Studiengänge von den entsprechenden Fachverbänden akkreditieren und die Qualität ihrer Studiengänge von externen Prüfern (zumeist Professoren einer anderen Hochschule, aber aus dem gleichen Fachbereich) kontrollieren lassen. Der Unterschied zu den anderen Ländern besteht darin, dass diese Vorgänge auf Initiative der jeweiligen Hochschulen zurückgehen. In Ländern mit sich selbst akkreditierenden Hochschulen sind Quality Audits (s.u.) ein übliches Verfahren der Qualitätssicherung.

In Irland haben auch die *Institutes of Technology* (und mithin auch neu gegründete Universitäten, wenn es sie je gibt) die Möglichkeit, selbst-akkreditierenden Status zu erlangen. Wenn eine Anzahl neuer Studiengänge eines *Institute of Technology* akkreditiert wurde und die Gesamtanalyse des internen Qualitätssicherungssystems durch das Quality Audit-Verfahren (s.u.) positiv ausfällt, hat das betreffende Institut die Chance, diesen Status zu erwerben.

In Norwegen wird ein Mittelweg zwischen institutioneller und Studiengangs-Akkreditierung verfolgt: Die dortigen Hochschulen werden als Institutionen (einmalig) akkreditiert; wollen sie jedoch Studiengänge anbieten, die das übliche Niveau ihrer jeweiligen Hochschulart übersteigen, müssen sie diese gesondert akkreditieren lassen. Bei Hinweisen auf mangelnde Qualität kann einer Hochschule unter Umständen auch ihre institutionelle Akkreditierung wieder aberkannt werden.

### 18.2.1.2 Qualitätsbewertungen

Bei Qualitätsbewertungen geht es v.a. darum, Stärken und Schwächen einzelner Hochschulen zu identifizieren und Leistungen der Hochschulen miteinander zu vergleichen – sei es durch ein

<sup>767</sup> Die Gründung neuer Universitäten dort und in den anderen genannten Ländern ist indes von einer staatlichen Genehmigung abhängig.

Worturteil oder durch die Abbildung der Bewertungen auf einer Notenskala. Qualitätsbewertungen werden i.d.R. periodisch wiederholt.<sup>768</sup>

Qualitätsbewertungen finden in der Mehrzahl der untersuchten Länder statt; nur in Australien, der Französischen Gemeinschaft Belgiens, Irland und den Niederlanden gibt es sie nicht, noch nicht bzw. nicht mehr. In England gibt es sie nur für den Forschungs-, nicht für den Lehrbereich. Dass dort eine derartige Differenzierung stattfindet, ist bereits Hinweis darauf, dass Qualitätsbewertungen in sehr unterschiedlicher Weise eingesetzt werden können; sie können sehr Verschiedenes zum Gegenstand haben, wie in Kapitel 3.2.2 bereits erläutert wurde. Dies spiegelt sich auch in den hier untersuchten Beispielen wider.

Am weitesten verbreitet ist die Bewertung der Qualität von Studiengängen / Fächern; diese gibt es in Belgien (Flämische Gemeinschaft), Dänemark, Finnland, Frankreich, Schweden, Spanien und Ungarn. Außerdem gibt es in einigen Fällen Evaluationen zu einzelnen hochschulübergreifenden Themen – z.B. "Kooperation mit der Gesellschaft bei Forschungsaktivitäten" –; derlei Bewertungen gibt es in Dänemark, Frankreich und Japan. Ebenfalls vertreten ist die Bewertung von ganzen Institutionen (Frankreich), Fachbereichen (Tschechische Republik), von Lehre insgesamt (Japan) und von Forschung insgesamt (Japan). Wie aus dieser Zusammenstellung deutlich wird, können in einem Land auch mehrere Qualitätsbewertungen zu jeweils unterschiedlichen Gegenständen durchgeführt werden.

In einigen Fällen werden für Qualitätsbewertung und Akkreditierung die gleichen Kriterien verwendet; in Schweden wird das Verfahren der Qualitätsbewertung für die Akkreditierungsentscheidung mitgenutzt.<sup>769</sup> Dies zeigt, wie ähnlich sich beide Verfahren in der Anlage sein können – auch wenn jeweils unterschiedliche Ziele damit verfolgt werden.

### 18.2.1.3 Quality Audits

Quality Audits sind externe Verfahren, durch die die hochschulinternen Verfahren und Maßnahmen zur Qualitätssicherung auf Effektivität überprüft werden; auch sie wiederholen sich periodisch. Es geht dabei nicht um Vergleiche zwischen Hochschulen, sondern mehr um individuelle Prüfungen, ob die jeweilige Hochschule unter den jeweils spezifischen Umständen die zu erwartende Prozessqualität aufweisen kann. Das Verfahren mündet i.d.R. in Empfehlungen an die betreffende Hochschule.

Quality Audits sind ausschließlich in den drei angelsächsischen und in zwei der skandinavischen Länder (Finnland und Norwegen; bis vor kurzem auch in Schweden) zu finden.

Bei den Ländern, wo "Selbst-Akkreditierung" üblich ist – d.h. in den angelsächsischen Ländern und in Norwegen – fällt auf, dass es dort auch Quality Audits gibt. Die Selbstkontrolle, die den Hochschulen in diesen Ländern im Bereich der Einführung von Studiengängen gewährt wird, wird dort also noch um ein weiteres Element der Selbstkontrolle ergänzt: Die Hochschulen sind grundsätzlich selbst dafür zuständig, dass sie geeignete interne Qualitätssicherungsverfahren etablieren und nutzen; in Form der Quality Audits wird dies extern überprüft. Darüber hinausgehende externe Qualitätsbewertungen sind in diesen Ländern nicht sehr üblich.<sup>770</sup> Auch in Finnland werden die hochschulinternen Qualitätssicherungsverfahren im Rahmen von Quality Audits extern überprüft.

---

<sup>768</sup> Zu weiteren Ausführungen vgl. Kapitel 3.2.2

<sup>769</sup> Im Grunde sind Qualitätsbewertung und Akkreditierung dort in ein Verfahren integriert.

<sup>770</sup> Es gibt sie allerdings: In England wird außerdem im Rahmen der Forschungsfinanzierung eine Bewertung der Forschungsqualität durchgeführt (*Research Assessment Exercise*, s.o.). Damit sind Qualitätsbewertungen jedoch nicht die Regel.



Bei Quality Audits wird der Schwerpunkt explizit nicht auf Kontrolle der Hochschulen gelegt, sondern die Audits sollen dazu führen, Diskussionen anzuregen, Reflektionen zu stimulieren und die Basis für Problemlösungen zu schaffen. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Audits eindeutig von den stärker an Vergleichbarkeit orientierten Akkreditierungen und Qualitätsbewertungen.

In einigen der Länder wird auch noch auf einer anderen Ebene Qualitätssicherung betrieben, nämlich durch die sog. Meta-Evaluation. Damit ist eine Gesamtbewertung der externen Qualitätssicherungsverfahren gemeint; es wird also überprüft, ob diese Bewertungsverfahren selbst gewissen Qualitätsstandards genügen. Sollte dies einmal nicht der Fall sein, können Bewertungen unter Umständen für ungültig erklärt werden, so dass sie wiederholt werden müssen – dies ist z.B. in den Niederlanden möglich.

### 18.2.2 Einsatz verschiedener Verfahren im Zeitablauf

Die Charakterisierung der drei Verfahren der Qualitätssicherung zeigt fließende Übergänge auf. Bei Verfahren der Akkreditierung kann beispielsweise die Mit-Berücksichtigung von Selbstevaluationsberichten zur Ausweitung des Urteils in Richtung einer differenzierten Qualitätsbewertung führen. Dass in einem Hochschulsystem alle drei Verfahren parallel durchgeführt werden, kommt nur sehr selten vor; dies erklärt sich daraus, dass der Mehrwert an Erkenntnis aufgrund von Redundanzen den dadurch entstehenden Mehraufwand oft nicht rechtfertigen kann.

Interessant ist in einigen Ländern der Wandel, der in den letzten Jahren hinsichtlich des Einsatzes von Qualitätssicherungsverfahren stattgefunden hat. So hat es Entwicklungen von Qualitätsbewertungen zu Quality Audits gegeben, andererseits aber auch Entwicklungen von Qualitätsbewertungen in Richtung Akkreditierung.

In Norwegen und Finnland sind Qualitätsbewertungsverfahren in jüngerer Zeit durch Quality Audits ersetzt worden. Auch die Verfahren des Quality Audits in Australien, England und Irland sind noch relativ neu und markieren in diesen Ländern eine Schwerpunktsetzung auf hochschulinterne Systeme der Qualitätssicherung.

Bei Quality Audits verzichtet der Staat weitgehend auf eigene Kontrollmöglichkeiten. Deshalb sprechen manche Autoren von einer Zunahme an Vertrauen zwischen Staat und Hochschule. Jackson sieht diesen Prozess als eine Lernkurve, die in einer Koinzidenz von Interessen zwischen Staat und Hochschule gipfelt. Sobald der Staat seine hochschulpolitische Agenda verändert, beginnt die Lernkurve von Neuem.<sup>771</sup> Diese Entwicklung hin zu einem Verfahren der Qualitätssicherung, das mehr Wert auf interne Prozesse legt, könnte als ein Beleg für die von Jackson skizzierte Lernkurve gewertet werden. In Schweden wiederum ist – nachdem das Quality Audit-Verfahren einige Jahre lang genutzt wurde – von einem weiteren Einsatz dieses Verfahrens Abstand genommen worden. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass eine volle Übereinstimmung zwischen staatlichen und hochschulischen Zielen nicht (mehr) gegeben war, so dass hier nach Jacksons Modell eine neue Lernkurve beginnen würde.

Auf der anderen Seite ist das bestehende und gut funktionierende System der Qualitätsbewertung in den Niederlanden in das neue System der Akkreditierung eingeflossen; seitdem gibt es dort keine Qualitätsbewertung im engeren Sinne mehr. Mutmaßlicher Hintergrund dieser Entwicklung ist die Tatsache, dass andernfalls zwei sehr ähnliche Systeme parallel zueinander bestanden hätten. Auch wenn mit den beiden Verfahren unterschiedliche Ziele verfolgt werden, hätte es zwischen beiden Systemen erhebliche Überschneidungen gegeben, was die zu bewertenden Inhalte betrifft. Dies hätte für die Hochschulen auf Dauer eine nicht unerhebliche

<sup>771</sup> Jackson (1997): S.176 und Jeliazkova / Westerheijden (2002).

Doppelbelastung bedeutet – diese wird vermieden, indem nur noch ein Verfahren eingesetzt wird: Es werden nun Akkreditierungen durchgeführt, die die bisherigen Qualitätsbewertungen ersetzen und die regelmäßig durch Re-Akkreditierungen "erneuert" werden.<sup>772</sup>

### **18.3 Zusammenwirken von Finanzierungs- und Qualitätssicherungsverfahren**

Zwischen Finanzierungs- und Qualitätssicherungsverfahren gibt es Schnittstellen, an denen die Verfahren gegenseitigen Einfluss aufeinander ausüben können. So können Finanzierungsmodelle Auswirkungen auf Qualitätssicherungsverfahren haben und umgekehrt. Beides soll im Folgenden diskutiert werden.

#### **18.3.1 Auswirkungen von Qualitätssicherungs- auf Finanzierungsverfahren**

Zunächst einmal gibt es einige grundsätzliche Auswirkungen von Qualitätssicherungsverfahren auf die Finanzierungsmodi. So ist die Akkreditierung i.d.R. die Grundvoraussetzung dafür, dass die betreffenden Hochschulen (bzw. ihre Studiengänge) überhaupt staatliche Mittel erhalten. Ferner kann es Auswirkungen von Qualitätsbewertungen auf die Finanzierung geben – dies kommt allerdings selten vor. Wo es solche Verknüpfungen gibt, sind sie v.a. im Forschungsbereich zu finden. Anders als bei Akkreditierungen geht es hier nicht um die grundsätzliche Finanzierungsentscheidung; Qualitätsbewertungen können die *Höhe* der Finanzierung beeinflussen. In der Praxis wurde dies in der deutlichsten Ausprägung für die Forschungsfinanzierung in England festgestellt. Eine Verzahnung von Quality Audits mit Finanzierungsverfahren ist nicht üblich – sie ist aber auch nicht ganz ausgeschlossen, wie das Beispiel Norwegen zeigt: Schlechtes Abschneiden bei einem Quality Audit kann dort unter Umständen zur Aberkennung der Akkreditierung führen.<sup>773</sup>

#### **18.3.2 Auswirkungen von Finanzierungs- auf Qualitätssicherungsverfahren**

Im Kontext leistungsorientierter Finanzzuweisungsverfahren lassen sich im Wesentlichen vier verschiedene Funktionen von Qualitätssicherungsverfahren feststellen:<sup>774</sup>

- **Qualitätssicherungsverfahren als Instrument der Rechenschaftslegung**

Instrumente der Rechenschaftslegung sollen dem Staat oder externen Stakeholders Informationen über die Verwendung von öffentlichen Finanzmitteln sowie über die Wahrnehmung des öffentlichen Auftrags durch Leistungserbringung zur Verfügung stellen. Grundsätzlich können alle drei Verfahren der Qualitätssicherung zu diesem Zweck eingesetzt werden.

- **Qualitätssicherungsverfahren als Minimalkontrolle des Angebots**

Zentrale Voraussetzung für die Wirkung anreizverträglicher Finanzierung ist eine weitgehende Handlungsautonomie der Hochschulen. Ein entsprechender Verzicht des Staates auf Detailsteuerung bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass nicht zumindest die Einhaltung von Mindeststandards kontrolliert wird. Diese Minimalkontrolle fungiert aus Sicht des Staates als Eintrittsbarriere zum "Hochschulmarkt" und dient auch dem Schutz der

---

<sup>772</sup> Da in der Flämischen Gemeinschaft Belgiens die Akkreditierungen durch die gleiche Organisation wie in den Niederlanden durchgeführt werden, dort aber Qualitätsbewertungen noch bestehen bleiben sollen, bleibt abzuwarten, ob diese Doppelbelastung dort wahrgenommen bzw. wie damit umgegangen wird.

<sup>773</sup> Vgl. <http://www.nokut.no/sw459.asp>.

<sup>774</sup> Ewell (1999): S.193-195 und Harvey / Askling (2003): S.73-75.

Studierenden, die als Kunden am Markt agieren sollen.<sup>775</sup> Zu diesem Zweck wird der Einsatz von Akkreditierungsverfahren präferiert.

- **Qualitätssicherungsverfahren als Kontrolle von Fehlsteuerungen**

Im Falle des Einsatzes leistungsorientierter Finanzzuweisungsverfahren muss es im Interesse des Staates liegen zu prüfen, ob die mit der Verwendung spezifischer Indikatoren beabsichtigte Wirkung eintritt und ob damit ggf. auch nicht beabsichtigte Implikationen für Hochschulen oder Studierende einhergehen. So können staatlich initiierte Qualitätssicherungssysteme eingesetzt werden, um erwartete Fehlsteuerungseffekte, wie z.B. das Absenken des qualitativen Leistungsniveaus, zu unterbinden bzw. transparent zu machen. Damit verbunden ist eine Art "Rückmeldeschleife" für das Steuerungssystem, die den Grad der Erfüllung bzw. Nicht-Erfüllung der staatlichen Ziele erkennbar werden lässt.

V.a. das Verfahren der Qualitätsbewertung eignet sich für die Erfüllung dieses Zwecks, da dabei periodische, vergleichende Bewertungen von externen Gutachtern durchgeführt werden. Die Schwäche dieses Verfahren besteht jedoch darin, dass es auf standardisierte Kriterien fixiert ist; hochschulspezifische Probleme und Schwächen können "unterbelichtet" bleiben. Ein Quality Audit, das speziell auf die jeweilige Hochschule ausgerichtet ist, bietet eine Alternative für die Erfüllung dieses Zwecks. Dabei wird in Kauf genommen, dass das Ergebnis des Verfahrens nicht ohne Weiteres vergleichbare Aussagen zu unterschiedlichen Hochschulen erlaubt.

- **Qualitätssicherungsverfahren als Anstoß zur Verbesserung der internen Managementkompetenzen in den Hochschulen**

Unter den Rahmenbedingungen weitgehender Hochschulautonomie und eines Finanzierungsmodells, das auf die Wirkung von Anreizen setzt, werden die internen Managementkompetenzen einer Hochschule herausgefordert. Eine Hochschule muss in der Lage sein, selbstständig auf die vom Staat gesetzten Verhaltensanreize zu reagieren und ggf. einen Kompromiss zwischen staatlichen und hochschulischen Zielen zu finden. Dabei kommt in vielen der betrachteten Länder das Interesse des Staates zum Ausdruck, hochschulinterne Qualitätssicherungsmaßnahmen zu unterstützen. In manchen Fällen wird das Vorhandensein solcher Maßnahmen vom Staat sogar vorgeschrieben und deren Effektivität staatlich überwacht. Hier kommen v.a. Quality Audits zum Einsatz. Auch Verfahren der Qualitätsbewertung können zu diesem Zweck eingeführt werden, um der Hochschule einen Eindruck zu geben, wo sie im Vergleich zu ihren Mitkonkurrenten steht; sie nehmen aber weniger Rücksicht auf die Spezifika der einzelnen Hochschulen.

### **18.3.3 Tendenzielle Offenheit im Verhältnis von Finanzzuweisungs- und Qualitätssicherungsverfahren**

Es ist deutlich geworden, dass sich Finanzierungs- und Qualitätssicherungsverfahren gegenseitig beeinflussen können; dabei ist es tendenziell eher so, dass Finanzierungsverfahren Einfluss auf die Wahl eines Qualitätssicherungsverfahrens haben, während Qualitätssicherungsverfahren die *Höhe* der Finanzierung beeinflussen können.

Es gibt jedoch keine zwingende Verbindung zwischen den beiden Verfahren; d.h. es gibt kein Finanzierungsverfahren, das unbedingt ein – und nur ein – *spezifisches* Qualitätssicherungsverfahren erfordern würde; umgekehrt gilt dies genauso. Finanzierungs- und Qualitätssicherungsverfahren müssen zueinander "passen" – *welches* spezifische Verfahren aber im

<sup>775</sup> Dill (2003), insbes. S.154.

Einzelfall am besten zum anderen passt, lässt sich nicht pauschal sagen, da dies von den landesspezifischen hochschulpolitischen Zielen abhängt. Dies betrifft insbesondere die Frage des Umfangs der Detailsteuerung der Hochschulen bzw. die der geringeren oder größeren Autonomie der Hochschulen. Dabei ist auch zu beachten, dass die Ziele nicht unbedingt der alleinigen Entscheidung der jeweiligen Staaten überlassen sind, sondern dass Entwicklungen auf supranationaler Ebene solche Zielsysteme mit beeinflussen. So hat namentlich der Bologna-Prozess maßgeblichen Einfluss auf die Einführung neuer Qualitätssicherungsverfahren; das Berliner Kommuniqué sieht explizit vor, dass Evaluations- und Akkreditierungsverfahren (bzw. vergleichbare Verfahren) verfolgt werden sollten.<sup>776</sup>

Dass es auch für gleiche Finanzierungsverfahren unterschiedliche Lösungen bzgl. des Einsatzes von Qualitätssicherungsverfahren gibt, soll an einigen Fallbeispielen aus den untersuchten Ländern verdeutlicht werden.

- **Unterschiedliche Qualitätssicherungsverfahren in Verbindung mit Nachfrageindikatoren**

In Australien und in Ungarn wird ein wesentlicher Teil der Finanzierung durch den Nachfrageindikator "Anzahl der Studierenden" bestimmt. In beiden Ländern haben die Hochschulen zudem die Möglichkeit, über das mit dem Staat vereinbarte Kontingent hinaus Studierende aufzunehmen, die für ihr Studium im vollen Umfang selbst zahlen müssen. Diese beiden Länder setzen jedoch ganz unterschiedliche Qualitätssicherungsverfahren ein: Während Australien ausschließlich Quality Audits nutzt, kommen in Ungarn Akkreditierung und Qualitätsbewertung zum Einsatz.

- **Unterschiedliche Qualitätssicherungsverfahren in Verbindung mit Erfolgsindikatoren**

Auch in Ländern, die Erfolgsindikatoren nutzen, kommen unterschiedliche Qualitätssicherungsverfahren zum Einsatz. Im finnischen Universitätsbereich werden Quality Audits sowie Qualitätsbewertungen genutzt; in Dänemark sind es ausschließlich Qualitätsbewertungen. In Schweden wiederum werden sowohl Qualitätsbewertungen als auch Akkreditierungen eingesetzt, während die Niederlande nur letztere nutzen.

- **Unterschiedliche Qualitätssicherungsverfahren in Verbindung mit einer Finanzierung über zweckgebundene staatliche Projektmittel**

Finnland, England und die Tschechische Republik sind unter den untersuchten Ländern diejenigen, die vergleichsweise große Finanzierungsbestandteile nur zweckgebunden für bestimmte Projekte vergeben. Wiederum zeigt sich, dass in diesen Ländern unterschiedliche Ansätze von Qualitätssicherung verfolgt werden: In der Tschechischen Republik gibt es Akkreditierungen und Qualitätsbewertungen, während in England (vom Forschungsbereich abgesehen) nur Quality Audits durchgeführt werden. In Finnland wiederum sind alle drei Verfahren möglich (Akkreditierungen nur im nicht-universitären Hochschulsektor).

- **Unterschiedliche Qualitätssicherungsverfahren in Verbindung mit Kontraktfinanzierung**

Kontraktfinanzierung wird nur in drei der untersuchten Länder genutzt: in Frankreich, Spanien (Valencia) und in Schweden. In Frankreich werden nur Qualitätsbewertungen eingesetzt, während in Spanien nur Akkreditierungen verpflichtend sind, Qualitätsbewer-

---

<sup>776</sup> Vgl. Berliner Kommuniqué, Abschnitt Qualitätssicherung. Dass dies nicht zwangsläufig bedeutet, dass beide Verfahren separat und parallel zueinander durchgeführt werden, konnte bereits am Beispiel der Niederlande gezeigt werden.

tungen dagegen nicht. In Schweden werden sowohl Akkreditierungen als auch Qualitätsbewertungen verwendet, früher hatte es auch Quality Audits gegeben.

- **Unterschiedliche Qualitätssicherungsverfahren in Verbindung mit diskretionär-inkrementalistischer Finanzierung**

Selbst in den Ländern, wo wesentliche Finanzierungsbestandteile nach diskretionär-inkrementalistischen Verfahren vergeben werden (in Irland, Japan, Norwegen, Ungarn und im Universitätsbereich in den Niederlanden sind es mindestens ein Drittel der Mittel), werden alle Formen von Qualitätssicherungsverfahren eingesetzt: In Irland und Norwegen spielen Quality Audits eine wichtige Rolle (an Institutes of Technology und den norwegischen Hochschulen zusätzlich auch Akkreditierungen), in Ungarn hingegen werden nur Akkreditierungen und Qualitätsbewertungen eingesetzt. In Japan wiederum sind nur Qualitätsbewertungen verpflichtend. Auch dies zeigt einmal mehr, dass es keine "feste" Kombination von Verfahren der Finanzierung und der Qualitätssicherung gibt, sondern dass bei deren Wahl die jeweiligen hochschulpolitischen Ziele im Vordergrund stehen.

Bei den obigen Ausführungen wurde stets Bezug auf einzelne Finanzierungskomponenten genommen. Wie gezeigt wurde, nutzen Mittelzuweisungsmodelle jedoch i.d.R. mehr als nur eine Komponente. Bei der Wahl von einem oder mehreren Qualitätssicherungsverfahren ist daher selbstverständlich auch die "Gesamtkomposition" der Finanzierungsverfahren zu berücksichtigen.



## Anhang

### Quellenverzeichnis

#### Allgemein

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2001): Qualitätssicherung im internationalen Wettbewerb – Bericht der Expertengruppe des Forums Bildung. Online unter: [http://www.forumbildung.de/files/experten\\_neu.pdf](http://www.forumbildung.de/files/experten_neu.pdf)

Danish Evaluation Institute (2003): Quality Procedures in European Higher Education – An ENQA Survey. ENQA, Helsinki. Online unter: <http://www.enqa.net/texts/procedures.pdf>

Dill, D. D. (2000): Capacity Building as an Instrument of Institutional Reform: Improving the Quality of Higher Education through Academic Audits in the UK, New Zealand, Sweden, and Hong Kong. In: Journal of Comparative Policy Analysis – Research and Practice, Vol.2: S.211-234

Hämäläinen, K. / Haakstad, J. / Kangasniemi, J. / Lindeberg, T. / Sjölund, M. (2001): Quality Assurance in the Nordic Higher Education – accreditation-like practices. European Network for Quality Assurance in Higher Education (ENQA), Helsinki. Online unter: <http://www.enqa.net/texts/nordicquality.pdf>

Harvey, L. / Askling, B. (2003): Quality in Higher Education. In: Begg, R. (Hrsg.): The Dialogue between Higher Education Research and Practice. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht: S.69-83

HIS / ZEW [Hochschul-Informationen-System GmbH / Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH] (2003): Indikatoren zur Ausbildung im Hochschulbereich. Online unter: <http://www.his.de/Service/Publikationen/Kia/pdf/Kia/kia200303.pdf>

Hochschulrektorenkonferenz (2000): Qualitätsbewertung und Qualitätsentwicklung in deutschen Hochschulen unter besonderer Berücksichtigung der Lehre. HRK, Dokumente und Informationen, Bonn, Juni 2000

Kaiser, F. / Koelman, J. / Vossensteyn, H. (2001): Public Funding of Higher Education: A comparative study of funding mechanisms in 10 countries. Center for Higher Education Policy Studies (CHEPS)

Kommuniqué der Konferenz der europäischen Hochschulministerinnen und -minister am 19. September 2003 in Berlin (zitiert als Berliner Kommuniqué). Online unter: [http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Communique\\_dt.pdf](http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Communique_dt.pdf)

Kultusministerkonferenz (2002). Statut für ein länder- und hochschulübergreifendes Akkreditierungsverfahren (Organisationsstatut) vom 24. Mai 2002 i.d.F. vom 19. September 2002. Online unter: [http://www.akkreditierungsrat.de/KMK\\_Qualitaetssicherung.pdf](http://www.akkreditierungsrat.de/KMK_Qualitaetssicherung.pdf)

Kultusministerkonferenz (2000): Qualitätssicherung/Evaluation der Lehre: Die deutsche Position im europäischen Kontext. Beschluss 15. Sept. 2000. Online unter: <http://www.kmk.org/doc/beschl/qualitae.pdf>

Lassnigg, L. / Unger, M. / Pechar, H. / Pellert, A. / Schmutzer-Hollensteiner, E. / Westerheijden, D.F. (2003): Review des Auf- und Ausbaus des Fachhochschulsektors. Endbericht. Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Leszczensky, M. (2003): Neue Steuerung im Hochschulbereich. In: Leszczensky, M. (Hrsg.): Internes und externes Hochschulcontrolling. HIS-Tagung vom 30. September - 1. Oktober 2003

in Hannover (Band 1). HIS Kurzinformation A8/2003: S.9-16. Online unter: <http://www.his.de/Service/Publikationen/Kia/pdf/Kia/kia200309.pdf>

Leszczensky, M. / Orr, D.: Staatliche Hochschulfinanzierung durch indikatorgestützte Mittelverteilung – Dokumentation und Analyse der Verfahren in 11 Bundesländern. HIS Kurzinformation A2 / 2004

Lewin, K. / Heublein, U. / Schreiber, J. / Spangenberg, H. / Sommer, D.: Studienanfänger im Wintersemester 2000/2001: Trotz Anfangsschwierigkeiten optimistisch in die Zukunft, Reihe HIS-Hochschulplanung, Bd. 155, Hannover 2001

OECD (1999): Classifying Educational Programmes. Manual for ISCED-97 Implementation in OECD Countries (1999 Edition). Paris: OECD

Orr, D. (2001): Die Finanzierungsmethodik im englischen Universitätssektor: eine verfahrensanalytische Untersuchung ihrer Implikationen und Folgen. Hochschulschriftenserver der TU Dresden. Online unter: <http://hsss.slub-dresden.de/hsss/servlet/hsss.urlmapping.MappingServlet?id=998390559515-7541>

Reissert, R. / Carstensen, D. (1998): Praxis der internen und externen Evaluation – Handbuch zum Verfahren. HIS Kurzinformation, März 1998. HIS GmbH, Hannover

Skilbeck, M. (2001): The University Challenged – A review of international trends and issues with particular reference to Ireland. Dublin, The Higher Education Authority

Teichler, U. (2003): Die Entstehung eines superkomplexen Systems der Qualitätsbewertung - Ein Beitrag aus der Sicht der Hochschulforschung. In: hochschule innovativ, Ausgabe 9, Juni 2003. Online unter: [http://www.uni-kassel.de/wz1/hi\\_archiv/hi\\_09.pdf](http://www.uni-kassel.de/wz1/hi_archiv/hi_09.pdf)

Ziegele, F. (2000): Mittelvergabe und Zielvereinbarung – Finanzierungsinstrumente eines Neuen Steuerungsmodells im Verhältnis Staat-Hochschule. Überlegungen und Erfahrung in den deutschen Bundesländern. In: Titscher, S. u.a. (Hrsg.): Universitäten im Wettbewerb: Zur Neustrukturierung österreichischer Universitäten. Rainer Hampp Verlag, München: S. 331-386

## **Australien**

AVCC [Australian Vice-Chancellors' Committee] (2003a): Key Statistics on Higher Education. Online unter: [http://www.avcc.edu.au/policies\\_activities/resource\\_analysis/key\\_stats/index.htm](http://www.avcc.edu.au/policies_activities/resource_analysis/key_stats/index.htm)

AVCC (2003b): Guarding the goalposts: the AVCC's proposed amendments to the Higher Education Support Bill. Online unter: [http://www.avcc.edu.au/policies\\_activities/education\\_review/Guarding\\_the\\_goalpostsNov03.pdf](http://www.avcc.edu.au/policies_activities/education_review/Guarding_the_goalpostsNov03.pdf)

AVCC (2003c): AVCC Higher Education News – Legislation Special (7. Dez. 2003)

AUQA [Australian Universities Quality Agency] (2002): Audit Manual (Version 1). Online unter: [http://www.auqa.edu.au/qualityaudit/auditmanual\\_v1/index.shtml](http://www.auqa.edu.au/qualityaudit/auditmanual_v1/index.shtml)

Department for Education, Science and Training [DEST] (2002): Higher Education: Report for the 2002 to 2004 Triennium, Commonwealth, Canberra. Online unter: [www.dest.gov.au/highered/he\\_report/2002\\_2004/html/contents.htm](http://www.dest.gov.au/highered/he_report/2002_2004/html/contents.htm)

DEST (2002): Higher Education at the Crossroads – An overview paper. Commonwealth, Canberra. Online unter: <http://www.backingaustraliasfuture.gov.au/publications/crossroads/default.htm>

DEST (2000): The Australian Higher Education Quality Assurance Framework. Occasional Paper Series 2000 – H. Online unter: <http://dest.gov.au/highered/occpaper/00g/00g.pdf>



- Dobson, I. (2003): Brave New Worlds - The ever-changing Australian higher education system. Tagungsbeitrag, EAIR Forum Limerick, 24-27.08.2003
- Harman, G. (2000): Institutional Mergers in Australian Higher Education Since 1960. In: Higher Education Quarterly, Vol.54, No.4: S.343-366
- Meek, V. L. / Wood, F. Q. / Carrington, R. (2003): Evaluation of Commonwealth-State Relationship in Australian Higher Education. Mimeo (August 2003)
- Meek, V. L. / Wood, F. Q. (1997): The Market as a New Steering Strategy for Australian Higher Education. In: Higher Education Policy, Vol.10, No.3-4: S.253-274
- OECD (2003): Education at a Glance: OECD Indicators, Paris
- Taylor, J. (2001): The Impact of Performance Indicators on the Work of University Academics: Evidence from Australian universities. In: Higher Education Quarterly, Vol.55, No.1: S.42-61
- UAC (2003) [University Admissions Centre (NSW & ACT) Pty Ltd]: You and Your UAI – What's it all about. Online unter: [http://www.uac.edu.au/pubs/pdf/uaibook\\_2003\\_web.pdf](http://www.uac.edu.au/pubs/pdf/uaibook_2003_web.pdf)

## Belgien

CFWB, Direction générale de l'Enseignement non obligatoire et de la Recherche scientifique, Service général de l'Enseignement universitaire et de la Recherche, Direction de la Logistique administrative et budgétaire (2002 a): Le financement des universités. Brüssel (zitiert als: CFWB (2002 a))

CFWB, Direction générale de l'Enseignement non obligatoire et de la Recherche scientifique, Service général de l'Enseignement universitaire et de la Recherche & Service général des Hautes Ecoles et de l'enseignement artistique et de niveau supérieur, Direction de la Logistique administrative et budgétaire (2002 b): Le financement des Hautes Ecoles. Brüssel (zitiert als: CFWB (2002 b))

Eurydice (2002 a) Eurybase 2001/2002: The Information Database on Education Systems in Europe – Het onderwijssysteem in België (Flämische Gemeinschaft) Online unter: <http://www.eurydice.org/Eurybase/Application/frameset.asp?country=BF&language=VO>

Eurydice (2002 b) Eurybase 2001/2002: The Information Database on Education Systems in Europe – Le système éducatif de la Belgique (Französische Gemeinschaft) Online unter: <http://www.eurydice.org/Eurybase/Application/frameset.asp?country=BN&language=VO>

Gecoördineerde versie hogescholendecreet 13 juli 1994 – Decreet betreffende de hogescholen in de Vlaamse Gemeenschap. [http://www.ond.vlaanderen.be/hogescholen/05\\_publicaties/nieuwsbrief25.doc](http://www.ond.vlaanderen.be/hogescholen/05_publicaties/nieuwsbrief25.doc) (zitiert als Hogescholendecreet 1994)

<http://www.plan.be>

<http://www.senate.be>

<http://www.vlir.be>

<http://www.vlhora.be>

<http://www.cfwb.be>

<http://www.ond.vlaanderen.be>

<http://www.vew.be>

International Bureau of Education (2001): Onderwijs-Ontwikkelingen. Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs. Brussel

Kaiser, F. / Vossensteyn, H. / Koelman, J. (2001): Public funding of higher education. A comparative study of funding mechanisms in ten countries. Eindhoven: CHEPS

Ministère de la Communauté française, Service des allocations et prêts d'études (2003): Allocations et prêts d'études 2003 / 2004. Brussel

Ministère de la Communauté française, Administration générale des Personnels de l'enseignement, Service des allocations et prêts d'études (o.J.): Rapport d'activité 2001 - 2002. Brussel

Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs (2001): Onderwijs in Vlaanderen. Het Vlaamse onderwijslandschap in een notendop. Brussel

Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs (2002): Beperkte statistische telling van de studenten in het hoger onderwijs op 31 oktober 2002. Academiejahr 2002 - 2003. Brussel

Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs / VLHORA / VLIR (2001): Higher Education in Flanders, Belgium. Brussel

Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Departement Onderwijs / VLHORA / VLIR (2002): Changing Higher Education in Flanders, Belgium. Brussel

Thune, C. (2000): Evaluation of European Higher Education: A Status Report. Helsinki: ENQA

Vlaams Parlement: Ontwerp van Decreet betreffende de herstructurering van het hoger onderwijs in Vlaanderen. Tekst aangenomen door de plenaire vergadering. 2 april 2003 (zitiert als Decreet 2003)

## **Dänemark**

Bonne, H. / Jensen, K. E. / van der Meer, W. / Veilex, L. (Hrsg.) (2002): Danish Universities. Copenhagen: The Danish Rectors' Conference

Canton, E. / van der Meer, P. (2001): Public Funding of Higher Education: the Danish taximeter model. In: CPS/CHEPS (Hrsg.): Higher Education Reform: Getting the Incentives Right, Den Haag

ENQA [European Network of Quality Assurance] (2000): Evaluation of European Higher Education: A Status Report. Online unter: <http://www.enqa.net/docs.lasso?docname=statusreport1.html>

Eurydice (2002) Eurybase 2000/01: The Information Database on Education Systems in Europe – The Education System in Denmark: <http://www.eurydice/Eurybase/Application/frameset.asp?country=DK&language=EN>

EVA [Danish Evaluation Agency] (2003): Action Plan 2004. Online unter: <http://www.eva.dk/swwwing/servlet/getfile?SHOW=202137>

Hämäläinen, K. / Haakstad, J. / Kagasniemi, J. / Lindeberg, T. / Sjölund, M. (2001): Quality Assurance in Nordic Higher Education. ENQA Occasional Papers 2, Helsinki: European Network for Quality Assurance in Higher Education

Jongbloed, B. (2001): Performance-based funding in higher education: an international survey. CEET Working Paper No. 35, CEET, Monash University, Australia

- Kaiser, F. / Koelman, J. / Vossensteyn, H. (2000): Public Funding of Higher Education: A comparative study of funding mechanisms in 10 countries. Center for Higher Education Policy Studies (CHEPS): Online unter: <http://www.minocw.nl/bhw/84/13.html>
- Lindeberg, T. / Riemann, S. (2002): Systematic evaluation in an international context: A small country perspective. Tagungsbeitrag 24. EAIR Forum in Prag, 8-11 September
- OECD (2003): Education at a Glance: OECD Indicators, Paris: Centre for Educational Research and Innovation
- Skjødt, K. (1996): Financing Higher Education in Denmark. In: Higher Education Management, Vol. 8, No.1: S.41-49
- Smeby, J-C. / Stensaker, B. (1999): National quality assessment systems in the Nordic countries: developing a balance between external and internal needs? In: Higher Education Policy, Vol.12: S.3-14
- Thune, C. (2002): Future Relationships and Dilemmas of Quality Assurance and Accreditation. Tagungsbeitrag 24. EAIR Forum in Prag, 8-11 September
- Thune, C. (2001), Quality Assurance of Higher Education in Denmark, in: Dunkerly, D. / Wong, W. (Hrsg.): Global Perspectives on Quality in Higher Education, Aldershot: Ashgate Publishers
- Thune, C. / Kristoffersen, D. (1999): Guarding the Guardian: The Evaluation of the Danish Centre for Quality Assurance and Evaluation of Higher Education. Tagungsbeitrag 5. halbjährliche Tagung INQAAHE, Santiago de Chile, Mai
- Undervisnings Ministeriet (1997), Principles and Issues in Education, Chapter 4: Higher Education. Online unter: <http://pub.uvm.dk/princip/>
- Undervisnings Ministeriet (2000a), Facts and Figures: The Education System in Denmark, Statistics and Information Division. Online unter: <http://eng.uvm.dk/factsheets/?menuid=25>
- Undervisnings Ministeriet (2000b), Financing of Education in Denmark, Statistics and Information Division. Online unter: <http://eng.uvm.dk/factsheets/?menuid=25>
- Undervisnings Ministeriet (2000c), Kvalitet der kan ses, Chapter 15: Progress Report on the seven general targets. Online unter: <http://pub.uvm.dk/2000/kvalitet/index.html>
- Undervisnings Ministeriet (2002a), The Structure of the Ministry, Statistics and Information Division. Online unter: <http://eng.uvm.dk/factsheets/?menuid=25>
- Undervisnings Ministeriet (2002b), The Danish Approach to Quality Assurance, Statistics and Information Division. Online unter: <http://eng.uvm.dk/factsheets/?menuid=25>
- Undervisnings Ministeriet (2002c), The Danish Higher Education System, Statistics and Information Division. Online unter: <http://eng.uvm.dk/factsheets/?menuid=25>
- van Damme, D. (2000), European approaches to quality assurance: models, characteristics and challenges. In: South African Journal of Higher Education, Vol. 14, No.2: S.10-19
- Vossensteyn, H. (2003): Higher education in Denmark – Country Report. CHEPS, Enschede

## England

DFES [Department for Education and Skills] (2003a): Foundation Degrees: Meeting the need for higher level skills: Online unter: [http://www.dfes.gov.uk/foundationdegreereport/docs/FD\\_PROGRESS\\_REPORTt.pdf](http://www.dfes.gov.uk/foundationdegreereport/docs/FD_PROGRESS_REPORTt.pdf)

DFES (2003b): The Future of Higher Education. HMSO oder Online unter: <http://www.dfes.gov.uk/highereducation/hestrategy/>

Eurydice (2001): Eurybase 2001: The Information Database on Education Systems in Europe – The Education System in England. Online unter: <http://www.eurydice.org/Eurybase/Application/frameset.asp?country=UK&language=VO>

HEFCE [Higher Education Funding Council for England] (2002): Funding Higher Education in England: How the HEFCE allocates its funds. (HEFCE 02/18), Bristol. Online unter: [www.hefce.ac.uk](http://www.hefce.ac.uk)

HEFCE (2001): Funding Higher Education in England: How the HEFCE allocates its funds. Bristol

HESA [Higher Education Statistic Agency] (2003): Total Income and Expenditure by Source of Income and Category of Expenditure 2000/01 - 2001/02. Online unter: <http://www.hesa.ac.uk/holisdocs/home.htm>

HESA (2002): Resources of Higher Education Institutions 2000/01. Cheltenham

Labour Party (2004): The Government's Higher Education Proposals Explained. Online unter: <http://www.labour.org.uk/education/>

OECD (2003): Education at a Glance: OECD Indicators, Paris: Centre for Educational Research and Innovation

Orr, D. (2003): Verfahren der Forschungsbewertung im Kontext neuer Steuerungsverfahren im Hochschulwesen: Analyse von vier Verfahren aus Niedersachsen, Großbritannien, den Niederlanden und Irland. HIS Kurzinformation A, Hannover. Online unter: <http://www.his.de/Service>

Orr, D. (2001): Die Finanzierungsmethodik im englischen Universitätssektor: eine verfahrensanalytische Untersuchung ihrer Implikationen und Folgen. Hochschulschriftenserver der TU Dresden. Online unter: <http://hsss.slub-dresden.de/hsss/servlet/hsss.urlmapping.MappingServlet?id=998390559515-7541>

Pratt, J. (1997): The Polytechnic Experiment. SRHE/Open University, Bucks

QAA [Quality Assurance Agency] (2000): Code of Practice for the Assurance of Academic Quality and Standards in Higher Education. QAA, Gloucester

QAA (2002a): New review system for quality assurance in English higher education. Pressemitteilung, 20.03.2003

QAA (2002b): Handbook for Institutional Audit: England. Gloucester. Online unter: <http://www.qaa.ac.uk/public/publications.htm>

Shattock, M. (1994): The UGC and the Management of British Universities. SRHE/Open University, Bucks

THES [Times Higher Education Supplement] (9.12.2003): Dearing revises opinion and endorses top-up fees

THES (15.08.2003): Rethink doubles 6\* winners

THES (20.06.2003): Demand to explode but no new cash

UUK [Universities UK] (2002): Higher Education in Facts and Figures. Online unter: <http://www.universitiesuk.ac.uk/bookshop/downloads/facts02.pdf>

Webb, C. (1995): Quality Audit in the Universities. In: Green, D. (Hrsg.): What is Quality in Higher education? SRHE/Open University, Bucks: S.46-59

## **Finnland**

ENQA [European Network of Quality Assurance] (1998): Evaluation of European Higher Education: A Status Report. Online unter: <http://www.enqa.net/docs.lasso?docname=statusreport1.html>

Eurydice (2002): Eurybase 2002: The Information Database on Education Systems in Europe – The Education System in Finland. Online unter: <http://www.eurydice/Eurybase/Application/frameset.asp?country=FI&language=EN>

FINHEEC (o.J.) Selbstbeschreibung der Aufgaben von FINHEEC auf INQAAHE-Homepage: <http://www.inqaahe.org>

Hämäläinen, K. / Pehu-Voima, S. / Walhén, S. (2001): Institutional Evaluations in Europe, ENQA Workshop Reports 1, Helsinki, European Network for Quality Assurance in Higher Education. Online unter: <http://www.enqa.net/texts/institutional.pdf>

Hämäläinen, K. / Haakstad, J. / Kagasniemi, J. / Lindeberg, T. / Sjölund, M. (2001b), Quality Assurance in Nordic Higher Education, ENQA Occasional Papers 2, Helsinki: European Network for Quality Assurance in Higher Education

Ministry of Education Finland (2004): Management by Results in Higher Education. Helsinki. Mimeo

Ministry of Education Finland (2003): Report on the Finnish implementation of the Bologna Declaration and the Prague Communiqué. Online unter: <http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Finland.pdf>

OECD (2003): Education at a Glance: OECD Indicators, Paris: Centre for Educational Research and Innovation

## **Frankreich**

CNE [Comité national d'évaluation] (1999): Enseignement supérieur: autonomie, comparaison, harmonisation. Rapport au Président de la République. 1995-1999. Paris: La documentation française

<http://cisad.adc.education.fr>

<http://marelle.isty-info.uvsq.fr>

<http://www.cne-evaluation.fr>

<http://www.cpu.fr>

<http://www.education.gouv.fr>

<http://www.eurydice.org> (zitiert als Eurydice 2000)

<http://www.unesco.org> (UNESCO 2000)

<http://www1.oecd.org>

Laugénie, C. et al. (2001): Evolution du système d'analyse et de répartition des moyens aux établissements d'enseignement supérieur (SAN REMO). Rapport à Monsieur le Ministre de l'éducation nationale. Paris: Conférence des Présidents d'Université

Maassen, P. et al. (2000): Models of Financing Higher Education in Europe. Enschede: CHEPS

Nicollé, D. (2000): SAN REMO: Système analytique de répartition des moyens. Paris: Comité national d'évaluation

o.V. (2002): Le système analytique de répartition des moyens. (erhalten von Herrn Gabriel, Vizepräsident der Universität Henri Poincaré in Nancy)

## **Irland**

Clancy, P. (1996): Pathways to Mass Higher Education in the Republic of Ireland. In: European Journal of Education, Vol. 13, No. 3: S.355-370

CHIU [Conference of Heads of Irish Universities] (2000): Review of State Funding of the University Sector. Online unter: [www.chiu.ie/issues/funding.html](http://www.chiu.ie/issues/funding.html)

CHIU (2003a, Nov.): The Future Funding of the Irish University Sector. Online unter: [http://www.chiu.ie/issues/funding\\_report.pdf](http://www.chiu.ie/issues/funding_report.pdf)

CHIU (2003b): Review 03/2 for CHIU Meetings (April 2003). Online unter: [http://www.chiu.ie/reviews/CHIU\\_Review\\_April\\_2003.doc](http://www.chiu.ie/reviews/CHIU_Review_April_2003.doc)

CHIU (2003c): A Framework for Quality in Irish Universities – Meeting the challenge of chance. Online unter: <http://www.chiu.ie/Quality.pdf>

Department for Education and Science (o.J.): Key Education Statistics 1989/90-1999/00. Dublin

Duff, T. (2003): A possible restructuring and amalgamation/merger of higher education institutions in the Republic of Ireland. Tagungsbeitrag, European Association for Institutional Research (EAIR) 24-27.08.2003, Limerick

Duff, T / Hegarty, J. / Hussey, M. (2000): Academic Quality Assurance in Irish Higher Education – Elements of a Handbook. Blackhall, Dublin

Government of Ireland (2002): Statistical Report. Dublin. Online unter: <http://www.education.ie/servlet/blobServlet/statistics00-01.pdf>

HETAC [Higher Education and Training Awards Council] (2002): Policy, Criteria and Procedures on Delegation of Authority to Make Awards. Online unter: [www.hetac.ie](http://www.hetac.ie)

HETAC (o.J.): Awards, Range and Criteria. Online unter: [www.hetac.ie](http://www.hetac.ie)

HEA [Higher Education Authority] (2002): Unit Cost Recurrent Funding Mechanism. (Nicht veröffentlichtes Arbeitspapier)

HIS [Hochschul-Informationen-System] (Hrsg; 2002): Euro-Student 2000. Hannover: Länderbericht Irland. Online unter: <http://www.his.de/Abt2/Auslandsstudium/Eurostudent/download/eurostudent2000c.pdf>

OECD (2003): Education at a Glance: OECD Indicators, Paris: Centre for Educational Research and Innovation

Skilbeck, M. (2001): The University Challenged – A review of international trends and issues with particular reference to Ireland. Higher Education Authority/Conference of Heads of Irish Universities. Online unter: <http://www.heai.ie/publications/University%20Challenged.pdf>

## Japan

Brender, A. (2003): The Big Shrink. In: The Chronicle of Higher Education. February 21, 2003, S. A34-36

DUZ (2002): Reformen angestrebt. DUZ 13 (2002), S. 25

Foreign Press Center (2001): Education in Japan. About Japan Series, part 8. Tokio: Foreign Press Center

<http://www.juaa.or.jp/english>

<http://www.mext.go.jp/english>

<http://www.niad.ac.jp/english>

<http://www.unesco.org>

<http://www.jsps-bonn.de>

Kaneko, M. (1989): Financing Higher Education in Japan. Trends and Issues. Hiroshima: Research Institute for Higher Education

Kaneko, M. / Yamamoto, K. / Ohmori, F. (2003): Joint OECD IMHE-HEFCE International Higher Education Financial Management Project - Case Study Japan (mimeo)

Kimura, T. / Tachi, A. / Yonezawa, A. (2003): Quality Assessment of National Universities in Japan: Establishing Effective Communication between QAAs and HEIs. Tokio: NIAD

MEXT [Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology] (2001): Higher education in Japan. Tokio: MEXT

MEXT (2002 a): Statistical Abstract. 2002 Edition. Tokio: MEXT

MEXT (2002 b): Ministry of Education, Culture, Sports Science and Technology 2002. Tokio: MEXT

Murasawa, M. (2002): The future of higher education in Japan: Changing the legal status of national universities. In: Higher Education 43, S. 141 - 155, 2002 (Kluwer Academic Publishers)

NIAD [National Institution for Academic Degrees] (2000): Report on the Funding of a National Organization for University Evaluation. Online unter: <http://www.niad.ac.jp/english/general/report-all.pdf>

NIAD (2001): The Work of NIAD. 2001 → 2002. Tokio: NIAD

NIAD (2002): The Work of NIAD. 2002 → 2003. Tokio: NIAD

NIAD-UE (2003): The Work of NIAD-UE. 2003 → 2004. Tokio: NIAD-UE

OECD (1999): Classifying Educational Programmes. Manual for ISCED-97 Implementation in OECD Countries. 1999 Edition. Paris: OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development)

Tachi, A. (2001): Quality Assurance in Japanese Higher Education and Evaluation Works of NIAD. Tokio: NIAD. Online unter: <http://svrrd2.niad.ac.jp/sophia/paper%20on%20qaj.htm>

Tachi, A. / Yonezawa, A. (2003): Introduction of New Evaluation Systems in Japan. Aiming at the University Reform and Quality Assurance. Tokio: NIAD

Yonezawa, A. (1998): Further Privatization in Japanese Higher Education? In: International Higher Education, Fall 1998, zitiert nach [http://www.bc.edu/bc\\_org/avp/soe/cihe/newsletter/News 13/text11.html](http://www.bc.edu/bc_org/avp/soe/cihe/newsletter/News%2013/text11.html)

Yonezawa, A. (2002 a): The quality assurance system and market forces in Japanese higher education. In: Higher Education 43, S. 127 - 139, 2002 (Kluwer Academic Publishers)

Yonezawa, A. (2002 b): The New Quality Assurance System for Japanese Higher Education: Its social background, tasks and future. In: Research in University Evaluation, No. 2 (The Journal of University Evaluation of National Institution for Academic Degrees), S. 23-34

## Niederlande

Bätzel, M. (2003): Studienfinanzierung im Sozialstaat. Eine Konzeption im Lichte der Gestaltungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Berlin: Duncker und Humblot

Dijkstra, F. / Tienstra, J. / Maas, G. (2002): A benchmark of quality of teaching and research at Dutch universities. Zoetermeer: Ministerie van OCenW (Papier zur EAIR-Tagung September 2002, Prag)

Goedegebuure, L. et al. (2002): Alle begin is moeilijk. Evaluatie van de proefaccreditering HBO. Eindhoven: CHEPS

HBO-raad (1999): Algemene informatiebrochure sectorale kwaliteitszorg hbo. Het visitatiestelsel in het hoger beroepsonderwijs in Nederland. Den Haag

HBO-raad (2001): Het basisbeoordelingskader dat door de HBO-raad wordt gebruikt voor het visitatiestelsel in het hoger beroepsonderwijs. Den Haag

HBO-raad (2002): Factsheet bekostiging HBO

<http://www.minocw.nl>

<http://www.nao-ho.nl>

<http://www.nvao.nl>

<http://www.hbo-raad.nl>

<http://www.knaw.nl>

<http://www.minbuza.nl>

<http://www.minlnv.nl>

<http://www.minocw.nl>

<http://www.vsnu.nl>

<http://www.eurydice.org>

<http://www.onderwijsinspectie.nl>

Inspectie van het Onderwijs (1997): Onderwijsverslag 1997 hoger onderwijs.

Jongbloed, B. (2002): The funding of universities in the Netherlands. Eindhoven: CHEPS

Kaiser, F. / Vossensteyn, H. / Koelman, J. (2001): Public funding of higher education. A comparative study of funding mechanisms in ten countries. Eindhoven: CHEPS



KNAW / NWO / VSNU [Koninklijke Nederlandse Akademie van Wetenschappen / Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek / Vereniging van Universiteiten] (2001): Kwaliteit verplicht. Naar een nieuw stelsel van kwaliteitszorg voor het wetenschappelijk onderzoek. Rapport van de werkgroep Kwaliteitszorg Wetenschappelijk Onderzoek en standpuntbepaling KNAW, NOW en VSNU. Amsterdam / Den Haag / Utrecht

Ministerie van Onderwijs, Cultuur en Wetenschappen (2001): Onderwijs Cultuur en Wetenschappen in kerncijfers 2002. Zoetermeer (zitiert als: OCenW 2001)

Ministerie van Onderwijs, Cultuur en Wetenschappen (2003): Kerncijfers 1998 - 2002. Onderwijs Cultuur en Wetenschappen. Zoetermeer (zitiert als: OCenW 2003)

NAO [Nederlandse Accreditatie Organisatie] (2003 a): Accreditatiekader bestaande opleidingen hoger onderwijs. Den Haag: NAO

NAO (2003 b): Toetsingskader nieuwe opleidingen hoger onderwijs. Den Haag: NAO

NAO (2003 c): Protocol ter beoordeling van de werkwijze van visiterende en beoordelende instanties. Den Haag: NAO

NWO [Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek] (1997): Bonus incentive scheme for research schools 1997/98. Den Haag: NWO

Pressebericht des Bildungsministeriums Nr. 37 ("Vredevoogd voorzitter accreditatieorgaan hoger onderwijs") vom 10.06.2002

Van den Brink, E. (2002): Vuist tegen VS. KIVI en NIRIA omarmen uniform Europees onderwijssysteem. In: De Ingenieur, Nr. 9 / 2002, S. 32-33.

Vroeijenstijn, A. I. (2000): External Quality Assessment (EQA) in the Netherlands. The 3rd Generation 2000-2006. In: HRK (Hrsg.): Leitbild der Hochschule - Qualität der Lehre. Fachtagung der Humboldt-Universität zu Berlin und der Hochschulrektorenkonferenz. Berlin, 25./26. Juni 1999. Beiträge zur Hochschulpolitik 2/2000, Projekt Qualitätssicherung. Bonn

VSNU [Vereniging van Universiteiten] (1998): Assessment of Research Quality. Protocol 1998. Utrecht

VSNU (1999): Onderwijsvisite op Maat. Protocol Kwaliteitszorg Onderwijs 2000-2005. Utrecht

VSNU (o.J.): Bijlage 6: Technisch Rekendossier Bekostiging Universiteiten. Toelichtingen Diverse Specificaties.

VSNU / NWO / KNAW (2003): Standard evaluation protocol 2003 - 2009 for public research associations. Utrecht / Den Haag / Amsterdam

## Norwegen

Aamodt, P.O. (2003): Quality or Efficiency? Perspectives on a Norwegian Reform in Higher Education. Tagungsbeitrag, 16. CHER Jahrestagung, Porto, Sept. 2003.

Birkeland, I. / Olson, H. (2000): Norway, [online] Addendum to: Källemark, T. / van der Wende, M. (1997; Hrsg.): National Policies for the Internationalisation of Higher Education in Europe, Högskoleverkets Studies. Online unter: <http://www3.siu.no/vev.nsf/info/Litteratur-A0A54>

Eurydice (2002): Eurybase 2002: The Information Database on Education Systems in Europe – The Education System in Sweden. Online unter: <http://www.eurydice.org/Eurybase/Application/frameset.asp?country=NO&language=EN>

Eurydice (2000): Two Decades of Reform in Higher Education in Europe – 1980 Onwards. Brüssel.

Hämäläinen, K. / Haakstad, J. / Kagasniemi, J. / Lindeberg, T. / Sjölund, M. (2001): Quality Assurance in Nordic Higher Education: ENQA Occasional Papers 2, Helsinki: European Network for Quality Assurance in Higher Education

NOKUT [Nasjonalt organ for kvalitet i utdanningen] (2003a): NOKUT – Norwegian Agency of Quality Assurance in Education. Online unter: <http://www.nokut.no/sw336.asp>

NOKUT (2003b): Quality Assurance of Norwegian Higher Education. Online unter: <http://www.nokut.no/sw410.asp>

NOKUT (2003c): Accreditation of Courses. Online unter: <http://www.nokut.no/sw2112.asp>

NOKUT (2003d): Regulations Relating to Criteria for Accreditation of Institutions and to Standards and Criteria for Accreditation of Course Provisions in Norwegian Higher Education. Online unter: <http://www.nokut.no/sw482.asp>

Nyborg, P. (2002b): The Quality Reform of Higher Education in Norway: A national reflection of the Bologna Process. Norwegian Council for Higher Education: Online unter: [http://www.see-educoop.net/education\\_in/pdf/q-reform-he-in-norway-oth-enl-t02.pdf](http://www.see-educoop.net/education_in/pdf/q-reform-he-in-norway-oth-enl-t02.pdf)

OECD (2003): Education at a Glance: OECD Indicators, Paris: Centre for Educational Research and Innovation

Report to the Storting No.27 (2000-01): Do your duty – Demand your rights. Online unter: <http://odin.dep.no/ufd/engelsk/publ/stmeld/014071-120002/index-dok000-b-n-a.html>

Statistics Norway (2003): Year Book 2003. Online unter: <http://www.ssb.no/english/yearbook/emne04.html>

UHR [Universitets- og Høgskolerådet] (2002a): About UHR. Online unter: <http://www.uhr.no/English/about%20uhr.htm>

Utdannings- og forskningsdepartementet (2003): Education in Norway. Online unter: <http://odin.dep.no/archive/ufdvedlegg/01/04/utdan021.pdf>

## Schweden

Askling, B. / Almén, E. (1997): From Participation to Competition: Changes in the Notion of Decentralization in Swedish Higher Educational Policy. In: Tertiary Education Management, Vol.3, No.3: S.199-210

Bauer, M. / Henkel, M. (1997): Responses of Academe to Quality Reforms in Higher Education: A Comparative Study of England and Sweden. In: Tertiary Education Management, Vol. 3, No. 3: S.211-228

Eurydice (2002): Eurybase 2002: The Information Database on Education Systems in Europe – The Education System in Sweden. Online unter: <http://www.eurydice.org/Eurybase/Application/frameset.asp?country=SW&language=EN>

Hämäläinen, K. / Haakstad, J. / Kagasniemi, J. / Lindeberg, T. / Sjölund, M. (2001): Quality Assurance in Nordic Higher Education: ENQA Occasional Papers 2, Helsinki: European Network for Quality Assurance in Higher Education

Hämäläinen, K. / Pehu-Voima, S. / Walhén, S. (2001): Institutional Evaluations in Europe. ENQA Workshop Reports 1, Helsinki: European Network for Quality Assurance in Higher Education

Högskoleverk (2003): How Did Things Turn Out? – The National Agency's Quality Appraisals 2002. Online unter: <http://www.eng.hsv.se/en/FileServlet/doc/81/0325R.pdf>

Jongbloed, B. (2001): Performance-based Funding in Higher Education: an international survey, CEET Working Paper No. 35, CEET, Monash University, Australia

Kaiser, F. / Koelman, J. / Vossensteyn, H. (2001): Public Funding of Higher Education: A comparative study of funding mechanisms in 10 countries. Center for Higher Education Policy Studies (CHEPS)

Tengner, O. (2003; Hrsg.): Swedish Universities and University Colleges. Short version of the annual report 2002, Högskoleverket (National Agency for Higher Education)

Ministry of Education and Science Sweden (2003): National Report Sweden - Report on the Swedish follow-up of the Bologna Declaration and the Prague Communiqué. Online unter: <http://www.bologna-berlin2003.de>

Nitzler, R. (2001): From Quality Audit to Quality Assessment: The New Evaluation Approach for Swedish Higher Education. In: Högskoleverkets Studies, 2001

Nilsson, K.-A. (2002): On Simplicity and Usefulness: A study of the methods of programme evaluations. Tagungsbeitrag 24th Annual EAIR Forum in Prague, 8-11 September 2002

OECD (2003): Education at a Glance: OECD Indicators, Paris

Sarbäck, S. (2003): Joint OECD/IMHE-HEFCE project on Financial Management and Governance of Higher Education Institutions – National Report Sweden. Online unter: [http://utbildning.regeringen.se/ansvarsomr/universitet/ansvarsomr/universitet/pdf/national-report\\_nov03.pdf](http://utbildning.regeringen.se/ansvarsomr/universitet/ansvarsomr/universitet/pdf/national-report_nov03.pdf)

Smeby, J.-C. / Stensaker, B. (1999): National Quality Assessment Systems in the Nordic Countries: Developing a balance between external and internal needs? In: Higher Education Policy, Vol. 12: S.3-14

## Spanien

Dirección general de enseñanzas universitarias e investigación / Dirección general de presupuestos (1999): Programa plurianual de financiación del sistema público universitario Valenciano 1999 / 2003. (kurz zitiert als: Dirección general)

<http://www.pre.gva.es>

<http://www.cult.gva.es>

<http://www.mec.es>

<http://www.aecb.es>

<http://expansionyempleo.vd.recoletos.es>

<http://www.stecyl.es>

Ley 5/2002, de 19 de junio, de Creación del Consejo Valenciano de Universidades y de la Comisión Valenciana de Acreditación y Evaluación de la Calidad en el Sistema Universitario Valenciano. [DOGV núm. 4.279 de 26 junio]

LOU 2001: Ley Orgánica 6/2001, de 21 diciembre, de Universidades. In: Boletín Oficial del Estado número 307, S. 49400 - 49425

Ministerio de Educación, Cultura Y Deporte (2001): II Plan de la Calidad de las Universidades. II PCU 2001 - 2006. Madrid

Ministerio de Educación, Cultura Y Deporte (2003): La integración del sistema universitario español en el espacio europeo de enseñanza superior. Madrid

Mora, J.-G. (1997): Quality Assessment in Spain: an On-Going Process. In: Higher Education Management. March 1997, Vol. 9, No. 1, S. 59-70

Mora, J.-G. (1999): Financiación de la educación superior: perspectivas para la mejora de la calidad. In: Hacienda pública española. Monografía 1998, Economía y Educación, S. 77-87

Mora, J.-G. (2003): A decade of quality assurance in Spanish universities. In: Westerheijden, Don / Schwartz, Stefanie (Hrsg.): Quality Assurance in Europe. Kluwer (mimeo)

Mora, J.-G. / Villareal, E. (2003): The Financing of Spanish Universities. In: Amaral, A. (Hrsg.): Evaluation in Europe and Latin America. Palgrave – McMillan (mimeo)

Puente Azcutia, J. (2000): La evaluación del sistema educativo español. In: Revista de Educación, Nr. 321 (2000), S. 81-96

Sánchez-Ferrer, L. (1997): From Bureaucratic Centralism to Self-Regulation: The Reform of Higher Education in Spain. In: West European Policies, Vol. 20, No. 3, S. 164-184

Sproß, K. (2002): Nationale Behörde kontrolliert Qualität. In: DUZ 21/2002, S. 22

## **Tschechische Republik**

Accreditation Commission (2002): The Statute of the Accreditation Commission, Government Decree, No. 825, 29.11.2002. Online unter: [http://www.msmt.cz/\\_DOMEK/default.asp?ARI=101842&CAI=2856](http://www.msmt.cz/_DOMEK/default.asp?ARI=101842&CAI=2856)

Accreditation Commission (2003): Processes of Internationalization of the Quality Assurance and Accreditation in Higher Education in the Czech Republic. Online unter: [http://www.msmt.cz/\\_DOMEK/default.asp?CAI=2856](http://www.msmt.cz/_DOMEK/default.asp?CAI=2856)

Beneš, J. / Huismann, J. / Šebková, H. (2003): The Czech Republic. In: File, J.; Goedegebuure, L. (Hrsg.): S.41-58

Beneš, J. / Šebková, H. (2001): Tertiary Education in the Czech Republic - Country Report. Centre for Higher Education Studies / Ministry of Education, Youth and Sports. Online unter: [http://www.csvs.cz/\\_en/documents/Tertiary%20Education%20in%20the%20CR,%202001.rtf](http://www.csvs.cz/_en/documents/Tertiary%20Education%20in%20the%20CR,%202001.rtf)

Eurydice (2002): The Information Database on Education Systems in Europe – The Education System in the Czech Republic. Online unter: <http://www.eurydice.org/Eurybase/Application/frameset.asp?country=CZ&language=EN>

File, J. / Goedegebuure, L. (2003, Hrsg.): Real-Time Systems: Reflections on Higher Education in the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovenia. CHEPS, Enschede

Ministry of Education, Youth and Sport (1999): Decree, 10.02.1999 On Contents of Application for Study Programme Accreditation. Prague

Ministry of Education, Youth and Sport (2001): Tertiary Education in the Czech Republic – White Paper on Education in CR. Prague

Ministry of Education, Youth and Sport (2002): Higher Education Act 1998 [Englische Übersetzung], Prague. Online unter: [http://www.msmt.cz/\\_DOMEK/default.asp?ARI=101851&CAI=2860](http://www.msmt.cz/_DOMEK/default.asp?ARI=101851&CAI=2860)

Neave, G. (2003): On the Return from Babylon. In: File, J.; Goedegebuure, L. (Hrsg.): S.15-37

OECD (2003): Education at a Glance: OECD Indicators, Paris: Centre for Educational Research and Innovation

Šebková, H. / Beneš, J. (2002): Changes and Innovations of the Governance in Higher Education System in the Czech Republic. Tagungsbeitrag, 16th IMHE General Conference, Paris, Sept. 2002

Tomusk, V. (2001): Enlightenment and Minority Cultures: Central and Eastern European Higher Education Reform Ten Years Later. In: Higher Education Policy, Vol. 14, No. 1: S.61-73

Tucker, A. (2000): Reproducing Incompetence: The Constitution of Czech Higher Education. In: East European Constitutional Review, Sommer 2000: S.94-99

Worgan, P. (1995): The Changing Relationship between the State and Higher Education in the Czech Republic. In: Higher Education Management, Vol. 7, No.2: S.241-252

## Ungarn

Bessenyei, I. (2003): Halbzeit in der Hochschulreform. Online unter: <http://diakvallalkozas.ktk.nyme.hu/hochschulprojekt.htm>

Bessenyei, I. (1995): Die materielle Situation der ungarischen Hochschullehre. Online unter: <http://members.teleweb.at/i.bessenyei/endb20.htm>

Bessenyei, I. / Debreczeni, P. / Setényi, J. (1994): Report on Hungarian Higher Education. In: Transformation of the National Higher Education and Research Systems of Central Europe – Issues in Transition. Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien: S.37-96

Bokros, L. / Dethier, J-J. (1998, Hrsg.): Public Finance Reform during the Transition : The Experience of Hungary. The World Bank, Washington D.C.

Csepes, O. / Kaiser, F. / Varga, Z. (2003): Hungary. In: File, J. / Goedegebuure, L. (Hrsg.): S.59-73

De Boer, H. / Goedegebuure, L. (2003): New Rules of the Game? Reflections on governance, management and system change. In: File, J. / Goedegebuure, L. (Hrsg.): S.207-231

Eurydice Eurybase. Bericht zum ungarischen Hochschulsystem, 1999/2000. Online unter: <http://www.eurydice.org>

File, J. / Goedegebuure, L. (2003, Hrsg.): Real-Time Systems: Reflections on Higher Education in the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovenia. CHEPS, Enschede

HAC [Higher Education Accreditation Committee] (2000a): The External Evaluation of the Hungarian Accreditation Committee. HAC, Budapest

HAC (2000b): Quality Requirements of the Hungarian Accreditation Committee. In: Self-Evaluation Report of the HAC, Appendix D2c. Online unter: <http://www.mab.hu/english/doc/qualityr.doc>

HAC (2002): The Strategic Plan of the Hungarian Accreditation Committee. Online unter: <http://www.mab.hu/english/doc/stratpl.doc>

Ministry of Education (2002a): A Guide to Hungarian Higher Education. Online unter: <http://www.om.hu>

Ministry of Education (2002b): Higher Education in Hungary – Heading for the Third Millennium. Online unter: [http://www.om.hu/letolt/english/highereducation2\\_1.pdf](http://www.om.hu/letolt/english/highereducation2_1.pdf)

OECD (2003): Education at a Glance: OECD Indicators, Paris: Centre for Educational Research and Innovation

OECD Education Dataset. Online unter: <http://www.oecd.org>

Réffy, J. (2003). Institutional Funding Hungary. Unveröffentlichtes Manuskript

Szanto, T. R. (2003): Programme Accreditation in Hungary – Lessons from the past, plans for the future. Tagungsbeitrag: International Network for Quality Assurance Agencies in Higher Education (INQAAHE) 2003, Dublin, Irland

Tomusk, V. (1998): Developments in Russian Higher Education: Legislative and Policy Reform Within Central and East European Context. In: Minerva, Vol. 36: S.125-146

Vossensteyn, H. (2003): Tuition Fees and Student Support - an issues of cost sharing? In: File, J. / Goedegebuure, L. (Hrsg.): S.158-161

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.1: Beziehungsgeflecht zwischen Staat und Hochschulen.....	2
Abbildung 2.1: Systematik der staatlichen Hochschulfinanzierung.....	5
Abbildung 2.2: Instrumente der leistungsabhängigen Steuerung .....	9
Abbildung 3.1: Verfahren der Qualitätssicherung: Grundcharakteristika .....	16
Abbildung 7.1: HEFCE-Finanzierung nach Aufgaben bzw. Initiativen 2002/03 .....	58
Abbildung 7.2: RAE-Benotungsskala für 1996 und 2001.....	61
Abbildung 7.3: Forschungsaufträge englischer Hochschulen 2000/01, £ Tsd.....	61
Abbildung 10.1: Anteilige Aufteilung des staatlichen Zuschusses über die HEA und durchschnittliche Anteile an den Einnahmen einer Universität (2001).....	93
Abbildung 12.1: Einkünfte der Universitäten (Beträge in Mrd. €).....	119
Abbildung 12.2: Einkünfte der Hogescholen (Beträge in Mrd. €).....	120
Abbildung 12.3: Übersicht über die Einkünfte einer <i>Hogeschool</i> aus <i>rijksbijdrage</i> und Studiengebühren (in €, gerundet auf 100€) .....	122
Abbildung 12.4: Zahlungsströme zwischen <i>Hogescholen</i> und Staat pro Student/in (Durchschnittsbeträge; auf 100 € gerundet) .....	123
Abbildung 13.1: Akkreditierungsverpflichtungen im norwegischen Hochschulwesen.....	140
Abbildung 16.1: Komponenten staatlicher Hochschulfinanzierung in der Tschechischen Republik 2002 .....	169
Abbildung 17.1: Komponenten staatlicher Hochschulfinanzierung in Ungarn 2003 .....	179
Abbildung 18.1: Komponenten der Hochschulfinanzierung in 14 OECD-Ländern (Anteile in % am staatlichen Zuschuss) .....	188
Abbildung 18.2: Indikatorgestützte Hochschulfinanzierung in 14 OECD-Ländern (Anteile in % am staatlichen Zuschuss) .....	189
Abbildung 18.3: Hochschulfinanzierung in 14 OECD-Ländern: nachfrageorientierter Anteil am staatlichen Zuschuss .....	190
Abbildung 18.4: Hochschulfinanzierung in 14 OECD-Ländern: erfolgsorientierter Anteil am staatlichen Zuschuss .....	193
Abbildung 18.5: Übersicht der in den untersuchten Ländern eingesetzten Qualitätssicherungsverfahren .....	197





## Abkürzungsverzeichnis

### Australien

ARC	Australian Research Council (Australischer Forschungsrat)
AUQA	Australian Universities Quality Agency (Nationale Agentur für Qualitätssicherung im Universitätssektor)
AVCC	Australian Vice-Chancellors' Committee (Australische Hochschulrektorenkonferenz)
DEST	Department for Education, Science and Training (Bildungs- und Wissenschaftsministerium)
HECS	Higher Education Contribution Scheme (Verfahren der vorfinanzierten Studiengebühren)

### Belgien

CFWB	Communauté française de Belgique (Wallonie-Bruxelles) (Französische Gemeinschaft Belgiens)
CGHE	Conseil Général des Hautes Ecoles (etwa: Fachhochschulrat)
CIUF	Conseil Interuniversitaire de la Communauté française de Belgique (etwa: Universitätsrat der Französischen Gemeinschaft)
FWO-V	Fonds voor Wetenschappelijk Onderzoek – Vlaanderen (Flämischer Fonds für wissenschaftliche Forschung)
IWT	Innovatie door Wetenschap en Technologie in Vlaanderen (Innovationsförderung durch Wissenschaft und Technologie in Flandern)
NVAO	Nederlands-Vlaamse Accreditatie Organisatie (Niederländisch-Flämische Akkreditierungsorganisation)
VLHORA	Vlaamse Hogescholenraad (Flämischer Hochschulrat)
VLIR	Vlaamse Interuniversitaire Raad (Flämischer Universitätsrat)

### Dänemark

CVU	Center for Videregående Uddannelse (Zentrum Höherer Bildung)
EVA	Danmarks Evalueringsinstitut (Dänische Evaluationsagentur)

### England

HEFCE	Higher Education Funding Council for England (Englisches Finanzierungsgremium für Hochschulwesen)
QAA	Quality Assurance Agency (Qualitätssicherungsagentur)
UCAS	Universities and College Admission Service (Zentrale Verteilungsstelle für Studienplätze)

### Finnland

FINHEEC	Korkeakoulujen arviointineuvosto (Finnish Higher Education Council; Nationale Agentur für Qualitätssicherung im Hochschulsektor)
---------	--

### Frankreich

CGE	Conférence des Grandes Ecoles (Konferenz der Grandes Ecoles)
CN	Comité National de la recherche scientifique (Teil des CNRS) (Nationales Forschungskomitee)
CNE	Comité national d'évaluation (Nationales Evaluationskomitee)
CNER	Comité national d'évaluation de la recherche (Nationales Komitee zur Forschungsevaluation)

CNOUS	Centre National des Œuvres Universitaires et Scolaires (etwa: Nationales Studentenwerk)
CNRS	Centre National de la Recherche Scientifique (Nationales Forschungszentrum)
CPU	Conférence des Présidents d'Université (Rektorenkonferenz)
CROUS	Centre Régional des Œuvres Universitaires et Scolaires (etwa: Regionales Studentenwerk)
HCéé	Haut Conseil de l'évaluation de l'école (Hoher Rat für die Evaluation der Schule)
INP	Instituts nationaux polytechniques (Nationale politechnische Institute)
IUFM	Institut Universitaire de Formation de Maîtres (Universitäres Institut zur Lehrerbildung)
IUP	Institut Universitaire Professionnalisé (Berufsbezogenes universitäres Institut)
IUT	Institut Universitaire de Technologie (Universitäres technologisches Institut)
SAN REMO	Système d'ANalyse et de REpartition des MOyens aux établissements d'enseignement supérieur (System zur Analyse und Mittelverteilung an Hochschulen)

## Irland

HEA	Higher Education Authority (Hochschulbehörde; u.a. Finanzierungsgremium im Universitätssektor)
HETAC	Higher Education and Training Awards Council (Rat für Hochschul- und berufsbezogene Abschlüsse)
IT	Institutes of Technology (Irische Fachhochschulen)

## Japan

JUAA:	Japanese University Accreditation Association (Japanische Vereinigung zur Akkreditierung von Universitäten)
MEXT:	Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (Ministerium für Bildung, Kultur, Sport, Wissenschaft und Technologie; auf Japanisch Monbukagakusho)
NIAD:	National Institution for Academic Degrees (Nationales Institut für Akademische Grade; auf Japanisch Daigaku-hyoka Gakui-juyo Kiko)
NIAD-UE:	National Institution for Academic Degrees and University Evaluation (Nationales Institut für Akademische Grade und Evaluation von Universitäten)
NIER:	National Institute for Educational Policy Research of Japan (Nationales Institut für Bildungspolitik Japans)

## Niederlande

HAVO:	Hoger algemeen voortgezet onderwijs (Höhere allgemeine weiterführende Bildung)
KNAW:	Koninklijke Nederlandse Akademie van Wetenschappen (Königliche Niederländische Akademie der Wissenschaften)
MBO:	Middelbaar beroepsonderwijs (Mittlere berufliche Bildung)
NWO:	Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek (Niederländische Organisation für wissenschaftliche Forschung)
NAO:	Nederlandse Accreditatie Organisatie (Niederländische Akkreditierungsorganisation)
NVAO:	Nederlands-Vlaamse Accreditatie Organisatie (Niederländisch-Flämische Akkreditierungsorganisation)
OCenW:	Ministerie van Onderwijs, Cultuur en Wetenschappen (Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaften; Name des Ministeriums bis Oktober 2003)
OCW:	Ministerie van Onderwijs, Cultuur en Wetenschap (Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft; Name des Ministeriums ab Oktober 2003)
VSNU:	Vereniging van Universiteiten (Vereinigung der Universitäten)
VWO:	Voorbereidend wetenschappelijk onderwijs (Vorbereitende wissenschaftliche Bildung)

## Norwegen

NNR	Norgesnettrådet (Norwegens Netzwerkrat (in Verbindung mit Initiative "Network Norway"); 2002 aufgelöst)
NOKUT	Nasjonalt organ for kvalitet i utdanninga (Norwegische Agentur für Qualitätssicherung im Bildungsbereich)

## Spanien

ANECA	Agencia Nacional de Evaluación de la Calidad y Acreditación (Nationale Agentur für Qualitätsbewertung und Akkreditierung)
CVAEC	Comisión Valenciana de Acreditación y Evaluación de la Calidad del Sistema Universitario Valenciano (Valenzianische Kommission für Akkreditierung und Qualitätsbewertung des Valenzianischen Hochschulsystems)
INECSE	Instituto Nacional de Evaluación y Calidad del Sistema Educativo (Nationales Institut für Evaluation und Qualität des Bildungssystems)
LOU	Ley Orgánica de Universidades (Universitätsgesetz)
LRU	Ley Orgánica de Reforma Universitaria (Hochschulreformgesetz)
PCU	II Plan de la Calidad de las Universidades (Plan für Qualität der Universitäten)
PNECU	Plan Nacional de Evaluación de la Calidad de las Universidades (Nationaler Plan für Qualitätsbewertung der Universitäten)

## Tschechische Republik

CSVS	Centrum pro studium vysokého školství (Zentrum für Hochschulstudien)
MSMT	Ministerstvo školství, mládeže a tělovýchovy (Ministerium für Schulwesen, Jugend und Sport)

## Ungarn

HAC	Magyar Akkreditációs Bizottság (englische Bezeichnung: Higher Education Accreditation Committee; Akkreditierungskommission für Hochschulbildung)
-----	--



**HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover**  
**Goseriede 9, 30159 Hannover**

**Bisher erschienene Publikationen**

Sämtliche Veröffentlichungen werden seit Januar 1981 durch die HIS Hochschul-Informations-System GmbH vertrieben und sind dort direkt oder über den Buchhandel erhältlich.

**Die Bände 1-60 sind nur noch bedingt lieferbar, fehlende oder mit Sternchen gekennzeichnete Bände sind inzwischen vergriffen.** Alle Bände sind broschiert. Es besteht auch die Möglichkeit des Abonnements unserer Schriftenreihe.

**Reihe: Hochschulplanung**

- 1\*     *Das Hochschul-Informations-System*  
1973. 2. Auflage. 50 S. € 2,80. ISBN 3-923105-00-2
- 2     *J. Griese: Kapazitätsnutzung im Hochschulbereich*  
E. Dettweiler, H.W. Frey: Kurz- und langfristige Kapazitätsanalyse im Hochschulbereich  
1970. 88 S. € 3,90. ISBN 3-923105-01-0
- 3     *R. Caspar: Ökonomische Konzeption einer rationalen Hochschulplanung*  
1970. 149 S. € 6,40. ISBN 3-923105-02-9
- 4     *G. Menges, G. Elstermann, H. Rommelfanger: Kapazitätsmodelle*  
1971. 86 S. € 4,90. ISBN 3-923105-03-7
- 5     *B. Bessai: Der Einsatz von EDV-Anlagen in den Hochschulverwaltungen der Bundesrepublik*  
1971. 126 S. € 7,-. ISBN 3-923105-04-5
- 6     *W. Bayer, H. Oblasser: Betriebssteuerungssystem und Kapazitätsmodell für Hochschulen*  
1972. 253 S. € 18,-. ISBN 3-923105-05-3
- 7     *D. Schrammel, J. Griese: Prognose-Informations-System und Auslastungs-Informations-System*  
1971. 132 S. € 10,-. ISBN 3-923105-06-1
- 8     *T. Finkenstaedt, M. Redelberger: Anglistik 1970*  
1972. 132 S. € 10,-. ISBN 3-923105-07-X
- 9     *Globaler Test eines Berechnungsverfahrens zur Ermittlung der Ausbildungskapazität*  
1972. 223 S. € 16,50,-. ISBN 3-923105-08-8
- 10    *H.W. Frey, M. Utz: Untersuchung des Personal- und Raumbedarfs im Fach Anglistik mit Hilfe eines Simulationsmodells auf EDV-Basis*  
1972. 182 S. € 14,-. ISBN 3-923015-09-6
- 11    *A. Angermann, H.G. Bartels: Haushaltskonsolidierung und Finanzierungsrechnung*  
1972. 254 S. € 11,-. ISBN 3-923105-10-X
- 12    *A. Angermann, U. Blechschmidt: Hochschul-Kostenrechnung*  
1972. 298 S. € 14,-. ISBN 3-923105-11-8
- 13    *Berufsausbildung und Hochschulbereich*  
1973. 188 S. € 14,-. ISBN 3-923105-12-6
- 14    *B. Bessai: Der Aufbau einer Informationsbank, insbesondere einer Datenbank, als Voraussetzung für die Lösung von Managementproblemen im Hochschulbereich*  
1973. 347 S. € 16,-. ISBN 3-923105-13-4
- 15    *J. Beckmann: Gravitationstheoretischer Ansatz zur Ermittlung des regionalen Studentenaufkommens in NRW*  
1973. 142 S. € 11,-. ISBN 3-923105-14-7

- 16 *F. Rischkowsky*: Thesaurus Hochschulplanung  
1973. 214 S. € 14,-. ISBN 3-923105-15-0
- 17 *K.M. Hussain, H.L. Freytag*: Resource, Costing and planning Models in Higher Education  
1973. 152 S. € 11,-. ISBN 3-923105-16-9
- 18 *E. Schrader, K.D. Schmidt, H. Gerken, F. Bunzel*: Das Verfahren der Flächenbedarfsplanung für die Universität Bielefeld  
1974. 310 S. € 16,-. ISBN 3-923105-17-7
- 19 *H.W. Frey, W. Jüllig, R. Mauder, P. Näger*: Anwendung des HIS-Simulationsmodells B an der Universität Karlsruhe  
1975. 119 S. DM 24,-. ISBN 3-923105-18-5
- 20 *H. Bonin, W.L. Oppenheim*: HISKAM. Ein computergestütztes Informationssystem zur Abwicklung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens an Hochschulen  
1975. 371 S. € 18,-. ISBN 3-923105-19-3
- 21 *R. Foerst, H.W. Frey*: Organisation der Lehre und Ausbildungskapazität in der klinischen Medizin  
1975. 238 S. € 16,-. ISBN 3-923105-20-7
- 22\* *D. Ipsen, G. Portele*: Organisation von Forschung und Lehre an westdeutschen Hochschulen  
1976. 287 S. € 16,-. ISBN 3-923105-21-5
- 23\* *U. Korte*: Akademische Bürokratie. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß von Organisationsstrukturen auf Konflikte an westdeutschen Hochschulen  
1976. 172 S. DM 24,-. ISBN 3-923105-22-3
- 24 *W. Albert, C. Oehler*: Die Kulturausgaben der Länder, des Bundes und der Gemeinden einschließlich Strukturausgaben zum Bildungswesen  
1976. 505 S. € 21,-. ISBN 3-923105-23-1
- 25\* *C. Oehler, L. Birk, F. Blahusch, F. Kazemzadeh, D. Kraft-Krumm*: Studienplanung und Organisation der Lehre  
1976. 574 S. € 21,-. ISBN 3-923105-24-X
- 26 *R. Foerst, E. Korte*: Organisation der Lehre und Ausbildungskapazität in der Zahnmedizin  
1976. 174 S. DM 24,-. ISBN 3-923105-25-8
- 28 *L. Birk, H. Griesbach, K. Lewin, M. Schacher*: Abiturienten zwischen Schule, Studium und Beruf - Wirklichkeit und Wünsche  
1978. 115 S. DM 24,-. ISBN 3-923105-26-6
- 29\* *C. Oehler, L. Birk, F. Blahusch, F. Kazemzadeh*: Organisation und Reform des Studiums - Eine Hochschullehrerbefragung  
1978. 102 S. DM 22,-. ISBN 3-923105-27-4
- 30 *E. Rau*: Hochschulreform in Schweden - Ein Überblick  
1978. 95 S. DM 22,-. ISBN 3-923105-28-2
- 31 *R. Foerst, E. Korte*: Pharmazie in Freiburg - Studiengang und Curricularrichtwert  
1978. 120 S. DM 24,-. ISBN 3-923105-29-
- 32 Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt  
1980. 172 S. DM 22,-. ISBN 3-923105-30-4
- 33 *K. Lewin, M. Schacher*: Studium oder Beruf? - Studienberechtigte 1976, zwei Jahre nach Erwerb der Hochschulreife  
1979. 220 S. DM 24,-. ISBN 3-923105-31-2
- 34 *C. Rothe*: Abiturientenberatung und weiterer Bildungslebenslauf  
1981. 191 S. € 18,-. ISBN 3-922901-00-X

- 35\* *K. Lewin, M. Schacher*: Studienberechtigte 78 - Studien- und Berufswahl im Wandel? Bestandsaufnahme und Vergleich mit Studienberechtigten 76  
1981. 199 S. € 18,-. ISBN 3-922901-01-8
- 36\* *R. v. Lützu, H. Hopf, W. Küster, D. Peschke*: Hochschulberichtssystem  
1981. 200 S. € 18,-. ISBN 3-922901-02-6
- 37 *J. Knop*: Wirtschaftlichkeit der automatisierten Datenverarbeitung in den Hochschulverwaltungen  
1981. 243 S. € 18,-. ISBN 3-922901-08-5
- 38 *F. Durrer, F. Kazemzadeh*: Beschäftigungsprobleme nicht eingestellter Lehrer - Auswirkungen, Einstellungen, Erwartungen am Beispiel von Lehrern in Hessen  
1981. 198 S. € 18,-. ISBN 3-922901-14-X
- 39 *J. Knop, H. Stichtenoth, K. Brauer, J. Hammerschick, J. Jaschke, F. Wolf*: Einsatz automatisierter Verfahrenslösungen in den Hochschul- und Klinikverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland - Eine Bestandsaufnahme  
1981. 348 S. € 20,-. ISBN 3-922901-15-8
- 40\* *F. Kazemzadeh, K.-H. Minks*: Attraktivität des Ingenieurstudiums in der Diskussion - Hintergründe, Einflüsse und Wirkungen. Zwischenergebnisse einer empirischen Untersuchung  
1982. 60 S. DM 20,-. ISBN 3-922901-16-6
- 41\* *R. Reissert, L. Birk*: Studienverlauf, Studienfinanzierung und Berufseintritt von Hochschulabsolventen und Studienabbrechern des Studienjahres 1979  
1982. 173. S. € 18,-. ISBN 3-922901-17-4
- 42\* *K. Lewin, R. Piesch, M. Schacher*: Studienberechtigte 78 - Studienaufnahme, Studienfinanzierung, Zufriedenheit. Bestandsaufnahme zwei Jahre nach Erwerb der Hochschulreife und Vergleich mit Studienberechtigten 76  
1982. 173 S. € 18,-. ISBN 3-922901-17-4
- 43 *K. Lewin, R. Piesch, M. Schacher*: Studienberechtigte 76 - Studium und Berufsausbildung: Verläufe und Übergänge. Bestandsaufnahme vier Jahre nach der Schulzeit  
1982. 80 S. € 18,-. ISBN 3-922901-19-0
- 44\* *F. Kazemzadeh, H. Schaeper*: Fachspezifische Studentenprofile - Bedingungen der Integration in das Studium, Zwischenergebnisse einer empirischen Untersuchung  
1983. 100 S. € 15,-. ISBN 3-922901-21-2
- 45\* *E. Frackmann*: Probleme der Finanzierung, Budgetierung und Evaluation im US-amerikanischen Hochschulbereich  
1983. 130 S. € 18,-. ISBN 3-922901-22-0
- 46\* *H. Gerken, W. Pietsch, M. Puttendörfer, H. Schwab, B. Weidner-Russell*: Leitfaden zur Umnutzungsplanung  
1983. 250 S. € 18,-. ISBN 3-922901-23-9
- 47\* *F. Kazemzadeh, K.-H. Minks*: Attraktivität des Ingenieurstudiums - Ergebnisse einer empirischen Untersuchung  
1983. 160 S. € 18,-. ISBN 3-922901-24-7
- 48\* *U. Hempel*: Bemessung des Flächenbedarfs zentraler Hochschulbibliotheken  
1983. 110 S. € 15,-. ISBN 3-922901-25-5
- 49 *H. Heinrich*: Ein System zur Koordination von Lehrveranstaltungen an Hochschulen  
1983. 112 S. € 15,-. ISBN 3-922901-26-3
- 50 *H. Stichtenoth, S. Grätz, J. Knop*: Einsatz der automatisierten Datenverarbeitung in der Hochschulmedizin  
1983. 216 S. € 18,-. ISBN 3-922901-27-1

- 51\* *F. Durrer-Guthof, F. Kazemzadeh:* Studienberechtigte 80 - Ausbildungspläne, Motivation und Tätigkeitsstruktur. Bestandsaufnahme ein halbes Jahr nach Schulabgang und Vergleich mit Studienberechtigten 1976 und 1978  
1984. 140 S. € 18,-. ISBN 3-922901-28-X
- 52\* *F. Kazemzadeh, H. Schaeper:* Wer findet sich im Studium zurecht? Ergebnisse einer Untersuchung von Studenten in der Eingangsphase des Studiums  
1984. 150 S. € 18,-. ISBN 3-922901-29-8
- 53\* *F. Durrer-Guthof, F. Kazemzadeh:* Berufliche Ausbildung - Alternative zum Studium? Ergebnisse einer Untersuchung zum Übergangsverhalten von Studienberechtigten von der Schule zu weiterführender Ausbildung  
1984. 180 S. € 18,-. ISBN 3-922901-30-1
- 54 *K. Lewin, M. Leszczensky, R. Piesch, M. Schacher:* Analyse der Situation der Studienanfänger im Wintersemester 1983/84 - Studienwünsche und Studienwahl, Berufserwartungen  
1984. 144 S. € 18,-. ISBN 3-922901-31-X
- 55 *K. Lewin, M. Leszczensky, M. Schacher:* Studienanfänger im Wintersemester 1984/85 - Studien- und Berufswahl bei rückläufigen Studienanfängerzahlen  
1985. 69 S. € 18,-. ISBN 3-922901-32-8
- 56\* *B. Weidner-Russell, D. Müller:* Untersuchung zur Unterbringung des ruhenden Verkehrs an Hochschulen  
1985. 141 S. € 18,-. ISBN 3-922901-33-6
- 57 *F. Durrer-Guthof, R. Piesch, H. Schaeper:* Studienberechtigte 83, Studienentscheidung - Einfluß von Arbeitsmarkt und Studienfinanzierung  
1986. 90 S. € 18,-. ISBN 3-922901-34-4
- 58\* *K. Schnitzer, H. Schaeper, J. Gutmann, Ch. Breustedt:* Probleme und Perspektiven des Ausländerstudiums in der Bundesrepublik Deutschland - Untersuchung über Studienverlauf, Studienbedingungen, soziale Lage und Reintegration von Studenten aus Entwicklungsländern  
1986. 309 S. € 21,-. ISBN 3-922901-35-2
- 59\* *K. Lewin, M. Schacher:* Studienanfänger im Wintersemester 1985/86 - Studium an Universität oder Fachhochschule  
1986. 87 S. € 18,-. ISBN 3-922901-36-0
- 60\* *F. Stratmann, I. Holzkamm:* Chemikalierversorgung und -entsorgung in Hochschulen - Bericht zur Beschaffung, Lagerung und Verteilung von Chemikalien und Entsorgung von chemischen Sonderabfällen in Hochschulen  
1986. 138 S. € 18,-. ISBN 3-922901-37-9
- 61\* *R. Reissert, B. Marciszewski:* Studienverlauf und Berufseintritt - Ergebnisse einer Befragung von Hochschulabsolventen und Studienabbrechern des Studienjahres 1984  
1987. 130 S. € 18,-. ISBN 3-922901-38-7
- 62 *K. Lewin, M. Schacher:* Studienanfänger im Wintersemester 1986/87 - Immer mehr Abiturienten an Fachhochschulen  
1987. 130 S. € 18,-. ISBN 3-922901-39-5
- 63 *F. Kazemzadeh, K.-H. Minks, R.-R. Nigmann:* "Studierfähigkeit" - Eine Untersuchung des Übergangs vom Gymnasium zur Universität  
1987. 300 S. € 21,-. ISBN 3-922901-40-9
- 64 *K. Schnitzer, R. Holtkamp:* Studium in Berlin - Untersuchung zur Situation von Studierenden an Berliner Hochschulen  
1987. 260 S. € 21,-. ISBN 3-922901-41-7
- 65\* *M. Kahle, F. van Dijk:* Zentrale Gebäudeleittechnik in Hochschulkliniken - Untersuchung zum ZLT-G-Einsatz  
1987. 138 S. € 18,-. ISBN 3-922901-43-4



- 66\* *H. König, C. Schnoor*: Bestandserhaltung von Hochschulgebäuden - Untersuchung zu den Rechtsgrundlagen, den Einflußgrößen und dem zukünftigen Mittelbedarf  
1988. 220 S. € 20,-. ISBN 3-922901-44-1
- 68 *B. Weidner-Russell, K. Haase*: Nachfrage an Infrastruktureinrichtungen an Hochschulen- Materialien zu den Bereichen Bibliotheken, sonstige Arbeitsplätze der Hochschulen, Fortbildung und studienbegleitende Freizeit, Erwerbstätigkeit, Verpflegungseinrichtungen, Wohnen, Verkehr  
1988. 250 S. € 20,-. ISBN 3-922901-46-8
- 69\* *K. Lewin, M. Schacher*: Studienanfänger im Wintersemester 1987/88 -Zunahme der Studienanfängerzahlen bei abnehmenden Studienberechtigtenzahlen  
1988. 130. S. € 18,-. ISBN 3-922901-47-6
- 70 Studienzeiten auf dem Prüfstand - Dokumentation des HIS-Kolloquiums am 18. u. 19. Mai im Wissenschaftszentrum Bonn - Bad Godesberg  
1988. 360 S. € 20,-. ISBN 3-922901-48-4
- 71 *F. Stratmann, I. Holzkamm*: Sonderabfallentsorgung in Hochschulen -Eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Hochschulpraxis.  
1988. 200 S. € 19,-. ISBN 3-922901-49-2
- 72 *K. Schnitzer, W. Isserstedt*: Bildungskredit - Akzeptanzuntersuchung zu einem neuen Finanzierungsmodell im Bildungsbereich (für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft  
1988. 69 S. € 15,- ISBN 3-922901-50-6
- 73\* *M. Kahle, F. van Dijk*: Zentrale Gebäudeleittechnik - Hinweise zu Planung und Betrieb von ZLT-Systemen einschließlich DDC  
1989. 65 S. € 15,-. ISBN 3-922901-51-4
- 74 *R.-R. Nigmann*: Abiturienten an Fachhochschulen - Ursachen und Auswirkungen der Attraktivität des Fachhochschulstudiums für Abiturienten  
1989. 120 S. € 18,-. ISBN 3-922901-52-2
- 75\* *K. Lewin, M. Schacher*: Studienanfänger im Wintersemester 1988/89 -Trend zum Studium setzt sich fort  
1989. 190 S. € 19,-. ISBN 3-922901-53-0
- 76 *R. Holtkamp, F. Kazemzadeh*: Das Engagement der Hochschulen in der Weiterbildung - Situation und Perspektiven  
1989. 169 S. € 18,-. ISBN 3-922901-54-9
- 77\* *R. Reissert, H. Schaeper*: Pro-forma-Studium - "Studieren" ohne Studienabsicht  
1989. 150. S. € 18,-. ISBN 3-922901-55-7
- 78 *H. Schaeper*: Studium in Berlin - Neuere Entwicklungstendenzen  
1989. 132 S. € 18,-. ISBN 3-922001-56-5
- 79\* *H. Schaeper, K. Schnitzer*: Hochschulausbildung in Japan - Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem - Exposé zum Forschungsstand und Forschungsbedarf  
1989. 102 S. € 16,-. ISBN 3-922901-57-3
- 80 *F. Kazemzadeh*: Was halten Hochschullehrer von der Weiterbildung? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung  
1989. 65 S. € 15,-. ISBN 3-922901-54-9
- 81\* *F. Kazemzadeh*: Gebühren und Entgelte für Weiterbildungsangebote der Hochschulen - Eine Untersuchung zur Finanzierung der wissenschaftlichen Weiterbildung an Hochschulen  
1990. 140. S. € 16,-. ISBN 3-922901-59-X

- 82 *H.-G. Budde, M. Leszczensky*: Behinderte und chronisch Kranke im Studium - Ergebnisse einer Sonderauswertung der 12. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes im Sommersemester 1988  
1990. 120. S. € 18,-. ISBN 3-922901-62-X
- 83 *K. Lewin, M. Schacher*: Studienanfänger im Wintersemester 1989/90 - Optimistische Berufserwartungen fördern Studienaufnahme  
1990. 215 S. € 19,-. ISBN 3-922901-63-8
- 84 *K. Lewin, M. Schacher*: Studienberechtigte des Jahres 1976 auf dem Weg in den Beruf bis 1988 - Erwartungen alles in allem erfüllt  
1990. 110 S. € 18,-. ISBN 3-92901-65-4
- 85 *K. Schnitzer, E. Korte*: Untersuchungen über die Beteiligung der Medizin am ERASMUS-Programm - Ergebnisse einer Evaluation  
1990. 110 S. € 16,-. ISBN 3-922901-66-2
- 86 *E. Frackmann u.a.*: EDV-Unterstützung der Mittelbewirtschaftung an Hochschulen  
1991. 146 S. € 18,-. ISBN 3-922901-68-9
- 87 *R. Holtkamp*: Berufspraktische Weiterqualifizierung von Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen und Praxisbezug des Studiums  
Eine Untersuchung zu den Möglichkeiten der Aktualisierung berufspraktischer Kenntnisse des Lehrkörpers an den Fachhochschulen  
1991. 120 S. € 18,-. ISBN 3-922901-70-0
- 88 *K. H. Minks, R. Nigmann*: Hochschulabsolventen 88/89 zwischen Studium und Beruf  
1991. 210 S. € 19,-. ISBN 3-922901-71-9
- 89 *K. Lewin, G.-W. Bathke, M. Schacher, D. Sommer*: Studienanfänger im Wintersemester 90/91 - Studienentscheidung und Studienbeginn in den alten und neuen Ländern  
1991. 324 S. € 22,50,-. ISBN 3-922901-72-7
- 90\* *U. Heublein, F. Kazemzadeh*: Studieren in den neuen Ländern 1991 - Eine Untersuchung zur Studienbefindlichkeit unter strukturell veränderten Bedingungen  
1991. 160 S. € 16,-. ISBN 3-922901-73-5
- 91\* Planungs- und Beurteilungskriterien für biotechnologische Forschungsflächen  
Bearbeitung: *H. Gerken, K. Haase, P. Jockusch, H. Küsgen*  
1991. 210 S. € 19,-. ISBN 3-922901-75-1
- 92 *R. Holtkamp, K. Schnitzer (Hg.)*: Evaluation des Lehrens und Lernens - Ansätze, Methoden, Instrumente  
Evaluationspraxis in den USA, Großbritannien und den Niederlanden  
Dokumentation der HIS-Tagung am 20. und 21. Februar 1992 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg  
1992. 148 S. € 18,-. ISBN 3-922901-77-8
- 93 Bauliche Entwicklungsplanung Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Bearbeitung: *B. Weidner-Russell, K. Haase, C. Schnoor, W. Dunkl, P. Jockusch*  
1992. 472 S. € 25,-. ISBN 3-922901-78-6
- 94 *J. Müller*: Sonderabfallentsorgung in Hochschulen der neuen Länder  
Eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Hochschulpraxis  
1992. 168 S. € 20,-. ISBN 3-922901-79-4
- 95 *K. Lewin, G.-W. Bathke, U. Heublein, D. Sommer*: Studienanfänger im Wintersemester 1991/92 - Studienentscheidungen in den alten und neuen Ländern: Annäherungstendenzen  
1992. 318 S. € 30,-. ISBN 3-922901-80-8
- 96 *K.-H. Minks, G.-W. Bathke*: Berufliche Integration und Weiterbildung von jungen Akademikern aus den neuen Ländern  
1992. 138 S. € 18,-. ISBN 3-922901-81-6

- 97 *I. Kahle*: Studierende mit Kindern - Die Studiensituation sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden mit Kindern in der Bundesrepublik Deutschland.  
1993. 107 S. € 18,-. ISBN 3-922901-82-4
- 98 *K. Lewin, H. Cordier, D. Sommer*: Bilanz 12 Jahre nach Hochschulreife  
Ausbildungs- und Studienverläufe, Berufswahl von Studienberechtigten '78 bis 1990  
1993. 126 S. € 18,-. ISBN 3-922901-83-2
- 99 *M. Leszczensky*: Der Trend zur studentischen Selbstfinanzierung  
Ursachen und Folgen  
1993. 298 S. € 30,-. ISBN 3-922901-84-0
- 100\* *H. König, C. Schnoor*: Alternative Verfahren der Planung und Finanzierung von  
Hochschulbauten  
1993. 196 S. € 25,-. ISBN 3-922901-85-9
- 101\* *I. Holzkamm*: Planung von Gefahrstofflagern in Hochschulen -  
Hilfe zur Raumprogrammierung von Sonderabfallzwischenlagern und  
Chemikalienversorgungslagern  
1993. 122 S. € 18,-. ISBN 3-922901-86-7
- 102 *K. Lewin, H. Cordier, U. Heublein, D. Sommer*: Studienanfänger im Wintersemester 1992/93 in  
den alten und neuen Ländern - zunehmende Angleichung der Studienfächerstrukturen  
1993. 146 S. € 18,-. ISBN 3-922901-87-5
- 103 Neue Bauvorhaben an Fachhochschulen - Dokumentation  
Bearbeitung: *K. Haase, P. Pfadenhauer, H. Gerken, U. Lange, B. Weidner-Russell*  
1993. 264 S. € 30,-. ISBN 3-922901-88-3
- 104 *F. Kazemzadeh, M. Schacher, W. Steube*: Hochschulstatistische Indikatoren im  
Ländervergleich: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande  
1994. 181 S. € 25,-. ISBN 3-922901-89-1
- 105 *W. Fricke, G. Grauer*: Hochschulsozialisation im Sozialwesen  
Entwicklung von Persönlichkeit, studienbezogene Einstellungen, berufliche Orientierungen  
1994. 336 S. € 40,-. ISBN 3-922901-90-5
- 106\* *K. Dammann-Doench, B. Vogel*: Materialien zur Mensaplanung  
Eine Dokumentation und vergleichende Auswertung von Mensa-Neubauten ab 1985  
1994. 350 S. € 40,-. ISBN 3-922901-91-1
- 107 *K. Lewin, U. Heublein, D. Sommer, H. Cordier, H. Andermann*:  
Studienanfänger im Wintersemester 1993/94 in den alten und neuen Ländern  
- Studienanfänger immer älter  
1994. 136 S. € 18,-. ISBN 3-922901-94-8
- 108 *M. Leszczensky, H. Thole*: Ausstattungsvergleich niedersächsischer Universitäten  
und Fachhochschulen - Methodenentwicklung und exemplarische Anwendung  
1995. 197 S. € 25,-. ISBN 3-922901-96-4
- 109 *B. Vogel, I. Holzkamm*: Sanierung von Chemiegebäuden an Hochschulen  
1995. 280 S. € 30,-. ISBN 3-922901-97-2
- 110 *F. Stratmann, J. Müller*: Organisation des Arbeits- und Umweltschutzes in  
Hochschulen - Bestandsaufnahme der derzeitigen Hochschulpraxis und Vorschläge zur  
Organisationsgestaltung  
1995. 220 S. € 27,50. ISBN 3-922901-98-0
- 111 *K. Haase, M. Senf*: Materialien zur Hörsaalplanung  
1995. 762 S. € 40,-. ISBN 3-922901-99-9

- 112 *K. Lewin, U. Heublein, D. Sommer*: Studienanfänger im Wintersemester 1994/95  
- Interesse am Ingenieurstudium gesunken  
1995. 150 S. € 25,-. ISBN 3-930447-00-2
- 113 *R. Holtkamp (Hg.)* Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen  
Dokumentation durchgeführter Vorhaben  
1995. 330 S. € 40,-. ISBN 3-930447-01-0
- 114 *M. Leszczensky, A. Barna, I. Kuhnert, H. Thole*:  
Ausstattungsvergleich an der Universität Hannover  
Fachbereiche - Lehreinheiten - Studiengänge  
Verfahrensbeschreibung und vorläufige Ergebnisse. Eine Untersuchung der  
HIS GmbH in Zusammenarbeit mit der Universität Hannover. 1995  
1995. 133 S. € 18,-. ISBN 3-930447-02-9
- 115 *R. Holtkamp*: Duale Studienangebote der Fachhochschulen  
1996. 144 S. € 18,-. ISBN 3-930447-03-7
- 116\* *K.-H. Minks*: Frauen aus technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen.  
Eine Untersuchung der Berufsübergänge von Absolventinnen und Absolventen  
1996. 110 S. € 18,-. ISBN 3-930447-04-5
- 117 *Th. Sand, B. Weidner-Russell*: Stellplatzerrichtung an Hochschulen  
Bauordnungsrechtliche Grundlagen und deren Handhabung  
1996. 132 S. € 25,-. ISBN 3-930447-05-3
- 118 *H. König, F. Kupfer*: Leasingfinanzierungen - Eine Alternative für den Hochschulbau?  
1996. 280 S. € 30,-. ISBN 3-930447-06-1
- 119 *M. Schacher*: Vorausschätzung des Angebotes an Absolventen der Humanmedizin und  
Auswirkungen auf den Bestand an Ärzten bis zum Jahr 2030  
1996. 115 S. € 18,-. ISBN 3-930447-07-X
- 120 *K. Lewin, U. Heublein, J. Schreiber, D. Sommer*: Studienanfänger im Wintersemester  
1995/96 - erstmals mehr Studienanfängerinnen als Studienanfänger an Universitäten  
1996. 165 S. € 25,-. ISBN 3-930447-08-8
- 121 *B. Vogel, W. Scholz*: Wissenschaftliche Werkstätten in Hochschulen  
1997. 388 S. € 47,50. ISBN 3-930447-09-6
- 122 *F. Stratmann, R. Tegtmeyer, M. Mazur*: Fremdvergabe von Aufgaben Technischer  
Dienste in Hochschulen  
1997. 189 S. € 25,-. ISBN 3-930447-10-X
- 123 *H. Gerken, U. Lange, T. Thauer, B. Weidner-Russell*: Nutzungs- und  
Kostenflächenarten-Profile im Hochschulbereich  
1997. 152 S. € 25,-. ISBN 3-930447-11-8
- 124 *H. König, H. Kreuter*: Büroräume/Büroarbeitsplätze in Hochschulen  
1997. 230 S. € 32,50. ISBN 3-930447-12-6
- 125 *M. Leszczensky, A. Barna, M. Schacher*: Ausstattungsvergleich niedersächsischer  
Universitäten und Fachhochschulen II  
Kennzahlenergebnisse für 1994 und Vergleich mit den Ergebnissen von 1992  
1997. 340 S. € 47,50. ISBN 3-930447-13-4
- 126 *T. Sand*: Bauliche Anforderungen und Auswirkungen bei verstärktem Medieneinsatz  
an Hochschulen - Szenarien  
1997. 150 S. € 25,-. ISBN 3-930447-14-2
- 127 *K. Haase, M. Senf, B. Weidner-Russell*: Struktur, Studienangebot und  
Flächen von Kunsthochschulen - Planungsmaterialien  
1997. 230 S. € 32,50. ISBN 3-930447-15-0

- 128 *K. Lewin, U. Heublein, J. Schreiber, D. Sommer:* Studienanfänger im Wintersemester 1996/97 - an Fachhochschulen erstmals mehr Abiturienten als Studienberechtigte mit Fachhochschulreife  
1997. 190 S. € 25,-. ISBN 3-930447-16-9
- 129 *R.-D. Person, R. Tegtmeyer:* Gebäudeautomation in Hochschulen  
Planung, Organisation und Betrieb  
1998. 200 S. € 25,-. ISBN 3-930447-18-5
- 130 *F. Kupfer:* Monetäre Bewertung von Hochschulliegenschaften  
1998. 154 S. € 25,-. ISBN 3-930447-19-3
- 131 *B. Vogel, I. Holzkamm:* Chemie und Biowissenschaften an Universitäten  
Struktur- und Organisationsplanung, Bedarfsplanung, Projektplanung  
1998. 300 S. € 37,50. ISBN 3-930447-21-5
- 132 *F. Kazemzadeh, M. Teichgräber:* Europäische Hochschulsysteme -  
Ein Vergleich anhand statistischer Indikatoren  
1998. 227 S. € 32,50. ISBN 3-930447-22-3
- 133 Kennzahlensystem und Ausstattungvergleich der Berliner Universitäten  
1998. 85 S. € 18,-. ISBN 3-930447-23-1
- 134 *K. Haase, M. Senf:* Struktur, Studienangebot und Flächen von Musikhochschulen  
- Planungsmaterialien  
1998. 280 S. € 37,50. ISBN 3-930447-24-X
- 135 *I. Kuhnert, M. Leszczensky:* Kostenrechnung an Hochschulen  
Erfassung und Bewertung hochschulinterner Kostenstrukturen  
Modellversuch an der Universität Bonn und der Universität – Gesamthochschule Wuppertal  
1998. 170 S. € 25,-. ISBN 3-930447-25-8
- 136 *R. Tegtmeyer:* Gebäudereinigung in Hochschulen und Hochschulkliniken  
1999. 172 S. € 25,-. ISBN 3-930447-26-6
- 137 *B. Vogel, T. Frerichs:* Maschinenbau an Universitäten und Fachhochschulen  
Struktur- und Organisationsplanung, Bedarfsplanung,  
Programmplanung  
1999. 175 S. € 25,-. ISBN 3-930447-27-4
- 138 *K. Lewin, U. Heublein, J. Schreiber, D. Sommer:* Studienanfänger im Wintersemester 1998/99  
- Strukturen im Wandel: mehr Studienanfängerinnen,  
weniger Studienanfänger mit Fachhochschulreife,  
weniger Studienanfänger mit Berufsausbildung  
1999. 170 S. € 25,-. ISBN 3-930447-28-2
- 139 *R.-D. Person:* Rationelle Energieverwendung in Hochschulen  
1999. 118 S. € 18,-. ISBN 3-930447-29-0
- 140 *T. Sand, K. Wahlen:* Mediennutzungskonzepte im Hochschulbereich  
Planung, Organisation, Strategien  
2000. 226 S. € 32,50. ISBN 3-930447-30-4
- 141 Flächenmanagement Rheinland-Pfalz  
Ein Steuerungsmodell für den Aus- und Neubau  
der Hochschulen des Landes  
2000. 166 S. € 25,-. ISBN 3-930447-31-2
- 142 *K. Haase, T. Frerichs:* Agrarwissenschaften an Universitäten und Hochschulen  
2000. 160 S. € 25,-. ISBN 3-930447-32-0

- 143 *R. Holtkamp, P. Koller, K.-H. Minks*: Hochschulabsolventen auf dem Weg in den Beruf  
Eine Untersuchung des Berufsübergangs der Absolventenkohorten  
1989, 1993 und 1997  
2000. 225 S. € 32,50. ISBN 3-930447-33-9
- 144 *M. Leszczensky, Á. Barna, M. Schacher*: Ausstattungs- und Kostenvergleich  
niedersächsischer Universitäten  
2000. 393 S. € 47,50. ISBN 3-930447-34-7
- 145 *M. Leszczensky, F. Dölle, I. Kuhnert, M. Wortmann*: Ausstattungs- und Kostenvergleich  
norddeutscher Universitäten 1998  
Kennzahlenergebnisse für die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern,  
Niedersachsen und Schleswig-Holstein  
2000. 318 S. € 47,50. ISBN -930447-35-5
- 146 *B. Vogel, B. Stratmann*: Public Private Partnership in der Forschung  
Neue Formen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft  
2000. 160 S. € 25,-. ISBN 3-930447-36-3
- 147 *K. Lewin, U. Heublein, M. Teichgräber, D. Sommer*: Evaluation der Praxissemester an den  
Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen  
2000. 117 S. € 18,-. ISBN 3-930447-37-1
- 148 *B. Vogel, H. Fenner, T. Frerichs*: Elektrotechnik und Informationstechnik an Universitäten und  
Fachhochschulen  
Struktur- und Organisationsplanung  
Bedarfsplanung  
Programmplanung  
2001. 158 S. € 25,-. ISBN 3-930447-38-X
- 149 *M. Leszczensky, Á. Barna, F. Dölle, M. Schacher, G. Winkelmann*:  
Ausstattungs- und Kostenvergleich norddeutscher Fachhochschulen 1998  
Kennzahlenergebnisse für die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern,  
Niedersachsen und Schleswig-Holstein  
2001. 176 S. € 25,-. ISBN 3-930447-39-8
- 150 *I. Holzkamm*: Baulicher, anlagentechnischer und organisatorischer Brandschutz in  
Hochschulen  
2001. 168 S. € 25,-. ISBN 3-930447-40-1
- 151 *M. Leszczensky, Á. Barna, F. Dölle, M. Schacher, G. Winkelmann*:  
Ausstattungs- und Kostenvergleich norddeutscher Kunst- und Musikhochschulen 1998  
Kennzahlenergebnisse für die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern,  
Niedersachsen und Schleswig-Holstein  
2001. 120 S. € 18,-. ISBN 3-930447-41-X
- 152 *H. Griesbach, H.-J. Block, M. Teichgräber, S. Aspridis*: Evaluation des BMBF-Programms  
„Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen (aFuE)“  
2001. 120 S. € 18,-. ISBN 3-930447-42-8
- 153\* *K.-H. Minks*: Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen – neue Chancen zwischen  
Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft  
Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung zur beruflichen Integration von Frauen aus  
technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen  
2001. 160 S. € 25,-. ISBN 3-930447-43-6
- 154 *B. Weidner-Russell, M. Senf*: Zu den Flächen niedersächsischer Hochschulen - Untersuchung  
aus Anlass der Errichtung eines integrierten Liegenschafts-, Bau- und Gebäudemanagements  
des Landes Niedersachsen  
2001. 150 S. € 25,-. ISBN 3-930447-44-4

- 155 *K. Lewin, U. Heublein, J. Schreiber, H. Spangenberg, D. Sommer:*  
Studienanfänger im Wintersemester 2000/2001: Trotz Anfangsschwierigkeiten optimistisch in die Zukunft  
2001. 187 S. € 25,-. ISBN 3-930447-45-2
- 156 *Ch. Heine, F. Durrer, M. Bechmann:* Wahrnehmung und Bedeutung der Arbeitsmarktaussichten bei Studienentscheidung und im Studienverlauf  
Ergebnisse aus HIS-Längsschnittuntersuchungen von Studienberechtigten  
2002. 92 S. € 20,-. ISBN 3-930447-46-0
- 157 *H. Fenner, B. Vogel:* Wirtschaftsingenieurwesen an Universitäten und Fachhochschulen  
Organisation und Ressourcenbedarf von Kombinationsstudiengängen  
2002. 156 S. € 25,-. ISBN 3-930447-47-9
- 158 *M. Leszczensky, Á. Barna, C. Bartels, F. Dölle, M. Schacher, G. Winkelmann:*  
Ausstattungs- und Kostenvergleich norddeutscher Fachhochschulen 2000  
2002. 145 S. € 25,-. ISBN 3-930447-49-5
- 159 *K.-H. Minks, H. Schaeper:*  
Modernisierung der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft und Beschäftigung von Hochschulabsolventen  
Ergebnisse aus Längsschnittuntersuchungen zur beruflichen Integration von Hochschulabsolventinnen und -absolventen  
2002. 152 S. € 25,-. ISBN 3-930447-50-9
- 160 *H. Moog, K. Federbusch:*  
Physik an Universitäten – Organisations- und Ressourcenplanung  
2002. 184 S. € 25,-. ISBN 3-930447-51-7
- 161 *F. Dölle, P. Jenkner, M. Leszczensky, M. Schacher, G. Winkelmann:*  
Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich Universitäten 2000  
Kennzahlenergebnisse für die Länder Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein  
2002. 292 S. € 40,-. ISBN 3-93047-52-5
- 162 *S. Ritter, L. Strübel:*  
Hochschulisches Liegenschafts- und Flächenmanagement in ausgewählten europäischen Ländern  
2003. 192 S. € 25,-. ISBN 3-930447-53-3
- 163 *U. Heublein, H. Spangenberg, D. Sommer:*  
Ursachen des Studienabbruchs  
Analyse 2002  
2003. 236 S. € 35,-. ISBN 3-930447-54-1
- 164 *H. Moog, K. Federbusch:*  
Medizinische Forschungszentren  
Organisation und Ressourcenplanung  
2003. 102 S. € 25,-. ISBN 3-930447-55-X
- 165 *B. Kleimann, K. Wannemacher:*  
E-Learning an deutschen Hochschulen  
Von der Projektentwicklung zur nachhaltigen Implementierung  
2004. 184 S. € 25,-. ISBN 3-930447-56-8
- 166 *K. Federbusch, L. Strübel:*  
Bauwesen an Universitäten und Fachhochschulen –  
Organisations- und Ressourcenplanung für Architektur und Bauingenieurwesen  
2004. 224 S. € 35,-. ISBN 3-930447-57-6

